

Bahman Nirumand berichtet aus Iran S. 53

Arbeiterkampf

Jg. 8 Nr. 149 5.3.79

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,-

Bundesarbeitsgerichts-Urteile: Gewerkschaftsfeindlich!

Mit drei bemerkenswerten Urteilen hat das Bundesarbeitsgericht die schon seit längerem in seiner Rechtsprechung deutlich gewordene Tendenz verstärkt: zunehmend für die Unternehmer in der BRD Recht zu sprechen. In den konkreten Fällen handelt es sich zudem um eine schwerwiegende Beeinträchtigung der freien gewerkschaftlichen Betätigung in den Betrieben.

I. Wahl der gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Betrieb

Die IG Chemie hatte dagegen geklagt, daß ihr der Unternehmer in einer Dürener Glasfirma 1975 verboten hatte, die Vertrauensleute wählen im Betrieb stattfinden zu lassen, obwohl die Gewerkschaft diese in den Pausen durchführen wollte. Das Bundesarbeitsgericht entschied jetzt, daß kein Unternehmer verpflichtet ist, diese Wahlen in den Unternehmensräumen durchzuführen, spricht: Der Unternehmer hat das Recht, dies zu verbieten! Zwar, so das BAG, sei die gewerkschaftliche Interessensvertretung im Betrieb grundgesetzlich verankert (Koalitionsfreiheit), doch könnten die gewerkschaftlichen Vertrauensleute auch außerhalb des Betriebes gebildet werden, also sei dieses Recht nicht beeinträchtigt.

Es dürfte einleuchten, daß die Anwendung dieses Urteils die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb stark behindert, zumal gerade von fortschrittlichen Belegschaften gefordert (und zum Teil auch bereits praktiziert) wird, diese Wahlen auf Abteilungsversammlungen durchzuführen. Das Urteil des BAG ist besonders bemerkenswert vor dem Hintergrund, daß es eines der Hauptziele der Unternehmer ist, fortschrittliche gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb einzu-

dämmen. Gerade die Vertrauensleutearbeit als wesentliches Element von Basisaktivitäten ist ihnen dabei ein Dorn im Auge. Nicht von ungefähr formulierte der kürzlich öffentlich gewordene „Tabu-Katalog“ der „Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ als einen der fünf Eckpfeiler der Tarifpolitik: Auf keinen Fall darf von den Unternehmerverbänden die gewerkschaftliche Forderung nach tariflich abgesichertem Schutz der Vertrauensleute Tätigkeit nachgegeben werden. Das Bundesarbeitsgericht hat mit seinem Urteil dieser Forderung den juristischen Hintergrund geliefert.

II. Plakettenverbot

„Wem waren sie nicht aufgefallen“

Wem waren sie nicht aufgefallen (im Stahlarbeiterstreik und bei den Streikaktionen der Bauarbeiter 1977), die Gewerkschaftsplaketten an den Schutz- und Arbeitshelmen der Kollegen. Jetzt hat das BAG entschieden, „daß die im Eigentum der Arbeitgeber stehenden Betriebsmittel von den Arbeitnehmern nicht zur Werbung für Gewerkschaften benutzt werden dürfen“; eine Klage der IG Bau Steing Erden wurde damit abgelehnt (LFR 24.2.).

III. Verteilung der Gewerkschaftszeitung im Betrieb verboten

Können die Gewerkschaftsmitglieder auch außerhalb des Betriebes und der Arbeitszeit erreicht werden, braucht ein Unternehmer die Verteilung der Gewerkschaftszeitung im Betrieb nicht zu dulden – so entschied das BAG am 23.2. In der Regel können die Gewerkschaftsmitglieder natürlich

Fortsetzung auf Seite 2

China raus aus Vietnam!

Zwei Wochen nach dem Beginn ihrer Aggression gegen Vietnam verbreiten die chinesischen Machthaber Gerüchte, daß ihre „Strafaktion“ nunmehr „bald ihr Ziel erreicht“ habe.

Es sollte sich jedoch niemand von solchen Ankündigungen täuschen lassen. Die chinesischen Machthaber haben in den letzten zwei Wochen verschiedenste Gerüchte und Andeutungen austreten lassen, um von ihren wahren Absichten abzulenken und um die Proteste gegen ihre Aggression mit dem trügerischen Gedanken zu lähmen, daß ja doch in den nächsten Tagen schon alles vorbei sein werde.

+ Zuletzt sprach China nur von einer „räumlich und zeitlich begrenzten Strafaktion“, mit der Vietnam ein „Denkzettel“ wegen angeblicher Grenzverletzungen erteilt werden solle.

+ Dann sprachen chinesische Politiker davon, daß man „generell“ Vietnam „eine Lehre erteilen“ müsse, besonders wegen Kambodscha.

+ Dann ließen die chinesischen Machthaber Sympathie für den Vorschlag der USA erkennen, ihren Abzug aus Vietnam gegen die Wiedereinsetzung Pol Pots oder Sihanouks in Kambodscha einzutauschen.

+ Plötzlich aber ließen sie „aus gutunterrichteten Kreisen“ verlauten, der Krieg könne vielleicht „noch Monate dauern“. Lanciert wurde diese Meldung über Kremp, hochgeschätzter Vertreter von Spingens „Welt“ in Peking. („Welt“, 1.3.79).

+ Lanciert wurde auch das Gerücht, wenn China seine Truppen zurückziehe, dann auf die von ihm beanspruchten Grenzen. Das heißt, mindestens 100 qkm



vietnamesisches Gebiet, das von China beansprucht wird, sollten besetzt bleiben.

+ Einen Tag später streuten chinesische Politiker Gerüchte über einen bevorstehenden Waffenstillstand in Vietnam aus.

+ Es folgten Gerüchte über einen bevorstehenden Abzug aus Vietnam.

Was sind Pekings wirkliche Absichten?

Möglich ist, daß China seine Aggressionstruppen aus Vietnam in den nächsten Tagen zurückzieht, wobei

Fortsetzung auf Seite 3



Italien: Prozeß zur "Strage di stato" abgeschlossen

Im Prozeß zur „Strage di stato“, dem Bombenanschlag auf die Mailänder Landwirtschaftsbank vom 12.12.69 (16 Tote!), wurden am 23. Februar 1979 – mehr als neun Jahre später – die Urteile gesprochen.

Der Bombenanschlag war von Faschisten verübt worden, die den Verdacht auf Anarchisten und Linke lenken wollten, um eine Provokation größten Ausmaßes zu ermöglichen. Hinter diesem Plan standen Funktionäre des italienischen Staatsapparates, insbesondere des Geheimdienstes. Daher prägte die Linke den Namen „strage di stato“, Blutbad des Staates, für den Bombenanschlag.

Die Rechnung schien zunächst aufzugehen: Der Anarchist Valpreda wurde verhaftet und als „das Monster“, als Bombenleger, der Öffentlichkeit präsentiert. Valpredas Freund Pinelli, auch ein Anarchist, wurde während seiner Vernehmung aus dem Fenster des Polizeipräsidiums geworfen und starb.

Dann allerdings begann die revolutionäre Linke, an erster Stelle die damalige kommunistische Organisation Lotta Continua, die Hintergründe systematisch aufzurollen und den Zusammenhängen nachzugehen. Sie stießen auf die Faschisten Freda und Ventura, sie stießen auf Kontakteleute im Staatsapparat.

Die Justiz reagierte, indem sie die Eröffnung des Prozesses mit immer neuen Tricks und Vorwänden hinauszögerte. Die durch klare Beweise belasteten Freda und Ventura wurden auf diese Weise aus der Haft entlassen (da die zulässige maximale U-Haft-Zeit abgelaufen war) und tauchten unter.

Nun das Urteil:
– Freispruch Valpredas hinsichtlich des Bombenanschlags, aber nur „mangels Beweise“! Gleichzeitig Verurteilung zu 4 1/2 Jahren Haft wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“! Damit soll nachträglich gerechtfertigt werden, daß Valpreda jahrelang unschuldig in U-Haft gehalten worden war.

– Lebenslänglich für Freda und Ventura, die allerdings zur Zeit gar nicht „greifbar“ sind.
– Lebenslänglich auch für Giannettini, einen V-Mann des italienischen Geheimdienstes in der faschistischen Szene, dessen Rolle gezielt vertuscht wurde.

– 4 Jahre Haft für Maletti und 2 Jahre für La Bruna, beides hohe Funktionäre des italienischen Geheimdienstes SID und Vorgesetzte von Giannettini. Maletti und La Bruna wurden allerdings vom Vorwurf der Begünstigung (des Bombenanschlags) freigesprochen und nur wegen Falschaussagen (sie hatten Giannettini zu decken versucht) verurteilt.

Das Kapitel „strage di stato“ soll damit für den italienischen Staatsapparat abgeschlossen sein. Die wahren Hauptschuldigen, die wahren Auftraggeber des Blutbades bleiben verborgen.





Blick in die Welt

Bundesarbeitsgerichts-Urteile: Gewerkschaftsfeindlich!

Fortsetzung von Seite 1

außerhalb des Betriebes erreicht werden. Jeder Basisarbeiter in den Betrieben weiß aber auch, daß mit diesem Urteil vor allem eines unterbunden werden kann: die direkte Kontaktaufnahme von Vertrauensleuten mit den Kollegen, die durch die Arbeitsplatzsituation in der Regel nicht möglich ist, für die das Verteilen des Informationsmaterials eine wichtige Voraussetzung ist.

Schaut man sich die Rechtsprechung des BAG in den letzten Jahren an, so ist die Verschärfung unverkennbar. Wir erinnern hier nur an die Urteile, durch die die Aussparungspraxis der Unternehmen legitimiert wird. Vielfach ist an den neuerlichen Urteilen unmittelbar gar nicht die praktische Anwendung zu erwarten, da der größte Teil der BRD-Unternehmer derzeit kaum einen Grund sehen dürfte, die momentane gewerkschaftliche Arbeit im Sinne der „Partnerschaft“ zu behindern. Vielmehr schärfen sich die Kapitalisten hier das In-

strumentarium, rechtlich abgesichert, um es in „härteren Zeiten“ zur Anwendung zu bringen. Nicht ohne Ergebnis verfolgen sie die Aktivitäten der gewerkschaftlichen Vertrauensleute in der Stahlindustrie, hier droht durchaus die Anwendung dieser Rechtsprechung.

Es kommt darauf an, in den Gewerkschaften entschieden gegen diese Rechtsprechung zu protestieren und alle Versuche, sie Praxis werden zu lassen, abzuwehren. Auf allen Ebenen der Gewerkschaften muß dieser Rechtswidrigkeit Einhalt geboten werden. In diesem Zusammenhang ist auch das Vorgehen des IG-Chemie-Vorstands zu verurteilen, der seinerseits sogar in der Gewerkschaftszeitung die Einflußmöglichkeiten der gewerkschaftlich organisierten Basis beschneiden will (siehe Artikel zu den IG-Chemie-Vertrauensleuten). Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in den Betrieben und auch anderswo!

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Lüneburg: 1.000 demonstrieren gegen NPD

Am 3. März wollte die NPD in Lüneburg (bei Hamburg) einen „Aktionstag“ mit vier Böhrtischen und einer „Kundgebung“ veranstalten. Es gab breite Proteste — auch von den bürgerlichen Parteien — und eine Aktionskommission zur Vorbereitung von Gegenaktionen bildete sich. Am Vormittag des 3. März zog es die NPD daher vor, ihre „Info-Stände“ gar nicht erst aufzubauen. Dafür gab es eine antifaschistische Demonstration zum Marktplatz, wo die NPD ihre „Kundgebung“ abhalten wollte.

Zur angesagten Zeit standen dann zeitweise 1.000 bis 1.500 Menschen am Marktplatz, um gegen die Nazis zu protestieren. Etwa zehn NPD'ler wa-

ren erschienen, um die „Kundgebung“ darzustellen. Als Rodner traten die einschlägig bekannten Dröse, Dammann und Bundt auf. Gegen die Pfeifkonzerte und Parolen kamen sie allerdings kaum an; zumal es Schneebälle, Tomaten, Eier usw. hagelte. Auffallend war, daß die Polizei die NPD-„Kundgebung“ zwar abgesperrt hatte, aber sich ansonsten betont zurückhielt.

Anschließend formierte sich noch ein antifaschistischer Demonstrationszug mit 400 bis 500 Teilnehmern.

Kein gutes Bild machten die SPD und die anderen bürgerlichen Parteien. Sie hatten gleichzeitig zu einer „Gegenkundgebung“ an anderem Ort

aufgerufen (sogar die CDU schloß sich an), um den konsequent antifaschistischen Protesten den Wind aus den Segeln zu nehmen und die direkten Proteste am Marktplatz zu schwächen. Allerdings mit sehr schlechtem Ergebnis: Mangels Masse (kaum 100 Leute) wurde diese „Gegenkundgebung“ abgesagt! Schlecht auch für die DKP, die sich anfangs an den Planungen der Aktionskommission beteiligt hatte und dann in letzter Minute das Pferd gewechselt hatte, um sich der SPD/CDU-„Gegenkundgebung“ zuzugesellen. Es war das falsche Pferd, auf das die DKP setzte. ...!

3. März — Aktionstag der Zivildienstleistenden

Wie auf der Bundesdelegiertenkonferenz der „Selbstorganisation der Zivildienstleistenden“ (SÖZDL) am 3./4. 2.79 beschlossen, findet am 3. März, ein Jahr nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil, das das KDV-Recht erheblich einschränkte, ein bundesweiter Aktionstag der Zivildienstleistenden statt. Mit Informationsständen, Straßentheater und Wehrpaßverbrennungen soll gegen die geplante Umgestaltung des Zivildienstes in Richtung eines paramilitärischen Arbeitsdienstes und die Gewissensüberprüfung von Kriegsdienstverweigerern protestiert werden. In einem Aufruf zum Aktionstag schreibt die SÖZDL: „Mit der Ablehnung der Wehrpflichtnovelle (Kriegsdienstverweigerung per Erklärung gegenüber dem Kreiswehrersatzamt bei Verlängerung des Zivildienstes von 16 auf 18 Monate und bedarfsweiser Wiedereinführung des Prüfungsverfahrens) durch das Bundesverfassungsgericht, ist die unerträgliche Gewissensinquisition wieder in Kraft. Im Sinne des BDG-Urteils werden von der SPD und FDP Gesetzesvorschläge diskutiert, durch die der Zivildienst zu einer lästigen Alternative gemacht werden

soll, um von der Kriegsdienstverweigerung abzuschrecken. Darüber hinaus beharrt die CDU/CSU weiterhin auf einer nur scheinbar veränderten inquisitorischen Gewissensprüfung.“

Wie schon im letzten Jahr wird der Aktionstag auch dieses Mal von den Jungsozialisten, den Jungdemokraten und der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK) unterstützt.

Parteien wollen Verschärfung

Ebenfalls ein Jahr nach dem BFG-Urteil melden sich auch die Parteien zu Wort. Eine interfraktionelle Arbeitsgruppe aus allen Bundestagsparteien hat sich in groben Zügen auf eine Regelung geeinigt, die dem BVG-Urteil mit den darin geforderten Verschärfungen gerecht werden soll. Wesentliche Vereinbarungen der Parteien lauten: Über die Anerkennung eines KDV entscheiden die Kreiswehrersatzämter nach schriftlichem Antrag. Bei Zweifeln an dem Gewissen des Antragstellers soll in Zukunft die Kommission (für Gewissens-TÜV) „Indizien dafür beibringen, daß die Glaubwürdigkeit des Antragstellers fragwürdig ist“ („FR“, 1.3.79). Damit ist die schon heute gängige Praxis gemeint, daß die Kreiswehrersatzämter im Privatleben des Antragstellers rumzuschüffeln beginnen.

KDV sollen zukünftig drei Monate länger als Wehrpflichtige dienen (18 Monate). Erstmals werden 60.000 ZD-Plätze eingerichtet. ZD-Plätze in Verbänden oder Stiftungen (Bürgerinitiativen oder friedenspolitischen Gesellschaften etc.) sind danach gestrichen, die Zivildienstplätze sollen

nach den Vorstellungen des Bundesbeauftragten Iven (SPD) vom „lästigen Zivildienst“ in Richtung „allgemeiner Dienstpflicht“, die er ausdrücklich gefordert hat, entwickelt werden; d.h. schrittweise Kasernierung der Zivildienstleistenden. Neben bisherigen Plätzen in Altersheim und Krankenhäusern etc. heißt dies vor allem die Schaffung von sog. „Sozialdiensten“, die stundenweise „vermietet“ werden, darüber hinaus Schaffung von Plätzen im „Umweltschutzbereich“ (Parks und Müllkippen säubern), z.B. im Wald und Forstdienst und Katastrophenschutz. Insgesamt sollen auch die Zivildienstleistenden einen „Grunddienst“ ableisten.

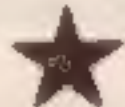
Rechtzeitig zum Aktionstag ist eine Extra-Ausgabe der „Disko“ (Zeitung der SÖZDL) erschienen. Hierin wird ausführlich die Entwicklung des Zivildienstes in den letzten Jahren, die Vorstellungen der Parteien zur Umgestaltung des Zivildienstes hin zu einer „lästigen Alternative“ zum Kriegsdienst dargestellt; die augenblickliche Situation im Gewissens-TÜV wird genauso unter die Lupe genommen wie die verschiedenen Modelle, in denen bereits heute eine Ausgestaltung zum paramilitärischen Arbeitsdienst erprobt wird — Kasernierung der Zivildienstleistenden, Einsatz im sog. Umweltschutz, Verleihsysteme und Einsatz im Zivilschutz, um nur einige Bereiche zu nennen. Insgesamt ein guter Überblick für alle, die wissen wollen, wie es heute (schon wieder!) im Zivildienst aussieht!

genauso unter die Lupe genommen wie die verschiedenen Modelle, in denen bereits heute eine Ausgestaltung zum paramilitärischen Arbeitsdienst erprobt wird — Kasernierung der Zivildienstleistenden, Einsatz im sog. Umweltschutz, Verleihsysteme und Einsatz im Zivilschutz, um nur einige Bereiche zu nennen. Insgesamt ein guter Überblick für alle, die wissen wollen, wie es heute (schon wieder!) im Zivildienst aussieht!

Seveso in Neapel — Szenen aus dem realen Kapitalismus

Seveso in Neapel — Szenen aus dem realen Kapitalismus

Eine steigende Zahl von Mißbildungen an Neugeborenen in Seveso und ein „rätselhafter“ Säuglings-Sterben in Neapel — das sind Themen, die in letzter Zeit Italiens Bevölkerung erschütterten.



Seveso
In Seveso „ereignete“ sich vor ca. zweieinhalb Jahren, am 10. Juli 1976, ein Giftgas-„Unglück“. Die an dem „Unglück“ beteiligten Giftstoffe waren dieselben, die von den Amerikanern in Vietnam zum „Entsorgen“ eingesetzt wurden. Die Spätfolgen dieses „Unglücks“ zeigen sich jetzt:
— 4 Fälle schwerer Mißbildungen an Neugeborenen im Bereich Seveso im Jahre 1976
— 38 Fälle 1977
— 53 Fälle 1978.

So berichtete es jedenfalls die italienische Presse Anfang Februar, auf Grund der amtlichen Statistiken.

Diesen Angaben widersprach allerdings das „Volkskomitee“ zur Unterstützung der Bewohner Sevesos, in dem u.a. Mediziner mitarbeiten. Nach ihren Angaben habe es 1978 sogar bei 146 Neugeborenen (von insgesamt 2749) Mißbildungen gegeben, das wären 5,3%. In der am schwersten vergifteten „B-Zone“ seien 10 von 68 Neugeborenen (14,7%) mit Mißbildungen geboren worden. („FR“, 15.2.)

Es ist nun Zeit, an eine besonders widerwärtige Begleiterscheinung dieser Tragödie zu erinnern: Es ist seit langem bekannt, daß das in Seveso ausgetretene Gift schwere Schädigungen an Ungeborenen verursachen kann. Breite demokratische Kreise setzten sich dafür ein, den Müttern von Seveso die Abtreibung zu gestatten. Dagegen entfachte die katholische Kirche einen wahren Hexensabbat: Sünde, Kindermord etc. pp. Mit „Erfolg“, wie die Statistik nun beweist! ...



Opfer der kapitalistischen Vergiftungen werden in Krankenhäusern behandelt.

Neapel

„Rätselhaftes“ Säuglingssterben in Neapel! 64 tote Säuglinge waren es Mitte Februar, Anfang März waren es schon 71. Symptome sind Atemschwierigkeiten, hohes Fieber, Erbrechen... Der Tod tritt innerhalb von zwei oder drei Tagen ein.

Ab und zu veräutet, nunmehr hätten die Ärzte die unter dem romantischen Namen „Arme-Leute-Krankheit“ provisorisch titulierte Seuche „entziffert“. Es sei ein „grippeähnlicher Virus“ („Welt“, 17.2.) oder vielleicht auch „Himnhautentzündung und Lungenentzündung“ („Welt“, 1.3.).

„In Neapel leben 69.000 Familien, 210.000 Personen, jeweils in einem einzigen, antihygienischen Raum, wie in einem Stall“. 24.000 Familien haben kein fließend Wasser im Haus („Repubblica“, 6.2.). Da ist es kein Wunder, daß die „mysteriöse Viruskrankung“ nur eine der immer wiederkehrenden tödlichen Epide-

mien ist, die die Bewohner Neapels ständig heimsuchen: Typhus 1944, Pocken 1955, Virushepatitis 1969 und 1975, Cholera 1973.

Die „Süddeutsche Zeitung“ vom 10./11.2. meldete, daß die italienische Regierung „mit umgerechnet rund 350 Millionen Mark ... die sanitären Einrichtungen und die Gesundheitsvorsorge in Neapel verbessern und auf diese Weise dem anhaltenden Kindersterben in der süditalienischen Stadt Einhalt gebieten“ wolle. Wenn man bedenkt, daß tatsächliche Hilfe nur durch eine wirklich grundlegende Sanierung erfolgen kann, ist selbst eine scheinbar so große Summe höchstens ein Tropfen auf den heißen Stein. Außerdem bleibt die Frage, ob und wann das Geld zu seiner tatsächlichen Bestimmung gelangt. Von einem Gesetz nach der Cholera-Epidemie liegen noch über 1 Milliarde Mark ungenutzt, weil noch keine Bilanz aufgestellt ist und so das Geld blockiert wird (nach „Repubblica“, 6.2.) Die Cholera-Epidemie war 1973! ...

Aufruf

SAMMLUNG FÜR EINE DRUCKMASCHINE

Mit der Vertreibung des Schaks und dem Sturz der illegalen Regierung Khomeini hat der nun seit über einem Jahr andauernde Aufstand der Bevölkerung in Iran die für jeden weiteren Fortschritt des Landes notwendigen Voraussetzungen geschaffen. Trotz der einheitlichen Meinung im Volk über die Beseitigung des Schak-Regimes sind die Vorstellungen von zukünftigen gesellschaftlichen Alternativen bedingt durch die politische Vielfaltigkeit der Opposition recht differenziert. Sowohl die Beteiligung verschiedener Klassen und Schichten am Widerstand als auch die politisch-ethnischen Verhältnisse, die jeglichen Dialog innerhalb der Opposition bisher unmöglich machten, haben die Entwicklung gemeinsamer Perspektiven erheblich erschwert.

Das Verbot freier und autonomer Arbeiterorganisationen und die Tatsache, daß die Existenz sozialistischer Gruppen entweder auf das Ausland oder auf den Untergrund beschränkt war, hat dazu beigetragen, daß nur jetzt die Interessenvertretung dieses Teils innerhalb der gesamten Opposition erheblich geschwächt ist. Doch insoweit die damit erlangten Freiheiten stabilisiert und der Demokratie Entwicklungsprozesse in den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens eingeleitet werden kann, wird nicht zuletzt vom Aufbau unabhängiger Gewerkschaften und der wachsenden Verbreitung sozialistischer Theorien unter der Bevölkerung abhängen.

Diese Aufgabe haben sich auch Teile der Opposition, denen noch langjährige Kluft in Schutze der Volkabewegung die Rückkehr in den Iran erschlacht wurde, zum Ziel gesetzt. Nach einigem Monoton jedoch haben diese Gruppen die Erfahrung machen müssen, daß ihre Arbeit durch erhebliche materielle und technische Hindernisse erschwert ist. Der Mangel an technischen Vorrichtungen und der Vorrang, den bürgerliche und reaktionäre Oppositionsgruppen in der Ausnutzung der vorhandenen Einrichtungen besitzen, sind die Gründe, warum seit Wochen der Druck einer bereits fertiggestellten Zeitschrift zum Beispiel nicht erfolgen kann.

Wir möchten mit diesem Aufruf zur Unterstützung der nun in den Iran zurückgekehrten Teile der Opposition, deren gesellschaftliches Bewußtsein nicht zuletzt durch die Studentenbewegung der 60er Jahre und die Auseinandersetzungen der sozialistischen und demokratischen Gruppen und Personen in der Bundesrepublik geprägt ist, aufrufen.

Mit dem Kauf einer Druckmaschine glauben wir diesen Gruppen eine konkrete Hilfe zu leisten und ihnen die Möglichkeit zu verschaffen, intensiver an dem Prozess der Meinungsbildung der Bevölkerung sich beteiligen zu können. Wir bitten Sie, dieses Vorhaben mit einer Spende zu unterstützen! Str.-Nr. 6, Niedrigend, Str. 774005500, Berliner Commerzbank

IRANISCHER STUDENTENVEREIN in Westberlin

Kaweh Nürmand (Neffe von Bahman Nürman)

China raus aus Vietnam!

Notruf der AK-Redaktion



Vietnamesische Familien wieder auf der Flucht vor Aggressoren

Fortsetzung von Seite 1

es die von ihm beanspruchten 100 qkm weiter besetzt halten würde.

Möglich ist auch, daß die chinesischen Machthaber einen „Waffenstillstand“ und „Verhandlungen“ auf der Grundlage des derzeitigen Front-

verlaufs durchzusetzen versuchen. In diesem Fall gäbe es wiederum zwei Möglichkeiten:

– Vietnam könnte dies, wie es seiner bisherigen konsequenten und gerechtfertigten Haltung entspräche, ablehnen und zunächst den vollständigen Rückzug der Aggressoren

verlangen. In diesem Fall könnten die chinesischen Machthaber das als „Rechtfertigung“ einer Fortsetzung ihrer Aggression darstellen.

– Oder Vietnam könnte, unter dem Druck der ganz auf Beschwichtigungskurs fahrenden sowjetischen Führer, zur Annahme von „Verhandlungen“ auf der Grundlage des derzeitigen Frontverlaufs gezwungen werden – wobei das Scheitern derartiger „Verhandlungen“ wiederum einen Vorwand für eine Fortsetzung der chinesischen Aggression bieten könnte.

Auf keinen Fall darf sich irgendjemand, dem die Solidarität mit dem Volk Vietnams etwas bedeutet, von der Pekinger Gerüchteküche den Verstand vernebeln lassen und sich durch Hoffnungen auf ein baldiges Ende der Aggression von Aktivitäten abhalten lassen. Selbst im „Besten Fall“ aller möglichen Fälle werden die chinesischen Machthaber beim Abzug ihrer Truppen versuchen, den Grenzverlauf in ihrem Sinn zu „korrigieren“. Sie werden selbst in diesem Fall vietnamesisches Gebiet besetzt halten wollen und damit Stoff für neue Provokationen schaffen, die dann den Vorwand für die nächste „Strafexpedition“ bieten könnten.

Es sei in diesem Zusammenhang an eine Passage aus der ersten Stellungnahme des KB gegen den chinesischen Überfall erinnert: „Die jetzt begonnene chinesische Aggression gegen Vietnam ist nur zu verstehen als Beginn einer weiteren militärischen Eskalation gegen Vietnam. Die jetzige Aggression wäre ... ein militärisches und außenpolitisches Abenteuer ohne jeden Sinn, wenn sie nicht im Zusammenhang einer festgelegten Strategie zur Vernichtung Vietnams stünde.“ (AK 148, S. 2).

Kein Sieg für Peking

nichtung Vietnams stünde.“ (AK 148, S. 2).

Kein Sieg für Peking

Als „erfolgreich“ können die Pekinger Machthaber ihre „Strafaktion“ nur in ihrer Propaganda gegenüber der eigenen Bevölkerung darstellen. Ansonsten ist offensichtlich, daß die „Strafaktion“ bisher keineswegs die gewünschten Erfolge hatte.

Chinas Truppen, in einer Gesamtstärke von schließlich mehr als 200 000 Mann, wurden bereits wenige Kilometer hinter der Grenze gestoppt. Bei den Kämpfen mit häufig wechselndem Frontverlauf konnten die Angreifer kaum Boden gewinnen.

Die Hoffnung der Pekinger Machthaber, bei den Kämpfen eine oder mehrere vietnamesische Divisionen vernichten zu können und damit die Armee Vietnams für zukünftige militärische Konflikte schwächen zu können, erfüllte sich nicht: Es gelang Vietnam, die Aggressoren im Wesentlichen mit regionalen Miliztruppen aufzuhalten. Reguläre Armee-Einheiten wurden von Vietnam bisher kaum eingesetzt.

Das zeigt, daß Vietnam sich auf einen langfristigen Kriegsverlauf einstellt und dafür seine Hauptkräfte zu erhalten versucht.

Der bisherige Kriegsverlauf hat noch nicht den Charakter eines Volkskrieges angenommen, da die chinesischen Aggressoren eng an ihren eigenen Grenzen operieren. Bei Nachschubwegen von 15-25 km zu den Hauptpunkten der Front kann China den Nachschub noch durch eine massenhafte Mobilisierung der eigenen Bevölkerung bewältigen und es bieten sich relativ wenige Ansätze für Partisanen-Aktionen gegen die Nachschublinien.

Chinas Machthaber haben also den tatsächlichen Beweis, daß sie Vietnam eine militärische Niederlage beibringen könnten, noch gar nicht angetreten. Sie haben nur bewiesen, daß Vietnam selbst in aller nächster Nähe der chinesischen Grenze einer Aggression starker gegenüber Verbände standhalten kann, ohne reguläre Truppen in größerem Umfang einzusetzen.

Uneinigkeit in Peking?

Einige Anzeichen deuten darauf hin, daß der Verlauf der „Strafexpedition“ in der Partei- und Staatsführung Chinas zu Meinungsverschiedenheiten geführt hat, oder daß schon die Durchführung dieses Überfalls selbst von vornherein umstritten war.

Die „Strafexpedition“ war erklärtermaßen nicht mit dem Ziel begonnen worden, wesentliche materielle Vorteile (Eroberung fremden Gebiets usw.) zu erreichen. Die Ziele sollten ausschließlich auf der politischen Ebene liegen: Vietnam „eine

Lehre zu erteilen“; nach den Ereignissen in Kambodscha „das Gesicht zu wahren“; sich gegenüber den Imperialisten als schlagkräftiger Partner zu erweisen.

Gerade unter dieser Zielsetzung wäre es ein Mißerfolg, sich nach dem bisherigen Verlauf des Krieges aus Vietnam zurückzuziehen. Die politische Logik dieser „Strafaktion“ würde es im Gegenteil erfordern, nach den bisherigen Mißerfolgen die Aggression auszuweiten, zu „eskalieren“, weitere Truppen an die Front zu schicken, sich tatsächlich auf einen monatelangen Krieg einzurichten, um „das Gesicht zu wahren“.

Dem steht aber das Interesse entgegen, in einem Klima des Friedens nach außen und der konfliktfreien „Volkgemeinschaft“ nach innen die Modernisierung Chinas durchzuführen. Schon der jetzige, relativ kurze Krieg gegen Vietnam hat die Pläne der Modernisierung durcheinander gebracht und zu Kürzungen an den geplanten Investitionen geführt. Diesen Krieg auf Monate hin zu „eskalieren“ und sich vielleicht tief in einen dann auch als Volkskrieg geführten Krieg in Vietnam zu verstricken, (mit dem nicht völlig wegzukalkulierenden Risiko einer sowjetischen Intervention) läuft den Vorstellungen der Modernisierer schärfstens zuwider.

Die wechselnden und widersprüchlichen Ankündigungen aus Peking, den Krieg „bald“ beenden zu wollen oder ihn auf Monate hinaus auszuweiten, sind wohl nicht nur ein Täuschungsmanöver, sondern auch ein Ausdruck dieser realen Widersprüche.

Jetzt erst recht: Solidarität mit Vietnam!

„Die Solidarität mit dem Volke Vietnams gegen die chinesische Großmachtspolitik darf nicht d a n n e n -

Die Solidarität mit dem Volke Vietnams gegen die chinesische Großmachtspolitik darf nicht d a n n e n -

Die ant imperialistische Bewegung der 60er und frühen 70er Jahre gegen den Indochina-Krieg des US-Imperialismus hat sich, abgesehen von dem engeren Umkreis der revisionistischen Parteien und sehr wenigen linken Organisationen, bisher schwer getan, sich auf die neue Situation, mit veränderten Fronten, einzustellen und in Aktion zu treten. Das Verwirrspiel der Pekinger Führung und der Imperialisten z.B. würden es als glänzenden Ausgang dieser „Strafaktion“ betrachten, wenn sie den Rückzug Chinas aus Vietnam gegen eine Restauration des alten Regimes in Kambodscha „eintauschen“ könnten. Die Linken sind scharenweise bereit, auf diesen Leim zu gehen; so kommen sie nicht zu realen Solidaritätsaktionen.

Weithin wirkt sich auch Resignation aus, daß hier angeblich „Kommunisten gegen Kommunisten“ Krieg führen, daß die internationale Orientierung verlorengegangen ist. Andererseits zeigt sich bei den Revisionisten der DKP besonders stark die Tendenz, sich um das Zustandekommen von Aktionseinheiten gar nicht erst zu bemühen (da von der linken Sozialdemokratie, dem traditionellen Lieblingspartner der DKP, nicht viel zu erwarten ist) und alte Abgrenzungen nach links („These 41“) selbst unter diesen Umständen noch zu pflegen und zu hüten.

Der chinesische Überfall auf Vietnam ist Ausdruck der Tatsache, daß der Imperialismus das „Spiel“ um Südostasien und speziell Indochina auch nach seiner vorläufigen Niederlage noch nicht verloren gibt. China soll, im Austausch gegen Milliarden-Kredite und westliche Technologieimporte, den Krieg des Imperialismus gegen die Völker Indochinas weiterführen.

Daher ist es notwendig, sich nicht um wechselnde Gerüchte aus Peking zu scheren, nicht in Tagen zu rechnen und auf ein baldiges Ende der jetzigen Aggression zu hoffen, sondern langfristig eine breite Einheitsfront der Solidarität mit Vietnam und den anderen Völkern Indochinas aufzubauen, endlich einmal ohne „Abgrenzungsbeschlüsse“ und ähnlichen sektiererischen Schrott.

Was Kennedy, Johnson und Nixon mißlang, soll auch Deng, Hua und Carter nicht gelingen!

Aus einer Reihe von Gründen ist es notwendig geworden, den Umfang des AK, der sich bei 64 Seiten eingependelt hatte, zu senken. Dafür sprechen wirtschaftliche Überlegungen ebenso wie die U n m ö g l i c h k e i t, mit den vorhandenen Schreibkräften regelmäßig einen 64seitigen AK zu erstellen.

Auf der anderen Seite wächst der Umfang der eingehenden Manuskripte immer noch an. In einigen Bereichen sind es ein Drittel oder die Hälfte der Manuskripte, die aus Platzgründen nicht verwendet werden können, trotz teilweise umfangreicher Kürzungen in den verbleibenden Artikeln.

Es ist verständlich, daß dies von Genossinnen, deren Manuskripte nicht verwendet oder stark gekürzt werden, oft mit Mißfallen aufgenommen wird. Es gibt aber in der Praxis gar keine andere Möglichkeit. An den Realitäten vorbei geht auch die immer noch hier und da anzutreffende Erwartung, nicht verwendete Manuskripte müßten mit redaktionellen Kommentaren, Antworten, Hinweisen usw. an den/die Verfasser(in) zurückgehen. Für die Erfüllung solcher Erwartungen fehlen uns schlicht die Arbeitskräfte. In der Regel gehen nicht verwendete Manuskripte mit kleinen Vermerken wie „Aus Platzgründen nicht verwendet“ o.ä. an die zuständige Kommission für deren Archiv. Wer sein Manuskript bei Nichtverwendung zurückhaben möchte, sollte dies also anmerken.

Für das Abfassen von Manuskripten ergeben sich aus der aktuellen Notlage besondere Anforderungen, die z.T. seit langem bekannt sind, aber immer noch nicht konsequent eingehalten werden.

1. Form der Manuskripte.

Die Texte sollen einspaltig auf A4-Blättern getippt werden. Die Spaltenbreite soll ca. 34 Anschläge sein (Leerstellen zwischen den Worten sind als Anschläge mitzurechnen). Dies ist u.a. für eine Korrektur und Überarbeitung der Texte erforderlich. Es sollen nicht zwei Spalten nebeneinander auf eine Seite getippt werden, denn dann ist kein Raum für Korrekturen. Es sollen nicht Vorder- und Rückseite der Blätter beschrieben werden.

2. Vorkorrektur.

Es treffen immer noch bemerkenswerter viele Manuskripte ein, die nicht vorkorrigiert sind, in denen z.T. nicht einmal auffälligste Schreibfehler berichtigt sind. Die Redakteure werden sich von nun an vorbehalten, nicht vorkorrigierte Manuskripte nicht mehr zu bearbeiten. Jede(r) Verfasser(in) sollte ihr/sein Manuskript durchkorigieren. Wer Schwierigkeiten mit der Rechtschreibung hat, sollte jemand anders aus seiner Zelle o.ä. ums Korrigieren bitten. Es ist nicht einzusehen, daß diese Arbeit bei der Endredaktion des AK hängen bleibt. Die Vorkorrekturen sollten mit einem dünnen Stift (schwarzer Schnellschreiber o.ä.) gut lesbar und möglichst platzsparend gemacht werden, um auch noch Raum für die Endbearbeitung durch die Redaktion zu lassen. Es empfiehlt sich, längere Korrekturen nicht nur mit dünnem Stift zu streichen, sondern sie mit kräftigem schwarzem Filz zu übermalen. Das liest sich dann besser beim Abtippen.

3. Inhalt.

Jede(r) sollte ihr/sein Manuskript nach Fertigstellung mindestens einmal daraufhin überlesen, wo Kürzungen möglich sind, wo ein Satz kürzer formuliert werden kann, wo überflüssige Füllwörter gestrichen werden können, wo eine längere „Moral von der Geschichte“ am Artikelende wegfallen könnte usw. Jede(r) sollte ihr/sein Manuskript überprüfen, ob es klar ersichtlich wird, w a n n sich eine Sache abgespielt hat (manche schreiben immer noch „Am letzten Donnerstag“ o.ä.), ob Zitate mit Quelle versehen sind, ob die Abkürzungen verständlich sind (z.B. bei Lokal-Zeitungen) usw.

Surrealistische Experimente der "KPD"

Daß man bei der „KPD“ um neue Leser seinen bunten Zauberarmel über-

Surrealistische Experimente der "KPD"

Daß man bei der „KPD“ um neue Stilformen ringt und bereit ist, avantgardistische Wege experimentierend einzuschlagen, zeigt der Kommentar des „Rote Fahne“-Chefredakteurs Willi Jasper in seiner RF vom 22.2.79. Im köhnen Streit mit Wort und Zahl, immer neue gewagte „Mißverständnisse“ produzierend, wirft Willi Jasper dem RF aus „Rote Fahne“, 22.2.79

Protest der Heuchler

Als eine Reaktion auf den vietnamesisch-chinesischen Grenzkrieg meldete die bürgerliche Presse auch eine Protestdemonstration des „maoistischen KB“ vor der chinesischen Botschaft in Bonn.

Bei weitergehender Untersuchung der Umstände dieses merkwürdigen „maoistischen Protestes“ stieß der mißtrauische Leser bald auf den Pferdefuß: In einem Vor-Ort-Bericht des „Bonner Generalanzeigers“ hieß es nämlich schon aufschlußreicher: „... protestierten gestern rund 350 Mitglieder des maoistisch orientierten „Kommunistischen Bundes“ u n d einiger DKP-Untergruppen gegen die militärische Intervention Chinas in Vietnam.“

Deutlicher war die Verlautbarung der DKP-Studentenorganisation MSB Spartakus, die die Schirmherrschaft über eine „spontane Demonstration von über 2000 (!) Bürgern in Bonn gegen die chinesische Invasion“ beanspruchte. Am Dienstag tauchte dann auf der Titelseite der „UZ“ ein Bild von der „KB-Demonstration“ auf mit der Schlagzeile: „Weltweite Forderung nach Abzug Pekings aus Vietnam“ und der Bildunterschrift: „Über 2500 Menschen kamen am Sonntag zu einer spontanen Demonstration nach Bonn.“ Da ist es also den KB-Führern gelungen, sich spektakulär in die „weltweite Front“ der antichinesischen Heize von Moskau bis Ostberlin einzureihen. Für die moskauhörige DKP zählte dabei jeder KB-Demonstrant fast 10-fach – aus 350 wurden 2500. Oder waren dem KB-Aufruf 350 DKPler offen gefolgt und weitere 2000 verdeckt?

Vielleicht sollte der „Arbeiterkampf“ diese etwas mysteriöse Sache einmal aufdecken, in der ideologischen Beurteilung der Vorgänge in Indochina sind sich KPD/SU/SEW/DKP und der

„maoistische KB“ auf jeden Fall einig. Der DKP-Parteivorstand erklärte: „Der Überfall auf Vietnam ist ein Verbrechen. Das ist ein Anschlag auf den Weltfrieden, das ist ein Komplott mit dem Imperialismus.“ In einer Presseerklärung des KB wird von der „beiläufig ungeheuerlichen Provokation der neuen Pekinger Machthaber“ gelaßt – und das, was bei der DKP „Komplott mit dem Imperialismus“ genannt wird – heißt beim KB gar „rein imperialistisch“! Was ist das für eine verlogene und heuchlerische „antimperialistische“ Moral.

Dieselben Leute, die den Einmarsch des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei als „Friedenstafel“ bejubelten, die die sowjetisch-kubanisch-ostdeutsche Soldaten in Afrika als „Proletarische Internationalisten“ stilisieren, die den sowjetischen Völkermord in Eritrea preisen, sie haben auch die Aggression von 150 000 Vietnamesen in Kambodscha als Befreiungstat ausgegeben. Nicht aggressiv im Geiste des „Weltfriedens“ waren in ihren Augen auch die seit Monaten eskalierenden Grenzprovokationen sowjetischer Truppen im Norden und vietnamesischer Truppen im Süden Chinas, in dem Moment, als China Maßnahmen zur Sicherung seiner Grenzen gegenüber der sowjetisch-vietnamesischen Offensivstrategie trifft (nach mehr als 1000 Warnungen), heult die prosozialistische Bande verabredungsgemäß auf. Wie tief sind die KB-Führer gesunken, daß sie sich nicht einmal mehr zu schämen sind, für Herrn Mies die Dreckarbeit zu leisten. Bezeichnend aber auch für die prosozialistische Mobilisierungskraft der DKP, daß sie gezwungen ist, sich an eine Demonstration des sonst als Sekte verhöhten KB propagandistisch anzuhängen. W. J.

KB-Prozesse

„Russell-5“-Prozeß: Beweisanträge abgelehnt

Wenn die ganze Angelegenheit nicht eine viel ernstere Dimension hätte, könnte man geneigt sein, die Justiz zeitweise für eine Art Kuriositätenkabinett zu halten, in dem nur solche Merkwürdigkeiten Aufnahme finden, die einem logisch denkenden Publikum unweigerlich plattes Erstaunen, Kopfschütteln und Fassungslosigkeit abnötigen. Sicher, die eingemauerte Abgeschlossenheit der westdeutschen Justiz vom Denken und Empfinden der normal Sterblichen hat fast schon sprichwörtlichen Rang – aber wenn es Anwälten sogar trotz peinlichster Kontrollen möglich gewesen sein soll, Pistolen in das bestgesicherte Gefängnis dieses Landes zu transportieren, warum sollte es dann einem Richter nicht auch möglich sein, notfalls durch einen Hintereingang und gut zwischen seinen Aktendeckeln versteckt, ein bißchen Logik in ein Gerichtsgebäude einzuschmuggeln? Dem ist aber nicht so, zumindest was den „Russell-5“-Prozeß angeht, wo die einsamen Beschlüsse eines einsamen Richters gleichermaßen unsäßer und unheimlich sind.

Um den Wahrheitsgehalt des inkriminierten Buches und die Berechtigung und Notwendigkeit der darin vorgetragenen Kritik an der geheim-polizeilichen und polizeistatlichen Entwicklung in der BRD unter Beweis zu stellen, wurden am 5. und 6. Prozeßtag (8. und 15.2.) von der Verteidigung mehrere Anträge auf Einholung von Gutachten, Textverlesungen und Zeugenvernehmungen gestellt – sie alle lehnte Richter Betz am 7. Verhandlungstag (22.2.) und mithin nach 14-tägiger innerer Beratung in Bausch und Bogen ab.

Nun soll man nicht meinen, daß der Richter all die rechtlichen Für und Wider, die ihm in diesen 14 Tagen geplagt haben mögen, in einen argumentationsreich begründeten Beschluß formuliert hätte – nein, seine Begründung, warum die umfangreichen Beweisanträge nicht zugelassen werden, ist in ihren knapp einhundert handschriftlichen Seiten dermaßen dürr und erschreckend einfallslos, daß er im Grunde schon am 5. Verhandlungstag, als der Staatsanwalt seine ebenso dürre Ablehnung der Beweisanträge äußerte, schlicht hätte ergänzen können: „Ja, das meine ich auch“. Wahrscheinlich nur wäre das für die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Richters nicht sehr passend gewesen. Diese wahrlich in prozeßunterbrechenden, die ganze Mühseligkeit und Sorgfalt der Rechtsfindung so unüberschaubar machenden Denkpausen.

Eingeteilt hat Richter Betz die Beweisanträge in zwei Kategorien: in „Wertungen, die keinem Beweis zugänglich sind“ und in „Tatsachenbehauptungen, die nicht von Bedeutung“ seien für den Prozeß. Die fast gesetzmäßige Abwechslung, mit der der Richter diese beiden Etiketten auf einzelne Abschnitte der Beweisanträge geklebt hat, könnte manch leidenschaftlichen Würfelspieler vor Neid erblinden lassen:

Eine unbeweisbare „Wertung“ soll z.B. sein, daß es Vergleichspunkte in Struktur, Arbeitsweise, Ausbildung und gesetzlicher Einordnung gibt zwischen den heutigen Sonderkommandos einerseits und der GeStaPo des Nazi-Regimes sowie Anti-Guerilla-Kommandos in heutigen faschistischen Diktaturen andererseits. Demgegenüber ist es laut Betz eine unerhebliche „Tatsachenbehauptung“, daß Führungsbeamte des BRD-Staatsapparates beim Aufbau und Einsatz der Sonderkommandos Strukturen und Aufgabenstellung der GeStaPo übernommen haben.

Einsichtig, nicht wahr? Daß es Vergleichspunkte zwischen den Sonderkommandos und der GeStaPo gibt, ist eine „Wertung“ und nicht beweisbar – daß Strukturen der GeStaPo für die Sonderkommandos übernommen wurden, ist eine „Tatsachenbehauptung“, aber unerheblich.

Ein weiteres Beispiel richterlichen Nachdenkens: eine unerhebliche „Tatsachenbehauptung“ sei es, daß die Sonderkommandos außerhalb demokratischer Kontrolle aufgebaut wurden. Und demgegenüber eine nicht beweisbare „Wertung“,

daß die Sonderkommandos wie seinerzeit die GeStaPo außerhalb demokratischer Kontrolle gestellt werden.

Die Kuriositäten dieser richterlichen Entscheidung haben aber nichtsdestoweniger ihre ernst zu nehmende Konsequenz: nicht zuzulassen, daß überhaupt über den Wahrheitsgehalt des inkriminierten Buches Beweis angetreten werden kann; nicht zuzulassen, daß dem Vorwurf der „Staatsverunglimpfung“ inhaltlich entgegengetreten werden kann – und das heißt letztlich: die Möglichkeit zur Verteidigung überhaupt zu rauben, den Prozeß als ein von Argumenten und Tatsachen nicht mehr beeinflussbares Gesinnungsverfahren perfekt zu machen.

Man nehme noch ein anderes Beispiel aus der Ablehnung der Beweisanträge:

Wenn die Aussage, daß beim GSG-9-Einsatz Verfassungsgrundsätze mißachtet worden sind, und die Todeschüsse der GSG-9 durch keine gesetzlichen Vorschriften gedeckt waren, eine „Wertung“ sein soll, die „keinem Beweis zugänglich“ ist, wie sollen dann wohl überhaupt Verletzungen der Verfassung und anderer Rechtsgrundsätze bewiesen werden? Ist die Verletzung von Rechtsprinzipien durch staatliche Machtorgane etwa allein eine Frage der unterschiedlichen Interpretation?

Bundeskanzler Schmidt hat kürzlich in einem „Spiegel“-Interview (Nr. 3/79) mit erstaunlicher Offenheit (manche nennen sogar auch „Arroganz der Macht“) gesagt: „Ich kann nur nachträglich den deutschen Juristen danken, daß sie das alles (den GSG-9-Einsatz in Mogadischu; Anm. d. Verf.) nicht verfassungsrechtlich untersucht haben.“ Niemand kann dies anders verstehen, als daß Schmidt damit zugegeben hat: dieser Einsatz war ein Verstoß gegen Verfassungsrechte. Das ist demnach eine Tatsache – aber ein Hamburger Richter urteilt über staatliche Rechtsverletzungen: das ist eine Frage, wie man das bewertet, das ist „keinem Beweis zugänglich“.

Die weitreichende Bedeutung eines solchen „Rechtsverständnisses“ liegt auf der Hand. Etwa: Polizisten prügeln bei einer Demonstration grundlos und erbarmungslos auf Demonstranten und Passanten ein; diese stellen Strafanzeige – und Richter Betz würde sagen: aber, aber, was wollen Sie denn? Die Polizei hat grundlos geprügelt und Ihre Rechte verletzt? Das ist doch eine „Wertung, die keinem Beweis zugänglich ist“!

Die Zurückweisung der Beweisanträge, die keinem Beweis zugänglich ist!

Die Zurückweisung der Beweisanträge entspricht also vollständig dem unbedingten Verurteilungswillen der Staatsanwaltschaft – die im übrigen selbst die am wenigsten beweisbare „Wertung“ in diesen Prozeß eingeführt hat, als sie sich in ihrer Anklageschrift auf den „unbefangenen aber sorgfältigen Durchschnittsleser“ berief, der aus der „Gesamtchau“ des Buches nur Verunglimpfendes über die BRD entnehmen könne (welche „unbefangenen aber sorgfältigen Durchschnittsleser“ hat die Staatsanwaltschaft denn wohl befragt?). In einem Punkt aber hat Richter Betz die von Staatsanwalt Reumann vorgegebene Begründung des „Durchsicherens von Tatsachenbehauptungen und Wertungen“ verlassen: daß die „Tatsachenbehauptungen“ in den Beweisanträgen „unerheblich“ seien, hat er dadurch ergänzt, daß diese „keine (!) Beschimpfung der Bundesrepublik“ darstellen. Das ist nun tatsächlich bemerkenswert, denn: vergleicht man diese Beweisanträge mit den 20 (als „beispielhaft“) inkriminierten Textstellen des Buches, so müßten allein zehn davon jetzt automatisch ebenfalls als „keine Beschimpfung“ zurückgewiesen werden. Aber auch das wäre ja zumindest eine Frage der Logik.... Und man könnte, wenn es eine solche Logik in diesem Prozeß gäbe, nachträglich noch mal die Frage aufwerfen, wieso dem Einstellungsantrag bezüglich § 90a nicht gleich zu Prozeßbeginn stattgegeben wurde.

Das hieße indes, die fast schon intime Bindung des Richters an das Prozeßinteresse der Staatsschutzorgane nicht wahrzunehmen, die in der Ablehnung aller bisher gestellten Beweisanträge ihren deutlichsten Ausdruck hat. In der Tat befindet sich

ter Betz sich dabei in einer wenig beneidenswerten Situation: ihm zur Rechten sitzt mit Staatsanwalt Reumann ein Vertreter der Anklagebehörde, der wechselweise mit Provokationen („Man hat sich Gedanken gemacht, Gefangene zu exekutieren; da kann ich nur sagen: Na und?“) und arrogantem Schweigen die ganze Last der Abschottung der Anklage an den Richter selbst weiter gibt, und ihm zudem zu skandalösen Inschutznahmen der Anklagevertretung nötigt (die „Na und?“-Äußerung von Reumann sei keine Billigung der Exekutionspläne gegen politische Gefangene). Ein Staatsanwalt, der eine Anklageschrift serviert hat, die von ihrer Abfassung her („Bei der Gesamtschau des Inhalts...“) eine umfangreiche Erörterung der polizeistatlichen Entwicklung in der BRD vor Gericht geradzuzugibt, deren Absicht es aber ist, diese Erörterung auf jeden Fall zu verhindern. Wie Richter Betz diesen Prozeß im Sinne der Anklage zu „meistern“ versteht, ist letztlich auch von persönlicher Bedeutung für ihn: er ist noch kein fest angestellter Richter, sondern sozusagen ein „Richter auf Probe“, der sich in der Eignung zum Richteramte erst noch „bewähren“ muß.

Dazu wird er in diesem Prozeß auch noch mehrere Gelegenheiten haben: vorbereitet und vor Gericht angekündigt sind bereits weitere Beweisanträge. Wenn dieses Verfahren schon überhaupt eröffnet wurde – wo gleichzeitig die Warnungen vor einer neuen GeStaPo immer breiteren Raum greifen (siehe den Leserbrief des Münchner Rechtsanwalts Jürgen Arnold über einen geplanten „Lauschangriff“ des Verfassungsschutzes auf sein Büro im „Stern“ vom 22.2.79) – wo selbst hochdotierte Staatsanwälte wie Gerhard von Loewenich, Dienstaufsichtsführender über den Verfassungsschutz, sich genötigt sehen, im Zusammenhang mit der sogenannten „Amtshilfe“ zwischen den Geheimdiensten und dem Polizeivollzug auf die „bitteren Erfahrungen mit der GeStaPo“ zu sprechen zu kommen (siehe FR vom 28.2.79) – wenn also dieser Prozeß überhaupt stattfindet, wo gleichzeitig öffentlich über genau die Tatsachen diskutiert wird, die das inkriminierte Buch dokumentiert und analysiert, dann ist die Vorstellung der Staatsanwaltschaft und des Richters, nach Ablehnung der bisherigen Beweisanträge zu einem schellen Urteilspruch zu kommen, umso mehr eine Illusion.

Oder: das Verfahren wird ausgesetzt. Eine der ausdrücklich von uns mehr eine Illusion.

Oder: das Verfahren wird ausgesetzt. Eine der ausdrücklich von der Anklageschrift als „Staatsverunglimpfung“ inkriminierten Textstellen lautet: „Zum Todeschuss auf der Straße, sowie zur gezielten Liquidation politischer Gegner in der BRD erscheinen im Rahmen dieser Reihe zwei besondere Dokumentationen“ (Russell-Buch 5, S. 119). Die eine Dokumentation ist inzwischen erschienen: das Russell-Buch Nr. 4 mit dem Titel „Jeder kann der nächste sein“. Die andere angekündigte Dokumentation ist noch nicht erschienen – ihre Ankündigung als weiteres Belegmaterial für den Inhalt des Russell-Buch 5 ist aber Bestandteil der vorliegenden Anklageschrift und mithin des laufenden Prozesses. Ein Antrag auf Aussetzung des Prozesses bis zum tatsächlichen Erscheinen dieser Dokumentation ist darum am 8. Verhandlungstag (1.3.) gestellt worden. Die Entscheidung darüber wird am



Donnerstag, 8. März, 9.30 Uhr
Strafjustizgebäude, Raum 297
Sievekingplatz 3



mitgeteilt. Sollte die Aussetzung abgelehnt werden, sind die folgenden Prozeßtage für

Donnerstag, 15.3., und
Montag, 26.3.,
terminiert – und jeweils 9.30 Uhr.

SPENDEN

Solidaritätsspenden für die „Staatsverunglimpfung“-Prozesse gegen Kai Ehlers und Jürgen Reumann sind inzwischen weiter eingegangen von:

HBV-Bereich, KB/Hamburg	50,-
eine Genossin, Hamburg	2,50
J.S., SB-Mitglied, Westberlin	10,-
Bergedorf, KB/Hamburg	44,-
M.K., Hamburg beim Bunte-Liste-Zeitungsverkauf	50,-
A.F., Landshut	300,-
W., Nürnberg	15,-
C.W., Göttingen	300,-
K.K., Hamburg	100,-
Russell-Gruppe Freiburg	90,-
G.P., Hamburg	500,-
B., Braunschweig	200,-
P.L., Braunschweig	500,-
2.161,50	

Die Gesamtsumme der bisher zur Prozeßunterstützung eingegangenen Spenden beträgt damit

15.709,05

Ausgaben

Bislang sind für die prozeßbegleitende Öffentlichkeitsarbeit und Anwaltsstätigkeit folgende Kosten entstanden:

Druck und Fotokopierkosten (Prozeßinfos, Pressemappen, usw.)

2.581,50

Versandkosten (Porto, Briefumschläge usw. – es existiert dafür ein relativ großer Verteiler)

1.270,-

Pauschale Vorauszahlung von Anwaltskosten für beide Prozesse

4.000,-

Sonstiges (Reflektoren usw.)

125,50

7.977,-

Wir möchten uns bei allen Spendern herzlich bedanken und zur weiteren finanziellen Unterstützung der beiden 90a-Prozesse aufrufen. Spenden können eingezahlt werden auf das Konto der

Arbeiterhilfe e.V.
Bank für Gemeinwirtschaft/Hamburg
Kto.-Nr.: 1 244 365 3

Bitte den Vermerk „Prozesse Russell-Buch 5 und Stenwinheim-Berichterstattung“ eintragen.

Unterschriftensammlung geht weiter

Wir veröffentlichen im folgenden wieder einige Unterschriften unter die Protesterklärung gegen die 90a-Anklagen – stellvertretend für alle, die inzwischen neu unterzeichnet haben. Die Gesamtzahl der Unterschriften liegt jetzt bei 1.700.

BRD

Michael Böttcher, Rechtsanwalt, Hamburg
Mirjam Glaser, Buchhändler, Frankfurt
Gottfried Krutzki, Rechtsanwalt, Frankfurt
Willi Overbeck, Pfarrer, Essen
Michael Rannenberg, Pfarrer, Westberlin
Marianne Reichel, Buchhändlerin, Stuttgart
Hans Schreiber, Stadtplaner, Dortmund
Hartmut Wikstutz, Arzt, Westberlin
Heinrich Heine-Buchhandlung, Essen
Klartext, Essener Stadtzeitung
Regeebogen, Kneipe + Cafe, Essen
„Die 3 Tornados“, Kneipentheater, Westberlin
Frauenzentrum Aschen
BI Offenbach gegen Atomanlagen

NORWEGEN

Bergen Bokkafé A/L (Buchhandlung), Bergen
Marxistisk Gruppe, Bergen

USA

Guardian, New York
workers world, New York

NIEDERLANDE

Els Doeleman, Lehrerin, Amsterdam
Rob Gerritsen, Soziologe, Amsterdam
Internationale Kommunistenbond (IKB, niederländische Sektion der IV. Internationalen)
Marcel van der Linden für die Redaktion der „Klassenstrijd“ (Zeitung des IKB);

FRANKFURT AM MAIN: DIE REDAKTION DER „KLASSENSTRIJD“ (ZEITUNG DES IKB);

Pastor Hermann Bergengruen: Fragen an das Gericht

Pastor Hermann Bergengruen:
Fragen an das Gericht

Pastor Hermann Bergengruen

Kassebeerenworth 22
3203 Sarstedt, den 26.2.79

An das Gericht,
bei dem der „Russell-5“-Prozeß
anhängig ist
2 Hamburg

Betr.: Anfrage wegen Äußerungen des Staatsanwaltes Reumann
Bezug: „Arbeiterkampf“ 148 v. 19.2.79 Seite 6

Ich bin unregelmäßiger Leser des „Arbeiterkampfes“. Daher erwarte ich eine partielle Berichterstattung dieser Zeitung zu dem sie betreffenden Prozeß. Gerade deshalb bitte ich Sie um Auskunft darüber, ob die o.g. zitierten Äußerungen des Staatsanwaltes gefallen sind:

1. Der Verzicht des Staatsanwaltes sachlich auf die Beweisanträge der Verteidigung positiv oder negativ einzugehen und so dem Gericht die erwartete Entscheidungshilfe zu geben. Stattdessen lenkt er nach dem o.g. Bericht durch Wertungen von ihnen ab, wie „unwissenschaftlich“ – „Durchsicheren von Tatsachenbehauptung und Wertung“ – „unbedeutend“ – „unsachlich“ – „unbestimmt“.
2. Die Meinung des Staatsanwaltes, daß die „Existenz von Sonderkommandos von keinem angezweifelt würde, jedermann wisse, daß sie kontrolliert werden, jeder weiß, daß sie nicht zentralisiert sind, und jeder weiß, daß sie immer wieder eingesetzt werden“. Mit „jeder“ kann doch wohl nur jeder Bürger der Bundesrepublik Deutschland gemeint sein?
3. Der Satz: „Daß sich Gedanken über eine mögliche Exekution der politischen Gefangenen gemacht wurden, dazu kann ich nur sagen: Na und?“ In seiner Tendenz unterstellt der „Arbeiterkampf“ dem Staatsanwalt die Meinung, daß das, was doch jedermann wisse, auch von jedermann für gut gehalten werde.

Ich frage an, ob das Gericht diese Meinung teilt.

Für eine rasche Antwort wäre ich sehr dankbar, weil ich es für nötig halte, diese Auffassungen des Staatsanwaltes bei jedermann zu verbreiten, wenn sie von einem unabhängigen Gericht in unserem Land geteilt werden.

gez. Bergengruen, Sarstedt

Solidarität mit Jürgen Reents und Kai Ehlers

Freie Arbeiter Union/Hamburg

Die Initiative FAU/Hamburg erklärt sich solidarisch mit dem Genossen J. Reents. Es handelt sich bei diesem Prozeß unserer Meinung nach um den Versuch, die ohnehin in diesem Staat angeschlagenen bürgerlichen Freiheiten weiter einzuschränken.

Die bürgerlichen Freiheiten sind in einem langwierigen Prozeß von arbeitenden Klassen gegen die herrschenden Klassen erkämpft worden. Sie sind immer auch ein Schritt auf dem Weg der Befreiung der Menschheit gewesen. Es ist daher die Aufgabe gerade der revolutionären Sozialisten, diese Rechte zu bewahren und auszuweiten. Als freiheitliche Sozialisten/Kommunisten (oder: Anarcho-Syndikalisten) sind wir bedingungslos Befürworter und Verteidiger dieser Rechte.

Der Kapitalismus befindet sich in einer tiefgreifenden wirtschaftlichen Krise. Der Staat ist darum um so bereit, die bürgerlichen Freiheiten einzuschränken und abzuschaffen. Der Staat versucht, durch vorbeugende Maßnahmen möglichst viele "legale" Mittel in die Hand zu bekommen, um jeden möglichen Widerstand in der Bevölkerung, der aus der Krise erwächst, — und sei er noch so gering und reformistisch — sofort brechen zu können. Der Prozeß gegen den Gen. Reents gehört ohne Zweifel zu diesem vorbeugenden Maßnahmen.

Welche politischen Differenzen auch immer bestehen mögen — der Prozeß, den der Oberkontrolleur dieses Staates, Herr Herold, initiiert hat, richtet sich nicht allein gegen eine Organisation der revolutionären Linken in der BRD. Er ist u.E. viel mehr ein Versuch, den, der ausloten soll, wie weit unter den heutigen Bedingungen die Meinungs- und Pressefreiheit schon staatsicherheitsbedrohlich sein kann. Er hat weiterhin die Aufgabe, einen Präzedenzfall zu schaffen, um je d e Kritik an den herrschenden Zuständen — auch und gerade aus dem Lager der ehrlichen bürgerlichen Republikaner (auch die gibt es noch) — unmöglich zu machen.

Daß sich der Staatsschutz bei dieser Strategie zuerst an einer Organisation der recht schwachen bundesrepublikanischen Linken vergrift, ist natürlich kein Zufall: an einem politisch wie ökonomisch weit unterlegenen Gegner soll ein Exempel statuieren werden, welches anschließend — als rechtskräftiges Urteil — auch gegen ökonomisch und/oder politisch stärkere Kritiker gewendet werden kann (z.B. den "Stern", dessen Serie über die "Freiheit in Deutschland" prinzipiell den gleichen Prozeßstoff geboten hätte). Somit wäre eine weitere Bresche für Orwells 1984 geschlagen.

Aus diesen Gründen ist es unerlässlich, moralische und — soweit die Kräfte reichen — praktische Solidarität mit dem Gen. Reents zu üben. Diese Solidarität muß über alle bestehenden Differenzen geleistet werden, denn diese Differenzen müssen in n e r h a l b der Linken ausgeglichen werden, nicht dadurch, daß der Staat einzelne Fraktionen bankrott klagt oder anderweitig "ausschaltet".

Initiative Freie Arbeiter Union Hamburg
F.A.U. - I.A.A.

Der Spiegel

In einem Artikel über den (geplatzten) Prozeß von BKA-Chef Herold gegen den Regensburger Rechtswissenschaftler Prof. Wilhelm Steinmüller (Steinmüller ist ein Kritiker der weitläufigen Datenerfassung), kam „Der Spiegel“ in seiner Ausgabe vom 19. Februar (Nr. 8/79) auch auf den Prozeß gegen das „Russell-Buch 5“ zu sprechen:

„Wegen eines Pamphlets des rektifizierenden (mußte das sein?) — Anm.d. AK) 'Kommunistischen Bundes' (KB) gegen eine 'neue Gestapo' stellte der Präsident (BKA - Chef Herold; Anm. d.AK) Strafantrag; der Prozeß läuft derzeit in Hamburg.

Erinnerungen an NS-Erscheinungen waren in jüngster Zeit immer mal wieder auch bei weniger extremen Linken und bei liberalen Kritikern nachgeworfen: Die Humanistische Union warnte vor Gesetzen, die Staatschützern mehr Kompetenzen „als dem Reichssicherheitshauptamt“ einräumen. Der Berliner Theologe Helmut Gollwitzer gab zu bedenken,

daß sich „die Gestapo von 1933“ nach dem Bonner Sicherheitsapparat „die Finger geleckt hätte“.

Solche Kommentare könnten künftig riskant anmuten, wenn der von Herold angestregte Hamburger KB-Prozeß — „Frankfurter Rundschau“ — „Ein schimmer Präzedenzfall“ Schule macht.

Guardian/USA

Der in New York erscheinende linke „Guardian“ veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 24. Januar einen Artikel von Bruce MacFarlane über „Staatsverurteilungen“-Prozesse in der BRD. Berichtete wurde u.a. über die Verfolgung der Herausgeber und Nachdrucker des „Buback-Nachrufs“, über die 90a-Urteile gegen Dieter Kunzelmann, Prof. Sigrist, Norbert Oswald und Michael Schulte (vgl. AK 144, S.32: „Der § 90a muß weg!“) sowie über das (eingestellte Verfahren) gegen die DKP-Zeitung „UZ“. Zur Charakterisierung des § 90a schreibt MacFarlane:

„Der § 90a steht in einer Linie mit früheren Zensurgesetzen und ist praktisch aus Nazi-Gesetzen kopiert, die der Verfolgung von Antifaschisten dienten. Seine heutige Anwendung ist damit auch durchaus vergleichbar, weil praktisch nur Linke danach angeklagt werden.“

Über die 90a-Anklagen gegen den KB heißt es im „Guardian“:

„Im Januar sieht sich der Kommunistische Bund (KB) zwei neuen 90a-Prozessen gegenüber, die weitreichende Auswirkungen auf alle linken Gruppen haben können. Ein Mitglied ist aufgrund von Artikeln über die „Selbstmorde“ von Mitgliedern der Baader-Meinhof-Gruppe mit drei Monaten Knast bedroht (Anm. AK: der Genosse Kai Ehlers ist zweimal nach § 90a angeklagt — in „Tatmehrheit“ — weil es um zwei AK-Artikel dabei geht; laut StGB ist daher eine „Gesamtstrafe“ möglich die „die Summe der Einzelstrafen nicht erreichen“ darf; d.h. konkret in diesem Fall: die Strafe muß also „nur“ unter sechs Jahren (!) Knast bleiben.)

Vielleicht noch schädlicher für fortschrittliche politische Aktivitäten kann das Ergebnis des zweiten KB-Prozesses sein. 1978 gab der KB eine Buchserie heraus, die dokumentarische Material für das Dritte Internationale Russell-Tribunal enthält. Einem dieser Bücher verglich den Aufbau neuer Antifaschisten-Elitetruppen des Bundesgrenzschutzes mit der ersten Phase der Staatspolizei des Nazi-Regimes.

Die Staatsanwaltschaft hat daraufhin KB-Mitglied Jürgen Reents wegen „Staatsverurteilungen“ angeklagt und das Buch wurde beschlagnahmt. Einer der Gründe dafür war, daß in dem Buch von „fascistoiden Tendenzen“ in der BRD gesprochen wurde. Reents ist nun von fünf Jahren Gefängnis (Anm. AK: maximal drei Jahre) oder einer schweren Geldstrafe bedroht.

Die Konsequenz einer Verurteilung wären eine drastische Einschränkung antifaschistischer und revolutionärer Propaganda für die gesamte westdeutsche Linke. Bislang haben mehr als 600 linke Organisationen, Verlage usw. in ganz Europa ihre Solidarität bekundet.

(folgt Adresse für Solidaritätsschreiben)

Weitere Zuschriften

Die Solidaritätsschreiben, die uns zur Unterstützung in den 90a-Prozessen erreichen, können schon aus Platzgründen nicht alle vollständig abgedruckt werden. Nichtsdestoweniger möchten wir uns bei allen, die bislang auf verschiedene Weise ihre Solidarität zum Ausdruck gebracht haben, und bei allen, die es noch tun werden, an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.

Aus einigen neu eingegangenen Zuschriften wollen wir kurz zitieren:

- Klaus Segbers, freier Journalist aus Konstanz, schreibt: „Setzen sich solche Verfahren der Kriminalisierung mißliebiger Texte erst einmal durch, können die Staatsorgane Kritik an ihrem Vorgehen gleich selbst formulieren.“
- Peter Kroiß, presserechtlich Verantwortlicher der Landshuter

„Bürgerinitiative gegen AKWs“ und selbst Betroffener von Zensurmaßnahmen (einstweilige Verfügung und Anzeige wegen eines Flugblatts), sieht in der wachsenden Repression vor allem die Absicht, „in der BRD ein Klima der Angst und Einschüchterung zu erzeugen, in dem sich niemand mehr traut, Mißstände öffentlich anzusprechen“.

Ein Westberliner SB-Genosse, Jakob S., schickte uns zusammen mit einer Solidaritätsspende von 10 DM einen Brief, in dem er die Notwendigkeit der Solidarität innerhalb der Linken betonte, „den Rechten zum Trotz und unseren eigenen politisch ideologischen Scheuklappen auch.“

— Ein Frankfurter Genosse, Horst B., wünschte uns mit „überlären und pazifistischen Grüßen“ viel Erfolg in den Prozessen und forderte uns auf, „dem staatlichen Druck nicht nachzugeben und auch in Zukunft eure mutige Berichterstattung wie über die „Wunder von Stammheim“ fortzusetzen.“

Das wird gemacht!

workers world party/USA

„Liebe Genossen, Workers World Party erklärt sich solidarisch mit dem Verlag J.Reents in seinem Kampf gegen die staatliche Repression und Zensur in Westdeutschland. Wir sind sicher, daß das einzige, wofür Jürgen Reents und Kai Ehlers sich schuldig gemacht haben, das ist, daß sie die Wahrheit über die zunehmende Stärkung und Zentralisierung des repressiven Staatsapparats der BRD dargestellt und die Rolle „ehemaliger“ Nazis in eben diesem Staatsapparat enthüllt haben.

John Catalano
I.A. des Nationalen Komitees
10. Februar 1979

In AK 148 hatten wir bereits einen Artikel zu den KB-Prozessen in der Zeitung „workers world“ erwähnt und dabei irrtümlich geschrieben, daß es sich um eine englische Zeitung handelt. „Workers world“ wird von der gleichnamigen Organisation in New York/USA herausgegeben.

In AK 148 hatten wir bereits einen Artikel zu den KB-Prozessen in der Zeitung „workers world“ erwähnt und dabei irrtümlich geschrieben, daß es sich um eine englische Zeitung handelt. „Workers world“ wird von der gleichnamigen Organisation in New York/USA herausgegeben.

Aus der Christuskirche
HH-Wandsbek: Protestschreiben an das Gericht

Die Mitarbeitergruppe der Evangelischen Jugend der Christuskirche Wandsbek (Hamburg) sowie Pastor Wolfgang Grell verfaßten am 12.2.79 eine Erklärung, die u.a. an das Amtsgericht Hamburg sowie an „Spiegel“, „Stern“, „konkrete“ und „Frankfurter Rundschau“ verschickt wurde. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Wir protestieren gegen die jüngsten, nach § 90a StGB eingeleiteten Prozesse gegen den J.Reents-Verlag/Hamburg.“

Dem Reents-Verlag soll die Verbreitung des Buches „Antifaschistische Russell-Reihe Nr.3/ Nach Schleyer: Sonderkommandos in der BRD — Zügiger Ausbau der neuen

GeStaPo verboten werden. Wir sind, ohne unbedingt politisch hinter dem Buch zu stehen, der Meinung, daß dieser Prozeß einen Präzedenzfall dafür schaffen kann, inwieweit staatliche Organe bestimmen können, wie weit Kritik gehen darf. Insofern schließen wir uns der Meinung des Journalisten Henryk M.Bröder („Frankfurter Rundschau“ vom 15.8.78) an: ... (folgt bekanntes Zitat; Anm. AK) ...

Wir fordern daher die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen den Reents-Verlag/Hamburg.

Die Mitarbeitergruppe der Ev. Jugend der Christuskirche Wandsbek
I.A. Peter Golinski
und weiterhin: Wolfgang Grell

Informationsdienst (ID)

In meiner Ausgabe vom 17.2.79 hat jetzt auch der Frankfurter ID über den Prozeß gegen den Verlag J.Reents berichtet. Der ID-Bericht stützt sich dabei auf das nach dem 3.Prozeßtag (26.1.) herausgegebene Prozeß-Info Nr.2.

Leserbriefe zur Solidaritäts-Diskussion

Ich beziehe mich im folgenden auf den Artikel in AK 147, S.6 „Zur Diskussion um die Solidarität im KB“. Da werden besondere Anstrengungen zur Solidarität mit den angeklagten Genossen unterlassen oder gar abgelehnt wegen einer „generellen Abstumpfung gegenüber Prozessen gegen Linke wegen einer Flut von Antifa-Prozessen (Münster)“. Man überlege mal: Die Münsteraner geben hier „so nebenbei“ bekannt, daß sie mit einer „Flut“ von Antifa-Prozessen konfrontiert sind (die sich daraus ergebenden Konsequenzen will ich hier nicht ansprechen) und ihre Reaktion darauf heißt: „generelle Abstumpfung“. Hier haben wir das nackte Eingeständnis der Tatsache, daß die Klassenjustiz ihre Ziele durchsetzen kann, ohne daß dagegen Widerstand geleistet wird. Ja, nicht einmal mehr zu Empörung reicht es. Die Tatsache aber, daß zu diesen vielen Prozessen (hier in Münster) nichts gemacht wird („generelle Abstumpfung“) auch noch als Argument zu bringen, zu unseren zentralen Prozessen nichts machen zu können, entbehrt jeder Logik und läßt nur einen Schluß zu: Die Genoss(innen) wollen nicht. Wohl halten sie es für richtig, daß jahrelang zwei Genossen, Kai und Jürgen, ihren Kopf für sie hinhalten, aber wenn's diesen Genossen an den Kragen geht, gilt das nicht mehr, dann wird daraus ein persönliches Problem der Betroffenen, oder? Ich kann daraus nur schlußfolgern: Genoss(innen), die diese Haltung an den Tag legen, zu fragen: „Wie würdet ihr darüber denken, wenn ihr an Jürgen's oder Kai's Stelle wäret?“, ist naiv, denn: Mit so einer Haltung geht man das Risiko einer Presseverantwortlichkeit oder einer ähnlichen Tätigkeit für den KB ja gar nicht ein. Haben wir es hier nicht mit einem begrenzten kalkulierten eigenen Engagement für andere politische Ziele zu tun, das sich nur praktizieren läßt, solange es andere gibt, die das Risiko tragen? Bevor ihr empört seid über diese Frage, liebe Münsteraner, macht Euch Gedanken über ihren Kern.

2. „Es wurde der Vorwurf der 'Parteilichkeit' geäußert, zusammen mit dem Vorwurf mangelnder Solidarität bei den Grohnde-Prozessen (Münster)“. Da wird's lügenhaftig. An welchen Punkten läßt sich der Vorwurf der „Parteilichkeit“ in dieser Prozeßkampagne belegen? Die Sache sieht doch so aus: Einige wenige (hier) Genoss(innen), die heute aktiv in der Prozeßkampagne arbeiten, machen heute der Mehrzahl der KB-Mitglieder vor, wie Widerstand geleistet werden kann; einerseits durch eine wissenschaftliche Prozeßvorbereitung, die es der Klassenjustiz so schwer wie möglich macht, Verurteilungen herbeizuführen, andererseits durch intensive Bemühungen, über die politische Tragweite dieser Prozesse die demokratische Bewegung in der BRD und im Ausland zu informieren und den Widerstand gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit in unserem Lande voranzutreiben.

Der Vorwurf mangelnder Solidarität bei den Grohnde-Prozessen schlägt all den Genoss(innen) ins Gesicht, die durch ihren Einsatz in BI's und durch die Berichterstattung im AK hierzu gearbeitet haben. Sie sollten sich dazu mal äußern. Mir scheint es auch eher so zu sein, daß die politischen Auffassungen, die wir in der Grohnde-Solidarität im Gegensatz z.B. zu den Spontis vertreten, den Münsteranern nicht passen. Also: raus mit der Sprache. Gegen den Vorwurf der „Parteilichkeit“ möchte ich noch ganz subjektiv feststellen, daß mir die distanzierte Haltung der Münsteraner Genossen zu unserer Organisation auf den Geist geht.

3. Wegen der „Krisenabläufe“ sei keine Zeit für die Behandlung der Prozesse gewesen ... Genossen, wie war's, ihr würdet Jürgen oder Kai mal raten, mit diesem „Argument“ vor den Richter zu treten? Wie abstrakt muß diese „Krisenabläufe“ sein, wenn nicht sofort, als der katastrophale Stand der politischen Arbeit an den Prozessen offensichtlich wurde, dies zum Bestandteil dieser Debatte wurde? Das ist wirklich kein „Zeitproblem“!

4. Eine ganz subtile Art, sich vor dem Problem der Solidarität mit angeklagten Genossen zu drücken, kommt in den „Argument“ zum Vorschein, es gehe in erster Linie nicht um zwei vom Knast bedrohte Genossen, sondern um die Kriminalisierung zentraler Inhalte kommunistischer Propaganda. Es drängt sich mir zu nächst die simple Frage auf: Wer soll hier eigentlich in den Knast gehen,

zwei Genossen oder die „Inhalte“? Hier drückt sich doch ein reines taktisches Verhältnis zu den betroffenen Genossen aus! Wer Solidarität nach dem „politischen Stellenwert“ des Angriffs bemißt, beweist nur eine Unmenschlichkeit. Bei soundsoviel Einsatz an „Solidarität“ kann ich soundsoviel politisch rausholen. Insgesamt wird mir immer klarer: In dem Artikel, mit dem ich mich hier befaße, sprechen die NRW-Genoss(innen) nur offen aus, was „unter der Decke“ im ganzen KB schweilt und darüber hinaus als ideologische Schwäche der gesamten Linken existiert: Unmenschlichkeit und Dekadenz im Umgang mit den eigenen Kampfgenossen, tiefstehendes Mißtrauen, daß „man selber ja wohl auch letztendlich sein Päckchen allein tragen muß“. Wie das zu verändern ist? Nur durch den praktischen Gegenbeweis, den all diejenigen erbringen werden, die noch nicht resigniert haben. Der Prozeß gegen Jürgen ist noch nicht zuende und der gegen Kai beginnt am 26. April.

Martin, IKAH Hamburg

Im AK 147 „Zur Solidarität im KB“ wurde mangelnde Solidarität zu den zentralen KB-Prozessen u.a. damit begründet, daß man durch die Flut von Antifa-Prozessen abgelenkt sei. Meinen Erachtens sind die Münsteraner Genossen nicht durch die Flut von Prozessen abgelenkt, sondern eher dadurch, daß wir unseren Prozessen nichts entgegenzusetzen: es wird wenig vorbereitet und noch weniger Öffentlichkeitsarbeit gemacht.

Und wenn man schon bei den „kleinen“ Prozessen nichts zu melden hat — warum sollte man sich da auch um die zentralen Prozesse kümmern? Bei Durchsicht der AK's aus dem letzten Jahr fällt auf, daß die Prozeßberichte sich meistens um bekannte Prozesse drehen, z.B. gegen Anwälte oder den Zieselprozess — alles Prozesse, wo Arbeit reinsteckt worden ist — mit einigem Erfolg, wie man aus Ausgang des Zieselprozesses in Hamburg sehen kann. Von der Flut von anderen Prozessen findet man allerdings kaum etwas.

Darüber hört man höchstens irgendwo beim Bier oder auf Feten. Erschreckend wird das dann, wenn es sich um Genossen aus dem eigenen Bereich handelt, mit denen man jahrelang zusammenarbeitet — und merkt sich meistens um bekannte Prozesse drehen, z.B. gegen Anwälte oder den Zieselprozess — alles Prozesse, wo Arbeit reinsteckt worden ist — mit einigem Erfolg, wie man aus Ausgang des Zieselprozesses in Hamburg sehen kann. Von der Flut von anderen Prozessen findet man allerdings kaum etwas.

Darüber hört man höchstens irgendwo beim Bier oder auf Feten. Erschreckend wird das dann, wenn es sich um Genossen aus dem eigenen Bereich handelt, mit denen man jahrelang zusammenarbeitet — und plötzlich erfährt man, daß einer einen dreitägigen Prozeß hatte, wo von den Genossen keiner gekommen ist. Von Prozeßvorbereitung oder sogar Öffentlichkeitsarbeit kann da natürlich keine Rede sein.

In der gesamten Organisation gibt es bestimmt hunderte von solchen Prozessen: wegen Stellachildern, Infoständen, Plakatekleben, Verkäufen, Flugblattverteilung, gegen Verantwortliche von Flugblättern, wegen Teilnahme an Demos etc. Von uns werden diese Angriffe bis auf wenige Ausnahmen total geschluckt. — Es gehört eben zu unserer politischen Arbeit dazu, mal verknackt zu werden. Oder es wird einfach als Privatproblem der Betroffenen behandelt, die selbst zu sehen müssen, wie sie damit klarkommen.

Bei so einer Haltung kann man sich dann wirklich nur noch ausrechnen, wann man selbst im Knast sitzt, wenn die Entwicklung so weiter geht. Aber nicht nur diese Vorstellung, daß wir den Kampf auf diesem Gebiet verlieren werden, ist ziemlich wahnsinnig — viel schlimmer ist, daß man heute gemeinsame politische Aktionen machen kann und sich sicher sein kann, daß es morgen keinen mehr interessiert, wenn man deswegen einen Prozeß am Hals hat.

Dabei haben wir die Möglichkeit, bei guter Prozeßvorbereitung bessere Urteile oder sogar Freisprüche zu erreichen. Nur dürfen wir dann nicht so weiter machen, wie bisher: Statt sich einzeln hinzusetzen und mühsam den eigenen Prozeß vorzubereiten (wobei jeder immer ganz von vorn anfängt), wäre es sinniger, die Prozeßinformationen zu veröffentlichen, die eigenen Erfahrungen den anderen nutzbar zu machen. Prozesse dürfen nicht länger Privatsache der Betroffenen sein — sie müssen gemeinsam vorbereitet werden! Wenn wir insgesamt unseren Prozessen mehr Beachtung schenken, werden wir auch anders an die zentralen Prozesse herangehen — da steht schließlich für die betroffenen Genossen noch wesentlich mehr auf dem Spiel (das ist kein Widerspruch, wie die Münsteraner Genossin schreibt!).

G., KB/Gruppe Hamburg

„KPD“ hat Schwierigkeiten ...

Augenscheinlich ist, daß die „KPD“ mit „gebremstem Schaum“ in der AL mitarbeitet. Hatte sie sich in den Programmdebatte (siehe AK 145) noch sehr stark engagiert, so sucht man/ frau vergeblich nach so manchen wackeren „Mitstreitern“. Auffällig ist, daß z.B. nur noch vor allem bekannte „KPD“-Größen sowie zahlreiche Sympathisant(inn)en die AL in der entscheidenden Phase des Wahlkampfes aktiv unterstützen. Diese eingetretene Abstinenz resultiert in erster Linie aus der Niederlage der „KPD“ in ihrem Ringen um die Durchsetzung von „antihegemonistischen“ Positionen. Anscheinend ist dieses Scheitern intern noch nicht richtig verdaut worden, vielen „KPD“-lern erscheint die Kompromissbereitschaft zu weit gegangen zu sein. Zwar hält die „KPD“ das „Programm für fortschrittlich und einen wichtigen Erfolg“ („Rote Fahne“ 3/79), meldet aber gleichzeitig „eine Reihe schwerwiegender Kritik“ an. Deshalb unterstütze die „KPD“ die AL „durchaus kritisch“ und ist „ganz und gar nicht der Ansicht, daß sich ... ein antihegemonistisches Bündnis herausgebildet hätte“ („RF“ 3/79). So sehe das Programm „in außenpolitischen Fragen ... noch magerer aus“, kritisiert wird „eine einseitige Kampagne gegen Rüstung und Rüstungsindustrie in der BRD“. Für „falsch und gefährlich“ hält es die „KPD“, wenn sich die AL „entschieden gegen jeden Versuch einsetzt, in Westberlin Produktionsstätten für Rüstungsgüter oder atomare Anlagen aufzubauen“ („RF“ 3/79). Etwas pauschaler bruchte der Vorsitzende Semler, der am 15.1. in Westberlin weilte, diese internen Schwierigkeiten zum Ausdruck: „Wir haben die Tür zur Wirklichkeit aufgestoßen, folglich sind wir mit allen Problemen dieser Wirklichkeit konfrontiert. Wir wirken nicht nur auf die vom Reformismus getäuschten ... Kräfte ein,

sondern diese auch auf uns. Theoretische Fragen, die wir nicht zur Kenntnis zu nehmen geruhen, stürzen jetzt auf uns ein“ (Semler, zitiert nach „Radikal“ Nr. 53).

Praktisch zeigen sich diese Widersprüche zum einen darin, daß sich insbesondere einige im „Umfeld“ der „KPD“ agierende Genoss(inn)en politisch den „vom Reformismus getäuschten Kräften“ (Semler) annähern – auf der anderen Seite sind es eher hausbackene „Antihegemonisten“, denen die „Toleranz“ der „KPD“ innerhalb der AL entschieden zu weit geht; genau diese Kräfte verhalten sich gegenüber der AL eher enthalten. Die zuletzt genannten Kräfte der „KPD“, die in der AL mitarbeiten, forderten – mitten im beginnenden Wahlkampf! – eine Kambodscha-Diskussion.

Allgemeiner gesehen herrscht bei der „KPD“ in der Frage der praktischen Wahlkampfstrategie eine Position vor, den Wahlkampf im Sinne der Selbstdarstellung, allzu eng am Programm klebend, zu führen. Das zeigt sich außerdem bei bestimmten bündnispolitischen „Hemmungen“ gegenüber Bürgerinitiativen.

So lehnten vor allem „KPD“-nahe Kräfte den Abdruck eines „Offenen Briefes“ von BRU und dem Westberliner LBU an den Gesundheits- und Umweltschutzsenator Pätzold (SPD) ab. Nach Meinung der „KPD“ zeige dieser „Offene Brief“ ein „falsches Verständnis“, da Herr Pätzold an sein Amt erinnert werde und mit den herrschenden Mißständen konfrontiert wird. So was wecke natürlich „Illusionen“.

Die „KPD“ unterstützt ebenso eine generelle Tendenz bei vielen in der AL, daß die 5%-Hürde sowieso nicht zu schaffen, die Breite des Bündnisses dahin sei usw. Aus dieser Einstellung heraus werden Absätze gemacht an den Möglichkeiten, die die AL in der

Tat hat. Häufig verzichtet die AL aus dieser geschilderten Tendenz heraus sowohl auf Möglichkeiten, in den Bezirken mit interessierten, aber noch distanzierteren bis zusammenzuarbeiten, als auch auf den „Trumpf“ von kommunalpolitischen Problemen, die zwar – wie der Müllskandal – benannt, aber nicht „ausgespielt“ werden.

Daß sich die Mitglieder der AL aus der Ecke der „KPD“ noch auf einiges gefaßt machen müssen, dafür sorgte die „KPD“ selbst, in dem sie darlegte, was sie unter „eigenständiger Wahlkampfstrategie“ versteht. Die „KPD“ rief nämlich zu einer „Großveranstaltung“ unter dem Motto „Wählt die Alternative Liste“ auf. Entgegen der gefaßten Beschlüsse der AL und ohne Absprachen kündigte die „KPD“ an, daß neben ihrem Vorsitzenden Semler auch „Kandidaten der Alternativen Liste“ auf ihrer Veranstaltung sprechen sollten. Da haben die Kandidat(inn)en sicher besseres zu tun!

Tatsächlich traten zwei Kandidatinnen neben dem „Vorsitzenden“ Semler und den beiden „KPD“-Ortsgrößen W. Kaiser und J. Mayer auf. Die Veranstaltung, die im übrigen von nur rund 250 Menschen vorwiegend eigenen Anhangs besucht wurde, machte dann nochmals die Sabotagepolitik der „KPD“ gegenüber der AL deutlich. Wolfgang Kaiser meinte so- glich, daß die 5% ohnehin nicht zu erreichen wären, er rechne selbst mit 2-3% der Stimmen. Das sei ja auch schon etwas. Viel wichtiger als die 5% sei, daß der Widerstand organisiert werde, na denn.

Und Semler brachte wieder seine eigentliche Perspektive einer „antihegemonistischen Einheitsfront“ an, die die einzige Möglichkeit sei, der SU Einhalt zu gebieten.

Das völlige Sektierertum dieser Partei, ihre ganze politische Blindheit brachte J. Mayer zum Ausdruck;

sie warf der AL vor, daß diese sich nicht umfassend von den etablierten Parteien gelöst habe; der Wahlkampf würde nicht genügend als Klassenkampf geführt werden. Die AL sei außerdem noch recht „anfällig“ gegenüber linkssozialdemokratischen Strömungen. Es sei zwar positiv, daß die AL den „Verlockungen“ von linkssozialdemokratischen Kräften standgehalten habe, aber befürchten müsse man da noch einiges.

Anstatt also gerade diese Kräfte für die AL zu gewinnen, lehnt die „KPD“ „Einbruchversuche“ in diese Richtung ab!

Daß die „KPD“ vom – noch bevorstehenden! – Wahlkampf nicht mehr viel am Hut hat, zeigen ihre gemachten „Vorschläge“ für die zentrale Wahlveranstaltung am 16. März, also zwei Tage vor der Wahl. Diese Veranstaltung soll blödsinnigerweise schon unter dem Motto eines „Rückblicks“ stehen, also: was war am Bündnis „positiv“, was „negativ“ usw. Außerdem möchte die „KPD“ auf dieser Veranstaltung auch schon über die „Perspektive“ dieses Wahlbündnisses diskutieren – natürlich in Semlers Richtung.

Alles in allem betreibt die „KPD“ in der AL und im Wahlkampf Sabotage – gemessen vor allem auch daran, daß sie die stärkste organisierte Kraft innerhalb der AL darstellt. Es ist offensichtlich, daß es der „KPD“ vor allem am Zustandekommen eines Bündnisses ankam, daß sie sich in Westberlin solange ersehnte – und nicht so sehr um den Wahlkampf, die Chance, in Westberlin tatsächlich die 5%-Hürde zu nehmen.

Der „Lange Marsch“: Niveaulos

Der „Lange Marsch“ nahm in seiner Ausgabe 40/41 zur AL Stellung.

Er wollte dies – nach eigener Bekundung – „inhaltlich“ machen. Was dabei herauskam, ist alles andere als dies. Die AL wird schon in der Überschrift spöttisch als „KPD/AL“ bezeichnet und für „gescheitert“ erklärt. Die Kandidat(inn)en der AL stehen angeblich der „KPD nahe oder näher“. Die „oppositionell zur KPD stehenden Gruppen in der AL sind durch Austritte und Resignation faktisch zerfallen“. Die „KPD“ habe sich „auch zu einem Bündnis mit vielen ihrer ehemaligen Mitglieder und Sympathisanten vereint“. In diesem Sinne werden „unabhängige Linke“ einfach als „demokratische Vorzeigepartner“ der „KPD“ denunziert und diffamiert. Der ganze Artikel von „LM“ ist durchzogen von einer „Majorisierungshysterie“, die alle in für den Redakteur ausreicht, die AL zu bekämpfen. Außerdem behauptet J. Staadt („LM“) frech, daß das „Bündnis mit der KPD ... nur unter Preisgabe linker Grundsatzpositionen möglich“ gewesen sei. Begründet wird diese Behauptung nicht. Die Alternative von J. Staadt: Eine Erklärung – „durch Unterschriften ausgewiesen“ – der „der jetzt übriggebliebenen KPD-AL die Legitimation abspriht, weiterhin noch mit dem Ursprungsgedanken einer Alternativen Liste haushalten zu gehen“. Die drei ebenfalls im „LM“ abgedruckten Stellungnahmen enthalten ebenfalls Absagen an die AL, spiegeln aber konkret gemachte Erfahrungen mit der „KPD“ in der AL wider, die z.T. zu Resignation, z.T. zur Abkehr von der AL führten. Gegenüber der Pöbelelei von J. Staadt fordert ein Leserbrief, „produktiv in die Diskussion über Bedingungen einer sozialistischen Kandidatur einzutreten“, damit der „LM“ tatsächlich eine „Zeitung für eine neue Linke“ werden könnte. So jedenfalls nicht!

A. Hennings
Lars Hennings

Für eine Alternative in Schleswig-Holstein

Zur Erläuterung: Das folgende Papier von Lars Hennings (AK Brokdorf) wurde für die Diskussion in der „Liste für Demokratie und Umweltschutz“ geschrieben, dem Zusammenschluß der ehemaligen oppositionellen Kreisverbände der GL/SH. Wir haben es um die Passagen gekürzt, die im wesentlichen die interne Arbeitsweise der LDU behandeln. L.H. knüpft in den Passagen über den Aufbau einer Alternative z.T. an seinem Papier nach der Spaltung der GL/SH an (s. AK 139). Allerdings war das damalige Papier noch aus der Sicht des „Außenstehenden“ geschrieben, während L.H. heute aktiv in der LDU arbeitet.

Die LDU beschloß im November letzten Jahres nach einer Auswertung der Hosen-Wahl, zu den Landtagswahlen im April noch nicht zu kandidieren. Der Aufbau einer alternativen Liste sollte jedoch, insbesondere durch Verstärkung der Basisaktivitäten und die Zusammenarbeit mit der Basisbewegung in Schleswig-Holstein, forciert werden – gerade auch im Hinblick auf eine mögliche Beteiligung an den nächsten Kommunalwahlen.

Wir betrachten das Papier von L.H. als wertvoll, da dies der erste Diskussionsbeitrag aus den Reihen der LDU zur Frage eines stärkeren Eingreifens in den Wahlkampf und einer möglichen Wahlempfehlung ist.

Die LDU bereitet gegenwärtig eine Demonstration gegen das AKW Brunsbüttel am 21.4., also unmittelbar vor den Wahlen, vor (s. Artikel in diesem AK), wo auch der Versuch unternommen wird,

Ich gehe davon aus, daß in den nächsten Jahren in Schleswig-Holstein die SPD und FDP regieren werden, was bei der SPD notwendig zu einer drastischen Entzauberung führen muß. Die kapitalistische Krise, in der die BRD sich nun schon seit Jahren befindet, wird sich in der kommenden Zeit eher verschärfen, unterstützt von einer Strukturkrise, deren Auswirkung letztlich mit der Elbeindustrialisierung direkt vor unserer Haustür entwickelt wird. Arbeitsplatzzerstörung mit Einsatz von Atomenergie, die wiederum als unverzichtbarer Bestandteil der westdeutschen Kapitalverwertung den Kampf gegen sie tendenziell zur Frage um die wirtschaftspolitische Ordnung der BRD werden läßt. Dies wird, der Tradition J. Steffens folgend von Teilen der SPD erkannt und mit der Forderung nach „mehr Demokratie“ beantwortet. Auch in der SPD – Schleswig-Holstein ist das aber eine Minderheitenposition, wie die letzten Beschlüsse zur Atompolitik und deren Interpretation verschiedener Flügel in der SPD zeigen. Zudem entspricht insgesamt selbst diese Minderheitenposition kaum einer radikal-demokratischen oder gar sozialistischen Zielsetzung. Eine Landesregierungscoalition, selbst eine linke SPD, kann der Krisenkosmetik der Bundesregierung in der herrschenden Situation nichts entgegenzusetzen. Das heißt „Sparpolitik“, Abbau der sozialen Rechte usw. und stärkere Repressionen gegen demokratische Initiativen. Selbst der Einzug der Grünen Liste anstelle der FDP änderte daran nichts – sie hat keine antikapitalistische Zielsetzung, will keine 35-Stunden-Woche, nicht mehr betriebliche Mitbestimmung, ist in breiten Teilen auch für Sparpolitik, die immer die Sozialschwachen trifft. Selbst wenn sich innerhalb der SPD die Linken durchsetzen könnten, die Rechten können alles Fortschrittliche mit dem Koalitionspartner verbinden. Auf jeden Fall ist nach vier Jahren SPD-Regierung, die immer

auch noch von einer reaktionären starken Opposition bedrängt würde, eine linke Opposition nötig und möglich. Möglich vor allem aus der Einschätzung der sich entwickelnden Basisbewegung in Schleswig-Holstein heraus, aber auch in Hinblick auf den Einzug in den Landtag zur Darstellung alternativer Gesellschaftspolitik.

Wie ich mir den Aufbau einer solchen alternativen Organisationsstruktur vorstelle, habe ich in Kiel zur Diskussion gestellt. Mit dem dort gemachten Vorschlag, die LDU möge ein Basisgruppenkataster für ganz Schleswig-Holstein erstellen, hatte ich allerdings keine Adressenkartei gemeint. Diese Arbeit sollte, gerade aus der schwachen Beteiligung von Basisgruppen entwickelt, zu intensiver Kontaktaufnahme mit solchen Initiativen nützen und die Bereiche der dort geleisteten Arbeiten untersuchen. Daraus könnte sich dann sowohl eine weitere Zusammenarbeit als auch die Vereinheitlichung gemeinsamer Forderungen ergeben. Auf regelmäßigen Kongressen der LDU alle zwei bis drei Monate zu den Themenbereichen „Projektarbeit“, „Gesellschaftstheorie“ und „Strategie“ wäre eine landesweite offene Diskussion zu beginnen, die in einem aktiven Lernprozeß eine wirkliche Alternative hervorzu- bringen könnte, die auf der politischen Praxis aufbaut.

Ein erster solcher Arbeitskongreß soll, dem Beschluß folgend, im Wahlkampf Protest gegen die Politik der etablierten Parteien zum Ausdruck bringen, Anfang März stattfinden. Dabei sollen die Wahlaussagen der kandidierenden Parteien untersucht und bewertet werden, nicht als abstrakte „Schulung“, sondern in erster Linie nach einer Gemeinsamkeit in der Einschätzung zu fragen. Andererseits ergibt sich aus dem Anspruch der LDU sehr wohl auch die Verpflichtung, Material für eine möglichst sachorientierte Wahlmöglichkeit zu liefern. Auch wenn es, worüber zu be-

raten sein wird, zu keiner Wahlempfehlung im Anschluß an den Kongreß und den Beratungen in den Kreisen kommt, sollte damit einer Desillusionierung des Wahlaktes zur parlamentarischen Demokratie insgesamt entgegenwirken werden. Sachorientierte Wahlmöglichkeiten zu unterstützen, heißt also hier nicht, nur die bestehenden Möglichkeiten zu vergleichen – das kann dann immer nur zum „kleineren Übel“ führen. Sondern es geht eben dieser immanenten Bewertung um die Erarbeitung einer gesellschaftlichen Strategie langfristig angelegter Veränderung. Dabei halte ich daran fest, daß die entscheidende Kraft solcher Veränderung aus der Entwicklung einer alternativen politischen Praxis kommt, die vor allem die Trennung von Kopf- und Handarbeit aufheben muß, wie sie in vielen Bürgerinitiativen angelegt ist.

Die parlamentarische Darstellung solcher Kraft, so notwendig sie ist, bleibt zweitrangig, ihre Form strategisch bestimmt. So war es durchaus ein sinnvoller Versuch, über eine das ganze „grüne Spektrum“ umfassende Liste eine solche Form zu finden. Er scheiterte schneller als notwendig an konservativen Kräften, ohne daß darum deren Listen, wie etwa die GL Steinburg, durchweg zu kritisieren sind. Auf kommunaler Ebene wird hier durchaus vernünftige Arbeit geleistet und sehr wohl ein äußerst wichtiger Teil der bisherigen Anti-AKW-Bewegung repräsentiert. Andere Strategien grundlegender Veränderung sind – was das Parlament angeht – die des Wahlboykotts oder auch die, von einer besonders reaktionären Regierung Aktivierung oppositioneller Kräfte zu erhoffen. Andere wählen bestehende linke Parteien. Die meisten Menschen hoffen wohl noch immer, über eine Stärkung der linken Kräfte in der SPD zu solcher Veränderung zu kommen. Bürgerliche Moral ist bei solcher Entscheidung aber sicher einer der schlechtesten Maßstäbe. Etwa die

SPD nur darum nicht zu wählen, weil mensch von ihr besonders enttäuscht ist, nützt keinem – offenbar nur eine nicht ausreichende vorherige Beurteilung. Bei den etablierten Parteien ist erfahrungsgemäß jede Hoffnung auf eine insgesamt vernünftige Politik sinnlos. Es bleibt bei der Wahlentscheidung also die Möglichkeit zu fragen, bei welcher Regierung die Chancen unseres Kampfes für Umweltschutz und Demokratie am besten sind. Natürlich spielen dabei auch einzelne Wahlaussagen eine Rolle, z. B. die Frage des Norddeutschen Rundfunks, Extremistenerlaß, Brokdorf usw.

Mit einer, der bestehenden, Regierung von Schleswig-Holstein haben wir nun bereits vortreffliche Erfahrungen gemacht. Deren Brutalität und Diffamierung brauchen nicht noch einmal besonders erwähnt werden. Sie wird sich, sollte sie durch Stimmensplitting noch einmal an die Macht kommen, mit noch größerem Engagement zum Büttel von Industrie und Bundesregierung machen. Tatsächlich vertritt sie in weit höherem Maß eine reaktionäre, auf Unterdrückung der Lohnabhängigen, aller kritischen Menschen in Basisgruppen, aber auch der Völker der Dritten Welt gerichtete Politik als die anderen an Regierungen beteiligten Parteien. Eingeeignet auf Schleswig-Holstein – was zugegeben problematisch ist – und besonders auf den Konflikt „Brokdorf“ halte ich demgegenüber die Möglichkeiten einer SPD-geführten Regierung zur Unterdrückung unseres Kampfes für deutlich geringer. Einerseits gibt es in der schleswig-holsteinischen SPD einen relativ starken Flügel, der unsere wesentlichen Forderungen mitträgt. Andererseits ist die SPD immer noch besonders stark auf lohnabhängige Wähler angewiesen. Deren Interessen sind aber die unseren, sollten es zumindest sein. Daraus ergibt sich: Bei jeder von den Bürgerinitiativen

initiierten Massendemonstration, z. B. in Brokdorf, die vernünftig angelegt ist, wird die SPD unmittelbar betroffen. Das wird die bürgerlichen Kräfte, angeführt von den gelben Gewerkschaften, bei einzelnen Komplexen gewiß nicht zum Einlenken auf unsere Forderungen zwingen. Das ist nicht meine Strategie. Wenn es mit einer starken oppositionellen Liste aber gelingt, den Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen Protestbereichen in der mangelnden demokratischen Struktur unseres Landes verständlich zu machen, gewinnen wir Spielraum. Und wenn nicht – dann braucht Schleswig-Holstein erst recht eine neue Partei.

Wer aktiv an der politischen Veränderung zu einer selbstverwalteten Gesellschaft teilnehmen will, kommt am Problem einer alternativen Liste nicht vorbei. Sie kontinuierlich und im Zusammenhang mit solchen in anderen Ländern aufzubauen, begibt immer auch im Interesse jener, die ihre Arbeit auf Basisinitiativen beschränken wollen. Ja, gerade an uns ist es, sie so mitzugestalten, daß nicht konservative Kräfte dort Scheinalternativen ohne Basisbezug bieten. Auch wer insgesamt gegen Wahlen ist, sollte durch die Mitarbeit an der Diskussion zur politischen Bestimmung unserer Arbeit diesen Lernprozeß fördern. Vor allem sollte aber nicht erst gewartet werden, bis die nächsten Wahlen vor der Tür stehen. Darum bin ich für einen zügigen Aufbau einer Kommunikationsstruktur auf der Basis aller Kreise, auch mit den gegenwärtigen geringen Kräften. Es geht vorerst darum, Ansprechpartner zu haben, nicht so sehr um inhaltliche Festlegungen, die dann nur auf breiter Basis entwickelt werden können. Und ich bin für eine breite Beteiligung von Gruppen zur Wahlaussage, ggf. -empfehlung. Die Beteiligung an der Brunsbüttel-Aktion sollte übertroffen werden.

Wahlkampf à la SPD - zum Kotzen

Die SPD holte für ihre Wahlkampfveranstaltung viel Prominenz nach Westfalen: Herrn Klose, Rau, Koschnick nebst Herrn Stobbe. Die Kulisse: rund 4500 Menschen, kaum Jüngere — das gehört schon zum "Trend". Wer da geglaubt hätte, Herr Klose würde sich zum Radikaleren äußern, irrt. Das Personal der CDU war sein Thema. Und Herr Koschnick philosophierte. Auch über die Lage der Frauen. Zwischenrufe, die Herrn Koschnick darauf aufmerksam machten, wo

sich denn bei der SPD die Frauen befinden — auf dem Podium war jedenfalls keine auszumachen — beantworteten SPD-Ordner mit dem Hinweis: "Auch, als Zwischenrufe zum Thema Berufsverbote aufkamen, wurden die Gäste auf SPD-Art hinausgepflegt. Dabei erwischte die SPD-Ordner auch einige Unbeteiligte, die etwas „unruhig“ wurden. Auch sie bekamen den zentralen SPD-Wahlslogan zu spüren: Ruhe im Land."

Bremer Grüne Liste: Es knackt im Gebäck

Nur zwölf Tage nach Gründung einer „Bremer Grünen Liste“ — BGL — (siehe AK 148) durch einen kleinen Kreis, unter Führung einiger ehemaliger SPD-Mitglieder, zeigen sich erste Schwierigkeiten: Der 1. Vorsitzende der Wählergemeinschaft, Lutz Wernicke, der von den 13 (!) Gründungsmitgliedern mit großer Mehrheit gewählt worden war, trat zurück. Hintergrund dieses Rücktritts waren Differenzen zwischen Wernicke und der Riege ehemaliger SPD-Mitglieder. Hatte Wernicke vor seiner Wahl zum 1. Vorsitzenden seine Vorstellungen von der Führung einer Wählergemeinschaft klar erläutert — er wollte einen zehnköpfigen und politisch repräsentativen Vorstand mit der Verpflichtung zur Einstimmigkeit — so ging den Ex-SPDlern nach der Gründung diese Vorstellung offensichtlich zu weit: Sie verstanden die Wählergemeinschaft mit Vorstand usw. nicht als demokratischen Rahmen einer „Grünen Liste“, sondern als ein „Gremium mehr oder minder stillescher Damen und Herren, das man habe aufstellen müssen, um die Voraussetzungen für eine Kandidatur zu erfüllen“ (so Dönne gegenüber den „Bremer Nachrichten“). Die eigentliche Arbeit sollte nach wie vor von einer kleinen „Machergruppe“ geleistet werden, die fast ausschließlich aus der eingefahrenen SPD-Riege besteht, und die sich halt nicht gerne von den „stilleschen Damen und Herren“ die Karten mischen lassen will.

Dementsprechend wurde bei der Nachwahl des 1. Vorsitzenden jetzt einer der Ex-SPDler gewählt, womit

man hofft, vor künftigem Ärger sicher zu sein. Und da im Zweifelsfall immer noch eine Portion Anti-Kommunismus hilft, wurde Wernicke Rücktritt in eine „U-Wort-Aktion der DKP“ umgelagert; Wernicke wurde zum Sympathisanten der DKP erklärt, der seinen Rücktritt zum Schaden der „Grünen“ wohl schon lange geplant habe. Wernicke reagierte mit einer Austritts-Erklärung aus der BGL, in der er schreibt, „daß es sich bei dieser Wahlinitiative nicht um eine Sammlung umweltbewußter Kräfte auf der Grundlage eines breiten politischen Spektrums handelt, sondern um den zum Schaden aller Umweltinitiativen unternommenen Versuch eines Teils der ehemaligen SPD-Mitglieder, mit Hilfe einer Grünen Liste diejenigen politischen Posten zu erreichen, die sie innerhalb der von ihnen verlassenen Partei nicht haben erreichen können“.

In einem weiteren Punkt der Erklärung heißt es zur Form der Nachwahl des 1. Vorsitzenden — es seien nicht einmal alle Mitglieder eingeladen, satzungswidrig sei die geplante Wahl vorher nicht bekanntgegeben worden — sie zeige erneut das Demokratieverständnis dieser Gruppe: „Eine Gruppe aber, die innere Demokratie als „demokratisches Formelkram“ versteht, den man so genau nicht zu nehmen braucht, wird von der Bevölkerung sicher nicht den Auftrag erhalten, Umweltschützer ins Bremer Parlament und die Stadtverordnetenversammlung zu schicken“.

Wahlausschuß/KB Bremen

Kampagne gegen das Europa der Unternehmer und der Repression

Zu den im Juni stattfindenden Europaparlamentswahlen ist von verschiedenen westeuropäischen kommunistischen und sozialistischen Organisationen eine gemeinsame Kampagne beschlossen worden. Wir berichteten darüber bereits in AK 143 (S.8) und AK 145 (S.64).

Nach der Turiner Konferenz vom 25./26. November letzten Jahres (siehe AK 145) hat ein weiteres Treffen am 20./21. Januar in Brüssel unter Teilnahme folgender Organisationen stattgefunden:

Baskenland: EIA

Belgien: Arbeit-VSB (Flamen),

Croissant-Koordinierung Brüssel, Groupe autonome des démocrates chrétiens (linke Christen), Mouvement pour l'autogestion socialiste (MAS), Pour le socialisme (PLS)

BRD: KB

Dänemark: Venstre Socialisterne (VS)

England: Big Flame

Frankreich: Cedetim (antimperialistische Studien- und Dokumentationszentrum), Comité contre EGA (Komitee gegen ein deutsch-amerikanisches Europa), Organisation Communistes des Travailleurs (OCT), Parti Socialiste Unifié (PSU)

Irland: Sinn Féin (Provisionals)

Italien: Democrazia Proletaria (DP), Lotta Continua (als Beobachter)

Luxemburg: CTS

Niederlande: Pacifistisch-Socialistische Partij (PSP)

Portugal: Movimento da Esquerda Socialista (MES), Organizacao Unitaria Trabalhadores (OUT)

Spanien: Movimiento Comunista (MC-OIC), Partido de Trabajo de Espana (PTE)

Ziel dieser Brüsseler Konferenz war zum einen, den in Turin verabschiedeten Plattform-Entwurf zu überarbeiten, und zum anderen, einen ersten Plan für Veranstaltungen und Arbeitsversammlungen aufzustellen.

Eine lebhaft diskutierte Frage war die Frage der sozialistischen Zielvorstellung bzw. Alternative, wozu die PLS (Belgien) einen Zusatzantrag zur Plattform vorgelegt hatte. Einige Organisationen hatten den Wunsch,

ihre theoretischen Vorstellungen über eine sozialistische Gesellschaft in knapper Formulierung in die Plattform einfließen zu lassen (z.B. die PSU, die die sozialistische Perspektive am besten im Begriff der „autogestion“, d.h. Selbstverwaltung, geprägt sieht). Da die Vorstellungen über die sozialistische Alternative aber national und erst recht international in der Linken durchaus unterschiedlich bzw. auch unausgereift sind, setzte sich die Einsicht durch, daß scheinbar „konkrete“ Festlegungen dazu in der Plattform gar nicht möglich sind. Mehrere Organisationen wiesen darauf hin, daß dies gerade stärker zum Gegenstand einer gründlichen Diskussion auf internationaler Ebene werden müsse. Unter anderem warnte ein Vertreter der Democrazia Proletaria energisch davor, diese Diskussion, die noch gar nicht recht in Gang gekommen ist, durch irgendwelche verlockenden „Phrasen“ und Abstimmungen über „Revolutionskonzepte“ abzuschneiden und zu verbauen. Jean-Pierre Vigier vom Comité contre EGA erinnerte überdies daran, daß für eine gemeinsame Kampagne gegen den EG-Imperialismus aktuell nicht der Sozialismus auf der Tagesordnung der Linken steht, sondern der Aufbau eines breiten Widerstandes gegen Repression und Kriegsgefahr.

Allerdings waren die beteiligten Organisationen sich darin einig, daß sie nicht für eine Gesellschaft eintreten, wie sie heute in der Sowjetunion und den Staaten Osteuropas existiert, und sie verurteilen einseitig die imperialistische Politik der Sowjetunion gegenüber anderen Ländern. Übereinstimmung ergab sich auch in der Ablehnung der reaktionären Außenpolitik der VR China. Weder der „Sozialismus“ von Brezhnev, noch der von Deng Xiaoping oder von Pol Pot hat bei den hier vertretenen Organisationen irgendeine Sympathie.

Bekanntgegeben wurden schließlich Veranstaltungen bzw. Arbeitstreffen, die einzelne Organisationen im Rahmen der Kampagne gegen das Europa der Unternehmer und der Repression ausrichten wollen, und die

möglichst mit breiter internationaler Beteiligung durchgeführt werden sollen (wieweit es sich dabei jeweils um Konferenzen bzw. um Veranstaltungen handeln wird, ist der genauen Planung der ausrichtenden Organisationen überlassen). Termine stehen fest für:

10. März: Studentenkämpfe (organisiert von PLS und Arbeit-VSB in Belgien)

18. März: Atomenergie und Atompolitik (organisiert von der DP in Rom; das Treffen dient gleichzeitig der Vorbereitung einer nationalen Anti-AKW-Demonstration am 25.3. in Italien)

30. März: Frauenpolitik (organisiert vom KB)

31. März: Anti-Eurovision (ein Konzert mit internationaler Beteiligung, organisiert von der PLS in Brüssel)

6./7. April: Situation in der Stahlindustrie (organisiert von PLS und CTS in Athus)

April: Solidarität mit den politischen Gefangenen (organisiert von Sinn Féin, je zur Hälfte in Dublin und Belfast)

April: Repression in Westeuropa (organisiert von der Pagina Um, Zeitung der OUT, in Portugal)

Mai: Immigration (ein Treffen in Frankreich, organisiert von CALEGA, CEMETIM, OCT, und PSU; und ein Treffen in Großbritannien organisiert von Big Flame)

24.-27. Mai: Gewerkschaften, Arbeitslosigkeit und Krise (organisiert von VS in Kopenhagen)

Mai oder Juni: NATO und Militärfrage (organisiert von der PTE in Madrid)

26./27. Mai: Atomenergie und Atompolitik (organisiert von PLS in Belgien; voraussichtlich am 2./3.6. findet in Antwerpen eine nationale Anti-AKW-Demonstration statt)

3. Juni: Solidarität mit den unterdrückten Völkern (organisiert von MC-OIC in Madrid)

Eine weitere Konferenz ist für den 14. April in Luxemburg geplant.

Kommunale Wahlinitiative in der Südpfalz

Nach den Landtagswahlen, zu denen in Rheinland Pfalz keine grüne oder alternative Liste kandidieren wird, folgen am 10. Juni schon Kommunal- und Kreistagswahlen. Zu diesen Wahlen hat sich inzwischen eine Grüne Liste Südpfalz (GLS) gegründet. Der Name ist allerdings leicht irreführend, die Mitglieder der GLS kommen bislang allein aus der Gemeinde Wörth. Voraussichtlich wird die Liste nur im Kreis Germersheim zu den Kreistagswahlen antreten und zusätzlich in einigen Gemeinden zu den Ortswahlen kandidieren. Die Liste will in den nächsten Wochen in allen Dörfern des Kreises Gründungsversammlungen abhalten, um sich für die Wahlen einen ausreichenden politischen Unterbau zu verschaffen.

Die Liste versteht sich selbst als „ökologisch“ und hält es als „vorrangiges Ziel des der Ökologie und einer lebendigen Demokratie verpflichteten Wahlbündnisses ... für einen Gleichklang ökologischer, sozialer und humanitärer Interessen einzutreten“. Der aufgestellte Forderungskatalog liest sich ausgesprochen konkret und präzise und verdient mit der Einschränkung, daß nur partiell über den Umweltschutz hinausgehende Forderungen vertreten werden, das Prädikat „bürgernah“.

Hauptparolen richten sich gegen

den „Bau atomarer Anlagen, insbesondere gegen die in unserer Nähe geplanten Atomreaktoren bei Neupotz“. Die GLS will vor allem den Bau „... weiterer, die Bevölkerung belastender Autobahnen und Schnellstraßen in der Südpfalz“ verhindern. „Sie setzt sich ein für Ruhe in den Wohn- und Erholungsgebieten sowie für die Lärmverminderung am Arbeitsplatz“.

Es wird gefordert, ein „leistungs-fähiges Nahverkehrssystem“ zu schaffen. Die Liste will sich für „erweiterte Entfaltungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen, z.B. durch Errichtung von Spiel- und Bolzplätzen, Jugendzentren, die Verbesserung der Bildungschancen durch kleine Schulklassen“ einsetzen. Sie tritt auch für die „Schaffung zusätzlicher Lehrstellen und wohnortnaher Arbeitsplätze ein. Sie will das Handwerk, das mittelständische Gewerbe und die bäuerlichen Betriebe erhalten und fördern“. Besonders bei den letzten Forderungen wird natürlich eine starke Orientierung dieser Liste auf die „Mittelschichten“ deutlich.

Die GLS hat in ihre Satzung aber dauerlicherweise auch einen Unvereinbarkeitspassus aufgenommen. Die Abstimmung bei der Gründungsversammlung dazu verlief aber denkbar knapp (10 Ja, 9 Nein, 6 Enthaltungen).

Bunte Liste Bielefeld

Auf ihrem zweiten, ebenfalls gut besuchten Treffen am 23.2. hat die Initiative Bunte Liste eine Gründungserklärung verabschiedet. Darin heißt es: „Wir streben eine Beteiligung an den im September stattfindenden Kommunalwahlen an, weil wir all denjenigen, die ihre Interessen von der Bielefelder Rathauspartei nicht mehr vertreten sehen, die Möglichkeit geben wollen, die Forderung nach einer grundsätzlichen Alternative auch durch ihre Wählerstimme zu unterstützen. Wir sehen in einer Wahlbeteiligung ein gutes Mittel, die schwerpunktmäßig außerparlamentarische Arbeit der Bürgerinitiativen und deren Forderungen auf der parlamentarischen Ebene zu unterstützen und zu ergänzen“.

Die Initiative will, „... daß ein frischer Wind im Bielefelder Rathaus die jahrzehntelange Macherverfälschung zwischen Industrie, Kaufhäusern, Verwaltung und den Spitzen der Rathausparteien durcheinanderbringt. Dabei

werden wir uns die Erfahrungen der Hamburger Bunte Liste zunutze machen“.

Die Initiative hält an ihrem Vorhaben fest, die endgültige Entscheidung über eine Kandidatur erst nach einer ausführlichen Debatte in allen Bürger- und Basisinitiativen in Bielefeld zu fällen. Trotzdem will die Initiative sofort beginnen, zu kommunalpolitischen Themen Stellung zu nehmen. Eine recht ausführliche Themenliste hat die Initiative in ihrer Gründungserklärung schon genannt.

Als Kontaktadresse gibt die Initiative an: Detlef Freirein, Rohrteichstr. 32, 4800 Bielefeld Tel: 0521/17 91 25

Helmut Ostermeyer, Am Gottesberg 27, 4800 Bielefeld Tel: 0521/10 07 07

Dänische EG-Gegner kandidieren bei Europawahlen

In Dänemark gibt es die wohl z.Z. stärkste Massenbewegung gegen die EG (außer Norwegen, wo der geplante EG-Beitritt an der Volksabstimmung gescheitert war).

Am 2. Oktober 1972 trat Dänemark der EG bei. Die EG-Gegner waren in der Volksabstimmung unterlegen: 57 % stimmten für die EG, 33 % dagegen. Grönland wurde in die EG gezwungen, obwohl 70 % in der „Volksabstimmung“ dagegen gestimmt hatten.

In großangelegten Kampagnen versprachen Kapitalisten und bürgerliche Parteien, allen voran die Sozialdemokratie, der Bevölkerung den Himmel auf Erden: sichere Arbeitsplätze, sinkende Preise, stabile Löhne und nicht zuletzt Familienglück.

Eingetreten ist das Gegenteil: heute gibt es in Dänemark 180.000 Arbeitslose (12%); Sparmaßnahmen im sozialen Sektor (Kindergärten, Krankenhäuser), Freizeiteinrichtungen und Lohnabbau sind schlimmer denn je.

Ostern 1973, kurze Zeit vor der Volksabstimmung, entstand die „Volksbewegung gegen die EG“, in der Linke, DaKP-Mitglieder, Mitglieder der Sozialistisk Folkeparti (SF, eurorevisionistische Partei), aber auch linke Sozialdemokraten (insbesondere aus der Gewerkschaftsbewegung) sowie Mitglieder anderer bürgerlicher Parteien mitarbeiteten. Die Volksbewegung baute in allen größeren Orten Komitees auf und gibt eine Wochenzeitung („De ny Notat“) heraus. Die Volksbewegung ruft alljährlich zum Jahrestag des EG-Beitritts zu Kundgebungen und Demonstrationen auf (die Teilnehmerzahlen in Kopenhagen bewegten sich zwischen 5.000 und 20.000) sowie zu anderen Anlässen wie z.B. dem EG-Gipfeltreffen im April letzten Jahres. Diese Aktivitäten werden breit von linken Organisationen unterstützt. Die EG-Gegner sind in den letzten Jahren ständig angewachsen. Heute würden nach Meinungsumfragen 43 % der Wahlberechtigten gegen die EG stimmen, nur 15 % sind EG-Befürworter.

Auch große bürgerliche Tageszeitungen wie „Ekstra Bladet“ tragen die Proteste mit. Dabei wird auch dort zunehmend vor dem wachsenden politischen Einfluß des BRD-Imperialismus gewarnt.

Die Volksbewegung hat Kandidatur beschlossen

Auf einer Landeskongress im Dezember 1977 beschloß die Volksbewegung, zu den Europawahlen zu kandidieren. Kurz zuvor hatte sie in einem Flugblatt die Wahlen eingeschätzt: „Die direkten Wahlen bedeuten, daß das Parlament, in dem wir (d.h. Dänemark — Anm. d. Red.) 16 von 410 Plätzen bekommen, dem dänischen Folketing übergeordnet ist. Das wollen wir nicht. Darum: Raus aus der EG!“ Die Volksbewegung hat ihren Standpunkt — daß das Europaparlament einen Ausbau der Vornachstellung im wesentlichen des BRD-Imperialismus bedeutet — auch in der Folgezeit betont. Um der Forderung nach Austritt Dänemarks aus der EG Nachdruck zu verleihen, wird auch eine neue Volksabstimmung verlangt.

Mit der Wahlbeteiligung will die Volksbewegung die Breite der EG-Gegnerschaft dokumentieren. Als Schwerpunkt der Arbeit wird bei einer Mitgliedschaft im Europaparlament die Öffentlichkeitsarbeit in Dänemark selbst angegeben.

In wenigen Wochen wurden die 62.000 Unterschriften gesammelt, die für eine Kandidatur notwendig sind. Mittlerweile haben weit über 100.000 Menschen unterschrieben. Daran beteiligten sich auch Belegschaften wie die der Kopenhagener Großwerft B & W. Bereits zu Beginn der Unterschriftensammlung, die u.a. auch von Teilen der bürgerlichen Presse propagandistisch unterstützt wird, setzten Drohungen der sozialdemokratischen Regierung ein, alle Parteimitglieder auszuschließen, die sich an der Unterschriftensammlung beteiligen.

Auf einer Landeskongress im Januar wurde nun die Liste mit 20 Kandidaten aufgestellt, die aus

Parteilosen, Sozialdemokraten, DaKP-, SF-Mitgliedern sowie Mitgliedern verschiedener bürgerlicher Parteien besteht. Zwei Sozialdemokraten wurden jetzt wegen Kandidatur auf der Liste aus der Partei ausgeschlossen. Im Zuge dieser Auseinandersetzungen ist eine Reihe von Sozialdemokraten ausgetreten, u.a. sechs Mitglieder des Kreisvorstands in Jütland, darunter der Vorsitzende, der ebenfalls auf der Liste der Volksbewegung kandidiert.

Auf der Liste stehen alle Kandidaten gleichberechtigt nebeneinander, es gibt keine Rangfolge. Allerdings hatte sich SF für eine Rangfolge eingesetzt in der Hoffnung, auf diese Weise DaKP-Mitglieder ausschalten zu können. Für diese Kampagne vom SF, in der die machtpolitischen Tricks vorgegangen wurde, mußte der Hinweis auf den Antikommunismus in der Bevölkerung herhalten. Dies sowie die Aufforderung an die DaKP, eine eigene Liste zu bilden, fand jedoch in der Volksbewegung keine Mehrheit.

Ein Wahlbündnis

Es wird neben der Liste der Volksbewegung weitere Kandidaturen geben: eine zusätzliche eigene Liste von SF, eine Liste der liberalen Partei „Retsforbundet“ sowie von „Venstre Socialisterne“ (VS). Die DaKP wird keine eigene Liste bilden. Um eine Zersplitterung der Stimmen bzw. Wegfallen von Stimmen zu vermeiden, ist allerdings ein Wahlbündnis geschlossen worden.

VS, die zwar verschiedene Aktivitäten der Volksbewegung unterstützen, arbeiten nicht in dieser Organisation mit, da sie sie für „nationalistisch“ halten. Deswegen hat VS auch eine Eigenkandidatur beschlossen. VS plant bis zu den Europawahlen verschiedene Veranstaltungen und Anti-EG-Zeitungen zu Themen wie: Arbeitskämpfe, Frauen, AKWs, politische Repression, die Außenpolitik des EG-Imperialismus. Außerdem wird demnächst eine gemeinsame Konferenz mit der Volksbewegung zur Lage der Jugendlichen in der EG stattfinden.

Skandinavienkommission

„Wir werden niemals aufgeben!“

Interview mit einem Vertreter der OOA•Dänemark



In Dänemark gibt es bis heute keine AKWs. 1974 machten die dänischen AKW-Befürworter und der Elektrizitätskonzern ELSAM den ersten entscheidenden Vorstoß. Kurz darauf wurde Anfang des Jahres, kurz vor Gründung der OOA (Organisationen til oplysning om Atomkraft), erklärt, im Sommer mit dem Bau der ersten AKWs zu beginnen. Es fehlte nur noch die Verabschiedung gewisser Änderungen des seit 1962 in der Schublade liegenden Atomenergiegesetzes.

Auf Grund des massenhaften Protests wurde die Abstimmung im Folketing von Jahr zu Jahr verschoben, so daß bis heute kein AKW gebaut wird. Erst kürzlich wurde von der Regierung bekanntgegeben, daß die geplante Abstimmung nochmals um 2 Jahre verschoben werden soll. Man kann heute mit 100%iger Sicherheit behaupten, daß es ganz wesentlich die Kampagnen und die kontinuierliche Aufklärungsarbeit der OOA waren, die dazu beigetragen haben, daß heute (nach letzten Meinungsumfragen) die Mehrheit der dänischen Bevölkerung AKW-Gegner sind und auch in den Reihen der bürgerlichen Parteien, deren Spitzen allesamt AKW-Befürworter sind, Einbrüche erzielt wurden.

Die OOA, in deren ca. 100 Gruppen unterschiedliche politische Strömungen vereint sind, definiert sich selbst als unabhängig von jeglicher Parteipolitik. Sie hat in den letzten Jahren verstärkt eine internationale Solidaritätsarbeit, insbesondere auch mit der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung entwickelt und in ihrer Propaganda Schwergewicht auf die Gefahren eines drohenden Atomstaats gelegt. In den letzten Kampagnen wurden erhebliche Mobilisierungserfolge erzielt: Am 10. September 1977 demonstrierten 20.000 Menschen gegen das AKW Barsebäck in Südschweden, das (in 20 km Entfernung) direkt gegenüber der Millionenstadt Kopenhagen liegt. Vom 27. - 29. August 1978 fanden zwei Großdemonstrationen nach Aarhus und Kopenhagen statt - ausgehend von geplanten AKW-Standorten. An diesen Demonstrationen, die angesichts neu angesetzter Folketingssitzungen über Atomenergie stattfanden, beteiligten sich 50.000 Menschen (bei ca. 6 Millionen Einwohnern!).

Mit dem folgenden Interview wollen wir die Arbeit der OOA vorstellen, da u.E. einiges von der kontinuierlichen Massenarbeit der dänischen AKW-Gegner zu lernen ist, zumal es bei uns nach der Zeit der früheren Großdemonstrationen Phasen des Abflauens der Breitenarbeit in der Anti-AKW-Bewegung gab. Zu berücksichtigen ist natürlich, daß die Bedingungen des Kampfes

sehr unterschiedlich sind. In Dänemark wollen die AKW-Befürworter über einen Import von AKWs entscheiden, während der westdeutsche Imperialismus schon von daher ein ganz scharfes Interesse daran hat, sein Programm auf Biegen und Brechen durchzusetzen, da es nicht zuletzt um den profitträchtigen Export von Atomanlagen geht.

Dies hat die westdeutschen AKW-Gegner, die mit polizeistatistischen Manövern usw. konfrontiert sind, auch von vornherein vor andere Aufgaben gestellt als die Anti-AKW-Bewegung in Dänemark, wo es zudem noch ein „demokratischeres Gefüge“ gibt als hierzulande. Somit hat die westdeutsche Anti-AKW-Bewegung sich auch wesentlich um brutalen Vorgehen des Staates entzündet und wird die Auseinandersetzung damit, wenn man sich die staatsicherheitspolitischen Gefährdungen Vorberbeitungen ansieht, auch in der Zukunft eine ganz entscheidende Rolle spielen.

Wir hatten am 7.2. Gelegenheit, Siegfried Christians (Sekretär der OOA) über die Arbeit der OOA zu befragen und möchten ihm auf diesem Wege dafür danken.

Skandinavienkommission

Frage: Könntest Du etwas zum aktuellen Stand der Auseinandersetzung um Atomenergie in Dänemark sagen?

OOA: Zwei Tage nach unseren letzten Anti-Atommärschen (August 1978) fand in Dänemark die Regierungsumbildung statt. Die bis dahin allein regierenden Sozialdemokraten gingen eine Koalition mit der rechten Partei Venstre ein. In der Regierungserklärung wurde angekündigt, die endgültige Entscheidung über die Einführung von Atomenergie wiederum um 2 Jahre zu verschieben. Vielleicht soll die Entscheidung kurz vor Auslaufen dieser Legislaturperiode gefällt werden, um vorher Ruhe zu haben. Natürlich ist es auch möglich, daß wir wesentlich früher damit rechnen müssen. Die Führung von Venstre, aber auch der Sozialdemokratie, gehört zu den ganz entschiedenen AKW-Befürwortern. Außerdem ist die Einführung der Atomenergie abhängig gemacht worden von der Entscheidungsfrage, und das heißt heute: ELSAM hat die Erlaubnis bekommen, sich im Ausland nach Wiederanbau von Atomkraftwerken umzusehen, um diese Frage schnell zu „lösen“. Riso (die dänische Versuchsanlage) „testet“ weiter. Außerdem, was auch nicht unbedeutend ist, ist bei der Regierungsumbildung der Posten des Energie- und Handelsministers an

Venstre gegangen, die in der Vergangenheit massive Pro-AKW-Propaganda gemacht haben. Dem steht jedoch die immer weiter wachsende AKW-Gegnerschaft gegenüber. Die letzte große Meinungsumfrage vom September letzten Jahres, also kurz nach den Großaktionen, ergab folgendes: 53% der Bevölkerung sind entschiedene AKW-Gegner. Nur 32% sind heute für AKWs. Auffällig sind die Einbrüche in den bürgerlichen Parteien. Bei den sozialdemokratischen Wählern gibt es 63% AKW-Gegner (22% für AKWs); noch sensationeller: Selbst bei Venstre sind jetzt 39% AKW-Gegner (40% dafür). D.h. die wachsende AKW-Gegnerschaft in den „eigenen Reihen“, an der Parteibasis, ist mittlerweile ein großes Problem, womit die Regierung zu kämpfen hat oder was ihr zumindest eine schnelle Entscheidung schwer macht. Was vielleicht zu beachten ist: Es sind vor allem Frauen in Dänemark, die gegen Atomenergie sind. Die Umfrage ergab: 61% der Frauen sind entschiedene AKW-Gegnerinnen (22% dafür), bei den Männern sind es 46% (48% dafür). Was unsere aktuelle Arbeit anbelangt, so versuchen wir, die breiten Bevölkerungsschichten anzusprechen und auch Kampagnen bzw. unsere Aktionsformen so anzulegen, daß sie möglichst breiten Anklang in der Bevölkerung finden. Wir haben uns z.B. in den vergangenen Jahren um eine spezielle Aufklärungsarbeit für die Gewerkschaften bemüht (deren Führer auch in Dänemark zum großen Teil AKW-Befürworter sind), wir beschränken uns aber nicht auf eine bestimmte Zielgruppe, wir wollen alle, z.B. auch die Landbevölkerung, ansprechen.

Frage: Wie hat sich die Arbeit von OOA entwickelt, woran habt ihr angesetzt? Es ist ja ein einmaliger Fall in Dänemark, daß es eine so breite Massenbewegung ohne ein AKW gibt?

OOA: Die dänische Anti-AKW-Bewegung hat viele Impulse gehabt. Eine wesentliche Rolle haben die Anti-Atomwaffenkampagnen der 50er und 60er Jahre gespielt, wobei Teile dieser Bewegung damals noch von dem Irrglauben (oder Betrug) ausgingen, daß nur die kriegsrische Nutzung der Atomenergie zu verur-

zögerung einer Folketingentscheidung, weil wir Zeit gewinnen wollten. Unsere Konzeption war und ist, daß wir der breiten Bevölkerung all das Wissen über die Gefahren der Atomenergie vermitteln wollen, was wir bereits zur Zeit der Gründung der OOA nach 7 - 8 Monate langer Schulung gehabt haben, und das zu vermitteln ist keine Sache, die von heute auf morgen zu schaffen ist. Diese erste Phase, wo wir uns ganz auf Dänemark konzentrierten, dauerte bis 1976 (erste große Kampagne gegen das AKW Barsebäck, Solidaritätsarbeit z.B. mit den westdeutschen AKW-Gegnern).

Anfang 1974 wurden die geplanten 10 AKW-Standorte bekanntgegeben und eine Verfügung erlassen (die bis heute gilt), nach der im Umkreis dieser Standorte keine Krankenhäuser, Schulen, Gefängnisse usw. mehr gebaut werden dürfen; dies machte zum einen von vornherein für die Bevölkerung doch sehr plastisch die Gefahren der Kernenergie deutlich, zum anderen brachte das auch einige Verzögerung bei den Kommunalbehörden, was uns zugute kam. Bei dieser unserer ersten Kampagne hatten wir, wie auch in der Folgezeit, nicht in erster Linie im Blick, daß wir als OOA nun unbedingt so stark hervortreten, alles allein machen. In der Hauptsache ging es uns darum, daß überhaupt die Bevölkerung ganz breit über die Gefahren informiert wird.

In der Anfangszeit haben wir hauptsächlich sogar über die Medien gearbeitet, unsere Informationen über Presse, Rundfunk usw. verbreitet, wobei wir sehr schnell bei der Bevölkerung uns Anerkennung verschafften, dank unserer intensiven Vorbereitung. Diese Möglichkeit, die Medien auszunutzen (so unterstützen große Tageszeitungen bis heute hin unsere Kampagnen) ist aber ganz gewiß - zumindest in diesem Maße - eine dänische Besonderheit. Wichtig war zum anderen bei unseren ersten Kampagnen außerdem, daß wir nicht allein über die Gefahren aufklärten, sondern auch einfach an der Demokratie ansetzten: Das Atomenergiegesetz war an sich unter Dach und Fach, das Folketing sollte gewissen Änderungen zustimmen, wenn einmal diese Folketingentscheidung getroffen ist, gibt es nach dänischem Gesetz keinerlei Klageinstanzen mehr.

Frage: Kannst Du einmal genauer darstellen, wie Ihr eure Kampagnen macht, was Ihr für Mittel einsetzt?

OOA: Ja, wir haben uns gesagt, daß z.B. 170.000 Unterschriften eine gute Sache sind, ein eindrucksvoller Beweis für die Breite der AKW-Gegnerschaft, aber das sollte noch deutlicher werden. So haben wir großes Gewicht darauf gelegt, daß die „lachende Sonne“, das Symbol für uns, große Verbreitung findet, daß sie zum dauernden Beweis der Ablehnung des Volkes wird: Wir haben 400.000 Plaketten in Dänemark vertrieben. Außerdem haben wir schon 1975 angefangen, viel mit Plakaten und Zeitungen zu verschiedenen Themen zu arbeiten; unsere Zeitschrift „Atomkraft“ vertrieben wir in 3.000 - 4.000 Exemplaren, damit belebten wir also nur einen sehr engen Kreis, den der „Experten“ gewissermaßen. Darüberhinaus geben wir aber viele Sondernummern heraus, die ganz breit vertrieben werden: z.B. zur Entsorgung, speziell für die Gewerkschaften zu AKW und Arbeitsplätzen, Frauen und AKWs usw. Z.B. haben wir 1976 anlässlich unserer zweiten Kampagne 900.000 Zeitungen vertrieben, wobei wir organisatorisch so planen, daß unsere über 100 OOA-Gruppen gewährleisten können, praktisch das ganze Land abzudecken.

1976 haben wir angefangen, eine Arbeit zu entwickeln, die über bevorstehende Folketingentscheidungen in Dänemark hinausgeht. Z.B. war das das Jahr der ersten Kampagne gegen das AKW Barsebäck. Seit 1976 haben wir eine ständige Aufklärungsarbeit über dieses AKW (der zweite Reaktor wurde 1977 in Betrieb genommen - mit Zustimmung der dänischen Regierung), das eine enorme Bedrohung, gerade auch für die dänische Bevölkerung, darstellt, gemacht. So haben wir 1978 unseren Untersuchungsbericht veröffentlicht, der die Folgen eines GAU im AKW Barsebäck veröffentlicht, was wesentlich zur generellen Ablehnung der Atomenergie in der dänischen Bevölkerung beigetragen hat. So etwas, also ganz „langatmige“ Kampagnen, auch und gerade gegen bestehende AKWs, sind für uns im Sinne der Mobilisierung der Bevölkerung ganz entscheidend.

Frage: Wie habt Ihr eure letzte Großdemonstration (August 1978) vorbereitet?

OOA: Wir waren diesmal mit der ganzen Vorbereitung sehr spät dran. Die entscheidenden Beschlüsse für diese Großdemonstrationen haben wir erst auf unserer Landeskongress im April gefaßt. Es war nur noch sehr wenig Zeit zur Mobilisierung an den Schulen, den Universitäten vor den Sommerferien. Vorausgegangen war eine Auswertung unserer Barsebäck-Demonstration im Jahr zuvor sowie die Einschätzung der aktuellen Lage in Dänemark. Die war im Frühjahr 78 bereits sehr brisant, da sich eine Koalition zwischen Sozialdemokratie und Venstre anbahnte; ELSAM begann neue Propagandafeldzüge für die Einführung von A-Kraft.

In der Auswertung unserer letzten Barsebäck-Demonstration hatten wir festgestellt, daß es an sich nicht günstig ist, einen Demonstrationstzug zu machen, der sich von der Stadt weg in die Einöde bewegt, wo es zwar ein AKW, aber keine Menschen gibt. (Das ist natürlich nicht zu verallgemeinern, da die westdeutschen AKW-Gegner z.B. genügend Gründe hatten, in die Wäldermarsch zu demonstrieren.)

Also entschlossen wir uns, die Demonstrationen, ausgehend von geplanten AKW-Standorten (Gylling in Jütland und Stevns auf Seeland), in die Großstädte zu führen. Durch unser Konzept, die Demonstrationen über insgesamt 3 Tage durchzuführen, hatten wir die Gewißheit, daß unsere Aktionen noch während dieser Zeit von den Medien aufgegriffen und breiter publiziert werden. So hatten wir auch den gewünschten Erfolg, daß sich am Ausgangspunkt im wesentlichen die örtliche Bevölkerung einfand und im Laufe der Tage, je mehr es den Großstädten zuzug, immer mehr Menschen herbeiströmten. Durch diese Planung war z.B. gewährleistet, daß sich am letzten Tag in Kopenhagen auch viele ältere Menschen und Familien mit kleinen Kindern einfanden konnten, so daß die Kundgebungen in Kopenhagen von Zehntausenden Menschen besucht wurden. So war unserer Parole auf dem Marsch - „Christiansborg, wir kommen!“ - Nachdruck verliehen. ■



teilen sei, während die Menschheit auch die Kernenergie friedlich nutzen könnte. Dies hat sich als Rieseneinsatz herausgestellt, als die ersten AKWs in Betrieb gingen: in den USA, der Schweiz, der BRD und auch in Schweden Anfang der 70er Jahre. Wir wurden erstmalig 1974 herausgefordert, als bei uns AKWs gebaut werden sollten. Zu diesem Zeitpunkt waren wir aber schon „gewarnt“, konnten uns die Erfahrungen ausländischer AKW-Gegner zunutze machen. Somit hatten wir auch günstigere Ausgangsbedingungen in unserer Öffentlichkeitsarbeit, also die aufnehmen zu können, ohne daß schon eine Entscheidung getroffen wäre.

Wir haben uns in den ersten Jahren mit unseren Kampagnen, unserer Aufklärungsarbeit, ganz auf Dänemark selbst konzentriert, d.h. auf die

die Bevölkerung hatte nichts zu sagen. Wir haben da aus taktischen Gründen auch ein bißchen am Machtstempel der Parlamentarier angesetzt und gesagt: Das gibt's doch wohl nicht, daß das Folketing gar nichts mehr zu sagen hat.

Zum damaligen Zeitpunkt war die Sozialdemokratie (bis 1975) noch in der Opposition (die Regierung stellte Venstre), was für die spätere Zeit sehr günstig war, weil damals von den Sozialdemokraten ein etwas anderer taktischer Kurs gesteuert wurde.

1976, als wieder einmal eine Entscheidung im Folketing bevorstehen sollte, gingen wir ganz breit an die Öffentlichkeit und kennzeichneten die ganze Kampagne von Regierung und AKW-Betreibern als Verhöhnung des Volkes. Innerhalb von wenigen Wochen haben wir 170.000 Unterschriften gesammelt.

Die Zellen stehen schon bereit!

Eine neue Variante der Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung hat sich Niedersachsens Justizminister Schwind einfallen lassen. Er ließ schon vor mehreren Wochen 80 Zellen des Gefängnisses in Celle räumen, um für anstehende Gorleben-Demonstrationen Vorsorge zu treffen. Zum selben Zweck wurden auch Zellen im Knast von Uelzen freigegeben.

GeSchwind

beantragen wir
— vorsichtshalber —
die Reservierung von
800 Haftplätzen
für Demonstranten,
die gegen die Reservierung
von Haftzellen
zu demonstrieren
beabsichtigen!

Dieses Gedicht ist dem niedersächsischen Justizminister gewidmet von den Bürgern A. Ahrens, N. Baars-Liener, L. Barowsky, Ch. Bernbach, M. Bollinger, D. Bros, U. Burmeister-Schäfer, A. Conrad, H. Gerlach, K. Hegener, H. J. Hoffmann, A. Jacoby, B. Koll, M. Koll, M. Leusch, Ch. Maib, A. Maurer, E. Meyer, S. Meising, Ch. Neugebauer, R. v. Ohlen, H. Roitsch-Schröder, U. Schmale, B. Stöting, Ch. Thönen, B. Wollenweber.

V. i. S. d. PG R. Gerlach, Z. Pavillon 2, 2805 Stuh 3

Aus „Weser Kurier“ vom 24.2.79

Aus „Weser Kurier“ vom 24.2.79

Diese Vorgänge wurden erst vor kurzem auf der letzten Haushaltsdebatte des niedersächsischen Landtags bekannt, als der Justizpolitische Sprecher der SPD, Drechsler, sich über eine Vorlegung von 100 Häftlingen von Celle nach Lingen und Wolfenbüttel wunderte. Auf die Antwort hin fragte er weiter, wie angesichts solcher Vorbereitungen denn der Polizeieinsatz in Gorleben gedacht sei. Eine sehr berechnete Frage!

Auch Bundesforschungsminister Hauff protestierte dagegen und forderte Albrecht auf, diese Angaben zu dementieren oder die Maßnahmen rückgängig zu machen, weil sonst der angestrebte „Dialog“ mit der Bevölkerung schon im Ansatz verhindert werden würde. Die Ausübung des Demonstrationsrechtes dürfte nicht von vornherein in die Nähe krimineller Handlungen gerückt werden.

In einem Interview mit der „FR“ erklärte der Staatssekretär im niedersächsischen Justizministerium, Rehwinkel, rotzfrech, man wolle doch die Gefangenen nicht im Regen stehen lassen, sondern für eine anständige Unterbringung sorgen. Über geplante Straftaten in Zusammenhang mit Gorleben-Demonstrationen wisse er allerdings nichts. (Alle Angaben nach „FR“, 17.2.79)

Für Johann Reißmüller in der „Frankfurter Allgemeine“ ist diese Maßnahme völlig selbstverständlich. Für die „Abwehr und strafrechtliche Verfolgung von Gewalttätigen“ in Gorleben vorzusorgen, sei so selbstverständlich wie der Aufbau von Intensivstationen.

Die Proteste von SPD-Politikern geschähen sowieso „gegen bessere Einsicht“, dem wohl „das Spekulieren auf Wähler zugrunde“ liege, die SPD’ler aber auch CDU’ler sehen sich „unter dem Erwartungsdruck des „Fortschritts“ (Angaben nach „FAZ“, 27.2.79)

Der Staat aber brauche was anderes, dafür seien vor Ort die „Konservativen“ gerade richtig.

Dor BBU hat scharf gegen die Zellenbereitstellung protestiert, die alle Atomgegner zu Kriminellen stempelt. Alle BI’s werden aufgefordert sofort den Kontakt zum niedersächsischen Landtag abbrechen und solange nicht wiederaufzunehmen, bis Albrecht die Maßnahme rückgängig gemacht und sich entschuldigt habe. (Angaben nach „HA“, 19.2.79)

Bereitstehende Knastzellen, hunderte von feststationierten Bullen und BGS’lern und das Gedankenspiel über einen Bundeswehreininsatz zeigen deutlich, wer hier eine „Schlacht um Gorleben“ vom Zaun brechen will!!!

AKW-Nein-Kommission

Hatter Schiss? Albrecht in Gorleben

Mittwoch, 21.2., eine kleinere Landvolkversammlung im Landkreis Lüchow-Dannenberg, auf deren Tagesordnung auch der Treck nach Hannover steht. Mitten in der Diskussion geht die Tür auf, herein kommen drei stattliche junge Herren mit ausgebeultem Jackett und hinter ihnen, unangemeldet, Ernst Albrecht - der Landesvater persönlich.

Er scheint Schiss zu haben - zu recht: denn seine Geschichten von den zugereisten Agitatoren (die er natürlich auch an diesem Abend serviert) widerlegen die Bauern durch ihre Aktivitäten in letzter Zeit immer wieder selbst:

Nach ersten Einzelaktionen wie der Fuhrer Mist vor dem DWK-Bus und einer Treckerdemonstration mit 35 Fahrzeugen im Dezember führen bei der Demonstration am 7.2. schon 120 Trecker und Landmaschinen mit; die mitgeführten Parolen waren alles andere als unpolitisch („Gestern Gaskammern - morgen Atomstaat“). Ergebnis der anschließenden Versammlung war der Beschluß, im März im Treck nach Hannover zu ziehen: „Da Herr Albrecht nicht zu uns gekommen ist und uns nicht informiert hat, rufen wir ihm jetzt zu: Herr Albrecht, wir kommen!“

Sein überstürzter Besuch bei der Landvolkversammlung konnte daran nichts mehr ändern - zu spät: Trotz ständiger Betonung seiner Gesprächsbereitschaft mit „seriösen Bürgern“ findet er in letzter Zeit einfach keine Gesprächspartner mehr. Der BBU hat jeden Kontakt mit Albrecht abgelehnt, solange die Landesregierung weiter die Kriminalisierung der AKW-Gegner betreibt, und solange sie sich nicht offiziell bei der Bevölkerung für die Reservierung der Gefängniszellen entschuldigt hat. Die BI Lüchow-Dannenberg lehnte Albrechts Einladung zu einem Gespräch mit drei Delegierten in Hannover ab und stellte weitere Vorbedingungen: Keine Gespräche, solange nicht die Sonderpolizeinzentrale in Lüchow aufgelöst ist und die Schadensersatz-

klagen gegen Grohnde-Demonstrationen zurückgezogen worden sind.

Er mußte also schon selber kommen, „zur Beruhigung“, wie er selbst sagte. Ihm lägen nämlich BI-Protokolle vor, aus denen hervorginge, daß Gewaltaktionen im Landkreis schon konkret geplant würden - ob er damit tatsächlich den Grund für die Beruhigung der Bauern erfaßt hat? Ihnen vom Treck abzuraten mochte er wohl nicht - das wäre zu deutlich gewesen, also versuchte er es anders herum: gewaltfreie Demonstrationen seien gerade zu seine Idealvorstellung - „Kommt nach Hannover“, forderte er die Bauern wörtlich auf. Und ob sie kommen.

Mit seiner „Beruhigung“ zur Wiederaufbereitungsanlage ging’s noch weniger glatt. Konkret sagen wollte er überhaupt nichts, weil er sich erst im Sommer nach Vorlage der Gutachten eine Meinung bilden wolle (Ob er tatsächlich noch keine hat?). Natürlich dürfte der Landkreis nicht zerstört werden - gewisse „Strukturveränderungen“ seien jedoch unauweiblich, weil die WAA eben nötig sei. (Also doch schon 'ne Meinung?)

Obwohl ein Informationsdefizit im Landkreis gerade über die „gewissen Strukturveränderungen“ nach wie vor besteht - z.B. über die sichere Versteppung eines mehrere Kilometer breiten Gebiets um die Baustelle als Folge der Grundwasserabsenkung - läßt sich mit solchen Formulierungen kaum noch einer abpeisen. Dagegen beeindruckte ein Vortrag von Prof. Eike Haensch zu diesem Thema am 23.2. in Gartow die 50 Teilnehmer so stark („Das hätten wir

schon vor zwei Jahren wissen müssen, dann wäre hier mehr passiert!“), daß auf ihren Wunsch hin Prof. Haensch zur Wiederholung des Vortrags in größerem Rahmen eingeladen wurde, von dem einzigen anwesenden Gartower Gemeinderat, der dafür sorgen will, daß zur nächsten Veranstaltung der Gemeinderat vollzählig erscheint.

Gegen fundierte Informationen kann Albrecht mit seinem Lächeln allein nichts ausrichten. Auf die vielen Fragen auf der Landvolkversammlung hat er „viel geredet, aber nichts gesagt“, wie eine Teilnehmerin berichtete, die den Eindruck hatte, daß dieser Besuch auch die letzten Überzeugungsversuche hat, die noch glaubten, man könne mit Albrecht reden.

Der hatte dann allen Anlaß, sich am nächsten Tag vor der Presse auszuweinen: Die BI’s hätten das ganze Klima im Landkreis versaut, beklagte er sich, es sei so eine breite Ablehnung gegen die WAA zu spüren. Gegen diese Sauerei will er jetzt massiv vorgehen. Erster Schritt: ein paar Regierungstypen, die seit einigen Tagen im Landkreis die Höfe abklappern und „Hausbesuche“ machen. Zweiter Schritt: ein Flugblatt in 150.000 Auflage als Beilage in der Elbe-Feetzeit-Zeitung am 24.2. Weitere sollen folgen.

Man braucht von solcher Propaganda- und Papierflut nicht allzuviel zu befürchten, wenn man die Gartower Veranstaltung zum Anlaß nimmt, viel mehr Informationsarbeit zu machen, zumal in letzter Zeit viele gute Möglichkeiten dazu (z.B. die Gutachten von Grimm und Hermann) so gut wie gar nicht genutzt wurden. In der Möglichkeit, offen informieren und diskutieren zu können, liegt die Stärke der Anti-AKW-Bewegung; dazu gehört auch,

die Bauern über die Ziele der anderen AKW-Gegner zu informieren und darüber offen zu diskutieren. Das ist nicht nur das beste Mittel gegen Albrechts Spaltungsversuche, sondern auch das Bedürfnis der Bauern - so jedenfalls von einem Landwirt auf dem Vorbereitungstreffen zum Treck am 24.2. in Trebel geäußert, der damit der Befürchtung eines BI-Mitglieds widersprach, die Diskussion würde über die Interessen der örtlichen Bevölkerung hinwegwalzen.

Daß wir mit unserer Meinung nicht hinter dem Berg halten, das unterscheidet uns von Albrecht. Und man sollte dabei endlich mal das beliebte Argument von der „Rückständigkeit“, von den „Fehlenden Erfahrungen“ der Gorlebener Bauern auf den Mist schmeißen: Deren Aktionen, Resolutionen und Parolen aus der letzten Zeit zeigen, daß sie in ihrem Bewußtsein und ihrer Entschlossenheit weiter sind als manch gewaltfreier „Bauernfreund“, der seine eigene Ängstlichkeit nur mühsam hinter der „Rückständigkeit“ der Bauern verbergen kann.

Daß die Landesregierung den Widerstandswillen der Bauern da viel ernst nimmt, machte Albrecht noch einmal bei einem REPORT-Interview am 27.2. deutlich: Auf die Frage, ob er im Zusammenhang mit der WAA nicht um Wählerstimmen fürchte, antwortete er - ganz Demokrat - er sei nicht gewöhnt, um im Amt zu bleiben, sondern um das zu tun, was im Interesse der Bevölkerung nötig sei - selbst wenn das der CDU die Mehrheit kosten sollte.

Wer sich jetzt schon derart zum Märtyrer aufbaut, der kann seine Lage nicht als sonderlich gut einschätzen.

Goetz

Albrecht — wir kommen! Albrecht — wir kommen!

Der Treck der Gorlebener Bauern nach Hannover nimmt konkrete Formen an. Als Ergebnis des Vorbereitungstreffens am 24.2. in Trebel zeichnet sich bisher folgendes Bild ab:

Die erste Phase wird eine Demonstration der ortsansässigen Bevölkerung im Landkreis sein, die die Stärke des Widerstands vor Ort demonstrieren soll und an der sich deshalb noch keine auswärtigen AKW-Gegner beteiligen wollen. Treffen am Sonntag, 25.3., am (Landschaftsbildzerstörenden) Spielplatz, von dort Marsch nach Lüchow, wo abends eine Veranstaltung stattfindet. Unterwegs sollen die Gemeinderäte aufgesucht werden, um ihnen die Gutachten zu überreichen und sie zu Gesprächen aufzufordern.

Die zweite Phase ist der eigentliche Marsch, an dem sich möglichst viele AKW-Gegner beteiligen sollen, zumal die Bauern während der Saatzzeit nicht die ganze Woche über mitmachen können. Sie werden sich mit Bauern aus den Orten, die auf

dem Weg liegen, abwechseln - am Samstag in Hannover sind dann aber wieder alle dabei. Die Strecke soll im wesentlichen zu Fuß zurückgelegt werden, Trecker, Pferdewagen und Fahrräder werden den Treck begleiten.

Die Marschroute:
26.3. Lüchow - Uelzen, abends Veranstaltung zur Infrastruktur,
27.3. Uelzen - Unterlüß - Hoserling,
28.3. Hoserling - Hermannsburg,
29.3. Hermannsburg - Celle, vorbei am Knast Salinemoor mit den 80 reservierten Zellen, abends große Veranstaltung.

Am 31.3. soll als dritte Phase dann eine bundesweite Demonstration in Hannover sein. Der Treck trifft sich morgens mit all den AKW-Gegnern, die nicht früher kommen konnten und zieht nach Hannover ein. Mittags (10.00 - 12.00 Uhr) Kundgebung in der Innenstadt, danach Selbstdarstellung der BI's und Straßenaktionen, abends sollen auf einer

Großveranstaltung Wissenschaftler zu Wort kommen, die am Albrecht-Hearing beteiligt sind.

Die Kundgebung in Hannover soll unter dem Motto „Die Standorte treffen sich“ stehen, Bauern und andere Leute aus verschiedenen Standorten haben ihre Beteiligung schon zugesagt, u.a. will sich eine Gruppe aus dem Kaiserstuhl mit Treckern bis Hannover durchschlagen. Dementsprechend sollen auf der Kundgebung keine „Größen“ der Anti-AKW-Bewegung zu Wort kommen, sondern betroffene Bauern aus Gorleben, Brokdorf, Grohnde und Wyhl.

Neben dem Haupttreck sind weitere Trecks aus anderen Richtungen vorgeschlagen:

- Für die Teilnehmer aus Süden und Westen Fahrraddemonstration AKW Grohnde - Hameln-Springe - Hannover. Abfahr Mittwoch 12.00 Uhr.
- Für West-Berlin und Braunschweig Mittwoch früh ab Braunschweig über Asse zum Haupttreck.
- Fußmarsch ab Oldenburg, Fahr-

raddemonstration ab Bremen.

Besonders die beiden letzten Vorschläge müssen noch diskutiert werden, insbesondere inwieweit ihre positive Seite - die Möglichkeit der Informationsarbeit unterwegs - nicht zu sehr auf Kosten des Haupttrecks von Gorleben geht, auf dem auf jeden Fall das Schwergewicht liegen soll.

Von Hamburg aus soll am letzten Tag ein Konvoi nach Hannover organisiert werden.

Kontaktadressen:

für den Treck:
BI Lüchow-Dannenberg,
Drahtnerstrasse 3 Lüchow
Tel.: 05841/4684

Für Hannover vorläufig:
Dietlind Preis
Tel.: 0511/315893

Goetz

Gorleben-Spielplatz soll abgerissen werden!

Im Rahmen der ersten Großdemonstration gegen die geplante WAA in Gorleben am 12.3.77 wurde am Rande des Kundgebungsplatzes an der Straße zwischen Trebel und Gartow ein Kinderspielplatz errichtet. Das gesamte Gebiet ist durch einen Waldbrand im Sommer 76 verwüstet (im Landkreis hält sich auch weiterhin hartnäckig das Gerücht, daß der Brand an genau dieser Stelle nicht zufällig ausgebrochen ist, Brandstiftung ist keinem nachzuweisen, aber wer davon profitiert ist klar, die DWK, die auf diesem Gelände die WAA errichten will). Bei dieser Demonstration wurde auch von den AKW-Gegnern begonnen, dieses Gelände wieder aufzufordern.

Dieser Spielplatz hat großen Anklang gefunden und erhielt 1977 den ersten Preis für den besten Spielplatz des Jahres, den roten Elefanten, vergeben von einem Kreis von Pädagogen, Kinderbuchautoren etc. Die Preisverleihung war Anlaß zu einem großen Fest auf dem Kinderspielplatz unter breiter Beachtung der Presse und des Rundfunks. Bald danach forderte der Gemeindevorstand den Abriß des Spielplatzes. Das Verwaltungsgericht in Lüneburg gab der Kreisverwaltung Lüchow nun grünes Licht, den Spielplatz abreißen zu lassen.

„Das Gericht kam zu der Auffassung, daß der Spielplatz gegen das Verbot der Bauordnungsverordnung verstößt, weil die aus Abfallholz gebauten Spiel- und Klettergeräte einen bauschädlichen, verfall-

enen und wenig standfesten Eindruck vermitteln, so daß sie für den ästhetischen Durchschnittsmenschen eine empfindliche Verunstaltung und Störung der Landschaft bedeuten („AZ“, 2A 142/78)“ (aus „FR“, 20.2.79).

Wäre es nicht bitterer Ernst, so sollte man dem Verwaltungsgericht für diesen blanken Hohn den Orden für den besten juristischen Witz verleihen. Sie sagen, die Spielgeräte seien bauschädlich, begründen aber die Abriegelung noch nicht einmal mit den Gefahren für die Kinder (was auch ein Witz wäre, ich mit meinen 90 kg konnte am letzten Wochenende sicher auf den Geräten des Abenteuerspielplatzes turnen), sondern mit dem Empfinden des „ästhetischen Durchschnittsmenschen“ (ich bitte die Richter dringend darum, doch Ganzkörperphotos von sich zu veröffentlichen, damit die Öffentlichkeit erfährt, wie in der BRD nach richterlichem Spruch ein solcher Mensch aussieht), der Spielplatz sei eine Verunreinigung und Störung der Landschaft. Diese „ästhetischen Durchschnittsmenschen“ in Lüneburg empfinden nicht diese mehrere tausend ha große brachliegende Waldbrandlandschaft als störend, sondern die von den Atomgegnern zur Rekultivierung beitragende Neuanpflanzung mit Kinderspielplatz (siehe Foto vom letzten Wochenende).

Ein Genosse aus Hannover



Gemeinsame Vorbereitung einer Großdemonstration schon geplatzt?

Neben der gemeinsamen Vorbereitung des Tracks hatte das Treffen in Trebel vom 24.2. vom Arbeitstreffen in Braunschweig den ausdrücklichen Auftrag erhalten, Vorschläge für die Durchführung einer gemeinsamen Großdemonstration zu erarbeiten. Diese sollten nach Möglichkeit beim Abschluß des Tracks in Hannover vorgestellt werden, um dann nach Beratung in den BIs endgültig am 5.5. in Göttingen die Planung einer Großdemonstration in diesem Jahr möglichst in Gorleben verabschieden zu können. Das Göttinger Treffen wurde eigens zu diesem Zweck anberaumt. Obwohl entsprechende Passagen der Braunschweiger Erklärung mit maximal 5 Gegenstimmen verabschiedet wurden, d.h. auch die Zustimmung der BI Luchow-Dannenberg, des BBU und der Freundeskreise gefunden hatten, sah das Bild in Trebel plötzlich ganz anders aus.

In diesen Kreisen löste es in Trebel schon Empörung aus, als Vertreter der BBU Hamburg, unterstützt von der AK Ökologie und dem Göttinger Atomexpres eine Erklärung vorlegten, die fast wortgetreu der der Braunschweiger zur Großdemonstration entsprach. Mit dieser Erklärung wollten BBU, AK Ökologie und Atomexpres ein weiteres Treffen zur Vorbereitung der Großdemonstration beantragen. Roland Vogt vom BBU-Vorstand konnte sich plötzlich nicht einmal mehr an den Braunschweiger Beschluß bzgl. Planung einer Großdemonstration „erinnern“ und scheute sich nicht, auf einmal das Wort „Spaltung“ in den Mund zu nehmen. „Die Spaltung kommt jetzt rein durch die Penetration, mit der die Großdemonstration immer wieder festgeschrieben werden soll“. Bei dieser sogenannten „Penetration“ handelt es sich darum, die einheitliche Willenserklärung von 1.300 AKW-Gegnern in Braunschweig in die Tat umzusetzen. Gerade die Einheitigkeit in diesen Fragen war es gewesen, die auf dem Treffen in Braunschweig sogar euphorische Stimmungen auslöste.

Was heißt da Spaltung? Roland Vogt selbst wäre nach demokratischen Prinzipien einmal an den Beschluß der BBU-Mitglieder gebunden, die ebenfalls eine Großdemonstration in diesem Jahr in Gorleben forderte und gleichzeitig an den Beschluß des BBU-Vorstands, der dies am 9.2. noch einmal bekräftigt hatte.

Man wundert allerdings ein solches Vorgehen, wenn Roland Vogt sogar offen im BBU aktuell darüber philosophiert, wie weit man die Braunschweiger Beschlüsse ernst nehmen soll.

Ein Großteil der anwesenden BI Luchow-Dannenberg Vertreter und Freundeskreis-Mitglieder verlegte sich auf dem Trebeler Treffen darauf, keinen Termin mehr für ein Vorbereitungstreffen für die Planung einer Großdemonstration finden zu können, vor dem Track sei es wegen „Überlastung“ nicht möglich, nach dem Track müsse man erst einmal Ruhe finden, zwei Wochen nach dem Track sei Ostern, das ginge natürlich auch nicht, also es scheitert am Termin!

Einer Vertreterin der BI Luchow-Dannenberg entzuckte es bei der Diskussion (als sich klar zeigte, daß die Vorbereitung einer Großdemonstration ein Auftrag aller AKW-Gegner in Braunschweig war), daß sie der Braunschweiger Resolution nur zugestimmt hätten, weil von den dortigen Teilnehmern eine Unterstützung des Tracks von der Frage einer zukünftigen gemeinsamen Großdemonstration abhängig gemacht worden sei.

In der Tat hatte die überwiegende Mehrheit in Braunschweig erst einmal auf eine unmittelbare Festlegung einer Großaktion in Gorleben verzichtet, weil die örtliche BI erst einmal den Track, bzw. die örtliche Mobilisierung dazu abwarten wollte. Die Mehrheit hatte angeboten, auf dem Treffen in Trebel, auf dem Track gemeinsam mit den örtlichen Aktiven über die Form der Großdemonstration zu beraten und ein gemeinsames Vertrauen dabei herzustellen. Auf dem Trebeler Treffen stellte sich erst einmal heraus, daß anwesende Baumvertreter leider darüber überhaupt nicht informiert waren.

Soll die Äußerung der Vertreterin der BI Luchow-Dannenberg in Trebel nun heißen, daß diese Bereitschaft zum gemeinsamen Vorgehen in Braunschweig nur Schein war? Soll ein prinzipielles Bekenntnis der BI Luchow-Dannenberg zur Großdemonstration konkrete Planungen dafür ersetzen? Heißt das, daß nach dem Kursverfahren werden soll (wie es einzelne Sprecher in Braunschweig gefordert hatten), daß sich die gesamte Anti-AKW-Bewegung bedingungslos den Vorstellungen einzelner aus dem BBU-Vorstand und der örtlichen BI unterzuordnen hatte?

Solidarität – so wurde in Braunschweig demgegenüber betont – setzt gegenseitiges Vertrauen voraus und dazu gehört ganz selbstverständlich, daß man zu öffentlichen Erklärungen steht und sie nicht morgen im kleinen Kreis wieder umstößt!

Klar war auch in Braunschweig, daß Albrechts Versuch, den Landkreis in ein Heerlager von Polizei, Bundesgrenzschutz ja vielleicht sogar Bundeswehr zu verwandeln, die örtliche Bevölkerung durch Bespitzelung einzuschuchtern und durch großartige Versprechen für die Zukunft einzulullen, mit gemeinsamen Aktionen begegnet werden muß. Die BI Luchow-Dannenberg hatte selbst klar betont, daß Albrecht das gemeinsame Vorgehen von örtlicher Bevölkerung, konservativen Kräften und linken AKW-Gegnern fürchten muß! Über alle Bedenken innerhalb der BI Luchow-Dannenberg und örtlichen Kräften (die aber erst einmal informiert sein mußten) kann und muß gemeinsam beraten werden, aber der Hinweis auf „Bedenken“ kann nicht genutzt werden, um ein gemeinsames Vorgehen in unbekannte Ferne zu schieben.

Man wird auf dem Göttinger Treffen vor Vertretern der gesamten Bewegung Anfang Mai sich wohl kaum hinstellen können und erklären, daß jetzt zwar Albrecht der WAA seinen endgültigen Segen geben will, die Probebohrungen angefangen haben, aber man selbst sei noch nicht so weit, um über gemeinsame Aktionen beraten zu können!

Der in Braunschweig zutage getretene Wille, eine möglichst breite Einheit herzustellen, ist Ergebnis der Erfahrungen der Bewegung. Den Versuchen der Spaltung in „gute“ und „böse“ AKW-Gegner konnte immer wieder erfolgreich begegnet werden, auch wenn diese Einheit erst über eigene erfolgreiche Aktionen der linken Teile der Bewegung wieder hergestellt werden konnten.

Noch ist es möglich, auf dem in Braunschweig eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

Auch auf dem Trebeler Treffen hat die BI Luchow-Dannenberg zugesagt, eventuell an einem weiteren Treffen am 7.4. (allerdings erst nach dem Track) teilzunehmen, sie will allerdings erst in der BI darüber beraten.

AKW-Nein-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

„Trotz Polizei in Luchow drin, hier ist nix mit Bohrbeginn!“

Mit dieser Parole rief die Bürgerinitiative Umweltschutz Luchow-Dannenberg für den 22.2. anlässlich des zweiten Jahrestages nach Bekanntwerden des Standortes der WAA zu einer Demonstration zum alten Amtsgericht Luchow, in das jetzt die Polizei einzieht, auf.

Die Demonstration richtete sich besonders gegen die planmäßige Kriminalisierung durch Polizei und die festgestellten Gefängniszellen.

Mindestens 300 AKW-Gegner beteiligten sich an der Demonstration. Teilweise hatten sich Demonstranten als Häftlinge verkleidet, viele Spruchbänder, Transparente wurden getragen, es wurde gesungen und so mancher Passant schloß sich der Demonstration an. Vor dem Amtsgericht wurde dann ein Kranz mit der Aufschrift „Trauer um das Volk“ niedergelegt und Marianne Fritzen (Vorsitzende der BI) verlas einen Protest gegen den Einzug der Polizei in das Amtsgericht und gegen die Bereitstellung von Gefängniszellen.

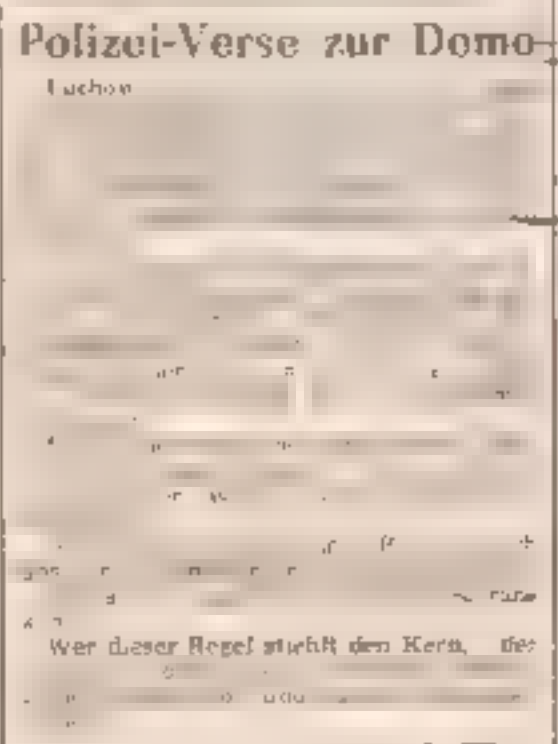
Als Zeichen der Verunsicherung oder wohl eher als kackfreches Manifestieren, daß die Polizei sich sehr sicher fühlt, ist eine Stel ungenahme des Leiters der neuen Polizeinspektion Luchow zu verstehen, die als Reaktion auf die Demonstration der BI in der „EZ“ abgedruckt war.

„Die angemeldete Demonstration am 22. Februar ist diszipliniert, störungsfrei und unter begleitendem Polizeischutz ordnungsgemäß verlaufen. Auf die vielen Spruchbänder, Parolen, Reime möchte die Polizei ihrer-

seits auch in Versform antworten. Der Trauerkranz ist sein Symbol/bleibt falsch vor unsern Mauern/denn wir sind hier zu ihrem Wohl/drum ist nichts zu betauern. Wir schützen jedermanns Recht/auch das der Demonstranten/vorausgesetzt, er nutzt es echt/und bleibt in seinen Schranken. Wer dieser Regel steht/den Kern/der ist nicht zu bedauern/er steht der Rechtsgemeinschaft fern und mag sich selbst betauern.

Auf daß die Bullen mit diesem witzigen Spaltungsversuch auf die Schnauze fallen

KB-Gruppe Lüneburg



Neues Atommülllager in Salzgitter?

Strahlenmann Albrecht will nicht nur in Gorleben eine strahlende Zukunft von Millionen Jahren. Auch im Raum Salzgitter, Braunschweig, wo schon derzeit der radioaktive Müll der BRD „versuchsweise“ gewahrt wird, soll der Entsorgungs„park“ für schwach- und mittelschwere Abfälle ausgebaut werden. Neben Asse II soll jetzt der 1975 stügelte Erzschatz Konrad alle entsprechenden Abfälle aufnehmen (nach Systemstudie des Bundesministeriums für Forschung und Technik (BMFT) aus dem Jahre 76). Darüber hinaus sollen die abgewackelten AKW's dort eingelagert werden. Der Schacht ist – wie üblich – bereits fest im Programm eingeplant. „Man verspricht in Bonn interministerielle Gespräche über den Ausgleich über die negativen Effekte der Häufung von Atommülldeponien“ („Wolfenbütteler Zeitung“, 17.1.79). D.h. ggf. ein zusätzliches Schwimmbad und mehr Polizei – vielleicht auch BGS – wir kennen das aus Gorleben, nicht zu vergessen neue Druckaufträge für die Region, die die Lagerung als sicher anpreisen.

Allerdings wird der Bevölkerung allen Ernstes erzählt, man wolle ganz „demokratisch“ alle ihre Einwände „berücksichtigen“ – so Stadt-direktor Lohoff kürzlich auf einer Podiumsdiskussion in Salzgitter. Wie das aussieht, machte die Veranstaltung selbst klar. Angekündigt waren auch AKW-Gegner auf dem Podium, allerdings mußte dieser (Prof. Bertram von der GLU) erst aufs Podium geklatscht werden.

Die Mehrheit der ca. 200 Anwesenden wollte diese „Demokratie“ der Betreiber nicht hinnehmen.

Mit auf dem Podium saß Dr. Hagen (vom BMFT), der sich stolz der „Erfinder“ des Entsorgungsparks nannte.

Die Gefahr sei gering, 95 % des Mülls habe nur eine Halbwertszeit von 30 Jahren. Aber selbst dann, so wurde nachgerechnet, strahlt es dort rund eine Million Jahre!

Haverkamp, Leiter der wissenschaftlichen Abteilung einer staatlichen Firma (P & S), die dick im Atomgeschäft mitmacht, bestritt auf dem Podium schlicht seine alten schriftlichen Äußerungen, daß dort in den Schacht Grundwasser einbrechen könnte – was? Brot ich freiß, des' Lied ich sing. Dies ist allen Ernstes die Parole, die dort auf dem Podium CDU-Ratsmitglied Köhner offen propagierte. Nachdem die ersten AKW-Gegner als „Nicht-Wissenschaftler“ für dumme erklärt worden waren, schne Köhners schließlich Prof. Bertram, der ja nun mal Wissenschaftler auf dem Gebiet ist, an: „Wissenschaftler sollen nicht diskutieren, sondern arbeiten“.

Solche Arbeit macht „frei“ und diskutieren, sondern arbeiten!

Solche Arbeit macht „frei“ und wird uns eine „sonnige“ Zukunft bescheren. Die Demokraten-Tour war diesen Vögeln gründlich verhasst! Mit solchen Typen und Figuren, wie AKW-Gegner sollte man eigentlich auch gar nicht diskutieren (wahr-

scheinlich möchten die auch erst einmal arbeiten!). Nach der Veranstaltung fragte prompt die „Salzgitter Zeitung“: „Es erhebt sich die Frage nach dem Nutzen solcher Veranstaltungen... Es wurden von dem größten Teil der Teilnehmer an der Zusammenkunft Dinge vorgetragen, die der reinen emotionalen Abneigung gegen die Atomenergie entstammten.“

Denen fehlte schlicht die Ehrfurcht vor den aufgeführten Wissenschaftlern – möchte man hinzufügen.

Keine Atommülldeponie in Salzgitter und auch nicht anderswo!

Nach dem Bericht eines Genossen aus Salzgitter

Gorleben-Nachrichten

Baden-Württemberg

Auf dem Treffen der Baden-Württembergischen BI's am 24.2. in Stuttgart wurde mit 24/4/1 Stimmen beschlossen, statt der ursprünglich vorgesehenen Demo in Neckarwestheim zentral zum 31.3. nach Hannover zu mobilisieren (Kontakt über Harry in Tübingen 07121/160210). Am 24.3. sollen überall regionale und lokale Aktionen durchgeführt werden, darunter eine Kundgebung in Neckarwestheim.

Bayern

Am 24.2. trafen sich in Nürnberg 65 Vertreter und Mitglieder aus BI's, Jugendzentren und anderer Initiativen, vertreten waren auch AUD und Freundeskreise.

Die Teilnehmer dieses regionalen Anti-AKW Treffens schlossen sich insgesamt der Hauptresolution des Braunschweiger Treffens an, sie wollen dazu auch eigene Öffentlichkeitsarbeit machen.

Am 7.4. soll ein weiteres Treffen stattfinden.

Propagandavortrag fiel aus

Ein für den 22.2. geplanter Vortrag über das „nukleare Entsorgungszentrum in Gorleben“, Referent der in Anti-AKW-Kreisen wohl bekannte Dr. C. Saender, wurde auf Anraten der Bremer Polizei kurzfristig abgesagt. Der Grund: Bremer Atomkraftgegner hatten beschlossen, möglichst zahlreich diese Propaganda-schau der Betreiber zu „besuchen“. Vielleicht sollten wir uns öfter mal bei solchen Vorträgen ankündigen!

KB-Gruppe Bremen

Richtigstellung

Richtigstellung

Die Bürgerinitiative Offenbach gegen Atomanlagen (c/o E. Hoffman, Buchrainweg 61, 605 Offenbach) schreibt:

Liebe Freunde!
Mit Befremden lesen wir im AK Nr. 148, S.11 unter der Rubrik „Nachrichten vom Widerstand“:

„22 BI's aus Hessen haben sich für Aktionen am AKW-Hochhaus in Offenbach verabredet.“

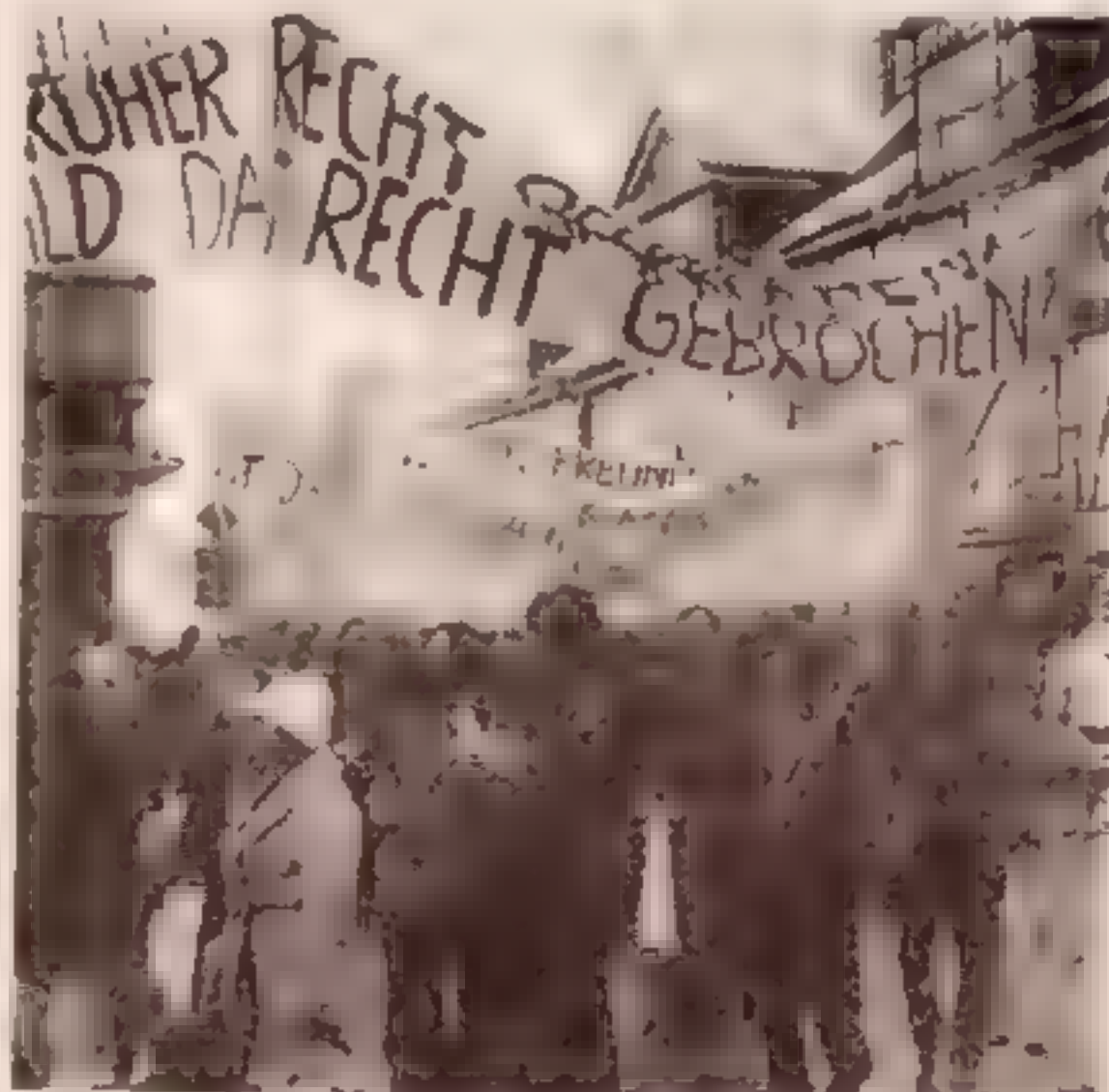
DAZUSTELLEN WIR FEST

1. In Wahrheit handelt es sich darum, daß 22 Bürgerinitiativen aus Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg die Planung und Vorbereitung der regionalen Demonstration im Rahmen des Drei-Stufen-Plans ausgenommen haben. Diese wird durch die Offenbacher Innenstadt führen und soll am AKW-Verwaltungskomplex vorbeiführen. Der zentrale Aufruf für die Demonstration wurde auf einer Konferenz der Demonstrationsleitung, die vorerst aus 10 Mitgliedern besteht, beschlossen. Zugrunde lagen Entwürfe und Stellungnahmen aus verschiedenen BI's.

2. Mit Sicherheit wurde alles andere beschlossen als „Aktionen am AKW-Hochhaus“. Wie die Redaktion des AK zu dieser Falschmeldung kommt, ist uns schleierhaft, dies um so mehr, als der KB durch einen Vertreter seiner Organisation als auch über BI's auf den entsprechenden Konferenzen zugegen war.

Mit solidarischen Grüßen
I.A. (es folgt eine Unterschrift).

Anmerkung der AKW-Nein-Kommission: Liebe Freunde! Vielen Dank für eure Richtigstellung. Die Angabe im AK gibt das wieder, was die Artikelbetreiber die Angaben auf den Placards in Braunschweig verstanden haben, wir haben dies bei der Durchsicht nicht mit anderen Unterlagen überprüft.



Zur Wiederkehr des Tages der vorläufigen Benennung Gorlebens als Standort eines nuklearen Entsorgungszentrums vor zwei Jahren demonstrierten etwa 200 Atomgegner in Luchow mit einem Marsch durch die Stadt und einer symbolischen Kranzniederlegung vor der Tür des ehemaligen Arbeitsgerichtsgebäudes, das jetzt von der Polizei bezogen wurde.

Schon wieder Giftalarm in Hamburg!

Auf dem Gelände des ehemaligen Garwerkes in Barmbek wurde festgestellt, daß das Gelände teilweise durch Cyanid stark verseucht ist. Cyanid ist der Blausäure ähnlich. Es stammt aus früher in dem Garwerk abgelagerten Reinigungsmitteln. Merkwürdig ist, daß diese Entdeckung bereits im Oktober letzten Jahres gemacht wurde, aber bis heute verschwiegen worden ist. Die Gefahr dieses neuen Giftskandals wurde jedoch sofort damit heruntergespielt, daß ja keine Trinkwasserbrunnen in der Nähe seien.

Die giftige Gasreinigungsmasse ist nicht nur beim Werk gelagert worden, sie wurde jahrzehntelang verkauft und fand reichlich Verwendung

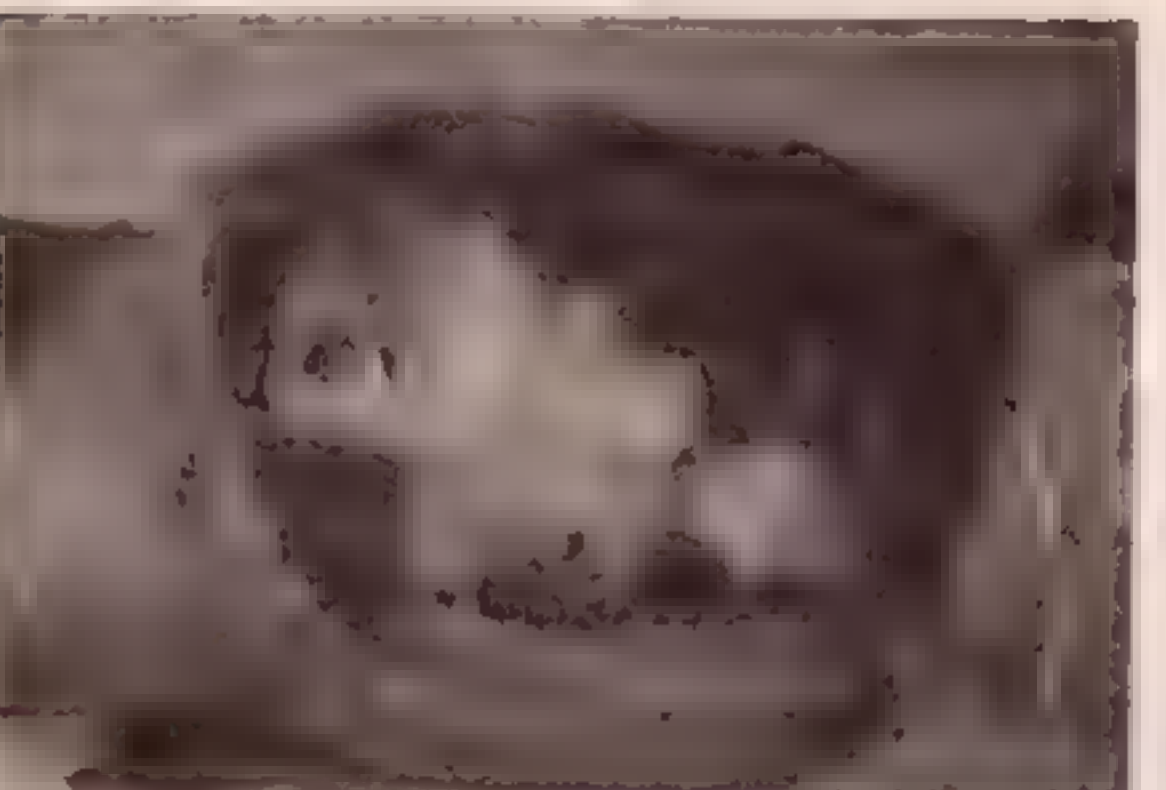
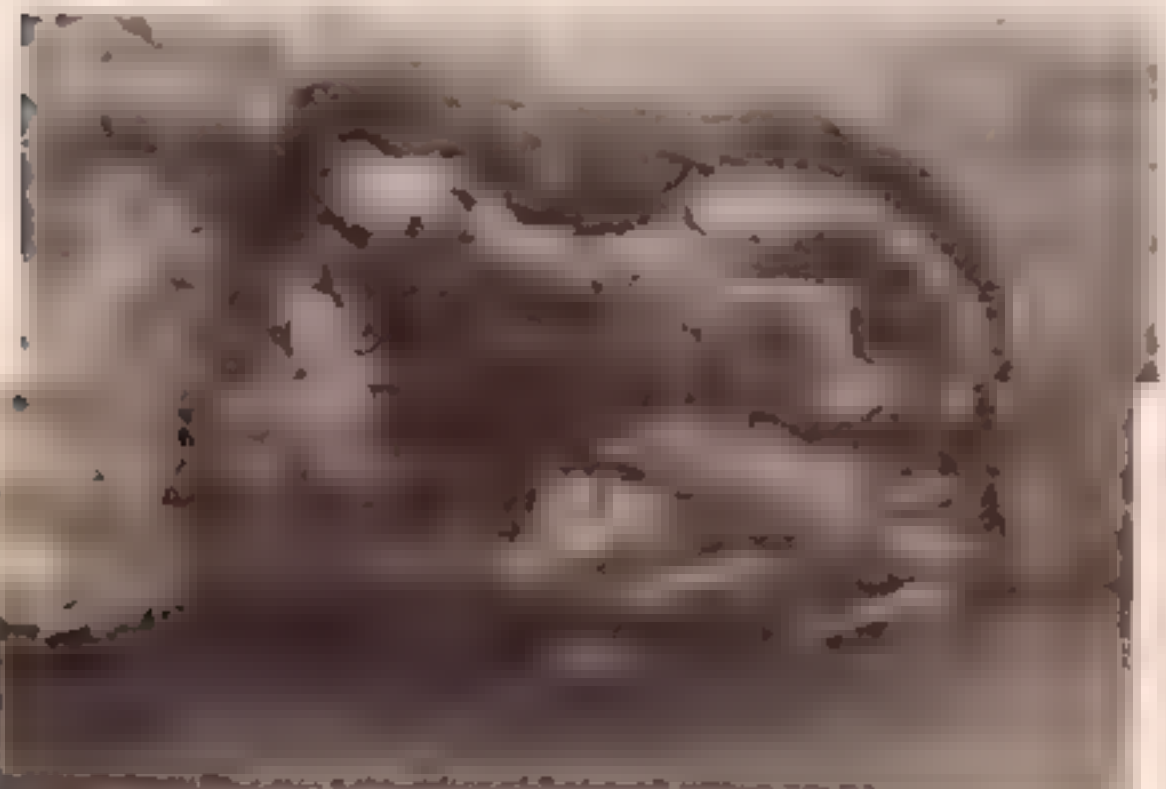
als Sportplatzbelag-Beigabe oder zur Verteilung auf Bahnkörpern. Dort wächst dann nämlich kein Halm mehr. Aufgrund dieser Vorfälle der letzten Zeit, die nicht mehr einfach unter den Tisch gekehrt werden können, hat sich Hamburg-Bausenator entschlossen, durch Probebohrungen feststellen zu lassen, wo überall in der Stadt Boden und Grundwasser durch irgendwelche Industriabfälle vergiftet sein könnten. Gleichzeitig sollen alle alten Müllkippen nach Giftabfällen durchgeforstet werden. Denn wie schreibt das „Hamburger Abendblatt“ am 28. 2. dazu? Heute ist man umweltbewußter geworden.

Fischerei in der Unterelbe bald nicht mehr möglich?

Die Fischer der Unterelbe wollen sich nicht weiter ihre Existenz ruinieren lassen. Nachdem sie gerade in den letzten Jahren einer Industrialisierung zusehen mußten, die die Elbe zum Abwasserkanal zu machen droht, traten sie nun an die Öffentlichkeit. Durch zurückgehende Fangerträge ist die Zahl der Betriebe in den letzten 20 Jahren von 36 auf zehn geschrumpft. Gab es 1920 noch 23 Fischarten in der Elbe, sind es heute

noch ganze drei. „Und auch die sind vom Aussterben bedroht. Wegen krebserregender Gase und anderer Krankheiten müssen immer mehr vor dem Verkauf ausgesetzt werden“, ein Altenwerder Fischer.

Als Sofortmaßnahme fordern die Fischer die drastische Reduzierung der Abwässer und daß die eingedeckten Flächen für normale Wasserläufe geöffnet werden.



Elbfische von heute — durch immer größeren Stöß bei der ständig steigenden Wasserverschmutzung erkranken immer mehr Fische. Diese Bilder zeigen einen Fisch mit starkem Bandwurm-Befall und einen Fisch mit extrem vergrößerter Schwimmblase.

Smog im Ruhrgebiet — und kein Ende

Nur einen Monat, nachdem im Ruhrgebiet Smog-Alarm ausgerufen worden war (der erste in der Geschichte der BRD), meldeten die Zeitungen am 22.2. erneut „Smog-Gefahr“; in einigen Ruhrgebietsstädten wurden die „kritischen“ Werte für Schwefeldioxid und Kohlenmonoxid (0,8 Milligramm SO₂ pro Kubikmeter Luft und 30 Milligramm CO) erreicht bzw. überschritten.

In der Nacht zum Rosenmontag war es dann soweit: Die Schwefeldioxid- und Kohlenmonoxid-Werte schmolten an fast allen Meßstellen weit über die gesetzlichen Grenzwerte. Spitzenwerte wurden im östlichen Ruhrgebiet in Wanne-Bickel mit 1,44 Milligramm SO₂, in Gelsenkirchen mit 1,37 Milligramm, in Recklinghausen mit 1,27 und in Castrop-Rauxel mit 1,22 Milligramm gemessen (laut „WAZ“ vom 27.2.). Doch nicht nur im östlichen Ruhrgebiet mit seiner

massierten Kohle- und Stahlindustrie, auch im westlichen Ruhrgebiet stieg die Giftkonzentration, in Köln z. B. über 1 Milligramm.

Obwohl damit sogar die Werte vom 17. Januar, die zur Auslösung des Smog-Alarm führten, weit übertroffen waren, blieb diesmal der Smog-Alarm aus! Denn „die Frischwind-Prophezeiungen der Essener Wetterfrösche hielten Gesundheitsminister Farthmann vom Alarm ab“ („WAZ“, 27.2.).

Bekanntlich ist ja nicht die Schadstoffmittlernde Industrie an der schlechten Luft schuld, sondern das Wetter, so daß folglich für die Auslösung des Smog-Alarm nicht die Schadstoffkonzentration, sondern die „Wetterlage“ entscheidend ist. Aber es waren nicht nur die „Wetterfrösche“, die Farthmann von der Auslösung des Smog-Alarm abhielten: „Eingedenk der üblen Folgen (!!) des

Januar-Alarms, den nicht wenige Krücker als Rufmord für das Revier (!) verteuft hatten“ („WAZ“, 27.2.), entschied sich Farthmann für einen „von Smogsorgen unbelasteten, ausgelassen-fröhlichen Rosenmontag“ (ebenda).

Den Vogel schloß die Landesanstalt für Immissionsschutz in Essen ab, die des närrischen Treibens wegen ihre Dienststelle schloß und besorgten Anrufern durch eine Tonbandsumme verkündete: „Die Dienststelle ist nicht besetzt. Trotz erhöhter Schwefeldioxidwerte besteht z. Zt. keine Gefahr, daß der Smog-Alarm ausgerufen wird“ („WAZ“, 27.2.). Schuld ist nicht die luftverschmutzende Industrie, sondern das Wetter; gefährlich ist nicht der Smog, sondern Auslösung des Smog-Alarm! Schweinischer Zynismus — aber kapitalistische Logik.

Anti-AKW-Kommission NRW

Giftmüll-Kurzmeldungen

Frankfurt. Anfang Februar flossen aus dem Tanksystem des Frankfurter Flughafens 200 000 Liter Flugzeug-Treibstoff Kerosin aus und versickerten im Erdreich. Die Wasserbehörde „geht davon aus“, daß das Kerosin das Grundwasser verseucht hat und „bezügl. des bisherigen Schadens auf mehrere Millionen Mark“ (nach „FR“, 23.2.79). Bis zu einer Tiefe von sechs Metern wurde seitherzeit das Erdreich abgetragen und wegtransportiert, um die Verseuchungsgefahr wenigstens ansatzweise in den Griff zu bekommen (s. AK 148, S. 13).

Fachleute schätzen, daß 90 000 Liter Kerosin durch Abpumpen aufgefangen werden könnten, während 110 000 Liter ins Erdreich eingesickert sind“ (ebenda). Nur, wie man der Grundwasserverschmutzung Herr werden kann, darüber streiten sich die Gelehrten noch, da die Grundwasserströme in keiner Weise erforscht sind und bis das der Fall ist, wird wohl weiter verseuchtes Wasser getrunken werden müssen?!

Die jetzt „ermittelte“ Ursache des Unglücks: Ausnahmeweise mal nicht „menschliches Versagen“, sondern technische Mängel verursachten die Grundwasserverschmutzung. Die Kriminalpolizei ermittelt weiter.

...

Die RWE plant, zwischen Neum und Köln auf einem freien Gelände ein Kraftwerk zu errichten. Obwohl unter dem geplanten Baugrund eine so genannte „Armenwolke“ lagert, bei der die Gefahr besteht, daß bei Erdarbeiten und durch Erwärmung des Grundwassers das vor einiger Zeit aus dem Grundwasser gebundene Arsen wieder frei wird und erhebliche gesundheitliche Schäden für die Bevölkerung auftreten.

Das dort befindliche Arsen stammt von einer Zinkhütte, der Stolberger Zink AG, die aus Mangel an genehmigten Deponien den anfallenden arsenhaltigen Kalkschlamm einfach auf eigenem Gelände abgelagert. Da sich das Arsen nicht mehr entfernen ließ, erluden die staatli-

chen „Umweltschützer“ den Trick, das Arsen chemisch zu binden, so daß es zumindest nicht im Grundwasser lagert. Aufgrund dieser Tatsache und aufgrund der zunehmenden Smog-Gefahr für dieses Gebiet plädiert selbst die SPD für ein Freihalten dieses Geländes. Und auch das Gewerbeaufsichtsamt steht dem Plan sehr ablehnend gegenüber, da infolge erheblicher Fluor-Abgaben durch aluminiumerzeugende Industrie keine besonders die Luft verpestende Industrie mehr angesiedelt werden sollte. Der entsprechende Bearbeiter des Amtes empfiehlt der RWE daher: „Die können dort doch ein Umspannwerk bauen. Das brummt zwar ganz schön, verunreinigt aber nicht die Luft!“ („Wirtschaftswoche“, Nr. 8, 19.2.79).

...

Giftmüllskandal in Spredlingen

Rheinland-Pfalz. 1967 begann die Firma Prael Giftmüll von Hoechst und später von Degussa und Merck in einer alten Tongrube zu deponieren, täglich über 600 Kubikmeter. Mittlerweile liegen dort etwa eine Million Kubikmeter unter einer provisorischen Abdeckung mit Erde und Bauschutt. Zyankali, Arsen, Phenol und auch Rückstände des Insektenvergiftungsmittels „Lindan“ bzw. mindestens 3800 Tonnen Hexachlorcyclohexan aus der Produktion von Merck lagern dort ebenfalls. Angeblich sollte die Tongrube völlig undurchlässig gegen das Grundwasser abgedichtet sein, doch war schon beim Betrieb einer Ziegelei in der Nähe der Tongrube aufgefallen, daß Abwässer und Rückstände spurlos verdrückten. Trotzdem schrieb ein Prof. Klotter ein Gutachten, das die Wasserdurchlässigkeit der Tonschicht „bewies“. Doch läßt sich anhand von geologischen Karten nachweisen, daß durch die Giftmülldeponie eine Kiesader verläuft, die das ehemalige Bett eines Baches darstellt, dessen Ader dort immer noch verläuft, tatsächlich über wasserdichtem

Ton, aber außerhalb dieser Tonschicht mit Kontakt zum Grundwasser. So ist auch zu erklären, wieso schon vor Jahren extrem hohe Zyanidwerte im Sickerwasser festzustellen waren. Schon zwei Jahre nach Beginn der Giftmülldeponierung ließ ein Bewohner von Spredlingen das Wasser eines Brunnens, 300 Meter von der Deponie entfernt, untersuchen, mit dem Resultat einer Verseuchung durch Chloride und Sulfate. Ein Jahr später kam schon im benachbarten Bahnhofshotel braune Brühe aus dem Wasserhahn. Als auch die Anwohner beschwerten, ließ das Wasserwirtschaftsamt lapidar verlauten, daß man ja auch nie eine Erlaubnis zur Grundwasserentnahme gegeben habe!

Schon 1967 hatte sich die Firma Prael mit einer noch unverschämteren Erklärung in die Diskussion um die Giftmülldeponie eingeschaltet: „Gegen das bewusste Hochspielen des Wortes 'Giftstoffe' müssen wir uns energisch wehren. Wir alle leben in einer Welt voller Gifte und Giftstoffe. Auch normales Hausraton enthält Giftstoffe. Wer wird z. B. einen Lebensmittelhändler, der verdorbene Lebensmittel wegwirft, als Gifthändler bezeichnen?“ Doch handelt es sich hierbei nicht um verdorbene Lebensmittel, sondern um das hochgiftige HCH, mit dem Merck gerade in Hessen ein zweites Seveso gewollt hat, und zudem ist mittlerweile erwiesen, daß alle Gifte ungehindert abfließen und weite Bereiche zur Trinkwassergewinnung verseuchen können. So war vor einigen Jahren in Bad Kreuznach ungewöhnlich viel Phenol im Trinkwasser, und keiner wußte, woher.

Offenbar begi hier das Rätsels-Lösung. Doch die Behörden sehen das natürlich alles (noch) ganz anders. Erstens gibt es keinen Giftmüllskandal in Rheinland-Pfalz und zweitens ist Spredlingen nach wie vor die „schönste“ Deponie für giftigen Industriemüll.

Lange werden so solche Armeen machen nicht mehr erzählen können (nach UZ, 33.2. und DVZ, 22.2.79).

Prozeß-Kurzmeldungen

Getreu der Forderung von Staatsanwalt Borchers im Prozeß gegen Andreas („Dieser Mann soll in Gorielen nicht dabei sein“) trafen pünktlich zum Bohrbeginn in Gorielen die ersten Ladungen zum Strafantritt für verurteilte Grohnde-Demonstranten ein. Obwohl die Staatsanwaltschaft wußte, daß Andreas z. Zt. im Examen steckt und daß Christian im Frühjahr seine Abschlußprüfung als technischer Zeichner macht, wollte Andreas bis zum 23.2. seine 12-monatige Strafe in Langen und Christian bis zum 2.3. seine 11-monatige Strafe in Vechta antreten.

Beiden mußte allerdings auf ihren Widerspruch im Strafaufschub bis Juni bzw. Juli gewährt werden. Für Eso kann der Ernstfall dagegen sehr schnell eintreten, da auch seine Verurteilung zu 12 Monaten rechtskräftig ist. Eso würde es sehr gut finden, wenn ihn in diesem Fall möglichst viele AKW-Gegner in einem Autokorso zum Knaist begleiten würden.

...

Albrechts Drohungen, den NDR aufzulösen, trugen Früchte, am 8.2. hat sich Ernst Neuffer, Intendant des NDR, bei Albrecht offiziell für einen Beitrag der „Umschau am Abend“ zu den Grohnde-Prozessen entschuldigt. Albrecht hatte diesen Beitrag, als „einseitig und sachlich falsch beanstandet“ („HAZ“, 9.2.).

Der Beitrag, der eine Bilanz der Grohnde-Prozesse zog, hatte die Prozesse als „unglaublich“ kritisiert. „Der konkrete, absolut stichhaltige Nachweis einer strafbaren Handlung scheint mir in keinem Fall

gelingen zu sein.“ Kritisiert wurde insbesondere die Weigerung der Richter, auf die Atomproblematik einzugehen. „Der jeweilige Angeklagte wurde und wird nicht als politischer Mensch ernstgenommen, sondern von vornherein verurteilt, verurteilt zu einem, der — beispielsweise — einen Polizisten mit einem Knüttel geschlagen haben soll.“ Damit — so der Bericht — erwecken die Richter „den Anschein, als ob“ sie sich an Albrechts „Vorverurteilungsdevise orientiert haben“ (zitiert nach NDR Manuskript).

Schon zum zweiten Male verschoben wurde trotz Ankündigung in den Programmzeitschriften die Sendung des Panorama-Films zur Schadensersatzklage gegen Grohnde Demonstranten, der auch Interviews mit Betroffenen enthält.

AKW-Nachrichten

Radioaktive Abfälle auf Abenteuerspielplatz

Auf dem Gelände eines Altkaren händlers in Fülde, das gleichzeitig als Abenteuerspielplatz dient, fanden Kinder radioaktive Leuchtplankeiten aus amerikanischen Armeebeständen, insgesamt lagerten dort acht Kästen mit jeweils 200 Plaketten, die im 2. Weltkrieg als Rücklichter benutzt worden waren und in zwischen als zu gefährlich aussergipert wurden, da sie Radium 226

enthalten. Die Sache flog auf, als zwei Kinder die Plaketten mit in die Schule brachten. Zwar wurde das Gebiet dann abgesperrt, die Kleidung der Kinder auf eine Spezialmülldeponie gebracht, aber gleichzeitig von den zuständigen Ärzten erklärt, daß keinerlei gesundheitliche Gefahren für die Kinder beständen — man kennt das schon.

...

In Grohnde wird wieder gebaut!

Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg genehmigte mit einem „vorläufigen Entscheid“ den sofortigen Weiterbau des AKW-Grohnde. Zwei Firmen, die besonders taubere Umweltbedingungen benötigen, hatten gegen den Bau geklagt.

Laut Gericht sei den Betreibern aber der Verschleiß durch Witterungseinflüsse nicht zuzumuten, außerdem belaste der Bau nicht die Umwelt, aber auch ein laufendes AKW belaste „weit unterhalb der Gefahrgrenze“ seine Umwelt („FAZ“, 26.2.79). Ein endgültiges Urteil wird aufgrund weiterer Gutachten resprochen werden.

...

Aktionsvorbereitungen gegen den Pannereaktor Brunsbüttel

Immer breiter wird die Initiative von der Liste Demokratie und Umwelt schütz (LDU) für eine Demonstration gegen den Störfälle-Reaktor Brunsbüttel. Bereits 25 Bürgenmit-

teilen, einige Frauengruppen, Schullehrerinnen, außer der „Grüne Liste“ Schleswig-Holstein, sämtliche kommunalen Grünen Listen, Günther Waltraf, Knut Kriesewetter und Willy Piecyk (vom Jusos-Bundesvorstand) rufen, mitten im Wahlkampf, für den 21.4. um 14.00 Uhr zu einer Demonstration in Brunsbüttel auf. (Der ursprüngliche Termin des 31.3. wurde verschoben, da man dort mit zum Treck nach Hannover mobilisieren will). In Vorbereitung dieser Aktion wurden bereits mehrere tausend Unterschriften gegen das AKW gesammelt. In einer ganzen Reihe von Städten sollen Veranstaltungen zu dem Thema — aber auch zur geplanten WAA in Gorielen stattfinden. Eine Broschüre steht ebenfalls zur Verfügung.

Niederlande: Nationale Demo gegen Probebohrungen

Am 2.6. wollen niederländische AKW-Gegner im Norden Hollands gegen die geplanten Probebohrungen für ein Atommülllager protestieren. Die Regierung will mit den Probebohrungen „prüfen“, ob die dortigen Salzlagern für Atommülllager geeignet seien. Pläne für ein fertiges Lager sind schon vorhanden.

Alle politischen Parteien in der Region wenden sich gegen das Projekt.

Eine Volksbefragung im letzten Dezember erbrachte 60%, die sich gegen das Projekt aussprachen (Angaben nach WISE, 14.2.79).

Die Luft im Ruhrgebiet macht krank!



Jetzt ist es (endlich) offiziell: Die Umweltverschmutzung im Ruhrgebiet ist gesundheitsschädlich. „In Dortmund konnte sogar nach Stadtteilen nachgewiesen werden, daß gesundheitliche Schäden vom Grad der Luftverschmutzung direkt abhängen.“ Dies geht aus dem jetzt von der Landesregierung NRW vorgelegten „Luftreinhalteplan Ruhrgebiet Ost“ (betreffend den Raum um Dortmund, Castrop-Rauxel, Witten und Lünen) hervor.

Untersuchungen zu diesem Plan kamen zu haarsträubenden Ergebnissen:

So leiden in besonders „gefährdeten“ (d.h. in der Nähe der Stahlwerke gelegenen) Stadtteilen Dortmunds 15 % der untersuchten 61-63-Jährigen an Atemwegserkrankungen. Wohlgeachtet: unterwacht wird den ausdrücklich nur Nichtraucher, die nicht an Sikkose oder anderen berufsbedingten Atemwegserkrankungen leiden! Ein anderes Beispiel: Im Raum Dortmund-Mitte wiesen 72 % der untersuchten Kinder Schwellungen der Mandeln auf (im Kleve am Niederrhein liegen die vergleichbaren Werte bei 39 %).

Insgesamt sollen im untersuchten Gebiet jährlich 780.000 Tonnen „verunreinigende Stoffe“ die Luft belasten, davon 500.000 Tonnen aus der Industrie (damit ist noch nichts über die relative Gefährlichkeit der einzelnen emittierten Stoffe ausgesagt).

Lätschreckend? Ja, aber: „Ein Vergleich ergibt, daß die Region Dortmund wesentlich geringer belastet ist, als das westliche Ruhrgebiet. Das westliche Ruhrgebiet, das ist der Raum Duisburg-Essen-Oberhausen,

in dem es im Januar für die Landesregierung unumgänglich geworden war, Smog-Alarm auszulösen (s. AK 146).

Natürlich wird gegen solche Zustände etwas getan. „Gesundheitsminister setzt auf die Freiwilligkeit“ der Industrie! (alle obigen Zitate und Angaben nach Westfälische Allgemeine Zeitung (WAZ), 14.2.79).

Gleichzeitig wird fleißig um neue Industrieannektungen im Ruhrgebiet geworben. „Das Ruhrgebiet hat noch Platz für die Annektierung von Firmen und Industriebetrieben jeder Art und Größe. Noch keine Industrieannektierung sei an fehlenden Grundstücken oder Investitionszuschüssen gescheitert.“ (NRW Wirtschaftsminister Riemer, lt. WAZ, 10.2.79). Bedeutet das etwa noch mehr Schmutz, noch mehr Krankheiten im Ruhrgebiet der Zukunft? Aber nicht doch. „Unternehmen, die wegen ihrer engen Nachbarschaft zur Bevölkerung im Ballungsraum Ruhrgebiet besondere Auflagen für den Umweltschutz erfüllen, sollen die anderswo nicht üblichen Kosten vom Staat ersetzt bekommen. Das ist einer der Punkte, mit denen die beiden SPD-Bezirke Niederrhein und westliche Westfalen ... die Industrieannektierung im Revier attraktiver machen wollen“ (WAZ, 15.2.79).

Nochmal konkret: Nicht nur bezahlen wir die ungeheuren Profite der Industrie im Ruhrgebiet mit unserer Gesundheit, jetzt sollen wir auch noch mit unseren Steuern dafür bezahlen, wenn es nicht viel schlimmer werden soll. Zynischer kann man Umweltverschmutzung und Arbeitsplätze wohl nicht mehr in Verbindung bringen? Man kann: Wie sagte doch Benno Weimann, Vorstandsvorsitzender der Gelsenwasser AG, zur Belastung der Flüsse durch Industrie Abwässer: „Der Stahlstreik hat dem Rhein sicher gut getan“ (WAZ, 31.1.79) – das muß man zweimal lesen!

Anti-AKW Kommission NRW



„Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke?“

In dieser Broschüre werden die politischen Hintergründe und Absichten des Atomprogrammes untersucht. Autarkie und das Ziel zur Atomkraft zu avancieren, Export von Atomanlagen und Atomare Zusammenarbeit sind die Grundlage für das „Bombengeschäft“.

Zur politischen Bedeutung des Atomprogrammes gibt es keine vergleichsweise gründliche und umfassende Arbeit.

48 Seiten A4

DM 2,-



Brokdorf – ein Exempel

Wer der Meinung ist, daß die brutalen Polizeieingriffe auf die Demonstranten in Brokdorf, Grohnde und anderswo nur das Produkt einzelner, besonders verhetzter Spezialeinheiten oder Polizeioffiziere war, wird durch die Veröffentlichung der internen Dienstanweisungen mit dieser Broschüre eines besseren belehrt. Diese Broschüre ist nicht nur für alle AKW-Gegner wichtig, sondern für alle, die die Rechtsentwicklung in der BRD mit Sorge betrachten.

87 Seiten A4

DM 3,50



Kalkar am 24.9.

Kalkar am 24.9.77

In Kalkar hat der Atomstaat seine Macht demonstriert. Trotzdem fand die bisher größte Anti-AKW Demonstration mit mehr als 50.000 Teilnehmern aus dem In- und Ausland statt. Neben dem Textteil ist in der Broschüre eine 34-seitige Bildokumentation enthalten, in der die bisher größte bundesrepublikanische Polizeiaktion eindrucksvoll belegt ist.

64 Seiten A4

DM 3,50

Schweiz: Atomschutzinitiative knapp abgelehnt

Die „Atomschutzinitiative“, eine von der Anti-AKW Bewegung durchgesetzte Volksabstimmung gegen den Ausbau des schweizerischen Atomprogramms, ist am 18. Februar knapp gescheitert. Mit einer hauchdünnen Mehrheit von 51,2 % der Stimmen konnten die AKW-Betreiber und die bürgerlichen Parteien mit Rückenwind durch die Berner Bundesregierung diesen Abstimmungskampf für sich entscheiden, in dem diese mit hohem finanziellen Aufwand alle Propaganda- und Werberegister gezogen hatten. Die Atommanager gingen dabei so weit, mit „freundlichen Briefen“ und massivem Druck Einfluß auf Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen zu nehmen (POCH-Zeitung, 22.2.79). Um so beachtlicher ist das Ergebnis für die Anti-AKW-Bewegung, die ihre beschränkten finanziellen Möglichkeiten durch die Mobilisierung der eigenen Kräfte so weit weitmachen konnte, daß immerhin fast die Hälfte der Stimmen für die Atomschutzinitiative abgegeben wurden und damit gegen das staatliche Atomprogramm.

Sowohl von der AKW-Befürworter-Seite als auch von Teilen der Unterstützer der Atomschutzinitiative (genaue Bezeichnung: „Volksinitiative zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen“) wurde die Abstimmung als Volksentscheid über das schweizerische Atomprogramm begriffen. Im Unterschied zur Volksabstimmung 1978 in Österreich, wo mit der Ablehnung des betriebsfertigen AKW Zwentendorf eine klare

Absage an alle weiteren Atompläne erteilt wurde, zielt die schweizerische Atomschutzinitiative allerdings nicht auf eine generelle Ablehnung von Atomanlagen, sondern auf eine Verschiebung der Bedingungen für die Genehmigung von Atomanlagen.

Die Initiatoren der Initiative, die im Kampf gegen das AKW Kaiser augeht trotz massenhaften und vehementen Widerstands der betroffenen Bevölkerung auf juristischer Ebene keine endgültige Ablehnung der Baubewilligung durchsetzen konnten, da die Meinung der Betroffenen hierfür keine Rolle spielt, sondern lediglich die der Bundesbehörden, wollten eine Verfassungsänderung durchsetzen, die hauptsächlich folgendes beinhaltet sollte:

Voraussetzung für die Bewilligung geplanter Atomanlagen ist die Zustimmung der Stimmberechtigten in der Standortgemeinde, der angrenzenden Gemeinden sowie des Kantons, die von einem 30 km-Umkreis berührt werden.

– bei der Bewilligung von Atomanlagen ist der Sicherheit von Mensch und Umwelt absoluter Vorrang vor anderen Interessen zu geben.

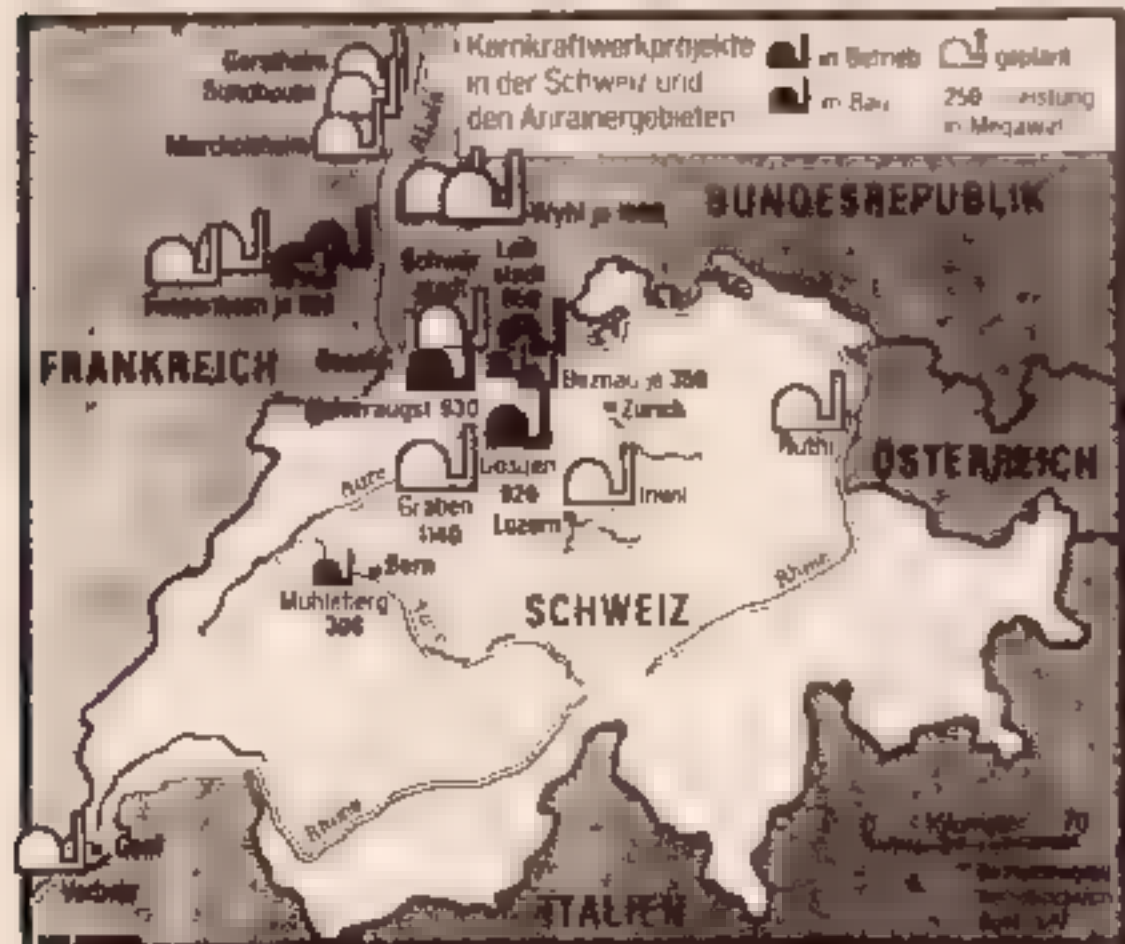
– die Betreiber von Atomanlagen haften in unbegrenzter Höhe für Schäden und mögliche Unfallfolgen.

Ein Abstimmungserfolg der Atomschutzinitiative hätte aber trotzdem (tatsächlich das Ende für das hochbegangene Atomprogramm (bis 1980: 5 AKWs im Betrieb, 3 weitere in Planung) bedeutet, wie schon aus den kantonalen Ergebnissen hervorgeht (in Basel herum, wo die größte

europäische Konzentration von Atomanlagen geplant ist (auf schweizerischem, bündnerdeutschem und französischem Boden) und in Genf, in dessen unmittelbarer Nähe eben falls gebaut werden soll und das außerdem in „Reichweite“ von Malville liegt, gäbe es für AKW-Betreiber keine Chance, könnte die Bevölkerung selbst entscheiden. In der Stadt Genf wurde die Initiative mit Zweidrittelmehrheit (!) angenommen, im Kanton Basel-Stadt mit 69 %, im Basel-Land mit 61,9 % („NZZ“, 20.2.79). Angesichts dieser klaren Willensäußerung gab Energieminister Ritschard direkt nach der Veröffentlichung der Ergebnisse zu verstehen, man „könne nicht ausschließen, daß die regionalen Abstimmungsergebnisse Auswirkungen auf die Kernkraftwerkpläne ... haben könnten“ („Baz“, 18.2.79), wobei er auf Kaiserstuhl bei Basel und Verbot bei Genf Bezug nahm – mit anderen Worten: „man“ wird es sich dreimal überlegen, offen gegen eine so große Mehrheit der Bevölkerung vorzugehen.

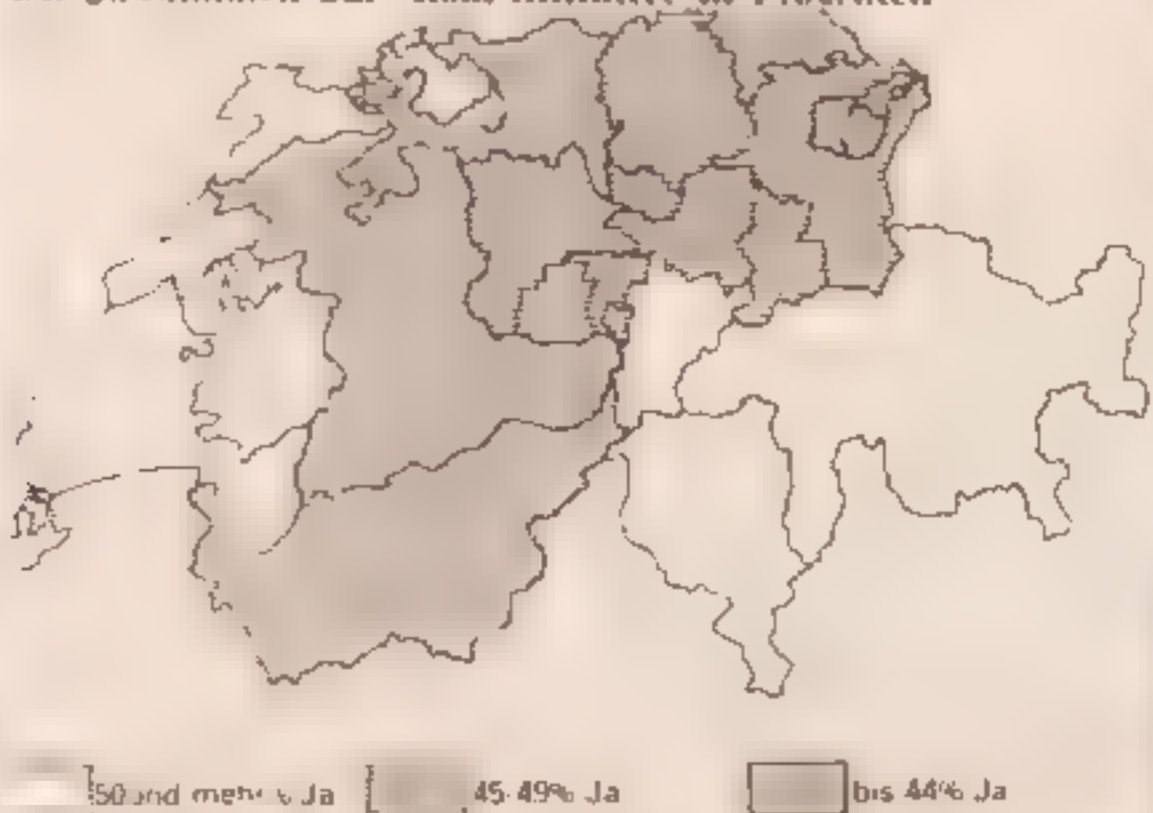
Besonders hervorzuheben ist auch das Ergebnis im neuen Kanton Jura, der erstmals als eigenständiger Kanton eine Volksabstimmung durchführte (65,8 % Ja-Stimmen) und das Ergebnis im Kanton Neuchâtel (64,5 % Ja). Im Tessin, der nicht gerade zu den fortschrittlichsten Kantonen bei Volksabstimmungen gehört, wurde die Initiative ebenfalls klar angenommen, was die NZZ auf dort durchgeführte Probebohrungen für eine Atommülldeponie zurückführt („NZZ“, 20.2.79).

Schweiz-Kommission



Das „schweizerisch-deutsch-französische“ Atomprogramm. Gigantische Konzentration von AKWs im Dreiländereck rund um Basel

Die Ja-Stimmen zur Atom-Initiative in Prozenten





Kurzmeldungen

Kurzmeldungen

Kurzmeldungen

Westberlin

Über 50 Antifaschisten säuberten am 4. Februar die „Mauer“ von Nazi-Schmierereien. Sie übermalten die NS-Parolen und Hakenkreuze mit Parolen wie „Tod dem Faschismus“. Als Polizei auftauchte, versuchten die Antifaschisten sich zurückzuziehen. Dabei griffen sich die Polizei-Einheiten im Schlagstockeinsatz heraus. Eine Gruppe von 12 Personen wurde in einer Seitenstraße von der Polizei umstellt. Die Personales wurden aufgenommen und 5 von ihnen festgenommen. Insgesamt gab es 10 Festnahmen, die Antifaschisten wurden erst 3 Stunden später wieder freigelassen.

Während die Faschisten immer wieder völlig ungehindert ihre merkwürdigen Hetzparolen an die Mauer (und nicht nur dort) schmierern können, wo sie dann weithin sichtbar von den Behörden monatelang hingelassen werden, werden Antifaschisten, die sich dagegen wehren, von der Polizei zusammengeschlagen und festgenommen.

Münster

Einen offenen Brief haben Redakteure von 4 Münsteraner Schülerzeitungen veröffentlicht. Die 4 Schülerzeitungen „Klarenlage“, „Krampl“, „Inteam“ und „Tum“ fordern auf diesem Weg eine öffentliche Auseinandersetzung über das Auftreten der IN in Münster und an anderen Orten, wo die IN-Zeitung „Pfeil“ vertrieben wird.

Der „Pfeil“ verbreitet offene Nazi-Propaganda. Im Umkreis des „Pfeil“ organisieren sich heute in Nordrhein, Westfalen und Teilen Niedersachsens die militantesten IN-Schläger. Redakteur des „Pfeil“ ist u.a. Michael Bolle, IN-Bundesvorstandsmitglied und Mitglied der Haring-Bande.

In dem „Offenen Brief“ fordern die 4 Schülerzeitungen u.a. dazu auf, den antifaschistischen Unterricht auch auf aktuelle Nazi-Umtriebe auszuweiten.

Eine nachahmenswerte Initiative!

Bremen

Etwa 400 Menschen besuchten am 21.2.78 eine Podiumsdiskussion in Bremen unter dem Motto „Holocaust – was dann?“ Interessant war die Zusammensetzung des Podiums: Rabbinder Berger, Pastor Benckert, Leiter des Amtes für Öffentlichkeitsarbeit der Bremischen Evangelischen Kirche, der Präsident der Bremer Landesbank, Kurt Nemitz, der wegen seiner konsequent antifaschistischen Äußerungen zum Publikumsheld avancierte. Mit von der Partie waren ebenfalls der neue Chefredakteur von Radio Bremen, Peter Wien, und Oberschulrat Ewenhauser, der sich von anwesenden Eltern heftige Vorwürfe gefallen lassen mußte. Die hartnäckige Nichtbehandlung des Faschismus und seiner Ursachen in den Schulen sei der Grund dafür, daß Jugendliche der Gefahr ausgesetzt sind, den Demagogen auf den Leim zu gehen.

Antifa-Kommission Bremen

Stellungnahmen zur Verjährung

Gegen die Stimmen bzw. Stimmhaltungen von unwesentlichen CDUern stimmte die parlamentarische Versammlung des Europarats in Straßburg für die Aufhebung der Verjährung für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Diese Abstimmung kam zustande aufgrund einer Empfehlung von Pieter Stoffelen, sozialdemokratisches Mitglied des niederländischen Parlaments, er schlug vor, daß mehr Länder als bisher nur Frankreich die europäische Konvention von 1974 unterzeichnen sollten, weil dadurch die weitere Verfolgung von NS-Verbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ermöglicht wird.

Diese Entscheidung hat nur Empfehlungscharakter.

wie einfache Mordtaten, so wäre das natürlich ein zusätzlicher Erfolg für die Faschisten, Reaktionäre und Konservativen.“

Außerdem fordert Prof. Flechtheim, daß die UNO-Konvention vom 26.11.68, die eine Unverjährbarkeit von NS-Verbrechen beinhaltet, von der BRD „sofort“ ratifiziert werden sollte. Außerdem „könnte man fordern, daß alle nationalsozialistischen Verbrechen schonungslos aufgedeckt und laufend publiziert werden. Auch die Namen der schlimmsten Täter müßten bekanntgegeben werden, gerade auch dann, wenn es sich um hochgestellte Persönlichkeiten handelt. Die entsprechenden Archive wie das Berlin Document Center oder das Archiv der Gestapo in Düsseldorf müßten geöffnet werden.“

Klaus Thüsing (SPD-MdB) warnt vor dem Wehner-Plan (generelle Nicht-Verjährung von Mord). „Die Diskussion über die Mordverjährung und die Gleichsetzung der NS-Verbrechen mit einem simplen Mord aus Eifersucht dient dazu, die Untaten der Nazis zu verharmlosen. Neben der Gefahr von Rechts besteht auch die Gefahr, daß durch den Vorschlag Wehners, die Mordverjährung generell aufzuheben, der politische Charakter der NS-Verbrechen aus der Diskussion verdrängt wird.“

Im Westberliner „Langen Marsch“ (Nr. 40/41) erschienen zwei Stellungnahmen zur Frage der Verjährung von NS-Verbrechen.

Prof. Ossip K. Flechtheim äußerte sich kritisch zum sog. „Wehner-Plan“, der eine generelle Nicht-Verjährung von Mord vorsieht. Flechtheim warnt: „Man tut so, als ob es nur um die Alternative zwischen der Anwendung der Verjährungsvorschriften auf alle Straftaten ginge und der Aufhebung der Verjährung für jede Mordtat. Dabei wird unterstellt, daß es keinen Unterschied gäbe zwischen der Mordtat eines Einzelnen ... und den jahrelangen, organisierten Mordtaten an Hunderttausenden und Millionen Juden, Zigeunern, Polen, Russen, Kommunisten usw.“ In „Wirksamkeit wird hinterhältig die Verfolgung und Bestrafung einfacher Mörder systematisch betrieben, wogegen die nationalsozialistischen Massenmörder mit Samthandschuhen angefaßt werden.“ Flechtheim kommt zu dem Schluß: „Sollten die nationalsozialistischen Verbrechen jemals ehedem verjähren.“

Über 40 westdeutsche Schriftsteller und Schriftstellerinnen haben sich in individuellen Stellungnahmen gegen eine Verjährung von NS-Verbrechen ausgesprochen.

Ihre Erklärung sowie Auszüge aus der UNO-Konvention und der Europäischen Konvention gegen die Unverjährbarkeit von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen erhält man/frau bei PDf, Muzatz 3, 8 München 2.

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit dürfen nicht verjähren. Das forderte am 20.1.79 in Luxemburg eine Tagung der Internationalen Initiative des Widerstandes, der Deportierten und Opfer des Nazismus für ein Europa ohne Faschismus.

Sie beriet über die Vorbereitung einer internationalen Kundgebung, die am 21. April in Straßburg stattfinden soll. Die Tagung forderte, daß Regierung und Parlament der BRD eine Verjährung von Kriegsverbrechen verhindern sollen.

Ein niederländischer Sozialdemokrat gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen

Der sozialdemokratische niederländische Abgeordnete Pieter Stoffelen brachte im Europarat eine Initiative gegen die Verjährung von NS-Verbrechen in der BRD ein.

Die niederländische „Nieuwe revu“ (123.2.79) fragte Pieter Stoffelen nach seinen Gründen für diese Initiative. Pieter Stoffelen: „Es darf für mein Empfinden nicht geschehen, daß Verbrechen gegen die Menschlichkeit ungestraft bleiben. Das ist die Kernfrage. Es geht nicht nur um die Verbrechen im Nazi-Deutschland. Diese Art Verbrechen geschehen zu allen Zeiten und an allen Orten. So die Amerikaner in Vietnam, der Völkermord in Kambodscha, die Niederländer in Indonesien (ehemalige niederländische Kolonie - Arafat, AKI). Das ist meine wirkliche Motivation gewesen.“

Derum habe ich versucht, alle Argumente der neun Länder, die sich für die Verjährung ausgesprochen, mit Fakten zu entkräften. Der erste Grund, weshalb viele Staaten eine Verjährung kennen, ist ein praktischer. Man kann doch nicht immer dem Verbrechen nachgehen, nach dreißig Jahren müssen die Kriegsverbrecher aus dem Feindregister heraus, so wird es begründet. Aber das ist Unsinn. Diese Länder müssen es sich selbst eher übernehmen, daß sie in den letzten dreißig Jahren zu wenig getan haben, um die Kriegsverbrecher aufzuspüren.“

Wenn die Verjährung durchgeht, bedeutet das zugleich auch eine Entmutigung für die Neofaschisten. Allein schon die bloße Tatsache, daß ein Haufen Nazi-Verbrecher nach Westdeutschland zurück kehren könnte, der Faschismus bleibt eine permanente Bedrohung in Westeuropa. Die National Front in England, die MSI in Italien, die Neo-Nazis in Deutschland.“

Die Forderungen, die er vor dem Europarat erhob, dürfen „nicht“ Papier bleiben. Eine der Schlussfolgerungen ist, daß in den europäischen Ländern ein guter Austausch von Informationen geschaffen werden muß. Zweitens, daß bürokratische Maßnahmen bei Kontakten zwischen den Ländern bei der Fahndung auf ein Minimum beschränkt werden.

Für eine Handvoll RAF-Terroristen ist es möglich, aber die Fahndung nach den 3.000 bis 10.000 Nazimördern wird durch die Bürokratie behindert ...“

Für ein ehrliches und klares Nein zur Verjährung von Nazi-Verbrechen!

Jedermann ist eingeladen, dafür Sorge zu tragen, daß die Bundesrepublik nicht durch einen solchen und einem wiedergutzumachenden Fehler bestraft wird.

Nazi-Vergangenheit verjährt so lange nicht, wie die unsere Zukunft bedroht!

Mit der Nazi-Vergangenheit kann es keinen Frieden, auch keinen „Rechtsfrieden“ geben. Es ist nicht nur eine unüberbrückbare Kluft, daß jemand der Juden im Anhalter nachweislich folterte und wagenweise in die Gaschamern drückte, nach Ablauf einer Verjährungsfrist ohne Furcht vor einer Strafe aufstehen kann, während die Leiden der überlebenden Opfer schmerzhaft bleiben. Sondern allein der Gedanke, daß diese Untaten heute von Rechts wegen als stillschweigend beseitigt, daß also, was auf eine Wiedervergütung solcher Verbrechen hinauslaufen kann, als nicht mehr so ernstlich erscheinen und bedroht somit unsere und unserer Kinder Zukunft. Zumal es nicht wenige sind, die sich weder offen zur Nazi-Ideologie bekennen und die Nazi-Verbrechen entschuldigen oder gar rechtfertigen.

Mord ist nicht gleich Mord

Aus den gleichen Gründen, die gegen eine Verjährung von Nazi- und Kriegsverbrechen sprechen, wäre es aber keine Lösung, sondern ein folgenschwerer Fehler, die Aufhebung der Verjährung für jedweden Mord zu verfügen. Denn es spricht die Gerechtigkeit dafür, wenn die Verjährung von Nazi-Verbrechen nur dann möglich sein soll, wenn zugleich anderen Menschen ein Recht genommen wird. Menschen, die sich zwar eines so schweren Verbrechens wie des Mordes schuldig gemacht haben, aber nichts für die Verbrechen des Nazi-Regimes können. Es ist eine erschreckende Preisgabe von Anschauungen für die alten Vorurteile der Arbeiterbewegung gestanden hat, wenn ausgerechnet ein sozialdemokratischer Justizminister für eine Nichtverjährung jedweden Mordes eintritt, daß solche Menschen niemals nicht „reaktionär“ seien. Denn das heißt die Gesellschaft, die gesellschaftlichen Verhältnisse von vornherein als zurechtgebilligt, die Verantwortung für die Taten wie sie in der Bundesrepublik blutend gemacht. Aber nicht nur das. Sondern die Gleichstellung mit solchen Taten in Form der Nichtverjährung jedweden Mordes bedeutet eine ungeheure Verharmlosung der Nazi-Verbrechen. Denn dieses Folter- und millionenfache Morden war Teil eines staatlich organisierten Verbrechens, geschah gegen Bezahlung und im Namen einer Ideologie, die die Ausrottung von Teilen des eigenen Volkes und anderer Völker für Rechtens erklärte. Damit sich dies nie wiederholt, deswegen kann und darf es hierfür keine Verjährung geben!

Es gibt eine saubere, einfache Lösung!

Niemand wird behaupten dürfen, daß sich eine Verjährung der Nazi-Verbrechen nur mit Hilfe der Nichtverjährung von Mord verhindern ließe. Niemand wird sich damit herausreden können, daß eine Unterscheidung zwischen Nazi-Verbrechen und anderen Verbrechen zu schwierig sei. Vielmehr existiert seit über zehn Jahren die UNO-Konvention über die Nichtanwendung von Verjährungsbestimmungen auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Danach finden die innerstaatlichen Verjährungsbestimmungen der Teilnehmenden Staaten keine Anwendung auf Kriegsverbrechen und auch in Zeiten der Friedens begangene Verbrechen, wie alle im Statut des Nürnberger Internationalen Gerichtshofs vom 8.8.1945 definiert und durch die Resolutionen 12.2. und 11.12.1946 der UNO-Vollversammlung bestätigt wurden, auch wenn diese Verbrechen keine Verletzung des internationalen Rechts des Landes darstellen, in dem sie begangen wurden. Dabei wird in der Präambel dieser Konvention die UNO-Vollversammlung regebeten, Konventionen von der Überzeugung ausgehen, daß die wirksame Bestrafung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein wichtiger Faktor bei der Verhinderung solcher Verbrechen, zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten, bei der Unterstützung des Friedens, bei der Förderung der Zusammenarbeit unter den Völkern und bei der Förderung des Weltfriedens ist.

Weiterhin wird festgelegt, daß die Anwendung innerstaatlicher Verjährungsbestimmungen für Verbrechen der oben genannten Art auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit für die Weltöffentlichkeit eine Angelegenheit von allgemeiner Bedeutung ist. Es ist somit schon ein politischer Skandal, daß ein Mitglied der UNO-Mitglied Bundesrepublik Deutschland seine Bürgern und anderen internationale Verträge, die sie mit anderen Staaten geschlossen hat, den Verbrechen des Nazi-Regimes haben, diese Verträge nicht befolgen. Es ist somit schon ein politischer Skandal, daß ein Mitglied der UNO-Mitglied Bundesrepublik Deutschland seine Bürgern und anderen internationale Verträge, die sie mit anderen Staaten geschlossen hat, den Verbrechen des Nazi-Regimes haben, diese Verträge nicht befolgen. Es ist somit schon ein politischer Skandal, daß ein Mitglied der UNO-Mitglied Bundesrepublik Deutschland seine Bürgern und anderen internationale Verträge, die sie mit anderen Staaten geschlossen hat, den Verbrechen des Nazi-Regimes haben, diese Verträge nicht befolgen.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth,
Wolfgang Aden,
Dr. Gunter Anders,
Edmund Bäumer,
Bernt Engelmann,
Anna Maria Fausch,
Prof. Dr. Walter Fabian,
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim,
Eberhard Frank,
Peter Gahndt,
Ulrich Gmur,
Karl Goldstein,
Herndt Hebel,
Prof. Dr. Hans Herrmann,
Dr. Karsten Kohn,
Prof. Dr. Reinhard Kuhn.

Emi Meier,
Fridrich Minkow,
Prof. Dr. Gustav Obermaier,
Prof. Dr. Norman Paech,
Prof. Dr. v. Rüdin,
Prof. Dr. Peter Römer,
G. Josef Rosenthal,
Jürgen Roth,
Dr. Erika Runge,
Gudrun Sautz,
Ute Scholz,
Thomas Schmitt-Römer,
Prof. Dr. Gerhard Stuby,
Hans-Peter Thiele,
Hannes Weller,
Peter Weiß.

Sicher stellen die bisherigen Unterzeichner nur einen kleinen Bruchteil dar, der die mit der oben erklärten Forderung. Senden Sie dem in Ihrer Unterschrift und der Sie Stellungnahme an die Schlichter. Bitte die Veröffentlichung dieser Erklärung zu finanzieren. Postfach 10000 Nürnberg 20 25-25 Ute Scholz, Kempten: Verjährung

Verantwortlich: Ute Scholz, Dörferstraße 11, 8400 Regenau.



Demonstration gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen

Die „Wiking Jugend“

Rekrutierungsfeld der Nazi-Banden

Wir haben in der Vergangenheit ausführlich über die kriminellen Umtriebe neonazistischer Banden berichtet. Nahezu alle uns bekannten Aktivisten dieser Szene entstammen den legalen rechtsextremistischen Jugendorganisationen.

Unter diesen Jugendverbänden nimmt die „Wiking-Jugend“ eine hervorragende Rolle ein. Ihr Name taucht immer häufiger im Zusammenhang mit den neonazistischen Banden auf, wie etwa der Hamburger „Hansa“-Bande.

Kleine Geschichte der „Wiking Jugend“

Anfang der 50er Jahre wurde der Lizenzierungswang für Gruppengründungen, der von den Besatzungsmächten geschaffen worden war, aufgehoben. Zur gleichen Zeit kehrten viele der ehemaligen HJ-Führer aus der Haft zurück. So war es möglich, daß sich neue nationalsozialistische Jugendorganisationen formierten.

Unter ihnen auch die „Wiking-Jugend“, deren Mitbegründer unter anderem Raul Nahrath war, Vater des heutigen Vorsitzenden der WJ, Wolfgang Nahrath. Raul Nahrath war Funktionär der 1950 gegründeten und 1952 als Nachfolgeorganisation der NSDAP verbotenen Sozialistischen Reichspartei (CSRP), aus deren „Reichsjugend“ sowie aus der „Deutschen Uniterischen Jugend“ und dem „Vaterländischen Jugendbund“ 1952 die WJ hervorging.

Seit 1952 hat die WJ die verschiedensten Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Gruppen geknüpft. 1954, die WJ und der „Jugendbund Adler“ (JBA) gründeten die „Kameradschaft Nationaler Jugendverbände“ (KNJ), dem später u.a. auch

Bundes„Mädel“-Führung, Heiga Wittig (Lehrerin), Gauführer Hessen, Gerd Rothe, Gauführer Schleswig-Holstein, Uwe Rohwer, jetzt in Untersuchungshaft wegen bewaffneter Überfälle im Zusammenhang mit der „Hansa“-Bande, NPD-Funktionär bis kurz vor seiner Festnahme, Stellvertreter Rohwers in der WJ ist Manfred Börm, ebenfalls in Haft, verurteilt wegen illegalen Waffenbesitzes.

Gauführer Niedersachsen: Klaus Hoffmann, ehemaliger Berufssoldat, NPD-Funktionär, gegen ihn ist wegen versuchter Körperverletzung u.a. Strafanzeige gestellt.

Gauführer Schwaben: Helmut Dieterle (Lehrer), offizielle Kontaktadresse der „Wehrsportgruppe Hoffmann“.

Gauführer Westfalen: Hubert Jorden, die WJ Westfalen ist in letzter Zeit durch Aufmärsche, „Anti-Holocaust-Aktionen“ und paramilitärische Übungen im Grunewald mehr ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten.

Gauführer Franken: Wolfgang Kirchstein. Angeblich ist Kirchstein gleichzeitig Funktionär der „Unabhängigen Arbeiterpartei“ (UAP), die zu „nationalrevolutionären“ und „sozialistischen“ Gruppen tendiert (PDI Sonderheft 8).

Ideologie der WJ, Reinster Nazismus

Sie kennen keinen Abgrenzungsbescheid nach rechts - so brüstete sich die „Wiking-Jugend“. Tatsächlich gibt es wohl kaum einen legalen rechtsextremistischen Jugendverband, der sich so offen zur NS-Tradition bekennt, aus der er hervorgegangen ist.

So lautet die Grußformel der WJ: „Nordland Heil!“ gemeint ist damit eines „Nordland“-Himmlers, der alle

„23 Tage Volkstreuer Jugend“ vom 4. - 7. 6. 76 (Pfingsten) in Ansbach in der Eifel.

Dort trafen sich etwa 120 Jugendliche (später wuchs die Zahl auf bis zu 400 an). Jungen und Mädchen haben getrennte Lager. Die Jugendlichen sind ununiformiert, graublaue Hemden, kurze schwarze Hosen und Bundeswehrstiefel, die Mädchen in Kleid und Rock. Kinder hocken in Betonröhren oder Bodenmüden und üben „Handgranaten-Werfen“. Sie versuchen, „den feindlichen Graben zu stürmen“, „Pimpfe“ robbend unter Stacheldraht durch oder hängen sich an Seilen von Baum zu Baum. Später wird beim örtlichen Schützenverein Schießen geübt.

Abends wird ein Lagerfeuer angezündet, an dem sich vor allem die Jüngeren versammeln. Hitler-Lieder werden gesungen und Nazi-Sprüche wie „Laßt die Fahrtenmesser blitzen und die Sozschweine flitzen“ oder „Blut muß fließen knuppeldick, wir scheißen auf die Freiheit der Sowjetrepublik“ werden geröhrt.

So oder so ähnlich sehen alle Fahrten und Lager der WJ aus, auch wenn sie wohl nur selten derartiger Größenordnungen erreichen. Meist bewegt sich die Teilnehmerzahl der Lager zwischen 15 und 60 Personen, woraus sich schließen läßt, daß allein 1978 auf 14 Lagern 400 - 500 Jugendliche anwesend gewesen sein könnten.

Was auf diesen Lagern vor sich geht, versucht die „Wiking-Jugend“ vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Journalisten, die diese Umtriebe enttullen wollten, gerieten in lebensgefährliche Situationen.

So konnten sich Pfingsten 76 zwei Journalisten, die sich als Teilnehmer für ein Pfingstlager in Ansbach/Eifel angemeldet hatten, nur noch unter



Das Foto zeigt den Lagerleiter und „Gauführer“ Klaus Hoffmann, wie er einen „Sturm“-Mitarbeiter auf einem Lager der „Wiking-Jugend“ in der Hamburger Heide mit einem Hammer in der Hand verfolgt - er verhielt den Journalisten nur knapp.

ung nazistischer Terrorbanden. So ist 78 die „Hansa“-Bande weitgehend identisch mit einer Wehrsportgruppe, die unter Leitung Rohwers innerhalb der WJ aufgebaut wurde.

Zurückverfolgen läßt sich die Geschichte der Bande bis in den Sommer 76. Damals, sowohl auf dem Pfingst- wie auf dem Sommerlager 76 in Ansbach/Eifel, waren prominente Vertreter der „NSDAP“-Szene mit dabei: Roland Tabbert und Karlheinz Hoffmann. Beide leiteten dort paramilitärische Übungen gemeinsam mit Uwe Rohwer und Manfred Börm von der WJ Schleswig-Holstein. Gegen Börm wurde wegen des (berfalls auf die Fernsehjournalisten ermittelt, bei einer Hausdurchsuchung bei Börm wurde u.a. eine schokobereite Maschinenpistole gefunden.

Zwischen den beiden Lagern fand am 17. 6. 76 in Bonn ein Nazi-Aufmarsch unter Führung von Frey

zu-Jugendzeitung „Sieg“ ein Titelbild, das mehrere Mitglieder der Bande als Wehrsportgruppe Wiking 77 zeigte. Heute sind 5 Mitglieder dieser „Wehrsportgruppe“ in Untersuchungshaft, wegen bewaffneter Überfälle im Herbst 77/Frühjahr 78.

Diese „Wehrsportgruppe“ alias „Hansa“-Bande ist für das Treiben der „Wiking-Jugend“ nur der extremste Ausdruck. Es ist zu vermuten, daß auch andere Teile der „Wiking-Jugend“ (identisch sind mit Nazi-Banden, wie sie überall in der BRD entstanden sind. Zu erwähnen wären da vor allem die „Wiking-Jugend“ Westfalen, der „Gau Schwaben“ (mit Kontakt zur Hoffmann-Bande) oder auch der „Gau Niedersachsen“ unter Führung von NPD-Mitglied Klaus Hoffmann.

Die „Wiking-Jugend“ muß verboten werden!

Die „Wiking-Jugend“ muß verboten werden!

Die „Wiking-Jugend“ ist heute wohl die Organisation, die am stärksten mit der terroristischen Nazi-Szene verflochten ist und die die Aufbauarbeit für die Nazi-Banden leistet. Schon allein deshalb mußte sie sofort verboten werden.

Die Tatsachen sehen aber anders aus. Fast nirgendwo wird von offizieller Seite dieser Zusammenhang von „legaler“ pro-nazistischer „Jugendarbeit“ und krimineller Nazi-Untergrundarbeit gemacht. In keinem Prozeß gegen Nazi-Banden wird das Verflochtensein dieser Gruppen bisher beachtet.

Diese ganze Getuschel von Organisation muß dann von den Antifaschisten aufgedeckt werden, die organisierte Nazi-Arbeit im Jugendbereich muß enttüllt werden.

Mit ca. 400 Mitgliedern ist dabei die „Wiking-Jugend“ noch nicht einmal der größte Verband dieser Art. Zu nennen sind auch der „Bund Heimatstreuer Jugend“, der „Jungadler“, die „Blau-Adler-Jugend“ ebenso wie eine Vielzahl kleinerer, oft nur in ein oder zwei Orten verteilter Gruppierungen.

Wir bitten alle Leser, uns ihr Wissen über derartige Jugendverbände zur Verfügung zu stellen!

Eine ehemalige REBELlerin und Antifa-Kommission

Eine Nazi-Bande formiert sich

Planmäßig und systematisch führt die „Jugendarbeit“ der WJ zur Herausbildung

Neonazis vor Gericht

Wegen Teilnahme an einer verbotenen Veranstaltung fand in Hamburg am 23. 2. ein Prozeß gegen Christian Worch (derzeit Chef der „Hansa“-Bande, „ANS“), Friedhelm Putzmann und einen Hannoveraner Nazi namens Lupus statt.

Es ging um die erste öffentliche „ANS“-Veranstaltung am 26. 11. 77. Diese Veranstaltung war verboten worden, unter den Augen der Polizei allerdings marschierten die Nazis geschlossen zu einem neuen Versammlungsort.

Schon einen Tag nach der Veranstaltung kündigte Innenminister Staak „Ermittlungen“ an. Ergebnis: Strafbefehle im lächerlichen Höhe, Einstellungen von Verfahren. Nur die jetzt Angeklagten hatten gegen ihre Strafbefehle Widerspruch eingelegt.

Urteile: Putzmann 100 DM, Worch 150 DM und Lupus 200 DM. Billiger ging's wohl nicht?

anhausen) Parolen wie „Juda verreckt“ geschrien.

„Der relativ milde Urteil begründete das Gericht damit, daß die Toten der Angeklagten nicht schwerwiegend gewesen seien, denn der Teufel erscheint selten zweimal in der gleichen Gestalt.“ (nach „Westfälischen Nachrichten“ vom 19. 2. 79).

(Überfall begann dann in Koblenz der Prozeß Angeklagt wegen Sachbeschädigung, Körperverletzung und Verunglimpfung des Staates standen vor Gericht. Außer Hoffmann noch Roland Tabbert (Chef der heute nicht mehr auftretenden kriminellen „Europäischen Befreiungs-Front“ in Westfalen), Eberhard Hefendehl und Manfred Börm, Stellvertreter Gauführer der WJ in Schleswig-Holstein. (Inzwischen wird gegen Börm auch wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung ermittelt u.a. wegen Überfällen, Waffendiebstählen etc. zusammen mit der „Hansa“-Bande).

Das Gericht behauptete, „Mit Politik hat dieser Prozeß nichts zu tun“, die Angeklagten seien nur „zufällig“ auch Mitglieder der Wiking-Jugend.“ Nach wenigen Verhandlungstagen ließ es dann: Freispruch für Hoffmann und Hefendehl! Nach insgesamt 13 Tagen konnten schließlich auch Tabbert und Börm zufrieden sein. Tabbert erhielt vier Monate „auf Bewährung“, Börm sieben Monate „ebenfalls „auf Bewährung“ (Nach „Vorwärts“, 13. 2. 79).

Ein Essener Gericht verurteilte drei „NSDAP“-Schmierer zu 6, 8 und 12 Monaten Gefängnis mit Bewährung.“ Sie hatten in Dorsten (Kreis Reck-

Am 24. 7. 1976 versuchte ein NDR Fernseh-Team, Aufnahmen von einem „Wiking Jugend“-Lager (WJ) in der Eifel zu machen. Was damals geschah, erregte Aufsehen: auf die Journalisten und ihr Fahrzeug wurde ein regelrechter Überfall ausgeführt. Ein Baumstamm, knapp an den Reportern vorbeigeschleudert, zerschlug die Scheibe des Fahrzeugs, eine Kamera wurde beschädigt, ein Kameramann verletzt.

Die herbeigerufene Polizei stellte lediglich die Personalien des Lagerleiters - „Gauführer“ Klaus Hoffmann - fest, die weiteren Ermittlungen zogen sich bis März 1978 hin. Mehr als zwei Jahre nach dem

Aufbau der WJ

Die WJ arbeitet seit ihrer Gründung weitgehend konspirativ. Trotzdem läßt sich einiges über ihren Aufbau sagen.

Die Satzung der WJ unterscheidet zwischen „Fronteinheiten“ und „Stabsstellen“.

Zu den „Fronteinheiten“ zählen „Jungen“ und „Mädchenschaft“, „Gefährtenschaft“ und „Fähnlein“. Die „Stabsstellen“ sind gegliedert in „Horst“, „Gau“ und „Bund“. Die Jüngeren nennen sich „Pimpfe“ bzw. „Jungmädel“. Diese Gliederungen und Bezeichnungen fußen auf dem historischen Vorbild der „Hitler-Jugend“.

Uns sind folgende WJ-Funktionäre bekannt:

Bundesvorsitzender Wolfgang Nahrath, Fanfarenzugleiter Ulf Nahrath, Sohn von Wolfgang Nahrath, Bundesfahrtenführer Heiko Oetker, gleichzeitig Funktionär der NPD und Inhaber eines rechtsextremistischen Versandbuchhandels („Nordland“).

Aktivitäten der WJ

Umgesetzt werden diese Vorstellungen auf den Veranstaltungen der WJ. „Heimabend“, Fahrten und Lager gehören ebenso zum Programm wie die mythische Verklärung des Lagerfeuers, das Hintergrund für feierliche „Treuegelobnisse“, Gemeinschaftsschwörungen etc. ist. Sogenannte Weisungslehre, paramilitärische Ausdauerproben mit anschließender Verleihung der Nazirune „Wolfsangel“ dienen der Vorbereitung der großen und für die WJ wichtigsten Lager im Sommer, auf denen unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Verhetzung der Jugendlichen am intensivsten betrieben wird. Ein anschauliches Beispiel sind die

München: Anti-Holocaust-Aktion verhindert

Nach der Ausstrahlung von „Holocaust“ hat in München die NPD, gemeinsam mit einer „Aktion sauberer Bidscham“, eine „Anti-holocaust-Aktion“ gegründet.

Als erste Aktion, um der „mit dem Holocaust-Film verknüpften antideutschen Stimmungsmache offener entgegenzutreten“, (Süddeutsche Zeitung, 10.2.) kündigte dieser Verein eine Flugblattaktion vor dem Rathaus an. Im Zuge des von allen Parteien nach der Ausstrahlung von „Holocaust“ zur Schau gestellten Antifaschismus wollte sich selbst die CSU nicht lumpen lassen. Oberbürgermeister Kiesel verbot die geplante „Großaktion“ sowie auch Ersatzveranstaltungen, da gewalttätige Auseinandersetzungen befürchtet werden müßten.

Die NPD legte daraufhin Widerspruch ein und verschiebte ihre Aktion um eine Woche auf den 19.2.

Das von der NPD angerufene Verwaltungsgericht bestätigte zwar das Verbot, hob jedoch das gleichzeitig ausgesprochene Verbot von „Ersatzveranstaltungen“ auf. Die NPD kündigte daraufhin eine neue Aktion an.

Demokratische und antifaschistische Organisationen riefen zu einer

Gegenkundgebung in der Fußgängerzone auf. Aufgerufen hatten gemeinsam die „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes“ (VVN) und die „Lagergemeinschaft Dachau“, ein Zusammenschluß ehemaliger Häftlinge des KZ, zahlreiche weitere Organisationen riefen zur Teilnahme auf. u.a. IG Druck und Papier, Ortsvorstand der deutschen Journalisten-Union, GEW München, Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik Humanistische Union, die „Fakten“ und einige andere linke Organisationen. Ca. 1000 Antifaschisten nahmen an dieser Kundgebung teil – unter den Parolen „Der Feind steht rechts“ „Neonazis raus aus München!“, „Für die Aktionseinheit gegen Neonazis“ und „Für die Aufhebung der Verjährungsfrist für Verbrechen in der Hitlerzeit“.

In der Fußgängerzone kam es zu einigen, auch handgreiflichen Auseinandersetzungen mit den Faschisten, bei denen NPD-Flugblätter und ein Verteiler beschädigt wurden. In einer Erklärung stellten VVN und Lagergemeinschaft fest, daß „die NPD entgegen der Verbote ungehindert in der Fußgängerzone provo-

torische Flugblätter verteilen“ konnte. „obwohl die Polizei in großer Zahl anwesend war. Die Neonazis legten es bewußt darauf an, Schlägereien zu provozieren. Nur die Besonnenheit unserer Kundgebungsteilnehmer hat dies verhindert können.“ Antwort der Polizei: „Die Polizisten seien immer dann eingeschritten, wenn mehrere NPD-Anhänger gewalttätig und zusammen Flugblätter verteilten hätten.“

Im Rahmen der vom Grundgesetz garantierten Meinungsfreiheit dürfen Bürger nämlich nur jeweils einzeln ohne Genehmigung Flugblätter verteilen. Im anderen Fall liegt eine Versammlung vor, die aber vorher angemeldet werden muß. So weit also einzelne NPD-Anhänger Flugblätter verteilen, konnten sie nach Ansicht der Polizei nicht daran gehindert werden.“ (SZ, 20.2.)

Inzwischen wurde auch schon „festgestellt“, daß die Nazi-Flugblätter „gegen keine Strafbestimmung verstoßen. Wegen des Inhalts der Blätter sind dennoch keine rechtlichen Schritte zu erwarten.“ (SZ, 20.2.)

KB/Nazberg

Frankfurt: Nazis werden immer frecher

„Freiheit für Koch“ konnte man am 24.2. auf der sehr belebten Frankfurter Hauptwache ca. 20 meist jugendliche Nazis rufen hören. Wenige Tage zuvor waren gegen die Nazis Wolfgang Koch und Henry Bauer Haftbefehle erlassen worden u.a. wegen des dringenden Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Offensichtlich nicht zu dieser kriminellen Vereinigung gerechnet wird Erwin Schönborn, der erst kürzlich wieder mit einer Bewährungsstrafe davon kam.

Schönborn „bewährte“ sich am 24.2. im Kreise seiner „Schützlinge“, die sich unter seiner Regie bemühten, wenn auch vergeblich, zwei Antifaschisten die Kameras zu entreißen. Diesmal genigte es die Passanten da ruher aufzuklären, wer da im mittleren Geviert der City verumharrte, um die teilweise mit Schlagstöcken bewaffneten Jungnazis auf Distanz zu halten.

Insgesamt 9 Jungnazis wurden festgenommen, nachdem sie in einem nahegelegenen Lokal eine Schlägerei begonnen hatten.



Drei Hauptfiguren der Frankfurter Naziszene: rechts Schönborn, links Wolfgang Koch und in der Mitte wahrscheinlich Henry Bauer. (Wer weiß es genau?)

festgenommen, nachdem sie in einem nahegelegenen Lokal eine Schlägerei begonnen hatten.

Drei Hauptfiguren der Frankfurter Naziszene: rechts Schönborn, links Wolfgang Koch und in der Mitte wahrscheinlich Henry Bauer. (Wer weiß es genau?)

Faschisten verübten Sprengstoffanschlag

Westberlin. In der Silvesternacht wurden im „Märkischen Viertel“ eine Malschickenanlage in einem Hochhaus und ein geparkter PKW durch Explosionen zerstört. Der Sachschaden betrug über 100.000 DM. Sojernetzeit ging die Sache als „Silvesterstreich“ und „Missbrauch von Feuerwerkskörpern“ durch die Presse.

Einigen unscheinbaren Meldungen (10.2.) auf den Lokalseiten konnte man nun entnehmen, daß zwei 18 und 20 Jahre alte Männer (die Namen werden wie „Buch“, nicht genannt) unter dem Verdacht festgenommen wurden, auf eben dieses Auto und das Haus Sprengstoffanschläge unternommen zu haben. Beide wurden von der Polizei „rechtmäßig“ zugerechnet – bei der Durchsuchung ihrer Wohnungen waren Hitlerportraits, Naziorden, sowie Sprengstoff und Sprengstoffplan gefunden worden. (BZ und „Tagesspiegel“, 8.2.79).

Weitere Zusammenhänge werden nur aus einer anderen Mini-Meldung

klar. Laut „Tagesspiegel“ vom 14.2. wurde ein zwanzigjähriger Mann zu zehn Monaten Haft „mit Bewährung“ verurteilt. Er hatte im September 78 zusammen mit einem Komplizen (dieser erhielt 9 Monate Zusatzstrafe, da er erst kurz vorher aus einer anderen Haftstrafe vorzeitig entlassen worden war) aus einer bewachten und gesicherten Polizeibereiche im Grunewald Plastiksprengstoff, Handgranaten und Schusswaffen gestohlen.

„Den Hauptangeklagten hatte, wie berichtet, die Polizei in der vergangenen Woche festgenommen unter dem Verdacht ... Sprengstoffanschläge auf ein Auto und eine Malschickenanlage verübt zu haben“, schreibt der „Tagesspiegel“.

Nur wenige gut versteckte Zeilen also ist es der bürgerlichen Presse wert, wenn Nazi-Terroristen sich aus Polizeibeständen bewaffnen und Bomben legen.

Antifa-Kommission Westberlin

Antifaschist vor Gericht

Am 12.2.79 fand in Hildesheim ein Prozeß gegen Th.E. statt. Th.E. war am 11.3.78 auf der Gegenkundgebung gegen einen NPD-Aufmarsch festgenommen worden. Ihm wurde vorgeworfen: Störung einer genehmigten Veranstaltung; Besitz und Verteilung von „waffenähnlichen Gegenständen“; Werfen von Eiern und einer leeren Cola-Dose; Widerstand gegen die Staatsgewalt. Verurteilt wurde er zu einer Geldstrafe von 120 DM, „nur“ wegen „grober Störung einer öffentlichen Veranstaltung“. In den anderen Punkten standen die Zeugenaussagen einer Verurteilung entgegen. Staatsanwaltschaft und Ge-

richt gaben sich einen liberalen Anstrich, indem sie zwischen „antifaschistischem Engagement“ und „grober Störung“ trennten und ersteres als „strafmildernd“ bewerteten.

Zu dem Prozeß waren ca. 40 Antifaschisten erschienen, denen nur 15 Zuschauerplätze zur Verfügung standen. Alle Anträge der Verteidigung, sämtliche anwesenden Antifaschisten in den Saal zu lassen, wurden abgelehnt, als zeitweise 20 Zuschauer im Saal waren, wurden 5 von ihnen von Gerichtsdienern brutal hinausgeworfen. Ein Antifaschist bekam Hausverbot und bekommt wahrscheinlich eine Anzeige.

Betr.: „Enthüllungen über (französische) Alt-Nazis (AK 144)“

In AK 144, S. 43 wurde berichtet, daß die französische Zeitung „L'express“ ein Interview mit einem französischen Kriegsverbrecher „kommentarlos“ veröffentlicht habe.

Dazu schrieb uns ein Leser, „daß L'express“ das Interview mit Darguer de Pellotz absolut nicht „vollig kommentarlos“ gebracht und sich „zum Sprachrohr von Darquers faschistischem Dreck gemacht“ hat. Der Reporter ist ein bekannter antifaschistischer Journalist und der Besitzer des Blattes ist jüdischer Abstammung und absolut nicht blind, was die faschistische Gefahr betrifft. Dies zur Abrundung des ganzen.

Augenzeugen gesucht



Bei der Nazi-Provokation in der Hamburger Innenstadt am 23.9.78 schlug Neonazi Hans-Joachim Sakowsky (3101 Weißendorf, Kath. kamp 10) einem Genossen, kurz vor Beginn der NPD-Kundgebung ins Gesicht. Tatort: Gerhard-Hauptmann-Platz. Augenzeugen werden gebeten sich bei uns zu melden.

„Generaldirektion für die Innere Sicherheit“

Die Zentralisierung des gesamten „Sicherheitsapparates“ der BRD, das ist die Leitlinie eines Aufsatzes des baden-württembergischen Landespolizeipräsidenten Dr. Alfred Stümper in der Zeitschrift „Kriminalpolitik“ (Jan. 79).

Die dort vorgeschlagene, 120 Personen starke „Generaldirektion“ soll alle Bereiche der „Sicherheitspolitik“ umfassen und folgende Schwerpunkte haben:

1. Erstellung, Bewertung und Fortschreibung eines „Großlagebildes Innere Sicherheit“
2. Anwendungsbezogene sicherheits- und kriminalpolitische Forschung
3. Innere Sicherheit in der Regierungsverantwortung
4. Erarbeitung von Sicherheitsstrategien
5. Neustrukturierung der Sicherheitsinstrumenten
6. Zusammenwirken der Sicherheitsorgane im „Sofort-Bereich“
7. Entwicklung internationaler Übereinstimmungsmodelle
8. Erarbeitung von Gegenstrategien
9. Laufende Überprüfung des Sicherheitsinstrumentariums

Diese beim Bundesinnenministerium anzusiedelnde „Generaldirektion“ könnte – so Stümper – die wesentlichen Bereiche der bisherigen Abteilungen P (Polizeiangelegenheiten) und IS (Innere Sicherheit) umfassen. Linzu kommen sollen die Abteilung ZV (Zivile Verteidigung) und „unmittelbar sicherheitsbezogene“ Spezialbereiche aus anderen Abteilungen. Besonders genannt werden dabei die Abteilungen U (Umweltschutz) und RS (Reaktionssicherheit).

Es geht dabei um „die Errichtung und entsprechend hoch angestufte organisatorische Stellung eines ständigen Planungs- und Führungstabes mit Lagezentrum, der auch mit der ständigen Wahrnehmung eigentlicher Stabsaufgaben betraut ist sowie die Schaffung einer eigenen Abteilung Kriminalpolitik“.

Ohne diese beiden Elemente sei weder ein „Sofortantritt der Sicherheitsbehörden in außergewöhnlichen Situationen“ gewährleistet, noch bestünden die Voraussetzungen für eine „Sicherheitspolitik aus einem Guß“.

Diese „Sicherheitspolitik aus einem Guß“ ist weit länger ein zentrales Anliegen Stümper. „Aus einem Guß“ – das bedeutet bei ihm nicht nur das einheitliche Vorgehen der Repressionsinstrumente der BRD im engeren Sinne (Polizei, BGS, VS, BND), es bedeutet auch nicht nur die Überwindung von angeblichen „Strukturdefiziten“ des „Sicherheitsapparates“, die nach Stümper in der

BRD „es bedeutet auch nicht nur die Überwindung von angeblichen „Strukturdefiziten“ des „Sicherheitsapparates“, die nach Stümper in der BRD

„Sicherheitspolitik aus einem Guß“ – das bedeutet im Kern das Verlassen rechtsstaatlicher Prinzipien wie z.B. aktienmäßige und eindeutig durch Kompetenzen geregelte Entscheidungen zugunsten eines in militärischen Bereich üblichen Vorgehens, dessen Rechtfertigung sich allein aus dem „Erfolg“ herleitet.

Praktisch hat der „Sicherheitsapparat“ der BRD mit den „Lagezentren“ ein derartiges Vorgehen (die Zusammenfassung aller relevanten Gruppen unter einheitlichem Kommando, ohne daß anschließend exakte Verantwortlichkeiten noch feststellbar gewesen wären) schon seit einiger Zeit erprobt. In den Einsätzen gegen die großen Anti-AKW-Demonstrationen und insbesondere im Fall Schleier/Mogadischu.

Hierzu erklärte Bundeskanzler Schmidt am 15.1.79 im „Spiegel“: „Ich kann nur nachträglich den deutschen Juristen danken, daß sie das alles nicht verfassungsrechtlich unter nicht haben.“

Mit der „Generaldirektion“ will Stümper das Prinzip des „Lagezentrums“ nun institutionell auf höchster Ebene etablieren.

Mit dieser institutionellen Rege-

lung soll die Entwicklung vom umfassenden „vorbeugenden“ „Sicherheitsstrategien“ ermöglicht werden. Welche Dimension der Aufgabenbereich der „Generaldirektion“ haben soll, läßt sich aus Stümper's Bemerkungen zur „äußeren und inneren Sicherheitslage“ und zu „Vermeidungsstrategien“ des „Gegens“ ableiten. Dessen Angriffe sollen laut Stümper „insbesondere zielen auf:

- das allgemeine Wertgefüge
- die innere Bindung des Bürgers an seinen Staat und insoweit vor allem eine ganz gezielte negative Beeinflussung der heranwachsenden Generation.

Ferner auf eine permanente Schwächung der Wirtschaftskraft, so beispielsweise durch Aktionen gegen die Energieversorgung (Störung der Bedarfsdeckung von außen und Energieerzeugung und Versorgung im eigenen Bereich).

- eine zunehmende Störung des Arbeitsfriedens,
- Beeinträchtigung der Arbeitsbereitschaft,
- eine Verunsicherung der Sicherheitsorgane (Polizei, Justiz, Verfassungsschutz, Bundeswehr) und insbesondere auch – da dies zur Verwirklichung der oben genannten Ziele von größter Bedeutung ist – eine zunehmende Beeinflussung, Infiltration, Unterwanderung und weitgehende geistige und personelle Inbesitznahme im Medienbereich.“

Hier also liegen nach Meinung Stümper's die möglichen „Schwachpunkte“, die durch wissenschaftliche Methoden zu einem „Großlagebild Innere Sicherheit“ durch die „Generaldirektion“ zusammengefügt werden sollen, um dann „Gegenstrategien“ zu entwickeln.

Die Polizei solle aus einer „bloßen Vollstreckungsstelle“ gegenüber der Justiz befreit werden und sich zu einer „gesellschaftsanitäre“ Einrichtung entwickeln – so formulierte schon LKA-Präsident Herzold 1974 „die Linie für den „Ausbau der Inneren Sicherheit“. Die von Stümper geforderte „Generaldirektion“ entspricht dieser Leitlinie.

Stümper's Artikel in der „Kriminalpolitik“ ist nicht bloß der Diskussionsbeitrag einer Einzelperson. Stümper ist einer der profiliertesten

Stümper war von 1958 bis 1962 Leiter der Polizeischule in Bad Reichenhagen. Seit 1962 ist er Leiter der Abteilung beim Polizeipräsidenten Stütgen, von 1962 bis 1971 Polizeipräsident in Mannheim. Dort qualifizierte er sich für höhere Aufgaben. Ab 1971 Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit. 1974 wurde er zum Leiter der Landespolizei in Baden-Württemberg ernannt.

qualifizierte er sich für höhere Aufgaben. Ab 1971 Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit im Innenministerium Baden-Württemberg (verantwortlich für die 5 Landespolizeidirektionen die Bereitschaftspolizei, die Wasserschutzpolizei, die Landespolizeischule, das Landeskriminalamt und den VS).

Kürzlich wurde Stümper Polizeipräsident von Baden-Württemberg. Chef einer neu eingerichteten Behörde, in der er modellhaft seine Idee der „Generaldirektion“ erproben kann.

Daneben ist Stümper in der politisch-strategischen Arbeit engagiert. Er warist Mitglied des Arbeitskreises II der Innenministerkonferenz (Öffentliche Sicherheit), der Arbeitsgemeinschaft der Polizeipräsidenten in der BRD, im Kuratorium der Polizeiführungskademie in Hiltrup sowie im Forschungsbereich des Bundeskriminalamtes. Er war Leiter der Arbeitsgruppe I der Kommission zur Reform des Bundeskriminalamtes (als solcher federführend am Ausbau des „Sicherheitsapparates“ beteiligt) und Lehrbeauftragter für Kriminalpolitik an der Universität Mannheim.

Mit dieser Karriere hat sich Stümper allem für höchste Aufgaben qualifiziert. Entsprechend ernst sollte man Stümper's Forderung nach einer „Generaldirektion für die Innere Sicherheit“ nehmen.

Antifa-Kommission Hamburg

Strauß-Klage abgewiesen

Der linke Autor Heinz Jacobi wurde ausgerechnet von einem Münchener Gericht freigesprochen, obwohl sich F.J. Strauß beleidigt fühlte. Es ging um ein Plakat, das Strauß neben seinem Freund Pinochet zeigte, dem durch eine Montage die Ahnen Hitler, Göring, Goebbels und Hitler zugeordnet wurden.

Freigesprochen wurde Jacobi aber nicht, weil bestimmte erweisliche Wahrheiten nicht beleidigend wären, sondern bloß, weil die Mitherausgeber Jacobi's bei dem bewußten Plakat nicht beweisbar war. Dafür mußten aber einige Mitglieder des Münchener „Blatt“-Kollektiv (Stadt-

zeitung) zahlen, die geladen waren, um zu erklären, wie es zu deren Fehldarstellung gekommen sei, daß Heinz Jacobi das Plakat gemacht hat. Vier wurden wegen Aussageverweigerung zu je 150 DM Ordnungsstrafe verurteilt.

Gleichzeitig mochte der Staatsanwalt Steiner den Freispruch Jacobi's aber nicht auf sich beruhen lassen und legte Berufung ein. Und Strauß zeigte eine weitere Beleidigung an. Durch die Bezeichnung auf einem Plakat als „Führer der schwarzbraunen Sammelbewegung von Ultrarechten und Nazis“ und „Totengräber der Demokratie“.

Hände hoch, ich bin von der Polizei

So manchen deutschen Ordnungshüter läßt das Milieu auch in der Freizeit nicht los. Nach Feierabend probieren sie mal selbst, was zu bekämpfen ihr hartes Tageswerk ist. Da wird Liebeskummer mit der Dienstwaffe erledigt, werden Finanzen in la Wildwest aufgebessert (man wird ja sooo schlecht bezahlt!), oder auch nur Promille-Rekorde hinter dem Steuer aufgestellt. Besonders im Suff geht den Herren gern der Gaul durch. Aber auch in im Dienst ist es schon mal möglich, daß z.B. polizeiliche Informationen an Privatdetektive verkauft werden (wie in Hessen), oder Gefangene sexuell mißbraucht werden (was einem Kölner Bullen vorgeworfen wird, „Kölner Rundschau“, 2.2.79).

Kommt's daher, daß man vom Fach ist, macht's die Mentalität oder ist der berühmte „psychische Knack“ dran schuld - sozusagen die Berufskrankheit der deutschen Polizei (ganz über die Unbeliebtheit ihres Wirkens bei der Bevölkerung)?

Wir haben, mehr zufällig und ganz mehr nicht vollständig, Meldungen über kriminelle Delikte von Polizisten aus den letzten drei Monaten zusammengestellt, und möchten bei dieser Gelegenheit alle Leser bitten, uns weiteres Material über diesen Sumpf zuzuschicken.

Neumarkt: Ein 22-jähriger Bereitschaftspolizist wurde im oberpfälzischen Velburg bei Neumarkt festgenommen, als er drei Kilogramm Haschisch im Wert von rund 30.000 Mark verkaufen wollte („Welt“, 6.12.78).

Westberlin: Mit seiner Dienstwaffe bedrohte ein Polizeioberwachmeister in „Zivil“ und außer Dienst eine 39-jährige Frau. Der Bulle hatte sich eine Strumpfmütze über den Kopf gezogen und verlangte bewaffnet Einlaß in die Wohnung der Frau.

Die Frau konnte jedoch die Tür zuschlagen und seine „Kollegen“ benachrichtigen. Nach der Festnahme behauptete der Bulle, er habe der Frau lediglich einen Schrecken einjagen wollen („Tagesspiegel“, 10.12.78).

Hamburg: Zu nur 1 Jahr und 9 Monaten verurteilt ein Hamburger Gericht den Polizeimeister Stephan B. Der Bulle hatte insgesamt 12 Gramm Heroin im Wert von 4.800 Mark verkauft. Bei seinem letzten „Einsetz“ wurde er geschnappt.

Vor Gericht hatte er eine rührselige Geschichte parat. Er hätte 20.000 Mark Schulden. Eines Tages hätte er einen Schwarzen ein Päckchen unter ein Auto werfen sehen. Er habe es aufgehoben und Heroin entdeckt, das er natürlich nur deshalb verkauft habe, um seine Schulden zu begleichen („Hamburger Morgenpost“, 14.12.78).

Westberlin: Am 18. Dezember 1978 überfiel der Polizeiobermeister Peter H. mit einer Spielzeugpistole bewaffnet eine Bank am Ernst-Reuter-Platz. Er bedrohte die Kunden und erbeutete 17.000 Mark. Wie sich bei dem Prozeß herausstellte, hatte er am 14. August 78 dieselbe Bank schon einmal überfallen und hatte - nach dem gleichen Muster - damals 35.000 Mark erbeutet. Dienstliche Kenntnisse über Fahndungs-Abläufe und Funkwageneinsatz zog er mit in sein Kalkül, wie auch das Gericht feststellen mußte. Die besondere, nicht einmal mehr durch die Rührstory von 30.000 Mark Schulden zu legitimierende Unverfrorenheit des Bullen wird wohl dazu geführt haben, daß er so schnell verurteilt wurde. Am 8.2.79 erhielt er sechzehn Monate Haft („Tagesspiegel“, 9.2.79).

Heidelberg: Am 15. Dezember 78 überfiel der Polizeiobermeister Harald S.

mit seiner Dienstpistole bewaffnet eine Bank in Heidelberg und erbeutete 60.000 Mark. Auf der Flucht schoß er auf die Verfolger. Nur durch einen Zufall - er hatte seine Jacke in der Bank vergessen - konnte er gefaßt werden. Das war allerdings schon der sechste - bisher gestandene - Banküberfall, bei denen er insgesamt über 200.000 Mark erbeutete.

Interessant ist auch die Karriere dieses „Kämpfers für Sicherheit und Ordnung“. In den 60er Jahren war er NPD-Stadtrats-Kandidat für Heidelberg. Anfang der 70er Jahre wurde er in den Polizeidienst übernommen und hatte sich dann für einen Wechsel zur Kripo beworben. Auf einem Lehrgang erwarb er sich die notwendigen Kenntnisse, auch zur Verbrechensbekämpfung („SZ“, 29.12.78).

Köln: Wegen einer Falschaussage erhielt ein Kölner Bulle 1.500 Mark Strafe. Er hatte, weil er für viermaliges falsches Parken zahlen sollte, behauptet: „Das war mein Freund Bernard aus Lyon“. Der Staatsanwalt schrieb an Monsieur Bernard, der von nichts wußte („Bild“, 14.2.79).

Donaueschingen: Vermutlich aus Eifersucht hat am 8.2.79 ein 28-jähriger Polizeiobermeister seine Verlobte mit zwei Schüssen aus der Dienstpistole erschossen. Er wurde unmittelbar nach der Tat festgenommen.

Alkohol enthemmt

Westberlin: In den letzten drei Monaten beuten betrunken Bullen in Westberlin (neben den im folgenden aufgeführten Fällen) mindestens fünf Unfälle, in mehreren Fällen mit anschließender Fahrerflucht.

Hamburg: Der angeblich betrunkene Polizeioberkommissar Wilhelm B.



Mißverständnisse sind nicht auszuschließen

brauste am 10.1.79 auf eine Straßensperre auf der Veddel zu. „Ich muß durch, ich bin Oberkommissar.“ Als der junge „Kollege“ ihn nicht durch ließ, gab Wilhelm B. Gas und durchbrach die Straßensperre. Ein zweiter Bulle sprang auf den Wagen zu und riß die Tür auf. Wilhelm B. gab erneut Gas, der „Kollege“ wurde umgerissen und mehrere Meter mitgeschleift. Er kam mit Prellungen ins Krankenhaus.

Westberlin: Am 12.1.79 wurde der 43-jährige Regierungsdirektor Günter Henze, Leiter des Führerscheinsbüros bei der Westberliner Polizei, seinen Führerschein los, weil er betrunken Auto fuhr. Den Führerschein hatte er nicht einmal bei sich. Er war durch seine „unsichere“ Fahrweise aufgefallen.

Westberlin: Der betrunkene Polizeioberkommissar Heinz N. fuhr am 19.1.79 mit seinem PKW in Kreuzberg einen Fußgänger an. Er stieg aus und sagte: „Ich hole Polizei und Feuerwehr.“ - dann raste er davon und ließ den Verletzten liegen.

Westberlin: Am 4.2.79 stach der betrunkene Polizeiobermeister Jürgen

H. mit einer japanischen Stichwaffe im Streit auf einen 22-jährigen Mann ein. Das Opfer wurde schwer verletzt. Der Bulle flüchtete mit seinem Auto.

Westberlin: Am 6.2.79 fuhr ein betrunkenen Hauptwachmeister mit seinem PKW gegen die halbgeöffnete Tür eines Autos, das von dessen Fahrerin und zwei Männer geschoben wurde. Die Autofahrerin erlitt leichte Verletzungen.

Westberlin: Der betrunkene Polizeiobermeister Ralf B. entwendete am 6.2.79 einen Funkstreifenwagen und fuhr damit zur Arbeitsstelle eines „Nebenbuhlers“. Mit der MP gab er einen Schuß auf ihn ab, der fehlging. Dem Bedrohten gelang es, ihm die MP zu entwenden. Darauf gab der besoffene Bulle zwei Schüsse aus der Dienstpistole auf den Mann ab. Einer durchschlug den linken Oberschenkel des Mannes.

Dann fuhr der Betrunkene mit MP bewaffnet zum Arbeitsplatz seiner Frau, die er jedoch glücklicherweise nicht mehr antraf. Kurze Zeit später konnte er festgenommen werden.

Antifa-Kommission, KB Gruppe Hamburg

Polizeiwillkür

Auf der Flucht erschossen - aus Notwehr?

Am 20.2. wurde in Bamberg der Lokomotivführer Erwin H. von einem Beamten der Landespolizeidirektion erschossen. Dies geschah bei dem angeblichen Versuch von Erwin H. und Renée Sch. in einen Baumarkt einzubrechen. Interessant ist in diesem Fall die weitgehend unterschiedliche Darstellung des Todeschusses durch die Polizei. Am 21.2. berichtete der „Frankfurter Tag“, daß Erwin H. mit einer Eisenstange auf die Polizisten losgegangen sei, ihm dann aber die Flucht gelungen sei. Bei seiner Verfolgung habe ein Polizist „zwei Warnschüsse abgegeben“ und dann gezielt geschossen. Also der klassische Fall von „Auf der Flucht erschossen“. Schon am 22.2. las sich das gleiche in der Zeitung gänzlich anders. Jetzt wurde die Version aufgetischt, Erwin H. sei mit einer 73cm langen Eisenstange auf die Polizisten losgegangen. Ein Beamter habe daraufhin „den Verdächtigen nur stoppen“, bzw. ihn daran hindern wollen ... zuzuschlagen“. Daraus ergibt sich für die Zeitung: „So wie die Sache aussieht, ein klassischer Fall von Notwehr.“ Wohlgemerkt, auch die Zeitung schreibt, so wie die Sache jetzt aussieht, denn der Widerspruch zur ersten Meldung ist offenkundig. Wer ist an einer solchen Sichtweise wohl interessiert?

Hinzuzufügen ist noch, daß Erwin H. angeschossen an seinen angeblichen Einbruchskampagnen angekettelt wurde. Erst als er über starke Schmerzen klagte, wurde ein Notdienstwagen gerufen. Er starb jedoch im Krankenhaus an inneren Blutungen. Am 23.2. konnte man dem „Frankfurter Tag“ die Erklärung der Staatsanwaltschaft entnehmen: „Man untersuche noch, ob ein Fall von Notwehr vorliegt, habe aber bisher nur Beteiligte und keine Beschuldigte“. „Man habe bisher keinen Hinweis, daß es sich nicht um Notwehr gehandelt habe“.

Ein Genosse aus Bamberg

Wiesbaden: Nach Angaben des hessischen Innenministers Gries (FDP) hat die hessische Polizei 1978/69 mal von der Schußwaffe Gebrauch ge-

macht. Gries behauptet, es sei nur viermal gezielt auf Menschen geschossen worden. An anderer Stelle heißt es, im Zuge von „Notwehr“ oder „Nothilfe“-maßnahmen seien 5mal Schußwaffen eingesetzt worden. Nur ein einziges Mal sei unzulässigweise geschossen worden. Aus den 21 widersprüchlichen und wenig glaubhaften Äußerungen geht für Gries hervor, daß damit der „außerordentlich sorgsame Umgang“ der Beamten mit der Schußwaffe belegt werde. Am „außerordentlich sorgsamem Umgang“ des Ministers mit der Wahrheit kann allerdings gezweifelt werden. Gries behauptet, zwei Menschen seien nach Schußwechseln gestorben, davon ein Unbeteiligter (alle Angaben nach „FR“ vom 10.2.79). Tatsache ist dagegen:

Klaus Beinert, im Januar 1978 von dem Polizisten Wilhelm Eppstein erschossen, konnte gar keinem „Schußwechsel“ zum Opfer fallen, er war nämlich unbewaffnet. Das gleiche gilt für Heinrich Liebig, der im August 1978 in Darmstadt erschossen worden war. Am 30.3. wurde Walter Reuter erschossen. Wie die anderen, war auch Reuter kein „Unbeteiligter“. Gries' „unbeteiligte“ Erschossener ist also mindestens schon das 4. Opfer von Polizeikugeln. Dies möchte der „liberale“ Herr Innenminister mit seiner „Statistik“ gerne unter den Tisch kehren.

Singen Splitternackt, auf offener Straße und trotz bitterer Kälte mußte sich ein Singener Auszieher, weiß Bullen vom RD (Rauschgift-dezernat) glaubten, er habe Heroin bei sich. Weitere „Verdächtige“ wurden in einem Lokal durchsucht, wobei sich die Bullen die Hausschlüssel schnappten und - während die Festgenommenen zur Wache gebracht wurden - deren Wohnungen durchschnüffelten - ohne Durchsuchungsbefehl selbstverständlich. Am selben Tag wurde eine Frau aus ihrem Auto herausgeholt und - ohne jeden Grund - auf die Polizeiwache geschleppt, wo sie ebenfalls gezwungen wurde, sich auszuziehen. Außerdem verlor sie fast ihren Arbeitsplatz, weil die Bullen bei ihrem Arbeitgeber anriefen und behaupteten, sie sei süchtig. (Informationen aus „Badsche Zeitung“ vom 23.2.79).

KB/Gruppe Freiburg

Kurzmeldungen

Arbeitstagung über Polizeientwicklung

Eine bundesweite Arbeitstagung über Polizeimaßnahmen, Polizeientwicklung und Polizeigesetzgebung fand am 17./18. Februar in Mainz statt. Diese Tagung war im wesentlichen von verschiedenen „Initiativen gegen das Einheitliche Polizeigesetz“ und ähnlichen Arbeitskreisen vorbereitet worden. Mit ca. 200 Teilnehmern (darunter auch Prof. Denninger, Jacob Petry, Prof. Jens Scheer und Falco Werkentin) war es das bisher größte Treffen desjenigen Teils der Anti-Repressions-Bewegung, der sich speziell mit Polizei(u)-Geheimdienst) repressionen beschäftigt.

Falco Werkentin, ein Soziologe von der Westberliner „Berghofstiftung für Konfliktforschung“, hielt ein Einführungsreferat über die Entwicklung der Repressionsinfrastruktur und der Feindbild- und Bedrohungsanalysen des Sicherheitsapparates, schwerpunktmäßig über die Zeit von 1945-55. Er kam zu der Einschätzung, daß das Ausmaß der politischen Unterdrückung in dieser Zeit größer gewesen sei als heute. Deshalb sei es nicht zutreffend, heute von einer „zunehmenden Faschisierung“ zu sprechen, wenngleich er die Gefahren der heutigen Entwicklung damit nicht verniedlichen wolle.

In 8 verschiedenen Arbeitsgruppen wurden im wesentlichen Sachinformationen und Erfahrungen in der Antirepressionsarbeit ausgetauscht. Die Diskussionsbeiträge ließen einen relativ breiten Konsens in der Einschätzung darüber erkennen, daß der Sicherheitsapparat planmäßig aufgerüstet wird, im wesentlichen unabhängig von aktuellen Konfliktlagen (wie Streiks, Apo, RAF). Daneben gab es aber auch Einschätzungen, nach denen die Polizeiausrüstung der 70er Jahre eine Reaktion auf das Scheitern der Sozialreformen gewesen sei, oder daß sie einer Eigendynamik des Beamtenapparates entspringe.

Einige Initiativen berichteten über ermutigende Aktivitäten - die Münchner Initiative schaffte es durch intensive Pressearbeit, das Schicksal von Opfern der

Polizeiwillkür bekanntzumachen und sie zu unterstützen. Diese Initiative hat den Plan, ein Rechtshilfekuratorium zu gründen, das Polizeioptionen vor allem juristisch helfen will.

- RA Maffert berichtete von seinem Plan, Informationen über das Auftreten von Polizeizeugen vor Gericht zu zentralisieren, um einen Einblick in das Ausmaß der systematischen Zeugenpräparierung von Seiten der Polizei zu erhalten.

- Die Dortmunder Initiative konnte von einem erfolgreichen Kabarett gegen das Einheitliche Polizeigesetz berichten und über eine Diskussionsveranstaltung über KOB's und Jugendpolizisten, die bei Jugendlichen auf reges Interesse stieß.

- Prof. Jens Scheer machte den Vorschlag, zur Zusammenfassung aller Kräfte gegen die Repression eine zentrale Demonstration in Bonn durchzuführen.

Antifa-Kommission
Hamburg

Kein Verfahren gegen Todeschuß-Kritiker

Frankfurt Als im Januar 1978 der Polizist Eppstein außerhalb des Dienstes anläßlich eines Streits vor der Wohnungstür den Mechaniker Beinert mit seiner Dienstpistole erschoss, erlitten kurze Zeit später ein Flugblatt der „Roten Hilfe“, das sich kritisch mit den „Ermittlungen“ gegen den Todeschützen auseinandersetzt. Die RH bestritt, daß es sich bei dem Todeschuß um „Notwehr“ gehandelt habe.

Daraufhin hatte der Polizeipräsident Strafanzeige wegen Beleidigung gegen den presserechtlich Verantwortlichen gestellt. Als der Oberstaatsanwalt das Verfahren einstellte, weil er in diesen Passagen eine „bloße Übertreibung“ sah, legte Knut Müller Beschwerde ein, der auch vom Generalstaatsanwalt stattgegeben wurde. Daraufhin lehnte das Amtsgericht die Eröffnung des Hauptverfahrens mangels „hinreichenden Tatverdachts“

für den Beleidigungsvorwurf ab. Bemerkenswert ist, daß das Gericht die Äußerungen in dem Flugblatt für „vertretbar“ hält und den Text - neben anderen Veröffentlichungen zu diesem Todeschuß - als „angemessenes Mittel zur Anregung und Aufrechterhaltung öffentlicher Diskussionen“ ansieht. Nachdem die Staatsanwaltschaft Beschwerde eingelegt hatte, lehnte jetzt das Landgericht die Beschwerde ab und bezeichnete den Flugblatttext als „scharfe Kritik“, die keine Grundlage für einen Beleidigungsvorwurf biete.

Übrigens: die Ermittlungen gegen den Todeschützen sind schon längst eingestellt (Angaben nach „Frankfurter Rundschau“ vom 21.2.79).

KB/Gruppe Frankfurt

Herolds Klage zurückgewiesen

Am 14.2.79 wies die 5. Zivilkammer des Wiesbadener Landgerichts die Klage des BKA-Präsidenten Herold gegen den Datenexperten Steinmüller als unbegründet zurück. Eine schriftliche Begründung dieser Entscheidung steht noch aus. Entsprechend der Klage hatte Steinmüller mehrere Äußerungen bei einem Streitwert von 500.000 DM widerrufen müssen.

Steinmüller sagte, die Entwicklung des Datenwesens in der BRD, speziell das der Polizei und der Geheimdienste, habe sich in einem „demokratiegefährdenden Ausmaß vergrößert“, was ihm Anlaß zu „ungeheurer Angst“ gäbe („FR“, 15.2.79, s.a. AK 148, S.18).

Hätte das Gericht der Klage Herolds entsprochen, so wäre dies für das BKA und die Geheimdienste sicher noch unangenehm geworden, denn Steinmüller hatte für diesen Fall einen Wahrheitsbeweis für seine Äußerungen angekündigt. Die Datenpraxis hätte dann Gegenstand einer gerechtfertigten Bewertung werden müssen.

Antifa-Kommission Hamburg

Interview mit Dr. Werner Holtfort:

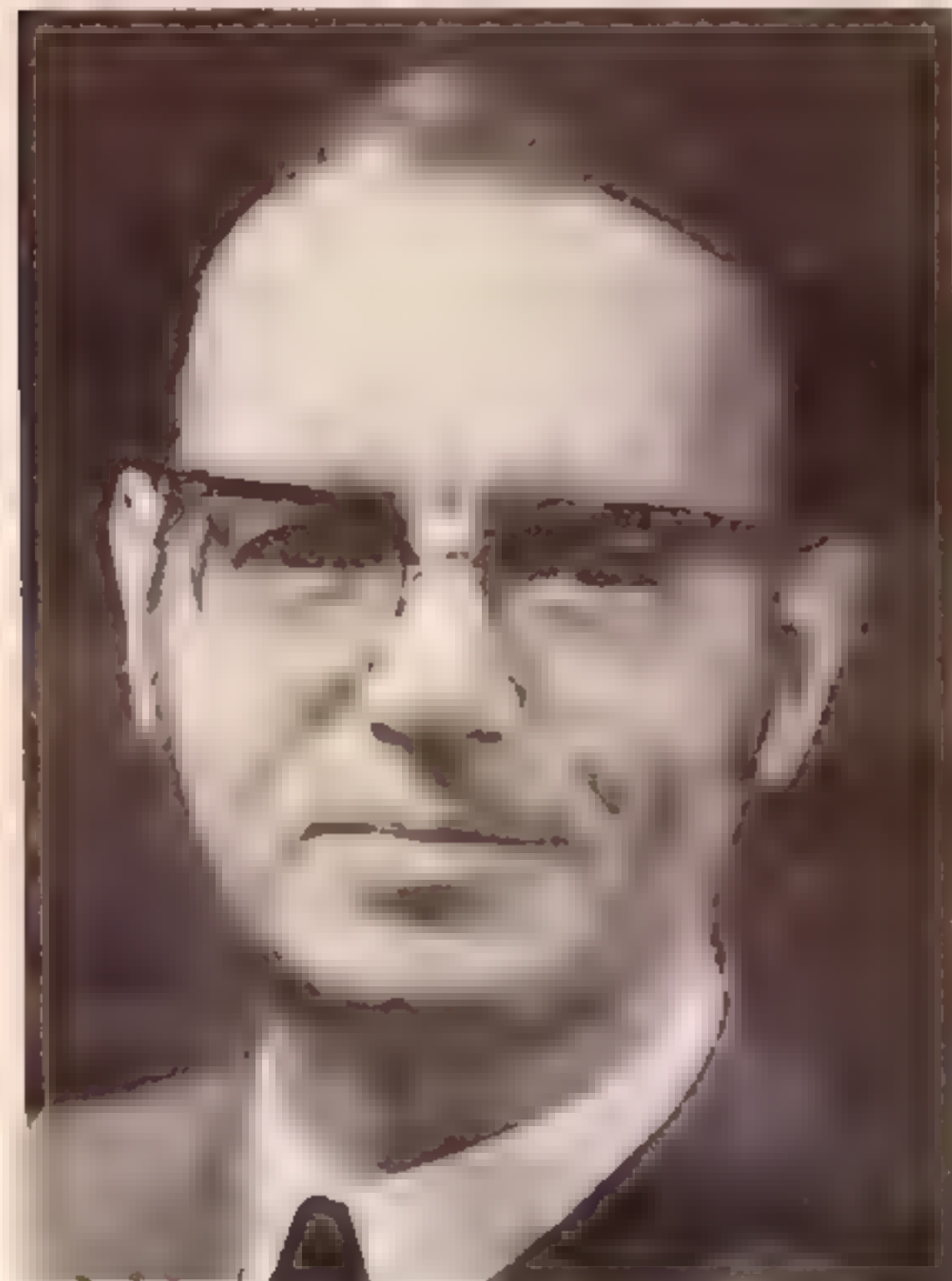
„Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt“

Am 10.11.1979 gründete sich in Hannover eine bundesweite fortschrittliche Anwaltsvereinigung, die sich den Namen „Republikanischer Anwaltsverein (RAV)“ gab.

Ca. 192 (nicht alle waren stimmberechtigt) von ca. 300 Mitgliedern waren anwesend, um Zielsetzung und Aufgaben des Vereins zu beschließen. Dabei setzte sich der Vorschlag eines allgemeinen Anwaltsvereins gegenüber einer reinen Strafverteidigerorganisation klar durch (Vgl. dazu Artikel AK 147 S. 32). Es wurde die Prämisse zur Satzung verabschiedet, die die allgemeinen Aufgaben des Vereins beschreibt (u.a. 1. Die Vereinigung stellt sich in die Tradition des Kampfes um die freie Advokatur und um ein demokratisches Recht. 2. In der Bundesrepublik Deutschland ist eine Ausdehnung staatlicher Macht bei gleichzeitiger Schwächung der Abwehrrechte der Betroffenen festzustellen. 3. Der Rechtsanwalt ist einseitig gebundener Interessenvertreter seines Mandanten und ausschließlich diesem und sich selbst verantwortlich).

Ferner wurde ein 9-köpfiger Vorstand gewählt. 1. Vorsitzender wurde Rechtsanwalt Dr. Werner Holtfort, Hannover (u.a. auch 1. Vorsitzender der „Freien Advokatur-demokratische Vereinigung von Rechtsanwälten in Hannover und Vorstandsmitglied der Humanistischen Union), und 2. Vorsitzender Rechtsanwalt Heinrich Hannover, Bremen.

Mit Dr. Holtfort führte ein Genosse aus Hannover am 26.2. das folgende Interview für den „Arbeiterkampf“.



Dr. Werner Holtfort

Dr. Werner Holtfort

Frage: Ihr großes Engagement bezüglich der Schaffung fortschrittlicher Anwaltsvereinigungen, zum Beispiel der Freien Advokatur hier in Hannover, hat dazu geführt, daß Sie vom 2. Strafverteidigertag 1978 in Hamburg damit beauftragt worden sind, Gründungsvorbereitungen für eine bundesweite Rechtsanwaltsorganisation zu leisten.

Antwort: Ich habe meine Erfahrungen gemacht mit den herkömmlichen Anwaltsvereinigungen. Ich bin viele Jahre ein engagiertes Mitglied im Deutschen Anwaltsverein (DAV) gewesen und 13 Jahre Mitglied des Vorstandes der Rechtsanwaltskammer Celle und so bin ich nachdenklicher geworden über die Fähigkeit dieser Organisationen, anwaltliche Interessen zu vertreten in dem Sinne, dem man zu helfen. Das ist der Ausgangspunkt und aus mancherlei enttäuschten fruchtlosen Versuchen, den Deutschen Anwaltsvereinen und die Rechtsanwaltskammern zum Nachdenken über Berufsaufgaben und auch über die Zukunft des Berufs zu bringen - bin ich auch zu ähnlichen Publikationen gekommen.

Der Auftrag des 2. Deutschen Strafverteidigertages allerdings ist mehr durch Zufall auf mich zugekommen. Dieser Zufall hängt auch wieder mit dem Verhalten des Deutschen Anwaltsvereins zusammen. Das Bedürfnis, über die Rolle des Anwalts in der Gesellschaft nachzudenken, ist sicherlich angestoßen worden durch die Beschränkungen der freien Verteidigerrolle in politischen Strafprozessen, die sich im Zuge der Terrorismusverfahren ergaben, durch gesetzgeberische oder auch richterliche Maßnahmen, beginnend mit dem Versuch, den Kollegen Otto

Schily auszuschließen aus der Verteidigung von Gudrun Ensslin. Der Versuch, der gegründet wurde auf den gänzlich unbewiesenen Verdacht, er hätte einen Kassetten aus der Zelle herausgeschmuggelt. Im Zuge dieser Denksprüche, die eigentlich der Gesetzgeber oder die Justiz uns verpaßte, kam es zu Strafverteidigervereinigungen, die sich 1977 zum 1. Strafverteidigertag in Hannover zu sammelten. Da waren Referate vorgesehen von Otto Schily, also einem, der praktisch betroffen war von Gerhard Mauz (Spiegel-Redakteur) als einem nachahmlichen Prozeßgeheimnis und von der Bundesstaatsgeordnete Ingrid Mathews-Meyer, die den Gang der Dinge im Parlament miterlebt hatte. Vierzig aber und das sollte das Hauptreferat sein - von dem Rechtsanwalt Erich Schmidt Lechner der ausdrücklich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der DAV angehört. Die Deutsche Strafverteidiger e.V. ein ganzes neues und interessantes Thema, das nicht an eine Abschottung vom DAV gedacht worden, sondern man hatte sich vorgestellt, daß diese öffentlichen Proteste, die zurecht tätig waren vom DAV aufgenommen worden. Es zeigte sich aber, daß der DAV sich nachdrücklich gegen diese Veranstaltung wehrte. Der Hauptschlag des DAV war daß es ihm genug war Tage vor der Veranstaltung Schmidt Lechner dazu zu bewegen, das versprochene Referat abzusagen. Nun fehlte der Hauptreferent und nach einiger Überlegung traten die Strafverteidiger an mich heran, um dieses Hauptreferat zu ersetzen. Mir scheint, es gelang mir, das was alle mehr unstrukturiert oder noch nicht ganz durchreflektiert fühlten, in Worte zu

fassen. Dadurch kam es einmal zu einer Aufbruchstimmung zunächst innerhalb der Strafverteidiger und andererseits dazu, daß ich plötzlich als eine Art Kristallisationskern dastand. Die Folge war dann, daß ich zum 2. Strafverteidigertag in Hamburg 1978 erneut eingeladen wurde, um über meine Erfahrungen mit den berufständischen Organisationen bisheriger Art zu berichten. Aus diesem Referat heraus wuchs dann allgemein das Bedürfnis, eine neue Gruppierung zu schaffen, die sich in erster Linie mit der Problematik der anwaltlichen Funktionen befaßt. Es ergab sich Nachdenken darüber, warum wohl engagierter Verteidigung in politischen Prozessen und am augenfälligsten in Stuttgart-Stammheim so sehr auf Unmut, ja man muß schon sagen, auf Wut der veröffentlichten Meinung stieß und auch Reaktionen des Gesetzgebers hervorrief. Es ist ja sonderbar, daß, wenn jemand von einem völlig legalen Recht Gebrauch macht, gegen richterlichen Widerstand darauf zu beharren, daß seine Mandanten auf ihre Verhandlungsfähigkeit von einem kompetenten und neutralen Sachverständigenrat untersucht werden, oder wenn er von dem ebenso legalen Recht Gebrauch macht, einen offensichtlich befangenen Gerichtsvorsitzenden wie Herrn Prinz so lange abzulehnen, bis der sich nicht mehr halten läßt; daß dann auf diesen, der diese Schutzrechte seines Mandanten wahrnimmt, sich der öffentliche Zorn entlädt. Dahinter muß doch irgendeine gesellschaftlich Erwartungshaltung von Anwaltschaft stecken, die offenbar eine andere ist, als sie die Verteidiger in Stammheim hatten. Und dieses Nachdenken führte dann zu der Überzeugung, die Ursache liege einfach darin, daß im Bewußtsein der Öffentlichkeit und auch im Bewußtsein des Gesetzgebers und der Justiz die Funktion des Anwalts unverändert die war, wie sie etwa im Obrigkeitstaat gewesen und eigentlich seit dem Kaiserreich kaum verändert war.

Ich möchte noch etwas zu den Gründen hinzufügen, aus denen heraus der deutsche Anwaltsverein sich selbst völlig außer Stand gesetzt hat, in einer sinnvollen Weise Stellungnahmen der Anwaltschaft zu wichtigen rechtspolitischen Problemen zum Ausdruck zu bringen. Das Beispiel ist die Problematik des § 218 StGB. Der Vorstand des DAV hat die Meinung vertreten, diese Problematik sei in seiner Mitgliedschaft eben so unumstritten, wie in der Gesamtbevölkerung. Er, der Vorstand des DAV, sehe sich daher außerstande, eine für die Anwaltschaft repräsentative Stellungnahme abzugeben. Hier haben Sie einen Beweis dafür, daß man sich wider die Hände und die Zunge bindet, wenn man alle Mitglieder eines Berufsstandes vertreten will. Selbstverständlich gibt es in der Anwaltschaft wie in der Gesamtbevölkerung - ein konservatives Element, ebenso wie ein reformgerichtetes. Und ich meine, man sollte das zum Nutzen der Gesamtheit unserer Bürger dann auch aufdecken und sollte in der Rechtspolitik entsprechend eingreifen. Mit anderen Worten: Ich halte es für richtig aus Gründen des Gemeinwohls, daß sich neben einem konservativen An

aus Gründen des Gemeinwohls, daß sich neben einem konservativen Anwaltsverein ein mehr liberaler bildet. Und ich würde es auch begrüßen, wenn daneben sich eine dritte Gruppierung bilden würde, die konsequent linke Positionen für sich vertritt.

Frage: Man könnte sich zwei Modelle vorstellen: Einmal der Republikanische Anwaltsverein als Diskussions- und Arbeitsforum der bisher gemachten Erfahrungen, gerade in der Praxis des Strafverteidigers, Aufarbeitung dieser Erfahrungen und durch Absprache untereinander besseres Vorgehen innerhalb der Prozesse. Oder ein anderes Modell, das stärker darauf ausgerichtet ist, in Gesetzgebungsverfahren einzugreifen, so etwas wie soziale Gegenmacht zu schaffen.

Antwort: Das Schwergewicht liegt in dem von Ihnen zuletzt beschriebenen Modell. In dem Aufbau einer Anwaltschaft als soziale Gegenmacht. Dabei aber die erste Aufgabe nämlich Lebenshilfe für die tägliche Praxis zu geben durch Erfahrungsaustausch natürlich nicht ausgeklammert werden darf. Das gehört ganz sicherlich auch mit dazu. Man muß aber hinzufügen, daß soziale Gegenmacht in unserem Verständnis nicht bedeutet, daß es Aufgabe der Anwaltschaft sei, die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik umzukrempeln, sondern unter sozialer Gegenmacht verstehen wir eine Macht, die jede freiheitliche Gesellschaft dem Gesellschaftsmißglied, das gerade in Rechtsnot geraten ist, zur Verfügung stellt, um eine Waffenlosigkeit herzustellen, um denjenigen, der der Übermacht des Staates ausgesetzt ist mit allen Risiken eine annähernd gleichgewichtige oder gleichstarke Macht als Hilfe zur Seite zu stellen. Ich möchte noch gern ein mögliches Mißverständnis

ausräumen. Diese Aufgabe - soziale Gegenmacht zu bilden - bezieht sich nicht nur auf Strafprozesse. Wenn man an die Berufsverbotsfälle, Wehrdienstverweigerung, Eheatschuldungsreform und ähnliches denkt, dann ist deutlich, daß diese Aufgabe weiter greift, daß sie sich auch in Arbeitsgerichts-, in Zivilprozeß- und in Verwaltungsprozessen stellt und auch da gelöst werden muß. Frage: Könnten Sie die Möglichkeiten, die Sie als soziale Gegenmacht beschreiben haben, etwas präzisieren? Wie stellen Sie sich vor, kann der Republikanische Anwaltsverein in dieser Richtung zukünftig initiativ werden, wie kann er soziale Gegenmacht praktisch werden lassen? Antwort: Ich sehe drei Wege. Der erste ist der politische. Man muß einfluß nehmen auf Gesetzgebungsverfahren und auch Gesetze von sich aus anregen.

Der zweite Weg ist ein juristischer. Man muß in den laufenden Verfahren alle gesetzlichen Möglichkeiten zugunsten des Mandanten ausschöpfen. Der dritte ist ein sozialer. Es ist erforderlich, mehr Chancengleichheit herzustellen, d.h. für die soziale Unterschicht Rechtswegen zu eröffnen, die sie noch gar nicht kennt, weil sie ihre Lebensprobleme infolge ihrer Ausbildung und ihrer Kenntnis nicht als juristisch lösbar begreift. Da muß man also Informationen vermitteln und man muß die Hemmnisse, die aus verschiedenen Sprachkulturen und aus verschiedenen Konventionen und konventionalem Verhalten sich aufbauen - das was man etwa als Schwellenangst zu bezeichnen pflegt - abbauen. Es muß sein also soziale Agenturen, wie ich es einmal bezeichnet habe von uns geschaffen werden, wie das auch in anderen Staaten schon der Fall ist, wie zum Beispiel in Großbritannien, wo Beratungsbüros in Slums ländlich aufgebaut werden, und wo jeder sich seinen Rat holen kann oder überhaupt erst einmal ermitteln kann, ob ihm mit juristischen Mitteln geholfen werden kann.

Frage: Ich möchte auf das Polizeirecht zu sprechen kommen. Auf einer Podiumveranstaltung der Freien Advokatur in Hannover wurde der niedersächsische Mustertentativentwurf des Polizeigesetzes diskutiert. Dieser Entwurf legt z.B. den Verdacht zur Abtötung vor und ist damit bereits kurz vor der Verabschiedung in der schärfsten Form, wie dies bislang nur in Bayern der Fall ist. Auf der hannoverschen Veranstaltung stand die Todesstrafe im Vordergrund. Andere Punkte wie Identitätsfeststellung, Freiheitsbetrachtung, Zwangsmittel und Durchsuchungen sowie Normen, die aus dem Polizeigesetz zum Beispiel in die Strafprozeßordnung ausgelagert sind, wie der § 111 StPO (Kontrollsperrn), haben in der hiesigen Diskussion keine große Rolle gespielt. Welche Bedeutung messen Sie diesen Punkten bei und wie ordnen Sie dieses Gesetz überhaupt in die Entwicklung der Bundesrepublik ein?

Antwort: Die Bestrebungen in Richtung Identitätsfeststellung, Erweiterung von Durchsuchungsmöglichkeiten und dergleichen werden in der Praxis die schwerwiegenden Beschränkungen sein und müssen auch als praktisch wichtigste Restriktionen deutlich gesehen werden. Der Todesstrafe hat insofern eine besondere Bedeutung, als durch diese Regelung eine Republik, die bisher - und zwar auch im Grundgesetz - ausdrücklich verzichtet hat im Frieden über das Leben ihrer Bürger unter welchen Umständen auch immer zu verfügen, plötzlich ein anderes Gesicht bekommt, wenn durch ein einfaches Gesetz das jederzeit durch einfache Parlamente mehrheitlich nach den durch diese Mehrheit gerade vertretenen Bedürfnissen erweitert werden kann, eben doch das Leben von Staatsbürgern zur Disposition der Exekutive gestellt wird.

Ihre Frage nach dem Prinzip dieses Gesetzes beantwortet ich dahin, daß nach diesem Gesetzentwurf der Staat plötzlich von einem grundsätzlichen Mißtrauen gegen alle seine Bürger ausgeht, eine unserer Auffassung nach verderbliche Entwicklung, der begegnet werden muß. Frage: Eine Frage, die Ihr persönliches Engagement in der Initiative für ein Hannover ohne Braun berührt: Wie schätzen Sie die Handhabung der juristischen Verfolgung von Neonazis ein? In Bückeburg ist, bekanntgeworden durch den „J.R.“-Journalisten E. Spoo, ein besonders skandalöser Fall von nazistischer Propaganda gerichtlich gar nicht erst behandelt worden. Wie sehen Sie die Möglichkeiten, heute solche neonazistischen Untatbe juristisch zu belegen?

Antwort: Nun, die Gesetze stehen zur Verfügung. Aber auch ich beklage, daß sie auf neonazistische Entwicklungen offenbar nicht mit der gebotenen Folgerichtigkeit angewendet werden. Der von Ihnen zitierte Bückeburger

Fall ist ja leider kein Einzelfall. Man muß hinzunehmen Entwicklungen, die zu einer Indoktrination von Schülern in der Schule führen können. Da gibt es den sicherlich auch bekannten Fall von nazistischer Beeinflussung durch Schulleiter und Lehrer in Hannover-Münden. Ein weiterer Fall ist mir aus Hannover bekannt. Ein Bürger hatte eine Horde von Neonazis bei der Staatsanwaltschaft angezeigt, die im Sprechchor vielfach „Rolf front verreckt“ gerufen hatten. Die Staatsanwaltschaft hat das Verfahren eingestellt mit der rechtlich nicht haltbaren Begründung, diese Parole sei keine offizielle Parole des 3. Reiches von 1933 bis 1945 gewesen. Eine Überlegung, deren Richtigkeit ich dahingestellt sein lasse, die aber rechtlich überhaupt nicht greift. Weil es nur darauf ankommt, daß überhaupt nationalsozialistische Parolen verwendet werden, gleichgültig, ob sie vor 1933 oder nach 1933, ob sie offiziell oder von Hitlers Schlägertruppe, der SA, verwendet worden sind. In diesem letzten Fall habe ich eine Beschwerde eingelegt, aber die noch nicht entschieden ist. Allgemein befürchte auch ich nach den von mir auch beruflich gemachten Erfahrungen und ergänzend nach dem, was ich in den Zeitungen lese, daß Neonazismus nicht mit dem gebotenen Nachdruck verfolgt wird, daß ein deutlicher Unterschied gemacht wird bei der Verfolgung von Rechten und von Linken.

Sowas gibt es aber nicht nur bei den Strafverfolgungsbehörden oder bei den Schulverwaltungsbehörden, sondern z.B. auch bei Zivilgerichten. In dem Fall der niedersächsischen Herausgeber dieses Buback-Nachrufes, deren Unschuld nun durch die Strafammer in Oldenburg festgestellt worden ist, hatte der niedersächsische Minister und CDU-Vorsitzende Wilfried Hasselmann am 1. August 1977 öffentlich dazu aufgefordert, die Herausgeber, in Niedersachsen sämtlich Hochschullehrer, wie er sich ausdrückte, „von den Hochschulen zu scheuchen“. Darin kann man wohl eine Aufforderung sehen zum Landfriedensbruch. Eine Aufforderung nämlich dazu, durch eine Menge Gewaltangehörigen in friedensstörender Weise gegen einzelne Bürger anzudrohen. Eine Aufforderung, die unter den Umständen des § 111 StGB fallen könnte. Auch wohl hat ein Zivilgericht, nämlich die 4. Zivilkammer des Landgerichts in Hannover, diese Aufforderung des Herrn Hasselmann für rechtmäßig erklärt. Natürlich sind das nicht ausgesprochen faschistische Äußerungen, aber es sind doch Äußerungen, die faschistische Komponenten deutlich enthalten, nämlich die Aufforderung an die Bevölkerung, nicht ein Disziplinarverfahren in legaler Weise abzuwarten, sondern zur Androhung von Gewalttätigkeit gegen Mitmenschen überzugehen.

Frage: Ich will noch auf einen für uns Linke sehr unschönen Zustand eingehen. Nämlich, daß in der Bundesrepublik so etwas wie eine Distanzierungssucht grassiert. Immer, wenn Angriffe gegen Linke stattfinden, wird zuerst darauf gesehen, was hat er gesagt, was hat er geschrieben, kann ich mich damit überhaupt solidarisieren, ohne mich damit inhaltlich zu identifizieren. Dabei wird dann nicht so sehr der Angriff gesehen, der hier stattfindet. Der Distanzierungssucht entgegenzutreten kostet sehr viel Kraft. Der RAV wird gerade, wenn er keine distanzierenden Erklärungen abgibt wie der DAV, noch so manches Mal im Kreuzfeuer stehen. Wie sehen Sie dieses Distanzierungsproblem für den RAV gerade im Zusammenhang mit Terrorismusverfahren und ihren Begleitumständen?

Antwort: Ich glaube, daß jeder, der diesem Verein beigetreten ist, dieses Problem für sich sieht und es auch schon persönlich erlebt hat, sonst würde er einer solchen Vereinigung mit einer solchen Zielsetzung nicht beitreten. Meiner Auffassung nach ist jeder - und ich bin es jedenfalls - bei jeder politischen Aktion immer wieder in der Versuchung, das zu betätigen, was man so platonisch die Schere im Kopf genannt hat, und zu überlegen, ist diese Aktion sinnvoll oder nimmt sie dir am Ende die Möglichkeit, in schwerwiegenden Problemen überhaupt noch politisch zu agieren. Das ist ja immer die Frage, die sich einem stellt, weil man auch die Gefahr sehen muß, daß bei einer doch ziemlich freiwillig sich gleichgeschalteten veröffentlichten Meinung ein Mensch oder auch eine ganze Gruppe einfach in eine Zone des Schweigens getrieben werden kann, in eine Zone des Unlauteren. Man berichtet einfach nicht mehr über die, man schweigt sie tot, man nimmt ihre Minderheitsmeinung nicht mehr zur Kenntnis. Sie haben dann auch kein ausreichendes Medium mehr, sich deutlich zu artikulieren. Diese Gefahr sieht man sicherlich immer, und sie bringt große Versuchungen mit sich zu schweigen, statt zu agieren, aber dem muß man eben widerstehen. Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.

Sicherungsverwahrung statt lebenslänglich

Am 23.1.79 erfolgte vollkommen überraschend eine erneute, äußerst ernüchternde Zuspitzung im „2. Juni-Prozess“. Der Vorsitzende Richter Geus drohte den Angeklagten eine mögliche Verhängung der Sicherungsverwahrung an, wenn es nicht zu einer Verurteilung wegen Mordes zu lebenslanger Freiheitsstrafe käme. Es wäre damit das erste Mal in der BRD, daß eine solche Maßnahme gegen Angeklagte in einem politischen Prozeß verhängt wurde.

Eckpfeiler faschistischer Strafgesetzgebung

Die Maßregel der Sicherungsverwahrung wurde 1933 durch das sogenannte „Gewohnheitsverbrechergesetz“ in das Strafgesetzbuch eingeführt und war ein „Eckpfeiler faschistischer Strafgesetzgebung“. Trotzdem wurde der entsprechende Paragraph in das Strafgesetzbuch der BRD übernommen.

Sicherungsverwahrung bedeutet die weitere Inhaftierung sogenannter Hängtäter nach der Verbüßung ihrer eigentlichen Strafe. Bereits der Begriff „Hängtäter“ vermittelt die Ideologie, daß der Einzelne eine Art angeborenen Hang zu bestimmten Taten habe. Damit sollen außerordentliche Maßnahmen gegen Menschen gerechtfertigt werden unter dem Vorwand des Schutzes der Gesellschaft. In den vergangenen Jahren gab es immer wieder starke Bedenken gegen die Anwendung der Sicherungsverwahrung. Sie wurde meist als „allerletzte Maßnahme“ angesehen und relativ selten benutzt in Fällen von Tätern, die wiederholt zu mehrjährigen Gefängnisstrafen wegen des gleichen Delikts (z.B. Einbruch) verurteilt

worden waren und denen Gutachter eine bestimmte „Hängtätigkeit“ bescheinigten.

Bestandteil der „wahrhaften Demokratie“?

Bereits im Sommer 1977 gab es Forderungen, diesen umstrittenen Paragraphen zu verschärfen und ihn auf politische Gefangene anzuwenden. Nach der Entführung und Erschießung des BDI-Präsidenten Schleier durch ein Kommando der RAF nahmen diese Forderungen die Form einer regelrechten Hetzkampagne an. CDU-Albrecht schreckte dabei nicht vor der Lüge zurück, ihm lägen konkrete Mordpläne inhaftierter „Terroristen“ vor. Ziel dieser Stimmungsmache war es, den Paragraphen über Sicherungsverwahrung so zu ändern, daß er auf „terroristische Ersttäter“ anwendbar wurde, um somit auch diejenigen politischen Gefangenen unbegrenzt hinter Gittern halten zu können, die nicht wegen Mordes zu lebenslänglich verurteilt werden konnten.

Die Kampagne stieß jedoch auf erheblichen Widerstand und auf zahlreich „rechtsstaatliche Bedenken“, so daß die entsprechenden Gesetzesvorlagen vorerst abgelehnt wurden.

Was bedeutet der erneute Vorstoß im 2. Juni-Prozess?

Wieder einmal findet hier der Versuch statt, auf Justizebene, abseits einer aufmerksamen Öffentlichkeit, Maßnahmen voranzutreiben bzw. durchzusetzen, die auf politischer Ebene vorerst gescheitert sind. So soll nach außen der rechtsstaatliche Schein gewahrt werden, während gleichzeitig die umstrittenen Maßnahmen prakti-

ziert werden, wie dies auch im Falle des Kronzeugen geschah. Der Vorsitzende Richter Geus präsentiert seinen ungeheuerlichen Vorschlag in einer Situation, in der die bisherige Beweisaufnahme ein sehr mageres Resultat für die Anklagevertretung gebracht hat und sich abzeichnet, daß die Anklage in der bisherigen Form möglicherweise nicht aufrecht erhalten werden kann. Deutlich ist auch hier wieder der Versuch zu erkennen, die Angeklagten möglichst lebenslang hinter Gittern zu halten — und zwar unabhängig von den ihnen nachgewiesenen Taten!

Es geht hier jedoch keineswegs ausschließlich um die Angeklagten im „2. Juni-Prozess“. Die Verhängung der Sicherungsverwahrung gegen politische Angeklagte hätte allgemein zur Konsequenz, wieder ganz offen ein Gestenungsstrafrecht zu praktizieren. RA Wieland sagte dazu in einer Erklärung vor Gericht: „Die Bewertung politisch oppositioneller Gesinnung als krankhaft ... könnte man bisher vor allem aus der heutigen Sowjetunion. Die Zeitdauer einer verhängten Sicherungsverwahrung würde von nichts anderem abhängen als einem Gestenungswandel der Angeklagten. Wer abschwört, wird entlassen, ansonsten muß er zusätzlich zu seiner Strafe noch weitere 10 Jahre in einer Haft bleiben, die sich in nichts von einer Strafhäft unterscheidet. Faktisch wäre dies lebenslängliche Haft für Angeklagte, denen man eben Straftaten, die zu einer lebenslänglichen Verurteilung führten, nicht nachweisen kann.“

Flugblatt des Öffentlichkeitsausschusses zum Prozess gegen den 2. Juni, Westberlin

Solidaritätsveranstaltung zu Astrid Proll in London



„Liefert Anna-Astrid nicht aus“ – Solidaritätspostkarten der englischen Gruppe „Freunde von Astrid Proll“

Am 20.2.79 hatten in London die „Friends of Astrid Proll“ (FAP) zu einer Veranstaltung aufgerufen, zu der etwa 150-200 Teilnehmer kamen. Die englischen Faschisten der „National Front“ waren mit einem ca. 30 Mann starken Trupp angetrieben und versuchten, die Veranstaltung während der ersten beiden Redebeiträge durch Sprechchöre wie „send her back“ (Schickt sie zurück), „what about the victims?“ (was ist mit den Opfern?) und Einzelrufen wie „she should be hanging on a rope“ (sie gehört aufgehängt) zu stören. Nachdem sie ein Handgemenge mit Antifaschisten provoziert hatten, wurden sie von bereitstehenden Bobbies, den britischen Polizisten, zur Tür befördert. Ein Antifaschist wurde in „polizeilichen Gewahrsam“ genommen, kein

Faschist wurde festgenommen.

Danach verlief die Veranstaltung ruhig und informativ ab. Auf dem Podium saßen Jo Richardson, Parlamentarierin der Labour-Fraktion, Lord Griffith (beide waren Jury-Mitglieder des III. Russell-Tribunals), Larry Grant und Phil Kelly (State Research), Jane Grant als Vertreterin der FAP, sowie Erich Fried und Stewart Hood, sein englischer Übersetzer.

Am 23.2. wurden dann in London im Anschluß an eine Versammlung vor dem Home Office Unterschriftenlisten übergeben, mit denen „Keine Auslieferung Astrids“ gefordert wird. Im Home Office wird dieser Tage entschieden, ob Astrids britische Staatsbürgerschaft aufgrund ihrer Ehe mit einem Briten anerkannt wird.

schen Polizisten, zur Tür befördert. Ein Antifaschist wurde in „polizeilichen Gewahrsam“ genommen, kein

entschieden, ob Astrids britische Staatsbürgerschaft aufgrund ihrer Ehe mit einem Briten anerkannt wird.

Kongreß „Frauen aus Naturwissenschaft und Technik“ solidarisch mit Astrid

Eine Resolution „Keine Auslieferung Astrid Prolls in die BRD! Haftverschonung!“ wurde von den Teilnehmerinnen des Kongresses „Frauen aus Naturwissenschaft und Technik“ in Göttingen (9.-11.2.79) verabschiedet. In der Resolution heißt es nach ausführlicher Darstellung, wie Astrid in England als Monteur-Gehilfin sich ein neues Leben aufzubauen versuchte: „Daß Astrid einen technischen Handwerksberuf ausübte und sich überall da einsetzte, wo ihre Hilfe und ihre Kenntnisse gebraucht wurden,

macht sie uns sehr sympathisch, verbindet sie mit uns. Und angesichts der Tatsache, daß wir wissen, wie schwer Frauen an technischen Berufen herankommen, wie schwer es ist, sie durchzuhalten, Anerkennung zu finden, ist es umso wichtiger, Astrids Leben in England zu verteidigen und gleichzeitig der Hetze „Frauen in Männerberufen = weiblich, aggressiv, frustriert, also kein Wunder, daß Terroristin“ entgegenzutreten.“ Unter die Resolution wurden auf dem Kongreß 115 Unterschriften gesammelt.

Waltraud Siepert — jetzt „nur noch“ 31 1/2 Jahre?

Waltraud Siepert war 1977 zu 4 1/2 Jahren (!) Knast wegen Beschaffung einer (!) Wohnung für die „Bewegung 2. Juni“ verurteilt worden. In dieser Wohnung wurde Fritz Teufel festgenommen, es wurden angeblich Fingerabdrücke von Ralf Reinders und Inge Viett gefunden — wahrlich eine erdrückende Beweislast. Fritz Teufel und Ralf Reinders gegenüber bedeutet dies die „astreine“ Vorverurteilung wurde doch mit diesem Urteil bereits 1977 deren Mitgliedschaft in der „Bewegung 2. Juni“ rechtskräftig festgestellt, ohne daß sie sich verteidigen konnten.

Der „Unterstützerprozeß“ 1977 gegen Waltraud Siepert und Christina Doemeland ruht sich in die unglaubliche Menge an Rechtsbrüchen in und um den Prozeß gegen die „Bewegung 2. Juni“. Die Genossinnen wurden wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung angeklagt und verurteilt, bevor überhaupt die Hauptverhandlung im sogenannten Lorenz/Drenkmann-Verfahren begonnen hatte, in dessen Verlauf die Existenz einer „kriminellen Vereinigung“ überhaupt erst bewiesen werden muß. Christina Doemeland befindet sich heute in Fresheit.

Nicht die Vorverurteilung war Gegenstand des Revisionsverfahrens, im Gegenteil, sie wurde nochmals bestätigt. Lediglich das Strafmaß für Waltraud wurde auf 3 1/2 Jahre herabgesetzt, und dies mit der einschneidenden Begründung, daß die Höchststrafe für „Unterstützung“ 5

Jahre betrüge, „und eben auch weil schwere Unterstützungshandlungen denkbar seien“ („Tagespiegel“, 9.2.79), als ausgerechnet das Beschaffen einer Wohnung.

Dem Staatsanwalt Kienbaum, in Westberlin als „Staatschützer“ bestens bekannt, war das natürlich zu wenig. Er forderte 4 Jahre und 9 Monate, wollte also noch über das erste Strafmaß hinaus, und will jetzt Revision einlegen.

„Da jetzt nur noch ein Strafrest von wenigen Monaten blieb, hob das Gericht gestern den Haftbefehl vorläufig auf. Frau Siepert kann den noch nicht auf freien Fuß, da gegen sie noch eine rechtskräftige dreimonatige Zusatzstrafe besteht ... Der Staatsanwalt hat gegen die Aufhebung des Haftbefehls Beschwerde erhoben“ („Tsp“, 9.2.79).

Im makabren Theater auf Kosten von Waltraud, gegen die Aufhebung des Haftbefehls, der gar nicht aufgehoben ist, legt die Staatsanwaltschaft zwecks Nichtaufhebung Beschwerde ein.

Gerüchte, die besagen, daß von Staatsanwalt Kienbaum gegen den Vorsitzenden Richter Chomse demnächst ein Verfahren wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ eingeleitet wird, können wir noch nicht bestätigen. Eher wird Chomse möglicherweise in die Verwaltungslaufbahn abgeschoben.

Antirepressionskommission KB/Westberlin

750 DM wegen

750 DM wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten

Am 27.2. fand in Herne der Prozeß gegen den presserechtlich Verantwortlichen der „Herner Bürgerinitiative gegen Polizeibergläufe“, W. Höfer, statt. Während das Verfahren wegen eines Flugblattes der BI zur Entlassung eines 17-jährigen Jugendlichen durch die Polizei wegen Verführung eingestellt werden mußte (was der Richter ständig bedauerte), wurde über ein weiteres Flugblatt der BI verhandelt, für das der Angeklagte allerdings seine Verantwortung bestritt, da er zum Zeitpunkt des Erscheinens nicht mehr in der BI tätig war und sein Name aus Gewohnheit runtergerutscht sei.

In dem Flugblatt wurde über zeugenbestechung u.ä. seitens eines Herner Polizisten berichtet und festgestellt, „Die Beweise wurden dem Polizeipräsidenten Berndt zugänglich gemacht. Berndt reagiert darauf mit der Drohung, den Beweisträger wegen falscher Anschuldigungen zu belangen“.

Während des Prozesses (in dem der Richter keinen Zweifel an seinem Wunsch nach Verurteilung ließ) konnte dem Angeklagten seine „Verantwortung“ für das Flugblatt nicht nachgewiesen werden. Vor allem aber „unterstellte“ es das Gericht „als wahr, daß der Polizeipräsident dem Beweisträger androhte, ihn wegen falscher Anschuldigung zu belangen“.

Dessen ungeachtet schloß auch das Gericht der Auffassung des Staatsanwaltes an, daß der betreffende Text „zwischen den Zeilen“ (!!) eine Beleidigung des Polizeipräsidenten darstelle, und verurteilte den Angeklagten gemäß dem Antrag des Staatsanwaltes zu 750 DM Geldstrafe.

Da die Herne BI schon seit langem nicht mehr existiert, steht der Genosse dem Prozeß und seinen Kosten (Verteidigung, Prozeßkosten Strafe) ziemlich allein gegenüber. Er ist daher auf Unterstützung, auch finanzielle, angewiesen. Spenden können überwiesen werden auf das Konto

W. Höfer, Nr. 156.707.424 Sparkasse Herne (BLZ 432.500.30) Stichwort „Prozeß“.

Eine erfreuliche Meldung. Bei der (insgesamt am Ort schwachen) Solidarität taten sich besonders „Genossen der KPD/ML aus Herne“ hervor, die ihm ihre volle Unterstützung zusagten und 150,- für ihn sammelten.

Ein Genosse aus Herne

Staatstreu von der Gesinnung

Staatstreu von der Gesinnung bis zur Unterhose

Mit einer selbst für den Bereich der Justiz bisher seltenen Dreistigkeit haben die leitenden Staatsanwälte in Bremen den Versuch unternommen, ihre ihnen untergebenen Beamten vollständig bespitzeln und die Ergebnisse auch offiziell aktenkundig machen zu dürfen.

Auf einer Dienstbesprechung der Abteilungsleiter beim Generalstaatsanwalt am 14.12.78 verkündete Oberstaatsanwalt Dr. Hans Janknecht die Grundzüge eines hausgemachten Radikalerlasses, weil die geltenden Regelungen des Beamtenrechts nicht ausreichend seien, politisch nicht genehme Staatsanwälte auf jeden Fall rauszuschieben.

Der Anlaß war: Ein Ermittlungsverfahren, das gegen einen der wenigen fortschrittlichen Staatsanwälte eingeleitet worden war, mußte wegen Mangel an Beweisen für „Verfehlungen“ wieder eingestellt werden. Das sollte anders werden, Janknecht: „Die in Beurteilungen und Zeugnissen üblich formelhafte Bemerkung, außerdienstlich sei nichts Nachteiliges bekannt, genügt nicht den Anforderungen an eine vollständige und wahrheitsgemäße Beurteilung.“ Deswegen müßten auch „relevante Verhaltensweisen im außerdienstlichen Bereich“ auskundschaftet werden z.B.

„... eine intensive, namentlich extremistische politische Betätigung wegen ihres möglichen Verstoßes gegen die Treuepflicht und die Pflicht des Beamten zur politischen Mäßigung.“

„... ein besonders auffälliger unsittlicher (?) Lebenswandel wegen der Gefährdung des Ansehens des Beamtenrums; ... selbstverschuldete (?) Krankheiten wie beispielsweise Alkoholum, Tabakkonsum und Mißbrauch von Gefährdung der Dienstfähigkeit.“

„... hohe Verschuldung wegen der Gefahr der Bestechlichkeit und der möglichen Pflicht des Dienstherren, den Beamten mit anderen Aufgaben zu betrauen.“ Weiterhin müßten auch „Straftaten“ in die Personalakte aufgenommen werden, „... und zwar selbst dann, wenn zum Beispiel hinsichtlich der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung ... nur ein Anfangsverdacht besteht“. Und schließlich der absolute Hammer: „Ausnahmsweise“ sollten auch „Vorgänge aus dem familiären Bereich des Beamten“ erschöpfend und festgehalten werden, „... etwa unwürdiges Verhalten enger Familienangehöriger, wenn wegen Art und Schwere dieses Verhaltens eine nachteilige Be-

ziehung zur Amtsführung oder zur Integrität und Ansehen des Beamtenrums zu erwarten ist“ (alle Zitate: Weser Kurier, 1.2.79).

Die von diesem leitenden Beamten in jeder Begründung zur Schau getragene Sorge um eine angebliche Verbindlichkeit der Staatsanwälte kann doch nicht die eindeutige Zielrichtung verbergen: eine Abrückung der Staatsanwaltschaft auf Denunziation und Gesinnungsschauflerei, die selbst vor der „Schlafzimmertür“ nicht halt macht. Dieses Ziel wird selbst darin deutlich, wo Janknecht „als Ausgleich“ auch „Positive“ festhalten will, ... „Führungsaufbau in Vereinen und Verbänden, wenn daraus Fähigkeiten zur Menschenführung, zum Ausgleich, zur Integration und so weiter besonders deutlich erkennbar werden ...“ Mit Recht protestierten die in der ÖTV organisierten Staatsanwälte gegen diesen Versuch, eine Legitimation für totale Bespitzelung und Schnüffelei zu bekommen. Sie fragten, welche Einstellung sich denn hinter Begriffen wie „unsittlicher Lebenswandel“, „selbstverschuldete Krankheiten“, „hohe Verschuldung“ und „extremistische politische Betätigung“ verbirgt. Die Heranziehung des Verhaltens von Familienangehörigen zur Beurteilung bezeichneten sie als „Sippenhaft“.

Aufgrund des öffentlichen Protestes der gewerkschaftlich organisierten Juristen mußte Janknechts Erlaß Ende Januar 79 zurückgenommen werden. Bezeichnend allerdings ist die Begründung, die vom sozialdemokratischen Justizsenator Kahrs gegeben wurde: Er sehe die Notwendigkeit nicht, die bisherigen Verfügungen zum Beamtenrecht zu ergänzen. „Wenn dennoch ein Bedürfnis bestehe, diese Frage zu regeln, sei dies nur im Einvernehmen mit der Senatskommission für das Personalwesen (SAP) möglich“ (Weser Kurier, 1.2.). Inhaltlich wollte Kahrs sich nicht äußern. Das heißt: wenn der „Dienstweg“ eingehalten worden wäre, hätte der Sozialdemokrat Kahrs nichts an Janknechts Vorstellungen auszusetzen gehabt! Tatsächlich sind sie keineswegs vom Tisch. Der Generalstaatsanwalt Wendisch hat lediglich die „Anwendung“ dieser Richtlinien „einstweilen ausgesetzt“ (Weser Kurier, ebda.).

Die Bestrebungen des Herrn Janknecht sind diesen Leuten offenbar nur zu früh gekommen. ...

KB/Gruppe Bremen

Gesinnungsprozeß gegen Johannes Roos

Seit dem 15.2. läuft in Düsseldorf der Prozeß gegen Johannes Roos wegen versuchten Bankraubs, geplanter Entführung und Mitgliedschaft in einer Revolutionären Zelle (RZ)

Johannes ist letztes Jahr in einem Mordprozeß freigesprochen worden – zusammen mit Detlev Scholz. Die Anklage wegen Mordmord mußte aufgehoben werden, da sich herausstellte, daß der Bulle von einem anderen Bulle erschossen worden ist. Seit dem Zeitpunkt ist Johannes in Haft. Die Justiz suchte und hat inzwischen neue Gründe für eine Anklage zusammengebastelt.

Als Grundlage für diesen Prozeß gilt die Verurteilung von Gerd Albarus und Enno Schwall, mit der die RZ erstmals als „nationale Organisation mit hierarchischen Strukturen und Zentralorgan“ definiert wurden. Der Richter bezeichnete diesen Prozeß schon jetzt als Vorverhandlung. Enno und Gerd wurden zu sechs und vierdreiviertel Jahren verurteilt, weil sie angeblich bei einem Entebbe-Film einen Brandsatz in einem Aachener Kino gelegt haben und Mitglieder in einer RZ sein sollen. Auffällig ist hier die Art der Beweisführung: Einerseits wird die angebliche Mitgliedschaft in einer RZ als Beweis für die versuchte Brandstiftung herangezogen, andererseits wird die Mitgliedschaft in der RZ mit eben dieser – nicht bewiesenen – Aktion begründet.

Die Sicherheit, mit der die Justiz und ihre Sicherheitsorgane vorgehen, zeigt sich auch in der Behandlung der Prozeßbesucher. Öffentlichkeit ist zwar gesetzlich garantiert, bei solchen Gesinnungsprozessen besteht sie aber hauptsächlich aus Zivilbulle, Verfassungsschutz und wenigen interessierten Leuten, die von vornherein als Sympathisanten und Kriminelle abgestempelt werden. Z.B. der 1. Prozeßtag: Regelmäßige Besucher werden schon an der Autobahn von sog. Verkehrskontrollen (mit MAs) abgefangen und bis zu zwei Stunden durchsucht. Die Verhandlung findet in einer Polizeikaserne neben dem Gerichtsgebäude statt. Am Eingang Paßkontrolle – dann immer nur zu zweit in den Bunker – nochmals Paßkontrolle – jeder wird abgetastet und mit Metallsuchgeräten abgepiepelt – automatische Türen. Im Saal mindestens doppelt so viele Zivilbulle wie Besucher. Zwischenrufer werden ausgeschlossen. Einer, der zum

Richter rief „Heil Hitler, Herr Richter!“ wurde zu zwei Tagen Ordnungshaft verknackt. In einer Verhandlungspause wollten Zivilbulle einen, der Johannes ein Mon-Cheri zugeworfen hatte, mit in den Keller nehmen. Als er sich dagegen wehrte, begannen die Bulle mit auf die Leute loszuschlagen. Einige wurden runtergeschleppt und verprügelt.

Zum Prozeßverlauf selbst: Der Richter schmetterte alle Anträge der Verteidigung auf Lockerung der Haftbedingungen und Kontrollmaßnahmen ohne Begründung ab. Johannes will sich für die Verhandlung ausschließen lassen und wird ständig wieder zwangsvorgeführt und mit Ordnungsstrafen belegt. Die Zeugen werden durch Suggestivfragen des Richters zu Aussagen gebracht, die Anwälte in der Befragung unterbrochen.

Wichtig ist, daß diese Willkür der Gerichte in Gesinnungsprozessen einer großen Öffentlichkeit bekannt wird, damit allen klar wird, wie dieser Rechtsstaat funktioniert und wie weit seine Rechte gehen, um sich selbst zu erhalten.

Sabine aus Essen



So soll es sein: Frankfurter Polizeichef gerügt

In der ersten Instanz war Cohn-Bendit zu 1800 DM Geldstrafe verurteilt worden. In der Berufungsverhandlung vor dem Frankfurter Landgericht forderte die Staatsanwaltschaft gar 2000 DM. Der Schuß ging für die Strafverfolger nach hinten los. Daniel Cohn-Bendit wurde freigesprochen. Seit langem zum ersten Mal läßt ein Frankfurter Gericht Kritik am Vorgehen der Frankfurter Polizeiführung.

Anlaß des Todes von Ulrike Meinhof fand in Frankfurt eine verbotene Demonstration statt. Brandverletzungen eines Polizisten nahm die Polizeiführung zum Anlaß, eine beispiellose Hetze gegen die Demonstrationen und vor allem vermeintliche „Rädelsführer“ zu inszenieren. Unter anderem in der „Heusenstau“ der ARD erklärte damals der Frankfurter Polizeipräsident Müller zu Bildern von vermeintlichen Demonstrationen als Tauschenfeststellung, dies seien „Bilder von Rädelsführern, die wir festgenommen haben“.

Später mußten alle diese Menschen wieder freigelassen werden. Der Verdacht war nicht aufrechterhalten. Müller und seine Polizei behalten in aller Öffentlichkeit Unschuldige diffamiert. In dieser Situation hatte Cohn-

Bendit im Rahmen der Solidaritätsarbeit mit den verhafteten Genossen festgestellt, Müller habe gangsterhaft gehandelt. Das sei im rechtlichen Sinne eine Beleidigung – so das Gericht. Trotzdem wurde Cohn-Bendit freigesprochen – wegen Verbotsirritum, denn: „Zu denen, die im Regionalfernsehen „an den Pranger gestellt wurden“ (Richter Bauer), gehörte auch Richard L., der aber selbst nach den Informationen in der Polizeibehörde mit ... der Demonstration nichts zu tun hatte... Wie das Gericht urteilte, hatte das Bild in der Sendung nicht gezeigt werden dürfen, da dies weder der Menschenrechtskonvention noch dem Prinzip der Unschuldsvermutung entspricht. Richter Bauer wörtlich: „Das war rechtswidrig.“ Cohn-Bendit hatte erlebt, daß bei der

Polizeihatz schmerzt „mit normaler Argumentation nichts mehr zu erreichen war... Wenn Müller erklärte, der Rechtsstaat müsse verteidigt werden, sei dies gut – nur: „Das sollte man auch mit rechtsstaatlichen Mitteln tun“.

„Wir Richter“, sagte Bauer, hätten es begrüßt, wenn der Polizeipräsident in diesem Falle einen „Ansatz von Bedauern“ gezeigt hätte. Da dies nicht geschah, äußerten die Richter ihr Bedauern darüber, „was Richard L. im Namen des Rechtsstaates geschah“.

So eine kalte Dusche hat die Frankfurter Polizeiführung schon lange nicht mehr bekommen. Anzumerken, Knut Müller hätte sich mit dieser weilen entschuldigt, ist allerdings ein Irrtum. Und auch eine weitere Konsequenz wurde bisher noch immer nicht einklag: Der Rücktritt von Knut Müller. Zeit wird's allmählich (Alle Zitate nach „FR“ 21.2.79)

KB/Gruppe Frankfurt

„Liberalisierung“ – Auf der ganzen Linie Fehlanzeige

In seiner Nummer 9/79 fiel dem Spiegel, der ja wirklich nicht in dem Geroch steht, Regierungspolitik von links zu kritisieren, etwas auf: Angesichts äußerst scharfer Angriffe der CSU/CDU-Fraktion im Bundestag auf die Bundesregierung stellte er fest, daß der Anlaß für dieser Angriffe zu „winzig“ sei. Denn das, was die Sozialliberalen nach tagelangen Kabinettsdiskussionen endlich zuwege brachten, erscheint dem Spiegel schlicht als „recht mickrig“. Damit dürfte der Spiegel – selten genug – hundertprozentig ins Schwarze getroffen haben, obwohl er damit keine großen Neuigkeiten verbreitet.

Neuer allerdings dürften einige andere in diesem Zusammenhang erwähnte Dinge sein, so z.B. die Rechtsauffassung von Baumbach Juristen, „daß das Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz den Innenministern von CDU und CSU bei der Ruderkalenberg behilflich sein muß – weil es Auskünfte nicht verweigern darf“ (Spiegel).

Politisch brisanter sind aber noch mehr die Reaktionen der sozialliberal regierten Bundesländer. Nach der Auflistung des Spiegels scheint es unter mehr die Reaktionen der sozialliberal regierten Bundesländer. Nach der Auflistung des Spiegels scheint es unter ihnen kein einziges zu geben, das nicht schon Schwermüdigkeit hätte, die Scheinreform des Kabinetts durchzusetzen, d.h. die Regelanfrage fallen zu lassen. (Auf die Vorgänge in Hessen und Hamburg sind wir schon im letzten AK eingegangen). Von einer „Liberalisierung“ ganz zu schweigen. In Bremen wird immerhin von der SPD selber „kleinlaut eingeräumt“ (Spiegel), daß sich „so gut wie nichts geändert“ hat (Spiegel).

In Westberlin gibt es sowohl Widerstand von den Gerichtspräsidenten,

weil sie sich „Sorge“ darum machen, daß sich bei Wegfall der Regelanfrage „Radikale“ in die Gerichte einschleichen könnten. Zum anderen sperren sich die Westberliner Bezirksbürgermeister, die einer solchen „Veränderung“ zustimmen müßten.

Der schärfste Widerstand kommt aus Nordrhein-Westfalen. Da hat der berüchtigte Rechtsaußen-Innenminister Harach eine besonders infamie ausgekocht. Eine Möglichkeit der Umgehung der Aufhebung der Regelanfrage wird darin gesehen, eben nicht beim Verfassungsschutz anzufragen, sondern den Verfassungsschutz regelmäßig alle drei Monate unangefordert die entsprechenden Sachen überkommen zu lassen. Das ist plump und wird sich sicherlich auch deshalb schon nicht durchsetzen. Eine andere Möglichkeit ist zwar noch perverser, hat sich aber schon im IX. B. bewährt: Danach soll der Bewerber mit seiner Unterschrift erklären, daß er keiner „verfassungsfeindlichen Organisation“ angehört. Verweigert er diese schriftliche Auskunft, wird automatisch beim Verfassungsschutz angefragt. Unterschreibt der Bewerber diesen Revers, und es stellt sich automatisch beim Verfassungsschutz angefragt. Unterschreibt der Bewerber diesen Revers, und es stellt sich später heraus, daß er „gelogen“ hat, so wird er mit sofortiger Wirkung entlassen. Mit Sicherheit folgt dann ein Verfahren wegen Meineid. Jede Diskussion um eine „Liberalisierung“ der Berufsverbote fördert so gleichzeitig die Bestrebungen der Reaktion, die Gesinnungsschulfflei und politische Repression zu verschärfen.

Politisch brisanter sind aber noch mehr die Reaktionen der sozialliberal regierten Bundesländer. Nach der Auflistung des Spiegels scheint es unter ihnen kein einziges zu geben, das nicht schon Schwermüdigkeit hätte, die Scheinreform des Kabinetts durchzusetzen, d.h. die Regelanfrage fallen zu lassen. (Auf die Vorgänge in Hessen und Hamburg sind wir schon im letzten AK eingegangen). Von einer „Liberalisierung“ ganz zu schweigen. In Bremen wird immerhin von der SPD selber „kleinlaut eingeräumt“ (Spiegel), daß sich „so gut wie nichts geändert“ hat (Spiegel).

In Westberlin gibt es sowohl Widerstand von den Gerichtspräsidenten, Berufsverbotekommission KB / Gruppe Hamburg

Zensur im Knast

Brief eines Gefangenen

Die von der demokratischen Öffentlichkeit am wenigsten registrierbare Zensur findet alljährlich in den westdeutschen Gefängnissen statt. Dutzendfach häufen sich auch bei uns ähnliche Schreiben, daß an Gefangene verabschiedete Ausgaben des „Arbeiterkampf“ nicht ausgehändigt, sondern „zur Habe genommen“ wurden. Was im Rahmen solcher Zensurpraktiken abläuft und angedroht wird, wenn Gefangene dagegen protestieren, schildert der nachfolgende Brief. Der Gefangene Bernd F. Möhle aus der JVA Schwelmstadt bedankt sich darin zuerst für die Zusendung des „Rumel-Buch 5“, das er auch ausgehändigt bekam, und führt dann fort (von uns leicht gekürzt):

„Daß es auch anders läuft mit der Knastzensur ist ja auch Buch hinreichend bekannt. Den AK bekam ich bis jetzt zwar immer ausgehändigt, doch bei anderen politischen Zeitschriften und Büchern gibt es konstant Trouble. Am schlimmsten ist es mit dem „Informationsdienst“, den man teilweise einige Monate von der Knastleitung nicht ausgehändigt bekommt. Dann auch Bücher wie „Bommi“ Baumann, „Normalvollzug“, „Alles unter Verschluss“ etc. Als Gründe gibt die Anstaltsleitung immer an: „Der Inhalt ist gefährlich“, das Vollzugsziel (siehe ob. Zeitschrift), Sicherheit und Ordnung, und könnte die Emotionen (was, die traut man einem noch zu?) Gefangenen negativ beeinflussen“.

Die danach gestellten Anträge auf gerichtliche Entscheidung werden dann in ähnlicher Manier abgelehnt. Die Gründe der StV ab immer gleich, ändern tun sich lediglich die Nummer und Titel der Bücher und Publikationen. Dann haben wir es

auch noch mit einem Richter zu tun, der äußerst rechts steht. Den 1965 im Frankfurter Auschwitz-Prozeß verurteilten NS-Verbrechern Josef Klehr und O. Kaduk genehmigte dieser Richter Dr. Bienerl mittels einer gerichtlichen Entscheidung einen Hafturlaub, politisch links motivierten Gefangenen lehnt er konstant Bücher, Zeitungen etc. ab. Andere Anträge können wir uns eh gleich sparen!!

Am 21.1.79 machte ich deshalb eine Dienstaufsichtsbeschwerde über diesen Richter Dr. Bienerl und richtete diese an den Landgerichtspräsidenten des Landgerichts in Marburg/L. Anhand von vier Punkten legte ich den Sachverhalt dar und unterstellte aufgrund der einseitigen Beschlüsse dem Richter Dr. Bienerl faschistische Tendenzen, etc. Am 8.2.79 antwortete mir darauf der Landgerichtspräsident, ich zitierte: „Die Unterstellung faschistischer Tendenzen“ bei einem Richter der Strafvollstreckungskammer ist abwegig. Ich weise sie zurück. Sollten

sich Verurteilungen dieser Art wiederholen, werde ich prüfen, ob ich gegen Sie als Dienstvorgesetzter des betroffenen Richters Strafanzeige erstatten und Strafanzeige wegen Beleidigung stellen will. Abgesehen von einer unter Umständen zu erwartenden Bestrafung könnte ein derartiges Verfahren auch bei einer Entscheidung im Rahmen des § 57 StGB für Sie nachteilig ins Gewicht fallen...“

Reichlich putzig diese Stellungnahme und ich habe sie inzwischen in schriftlicher Form an den Landgerichtspräsidenten wiederholt. Einen Befangenheitsantrag nach §§ 24 ff. StPO lehnte mir der betroffene Richter (gemeint ist Bienerl) selbst ab. Er hält sich nicht für befangen. Na also, ist ja alles wieder in „Ordnung“!!

Gut, gegen den Beschluß habe ich inzwischen Rechtsbeschwerde beim OLG Frankfurt eingelegt (Az 2 AR 71/79). Das war also mein kleiner Zensur Bericht aus dem „Modell Deutschland“.

Eine Spende für den Prozeß gegen den KB (Russell-Buch 5 und über die Stammheim-Berichte) ist mir nicht möglich. Allerdings solidarisiere ich mich mit meiner Unterschrift mit auch und gegen diese Repressalien, drücke Euch den linken Daumen und laßt Euch nicht entmutigen!!

Freiheit, Liebe und Glück für ALLE Bernd F. Möhle

Jagdszenen aus Niederbayern: Hammer-Prozeß - 2. Teil

In AK 143 (S. 34) berichteten wir zum ersten Mal über einen Prozeß in Passau. Angeklagt sind dort drei AKW-Gegner, weil man an ihrem Auto 13 Wahlplakatscheiben gefunden hatte und sie nun verdächtigt wurden, diese sich unrechtmäßig angeeignet zu haben. Damals berichteten wir über bemerkenswerte Ordnungsstrafen von Richter Hammer, weil die drei Angeklagten es gewagt hatten, im Gerichtssaal zu lachen; „gemeinschaftliches Lachen ohne sachlichen Anlaß“ –

dies ist in bundesdeutschen Gerichtssälen seit diesem Hammer-Urteil verboten.

Inzwischen hat nun der zweite Teil dieses bemerkenswerten Prozesses stattgefunden. Die Bedingungen waren dieselben wie beim ersten Mal: alle Prozeßbesucher mußten ihre Ausweise abgeben, damit sie fotokopiert werden konnten; um mitmaßliche „Lächer“ und sonstige Ruhestörer gegebenenfalls aus dem Gerichtssaal entfernen zu können, waren genügend viele

Polizisten anwesend.

Das Urteil entsprach dann den Ausführungen des Staatsanwalts, nicht aber den Tatsachen: 200 DM Geldstrafe wegen „gemeinschaftlicher Hehlerei“ – die im gesamten Prozeß durch nichts belegt werden konnte. Dies war dann sowohl den Angeklagten als auch dem Rechtsanwalt zuzuliegen – sie gingen in die Revision. Wir können uns also noch auf eine Fortsetzung dieser Hammergeschichte einrichten.

Gemeinsame Berufsverbote-Veranstaltung

Hamburg Am 17.2. fand in der Christuskirche Wandsbek eine Berufsverboteveranstaltung statt. Die Veranstaltung wurde von ca. 360 Menschen besucht.

Träger war ein breites Bündnis zwischen Mitarbeiterinnen der Christuskirche, Bunte Liste-BI Wandsbek, Antirepressionskreis Wandsbek, SDAJ Farmen, SDAJ Wandsbek, Caduta masti (Schülergruppe), Initiative Klaus Lewandowsky und die Juso-Gruppe Wandsbek.

Die Veranstaltung kam zustande vor dem Hintergrund der zur Zeit laufenden Diskussion um die Berufsverbote (Klose/Koschnick-Plan, Kabinettsbeschlüsse).

Dem Bündnis gelang es trotz der verschiedenen Einschätzungen zu den Kabinettsbeschlüssen, den gemeinsamen Kampf gegen die Berufsverbote in den Vordergrund zu stellen. Wir waren uns alle einig darin, daß Berufsverbote immer noch bestehen, und daß sie restlos weg müssen.

Auf der Veranstaltung sprachen, nachdem die Mitarbeiterinnen ein Eingangsreferat über die geschichtliche Entwicklung der Berufsverbote gehalten hatte, drei Hamburger Berufsverboteopfer Karl Heinz Kuke, dem vorgeworfen wird, presserechtlicher Verantwortlicher der Referen-

darzeitung zu sein, Klaus Lewandowsky, dem Mitgliedschaft in der SDAJ/DKP vorgeworfen wird, und Werner Schaefer, dem Mitgliedschaft im KB vorgeworfen wird.

Nach einem Theaterstück der SDAJ und je einem Beitrag des Antirepressionskreises und der Juso fand die Diskussion mit dem Plenum statt. Dabei ging es in erster Linie um eine Äußerung der SDAJ, daß alle diejenigen, die die Kabinettsbeschlüsse nicht als fortschrittlich bezeichnen, die Berufsverbotebewegung spalten würden.

Zum Abschluß der Diskussion wurde noch ein vom Bündnis gemeinsam verabschiedeter Beitrag gehalten, der noch einmal die Gemeinsamkeiten hervorhob, die wir alle haben.

Parallel zu der Diskussion wurden in einem zweiten Raum die Filme „Vera Romeyke ist nicht tragbar“ und „Die BRD, der unheimliche Nachbar“ gezeigt. Auch eine Resolution zu den laufenden KB-Prozessen wurde noch verlesen konnte aber leider nicht mehr abgestimmt werden.

Es ist zu hoffen, daß solche Bündnisse häufiger zustande kommen, und langfristig Unvereinbarkeitsbeschlüsse oder auch die teilweise unter den fortschrittlichen Kräften vorhandenen Beharrungslinien fallen werden.

Ein Wandsbeker Genosse

Niederländisch-westdeutsches Berufsverbote-Seminar: Versalzt dem Klose die Suppe!

Das Gustav-Stresemann-Institut in Bergisch-Gladbach (bei Köln) organisiert vom 19.-24. März in Zusammenarbeit mit dem Europahaus der Niederlande ein westdeutsch-niederländisches Seminar zum Thema

„Der Verfassungsfeind“ – gegenwärtige Entwicklungen der Berufsverbote in der Bundesrepublik im Vergleich mit der niederländischen Situation.

Das Seminar wurde u.a. ermöglicht durch eine besondere Unterstützung für jeden Teilnehmer im Zusammenhang mit dem westdeutsch-niederländischen Kulturvertrag und „ist in erster Linie für diejenigen, die in den Niederlanden und der Bundesrepublik aktiv sind in der Bewegung gegen die Berufsverbote (aber auch Interessierte sind willkommen)“ (aus dem Einladungsschreiben).

Das Programm des Seminars enthält u.a.

allgemeine Informationen über die juristische und politische Problematik der Berufsverbote in der BRD, verglichen mit der „Antecedentenuntersuchung“ (s. AK 131, S. 40), in den Niederlanden.

Vorstellung westdeutscher und niederländischer Berufsverbotefälle. Prof. Brückner und Charlotte Nuss

aus der BRD. Aus den Niederlanden Bouwe Kalma (ehemaliger Chef der Rotterdamer Sitten- und Kinderpolizei „weißer Rabe“, er beteiligte sich an einer Protestdemonstration anlässlich des Todes der Stammheim-Gefangenen und wurde nach einer einjährigen Debatte aus dem Dienst entlassen) und Peter Hartstra (als Lehrer an einer katholischen Schule wegen seiner Mitgliedschaft in der revisionistischen KP entlassen).

Diskussion in Gruppen über das „Bremer Modell“, das „Hamburger Modell“ und die neuen Richtlinien der Bundesregierung.

– Diskussion mit Bürgermeister Klose.

Vortrag von P. Brückner über „Die Entwicklungstendenzen der BRD zu einem autoritären Staat im Vergleich mit dem Ausland“ – Ein Vertreter des Bundesinnenministeriums spricht über „Aufgabe und Auffassung der Behörden bezüglich der Verfassungsfeindlichkeit“.

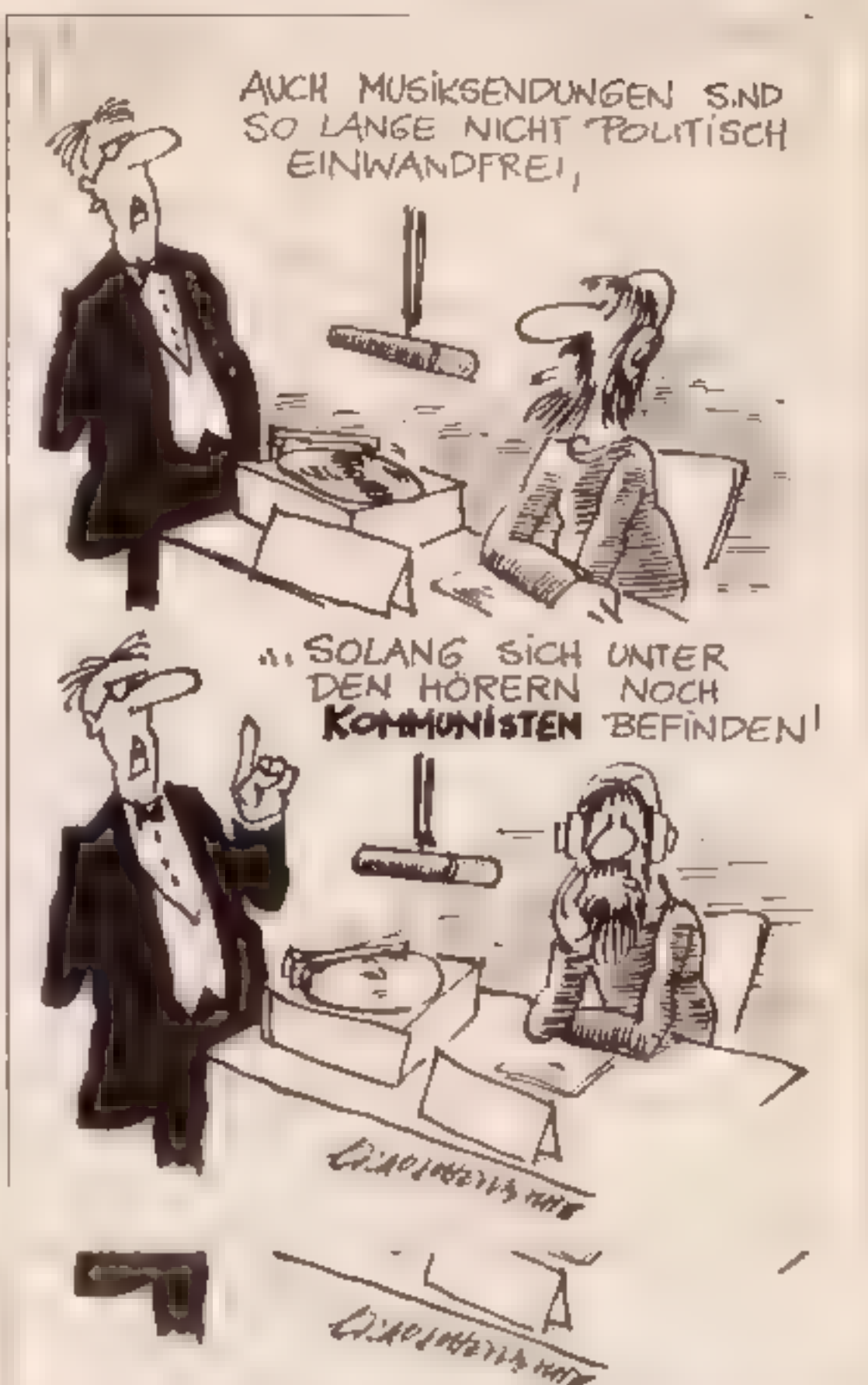
Gruppendiskussion über die Strategie der Bewegung gegen die Berufsverbote in der BRD und den Niederlanden.

Die Teilnahmekosten betragen 1,5 DM bzw. 75 DM für Schüler und

Studenten (dann sind einbezogen Unterkunft in einem alten Schloß in sehr schöner Umgebung und alle Mahlzeiten). Die Reisekosten werden zu 75 % zurückerstattet. Anmeldungen und Rückfragen über Gustav-Stresemann Institut e.V., Europäische Akademie Lebach, 507 Bergisch-Gladbach.

Es dürfte nicht sonderlich weit gegriffen sein, wenn man die Teilnahme von Figuren wie Bürgermeister Klose und einem Vertreter des Bundesinnenministeriums darin begründet sieht, daß diese Herren für ihre edlen Absichten Verständnis erwecken wollen. Es wird somit vor allem an den Teilnehmern des Seminars selbst und den Referenten, die selber Opfer eines Berufsverbotes geworden sind, liegen, diese Absichten zu durchkreuzen und an die Stelle eines „Verständnisses“ für die Bundesregierung die Entlarvung sozialdemokratischer Manöver zu setzen. Warum sollte es denjenigen, die für die Berufsverbote-Praxis in der BRD direkt verantwortlich sind, besser ergehen als dem Herrn Kohl bei der ZDF Diskussion mit niederländischen Bürgern?

Niederlande-Kommission



Von Klose nur Sprüche Von Klose nur Sprüche

Hamburg: Unter dem Motto „Mit der Radikalerklärung vom Tisch“ veranstalteten die Jusos am 27. 2. 79 eine Diskussion mit Hans-Ulrich Klose im Hamburger Gewerkschaftshaus. Falls überhaupt jemand unter den 200 bis 300 Besuchern dieser Veranstaltung noch Zweifel in dieser Frage gehabt haben sollte, wurde ihm spätestens hier klar, daß die Antwort nur ein klares Nein sein kann.

Kloses Eröffnungsbeitrag enthielt zunächst eine breite Darstellung der Stationen und Gründe für seine angebliche Meinungsänderung zur Praxis der Berufsverbote. Dabei sticht besonders heraus, daß gerade auch die Befürworter der Berufsverbote in der SPD wie Schulz, Weichmann u. a. sehr „honorige Motive“ für ihre Haltung hätten. Jetzt käme es bei der Durchsetzung der neuen Grundsätze darauf an, mit den Gegnern der neuen Regelungen in einen Diskussionsprozeß einzutreten, damit sich daraus ein Handeln „im Geist der neuen Grundsätze“ ergebe.

Als besondere Errungenschaften dieser neuen „Geistes“ versuchte er den Zuhörern folgendes zu verkaufen:

- Anwendung des Prinzips der Einzelfallprüfung
- Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit
- Anfragen beim Verfassungsschutz nur noch im Fall von Verdachtsmomenten, die „ohne besondere Ermittlungen“ vorliegen

Abschließend wies Klose noch darauf hin, daß vor einer wirklichen Änderung der Praxis noch eine Vielzahl von konkretisierenden Beschlüssen zu fassen sei, von denen man heute noch nicht wisse, wie sie aussehen wür-

den. Dabei geite es „Toleranz und Kompromißbereitschaft“ zu. Das machte auch der Herr Klose klar, daß er sich in der Klose in der Berufsverbote-Debatte keine großen Hoffnungen machen kann. Der Beifall war entsprechend mager.

In der dann folgenden Diskussion wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden der GEW Hamburg deutlich herausgestellt, daß sich an der Berufsverbotspraxis nichts geändert hat und wahrscheinlich auch nichts ändern wird. Dies zeigte er an einigen immer noch laufenden und inzwischen neu hinzugekommenen Fällen auf. Auch die Praxis der Berufsverbote habe sich geändert, sondern ihre „Legitimationsgrundlage“. Der große Beifall zeigte, daß diese Auffassung die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit fand.

Ein anderer Diskussionsbeitrag führte aus, daß die bisher von einigen führenden Sozialdemokraten (Brandt, Bahr, Klose) vorgebrachten „Selbstkritiken“ bezüglich der Berufsverbote kaum glaubhaft seien, denn diese Politiker hätten die Politik der Kommunistenverfolgung seit Beginn der 50er Jahre miterlebt bzw. mitgetragen.

Außerdem wies der Diskussions Teilnehmer darauf hin, daß die Abschaffung der Regelanfrage eher eine Entlastung des Verfassungsschutzes als eine Verbesserung für die Berufsverbotsopfer darstellt, denn nach wie vor dürfte es keiner Behörde schwer fallen, die für eine Anfrage beim Verfassungsschutz notwendigen Verdachtsmomente zu beschaffen oder zu konstruieren. Keiner kann später nachweisen, ob diese Verdachtsmo-

mente „ohne besondere Ermittlungen“ zu Stande kamen oder nicht.

Bei mehreren Anfragen von Veranstaltungsteilnehmern nach konkreten Verbesserungen im laufenden laufenden Berufsverbotsverfahren verweigerte Klose die Antwort, weil dies seiner Meinung nach gegen das Prinzip der „Einzelfallprüfung“ verstoße. Nur in den Fällen, wo eine Gerichtsentscheidung zugunsten eines Berufsverbotsopfers gefällt wurde, gegen die die Behörde Widerspruch einlegte, wolle Klose sich dafür einsetzen, daß der Behördenwiderspruch zurückgezogen wird – aber auch nur dann, wenn Kloses Senatskollegen zustimmen.

Im Laufe der Veranstaltung stellten außerdem verschiedene Berufsverbotsopfer ihre Fälle dar. Daß dabei nur DKPler und ein SPDler zu Wort kamen, obwohl auch Berufsverbotsopfer aus anderen linken Organisationen anwesend waren und sich auf die Rednerliste setzen ließen, läßt auf ein fragwürdiges Verständnis der Juso-Diskussionsleitung vom gemeinsamen Kampf aller Berufsverbotsopfer schließen.

Fins hat die Veranstaltung klar gezeigt. Von Leuten wie Klose wird unsere alte gemeinsame Forderung „Weg mit den Berufsverböten“ nicht ernsthaft unterstützt, sondern eher Verwarnung geschaffen. Deshalb müssen alle Berufsverbotsgegner sich wieder mehr auf die eigenen Kräfte besinnen.

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Meldungen Meldungen

Am 24. 2. 79 hat die Lehrerin Barbara Sch. an der Gesamtschule Ost in Bremen ihr Entlassungsschreiben vom Bildungssenator erhalten. Nach vierjähriger Probezeit und zwei „Dienstgesprächen“ sollen jetzt ganze Tatsachen geschaffen werden. Vorgeworfen wird ihr Unterstützung des KBW. Dies wird „belegt“ mit Herausgabe eines Infos gegen die Disziplinierung von Bremer Lehrern, Zeitungsverkauf und Flugblattverteilung, Teilnahme an Fahrpreisdemos u. a. m. Der Senator schreibt in der Begründung:

„Insbesondere kann der Umstand, daß das sonstige dienstliche Verhalten und die fachliche Eignung von Frau Sch. nicht zu beanstanden sind, nicht zu einer anderen Beurteilung führen, denn die fachlichen Fähigkeiten von Frau Sch. können ihre fehlende Eignung mangels Verfassungstreue und mangels Einhaltung des Gebots der Mäßigung und Zurückhaltung bei politischer Betätigung weder ausgleichen, noch läßt sich eine Behebung dieses Mangels erwarten.“

Die Entlassung wirft darüber hinaus noch ein berechnendes Licht auf die „soziale“ Ader dieses Staates, da die KBW-Mitgliedschaft ihren Rauschmiß während des Mutterschaftsurlaubs rechtfertigen soll.

Erfreulich ist die Reaktion der Kollegen. Nach Diskussion auf der Konferenz hatten Eltern-, Schüler- und Lehrervertreter Barbara zu den Dienstgesprächen begleitet.

Nach dem Bekanntwerden des Entlassungsschreibens wurde der Fall in der GEW-Betriebsgruppe diskutiert und von der Bezirksdelegiertenversammlung bei einigen Enthaltungen einstimmig die Weiterbeschäftigung von Barbara gefordert. Und das, obwohl sie schon vor geraumer Zeit aus der GEW ausgeschlossen worden war.

KB / Gruppe Bremen

ZÜ. „Persönlichkeitsprofil“

Die Vereinigung Freiburger Sozialarbeit wollte das DKP-Mitglied Günter R. nicht einstellen, obwohl seine fachliche Qualifikation unbestritten ist. Die entlarvende Begründung der Vereinigung: Es sei nicht nur nach dem „Fachlichkeits-“, sondern auch nach dem „Persönlichkeitsprofil“ zu entscheiden. Das Vorstandsmitglied Mehl, gleichzeitig Leiter des Sozial- und Jugendzentrums Freiburg, drohte offen mit dem Entzug von Geldern für den Fall der Einstellung Günter R.'s.

Allerdings hatten die Berufsverböter wohl nicht mit dem starken Widerstand der Bewohner gerechnet, für deren Wohngebiet die Stelle geschaffen worden war, und die sich mit Unterschriftenlisten und öffentlichen Diskussionsveranstaltungen für Gün-

ter R. einsetzen und der Vereinigung Freiburger Sozialarbeit Mordtungen des Bürgerwillens vorwarfen. So sah sich die Vereinigung auf einer Mitgliederversammlung in die Defensive gedrängt. Die Entscheidung sei noch nicht endgültig. Günter R.'s Bewerbung werde in einem neuen Verfahren berücksichtigt und die betroffenen Bürger sollen zu einem Gespräch hierüber gebeten werden.

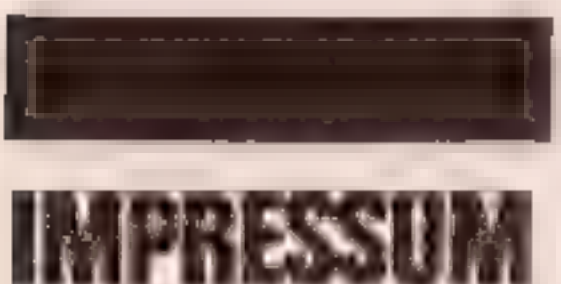
Münster/Bochum: Die 1. Kammer des Arbeitsgerichts Münster verurteilte am 23. 2. 79 das Land NRW Reinhard J. als Gymnasiallehrer am Angestelltenverhältnis einzustellen. Reinhard J., der aus einer antifaschistischen Familie stammt, war von Neonazi wegen angeblicher Beleidigung angezeigt worden. Nachdem J. in diesem Verfahren freigesprochen worden war, lehnte die Behörde ihn wegen Mitgliedschaft in der DKP ab. Das Schulkollegium hatte über J.'s Verfassungsverständnis „keine Klarheit gewonnen“, weil er sich „einselig“ von neofaschistischen Aktivitäten abgrenze („UZ“ v. 24. 2. 79).

Bottrop: Der Bundesbahnassistent z.A. Jürgen H. ist zum 31. 3. 79 wegen DKP-Mitgliedschaft gekündigt worden. Ihm war ausdrücklich parteipolitische Zurückhaltung im Dienst bescheinigt worden. Seine Kündigung wird mit seiner außerdienstlichen „Betätigung in einer kommunistischen Partei und seinem Eintreten für deren verfassungsfeindliche Ziele“ begründet. Die Verfassungsfeindlichkeit der DKP wurde mit Hinweis auf die Charakterisierungen der DKP durch die Bundesregierung und durch Gerichte begründet („FR“, 19. 2. 79).

Marburg: Gegen die Postfachleiter Herbert B. und Rainer L. wurde ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel ihrer Entlassung eingeleitet. B. ist seit 1971 Beamter auf Lebenszeit. Ihm wird vor allem seine außerdienstliche Tätigkeit als Abgeordneter der DKP in der Marburger Stadtverordnetenversammlung vorgeworfen.

Rainer L. wird vorgeworfen, 1974 einen Wahlauftrag der DKP unterzeichnet zu haben.

Mit Peter K. (Sprecher des Marburger Berufsverbote-Komitees) zusammen sind das nun schon drei Berufsverbotefälle in der Marburger Post innerhalb der letzten Wochen. In Hessen wird übrigens auch gerade „überaus“... Die DKP will wegen des Falls von Herbert B. ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Hessische Mandatschutzgesetz einleiten („Neue“ vom 21. 2. 79).



Impressum
Herausgeber - Druck - Verlag
ARBEITERKAMPF
Verlag J. Roents
Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlags-
adresse
Auflage: 12.500
Erscheinungsweise: 14-tägig
Verkaufspreis: DM 2,-

Verlagskonten: Dresdner Bank,
451 8378, J. Roents, und
Postcheckkonto Hamburg,
240 595, J. Roents

Am 20. 2. 79 wurde in Bonn auf Initiative des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) der „Heinrich-Heine-Fonds“ gegründet. Aus diesem Fonds sollen vom Berufsverbot Betroffene finanzielle Hilfe erhalten. In dem Aufruf heißt es dazu: „Wie sollen sie (die Betroffenen) alle Kräfte auf die juristische Gegenwehr und die Mobilisierung der Öffentlichkeit für ihre Sache konzentrieren, wenn sie sich zugleich Sorgen um die nächste Monatsmiete machen müssen? Je schneller und wirkungsvoller ihnen heute geholfen wird, desto leichter wird die Kampagne gegen das staatlich verordnete Unrecht morgen obliegen können.“

Die durch Spenden gesammelten Mittel sollen von einem Vergabe-Ausschuß (bei einstimmiger Entscheidung) verteilt werden, und zwar an „Betroffene aus allen Berufsgruppen und allen demokratischen Strömun-

gen, die in Wahrnehmung verfassungsmäßiger Rechte in Not geraten sind.“

Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehören der DKP-nahestehende Kräfte, einzelne Mitglieder von SPD, FDP und SB sowie unabhängige Linke. U.a. haben unterschrieben Prof. Wolfgang Abendroth, Dr. Martin Niemöller, Bernd Engelmann, Gerhard Weber, Klaus Thüsing, Prof. Walter Jens, Franz Xaver Kroetz, Prof. Arno Klönne, Prof. Helmut Gollwitzer, Eckart Spoo. Es bleibt zu hoffen, daß der Anspruch nichtselektiver Solidarität in die Praxis umgesetzt wird, was allerdings den Gepflogenheiten der DKP widersprechen würde. So könnte die Vorschrist einstimmiger Entscheidungen im Vergabe-Ausschuß es der DKP ermöglichen, parteipolitische Erwägungen wie bei der Initiative Weg aus den Berufsverböten“ üblich durchzusetzen.



Militarismus Antimilitarismus



Kriegspropaganda durch Steuermittel finanziert

10 000 DM bekommt im Monat ein General oder Admiral der Bundeswehr auf die Hand, Sozial- und Krankenversicherung zahlt der Steuerzahler extra. Jede vierte Mark wird in Bonn zur 'Verteidigung' ausgegeben, im offiziellen Titel für 1979 sind es 16,7 Mrd. DM, 1,1 Mrd. mehr als im Vorjahr. Wir wollen hier zwei sehr kleine Einzelstücke der 'Verteidigungs'ausgaben betrachten. Mehrere Milliarden Mark werden jährlich ausgegeben, 10 Mio. für 'Nachwuchswerbung'. Dabei sind weniger die Höhe als die tatsächlichen Ziele interessant.

Rüstungswerbung = Kriegspropaganda

Insgesamt werden 12 Mio. DM für die Rüstungswerbung in der BRD jährlich ausgegeben. Die Hälfte dieser Anzeigen befindet sich in deutschsprachigen Fachzeitschriften, also ein 'Wort an Militärs wie Wehrtechnische Blätter wie 'Wehrtechnik', 'Europäische Wehrkunde' etc. die monatlich bereits in der Höhe von rund 1 Mio. Exemplaren schon reichlich die Kioske verstopfen. Finanziert wird diese Werbung zu einem beträchtlichen Teil aus dem 'Verteidigungs'etat der Bundesregierung (SZ, 18.1.79). Da Rüstungsgüter kaum auf dem Markt gehandelt werden, sondern im allgemeinen Auftragsarbeit für die Bundesregierung sind, stellt sich die Frage: Weshalb überhaupt die massive Werbung?

Das wird deutlich, wenn man diese Werbung näher betrachtet. Eine Anzeige der Firma Krupp: Ganzseitig, bunt, zu sehen ist lediglich die 'Jenseits der See'. Der Text: 'Das Problem liegt unter der Oberfläche — Wir lösen es für Sie mit SONAR — Damit sind wir seit mehr als 70 Jahren vertraut Krupp ... Marine-technik Simulationstechnik'. Es wird also völlig neutral ein 'Problem' unterstellt (U-Boote), welches Krupp 'Für uns' seit 70 Jahren (!) 'löst'. Das ist erstens eine Kriegspropaganda auch Verharmlosung, Problem 'lösen' und der Versuch, die Mitverantwortung der Firma Krupp für zwei Weltkriege zu rechtfertigen. Krupp löst Probleme seit 70 Jahren!

Für weiteres Beispiel, eine Anzeige der AEG Telefunken, AEG Telefunken löst wehrtechnische Probleme ... (und) ist erfahren im Management von Großprojekten'. Oder ein drittes, 'MAK-Vertrauen durch Leistung... HL Boot 331 — eine Technologie, die irrespektuell in der Welt sucht'. Hier also gleich ein weiteres Produkt der Werbung: Chauvinismus, nationale Überheblichkeit. Man spürt förmlich das Verlangen, diese Überlegenheit deutscher Kriegstechnik auch in der Praxis zu beweisen.

Wo es um Krieg geht, darf 'Auer' nicht fehlen. Motto: 'Wir helfen Menschen schützen' — 'Auer — Einer der größten Hersteller für Menschenschutz in Europa'. Geworben



wird für Grundausstattung der Bundeswehr

In dieser Logik ist genau genommen ja eigentlich die gesamte Rüstung ein sehr geeigneter (Menschen)Schutz davor, vom 'Feind' mit der Faust in die Presse geschlagen zu werden. Die Firma PANAVIA (u.a. MBB) dagegen, die wenige Seiten weiter für ihren Bomber TORNADO (MRCA) wirbt, verzichtet darauf, ihr Produkt als 'Schutzmittel' o.ä. zu verharmlosen: 'Pech, wenn der Gegner ein Flugzeug hat, das ...' und es folgt dann in kleinerer Schriftgröße u.a. '... bei jedem Weiter runde um die Uhr mit höchster Präzision Land- und Seeziele angreift — im automatischen Geflüge mit hoher Geschwindigkeit in niedrigen Höhen das Bodensystem durchdringt — dank hoher Flugleistungen, elektronischer Abwehr und modernster Bewaffnung das Luftraum beherrscht — auf teilerstörten und behelfsmäßigen Pisten startet und landet — Pech, wenn der Gegner TORNADO hat'. Da PANAVIA bisher noch nicht zu erkennen gegeben hat, daß sie beabsichtigt, den TORNADO 'gen Osten' zu verkaufen, ist wohl gemeint: 'Pech für die Russen, daß wir ein Flugzeug haben, das ...' — ja richtig, das 'angreift', 'beherrscht', das Bodensystem, 'unterfliegt' etc. Von 'Verteidigung' oder 'Abschreckung' keine Rede!

Eine andere TORNADO-Werbung meint: 'Einige Luftwaffen werden bald einen unfairen Vorteil haben.' Die 'SZ' (18.1.79) merkte dazu fragend an, ob denn das 'frivole Gerde vom 'unfairen Vorteil. (Tornado) nicht im Widerspruch zu den dauernden Warnungen eben dieser Bundesregierung (die die Anzeige finanziert, Anm. AK) vor der wachsenden Luftüberlegenheit des Warschauer Pakts' stehe. Das kann wohl bejaht werden.

Wenige Seiten weiter werden sogar

'Einsatzgebiete' empfohlen: 'Magirus-Deutz (LKW). Gebaut für Kenner (...). Durchkommen ist alles... egal, ob bei arktischer Kälte oder kochender Hitze.' In der BRD...? Manch einer wird sich daran erinnern, wie der russische Winter der deutschen Armee zugesetzt hat. Aber das soll ja jetzt anders werden.

Derartige Beispiele allein aus einer einzigen 'Wochzeitung' könnten öcker eine AK Seite füllen. 'Die entscheidende Frage', schreibt C. Potyka in der 'SZ' (18.1.) zur Rüstungswerbung, 'muß also lauten, welchen Sinn eigentlich die Werbung ... hat. Ein Instrument zur Marktregulierung ist sie sicher nicht. Rüstungsaufträge in Millionen- und Milliardenhöhe werden nach ganz anderen Kriterien und (hoffentlich!) unter überprüfbarsten Bedingungen vergeben. So bleiben Rüstungsanzeigen in Fachzeitschriften eine Art Selbstzweck, der höchstens die ohnehin von der Rüstungsindustrie abhängigen Journale am Leben erhält.'

Die Rüstungswerbung 'strahlt (inzwischen) ... doch schon weit über den Kreis der Experten hinaus. Immerhin beträgt die monatliche Auflagenhöhe der einschlägigen Zeitschriften rund eine Million Exemplare. Hinzu kommen Bücher, Filme und indirekte Träger einer wachsenden Rüstungsindustrie. Da erhält die Frage nach den unterschiedlichen Botschaften dieser Ideologie ihre Berechtigung: nach dem Feindbild, das sie fördert, nach dem Welt- und Kriegsbild, das sich hinter der meist glänzenden Oberfläche solcher gedruckter Kraftmeiereien verbirgt.

Was Potyka in der 'SZ' als 'schädliche Nebenwirkungen' und 'frivoles Gerde' der Rüstungswerbung bezeichnet, ist selbst nach seiner eigenen Logik im Grunde der Hauptzweck. Propaganda-Werbung, die sich in erster Linie an eingefleischte Reservisten und 'Wehrmachtsfanatiker',

junge 'Technik'-Fans und ähnliche richtet. Frei nach dem Motto: Pech für 'unseren' Gegner! Seit 70 sind wir für die sibirische Arktis gerüstet — Das sucht seinesgleichen in der Welt — Ihre Rüstungsindustrie.

10 Millionen DM für 'Fan Clubs' und andere

Im Verteidigungsetat 1978 waren außerdem rund 10 Mio. DM für sogenannte 'Nachwuchswerbung' der Bundeswehr vorgesehen. Aus diesem Etat werden die wohl jedermann bekannten Anzeigen in den Medien finanziert, die besonders mit der 'sicheren Zukunft' und den 'unübertroffenen Möglichkeiten' zu einer qualifizierten Ausbildung besonders Jugendliche zur Bundeswehr locken sollen. In diesen Zeiten der Jugendarbeitslosigkeit und dem Mangel an guten Ausbildungsmöglichkeiten ist das ein Erfolg. Entsprechendes leisten auch die Hochglanzwerbebrochüren des Presse- und Informationsstabes der Bundeswehr 'Die Bundeswehr — eine sichere Zukunft', 'Das Heer der zweiten Hälfte der 70er Jahre vollzieht den Wandel in eine technische Teilstreitkraft'. So 'zurückhaltend' und auf Technik und Zukunft beschränkt sind diese Broschüren jedoch nicht immer, wie das Beispiel aus der Werbebranche 'Schnellboot-Nacht' der Marine zeigt: 'Schnell durchdringt das Fliegeralarm-Signal die Boote. Unmittelbar folgt der Befehl: 'Besatzung auf Kriegsmarschstation'. Sämtliche Radargeräte sind eingeschaltet... Da wird ein sich schnell bewegender Kontakt sichtbar: Ein gegnerisches Flugzeug ist aufgefällt... Bald darauf folgen die 40-mm- und die 76-mm-Geschütze dem Feuerleitradar... Mit Höchstfahrt wird an den Gegner herangeschossen. Die radargesteuerten Geschütze zeigen auf die ausgewählten Ziele. Große Signalarbeitwerfer flammen auf und zerreißen das Dunkel der Nacht. In der Ferne leuchten ebenfalls Scheinwerfer auf: sie sollen Geschützfeuer simulieren. Der Lichterspektakel endet so schnell wie er begonnen hat...' schildert der Texter 'im Stil der Propaganda-Kompanien (PK) Hitlers eine Seekriegssimulation', merkt Peter Zabel in der 'Spontan' (12/78) zu diesem Werbeblatt an.

Zur Nachwuchswerbung gehört natürlich auch die Tätigkeit der 'Jugendoffiziere', besonders an den Schulen. Das beschränkt sich jedoch nicht mehr auf die Jugendoffiziere in zunehmendem Maße wird versucht, auf die Lehrer Einfluß zu gewinnen. Hier tut sich besonders die 'Gesellschaft für Wehrkunde e.V.' durch entsprechende Seminare mit Lehrern hervor (s. z.B. 'die lat', 23.2.79). Diese 'Wehrkundegesellschaft' wiederum gibt die Monatszeitschrift 'Europäische Wehrkunde' heraus, deren Rüstungswerbung mit der eingangs vorgestellten teilweise identisch ist. Mit anderen Worten. Mittels der Rüstungswerbung werden die Referenten und Seminare der 'Gesellschaft

für Wehrkunde e.V.' von der Industrie finanziert.

Die Jugendoffiziere erhalten regelmäßig einen Informationsdienst, welcher detailliert über die Aktivitäten und die Argumente besonders von KDV-Organisationen, aber auch anderer 'radikaler' Gruppen, berichtet. 'Radika Info' heißt diese Schrift bezeichnenderweise Herausgeber dieser Informationshilfe für Jugendoffiziere ist der 'Arbeitskreis für Landesverteidigung e.V.', ein Hilfsorgan des BMVg, das seine Informationen aus den entsprechenden Geheimdienstberichten der Ministerien bezieht. Mitglied dieses 'Arbeitskreises' ist ein gewisser Oberst Hoffmann, seines Zeichens auch Leiter des Referats Nachwuchswerbung im Informations- und Pressestab der Bundeswehr. Mehr noch: Oberst Hoffmann ist auch Herausgeber der 'Info-Post' (Auflage 60 000), dem Zentralorgan der zahlreichen 'Bundeswehr-Fan-Clubs'.

Es gibt bereits über 350 solcher 'Clubs' mit mindestens 3000 Mitgliedern im Alter von 12 bis 16 Jahren, allesamt in der Bundeswehrkartei für Nachwuchswerbung gespeichert und erfaßt (Angaben nach 'Stern', 22.2.79, 'Spontan' 12/79 und 'die lat', 23.2.79).

Diese Kinder und Jugendlichen be-

gegnet sich schon nicht mehr damit, regelmäßig die Hochglanzbrochüren der Bundeswehr zu lesen und in technische Schwärmerien zu verfallen. Die Krieg und Militarismus verharmlosende Propaganda beginnt zu wirken. Das Feindbild („Problem“) wird klarer, man beginnt, „Probleme“ zu „lösen“.

Die jungen „Fans“ werden „Stammkunden im Second-hand-Shop der Bundeswehr“ berichtet der 'Stern' (22.2.) über den Heidenheimer Fan-Club. Sie rüsten sich mit ausgerüstetem Bundeswehrmaterial aus. „Besonders bedauern die jungen Kämpfer, daß es keine Waffen gibt“, denn ohne diese müssen sie in ihren Manövern mit Stöckern und Gummimesauern kämpfen. Auch das Feindbild ist klarer abgesteckt. Der minderjährige „Leiter“ eines solchen Clubs über die Aufgaben der Bundeswehr: „Sie wollen das Vaterland verteidigen, wenn die Russen kommen. Das sind nun mal andere Menschen als wir.“ (7. März nach 'die lat', 23.2.79).

Die Folgen der Nachwuchswerbung der Bundeswehr so drastisch vor Augen geführt, kommen inzwischen Proteste aus der Öffentlichkeit. In Baden-Württemberg fürchten die Ju- nos, daß solche Jungen „leichte Beute von Konservativen, Reaktionären oder gar Faschisten werden.“ Der Staatssekretär im BMVg, Bülow, wußte auf entsprechende Proteste laß 'Stern' nur zu antworten: „Für Nachwuchs müsse nun einmal geworben werden, und jede Art von Reklame sei etwas überzogen.“ Die SPD-Führer wissen eben seit 1914, was sie dem Vaterland schuldig sind.

Antimil-Kommision

DFG/VK-Nachfolgekongreß

Im September letzten Jahres fand in Nürnberg der 3. Bundeskongreß der 'Deutschen Friedensgesellschaft/Ver-einigte Kriegsdienstgegner' (DFG/VK) statt. Der größte Teil der Anträge, der dort aus Zeitmangel nicht mehr behandelt werden konnte, wurde jetzt auf einer erweiterten Bundesvorstandssitzung am 13./14.1. beraten und verabschiedet. Nach Informationen der 'lat' (26.1.) stand im Mittelpunkt der Beratungen der Leitantrag zur Abrüstungsarbeit. Beschlissen wurde, die Dauerbrenner-Aktion 'Zukunft sichern — abrüsten' auch in diesem Jahr fortzusetzen und in die zentralen Aktivitäten und Demonstrationen anläßlich des 40. Jahrestages des Beginns des 2. Weltkrieges am 1. September einmünden zu lassen.

Beschlossen wurde weiter eine Kampagne 'KDV — ein Menschenrecht'. Höhepunkt soll ein europäischer Kongreß zur Kriegsdienstverweigerung sein, an dem sich Vertreter internationaler Organisationen (europäische Menschenrechtskommission, UNO, UNESCO und Europarat) beteiligen sollen. In Resolutionen wurde gegen die zunehmende Rechtsentwicklung in der BRD, gegen die Berufsverbote und gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen Stellung genommen.

Solidaritätsadressen wurden verabschiedet für den Befreiungskampf im südlichen Afrika, in Nicaragua und im Iran.

Interessant scheint uns folgender abschließender Kommentar von Uli Seitz in der 'lat': 'Wenngleich dieser Bundeskongreß insgesamt konstruktiv das vorgegebene Arbeitspensum bewältigte, kann dennoch nicht übersehen werden, daß Teile des Verbandes eine Politik mit scharf antikommunistischen Tendenzen verfolgen. Deutlich wurde dies in diversen Anträgen zu jenem Nico Hübner, der in der DDR rechtskräftig verurteilt worden ist. Oder auch in jenem Antrag, der Rudolf Bahro der Solidarität der DFG/VK versichern sollte. Dies allerdings wird die Organisation nicht hindern, mit den beschlossenen Anträgen als Grundlage in der nächsten Zeit zu arbeiten.'

Wie es scheint, hat auch dieser Nachfolgekongreß erst einmal nichts ändern können an der Dominanz der politischen Positionen der Vorstands-mehrheit und einem innerverbandlichen Diskussionsklima, in dem jede Kritik an der politischen Linie des Verbandes als Antikommunismus abqualifiziert wird.

Gen. aus dem Antimil-Bereich

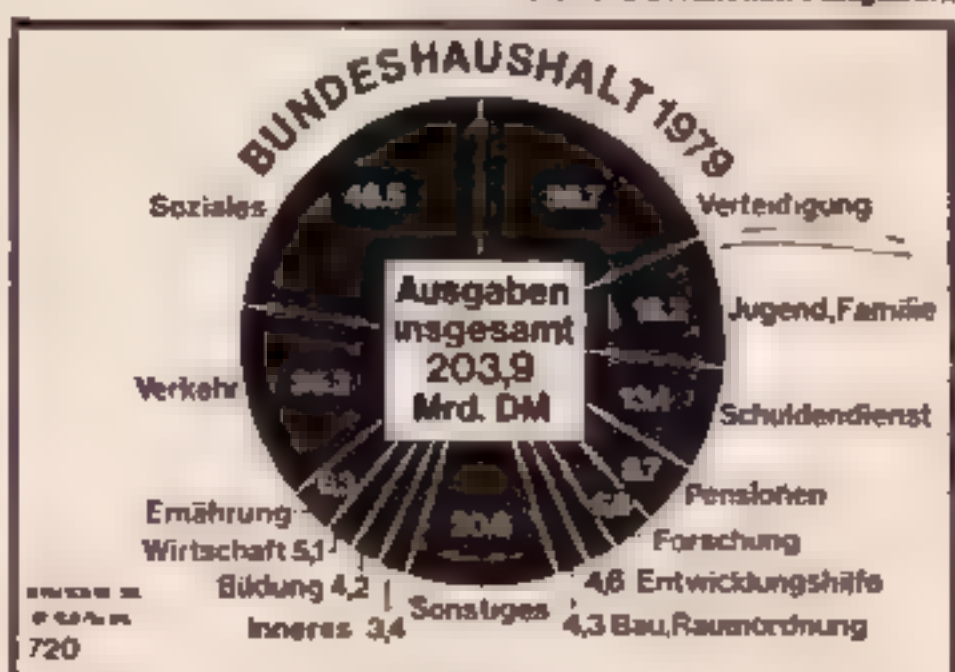
Kriegshaushalt 1979

und die offiziellen Ausgaben.

Die tatsächlichen* —

Militär-/Rüstungsausgaben 1979	
Einzelplan (Miliard DM)	Summe (in 1000 DM)
01 Bundesrat (Wehrbeauftragter)	1 600
02 Bundeskanzleramt (Bundesarchiv)	120 000
03 Auswärtiges Amt (NATO und Ausrichtungsbeihilfe)	151 700
04 Innenministerium (Bundesgrenzschutz)	977 600
07 Justizministerium (Wehrgehilfenbeihilfe)	474 000
11 Arbeit und Sozialsicherung (Kriegsopferrenten)	512 500
14 Verteidigungsministerium (Zivildienst)	591 600
19 Versorgung (Bundeswehr)	1 130 000
20 (ehemal. Wehrmacht)	2 236 000
26 Verteidigungsplanung (Stellungsanforderungen)	1 104 000
30 Zivile Verteidigung	636 000
60 Allgemeine Finanzverwaltung (Wehrhaushalt)	6 004 000
(NATO-Militär, Dienstausgleichsmaßnahmen, Kriegsfußgänger, geschätzter Anteil der Bundeswehr an den Personalverpflichtungen des Bundes)	1 300 700
Gesamtsumme	16 100 000

(aus UZ, 26.1.79)



(aus FR, 24.1.79)

* Hier sind die fast 2 Mrd. DM des entsprechenden "Einzelplans 30" für militärische Angelegenheiten des Ministeriums für Forschung und Technologie nicht enthalten.

Weg mit dem § 218!

„Erfahrungen mit dem § 218 – Frauen klagen an“

Mit diesem Titel erschien anlässlich des vierten Jahrestages des BVerfG-Urteils zum § 218 in Schleswig-Holstein eine Broschüre, die unter der Devise „Der § 218 muß weg! Die Abtreibung muß legalisiert werden!“ von konkreten Erfahrungen mit der Anwendung des Paragraphen nach der sogenannten „Reform“ berichtet. Außerdem enthält die Broschüre einen kleinen Ratgeber, an wen Frauen sich wenden kann, auf was sie achten sollte. Herausgegeben wurde die Broschüre gemeinsam von Frauen aus dem Frauenzentrum Kiel und Lübeck, Frauengruppen der LDU aus Flensburg und Ahrensburg, der Frauengruppe aus Wedel, der Gruppe 76 aus Ahrensburg und dem Landesverband der ASF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen).

Die Broschüre kostet 1 DM und ist im Impressum erhältlich bei Antje Jansen, Blanckstraße 18, 2400 Lübeck

Frauaktion gegen § 218 in Lübeck

Frauen aus dem Frauenhaus verteilten Flugblätter in der Innenstadt mit dem Titel „Laßt Euch nicht verhaften!“, in dem sie das Frauenhaus vorstellen, von ihrer Arbeit und der Selbstverwaltung im Frauenhaus berichten und zu einem Frauenfest am 10. März in der „Alternative“ (Huxstraße 69) einladen.

Aktionstag gegen § 218 in Flensburg

Dort hielten Frauen der AG Frauen der LDU, der Frauengruppe des Frauenzentrumsinitiative der Frauengruppe an der PH und eines Frauentreffens zu einem Aktionstag aufgerufen. Es gab einen Informationsstand, umgeben von Transparenten gegen den § 218, Punsch zum Aufwärmen und Kuchen zur Stärkung.

Unterstützt zu einem Aktionstag aufgerufen. Es gab einen Informationsstand umgeben von Transparenten gegen den § 218, Punsch zum Aufwärmen und Kuchen zur Stärkung.

Bis zu 20 Frauen und Männer standen zeitweilig um den Stand herum und diskutierten. Die neue Broschüre Schleswig-Holsteinischer Frauenzentren fand lebhaften Absatz.

Inerhalb von zweieinhalb Stunden waren 60 Broschüren verkauft. Außerdem wurde ein Flugblatt verteilt, das zu einem „gemischten Frauenfest am 10. März im „Blut schül“ einlädt. Die Frauengruppen, die sich auf einem Koordinierungstreffen zusammengesetzt haben, planen weitere Aktivitäten in der Innenstadt bis zum 31. März, dem internationalen Aktionstag gegen den § 218.

Veranstaltung in Bremen

Am 26.2. machten die Frauenwahlinitiative und der Frauenstammtisch eine Veranstaltung gegen § 218. Es kamen ca. 200 Leute davon waren die meisten Frauen, was wir besonders toll fanden. Die Veranstaltung machte allen viel Spaß, die meisten Frauen waren irgendwie an der Durchführung beteiligt, so wurden eine ganze Reihe Beiträge einzelner Frauen und Frauengruppen gemacht. Frauen erzählten über ihre Erfahrungen mit Abtreibungen in Bremen, die Freitagsfrauengruppe machte eine erste Auswertung ihrer Ärztebefragung zum § 218, die Frauenwahlinitiative und der Frauenstammtisch berichteten über ihre Arbeit und die Mitarbeit im „Initiativkreis für eine grüne bunte Liste“ wurde gesungen. Frauen brachten Beiträge über unsere Stellung als Frauen zum § 218. Die Frauengruppe gegen Faschismus setzte sich mit der Kampagne „Die Deutschen sterben aus“ auseinander. Außerdem wurden in drei sehr dichten Sketchen die Erfahrungen bei der Ärztebefragung und die Erfahrungen mit der Verhütung auf die Schippe genommen. Zwei Beraterinnen von Pro Familia erzählten dann noch von ihrer Arbeit und ersten Erfahrungen mit Abtreibungen im neuen Zentrum.

In der Diskussion wurden sehr viele Fragen an die Pro Familia Beraterinnen gestellt. Außerdem gab es eine Kontroverse, als die Freitagsfrauengruppe aufgefordert wurde, die Na-

In der Diskussion wurden sehr viele Fragen an die Pro Familia Beraterinnen gestellt. Außerdem gab es eine Kontroverse, als die Freitagsfrauengruppe aufgefordert wurde, die Na-

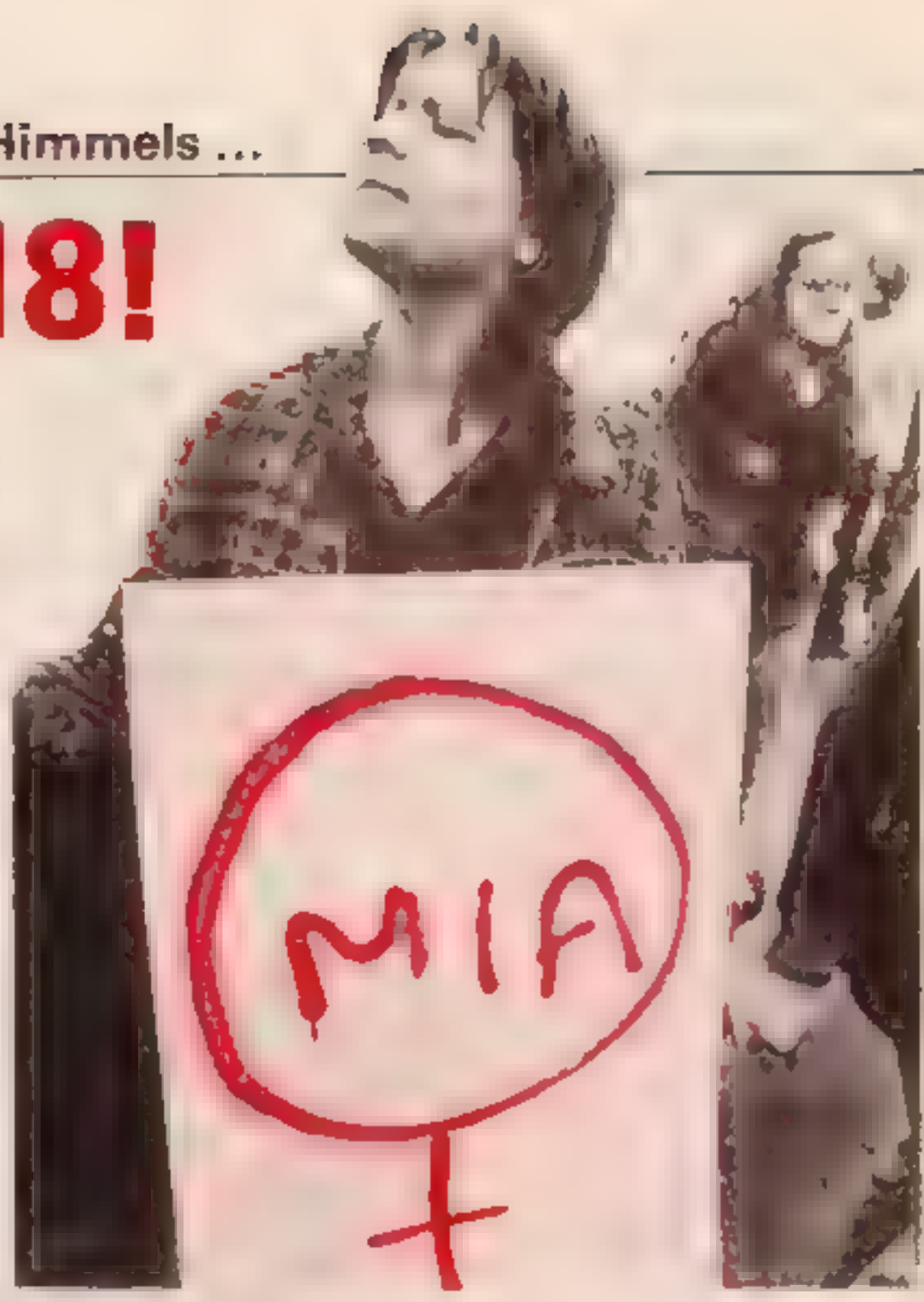
men der besonders üblen Frauenärzte bekanntzugeben. Die Frauen erklärten dazu, daß sie die Befragung erst vorläufig ausgewertet hätten und auch vor so einer öffentlichen Anpreisung erst genauere Untersuchungen angestellt werden müßten. Das wurde von einigen Frauen nicht akzeptiert. Diese Diskussion soll im Frauenzentrum weitergeführt werden mit dem Ziel durch mehr Untersuchungen zu einer fundierten Öffentlichkeitsarbeit zu kommen. Alles in allem hat uns die Veranstaltung sehr gut gefallen!

AG Frauen Bremen

Pro Familia Lüneburg. Kreistag lehnt Zuschuß ab!

Um einen jährlichen Zuschuß in Höhe von 6.000 DM für die Lüneburger Beratungsstelle der Pro Familia des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes ging es Ende letzten Jahres im Lüneburger Kreistag. Die SPD-Fraktion begründete ihren Vorschlag damit, daß die Pro Familia die einzige „weltanschaulich unabhängige“ Beratung biete abgesehen von amtlichen Stellen, die wegen der bei vielen Frauen verbreiteten Schwellenangst gegenüber Behörden kaum genutzt werden. Zudem leiste die Pro Familia nicht nur Beratung in Fragen § 218, sondern auch in Sachen Familienplanung und Sexualberatung. Die CDU-Fraktion hielt dem entgegen, daß es eine Menge Verbände gäbe, die eine ähnliche Beratung anbieten, und da könne ja jeder kommen. Nach solchen finanziellen Einwänden ließ die CDU-Abgeordnete Lisa Studtmann die Katze aus dem Sack. „Bei diesen Beratungen stellt sich nicht um Pro Familia sondern um Contra Familia“ und Beratung zum § 218 sei familiär feindlich!

Die SPD vorher ganz (word had kal in dieser Frage, zog darauf ihren Antrag halbwegs zurück und forderte nun nur noch folgende Erklärung:



Der Kreistag begrüßt die Einrichtung einer Pro Familia Beratungsstelle, will aber über die Höhe des Zuschusses noch mit der Stadt Einvernehmen herstellen.“ Doch die CDU setzte in der Abstimmung durch, daß auch dieser Antrag abgelehnt wurde, sie will über das Jahr 1979 einen Tätigkeits- und Erfahrungsbericht von Pro Familia anfordern, um dann nochmals über einen Zuschuß zu beraten.

Der Zweck ist klar. Stellt sich heraus, daß die Pro Familia tatsächlich eine halbwegs gute Beratung leistet und nicht versucht, jeder Frau ins Kind aufzuschwatzen, steht es wohl schlecht um einen staatlichen Zuschuß, denn das wäre ja für CDU-Politiker „Contra Familia“. Sogar die Pro Familia erklärten aber für folgende Geburtsraten, stiegen auch die Chancen für einen Zuschuß, denn dann sterben die Deutschen zumindest in Lüneburg nicht aus – die Erpressung ist offensichtlich!

KB/Gruppe Lüneburg

Bischof setzt Abtreibung mit Naziverbrechen gleich

Nach der Fernsehserie „Holocaust“ äußerte sich jetzt in der Bismarckzeitung „Kirche und Leben“ der Munsteraner Bischof Tentlberg: „Wer die Verbrechen des Dritten Reiches anklagt und zugleich die Verbrechen unserer Zeit verschweigt und beschönigt, ist ein Heuchler. Was aber tun wir zur Verteidigung der ungeborenen Kinder, die einer immer schärfer losgerissenen Abtreibungsmaße zum Opfer fallen.“

Gegen die „NSDAP“-Schmierereien im Munsterland und die JN-Provokation in der Stadt hat es bisher von Seiten der katholischen Kirchenleitung selbstverständlich keine Stellungnahmen gegeben.

Ein Munsteraner Genosse

Frau bei Alternativ-Fete vergewaltigt Na und ? Frau bei Alternativ-Fete vergewaltigt Na und ?...

Am 17. Februar fand in Hannover ein Fest für die „Tageszeitung“ statt (TAZ). Rund 2000 Leute waren gekommen, es spielten Brühwarm und Missus Beasty.

Während des zweiten Teils der Brühwarm-Show vergewaltigten mehrere Männer ein 16-jähriges Mädchen auf dem Klo. Obwohl recht großer Andrang war, kümmerte sich niemand um die Hilferufe des Mädchens – angeblich, weil man sich nicht sicher war, ob es eine Vergewaltigung ist oder ob nur so „rumgemacht“ wird. Und das inmitten der linken Szene Hannovers.

Wie aber reagierten die Leute, als Frauen die Vergewaltigung bekanntgaben und die Gruppe Missus Beasty erklärte, nach diesem Vorfall nicht mehr weiter zu spielen? Kaum emotionale Regung war zu spüren. Sprüche wie:

- Warum hat sie denn nicht geschrien?
- Wenn ich dabei gewesen wäre,

- hätte ich auch mitgemacht.
- So'n Scheiß, jetzt ist unser Fest kaputt gemacht worden.
- Warum sollen wir jetzt betroffener sein als sonst?

bis hin zu der Äußerung, es sei eine Provokation der Frauen gewesen! Erschreckend deutlich wurde, was anscheinend eine Vergewaltigung für einen großen Teil der Linken bedeutet. Noch makabrer wird diese Situation, wenn man/frau bedenkt, daß kurz zuvor die Texte von Brühwarm über Homosexualität und Sexualität in freier, gewaltloser und emanzipierter Form mit sehr viel Beifall bedacht worden waren.

In der folgenden Woche wurde dies unfassbare Geschehen in vielen Frauengruppen, aber auch in anderen Gruppen diskutiert. Ein Mitglied der SO (Selbstorganisation der ZDL), der in seiner Gruppe seine Betroffenheit darstellte, und vorschlug, Aktivitäten gegen diese Ignoranz und Gleichgültigkeit zu un-

terstützen (was auch begrüßt wurde), wurde von einigen Typen dermaßen provoziert, daß er ihm dringendst empfahl, den Raum zu verlassen. Der Typ schlug ihm daraufhin die Tür so heftig ins Gesicht, daß er in die Unfallklinik mußte.

Mittlerweile hängen zwei große Wandzeitungen am Veranstaltungsort. Die Frauengruppe gegen Repression schrieb unter anderem: „Auf derlei linke Euphorie pfeifen wir. Sie ist uns einen Dreck wert, wenn sie nicht einmal in der Lage ist, in der konkreten Situation mit Wut und Empörung zu reagieren.“

Auch im Frauenzentrum wurde der Vorfall diskutiert und beschlossen, möglichst auf der nächsten Veranstaltung dazu aktiv zu werden und sich zu überlegen, wie Frauen sich vor solchen erniedrigenden Erlebnissen schützen können.

AG Frauen Hannover



Vergewaltigung – Frauen wehrt Euch!

Das ist der Titel einer Broschüre, herausgegeben von der Gruppe „Gewalt gegen Frauen“ im Frauenzentrum Braunschweig.

Dokumentiert wird in der Broschüre die Arbeit der Gruppe, die sich nach dem Kölner Kongreß im April 1978 gegründet hat und Vergewaltigungen in der unmittelbaren Nähe des Frauenzentrums zum Anlaß nahm, zu diesem Thema zu arbeiten.

Neben der Dokumentation von Artikeln aus der bürgerlichen Presse, einer Plakataktion der Gruppe, einer Buchbesprechung und Ratschläge für vergewaltigte Frauen, wird besonders auf das gängige Frauenbild, das Verhalten von Polizei und Justiz eingegangen.

Kurz wird auf Probleme der rollenspezifischen Erziehung zum Mädchen eingegangen: Mädchen lernen z.B. meist nicht ihre Körperkraft auszubilden und sind von daher auch nicht in der Lage, ihre Körperkraft einzuschätzen bzw. im konkreten Fall erfolgreich einzusetzen.

Wie die diskriminierende Behandlung von Frauen nach Vergewaltigungen durch Gesetze legitimiert, abgesichert und immer weiter verfestigt wird, wird in der Broschüre ebenfalls deutlich gemacht.

Bestellen kann frau/man diese Broschüre zum Preis von 2 DM bei der Gruppe „Gewalt gegen Frauen“ im Frauenzentrum, Petritorwall 1, 33 Braunschweig.

Eine Genossin aus Braunschweig



Fortschritt oder Stagnation?

4. Technikerinnen/Naturwissenschaftlerinnen-Kongreß

Vom 9. bis 11.2. hat wieder ein Treffen von Frauen aus Naturwissenschaft und Technik stattgefunden, diesmal in Göttingen. Die Zahl der Teilnehmerinnen hat sich gegenüber dem letzten Kongreß in Frankfurt weiter erhöht; es kamen rund 270 Frauen.

Diesmal war mehr von regionalen Frauengruppen vorbereitet worden. Die Stuttgarter Architektinnen-Gruppe berichtete, daß ihr beim letzten Treffen geplantes Stadteinführungsinstitut existiert, eine Darmstädter Gruppe hatte ihre Auswertungen einer Fragebogenaktion zur Situation berufstätiger Frauen zusammengestellt, ebenso die Göttinger Landwirtinnen-Gruppe, die Berliner Technikerinnen-Frauengruppe hatte ihre Erfahrungen mit sexistischen Annahmen am Fachbereich (siehe „Solidarität“ Nr. 45) in Form einer Broschüre zusammengefaßt, und die Hamburger Frauengruppe hatte gleich ein ganzes Arsenal an Vorschlägen und Ideen mitgebracht. Eine Zusammenstellung der verschiedenen sie betreffenden Arbeits-schutzbestimmungen, eine Resolution mit Unterschriftensammlung (siehe Seite 20) zusammen mit einem Film zur Situation Astrid Prohl und einen selbst ausgedachten Skizzen über die Erfahrungen einer Frau mit einer Elektrikerin. Sie schlugen vor, eine AG zu Modelversuchen in Betrieben einzurichten. Ganzum Die Kongresse gewinnen eine ganz neue Bedeutung, wenn Frau nicht, wie in ihrem Zuge solche regionalen Aktivitäten entstehen.

Außer den traditionellen AGs (Theorie und Geschichte, Funktion von Naturwissenschaft und Technik und Ökonomie, Sozialstruktur, Arbeitsmarkt, Beruf und Koll., in personeller Hinsicht) wurden auch neue AGs (gruppen) vorgeschlagen. Erfahrung und Einschätzung von Modelversuchen, so die wesentliche Aufgabe der AGs, die Erfahrungen von Frauen in gewerblich-technischen Berufen und Probleme beim Übergang von der Ausbildung zum Beruf.

Die ersten Ziele sind die Arbeitsverhältnisse (AG Frauen) da gerade das von den Frauen vorrangigsten Anliegen ist. Arbeitsplätze, die oft Schwierigkeiten im Privatleben bereiten. Wir wollen im folgenden lediglich auf Neuerungen gegenüber den letzten Kongressen eingehen. Im übrigen verweisen wir auf frühere Artikel in AK 107 und 130 sowie „Solidarität“ Nr. 43 und 45.

Gegenüber den letzten Kongressen eingehen, im übrigen verweisen wir auf frühere Artikel in AK 107 und 130 sowie „Solidarität“ Nr. 43 und 45.

AG „Psychologische Probleme bei der Jobsuche“

An wesentliche Ängste vor dem Eintritt in den Beruf wurden genannt:

- Anpassung, um den sexuellen Belastungen zu entgehen und besser akzeptiert zu werden.
- Das Auf-dem-Präsenzieren stehen
- Isolation
- Fast ausschließliche Möglichkeit, nicht angemessen qualifiziert zu arbeiten bzw. nur für schlechtere Bezahlung als gleich ausgebildete Männer
- Persönliche Bedenken im Inhalt der Arbeit
- Mangelndes Zutreten in die eigenen Fähigkeiten und die Beständigkeit
- Arbeitsbedingungen und die notwendige damit verbundenen Einschränkungen und Auswirkungen auf Privatleben

Kaum eine Frau hatte die Perspektive oder auch nur die Illusion in ihrem Ausbildungsberuf einmal arbeiten zu können. Einige Frauen hatten auch schon ganz konkrete Erfahrungen bezogen.

Eine Keramik-Ingenieurin war bereits drei mal innerhalb kürzester Zeit ohne eigenes Verschulden aus einer Stelle herausgefallen.

Eine mit ihrer Dissertation fertige Biologin erzählte, daß sie sich während ihrer Arbeit an der Uni nur hatte ausputzen lassen, wo sie umsonst gearbeitet hatte.

Ein Tischlermeister tat immer so, als wolle er die lernende Frau schenken und lachte sich halb tot,

wenn sie Angst bekam. Eine andere Frau war aus einer Tischlerwerkstatt herausgefallen, weil sie dem Meister, der sie dauernd angefaßt hatte, eine geschmeielt hatte.

Um zu vermeiden, daß immer wieder Frauen die gleichen Fehler machen, wurden Tipps für die Jobsuche gegeben. z.B. wenn Frau eine Arbeit wirklich haben will, sollte sie auch darum kämpfen, gegebenenfalls zu Konzessionen in der Probezeit bereit sein.

Zur besseren Vereinbarung von Beruf und Privatleben wurde vorgeschlagen, Wohngemeinschaften mit gemeinsamer Wirtschaft zu machen, wo nur einige arbeiten und sich dabei abwechseln. Nachteil: Die Ansprüche von Berufstätigen und nicht arbeitenden Frauen sind zu verschieden, wenn Frau erstmal eine Stelle hat, wäre es dumm, sie nach kurzer Zeit wieder aufzugeben.

Die Arbeitsämter müssen eine bessere Berufsberatung machen, in Westfalen gibt es z.B. ein Arbeitsamt, wo eine Berufsberaterin den Schulabgängerinnen auch zu einer Kfz-Mechaniker-Lehre rät.

In den sogenannten JOA Berufsschulklassen, wo Jugendliche reinkommen, die noch keine Lehrstelle haben, sollen auch die Mädchen in Technik unterrichtet werden. Im „Mädchen- und Frauen-Forum“ haben wir eine Stelle zu teilen. Es geht um einen Mann, der eine Stelle als technischer Zeichner bei einem Bau-Unternehmen gefunden hat. Er ist ein Mann, der eine Stelle als technischer Zeichner bei einem Bau-Unternehmen gefunden hat.

Die Diskussionen sagten hinter den in der AG „Theorie und Geschichte“ gemacht worden war, daß bei der Gruppe „Informationsverarbeitung“ der Fall. Während in Frankfurt viele AGs mit Erfahrungen in Betrieben, Jugendvertretungen und Arbeit in Parteien und Gewerkschaften dabei waren und die Diskussion mit ihren konkreten Erfahrungen befruchteten, fehlten in Göttingen diese AGs.

AG „Modelversuche und Erfahrungen der gewerblich-technischen Frauen“

In der Gruppe war keine einzige Akademikerin und die meisten Teilnehmerinnen waren froh darüber endlich mal auf gleichberechtigter Ebene unter sich diskutieren zu können.

Folgende Fragen wurden angesprochen:

- Wie sind die Frauen zu ihrem Beruf gekommen?
- Welche Schwierigkeiten bestehen im Betrieb und wie kann Frau sich wehren?
- Warum bleiben viele Frauen nach der Lehre nicht im Betrieb?
- Wie kommt Frau trotz der fehlenden Grundkenntnisse mit der Technik zurecht?
- Welche Möglichkeiten bestehen für alternative Frauenwerkstätten?

Die Gruppe teilte sich auf, wovon der eine Teil sich im wesentlichen mit den Modelversuchen auseinandersetzte. Sie sollten nur Wahlberufstätigen fangen. Die Frauen würden als Versuchspersonen behandelt. Die Arbeitsämter, später seien solche, wo die Ausbildung nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis liegt. Die wissenschaftliche Betreuung sei unannehmlich, wenn die Frauen kein Material mit den Männern vergleichen, da schon vor Beginn des Versuchs verschiedene Ausgangsbedingungen bestanden. Sie wird mehr als Kontrolle empfunden.

Die durchgeführte Meinung war, daß es ganz normal sein sollte, daß Frauen so einen Beruf ausüben, und daß es bereits genug bewiesen sei,

daß Frauen dazu in der Lage seien - somit seien die Modelversuche völlig unnötig. Viele lehnten sie daher grundsätzlich ab, andere meinten jedoch, Frau müsse die Sache entlarven, an die Öffentlichkeit bringen und versuchen sie sich auszunutzen, indem Frau mit mehreren Frauen gemeinsam in den gleichen Betrieb ginge. Außerdem wurden Vorschläge gemacht wie Mädchen der Einstieg in einen solchen Beruf erleichtert werden kann.

Schon seit längerem fordert die Humanistische Union (HU) ein Antidiskriminierungsgesetz nach englischem

Beispiel. Die SPD wegen ihrer Frauenfreundlichkeit hochgejubelt (z.B. wegen der Einrichtung einer Leit-Stelle für Gleichberechtigung im Hamburger Senat) und die Gewerkschaften als das A & O hingestellt. Frauengewerkschaften wurden mit der Begründung abgelehnt, daß es im Moment die Frauen zuviel Anstrengungen kosten würde, diese aufzubauen. Insbesondere hierzu regte sich Protest im Plenum. Diese Frage sei doch schon beim letzten Mal wesentlich differenzierter behandelt worden und aus prinzipiellen Gründen abgelehnt worden.

Wie geht's weiter?

Folge dieser und ähnlicher Erfahrungen war, daß viele Frauen, die schon an früheren Kongressen teilgenommen hatten, diesmal unbefriedigt waren, einige sogar die Fortführung der Treffen in Frage stellten.

Es bestand der Wunsch sicherzustellen, daß es bei den nächsten Kongressen mehr inhaltlich voran geht. Dabei wurde im wesentlichen als Problem gesehen, daß die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Für andere Frauen ist der Kongreß die erste Möglichkeit, ihre Probleme zu äußern, die sich in der Vergangenheit nicht äußern konnten. Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Ein anderes Problem, das dieser Kongreß verstärkt aufgeworfen hat, ist das Dominieren der Akademikerinnen. Bei den früheren Kongressen hatte es damit weniger Probleme gegeben, weil kaum Nichtakademikerinnen teilgenommen hatten, allerdings war dieser Mangel auch als Problem empfunden worden. Nach Göttingen waren nun mehr Frauen aus handwerklich-technischen Berufen gekommen. Von denen einige ziemlich enttäuscht waren. Diskussionsinhalte und -formen waren durch die Akademikerinnen geprägt, z.T. sehr abstrakt und abgehoben.

Die Frauen aus handwerklich-technischen Berufen haben beschlossen, am Pfingsten ein zusätzliches Treffen durchzuführen. Das halten wir für eine gute Möglichkeit, das personelle und inhaltliche/verbale Übergewicht der Akademikerinnen abzubauen.

Schließlich wurde beschlossen, für die einzelnen Themen AG's Kontaktadressen einzurichten, so daß eine inhaltliche Vorbereitung des nächsten Treffens erleichtert wird und die Frauen bessere Informationsmöglichkeiten haben. Zwei Arbeitsgruppen wollen sich außerdem schon vor dem nächsten Kongreß treffen: die Architektinnen-Gruppe am 26./27. Mai, die Theorie- und Geschichte-Gruppe am 9./10. Juni.

Der nächste nationale Kongreß findet am Wochenende 26./27./28. Oktober in Stuttgart statt.

Genaues (Kontaktadressen u.s.w.) könnt ihr bei der Hamburger Frauengruppe „Frauen aus Naturwissenschaft und Technik“ über die AG der „Frauenknope“, Hamburg, Altonaer Straße 11, erfragen.

Wir hoffen, bis zum nächsten Treffen werden wir uns wieder sehen.

Die Treffen sollten die AGs in der AG „Theorie und Geschichte“ gemacht worden war, daß bei der Gruppe „Informationsverarbeitung“ der Fall. Während in Frankfurt viele AGs mit Erfahrungen in Betrieben, Jugendvertretungen und Arbeit in Parteien und Gewerkschaften dabei waren und die Diskussion mit ihren konkreten Erfahrungen befruchteten, fehlten in Göttingen diese AGs.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Ein anderes Problem, das dieser Kongreß verstärkt aufgeworfen hat, ist das Dominieren der Akademikerinnen. Bei den früheren Kongressen hatte es damit weniger Probleme gegeben, weil kaum Nichtakademikerinnen teilgenommen hatten, allerdings war dieser Mangel auch als Problem empfunden worden. Nach Göttingen waren nun mehr Frauen aus handwerklich-technischen Berufen gekommen. Von denen einige ziemlich enttäuscht waren. Diskussionsinhalte und -formen waren durch die Akademikerinnen geprägt, z.T. sehr abstrakt und abgehoben.

Die Frauen aus handwerklich-technischen Berufen haben beschlossen, am Pfingsten ein zusätzliches Treffen durchzuführen. Das halten wir für eine gute Möglichkeit, das personelle und inhaltliche/verbale Übergewicht der Akademikerinnen abzubauen.

Schließlich wurde beschlossen, für die einzelnen Themen AG's Kontaktadressen einzurichten, so daß eine inhaltliche Vorbereitung des nächsten Treffens erleichtert wird und die Frauen bessere Informationsmöglichkeiten haben. Zwei Arbeitsgruppen wollen sich außerdem schon vor dem nächsten Kongreß treffen: die Architektinnen-Gruppe am 26./27. Mai, die Theorie- und Geschichte-Gruppe am 9./10. Juni.

Der nächste nationale Kongreß findet am Wochenende 26./27./28. Oktober in Stuttgart statt.

Genaues (Kontaktadressen u.s.w.) könnt ihr bei der Hamburger Frauengruppe „Frauen aus Naturwissenschaft und Technik“ über die AG der „Frauenknope“, Hamburg, Altonaer Straße 11, erfragen.

Wir hoffen, bis zum nächsten Treffen werden wir uns wieder sehen.

Die Treffen sollten die AGs in der AG „Theorie und Geschichte“ gemacht worden war, daß bei der Gruppe „Informationsverarbeitung“ der Fall. Während in Frankfurt viele AGs mit Erfahrungen in Betrieben, Jugendvertretungen und Arbeit in Parteien und Gewerkschaften dabei waren und die Diskussion mit ihren konkreten Erfahrungen befruchteten, fehlten in Göttingen diese AGs.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Die Kongreß-Frauen Treffen in der Vergangenheit an früheren Kongressen oder Arbeit in entsprechenden Frauengruppen so bestimmten Diskussionen kein Interesse (mehr) haben, viele Inhalte als bekannt voraussetzen und auf dieser Grundlage weiterdiskutieren wollen.

Gleichberechtigung? Nur auf dem Papier!

Das Grundgesetz „garantiert“ den Frauen der BRD die Gleichberechtigung - doch bisher blieb dieses Recht ein papierenes Versprechen. Frauen werden immer noch wesentlich schlechter als Männer für die gleiche Arbeit bezahlt. Frauen haben immer noch die Funktion einer industriellen Reservearmee, je nach Konjunktur rein in die Fabrik oder wieder raus. Frauen versorgen Kinder, Haushalt und Ehemann - und das alles ohne Bezahlung und „nebenbei“. Frauen werden den Männern in der Werbung als ständig verfügbares Sexualobjekt angepöpselt. Viele Frauen beginnen sich zu wehren und verlangen wirkliche Gleichberechtigung. Angesichts dieser Tatsache kommt Bewegung in die Regierungs- und Parteienlandschaft.

Hilft ein neues Gesetz? Schon seit längerem fordert die Humanistische Union (HU) ein Antidiskriminierungsgesetz nach englischem

Beispiel. Von den Parteien hat bisher nur die FDP dem Initiative aufgegriffen. Neben diesem Vorschlag gibt es eine Reihe anderer Vorstellungen auf Partei- und Regierungsebene, wie dem Grundrecht auf Gleichbehandlung von Frau und Mann zu mehr Wirkung verholfen werden könne.

Das englische Beispiel In Großbritannien gibt es seit 1970 ein Gesetz für gleichen Lohn (EqPA, Equal Pay Act), das die Lohndiskriminierung bekämpfen soll. Um auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen (Arbeit, Güter- und Dienstleistungen, Erziehung, Inserate) die Chancengleichheit von Frauen zu gewährleisten, wurde außerdem 1975 ein „Jahr der Frau“ das Antidiskriminierungsgesetz (SDA, Sex Discrimination Act) in Kraft gesetzt.

Anhand dieser juristischen Grundlagen ist es jeder Frau (und jedem Mann), die (der) sich aufgrund des Geschlechtes ungerecht behandelt

fühlt, möglich vor Gericht (Tribunal, Gleichbehandlung und gleiche Bezahlung einzuklagen).

Vorgesehen ist im wesentlichen die individuelle Klage, weder das SDA noch das EqPA ermöglichen die Klage einer Gruppe von Betroffenen.

Die einzige Ausnahme für ein kollektives Verfahren ist im EqPA enthalten, um diskriminierende Elemente in Tarifverträgen zu beseitigen.

Um die Durchführung der beiden Gesetze zu „gewährleisten“, wurde Ende 1975 eine Kommission für Chancengleichheit (EOC, Equal Opportunities Commission) ins Leben gerufen. Diese Behörde ist mit einer Reihe von Durchsetzungsmöglichkeiten ausgestattet, macht davor aber bisher nur sehr „zurückhaltend“ Gebrauch und legt mehr Gewicht auf „Schlichtung“ und Überredung als auf Konfrontation.

Die EOC hatte im ersten Jahr 8.250 Anfragen zu bearbeiten (1/4 davon

Fortsetzung von Seite 27

gang von Männern ein), die zu Beginn „anfluteten“ und dann nur noch „tröpfelnd“ eintrafen. Etwa 1/3 der Beschwerden betraf die Diskriminierung im Arbeitsverhältnis, ein weiteres Drittel der Beschwerden bezog sich auf diskriminierende Löhne (vor allem Stellenanzeigen). Ethische Erfolgsmeldungen aus dem Bereich der Güter- und Dienstleistungen gingen auch in der BRD durch die Presse, z.B. der Zutritt von Frauen zu Clubs, Restaurants und Sportveranstaltungen. 1976 klagten 1.684 Frauen und 58 Männer auf gleiche Bezahlung nach dem EglPA, bei knapp 60% der Klagen kam es noch vor der Gerichtsverhandlung zu einem Vergleich oder einer Rücknahme der Klage; 28,5% der Klagen wurden abgewiesen, nur 12,2% hatten Erfolg vor Gericht. Im ersten Halbjahr 1977 war die Zahl der Klagen von Frauen stark rückläufig.

Die Anzahl der Klagen nach dem SDA war im selben Zeitraum wesentlich geringer: insgesamt gingen 243 Beschwerden ein (184 Frauen, 59 Männer); ca. die Hälfte der Betroffenen bestanden nicht auf einer gerichtlichen Entscheidung, knapp 40% der Klagen wurden von den Tribunals abgewiesen, und ganze 9,9% (das sind 24 Fälle!) hatten Erfolg vor Gericht (nach Alexander Dix, IJU).

Als sehr problematisch hat es sich erwiesen, die direkte Diskriminierung vor Gerichten zu beweisen. Wie soll z.B. eine Frau beweisen, daß der Arbeitgeber die Stelle für die sie sich beworben hat, dem sich ebenfalls bewerbenden Mann gegeben hat, nur weil er ein Mann ist? Der Arbeitgeber wird in den allermeisten Fällen einen „schlichten“ Grund vorschreiben können.

Einem großen Bereich der Frauendiskriminierung ist außerdem auch mit dem Antidiskriminierungsgesetz nicht beizukommen: der niedrigen Bezahlung von Frauen auf typischen Frauenarbeitsplätzen z.B. in der Textilindustrie. Hier fehlen vergleichbare Arbeitsplätze von Männern. In diesem Bereich wäre allenfalls über eine Initiative der Gewerkschaften eine Verbesserung der Tarife zu erreichen. Einige Lohnerhöhungen konnten bisher durchgesetzt werden; von Lohngleichheit kann aber noch längst keine Rede sein, auch wenn sich die bruttolöhne der Frauen im Verhältnis zu denen der Männer von 63% 1970 auf 75% im Jahr 1977 erhöht haben (laut „FAZ“, 16.10.78).

Der Vorschlag der Humanistischen Union

Trotz dieser nicht unbedingt ermutigenden Erfahrungen plädiert die Humanistische Union für ein Antidiskriminierungsgesetz in der BRD.

Es gibt neben dem Grundgesetz, das in Artikel 3 die Gleichberechtigung „garantiert“, seit 1955 das Verbot von Leiharbeitsgruppen und den Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit, außerdem werden im Betriebsverfassungsgesetz Kapitalisten und Betriebsrat verpflichtet (§75), darüber zu wachen, „daß jede unterschiedliche Behandlung von Personen ... wegen ihres Geschlechts unterbleibt“. Trotzdem: „Die Praxis zeigt, daß kräftig diskriminiert wird, beginnend vom Tarifvertrag, in dem weibliche Arbeit unterbewertet wird, bis zum gerichtlich sanktionierten Umgehungsmanöver“ (Dieter Martiny, IJU). Die Ursache hierfür liegt in der HU in den zu allgemein gehaltenen Gesetzen, z.B. fehlt eine verbindliche Definition von „gleicher Arbeit“, die gesetzlichen Garantien seien unzureichend, Verstöße gegen das Gleichheitsgebot seien meist risikolos.

Notwendig sei ein Gesetz, das eindeutig sagt, was erlaubt sein soll und was nicht. Das Gesetz solle nicht nur ein Gleichbehandlungsgebot, sondern ein ausdrückliches Verbot von Diskriminierung enthalten. Dazu sei eine genaue und ausführliche Definition von „Diskriminierung“, mit einem Katalog von verbotenen Verhaltensweisen, notwendig.

Um eine wirkliche Gleichbehandlung der Geschlechter zu erreichen, fordert die HU außerdem eine Förderung der Frauen, die die Diskriminierung der Vergangenheit ausgleichen soll. Die HU stellt sich ein Gleichbehandlungsgesetz als Ausführungsgesetz zum Artikel 3 GG vor und zwar als Bundesgesetz, auf einigen Sektoren (z.B. Erziehung) auch in Länderkompetenzen. Der Bund könnte eine Behörde einrichten, die ähnlich dem Bundeskartellamt eigene Untersuchungen durchführen und bestimmte Praktiken untersagen könnte, eigene Klagebefugnis vor Gericht hätte, Ausführungsbestimmungen erlassen könnte und von der sonstigen Bürokratie unabhängig wäre. Bei allen gesetzlichen Maßnahmen stellt sich, wie auch die Erfahrung in Großbritannien zeigt, das Problem der Durchsetzung.

Die HU fordert daher eine umfassende Rechtsschutz durch die Gerichte und wirksame Sanktionen. Gefordert werden vor allem starke Rechte für Privatpersonen, „die dann aus eigener Kraft gegenüber der Diskriminierung auf den verschiedensten Bereichen geltend gemacht werden können. Dazu gehören Schadenersatzansprüche (auch auf immateriellen Schaden), Unterlassungsansprüche, Kontrahierungszwang, Ansprüche auf Lohnnachzahlung etc. Daneben bedarf es aber auch behördlicher Hilfe durch Repression der Diskriminierung und Förderung der Diskriminierten (z.B. Übernahme der Prozessführung, Beratung)“ (Dieter Martiny, HU).

Denkbar wären auch strafrechtliche Sanktionen. Diese Möglichkeit wird aber von der HU als ungünstig angesehen. Strafrechtliche Verfolgung sei ein zu großes Mittel, um Verhaltensänderungen herbeizuführen, außerdem würden Strafauforderungen in diesem Bereich gesellschaftlich kaum akzeptiert werden.

Vorschläge der bürgerlichen Parteien

Die Vorstellung der IJU, mit Hilfe eines Antidiskriminierungsgesetzes die Gleichberechtigung der Geschlechter zu verwirklichen, hat bisher nur die FDP aufgegriffen. SPD und CDU haben andere Vorschläge, die angeblich der Gleichstellung der Frau dienen sollen.

Die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Helga Wex, hat die Einrichtung eines „Frauen- und Familienkabinetts“ vorgeschlagen, um die Gleichberechtigung von Mann und Frau durchzusetzen („Welt“, 15.8.78). Dieser Vorschlag war eine Reaktion auf die Forderung von Bundesfamilienministerin Anja Huber (SPD), eine „Gleichberechtigungsstelle“ einzurichten, die konkrete Fälle von Benachteiligung von Frauen sammeln und aufgreifen sollte.

„Diese Stelle müßte sowohl Einzelfälle nachgehen als auch einzelne Wirtschaftssektoren, Betriebe oder Betriebsbereiche daraufhin untersuchen können, ob Anhaltspunkte für Praktiken vorliegen, die Frauen benachteiligen. Neben der allgemeinen erleichternden Wirkung solcher Untersuchungen müßten praktische Sanktionsmöglichkeiten bestehen. Dabei wäre Schadenersatzansprüche vor direkten Strafandrohungen – vor allem im Interesse der betroffenen Frauen – der Vorrang zu geben“ („Vorwärts“, 24.8.78).

Bundestagspräsidentin Annette Reuter sprach sich ebenfalls für eine Gleichberechtigungsstelle aus, diese solle beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit angesiedelt werden und vor allem ein politisches Signal geben. „daß die noch immer nicht vollzogene Gleichberechtigung ein vorrangiges Ziel der Bundesregierung ist“ („FR“, 19.78). Aus Gründen der „Tarifhoheit“ könne diese Stelle aber keine Möglichkeiten für Sanktionen zur Ahndung von Verstößen erhalten.

Etwas entsprechend diesem Vorschlag hat Hamburg seit Januar dieses Jahres eine „Leitstelle für die Verwirklichung der Gleichstellung der Frau“ eingerichtet.

Zu den Aufgaben dieser Leitstelle soll es gehören, Programme, Gesetze und Verordnungsvorhaben von Senat und Bund hinsichtlich der Auswirkungen auf die Frauen zu prüfen, den Frauenbericht zu ergänzen, eine Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln, Kontakte mit Frauenorganisationen, Frauenbewegung, Gewerkschaft und Berufsverbänden zu pflegen und Anlaufstelle für Anregungen und Beschwerden aus der Bevölkerung zu sein.

An der Verwirklichung der Gleichberechtigung scheint Parteien und Regierung viel zu liegen, wenn Frau von den vielen Äußerungen von dieser Seite ausgeht, die in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit gemacht wurden.

Als bescheidene Probe auf die Ernsthaftigkeit der vorgebrachten Vorschläge kann die (Nicht-)Verwirklichung der Gleichstellung der Frau im Berufsleben genommen werden.

1975 erließ die EG Richtlinien „zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgeltes für Männer und Frauen“, ein Jahr später wurde die

Richtlinie „zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen“ erlassen. Im Juli letzten Jahres war die Frist für die Anwendung der EG-Richtlinien verstrichen, ohne daß es zu konkreten Maßnahmen gekommen ist (lt. „Tagesspiegel“, 3.9.78).

AG Frauen Hamburg



Die Broschüre besteht aus zusammengestellten Artikeln zum Thema Auseinandersetzung mit der Frauenbewegung und aktuelle Fragen aus der Bewegung wie:

1. Frauen klagen gegen den „Stern“ – „Stern“-Klage
2. Rechts gleich links? Frauenbewegung und Auseinandersetzung
3. Die über zwei Jahre mit vielen Leserbriefen geführte Auseinandersetzung zur „Walpurgisnacht“
4. Polemik der „Courage“ gegen Peter Paul Zahl
5. Die ebenfalls mit vielen Leserbriefen angereicherte Auseinandersetzung um den „kleinen Unterschied“
6. Buchbesprechungen

52 Seiten, DM 4,-

Die zweite Broschüre besteht aus Themen wie: Lohn für Hausarbeit – Die Politik von Frauenhausinitiativen und wie stehen wir dazu. Die neuere Entwicklung um den § 218 – Die Frauenpolitik der DKP wird in zwei Artikeln nachgedruckt – Was machen wir mit Neuchauvis – auch die Frage „wie steht es mit der Frauenfeindlichkeit im KB?“ wird beantwortet. Einmal anhand der Auseinandersetzung um Jutta Weinhold und zum Thema Schlagen von Genossinnen – Mit dem Artikel „Tod der bürgerlichen Familie“ und „Frauenpolitik in der Sackgasse“ endet die zweite Broschüre.

Nur mit

Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen!

Aus dem Inhalt:

Viele schöne Reden sprengen unsere Ketten nicht.

Die Befreiung der Frau in China.

Die Frauen tragen die doppelte Last.

Frauen werden als erste aus den Betrieben geschmissen.

Soll Luther kaum Fortschritt.

Gegen Hungerlohn – für Menschenwürde.

Frauen stehen an vorderster Front in den Kämpfen bei Peking.

Zur Reform des Ehe- und Familienrechtes – viel Spektakel und nichts.

Die Frauenbewegung ist keine Reform, die diesen Namen verdient.

78 Seiten A 4 Querformat, hochwertiges Papier, lackiert, 160 Seiten, DM 5,- mit POSTER.

„In jeder Gesellschaft ist der Grad der weiblichen Emanzipation (Freiheit) das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation.“



Antifaschistische RUSSELL-REIHE



1. DOKUMENTATION VON TEXTEN UND VORSCHRIFTEN GEGEN DEN FASCHISMUS UND IHRE ANWENDUNG, VERDREHUNG, UND MISSACHTUNG SEITENS DER BRD STAATSORGANE VON 1945-1977

Exemplarisch wird der Abbau und die schnelle Beendigung der Entnazifizierung wie sie u.a. das Potsdamer Abkommen zwingend vorschreibt, die massive Wiedererrichtung von Nazistat und Gesellschaft, die schleichende und beginnende „Verfolgung“ von Nazi-Verbrechern aufgezeigt.
184 Seiten
ISBN 3 88 306 001 6
DM 10,-

3. NSDAP - PROPAGANDISTEN UNTER DER LUPE

Unter den neofaschistischen Gruppierungen, die heute in der BRD nahezu ungehindert durch Behörden auftreten können, sind die rassistischen und neonazistischen Aktionen um Manfred Roder, Thun Christophersen und Erwin Schönborn am provokativsten. Diese Kreise betreiben seit Jahren offen antidemokratische Hetze für ein neues faschistisches „Reich“ dabei sind sie keine isolierten „Spinnas“ sondern stehen mit allen neofaschistischen Zirkeln (inschließlich NPD) in Kontakt.
ISBN 3 88 306 003 1

4. JEDER KANN DER NÄCHSTE SEIN

Erste umfassende Dokumentation der politischen Todesstrafe seit 1971 und ihre Legitimation. Über 150 Menschen sind seit 1971 in der BRD durch unmittelbare Gewaltanwendung seitens der Polizei – u.a. durch den Todesschuß ums Leben gekommen. 140 Fälle dokumentieren dies, inklusive der gesetzlichen Grundregeln. Weiterhin massive erste Fälle beschreiben werden, wo Kritik am Todesschuß diffamiert und unterdrückt wird.
316 Seiten
ISBN 3 88 306 004 0
DM 18,-

5. NACH SCHLEYER „SONDERKOMMANDOS“ - INNERBRD-ZUGRIFF AUF AUSBAU DER NEUEN GEFÄHRE

In der BRD kam während der Fehndung nach den Schleyer-Entführern ein Apparat zum vollen Einsatz, der seit der Verabschiedung des Notstandsgesetzes 1968 von der SPD/FDP-Koalition als Reformprogramm „Innere Sicherheit“ planmäßig aufgebaut wurde. Krienshah, Bundeskriminalamt, Bundespolizei, Politische Sonderkommandos, in der Folge wurden die sogenannten „Anti-Terror-Pakete“ verabschiedet. Diese Analyse des Polizeiparates, die sich auf umfangreiche Dokumente stützt, wurde im Mai 78 vorläufig beschlagnahmt, wieder freigegeben und nun Anfang 79 erneut angeklagt nach § 90a und § 185. Klagen sind BKA, LKA Hamburg, LKA Westfalen und F.B. Brauns.
240 Seiten
ISBN 3 88 306 005 9
DM 14,-

zu beziehen über:
Jura-Verlag, 2000 Hamburg 50
Lärchenstraße 78 oder über Verdingte
Verlagsauslieferung VVA
Lieferung erfolgt nur gegen Vorauskasse
P.O. Hamburg 2405 95-203

Lärchenstraße 78 oder über Verdingte
Verlagsauslieferung VVA
Lieferung erfolgt nur gegen Vorauskasse
P.O. Hamburg 2405 95-203

Schulungshäfte des KB

Zur Kritik des „realen Sozialismus“

Unter Weg Nr. 1. enthält Texte zum Revisionismus, besonders zu DKP

Unter Weg Nr. 2 enthält Texte zur „Oktoberrevolution“, Diskussion um den „realen Sozialismus“ Biermann, Bahro-Auseinandersetzung

Unter Weg Nr. 3 enthält Texte zum sogenannten „Eurokommunismus“

Unter Weg Nr. 1. enthält Texte zum Revisionismus, besonders zu DKP

Unter Weg Nr. 2 enthält Texte zur „Oktoberrevolution“, Diskussion um den „realen Sozialismus“ Biermann, Bahro-Auseinandersetzung

Unter Weg Nr. 3 enthält Texte zum sogenannten „Eurokommunismus“

Kinderhaus Heinrichstraße Hamburg

SPD-Senat schnüffelt weiter

Die Hamburger Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung hat eine eindeutige Stellungnahme dazu, ob das Kinderhaus Heinrichstraße eine „den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit“ betreibt und damit „Förderwürdig“ nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz sei, verschoben. Die Prüfung dieser Frage habe „umfassend“ zu erfolgen, die „hierbei erforderlichen Arbeiten nehmen einige Zeit in Anspruch.“ So heißt es in einem Zwischenbescheid Ende Januar.

Mit diesem Bescheid setzt sich die Behörde in Widerspruch zu ihren eigenen Richtlinien, die eine Entscheidung innerhalb von zwei Monaten vorsehen.

Das Kinderhaus schreibt in einer Presseerklärung, daß die Behörde mit dieser Verschiebung der Entscheidung die seit über zweieinhalb Jahren andauernde Auseinandersetzung um die Verweigerung staatlicher Zuschüsse an die Kinderhaus Eltern weiter auf die lange Bank schieben will. Erinnert wird daran, daß die Behörde durch das penetrante Auftreten haltloser Behauptungen über „mangelnden Bedarf“ eine Entscheidung schon zwei Jahre verschleppt hat in der Hoffnung, das Kinderhaus finanziell auszugleichen zu können. Bekannt wurde inzwischen, daß die „umfassende Prüfung“ der Förderwürdigkeit des Kinderhauses u.a. darin besteht, daß „alle Veröffentlichungen des Kinderhauses aus-

führlich studiert werden“. Das Kinderhaus äußert den Verdacht, daß die Fristverlängerung (neben der Verschleppung der ganzen Auseinandersetzung) dazu genutzt werden soll, „genaueste Ermittlungen über die Initiative, dort längere Mitarbeiter, Eltern und Kinder anzustellen“. Eine durch aus gerechtfertigte Vermutung, nachdem schon vor zwei Jahren der Verfassungsschutz auf das Kinderhaus angespielt worden war.

Nach den spektakulären Ankündigungen, jetzt werde in Hamburg alles anders in der „Radikalenfrage“, in deren Zusammenhang auch eine zügige Entscheidung im Fall Kinderhaus in Aussicht gestellt wurde, ist jetzt der ganz graue Alltag wieder eingekehrt.

Heimtribunal im „Jahr des Kindes“ beschlossen

Am 17./18. Februar fand in Hannover das erste Bundestreffen der Heiminitiativen im „Jahr des Kindes“ statt. Beschlissen wurde, in diesem Jahr ein bundesweites Tribunal zur Heim-erziehung durchzuführen. Mit folgenden inhaltlichen Schwerpunkten soll auch das Tribunal befas- sen:

- Die zunehmende Psychiatrisierung der Heimerziehung, auch bekannt unter dem fortschrittlich klingenden Begriff „heilpädagogische Intensivbetreuung“.
- die „normale“ Heimerziehung, womit Heime gemeint sind, die in der Öffentlichkeit keinen besonderen schlechten Ruf haben, wo sich aber im Innern häufig ein ähnlicher Heimterror abspielt wie in den Skandalheimen.
- Menschenrechtsverletzungen an Beispielen von bekannten Skandalheimen.
- die gesetzliche Absicherung der Zustände durch das bestehende Jugendwohlfahrtsgesetz und das als Ersatz in Vorbereitung befindliche neue Jugendhilfsgesetz.

Wer Lust und Interesse hat, an diesen Themen mitzuarbeiten, sollte am 24./25. März ins KINDERHAUS, Heinrichstr. 14a, 2 Hamburg 50, Tel. 040/43 39 49, kommen, denn dort wollen die Heiminitiativen konkrete Festlegungen für das Tribunal treffen.

Außerdem findet im KINDERHAUS gleichzeitig eine Tagung des Jugendpolitischen Forums (JÜPOFO) statt, wo ein fassender über die Auswirkungen des geplanten Jugendhilfsgesetzes und über mögliche Aktionen zum „Jahr des Kindes“ gesprochen wird.

„Was heißt'n hier Liebe?“

Rote-Grütze-Film macht Wirbel

Seit im Bremer Kino Cinema der Film „Was heißt'n hier Liebe?“ läuft, gehen die Wogen hoch. Bei Jugendlichen und Erwachsenen löste der Film Begeisterung aus. Einige Schulklassen besuchten den Film als Unterrichtsveranstaltung und erlebten dabei wohl eine der lustigsten Sexualkunde-stunden.

Der Film hat es tatsächlich in sich. Nicht nur, daß er ziemlich viel erklärt über Sexualität, Verhütung usw. und ein Gefühl vermittelt, mit den ganzen Unsicherheiten und Problemen nicht allein dazustehen, - er bringt auch die Auseinandersetzungen, die Jugendliche, und besonders Mädchen, gegen elterliche und kirchliche Moral und Machtausübung durchzustehen haben.

Das ist es dann auch wohl vor allem, was in Bremen Pfaffen und reaktionären Kreise aufschauelte. Oberschulrat Eisenhauer meinte, der Film sei nicht so schlecht wie sein Ruf, aber doch wohl nur für Volljährige geeignet. Besonders hervorzuheben hat sich eine „christliche Elterninitiative“. Sie schickte Briefe an alle Schulleiter, in denen sie vor dem Besuch des Films warnt: „Entfremdung von den Normen und Grundwerten unserer Gesellschaft“ und „Verfassungsfeindlichkeit“ werden dem Film vorge- worfen. Der Film biete „brutale Sexualaufklärung“ und „Gossensprüche“. Ziel der Erziehung müsse die „Ehefähigkeit und nicht die Kopulationsfähigkeit“ sein.

Der Bremische Elternverein kam mit einer Anzeige raus: „Kommerteller-Film als Schulveranstaltung - informieren Sie sich vorher beim Bremischen Elternverein. In einem Leserbrief kritisiert er Eisenhauer, er müsse klare Direktiven geben als Schulveranstaltung sei der Besuch des Films nicht zu rechtfertigen. Die Eltern mußten um ihr Einverständnis gefragt werden.

In Lüneburg wurden 4 Schulklassen auf dem Weg ins Kino an der Bushaltestelle vom Rektor aufgehalten, der ihnen den Filmbesuch verbot. Grund: Ein CDU-Vater halte interveniert. An einer Bremer Schule beschimpfte ein Pastor Lehrer, die mit ihren Klassen in den Film gehen wollten, als „Sexualverbrecher“. Auf Anfragen empörte Lehrer rechtfertigte der Pastor seine Pöbeleien mit einem Vergleich: Eichmann sei ja auch nicht direkt an der Judenvernichtung beteiligt gewesen, sondern „nur“ ein Schreibtischmörder. Die Lehrer überlegen, ob sie gegen den Pastor eine Beleidigungsklage erheben können.

Sicherlich gibt es noch eine Reihe ähnlicher Beispiele. Ein Ende des ganzen Wirbels ist noch nicht in Sicht.

KB Bremen

In München wurde vom Schulentat-Besuch dieses Stücks durch Schulklassen verboten. Mit einer Unterschriftensammlung, insbesondere unter Schauspielern, Kulturpolitikern, Pädagogen wurde gegen dieses Verbot protestiert. Rund 1700 Unterschriften kamen zusammen („UZ“, 17.2).

Fugen gerasteten Seins. Heute sind Ordnungsverweigerungen, wie sie der Struwwelpeter symbolisiert, zu einem Krankheitszeichen von großer kollektiver Häufigkeit geworden.“

Kinderkommission Hamburg

CSU hetzt gegen Kinderzeitung

In München gibt es seit ca. zwei Jahren eine Kinderzeitung „Karusell“. Die Zeitung wird von 8-14-jährigen gemacht, die allein über die selbstgeschriebenen Beiträge entscheiden. „Die Kinder berichten mit großer Genauigkeit, mit Ideenreichtum, viel Information und teilweise Witz über ihre Umwelt. (...) etwa Lehrerbefragung, alte Münchner erzählen, Taschengeldumfrage, Stadteilberichte von Stadteilkorrespondenten, Fernseh-Ausstellungen, Theaterkritiken, Büchertips, Tiergeschichten usw.“ (SZ, 23.2.79).

Das geht der CSU zu weit. Die Kinderzeitung stellt Eltern, Lehrer und Erzieher vor als kinderfeindlich, engstirnig und unfähig zum Verständnis kindlicher Probleme dar. Sie hewegt sich dabei auf einem derartig niedrigen Sprachniveau, daß Lang- eltschäden bei den Kindern nicht ausgeschlossen werden können. (CSU-Stadtrat Albert Loichinger).

Als Beweis führte Loichinger ein paar Zitate an: „Ich zieh dir das Hemd durch die Nase, daß dir der Arsch am Hemdkragen sitzt!“ - „Wenn auch der Obermütz des Stadtmuseums trotz Opfergaben, wie ein Freipunch, sich andauernd über alles, was wir machen, aufregt.“ - „Lustig ist es vor allem, Liebespaare zu verfolgen.“ - „Willst du Schwangerschaft verhüten, nimm Melitta Filtertüten.“ Wahrscheinlich sollten sich die Kinder lieber an der Sprache von F.J. Strauß orientieren.“

KB Nürnberg

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
 Lerchenstraße 75
 2000 Hamburg 50
 Telefon Verlag: 43 53 06
 Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
 Büro
 Schülerstraße 4
 2000 Hamburg 13
 Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
 Peter Petersen
 Postlagerkarte 098245 A
 239 Flensburg

Geesthacht
 Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
 Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
 vor Harl

Kappeln
 Dagmar Schneider
 Postlagernd
 234 Kappeln

Kiel
 H. Lankau
 Postlagerkarte 08 88 93 A
 2300 Kiel 1
 Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
 Buchertisch Universität/Mensa
 Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr
 und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
 Holtenstraße zwischen „Kaiser
 Nachrichten“ und Buchladen „Monta-
 nus“

Lübeck
 ARBEITERKAMPF Vertriebsbüro
 Mühlentstraße 39
 24 Lübeck 1

Mölin/Ratzeburg
 M. Beilow
 Postfach 1111
 241 Mölin

Neumünster
 Angelika Schuknecht
 Joachimstraße 28
 2350 Neumünster
 04321/46598

Ort-Holstein
 (Eutin, Plön, Malente)
 H. Lankau
 Postlagerkarte A 022 854
 247 Eutin
 Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
 am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinnberg/Steinburg
 Postlagerkarte A 022 928
 208 Pinnberg

Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
 Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
 ARBEITERKAMPF Vertriebsbüro
 Postfach 14
 285 Bremerhaven
 Bürostunde nur noch
 Freitag 16.30 bis 19.00 Uhr
 (nicht mehr Mittwochs)

Bremen
 ARBEITERKAMPF Vertriebsbüro
 Am Schwarzen Meer 182
 2800 Bremen 1
 Tel. 44 36 24
 2800 Bremen 1
 Tel. 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
 Postlagerkarte 081 378
 33 Braunschweig
 Verkauf jeden Sonnabend
 11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
 Verkauf jeden Sonnabend
 10 bis 12 Uhr vor Karstadt

Emden
 Postlagerkarte 0 674 58 A
 297 Emden

Göttingen
 Buchladen Rote Straße
 Rote Straße 10 z.Hd. KB
 34 Göttingen

Hannover
 V. Campen
 Postfach 1262
 3 Hannover 1

Hildesheim
 Postlagerkarte A 019 084
 32 Hildesheim
 Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
 Fußgängerzone/Hofer Weg

Lüneburg
 Postlagerkarte A 017 890
 314 Lüneburg
 Sonnabend Bächenstr.
 11 bis 13 Uhr

Stade
 Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
 am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
 Postlagerkarte 070 178 A
 29 Oldenburg

Wilhelmshaven
 Samstags in der Marktstraße
 AK Verkauf zwischen
 11.00 und 13.00 Uhr

Wolfsburg
 Verkauf jeden Sonnabend
 11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Büßpfalz
 G. Wißmeier
 Postfach 22
 6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
 J. Keents Vertriebsbüro
 Buddenstr. 8
 48 Bielefeld
 Mittwoch von 18 - 20 Uhr

Bochum

Postlagerkarte A 056 011
 463 Bochum
 Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
 Kortumstr./Münsterstadt
 Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
 Uni/Mensa

Bonn

Dienstag 12 bis 14 Uhr
 Maria Namerstraße
 Sonntags 10.30 bis 12.30 Uhr
 Münsterplatz

Duisburg

Postlagerkarte 080 180 A
 41 Duisburg

Essen

Jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
 Gesamthochschule Essen

Kamen

Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
 M. Schwach von 16.30 bis 18 Uhr
 in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2

Postlagerkarte A 0067 45
 4050 Mönchengladbach
 Verkauf jeden Sonnabend
 von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
 (Fußgängerzone)

Köln

Dienstag
 Buchertisch-Fachhochschule für
 Sozialarbeit
 Mittwoch Buchertisch - Uni

Hessen

Darmstadt
 Edwin Herrmann
 Am Eichbaumack 52
 61 Darmstadt

Frankfurt
 J. Rasm. Vertriebsbüro
 S. Lissner
 Kappelstr. 37
 6 Frankfurt
 Tel. 0611/599 701

F. Röhls
 Postfach 10 31 43
 3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
 Jeden Samstag Verkauf
 11 bis 12 Uhr
 Kaiser-Josef-Str./Ecke
 Rathausgasse

Heidelberg
 AK-Lesekreis jeden Montag und
 Buchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/
 Mensa) Kontakt über Postlagerkarte
 0808468
 0808468

Karlsruhe
 Heidi Zorn
 Humboldtstr. 13
 75 Karlsruhe

Pforzheim
 Zentrum Salierstr. 58
 Jeden Freitag von 18 bis 17.30 Uhr
 Leopoldplatz

Stuttgart
 Postlagerkarte 924 B
 7000 Stuttgart 1

Mannheim
 „Der Anders Buchladen“
 co. KB-Sympathisanten
 M 2.6
 6800 Mannheim 1

Bayern

Bamberg
 Verkauf jeden Dienstag
 Buchertisch 11.13 Uhr
 Gesamthochschule

Landshut
 A. Fiedler
 Postfach 2413,
 83 Landshut
 Verkauf jeden Sonnabend
 10 - 12 Uhr
 Altstadt vorm Oberpaur

Nürnberg
 P. Tröstler
 Postfach 150472
 85 Nürnberg

Westberlin

Andy Radke
 1 Berlin 12
 Postlagerkarte 006 128 B

Kurzmeldungen

Kinder-„Pfleger“ wegen Kindesmißhandlung verurteilt

Lange hatte es gedauert, zu lange. So manche Schläge gegen (z.T. behinderte) Kinder hatte er noch jahrelang verteideln können, bis er nun endlich rechtskräftig verurteilt wurde: Karl Schaller, „Onkel Karl“, jahrelang Hilfskinder-„Pfleger“, faktisch aber Kinderschläger im Oberpfälzer Agnes-Heim/Warnberg, dessen Leiterin Prügel und Schläge „im Rahmen der unternehmerischen Freiheit“ für erlaubt hält („FR“, 19.1).

Zu 20 Monaten Haft und drei Jahren Berufsverbot ist „Onkel Karl“ nun endlich verurteilt worden. Das Urteil ist auf eine Anzeige zurückzuführen, die Sozialarbeiterinnen, Kinderpflegerinnen und Krankenschwestern im vergangenen Jahr beim zu ständigen Jugendamt erstattet hatten, sie waren daraufhin prompt gefeuert worden! Im Gerichtssaal schülerten sie noch einmal, wie der Schläger „Kinder aus nichtigen Anlässen bei den Ohren packte und mit dem Kopf gegen die Wand stieß, bis sie blutüberströmt waren.“ („FR“, 14.2.)

Dieses Urteil darf aber nicht zufriedenstellen. Denn, erstens ist allein dieser Schläger verurteilt worden, während z.B. die Leiterin dieses privaten Kinderheims, die ausdrücklich zum Schlagen und Prügeln aufgefordert hatte, bisher nicht belangt wurde und zweitens wußten die Behörden bereits seit Jahren (!) von Kindesmißhandlungen im Agnes-Heim, ohne etwas dagegen zu unternehmen. Schon 1973 hatte die Kriminalpolizei festgestellt: „Die Kinder wurden roh mißhandelt und in ihrer Gesundheit beeinträchtigt.“ („FR“, 19.1.79).

Ein Kleiner Genosse

Orden für reaktionäre „Pädagogik“

Christa Mewes, deren stinkreaktionäre „pädagogische“ Werke Millionenauflage haben, ist mit dem „Verdienstkreuz I. Klasse des niedersächsischen Verdienstordens“ ausgezeichnet worden! In der dazu verfaßten Würdigung heißt es, die Mewes habe „als eine der ersten auf die Fehlentwicklungen mit schweren Spätfolgen hingewiesen, die von modernen pädagogisch-soziologischen Lehrmeinungen ausgehen. Die Rückbesinnung auf christliche Wertvorstellungen und Normen, die Wiederentdeckung des Erzieherischen, die erfolgreiche Auseinandersetzung mit Vertretern der sogenannten Frankfurter Schule und der Konfliktpädagogik seien das Verdienst der Freiheitskämpferin.“ („Welt“, 30.1.79).

Frau Mewes ist regelmäßige Autorin der Springer-Presse, des CDU/CSU-nahen „Deutschland-Magazins“. Mitherausgeberin des kirchlich-reaktionären „Rheinischen Merkur“. In der GAZ von Gruhl ist sie für die „familiänpolitische“ Programmatik federführend. Auch rechtsradikalen Kreisen steht die Mewes als Autorin und Rednerin zur Verfügung.

Das „Jahr des Kindes“ hat Frau Mewes zu besonderen Leistungen in Sachen „Rückbesinnung auf christliche Wertvorstellungen und Normen“ und „Wiederentdeckung des Erzieherischen“ angestachelt. Wir zitieren aus dem „Rheinischen Merkur“: „Das Austragen, Gebären und Aufziehen eines Kindes zu akzeptieren, bedeutet gehorsames Ja-Sagen zu dem Willen Gottes.“; die Frauen haben „sich im Dienst zu fühlen oder zu wissen für eine nicht von den Menschen und Ehemännern, sondern den Frauen von Gott überstellte Lebensaufgabe“.

Die Mewes kann aber auch ganz „weltlich“ schreiben, z.B.: „Der Struwwelpeter ist ein Symbol trauriger permanenter Unordnung eines aus den

Diskussion: Linke und Sadomasochismus

Sexualisierung von Herrschaftsverhältnissen

Wir haben die Kontaktanzeigen einer homosexuellen S/M Zeitung durchgesehen („Disziplin“) und dabei folgendes festgestellt: Es gibt wesentlich mehr masochistische als sadistische Kontaktwünsche. Die Masochisten stellen ihre Wünsche wie folgt dar: „Suche S-Typ, der mich richtig einführt“, „Möchte in Ketten meinem Herrn und Meister ausgeliefert sein“, er „möchte an mir seine Erziehungsmethoden probieren“, „Wo kann ich bei großzügiger Herrschaft Sklavenarbeit verrichten?“, „Möchte abgerichtet werden“, „Suche Geduld und feste Hand“, „Möchte ausgeliefertem Meister (totaler S-Typ) für alles untertänigst dienlich sein. Verspreche meinem Meister Genuß ohne Reue“, „Suche Partner, der mich züchtigt“, „Suche eifrige Benutzung“, „Lasse mich brutal vergewaltigen“, „Suche echten Herrn“, „Möchte mich auch zwingen lassen, wenn ich etwas nicht gern machen sollte. Lasse mich auch gern fesseln und knebeln. Erwarte in Demut Deine ersten Befehle“.

Fast alle Anzeigen-Aufgeber schreiben, daß sie ein Bud des Kontakt-Partners haben möchten, bevor sie weiteren Kontakt aufnehmen. Diese personengebundenen, also auf gegenseitiger Sympathie beruhenden sexualisierten Herrschaftsverhältnisse sind nicht nur an die Symbole der Herrschaft gebunden (Peitschen, Ketten, usw.), sondern häufig auch an die Symbolfiguren der gesellschaftlich real stattfindenden Herrschaft. Die Herufe der „Traumpartner“ einiger Masochisten belegen dies: Sie möchten beim Sex von jenen Menschen „abgerichtet“ werden, denen wir alle auf einer nicht als sexuell empfundenen Ebene „ausgeliefert“ sind und die wünschen sich z.B. Sex mit Polizisten, Soldaten und Lehrern oder Erziehern. Da sie jedoch kaum Sexualpartner finden können, die Wunsch und Wirklichkeit verbinden und sie auf Ersatz angewiesen. J.B. auf Personen, die eigens für die

sexuellen Akt in die Rolle eines Bullen, Soldaten, Lehrers schlüpfen.

Anderer Masochisten phantasieren von mittelalterlichen Folterkammern, von Sklavendiensten oder auch dem Betrogenwerden durch ihren Partner. Alle diese Rollen und die dabei zugefügten Schmerzen sind „stets nur Symbol der Auslieferung, der Preisgabe, der Unterwerfung“ (Bornemann, Lexikon der Liebe, S. 825), die die Lust beim Ficken steigern bzw. überhaupt erst möglich machen. Der

hat sich, im übrigen gesellschaftlichen Leben emanzipiert aufstehen, dagegen nichtsexuelle oder psychische Masochisten im privaten und gesellschaftlichen Leben nach Unterordnung, Demütigung und Mißfolg trachten (Bornemann, S. 820). Bei Heteros ist dies nicht anders.

Dies wollen wir mit folgendem Beispiel verdeutlichen. Die Rolle einer Frau in dieser Gesellschaft wird durch das Gewaltverhältnis zwischen Männern und Frauen charakterisiert.

Partner stattfindet. Noch häufiger werden diese sadomasochistischen Spielchen beim Onanieren phantasiert. Nicht von der Hand zu weisen ist, daß dies eine Form des Widerstandes gegen die real existierende Gewalt sein kann. Wir meinen, daß eine Frau in diesem Akt lediglich den Teil einer ihr durch das gesellschaftliche Gewaltverhältnis aufgezwungene Objektrolle verarbeitet und versucht, lustvoll damit fertig zu werden. Wir meinen nicht, daß wir diese symbolischen Vergewaltigungsspiele, die auf gegenseitiger Übereinstimmung und sexuellem Vertrauen basieren, labilieren sollten. Wir wissen auch, daß es sogar Hetero-Genossen gibt, die wünschen, von ihren Freundinnen symbolisch vergewaltigt zu werden. Dies offensichtlich deswegen, weil sie Schwie-

Herrschaftsverhältnisse verinnerlichen können. Das ist in einer Klassengesellschaft überhaupt nichts Ungewöhnliches, sondern eher sogar „natürlich“.

Während eine gespielte, auf gegenseitiger Übereinstimmung beruhende Vergewaltigung (also das sexuelle Ausleben eines Herrschaftsverhältnisses) nicht als SM wahrgenommen und auch nicht mit Krankheit in Verbindung gesetzt wird, ist das beim offenen, ebenfalls auf gegenseitiger Übereinstimmung beruhenden SM offenbar anders. Während das eine noch als „normal“ angesehen wird, wird das andere als „widerlich“, „abartig“ und „krank“ tituliert oder gar tabuisiert. Tabu heißt Denkhemmung. Wir sind gegen jede Form von sexuellem Tabu, weil wir als Schwule permanent Opfer dieser Tabus sind (vgl. Artikel „Kampf der repressiven Toleranz“, AK 141). Pauschale sexuelle Abgrenzungsbeschlüsse lehnen wir ab!

Wir stellen vielmehr inhaltliche Kriterien auf und meinen, daß trotz aller Gewaltapparaturen und furcht-einflößender Aufmachung Sadomasochismus eine sexuelle Ausdrucksform ist, die erst da zum Gewaltverhältnis wird, wo sie zu Lasten des einen oder anderen Partners geht und ohne gegenseitige Übereinstimmung vorgenommen wird (Verlust des solidarischen Partnerbezugs).

Gefühle wie „Ekel“, „Widerlichkeit“ beim Anblick sadomasochistischer Pornos mögen nachvollziehbar sein, dennoch können wir sie nicht gelten lassen, weil sie subjektive und nicht objektive Kriterien sind. Ebenso wie jeder nicht auf diesen Praktiken stehende Mensch seine (meistens geheime) sexuellen Phantasien hat — die dann die Porno-Industrie breitet — so hat natürlich auch jeder SM'ler seine Phantasien, und eine eifrige Sexuelle-Hilfs-Industrie bietet ihm da für teures Geld allerlei Ketten, Folterbetten und weiß der Henker nicht alles an. Wir versuchen doch auch nicht, aus einem Beate Uhse-Laden heraus die Ideologie des „Normalen“ zu bestreiten.

Was auch gar nicht möglich ist, denn die Vermarktung unerotischer Sexualität hat mit unseren tatsächlichen sexuellen Bedürfnissen zu tun wie der Fisch mit dem Fahrrad. AG Schwule im KII

Sado-Masochismus — Was ist das?

Sadomasochismus (SM) ist ein Begriff, der die gemeinsamen Komponenten des Sadismus und des Masochismus eines Menschen auszudrücken versucht. Der S/M-Mensch hat beide Komponenten in sich vereinigt, sowohl den Sadismus als auch den Masochismus. In diesem Begriff wird die sexuelle Lust an der Schmerzempfindung gemeinsam zum Ausdruck gebracht.

Bei der Umkehrung (!) des aktiven Ziels des Quälens wird das passive Ziel des Gequältwerdens erreicht. Die Wendung gegen die eigene Person bringt einen Wechsel des Objekts bei ungedändertem Ziel. Der Masochist ist

jedoch nur zum Schein unterwürfig. Denn er fordert, daß der andere ihn unterwerfen solle. In dem eigentümlich paradoxen Verhältnis zwischen dem Sadisten und dem Masochisten ist es also der Masochist, der die Qualität, der Befehl, während der Sadist, der Qualende, eigentlich nur den unausgesprochenen Befehl des Masochisten ausführt... Der Außenstehende begreift nur schwer, daß der Fokus (Brennpunkt, AG Schwule) des sexuellen Sadomasochismus weniger auf Schmerzzufügung und Schmerzduldung als auf die symbolische Darstellung der Machtbeziehung ausgerichtet ist. Wichtiger ist beim Masochismus

das Sich-Selber-Aufgeben, das Sich-Ausliefern, der Verzicht auf das eigene Recht, während es beim Sadismus auf die Besitzergreifung, die absolute Herrschaft über ein anderes Wesen ankommt. Dabei spielt der Schmerz eine geringere Rolle als Scham. Worte wie Pranger, Richtig, Schafott, Schambock, Schandpfahl, die immer wieder im sadomasochistischen Vokabular auftauchen, sind nur dann verständlich, wenn man Scham und Beschämung als Brennpunkte der Allogamie (Schmerzgeilheit, AG Schwule) erfährt“ (E. Bornemann, Lexikon der Liebe, Band 4, Seite 1191f).

Zusammenhang zwischen dem Ausgeliefertsein und Gequältwerden durch Vorgesetzte

„Übergeordnete usw. und dem Empfinden starker Lust weist auf Sexualerfahrungen der Kindheit hin, die diesen Zusammenhang geprägt haben. Der erwachsene Masochist lebt dabei in seiner Sexualität — aber auch nur dort — diese Erfahrungen offen lustvoll aus. Daraus zu schließen, daß ein Masochist sich in einer realen Situation, z.B. auf einer Demo, einem prügeln Bullen lustvoll unterwerfen würde, ist nicht statthaft. Eher im Gegenteil: Alle Erfahrungen der Sexualforschung besagen, daß Masochisten die zu ihrer Sexualität

Frauen werden immer wieder zu Sexualobjekten degradiert. Die Genossinnen führen z.B. einen Kampf gegen die böse Behauptung vieler Männer, daß Frauen real vergewaltigt werden wollen. Natürlich will keine Frau real vergewaltigt werden. Dies wäre Terror und Gewalt gegen Frauen. Andererseits ist es jedoch eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß Heteropaare (auch im KII) symbolisch (!) Vergewaltigung spielen und dies eben nicht mit Gewalt zu tun hat, sondern vor dem Hintergrund besonderen gegenseitigen Vertrauens, Liebe, und eben des Bewusstseins der Geborgenheit beim

ngkeiten haben, den geforderten aktiven Part zu übernehmen.

Diese Dinge werden auch unter Genoss(innen) fast immer geheimgehalten, offenbar deswegen, weil in dieser Frage kein Vertrauensverhältnis untereinander besteht. Das Tabuisieren von sexuellen Formen schafft Anpassungsdruck, reproduziert die Fiktur der Normalität und damit die bürgerliche Intimsphäre, in der sich dann jeder (und visuell so einrichtet, wie er/sie es eben kann).

Wir führen diese Beispiele an, weil wir der Meinung sind, daß sich SM lediglich dann erklären läßt, wenn man Frau begreift, daß Menschen

„Perverse“ Geborgenheit

Ein Interview

In der „Schwuchtel — eine Zeitung der Schwulenbewegung“ erschien im Sommer 1976 ein Interview mit einem Sadomasochisten. Wir meinen, daß es sehr gut geeignet ist, die Unterschiede zwischen Sadomasochismus und (ver)gewalttätiger Sexualität aufzuzeigen.

Wir drucken die Teile des Interviews nach, die diese Fragen behandeln.

Schwuchtel: Sag mal, wie würdest Du dich, wie würdest du Sadomasochisten beurteilen?

Eward: Ich würde sagen, Sadomasochisten im strengen Sinne sind nur Leute, die diese Praktiken bewußt, zärtlich und befehl ausüben.

S.: Wie siehst Du den Vorwurf der Perversion oder der Fetischisierung? E.: Pervers ist, wo sich die Mittel verabschieden. Wo das Ziel des Bezugs auf den Partner, dessen Befriedigung aus dem Auge gerät. Beim Fetisch wird die Person völlig uninteressant.

S.: Ist es eigentlich ein Ausdruck von Geilheit, wenn Du mit dem Rohrstock schlägst?

E.: Ne! Von Zärtlichkeit. Ich mache das ja nie, um dem weh zu tun. Ich könnte ihn genauso gut küssen. Also, wie gesagt, die Pointe bei dem Ganzen ist wirklich nicht, jemandem weh zu tun. Denn wenn's ihm wirklich weh tun würde, dann hält ich überhaupt keinen Spaß dran. Aber was genauso wichtig ist bei der Sache, ist, was danach passiert. Daß der oder ich ganz lieb in den Arm genommen werden.

S.: Du schlägst aber nicht (nur), sondern läßt Dich auch gerne schlagen?

E.: Aber ja. Ich empfinde es als etwas Tolles. Daß der noch was anderes mit mir macht als mich bloß zu stricheln. Aber der nimmt mich dann auch in den Arm und er will es auch haben. Diesen gegenseitigen Bezug muß er bestätigen, wenn er mich durchprügelt. Wenn da einer kommt und mich hinterher Regelmäßig, solche Typen

gibt's ja auch, das ist ja völlig witzlos. S.: Du erlebst den Vorgang also nicht als Unterdrückung?

E.: So wie ich's bei mir erlebe, ist es so, daß es mit Gewalt überhaupt nichts zu tun hat. Sondern im Grunde genommen eher so'n Nachdrucklichkeit da drin liegt. Und Hingabe und Geborgenheit. In solchen Assoziationen erlebe ich das ja. Ein bißchen von

Unterwerfung ist schon dabei. S.: Unterwerfung kann ja auch Geborgenheit sein, so wie der Beschützte auch unterwirft.

E.: Was unheimlich wichtig ist, da wird die Zärtlichkeit auch wahnsinnig intensiv.

S.: Wenn Du sagst, diese Sexualpraktik hätte mit Gewalt wenig zu

tun, dann wäre der Vorwurf „festschittend“ falsch.

E.: Dieser Vorwurf kann ja auch ein Mittel der Verdrängung sein. Aber ich glaube, daß das Faschistische daran das Verkleinerte ist. Es gibt ja so und soviel angebliche Sadisten und Masochisten, die das auf ganz verkleinerte Art machen. Die brutal zuhauen. Die vor sich selbst gehemmt sind, weil sie gar nicht zu dem Ziel kommen, was sie wollen. Ich nehme an, daß man in jedem Sexualakt oder in jedem Umgang mit Menschen 'ne gewisse innere Nähe oder Liebe spüren will.

S.: Meinst Du, daß die Leute, die Du als verkleinert bezeichnest, auch auf eine strikte Rollentrennung (hier Sado, dort Maso) beharren?

E.: Sicher. Je verkleinert, desto rollentrennter. Es gibt ja auch auf der Maso-Seite so verkleinerte Typen, die also nur einen wollen, der ihnen andauernd eins in die Fresse haut. Der bewußte Sadomasochist, der sich selbst ernst nimmt, ist in keiner Form pervers oder faschistisch. Sondern das ist ein ganz bewußter Akt und ein Versuch, um mehr Intimität zu gewinnen.

Die Lernaufgabe besteht darin, das Verkleinerte loszuwerden und bewußt zu seinen eigenen Bedürfnissen und Wünschen zu stehen.

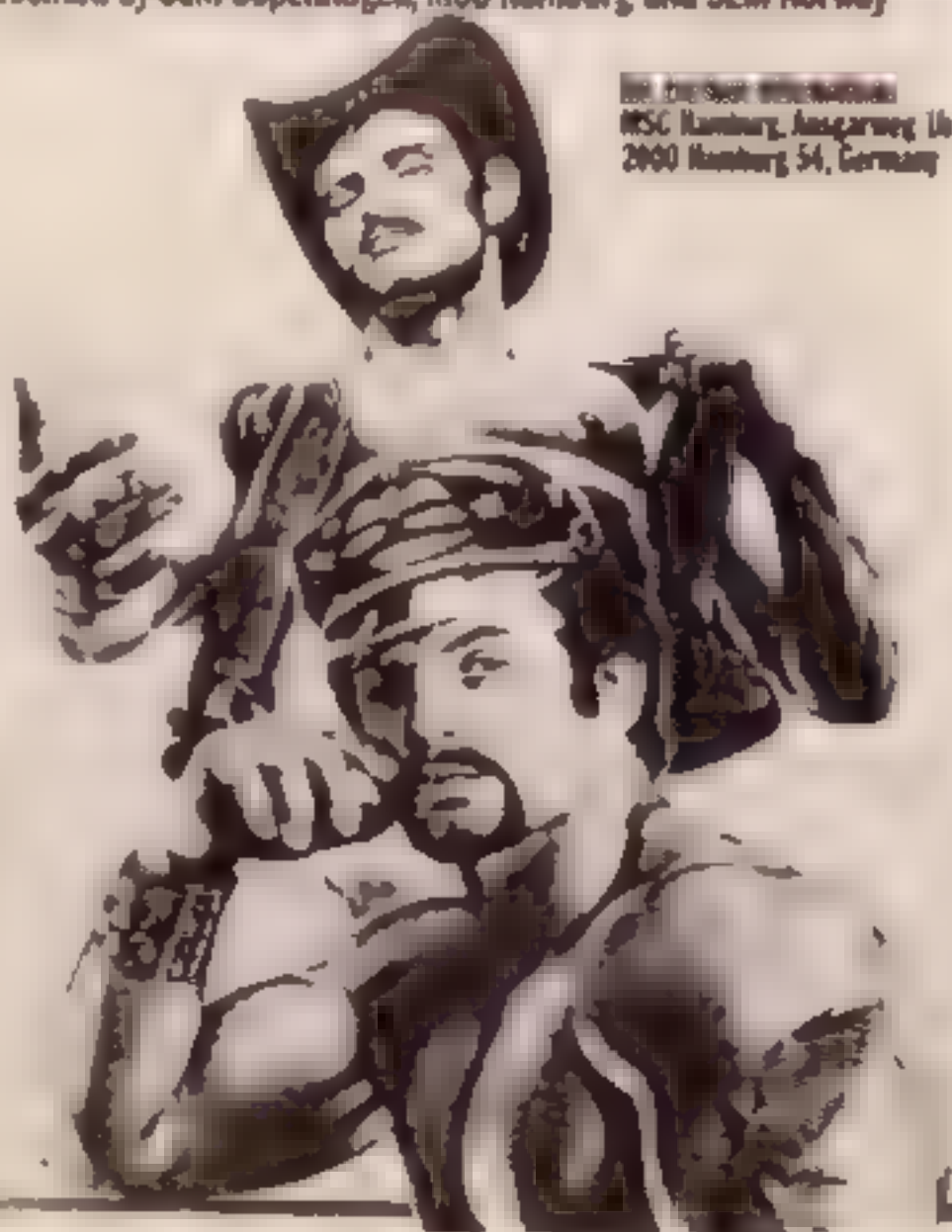
S.: Was läuft bei Dir eigentlich ab, bindet Dich der S/M-Akt an den Partner?

E.: Das bindet mich unheimlich an den Partner, wenn wir zusammenpassen. Wenn es toll klappt und wir auf der gleichen Wellenlänge sind und wir uns praktisch durch die Liebe unterhalten können. Da findet ja auch so eine Kommunikation statt.

S.: Noch mal zu Gewalt und Vergewaltigung. Du meinst, daß dies nicht mit Sado-Masochismus zu vergleichen ist?

E.: Nein, das ist dann wirklich 'ne Perversion, wenn man das so nennen will, weil das so brutal gewalttätig ist. Sadomasochismus ist was Geplantes,

5TH INTERNATIONAL LEATHER-MEETING
IN HAMBURG - AUGUST 5TH-7TH, 1977
Presented by SLM Copenhagen, MSC Hamburg and SLM Norway



Gegen die "Diktatur der Normalität"?... Angebot aus dem Katalog einer Frankfurter SM-Boutique

wo man sich gegenseitig Bedürfnisse erfüllt. Alles ist faschistisch, was nicht letztendlich auf Liebe rausläuft. Aber das ist ja in jedem Ehebett genauso. Aber das kann man dann eben nicht als Sadomasochismus bezeichnen, sondern das ist nur der stumpfe Reflex von dem ganzen Rollenverhalten, wenn z.B. der Alte, wenn er betoffen ist und sich mal seine Männlichkeit beweisen muß, seine Frau im Ehebett vergewaltigt.

S.: Der Typ ist dann also nur auf seine eigene Triebbefriedigung aus. E.: Ja, das ist aber kein Sadist. Er quält nämlich den anderen nicht zu dessen Lust. Sondern er ist auf seine eigene Triebbefriedigung aus. Ein Sadist ist jemand, der den anderen genötigt quält, wobei der andere genötigt gequält werden will. Das wirkliche Problem ist die stumpfe Gewalttätigkeit, die sich nicht am gemeinsamen Ernstnehmen orientiert, sondern sich stumpf abreagiert. Und dieses Verhalten, das mußte geändert werden. Aber das gibt's nicht nur bei Sadomasochisten. Denn dies ist eigentlich die grundsätzliche Diskussion menschlichen Sexualverhaltens.

Sado-Masochismus: Das letzte Tabu

Gibt es etwas Reaktionärer als SM Diejenigen, die es praktizieren, werden von Kirche, Staat, von der Medizin wie auch von Marxisten und Feministen geschmäht. Der Sadist wird als Pseudo-Faschist angesehen, der sich am Schmerz gnädiger Opfer ergötzt, während der Masochist ein geistig gestörtes Individuum ist, das sich gerne schlagen läßt. Dieses Urteil ist im Grunde genommen unversell. Der reaktionärste Kapitalist und der revolutionärste Marxist sind gleicher Meinung — wer SM praktiziert, ist entweder krank oder kriminell. Aber stimmt dieses Urteil?

Eduard Bernstein schrieb in „Die neue Zeit“ im Jahre 1895: „So sehr auch die Partei versucht, andere Fragen von öffentlichem Interesse wissenschaftlich und unvoreingenommen zu beurteilen, so findet man doch wenig Ansätze, eine sichere, wissenschaftlich begründete Meinung zu bilden und zu behalten, sobald es sich um sexuelle Dinge dreht.“

Offensichtlich hat sich diese Situation nicht wesentlich seit 1895 gewandelt. Der schwule amerikanische Autor Dan Curzon schrieb 1975 in „Gay Literature“: „... auf sexuellem Gebiet verlassen wir gerade erst das Mittelalter“ (wobei er das Mittelalter fälschlicherweise mit breiter sexueller Unterdrückung gleichsetzt). Es ist offenbar, daß eine objektive wissenschaftliche Analyse sexueller Fragen gerade erst begonnen hat. Am wichtigsten an dieser Analyse ist die Bereitschaft, jede Frage offen zu untersuchen, Informationen zu sammeln und sich mit einem Urteil zurückzuhalten, bis die Fakten studiert sind. Ist dies hinsichtlich SM geschehen?

Sado-Masochismus ist ein Begriff, der von zwei berühmten Schriftstellern abstammt, dem Marquis de Sade und Leopold Sacher-Masoch. Sado-masochisten beginnen, sich politisch zu organisieren und bilden Gruppen wie die Eulenspiegel-Society mit Gruppen in New York, Philadelphia, Los Angeles und San Francisco. Sie bringen mehrere Zeitschriften heraus: u.a. den „SM Express“ und „Promethee-us“. Wer von denen, die SM verurteilen, hat jemals eines der Werke de Sades oder Sacher-Masochs oder die Publikationen der SM-Gruppen gelesen? Wie können wir ernsthaft annehmen, diese Urteile seien mehr als Vorurteile, wenn man ein

tion gelingen sollte. Ironischerweise werden diese beiden Männer mit Brutalität, Folter und Faschismus in Verbindung gebracht. Nur: Welcher faschistische Theoretiker hat je diese Männer als seine geistigen Vorgänger beansprucht?

Franz Fanon analysiert in „Wretched of the earth“ die Verinnerlichung von Unterdrückung bei kolonialisierten Menschen. Es ist heute allgemein anerkannt, daß Opfer von Unterdrückung meist ihre Unterdrückung verinnerlichen, d.h. sie akzeptieren die Definition von sich, die ihnen die herrschende Klasse gibt. Schwarze akzeptieren oft ihre Minderwertigkeit gegenüber Weißen und dies hilft den Weißen, die Unterdrückung fortzusetzen.

Nur wenn sie dies erkennen, können sich unterdrückte Gruppen befreien. Revolution beginnt mit dem Verständnis von Unterdrückung. Heute ist die Verinnerlichung von Unterdrückung eine der wichtigsten Kontrollinstrumente der Gesellschaft durch die herrschende Klasse.

Die meisten Menschen in unserer Gesellschaft, ob Frauen, Arbeiter oder bürgerliche Bürokraten, rebellieren nicht gegen die kapitalistische Unterdrückung, weil sie ihren Platz und die Unterdrückung als natürlich hinnehmen. Würde das nicht stimmen, die Klassengesellschaft würde morgen zusammenbrechen.

Sadomasochismus, wie ich den Begriff verwende, hat nichts zu tun mit der Brutalität der Polizei, von Faschisten und psychopathischen Kriminellen. SM ist eine sexuelle Beziehung, in der beidseitige Aggressionen und Schuldgefühle entdeckt werden. Der Masochist erleidet in milder und symbolischer Form die Bestrafung, die der Sadist für die selbst erlittene Unterdrückung austreten will. Der Masochist möchte bestraft werden, um sich von den Schuldgefühlen zu befreien, die die Auswirkung verinnerlichter Unterdrückung sind.

SM unterstützt nicht dieses System, es unterminiert es. SM kann eine Methode zur Objektivierung dieser Unterdrückung sein und einen von den bürgerlichen Werten befreien, die die Unterdrückung aufrechterhalten. Es kann außerdem ein Weg sein, diese Unterdrückung abzuklären, indem es dem Individuum mehr Freiraum zum

Anti-schwule Jagdszenen

Hoffnungen, eine Bekenntnis-Aktion wie die im „Stern“ im letzten Herbst könnte bereits ein schwulenfreundlicheres Klima in der Bundesrepublik erzeugen, werden durch Nachwirkungen des „Stern“-Artikels in Hannover etwas gedämpft. Dort hat es nämlich die Justiz sich nicht nehmen lassen als Reaktion auf den „Stern“-Artikel den § 175 StGB wie den Knüttel aus dem Sack zu holen.

Anlaß war das Bekenntnis eines 17-jährigen Schülers aus Hannover der dem „Stern“ anvertraut hatte: „Meine Mutter weiß, daß ich einen 40-jährigen Freund habe. Sie akzeptiert das genauso wie meine Lehrer und Mitschüler. Vor dem Gesetz aber macht sich mein Freund strafbar.“

Daß hier einem erst 17-jährigen, offen lebenden Schwulen das Kunststück gelungen war, in erträglichen sozialen Beziehungen zu leben und auch akzeptiert zu werden, interessiert die Staatsanwaltschaft nicht. „Aus öffentlichem Interesse“, wie es im Gesetz heißt, schmissen sie die Justizmaschine an, um den 40-jährigen Freund hinter Gitter zu bringen. Denn wenn ein Mann über 18 einen

Mann unter 18 hebt und mit ihm schläft, gehört er selbst nach dem liberalisierten Strafrecht ins Gefängnis, egal ob das jemand anzeigt oder nicht!

B. F. erhielt Mitte November einen Anruf der Kriminalpolizei. Die fragten ihn, ob er der Typ aus dem „Stern“ sei und ob er denn nicht Anzeige gegen den 40-jährigen wegen § 175 erstatten wolle. Durch forsches Weiterfragen versuchten sie - obwohl B. sofort klargestellt hatte, daß so etwas nie in Frage käme - den Namen des Freundes herauszubekommen. Die Mutter wurde mit denselben Fragen konfrontiert, aber auch sie weigerte sich, irgend etwas auszusagen. Einer schriftlichen Vorladung zur Vernehmung bei der Kripo kam B. nach Rücksprache mit seinem Rechtsanwalt nicht nach. (Das sollten auch Schwule wissen: Nur vor einem Richter oder Staatsanwalt MUSS man aussagen.)

Die Vorladung zur Staatsanwaltschaft, die kurz vor Weihnachten kam, machte die Sache schwieriger. Nur wer sich selbst, einen nahen Verwandten oder den Ehepartner/Verlobten belasten müßte, darf zu den Fragen des Staatsanwalts schweigen.

Für Schwule dagegen, die ihren Freund preisgeben sollen, gibt es „natürlich“ kein Aussageverweigerungsrecht. Zur Vernehmung erschien B. in Begleitung seines Anwalts. Von diesem unterstützt machte er einen „rechtfertigenden Notstand“ nach § 34 StGB geltend, der ihn zwinge, nicht auszusagen. Der Staatsanwalt drohte ihm daraufhin eine halbe Stunde lang immer wieder mit Beugehaft. Um B. zu Antworten zu verleiten, streute er zwischen seine Drohungen Fragen „zur Sache“ ein, aber auch zu aufschlußreichen Nebensächlichkeiten, die das weitergehende Interesse der Justiz an der hannoverschen (HSH) andeuteten. Ob B. F. denn die HSH kenne, dort verkehre usw. Das Verhör blieb allerdings ergebnislos.

Das Ermittlungsverfahren wurde im Januar eingestellt, weil ohne das drakonische Justizmittel Beugehaft aus B. nichts herauszubekommen war. Und die Beugehaft haben die Seiser am Vorgehen, wo sich die hannoverschen Gerichte befinden, dann doch gescheut.

AG Schwule

Kurzmeldungen

Kurzmeldungen

Hilferuf aus Rio de Janeiro

Die schwule Monatszeitschrift LAMPÍAO soll von der brasilianischen Regierung zum Schweigen gebracht werden. Die Redaktion ist angeklagt, „Angriffe gegen die öffentliche Moral und gute Sitten“ gestartet zu haben. Fünf Herausgeber wurden polizeilich vorgeladen. Sie sollen vor Gericht gestellt werden und müssen mit Geld- und Haftstrafen rechnen.

LAMPÍAO ist die am weitesten verbreitete Schwulenzeitschrift Brasiliens (monatliche Auflage 15 000) und hat darüber hinaus Bedeutung in ganz Lateinamerika.

Eine Verurteilung der Herausgeber könnte verheerende Auswirkungen auf die Ansätze einer Schwulenbewegung in Brasilien haben. Deshalb ist internationale Solidarität besonders nötig. Der Herausgeber Joao Antonio Macarenhas bittet in einem Rundbrief den wir über die „International Gay Association“ (IGA) erhalten haben: „Veröffentlichen diese Repression gegen schwule Aktivitäten und gegen eine Schwulenzeitschrift in euren Zeitungen und schickt mir ein Exemplar zu. Damit kann ich an die Presse herantreten. (Bitte auch Übersetzungen beifügen ins Englische, Spanische oder Französische).“

Schickt Protestresolutionen an unseren Justizminister Ministro Armando Falcão, Ministério da Justiça, 70064 Brasília, DF, Brazil. (bitte eine Kopie an mich).

Da die reguläre Post an den Herausgeber zensuriert wird, hat er eine zweite Adresse angegeben, die wir hier selbstverständlich nicht veröffentlichen können. Briefe werden von uns oder von der IGA an Joao Antonio weitergeleitet.

Pen-Club will homosexuelle Schriftsteller/innen unterstützen

Die internationale Schriftstellerorganisation Pen-Club hat im November vorigen Jahres eine Resolution verabschiedet, in der die Pen-Zentren aller Länder aufgefordert werden, für die Beseitigung der Diskriminierung homosexueller Schriftsteller/innen zu wirken.

In der Resolution heißt es, daß es „in vielen Ländern schwieriger ist, einen Verleger oder eine positive Aufnahme durch die Kritik für ein literarisches Werk über Homosexualität zu finden, als das für ein Werk vergleichbarer Qualität mit einem nicht-homosexuellen Thema der Fall ist“, und daß „in praktisch jedem Land der Erde Frauen und Männer mit homosexueller Orientierung diskriminiert werden“.

Man kann darauf gespannt sein, ob dem bundesrepublikanischen Pen-Zentrum zur Unterstützung schwuler und lesbischer Autoren/innen tatsächlich etwas einfallt, oder ob es bei der verbalen Unterstützung der Resolution bleibt. (Aus „Emanzipation“ Jan/Feb 79, nach „Gay Community News“, 11.11.78).

Medienzensur gegen Schwule

Der für den Rosenmontag am späten Abend angekündigte Film im 3. Programm des WDR, „Salzstangengeföhler“, wurde kurzfristig aus dem Programm genommen. Offiziell heißt es zwar, daß technische Gründe die Ausstrahlung verhinderten, aber inoffiziell „hatten sich vielmehr einige WDR Programmverantwortliche an dem „schwulen Getöse“ der „Salzstangen-“

geföhler gestehen“ (FR 26.2.79). Dies ist der zweite Fall innerhalb kurzer Zeit, wo die Ausstrahlung eines Films zum Thema Homosexualität verhindert wurde.

Daß Schwule sich dagegen zur Wehr setzen kann, zeigt die schnelle und gezielte Reaktion der Bielefelder Schwulengruppe IHB, die in einer Presseerklärung (siehe AK 146) sofort nach Absetzung des Films am 19.12.78, „Schauplatz, Gerichtsstrasse - Schwulengruppe in Bielefeld zu Protesten aufrief. Der WDR, in empörten Briefen und Anrufen von Zuschauern aufgefordert, dem Film schnellstmöglich einen neuen Sendetermin zu gleichen Sendezeit zu geben (20.15), ließ sich wohl oder übel veranlassen, den Streifen am 30.1.79 auszustrahlen.

Die IHB stellt Interessenten die „Schauplatz“-Sendung als Video-Cassette zur Verfügung. Initiativgruppe Homosexualität Bielefeld IHB c/o ASIA Universität Postfach 8641 4800 Bielefeld 1 Tel. 052-686628

Schwule Jusos organisieren sich

Schwule Jusos organisieren sich

Kölner Juso-Mitglieder und Sympathisanten haben einen Arbeitskreis „SCHWUSO“ gegründet. Er soll „Beispiel für alle Lesben und Schwule in politischen Organisationen sein, sich zu organisieren und für ihre Rechte einzutreten... In Anlehnung an die Erfolge der uramerikanischen Schwulenbewegung und ihre Selbstorganisationen in den dortigen großen Parteien soll mit diesem offenen Arbeitskreis die Möglichkeit geschaffen werden, auf ein Antidiskriminierungsgesetz hinzuwirken, das Frauen, Schwule und Ausländer einbezieht.“

Außerdem will der Arbeitskreis gegen bestehende gesetzliche und gesellschaftliche Unterdrückung und Benachteiligung angehen und „einen Beitrag gegen die reaktionären und faschistischen Kräfte und für die Verwirklichung der Demokratie leisten.“

Kontaktadresse: SCHWUSO Postfach 270130 5 Köln 1

Schwuler Aktivist in England ermordet

Der schwule Aktivist Peter Wells (31) wurde Anfang Februar erschossen in seinem Haus aufgefunden.

Ein 25-jähriger wurde des Mordes angeklagt und inhaftiert. Peter Wells war gerade in den letzten Etappen einer Klage vor der Europäischen Menschenrechtskommission gegen die britische Regierung und die Gesetze gegen Homosexualität in England und Wales. Sein Rechtsanwalt glaubt, daß der Fall wegen seinem Tod nicht automatisch fallen gelassen wird.

Peter Wells stellte seinen Antrag an Straßburg 1976, nachdem er zwei Jahre Knast absitzen mußte. Er war

wegen „Unzucht“ mit zwei 16-jährigen Männern verurteilt worden.

Seine Klage begann er als Einzelgänger und hatte sie auch bis jetzt allein finanziert. Später wurde er Mitglied der Campaign for Homosexual Equality (CHE), der größten englischen Schwulenorganisation.

Eine Urteilsfindung der Straßburger Kommission gegen die Regierung wurde das britische Parlament unter Druck gesetzt, das gegenwärtige Gesetz zu reformieren.

Doch an eine solche Wendung glaubt kaum einer in der Vorgangenhell. Sie vertritt die Kommission eher den Standpunkt, daß zwar eine allgemeine Achtung von Homosexualität nicht zu rechtfertigen sei, aber es sei recht und billig, zwischen heterosexuellen und homosexuellen „Schutzalter“ zu unterscheiden. („GN“, 22.3.79)

Neuer Fraunheim-Film

Rosa von Fraunheim, der mit seinem Film „Nicht der Homosexuelle pervers, sondern die Situation, in der er lebt“ Anfang der 70er Jahre einen nicht unwesentlichen Anstoß zur Bildung westdeutscher und westdeutscher Schwulengruppen gegeben hatte, stellt kürzlich seinen neuesten Film vor. Er zeigt die amerikanische Schwulenbewegung von ihren Anfängen aus der Christopher-Street bis 1978.

Somit ist gerade in diesem Jahr, in dem auf der ganzen Welt der 10. Jahrestag der New Yorker Schwulen Revolte (Stonewall) mit „Gay Pride Weeks“ gefeiert wird, durch den Film ein guter Anlaß gegeben, endlich auch in der Bundesrepublik dazu etwas auf die Beine zu stellen.

Rosa selbst ist daran interessiert, den Film mit Diskussionen und einer Art Schwulenfest in den verschiedenen Städten zu starten. „Gruppen, die an der Vorführung Interesse finden, wenden sich bitte an den Verleih. Der Film wird im April gezeigt. Gleichzeitig erscheint ein Buch zum Film beim Trikont-Verlag, München“ (Aus einem Brief des „Archiv der Schwulenbewegung“).

Der Film mit dem Titel „Armee der Liebenden oder die Revolte der Perversen“ ist in 16mm Magnetton gedreht und 110 Minuten lang. Der Verleih ist Fümwell, Trautenwolfstraße, 8000 München.

Osterkonferenz der IGA

Vom Freitag, den 13. (wir Tücken schrecken auch vor nichts zurück!) April bis zum Montag, 16. April, findet das Osterfest der Mitgliedsverbände der „International Gay Association“ (IGA) statt. Gastgeber ist die holländische Schwulenorganisation (OC N.Y.I.H.-COC) Abteilung I.G.A. Frederiksplein 14 1017 XM Amsterdam Niederlande.

Anmeldungen sobald wie möglich an die angegebene Adresse. Auch Mitgliedschaftsbedingungen für die IGA sind dort zu erfragen.

Unkostenbeitrag für Unterkunft und Verpflegung ist Hfl. 95 (etwa 95 DM).

Je Organisation sollten aus Platzmangel nur 3 Vertreter gesandt werden. Die Lust soll „natürlich“ nicht zu kurz kommen. Filmfestival, Feten etc. Der Kongreß tanzt!



„Holocaust“? Nein, sondern Originalfoto aus dem Katalog einer Frankfurter S/M-Boutique.

Versuch gemacht wurde, dieses Phänomen zu verstehen?

Der Marquis de Sade war kein Porno-Schreiber. Er war ein revolutionärer Denker, anerkannt zu seiner Zeit als einer der Väter der Revolution. Er schrieb einige der umstrittensten Abhandlungen seiner Zeit und verbrachte wegen seiner revolutionären Ideen den größten Teil seines Lebens im Gefängnis. Es ist interessant festzustellen, daß de Sade vom alten Regime, von den Revolutionären und von den Reaktionären eingesperrt wurde.

Leopold von Sacher-Masochs berühmtestes Werk, „Venus im Pelz“, behandelt die psychologischen Einwirkungen von Unterdrückung. Von Sacher-Masoch interessierte sich für die Verinnerlichung des Herr/Knecht-Verhältnisses, das er als Urmodell von Mann/Frau-Verhältnissen in der bürgerlichen Gesellschaft ansah. Damals (1860) war er ein Pionier auf dem Feld der psychologischen Verinnerlichung von Unterdrückung. Sowohl Sacher-Masoch als auch de Sade attackierten bewußt die bürgerlichen sexuellen Werte und beide glaubten, daß diese Werte umgestürzt werden müßten, wenn eine wirkliche Revolu-

Entdecken der Dimensionen seiner/ihre sexuellen Bedürfnisse gewährt.

Es gibt eine ziemliche Angst vor Sexualität in den westlichen kapitalistischen Gesellschaften und eine große Abneigung, persönliche sexuelle Gefühle und Phantasien zu diskutieren. Die meisten Leute sind einfach nicht bereit, ihre sexuellen Phantasien einer kritischen Untersuchung zu unterziehen. Sie sind meist selbst außerordentlich verwirrt über ihre eigenen Gefühle. Die Schwulen sind in dieser Hinsicht am offensten gewesen. Schwule Männer und Frauen haben seit Jahren ihre sexuellen Phantasien akzeptiert und sie ausgedrückt. Aus diesem Grund befinden sie sich an vorderster Front der Kämpfe für sexuelle Befreiung.

Trotzdem, wenn Lederbars erwähnt werden, ist die Reaktion, sie als faschistisch und frauenfeindlich zu verdammen. Wer auch nur ein wenig über die Lederszene weiß, muß zugeben, daß diese Männer schwul sind, nicht im mindesten gefährlich und ziemlich uninteressant an der Unterdrückung von Frauen sind.

Ein Genosse aus den USA

Filmfestspiele in Westberlin „The Deer Hunter“ und die Folgen

Während der Filmfestspiele in Westberlin kam es am 22. Februar zum Eklat. Was war passiert?

An diesem Tag wurde der US-Film „The Deer Hunter“ („Die durch die Hölle gehen“) außer Konkurrenz gezeigt.

Die sowjetische Delegation hatte schon vorher gegen die Aufführung protestiert, da dieser Film „eine Beleidigung des heroischen Volkes von Vietnam darstellt“. Das gerade in einer Zeit, „in der Vietnam einen gerechten Kampf gegen die barbarische Aggression durch China und um seine Unabhängigkeit führt“.

Da die Festspielleitung sich weigerte, den Film abzusetzen, zog die Sowjetunion ihren Beitrag zur Berlinale zurück. Die Delegation reiste ab. Diesem Schritt schlossen sich die Delegationen von Kuba, der DDR, Polen, Ungarn, der CSSR an.

Einen solchen „Massenauszug“ hat es bei der Berlinale bisher noch nicht gegeben.

Vergangenheitsbewältigung ...

Anders als andere US-Filme zum Vietnamkrieg, geht dieser Film von einem — zumindest — diskutablen Ansatz aus.

— Es wird eine Clique von Stahlarbeitern (meist Nachkommen russischer Emigranten) gezeigt. Ihre Arbeit, ihre Freizeit — die meist aus Saufen und Jagen besteht — und ihr Familienleben, wobei die Frauen eine reine Statistenrolle spielen.

All das mag auf die US-Wirklichkeit noch zutreffen. Die Jagdausflüge im Film, das Leben und die Beziehungen, das sind persönliche Erfahrungen...“, so der Regisseur Cimino in einem Interview.

Es wird gut gezeigt, wie in dieser „normalen“ Arbeits- und Lebenswelt über den Vietnamkrieg gedacht wird. Für die Hauptdarsteller ist es eine „Ehre, die westliche Welt und damit die Demokratie“ in Vietnam zu verteidigen.

Die drei sollen eingezogen werden. Es gibt noch eine Hochzeit und eine „Abschiedsfeier“.

Mit einem Schnitt ist man mitten im Kriegsgeschehen. In Vietnam.

— Amerikaner bombardieren ein Dorf, das von „den Nordvietnamesen“ besetzt sein soll. Ein „Nordvietnamese“ schneift nach diesem Angriff eine Granate in einen Unterstand, in dem sich die Dorfbewohner verbergen hält (1). Er wird vom Hauptdarsteller daraufhin mit einem Flammpfeil verbrannt.

Kurz darauf geraten die drei Hauptdarsteller in nordvietnamesische Gefangenschaft.

Dort werden sie auf übliche Weise gefoltert. Sie werden wie Fische in Käfigen eingesperrt. Halb unter Wasser, wo es von Ratten nur so wimmelt. Die nordvietnamesischen Bewacher lassen sie gegeneinander „Russisch Roulette“ spielen. Dabei werden sie geschlagen und auf alle möglichen Arten misshandelt.

Natürlich gelingt die Flucht. Allerdings kommt nur einer zu Hause an. Der Zweite liegt ohne Bein im Militärhospital, der Dritte verdient sich sein Geld mit professionellem „Russisch Roulette“ im Saigon der letzten Kriegstage.

Den Roulettespieler „erwischt“ es. Der andere kehrt im Rollstuhl zurück. Schlussendlich.

Nach der Beerdigung des „Roulette-spielers“ sitzt die alte Clique zusammen und singt „God save America“.

Sowen zur Geschichte des Films.

Zynischer und brutaler kann man Gewalt im Kino kaum darstellen, und kompletter lassen sich die tatsächlichen, seinerzeitigen Ereignisse kaum auf den Kopf stellen. Dem Feind „werden eben jene bekannten Verbrechen zugeschrieben — wie das My-Lay Massaker, die Tigerkäfige und die Folterungen — die nachweislich von westlicher Seite begangen worden sind... Ein klassischer Fall von Feindprojektion eigener Taten“ (FR Kommentar von W. Schütte, 24. 7. 79).

Die Szenen aus dem Gefangenenlager sind fiktiv. Ich kenne keine solche Berichte von Veteranen... „gab der Regisseur Cimino auf der Pressekonferenz in Westberlin selbst zu.“ Fakt ist, daß nach ersten differenzierten Filmen (z.B. „Coming Home“ mit Jane Fonda) die US-Filmproduktion darauf umgestiegen ist, „Rechtfertigungsfilme“ zu produzieren. In „The Deer Hunter“ wird unter dem Vorwand, die inhumanen Folgen „des Krieges“ darzustellen, staatliches Gedankengut zur nochmaligen Rechtfertigung des Krieges der USA gegen Vietnam verabreicht.

Der „Eklat“ ...

Natürlich ist es zu begrüßen, daß wenigstens ein geachteter Delegationen gegen dieses öble Machwerk demonstriert haben.

Szenenfoto aus „The Deer Hunter“

Hinter den Kulissen spielte sich allerdings Schmierentheater ab — Die Sowjetunion hatte von Anfang an gegen diesen Film Protest eingelegt. Auch hatte sie angedroht, bei Aufführung des Films abzubrechen.

Ihr „Vorschlag“ an die Festspielleitung war, den Film am letzten Tag der Festspiele zu zeigen, dann hätten sie aus Protest abbrechen können, ohne etwas zu versäumen. (Bei dem Belgrader „Filmfest“ vor fünf Wochen ist das auch so gewesen.)

Die Festspielleitung lehnte das ab, da die sowjetische Delegation ihren Protest samt Konsequenzen — vorher schon öffentlich gemacht hatte. Diese schmerzigen Tricks sind schon bezeichnend für die „Solidarität“ der „sozialistischen“ Staaten.

Schlimmer jedoch ist die Haltung der Festspielleitung. Sie bezeichnet den Film als einen „mutigen, selbstkritischen, engagierten Beitrag gegen Krieg, Gewalt und Aggression“ und die Berlinale sei frei und tolerant genug, sich auch mit harten und kontroversen Themen auseinanderzusetzen.“ Und letztlich: wir lassen uns

von keiner Seite, ob links oder rechts, irgendeine Zensur aufzwingen.“

Diese Haltung der sich aussonstend so „fortschrittlich“ gebenden Leute ist schon aus zynisch zu bezeichnen. Fakt ist, daß die Amerikaner — und nicht nur die — Produzenten und Verleiher inzwischen bestimmen, was auf der Berlinale gezeigt werden soll und was nicht. Die Festspielleitung ist letztendlich nur noch Aushängeschild. Sie hat nach außen die Aufgabe, die Aufführung reaktionärer Filme mit „Freiheit, Toleranz und Pluralismus“ zu rechtfertigen.

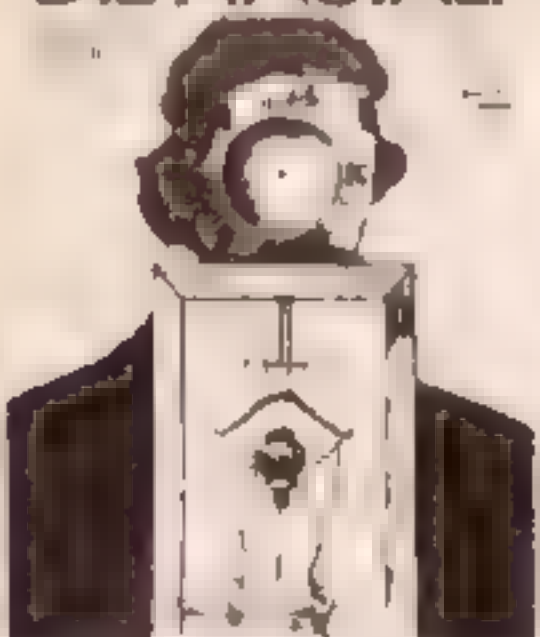
(Letztendlich geht es bei „The Deer Hunter“ nur um einen guten Kinostart in der BRD. Der „Eklat“ kann dabei nur helfen.)

Der Film soll Ende März in den Kinos der BRD und Westberlins anlaufen. Unsere Aufgabe muß es sein, hiergegen zu protestieren. Das sind wir dem vietnamesischen Volk schuldig.

Ein Genosse der Kulturkommission, der auf der Berlinale war

„Die Anstalt“ — ein erschreckend realistischer Psychriefilm

DIE ANSTALT



Ein schrecklicher — künstlich herbeigeführter — epileptischer Anfall

Die Idee zu diesem Film basiert auf einem Experiment von D.L. Rosenhan, das 1973 in den USA durchgeführt wurde. Eine Gruppe von Pseudo-Patienten bat um Aufnahme in zwölf verschiedene Krankenhäuser. Es wurden alle aufgenommen, und bis auf einen erhielten alle die Diagnose Schizophrenie. Kein einziger dieser „völlig normalen Menschen“ wurde bis zum Schluss des Experiments vom Personal „entlarvt“ — die Tatsache allein, daß ein Mensch in einer solchen Anstalt ist, war Beweis für seine „Verrücktheit“. Sogar die Tatsache, daß jeder dieser Pseudo-Patienten sich täglich Notizen machte über das Anstaltsgeschehen, wurde in einigen Krankenberichten als „Teil des pathologischen Verhaltens“ ange-

sehen. Nach Beendigung des Experiments wurde dies verschiedenen Kliniken mitgeteilt, und darauf aufmerksam gemacht, daß während der nächsten drei Monate ein oder mehrere Pseudo-Patienten versuchen würden, in die psychiatrische Klinik aufgenommen zu werden. Obwohl dies nicht geschah, wurden in der Folgezeit eine Reihe von aufgenommenen Patienten mit hoher Wahrscheinlichkeit vom Klinikpersonal als Pseudo-Patienten bezeichnet.

Der Film beschreibt die Erlebnisse der angehenden Psychologin Anna Theyn, die sich freiwillig in die Psychiatrie begibt. Vorher läßt sie jedoch bei einem Notar abzeichnen, daß sie sich freiwillig und bei voller geistigen Gesundheit zu reinen Studien zwecken einweisen läßt.

In der Klinik gerät sie an einen Chefarzt, der an die Verwertbarkeit psychischer Krankheiten glaubt, und an einen tabletten-süchtigen Assistenzarzt, der auf der Alkoholikerkation Verhaltensexperimente an den Patienten durchführt, die sich Vergünstigungen, sogar ihren Schlaf durch Wohlverhalten erkaufen müssen. Während Mitpatienten Anna Theyn als Journalistin verdächtigen, weil sie sich Notizen macht, interpretiert der Chefarzt ihre „Schreibmanie“ als Teil ihrer Krankheit.

Als sie Zeugin unmenschlicher Zwangsbehandlungsmethoden in der Klinik wird — bei einer Patientin wird durch Einspritzen eines Medikaments ein epileptischer Anfall hervorgerufen; eine andere wird zwangsmäßig — widersteht sie sich gegen derartigen Behandlungsmethoden und möchte die Klinik verlassen. Als ihre Eltern sie besuchen, die an ihre Krankheit glauben, kann Anna sie überzeugen, sie mitzunehmen. Dagegen erklärt der Chefarzt ihrem Vater: „Die Vorstellung ihrer Tochter, sie sei gesund, dieser Widerstand, das ist aggressive Schizophrenie mit paranoiden Zügen. Das ist fehlendes — Krankheitsbewußtsein, eine Störung geistiger Prozesse, die zu Aufbegehren und Angriffslust führt...“ Nach dieser Indoktrination wollen die Eltern sie doch drinlassen. Es kommt zum Streit zwischen Vater und Tochter, in den auch Pfleger eingreifen und Anna gewalttätig in der Klinik behalten. Bei einem Termin mit dem Amtsrichter ist sie derart mit Medikamenten vollgepumpt, daß sie kaum wahrnimmt, was eigentlich geschieht, und so die Zwangsweisung verfügt wird! Ohne ihre notarielle Absicherung hätte sie kaum eine Chance gehabt, die Klinik zu verlassen.

Nach der Enthüllung von Anna als Pseudo-Patientin gerät das selbstgefällige Weltbild des Chefarztes in Frage. Wir werden immer noch die Trennung von Gesunden und Kranken (im Wachen und nach anonymen Anrufen) als Pseudo-Patienten eingeschleust werden, verdächtigt er die Neuaufnahmen als Simulanten. Der Film zeigt hier in erschreckender Weise die Macht der ohne die genaue

ste wissenschaftliche Begründung vorgehenden Ärzte, die entscheiden, was sie als normal oder gesund bezeichnen, und dann mit grausamen Methoden behandeln dürfen. Und der Film sucht auch dem ahnungslosen Betrachter deutlich, daß Bezeichnungen wie Irresein, Schizophrenie etc. nicht irgendwelche objektiven Krankheitsbilder sind, sondern lediglich das subjektive Urteil der herrschenden

Psychiatrie (und das ist die „Wissenschaft“ der Herrschenden.) über Vorhalten und

B. Schuchardt schrieb in der „kölnerischen Rundschau“ zu diesem Film: „nach einer Änderung dieser Zeilen kann denn auch nicht laut genug gerufen werden.“ Dem können wir nur voll zustimmen!

Wehndertenkommission

„Tage und Nächte von Liebe und Krieg“ Autobiographischer Bericht von Eduardo Galeano

„Kultur hörte für uns nicht mit der Produktion und dem Konsum von Sachen auf. Noch weniger begann sie damit, wir verstanden unter Kultur die Schaffung jedweden Raums, in dem wir Menschen treffen, und Kultur waren für uns auch alle Symbole der kollektiven Identität und des kollektiven Gedächtnisses. Zeugnisse unseres Seins, der Phantasie, Aufdeckung dessen, was uns daran hindert, wir selbst zu sein.“

Mit diesen Worten beschreibt Eduardo Galeano in seinem autobiographischen Bericht „Tage und Nächte von Liebe und Krieg“ das Programm der Kulturzeitschrift „Crisis“, die er ab 1973 gemeinsam mit Juan Gelman in Buenos Aires leitete — bis die faschistische Machübernahme die Weiterführung der Zeitschrift unmöglich machte.

Der Kampf für eine „Kultur des Widerstands“ in Lateinamerika ist zugleich zentrales Thema sämtlicher Werke Eduardo Galeanos. Entsprechend der Forderung: „Kultur ist Kommunikation, und sonst nichts“ verzichtet Galeano auf keine Möglichkeiten der Mitteilung, auf keine sprachliche Form, die der Erreichung dieses Ziel dienen könnte.

In seinem bekanntesten Buch „Die offenen Adern Lateinamerikas“ geht es Galeano darum, die Geschichte dieses Kontinents den Unterdrückten in anschaulicher, sinnlicher Sprache zu vermitteln, einer Sprache, die ihren Wahrnehmungen entspricht und Ausdruck verleiht. Ich glaube, daß manche es als Sakrileg ansehen, wenn ich in diesem Buch in einer Sprache über Wirtschaftspolitik schreibe, als handele es sich um einen Liebesroman oder ein Abenteuerbuch.

Im Rückblick, sieben Jahre nach Veröffentlichung der „Offenen

Adern Lateinamerikas“, stellt Galeano fest, daß er mit diesem Buch „sein“ Publikum erreicht hat. Er berichtet u.a. von einem Mädchen, das in einem Autobus in Bogota allen Fahrgästen aus dem Buch vorlas und von einer Frau, die am Tag des faschistischen Putsches Santiago de Chile verließ, das „Buch in den Windeln ihres Babys versteckt“.

Im autobiographischen Bericht „Tage und Nächte von Liebe und Krieg“ bricht Eduardo Galeano mit der herkömmlichen Form der Biographie, in der zumeist die Entwicklung eines Individuums im Vordergrund steht. Dieser autobiographische Bericht besteht aus einer Vielzahl oftmals nur kurzer Texte, in denen sich politische Analyse, Erlebnisbericht und Reportage wechselseitig durchdringen. Aus diesen Texten setzt sich ein exaktes Bild südamerikanischer Wirklichkeit zusammen, das mit den im eigentlichen Sinn autobiographischen Aufzeichnungen unaussprechlich verbunden ist.

Den dargestellten Praktiken der Einschüchterung und des Terrors stellt Galeano immer wieder die Formen kollektiven und individuellen Widerstands gegenüber. Hierzu zunächst ein Beispiel aus dem Kampf der Redakteure und Mitarbeiter von „Crisis“. Der Redakteur Araujo gab den Lesern seines Artikels, in dem er Dokumente über die Erdöl-Verträge Argentiniens veröffentlicht hatte, am Schluss folgenden Hinweis: „Wenn Sie, verehrte Leser, nach Publikation dieses Artikels erfahren, ich sei beim Überqueren der Straße von einem Autobus überfahren worden, so machen Sie sich bitte Ihre eigenen Gedanken darüber. Sie werden recht behalten.“

Galeano berichtet vor allem auch über den Widerstand im Volk gegen die importierte US-amerikanische

Kultur „der Lebensutopie“. So erzählen sich z.B. die Kinder in den Vororten von Montevideo die Eroberung Amerikas folgendermaßen: — Ich bringe dir die Zivilisation — Sieh, wie schön mein Schiff ist! Ich will nicht wollen, ich habe Familie, und ich gut verdienen — Aber es ist besser, wenn du auf mich hörst, so wirst du auch so sprechen können wie ich. — Du aufhören mit Quatsch, du machst lassen in Ruhe.

Ein weiteres Beispiel. Die bolivianischen Bergarbeiter verheeren in ihren Kulturen den „Gevatter“ Teufel. Jesus ist für sie der Gott des Systems, seinen Namen im Stollen auszusprechen bringt Unglück. „Mit diesem Fest der Bergleute verhält es sich so wie mit den politischen Universitäten. Die Diktatoren haben sie verboten. Sene Männer versammeln sich um den Gevatter in abgelegenen Winkeln der Stollen, und hier sprechen sie über ihre Probleme und wie man die Dinge ändern könnte. Hier fühlen sie sich geborgen, sie machen sich gegenseitig Mut. Sie buckeln auch nicht vor dem Teufel. Wenn sie wieder hinausgehen, werfen sie ihm bunte Luftschlangen um den Hals.“

Was dieses Buch vor allem lesenswert macht, ist die vielfältige Beschreibung der Formen kollektiven und individuellen Widerstands in den Berichten und Texten aus dem Alltag des Klassenkampfes, „die Unbestechlichkeit derer unten, Zärtlichkeit, Musik, Essen, Trinken, Liebe“ (P.P. Zuh). Die Fähigkeit, auch unter faschistischen Bedingungen die sozialistische Haltung zu bewahren, nicht zum „Gefangenen der Angst“ zu werden, findet in der Sprache Eduardo Galeanos ihren adäquaten Ausdruck.

Kulturkommission

Werner
Schlegel

Die Herrschaft der Krokodile oder [k]eine „Gefälligkeitsrezension“

1
30 Bücher, in dieser Zelle mit dem zusätzlichen Drahtgitter vor dem Fenster, dem ebenso zusätzlichen dicken Vorhängeschloß, dessen Schlüssel sie immer erst lange suchen, wenn sie aufsperrten müssen. 30 Bücher, in dieser Zelle, die sie nur mit zwei Mann öffnen dürfen, die alle 14 Tage eine andere und doch die gleiche ist, nicht nur, weil ich die wenige zugelassene „Habe“ immer an denselben Fleck räume, um während der Dauerwanderung von Schließfach zu Schließfach einen Fixpunkt zu behalten. 30 Bücher auf Anordnung von Oben. Damit sollst du arbeiten, als Autor, Besser: sollst du eben nicht! Du tust's natürlich trotzdem oder gerade deshalb. Auch wenn die Revolution „noch nicht mit Gedichten, Aufsätzen und Artikeln gemacht worden“ ist (S. 10). Du tust's, weil es Krokodile gibt, Krokodile, die nicht behäbig-faul und schlfrig an irgendeinem fernen Flußufer in der Sonne dösend auf den Alterstod warten, sondern mitten unter uns leben — herrschen. Nein, mit Gedichten, Aufsätzen und Artikeln wurde noch keine Revolution gemacht (oder doch?). Aber vielleicht einigen Nichtsehenden der Chimpansen unter den Samson-gewaschenen wölfischen Lammfellimitationen gezeigt, und den Wissenden klargemacht, daß nicht nur Krokodile zubeißen können...

30 Bücher in der Zelle, das bedeutet dreimal, nein, dreifach mal überlegen, welches Buch wichtig genug ist, um einem anderen den Platz wegzunehmen; bedeutet, jedes ausserkorene muß zwei Funktionen erfüllen können: Wieder und wieder Tips, Anregungen, Assoziationen für die eigene Arbeit geben und — nicht weniger wichtig — Mut machen, wenn dich der Beton innen und außen zu erschlagen droht, Mut, den Krokodilen die Zähne zu zeigen, weil es die sagt: Der da (oder nie), der das geschrieben hat kennt sie auch, DIE HERRSCHAFT DER KROKODILE und den von ihr ausgelassen Alpträum

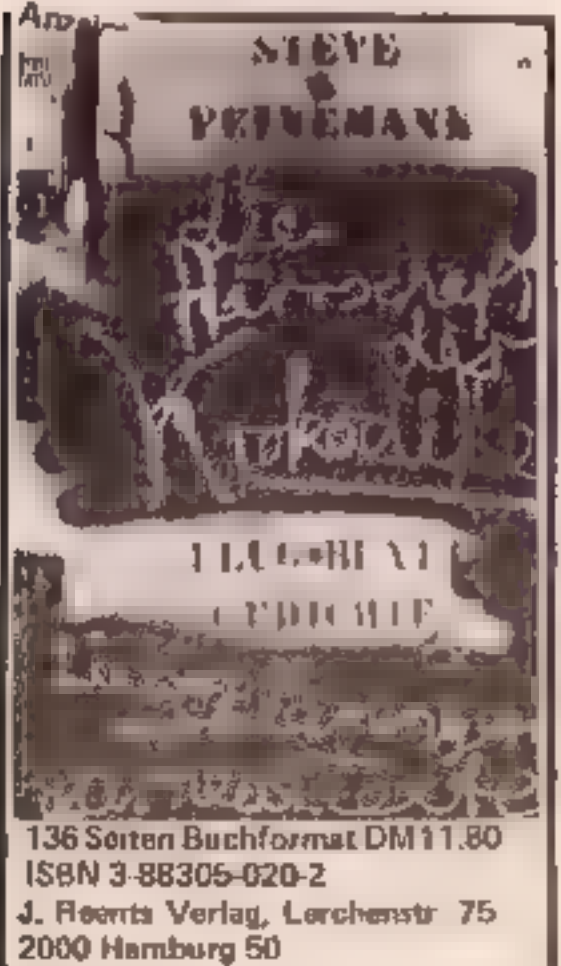
Irgendwas mal
Streich dich mit dem
Zirkelstift auf der Schreibmaschine
Federkreuze auf den Brillengläsern

Trag auch präzise
Was mir nicht passen wird
Konzentrische Kreise (links auf dem Rücken
Und Zahlen von eins bis zwölf

Das Lächeln dann
Abzuweichen

(S. 43).
Weil es dir sagt, du bist nicht
(S. 43).
Weil es dir sagt, du bist nicht
allein, mit dem Alpträumen und
dem Kampf dagegen.

3
Trotz der Alpträume lächelte ich, fast zärtlich, als ich Steve B. Peinemanns HERRSCHAFT DER KROKODILE von vorn bis hinten durchgearbeitet hatte, dachte an das Ulcus-Molle-Info 1/2 1977, S. 28/29. Eine Rezension von ihm „Orabgesang, Knaus und andere Gedichte“, K. P. Plein / W. Schlegel, Selbstverlag. Mich schaudert's, wenn ich an diesen ersten Band denke. Nicht wegen des Inhalts (dazu stehe ich), nein, die Form, die Form...



Mit gleichem Schaudern fing ich damals auch an, Steves Rezension zu lesen. Langsam, ängstlich, Wort für Wort erlesend (Rezensenten sollten sich mal öfter überlegen, was sie mit ihren eulen Machwerken anrichten können!), um dann von Zeile zu Zeile immer freier, befreiter weiterzulesen. Der hatte uns nicht „geschlachtet“! Kritik ja — zu Recht — aber kein egozentrisch arrogantes Messerwetzen. Das machte Mut, damals. weiterarbeiten. (Mit Erfolg, was immer man subjektiv auch darunter verstehen mag). Der hatte begriffen, wer da in welcher Situation warum schrieb, auch schrieb, um den schlauer- und gitterbesteckten Krokodilszähnen nicht zum Opfer zu fallen. Ich fragte mich damals, durchaus im Bewußtsein der Mängel des Bandes, warum es



kein Vernß wurde.
kein Vernß wurde.
Fast zwei Jahre später schickt mir der Verlag nun Peinemanns Band in die Zelle. Und ich las. Las, lächelte, begriff — so wie er damals.
Also eine Gefälligkeitsrezension? Klar doch! Weil in „Gefälligkeits“ das Wörtchen gefallen steckt. Aber nicht nur als Substantiv...

4
In Augustins BILDmagazin für gehobene Ansprüche fand sich neulich ein Interview mit dem bundesrepublikanischen Oberkrokodil. Das Schmidtchen-schleichte Das von dem Land, „dem ich jedenfalls zugehören möchte bis ans Ende des Lebens — ja.“ Es muß wohl am Krokodil-freundlichen Klima liegen... In Peinemanns programmatischer Proseileitung (zehn Notzblätter statt einer geruchstischen Einleitung — Krokodil und Elfenbeinturm) liest sich's jedenfalls ein wenig anders: „Biermanns „deutsches Dunkel“ leuchtet sich, wenn man dieses Land verläßt. Wenn man reinkommt, wollen sie einem die deutsche Narrenkuppe wieder tief über beide Augen zehen. Kofferraum auf, aha, da liegt Gedrucktes. Schon greift der Staat über und zu.“ Recht hat er, der Peinemann. Zwar sitze ich „drinnen“, unfähig, irgendwohin rein- oder rauszukommen, erhalte aber genügend Briefe. Das, was mir da von vielen Freund(inen) erzählt wird, findet sich — literarisch be- und verarbeitet — in Steves Gedichtband wieder. Auf den Begriff gebracht: Das Modell Deutschland — hauptsächlich.

Der Band beginnt mit einem auch programmatisch zu verstehenden „Wütenden-Modell-Deutschland-Gedicht-nach-Villon.“

Und wenn es Kampfgeschehen und wie ein Zaun
Die Schläger Pflanzschilde aufstaut.
Soll ich nach mondt wie ein Stein verhalten?

Soll er nicht, wie schon Villon feststellte, soll niemand, Er tut's auch nicht, aber viele andere. Leider. Deshalb sind solche Lyrikbände wichtig. Wichtig aber auch für die, die so oft „das kennen wir doch alles längst“ stöhnen. Sie kennen's eben nicht oder nicht umfassend genug oder die Linke in diesem Lande müßte in einem anderen Zustand sein. Auf jeden Fall liefern sie sich selbst der Geschichtslosigkeitssamstags aus, sagen „so schlimm was es nicht wieder kommen“ und agieren die Geschichte dahin, wo sie absolut nicht hingehört, in die Rumpelkammer Ergebnis.



Und am Ende war's wieder
Und am Ende war's wieder
Das schwarze Nanka-Halbmond.
Nur bei uns wurden noch
immer mehr
Als die Schlinge schon hart aus dem Baum.
(S. 22). Nicht so schlimm? Es wird nicht nur, es ist schon! Man nehme die Puzzleteichen des Modells Deutschlands und setze sie endlich zusammen, anstatt sie einzeln angekeilt zu betrachten! Peinemann hat's gemacht! Das fängt an mit der „Reise von Kraus zu Krupp“, führt auch über diejenigen, die ihnen

immer noch einmal
immer zum letzten Mal
zugehört und geglaubt

(S. 24, KOSTENRECHNUNG) haben, endet noch lange nicht beim STATUS QUO (S. 27), der die vom Volke ausgehende Staatsgewalt über eben dieses Volk längst wieder herfallen läßt. Und das wird auch noch nicht beim MODELL FÜR EUROPA — FÜR WEN? (S. 36) enden. Eher schon bei dem bereits erwähnten Zielfernrohr auf der Schreibmaschine.

121 Seiten Puzzle des Modells Deutschland (überwiegend) in all seine Facetten und Auswirkungen. In seiner (noch) stamphemischen Unvollständigkeit (SANDBEMERKUNGEN, S. 44), wie in seiner atomkuppelgerüsteten, bürgerkriegsverbarnkadierten (schon) Alltagsnormalität. Allein acht Gedichte befassen sich — keine Seite der Medaille auslassen — mit dem, was allen die's nicht hinnehmen wollen via

Reizgas
per Wasserwerfer
Chemische Karte
nervenkrankeferzeugung
stanz

(UNTERNEHMERSTAATS-
RAISON, S. 52) als Notwendigkeit
eingebildet wird, damit die Lichter in
den Krokodilshauptpalästen nicht ausgehen

Manchmal wird einem das zuviel, beim Lesen, trotz aller prägnanten konkreten Poesie oder besser würde, wären da nicht auch noch andere Gedichte. Liebesgedichte nennt Peinemann sie. Manche sind's, auf den ersten Blick. Bei manchen merkt man's erst beim nochmaligen Lesen. Jedenfalls Gedichte, die über das schlagstockzählige Einkreisungs-Unterlebensgefühl hinausweisen, über die verzweifelt einsame Resignation des Hartmut Gründler — auch einer von uns, der schon vergessen scheint — in die Zukunft deuten, dem Peinemann dabei trauend nachhüllt

Und klarer den Kopf
Und klugere Gedanken
Und die Verantwortung auf einen Mann

(S. 64); nachruft

Wir brauchen das nicht:
Nur ein bisschen von dir

Nein, wir brauchen das nicht, so zu sterben, sich so sinnlos zu opfern, damit WELT BILD was zu gewinnen hat. Wir dürfen das nicht brauchen! Nicht, solange sich noch Augenblicke einfangen und festschreiben lassen, in denen haussfassadenerneuernde Mauer, Mauer im vierten Stock auf dem Gerüst hier mit einem trinken, und unten

Stahl der Hauswirt hoch hoch macht mit den
Händen Signale.
Ein Mädel wirkt runder Kopf alles dein Gold.
Nur ein bisschen von dir

(S. 73). Nicht, solange es noch Eltern gibt, die gelernt haben und fragen: „Fangen die wieder an, lernt denn keiner was?“ (S. 90) und denen man dann trotz alledem antworten kann

zerrissenes Halskreuz auf dem Lederarm.

Nein, die kommen nicht durch. Die nicht, und die anderen, die das zerrissene Halskreuz verborgen unter dem Müß- und MüL-Mantel, unter schwarzen und schwarz-roten Roden und unter den in der Brusttasche steckenden Zeitungsausschnitten mit den Börsennotierungen des Tages tragen auch nicht. Nicht, solange es solche Gedichte gibt, nicht, solange in Chile, Südafrika, im Iran und überall, wo die Krokodile zu Hause sind, gegen diese gekämpft wird. Gekämpft trotz 7,56mm-stahlmantelargumentation, diese gekämpft wird. Gekämpft trotz 7,56mm-stahlmantelargumentation, trotz routinemäßig praktizierter Folter. (Es ist deshalb nur konsequent, wenn Peinemann in diesen Band einige von ihm übersetzte indische und afrikanische Gedichte aufnahm). Vergessen wir das nicht, so lange nicht.

Da der Glanz im Osten
Nur ein Leben bringt für meine Lieder.
Da sollen für immer
Mondstern-Muß sein
Wenn der Morgen kommt.

30 Bücher in diesem Betonschließfach des Modells Deutschland. 30 Bücher zugelassen, das bedeutet: lese genau! Überlege gut, sehr gut, was du auswählst. 30 Bücher, das sind Brechts Theaterstücke in einem Buch, ein Brecht-Sammelband, einige Ausgaben der „horen“, Nachschlagwerke, drei Bücher von Zahl, drei eigene Belegexemplare, Nüzim Hikmet's „Menschenlandschaften“, fünf Rotbücher, sieben Kursbücher und einige Anthologien. Und Steve B. Peinemanns HERRSCHAFT DER KROKODILE

Eine Gefälligkeitsrezension? Klar doch, mir tat der Verlag einen Gefallen, als er mir den Band schickte. Peinemann — ich kenne ihn nicht doch inzwischen schon — weiß nur, daß ich mit dem mal die Schreibmaschine unter die Arme geklemmt, auf Krokodilfang geben möchte. Mit ganz vielen Schreibmaschinen, die wir dann den fettesten Krokodilen in die aufgesperrten Rachen schmettern, damit sie daran ersticken. Und anschließend würden wir uns zwei Gitarren greifen und aufspielen zum Mondtanz.

Margot Schröders
neuer Roman

Das kannst Du laut sagen, Hannes

Margot Schröder. Für viele bekannt durch ihre beiden Frauenbücher „Ich stehe meine Frau“ und „Der Schlächter empfiehlt immer noch Herz“, hat im November ein Jugendbuch herausgegeben. Ein Roman geschrieben aus der Perspektive eines Hamburger Jungen.

Hannes, ein arbeitsloser Realischißabgänger, macht seine bitteren Erfahrungen mit dem Arbeitsamt, mit arroganten Personalchefs, einschüchternden Fragebögen und idiotischen psychologischen Tests.

Um sich wenigstens ein paar Mark zu verdienen und von den Eltern nicht völlig abhängig zu sein, jobbt er nachmittags als Zeitungs-Läger. Durch die hierbei vorsichtig entstehende Freundschaft mit einer 75-jährigen Kundin, die alles andere als auf den Kopf gefallen ist, erkennt er langsam die Hintergründe seiner Misere seines Ausgegliedertseins. Untergrundgefühl und seiner hilflosen Wut. Er erfährt, daß das nicht sein individuelles Schicksal ist, daß es schon lange kein persönlicher Mangel ist. Aber er lernt auch durch die alte Johanna, daß er den Kampf um einen Ausbildungsplatz, um Unabhängigkeit und um ein besseres Leben nur angehen kann, wenn er erstmal zu sich selbst steht, und sich nicht, immer zu einer Null macht.

Wie schon in ihren anderen Romanen geht es Margot Schröder hierher, Mühe und Erfahrungswelt. Sprache und Gefühle der Betreffenden sehr glaubhaft wiedergegeben. So, wenn Hannes der Johanna von einem Vorher-ungespräch erzählt:

„Weißt du, ich hab mich gestern bei so'm Großbetrieb beworben. Hatte echt Hoffnung, weil die mir geschrieben, nur drei Bewerber sind übrig geblieben. Du, ich kam zum Personalchef rein, aber der mich was fragte, machte er mir erstmal klar, wieviel Licht 'ne Zimmerlinde braucht. Und dann schob er mir was Vorgedrucktes überm Schreibtisch. Hat sich nicht mal vorgestellt. Ich sah mit dem Kram an und wußte: Wieder mal 'n Test. Ich wurde in so'n Nebenraum gebracht, da kauften schon die anderen zwei an ihrem Kugelschreiber. Die haben Fragen, da pfeift dir Dampf aus der Schädeldrücke. Weißt du, wo Schiller geboren wurde?“

Schüler, denen die Autorin aus ihrem Manuskript vorlies, fanden in ihren Zellen das ausgedrückt, was sie schon lange empfinden, aber lange nicht mehr ausdrücken können. Weil ihnen verflüchtigt ausgegeben die Zusammenhänge systematisch vernebelt waren.

„Du kannst doch deine Tränen nicht immer nach innen ablaufen lassen. Mensch, hat der Alte mich schon verflucht, aber mir geht es gar nicht immer nach innen ablaufen lassen. Mensch, hat der Alte mich schon verflucht, aber mir geht es gar nicht immer nach innen ablaufen lassen. Mensch, hat der Alte mich schon verflucht, aber mir geht es gar nicht immer nach innen ablaufen lassen.“

Der Roman ist von einer rauen und zugleich zärtlichen Sprache. In ihrer horstigen Densangkeit werden trotzdem poetische Bilder entfaltet wie sie in den Tagträumen all derer entstehen, denen sie das Herz noch nicht geklaut haben. Und dazu gehört neben den Jugendlichen auch die alte Johanna, die in ihren Einsamkeit verliert ist, aber nicht mit ihm zusammenzehen will. Das Verhältnis zwischen ihr und Hannes ist wohl die schönste, seltenste und interessanteste Beziehung in diesem Buch — kein Harold und Maude-Klischee. Aber auch die Darstellung der komplizierten ersten Liebe zwischen dem arbeitslosen Hannes und der wortmanzipierten Oberschichtlerin Ulrike zeigt mit welchem echten Engagement sich die Autorin in die Welt der Jugendlichen versetzt. Ein Buch für junge Leute, aber nicht nur für die!

Margot Schröder
Das kannst Du laut sagen, Hannes
Rowohlt Taschenbuch,
Reihe Rotfuchs, 4,80 DM



Betrieb und Gewerkschaft



IG Chemie-Vorstand gegen Vertrauensleute

Völlig überraschend erfuhren die meisten Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre der IG Chemie am 20.2. aus der „Frankfurter Rundschau“, daß der Gewerkschaftsvorstand eine wesentliche Änderung der Satzung der Organisation vorbereitet: Es geht um die Bestimmung gewerkschaftlicher Vertrauensleute. Bisher hieß es in der Satzung „In allen Betrieben sind gewerkschaftliche Vertrauensleute zu wählen“. Der Vorstands-Vorschlag lautet „In allen Betrieben sind gewerkschaftliche Vertrauensleute zu wählen oder durch den Verwaltungsvorstand zu berufen“ („FR“, 20.2.). Hinter diesem Zusatz zur bisherigen Satzungsformulierung verbirgt sich eine wesentliche Änderung gewerkschaftlicher Strukturen: Die Allmacht des Vorstands wird gestärkt, die Vertrauensleutearbeit als wichtigste gewerkschaftliche Betriebsbasisarbeit wird weiter entwertet und damit der Anpassungsprozeß an die Situation in den Chemiegroßbetrieben beschleunigt, wo heute schon die Existenz sogenannter „betrieblicher Vertrauensleute“ die gewerkschaftliche Interessenvertretung dem Betriebsverfassungsgesetz und seinen Bestimmungen der „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit den Kapitalisten unterordnet.

Der Vorstand sichert seine Allmacht

Auch bisher gab es in der IG Chemie die Möglichkeit der Ernennung von Vertrauensleuten durch die Verwaltungsvorstände. Allerdings diente ein solches Vorgehen bisher dem Aufbau gewerkschaftlicher Arbeit in bisher schwach organisierten Betrieben. Die Ernennung von Vertrauensleuten in solchen Fällen war immer mit der satzungsmäßigen Verpflichtung verbunden, die Wahl der Vertrauensleute nachzuholen.

Andererseits gab es bisher auch schon das Recht des Vorstands, Vertrauensleute nicht zu bestätigen, wie dies zum Beispiel bei Reichhold Chemie (heute Hoechst) in Hamburg geschah, wo dem gesamten VK die Bestätigung verweigert wurde (siehe „Rotbuch zu den Gewerkschaftsausweisen“, S. 229). Diese Maßnahme richtete sich eindeutig gegen fortschrittliche, nicht dem Vorstands kurz unterworfenen Gewerkschaftsarbeit. Die Tatsache, daß diese bisherige Ausnahmeregelung in der Satzung jetzt die Regel werden soll, gibt die Richtung des Vorstandsbeschlusses an. Es will sich das Recht herausnehmen, jederzeit durch Interventionen in betriebliche Gewerkschaftsarbeit in seinem Sinne zurückzuschlagen.

Der Vorstand hofft sich damit eine ihm treu ergebene Basis zu schaffen, denn die Vertrauensleutkörper wählen laut Satzung die Delegierten für die Gewerkschaftstagen, die ihrerseits für die Wahl der jeweils übergeordneten Gremien bis hin zum Vorstand zuständig sind. Der Vorstandsmanipulation und der Absicherung bestehender Machtpositionen ist damit noch weiter Tor und Tür geöffnet.

Es damit noch weiter Tor und Tür geöffnet.

Das System „betrieblicher Vertrauensleute“

Der IG-Chemie-Gewerkschaftstag 1976 hatte den Hauptvorstand beauftragt, „in Beratung mit gewerkschaft-

lich organisierten Betriebsräten und Vertretern von gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörpern von Großunternehmen zu prüfen, wie die betrieblichen Vertrauensleute durch gewerkschaftliche Vertrauensleute ersetzt werden können“ (aus den „Arbeitsthesen zur Vorbereitung der Bundesarbeitsstagung“).

Betriebliche Vertrauensleute gibt es in den chemischen Großbetrieben Hoechst, Bayer und BASF. Wir greifen als Beispiel Hoechst heraus. Grundlage für die Existenz betrieblicher Vertrauensleute ist eine Betriebsvereinbarung zwischen dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung. Diese Betriebsvereinbarung sieht vor, daß alle Arbeiter und Angestellten des Betriebs Vertrauensleute wählen, also auch die nicht in der Gewerkschaft organisierten. Ebenso können nicht-organisierte Kollegen als Vertrauensleute gewählt werden.

Der sogenannte Vertrauensleutkörper tagt während der Arbeitszeit im Betrieb. Besteht der Betriebsvereinbarung ist der Vertreter der Kapitalisten an den Sitzungen teilnehmen können. Alle IG Chemie-Mitglieder, die auf diese Weise betriebliche Vertrauensleute wurden, wurden gleichzeitig als gewerkschaftliche Vertrauensleute anerkannt.

Die Vertrauensleutensitzungen werden laut Vereinbarung vom Betriebsratsvorsitzenden geleitet. 1977 legte der Betriebsratsvorsitzende von Hoechst dem Vertrauensleutkörper einen Antrag vor, in dem er sich vom VK „ermächtigen“ (so heißt es wörtlich!) lassen wollte, auf kritische Anfragen nur in Form eines kurzen Statemente einzugehen, oder die Anfrage vom Tisch wischen zu dürfen. Wörtlich: Der Betriebsrat sei „ermächtigt“, die Sitzung ohne weitere Aussprache oder Abstimmung zu beenden. Der Betriebsrat sei „ermächtigt“, die Sitzung ohne weitere Aussprache oder Abstimmung zu beenden, wenn er der Auffassung ist, alle sachlichen Diskussionsbeiträge gebührend berücksichtigt zu haben“. Er zog diesen Antrag schließlich mit der Begründung zurück, der Inhalt entspreche dem, was sowieso auf den

Vertrauensleutensitzungen praktiziert werde.

Besagter Betriebsratsvorsitzender und Antragsteller für diesen „Ermächtigungsgesetz“ ist kein anderer als Rolf Brand, Mitglied im Hauptvorstand der IG Chemie!

Auf der Bundesarbeitsstagung der IG Chemie im Herbst letzten Jahres prallten die Differenzen in der Frage der Vertrauensleute zwischen den rechten Betriebsratsführern der Großbetriebe und der Mehrheit der betrieblichen Funktionäre um die Frage der Abschaffung dieser betrieblichen Vertrauensleute scharf aneinander. Die Rechten befürchteten nicht ohne Grund, daß ihnen damit die Basis ihrer Macht im Betriebsrat entzogen wird. Auf der Arbeitsstagung setzte die Mehrheit durch, daß auf dem nächsten Gewerkschaftstag über die Existenzberechtigung dieser betrieblichen VK's entschieden werden sollte. In einem Beschluß der Bundesarbeitsstagung heißt es: „Es müsse mit der Diskussion in den Betrieben mit betrieblichen Vertrauensleuten unverzüglich begonnen werden, um die Mitglieder aufzuklären und um die Voraussetzung zu einer Lösung dieses Problems zu schaffen.“

Auch vor diesem Hintergrund muß die eilige Entscheidung der Hauptvorstandsmehrheit gesehen werden, noch vor dem Gewerkschaftstag den Beirat über die Satzungsänderung beschließen zu lassen.

Eine offene und breit geführte Diskussion in den Betrieben um diesen Vorstoß des Vorstands zum weiteren Abbau der Basisentscheidungen und der innergewerkschaftlichen Demokratie ist notwendig. Es geht um die Weiterexistenz gewerkschaftlicher Interessenvertretung vor dem Hintergrund sich verschärfender Angriffe der Unternehmer auf die Arbeits- und Existenzbedingungen der Chemiestarbeiterinnen und Angestellten!

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Am 6. Februar hatte sich die Satzungskommission der IG Chemie entschlossen, dem Hauptvorstand zu empfehlen „Vor einer endgültigen Beschlussfassung alle Verwaltungsstellen und Bezirke in den Meinungsbildungsprozess einzubeziehen, dazu die erforderlichen Unterlagen zu versenden und eine angemessene Frist zur Stellungnahme einzuräumen“.

Über diese Empfehlung der Satzungskommission hat sich die Mehrheit des Hauptvorstands hinweggesetzt, obwohl die Satzung vorschreibt, daß die Satzungskommission „vor wendige Satzungsänderungen zwischen den Gewerkschaftstagen im Einvernehmen mit dem Hauptvorstand und dem Beirat zur Beschlussfassung vorzulegen“ hat.

Am 9. Februar, nur drei Tage nach der Empfehlung der Satzungskommission, beschloß der Hauptvorstand, die vorstehend zitierte Satzungsänderung dem Beirat der Gewerkschaft zu empfehlen. Der Beirat setzt sich aus den Mitgliedern des Hauptvorstands, den Bezirksleitern, den Vorsitzenden der Berufsgruppen sowie den Delegierten der Bezirke zusammen (auf 10.000 Mitglieder

kommt ein Delegierter), er vereint also den engsten Führungskreis der IG Chemie-Funktionäre und tagt zwischen den beschließenden Gewerkschaftstagen.

Was steckt hinter dem Vorgehen dem Beirat diese Satzungsänderung vorzulegen und nicht den örtlichen Gewerkschaftstag im nächsten Jahr abzuwarten? Die Verabschiedung auf dem Gewerkschaftstag setzt eine halbwegs demokratische Willensbildung über die bestehenden Vertrauensleutkörper und örtlichen Verwaltungsstellen voraus. Dieser Weg wird über den geheim tagenden Beirat umgangen. Offensichtlich erwarten die IG Chemie-Führer auf dem anderen Weg zu Recht Widerstand aus den Reihen der Mitglieder. Immerhin reichen die Widersprüche zum jetzigen Vorgehen bis in den Hauptvorstand selbst hinein, denn nur durch eine „Induktion“ aus dessen 27-köpfigen Reihen ist die den Hauptvorstand selbst hinein, denn nur durch eine „Induktion“ aus dessen 27-köpfigen Reihen ist die Information an die „Frankfurter Rundschau“ gelangt. Im Vorstand liegen Gutachten vor, die juristische und gewerkschaftspolitische Bedenken gegenüber der Satzungsänderung äußern.

„Schnee-Katastrophe“: Wie steht es mit der Bezahlung?

Das vielbeschworene „Schneechaos“ das Mitte Februar nunmehr schon zum zweiten Mal in weiten Teilen Norddeutschlands herrschte, hat für viele Arbeiter und Angestellte ein unangenehmes Nachspiel: viele Betriebe weigern sich, die ausgefallene Arbeitszeit zu bezahlen. Dazu Dirk Oexmann von der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bremen: „Wir richten uns nach dem Grundsatz ohne Arbeitsleistung auch kein Anspruch auf Vergütung“ (zit. nach „Weser Kurier“ 21.2.). Als „besonderes Entgegenkommen der Arbeitgeber“ bezeichnet es Oexmann, wenn den Kollegen angeboten wird, die ausgefallene Arbeitszeit nachzuarbeiten oder auf ihren Jahresurlaub anrechnen zu lassen.

Ähnlich äußerte sich auch die schleswig-holsteinische Kapitalistenvereinigung unter Berufung auf die Paragraphen 275 und 323 des Bürgerlichen Gesetzbuches, nach denen der Arbeitnehmer den Anspruch auf Vergütung auch dann verliert, wenn er die Unmöglichkeit der Arbeitsaufnahme nicht zu vertreten habe.

Ganz anders beurteilt der Leiter der DGB-Rechtsabteilung, Karl Kehrman, die juristische Lage. Er vertritt die Auffassung, „daß der Arbeitnehmer grundsätzlich Anspruch auf Zahlung des Lohnes auch bei Eis und Schnee hat. Zwar ist der Sachverhalt gesetzlich nicht eindeutig geregelt,

doch verpflichtet der § 616 BGB zur Weiterzahlung, wenn die Arbeitsleistung aus einem in der Person des Arbeitnehmers unvermeidbaren Grund ausfällt. Ähnliche Vorschriften gibt es im Handelsgesetzbuch und in der Gewerbeordnung“ („Welt der Arbeit“, 1.3.). Die Gewerkschaft ÖTV hat sogar angekündigt, Grundsatzprozesse anzustrengen, „um die formale Lücke im Gesetz nach allgemeinen Grundsätzen des Arbeitsrechts zu schließen“ („WdA“, 31.). Doch ganz so sicher sind sich die ÖGB-Rechtsexperten bislang nicht. In einem Rundschreiben des Landesbezirks Nordmark an die Arbeitsrechtsekretäre vom 8. Januar, also direkt nach dem ersten „Schneechaos“ um die Jahreswende, empfehlen sie, daß die Betriebsräte sich um Verhandlungsösungen auf betrieblicher Ebene bemühen sollten, gerade weil die Rechtslage nicht eindeutig ist, insbesondere wird in diesem Schreiben die Problematik der Anwendung des § 616 BGB dargestellt. Es ist damit zu rechnen, daß diese Frage demnächst die Gerichte beschäftigen wird.

Handhabung bisher sehr unterschiedlich

In den meisten Tarifverträgen ist für den Fall der höheren Gewalt keinerlei Regelung vorgesehen. Eine Aus-

nahme bildet der Chemie-Manteltarif, hier muß ein Tag Arbeitsausfall bezahlt werden. Im Metall-Manteltarif ist die Bezahlung von zwei Stunden pro Tag bei „Störung der öffentlichen Verkehrsmittel“ abgesichert. Vielfach hingegen die getroffenen Regelungen jedoch weitgehend davon ab, was die Betriebsräte in Verhandlung mit den Arbeitgebern aushandeln. Die Ergebnisse weichen zum Teil stark voneinander ab. Bei VEW Fokker in Bremen müssen die Arbeiter und Angestellten die ungewollt freien Stunden „auf die eigene Kasse nehmen“, so ein Betriebsratsmitglied gegenüber dem „Weser Kurier“. Bei der Klöckner-Hütte wurde ein Kompromiß ausgehandelt: vier Stunden werden auf jeden Fall bezahlt. In den Bremer Klein- und Mittebetrieben, so ein Sprecher der Angestellten-Kammer, wurde die Situation noch schlechter: ausfallen als in den Großbetrieben. Eine Umfrage bei 20 größeren Hamburger Betrieben ergab, daß viele Betriebe offenbar aus Rücksichtnahme auf das „Betriebsklima“ zu Zugeständnissen bereit waren. Kamern Kollegen aufgrund der Wetterverhältnisse zu spät oder gingen früher nach Hause, wurde der Lohn in den meisten Fällen voll gezahlt, bei HDW und Demag-Contz zu 50 Prozent. Selbst bei ganzen Ausfalltagen wurde in elf Betrieben zumindest der erste Tag voll bezahlt, drei Betriebe zahlten nur die tariflich vorgeschriebenen vier Stundenlohn vier Betriebe

zahlten nur die tariflich vorgeschriebenen zwei Stunden. Mehrere Betriebe schickten die Beschäftigten am ersten Schneetag vorzeitig unter Bezahlung nach Hause, die Luftfahrt MBB hatte am Freitag geschlossen, die Kollegen sollen die Zeit am 21. Dezember nacharbeiten. Bei Stihl und beim Otto-Versand wurde sogar am Donnerstag und Freitag nicht gearbeitet. In einigen Betrieben wird aber bis heute noch verhandelt.

Betriebsräte mußten mit Druck nachhelfen

In einigen Betrieben mußte aber zunächst die Sturheit der Geschäftsführungen gebrochen werden, bevor akzeptable Regelungen zustandekamen. Bei Reynolds beispielsweise hatte die Geschäftsleitung nur zwei Stunden angeboten, der Betriebsrat dagegen schlug „Risiko-Teilung“ vor, also Halbe-Halbe. Als keine Einigung zustande kam, sah sich der Betriebsrat nicht in der Lage, die für Samstag beantragten Überstunden zu genehmigen, die mit Produktionsausfall durch den Schneesturm begründet sein sollten. Der Betriebsrat war der Ansicht, daß durch die Nichtbezahlung der Ausfallzeit auf die Kollegen finanzieller Druck zu Mehrarbeit und damit verschleierter Nacharbeit ohne entsprechende Vereinbarung erreicht werden sollte. Inzwischen wurde geregelt, daß die zur Arbeit erschienenen

en Kollegen 1 DM/Std zusätzlich erhalten, sowie 3 DM zusätzlich für jede Überstunde. Bei Übernachtung außer Haus werden 20 DM bezahlt. Wer nicht im Betrieb war, erhält allerdings nur zwei Stundenlohn.

Die Broschek Betriebsräte konnten ebenfalls durch Ablehnen von Überstunden einen schönen Erfolg erreichen. In diesem Druckbetrieb wollte die Geschäftsleitung zunächst gar nichts für ausgefallene Tage bezahlen, mußte dann aber vier Stunden (plus Zuschläge) sowie 15 DM Pauschale bei Kollegenhilfe (Autofahrt, Übernachtungen) zugestehen.

Bei Texaco erreichte der Betriebsrat, daß die Ausfallzeit voll bezahlt wird, bei Übernachtungen wurden die Hotelkosten übernommen. Bei MBB zeigte sich die rechtssozialdemokratische Betriebsratsmehrheit besonders „mitleidig“ mit ihren Kapitalisten. Die einzige Forderung war, daß die Nacharbeit für den ausgefallenen Freitag nicht schon im März, sondern erst im Dezember stattfinden soll. Für Mittwoch und Donnerstag sollen nur die tariflichen zwei Stunden bezahlt werden. Erst aufgrund breiter Unzufriedenheit im Betrieb summierten die Betriebsräte der oppositionellen „Alternative“ zu, über diese Tage weiter zu verhandeln.

Nach Berichten von Bremer und Hamburger Genoss(inn)en

Bayer-Leverkusen:

Betriebsratsvorsitzender Weber verteidigt Umweltverschmutzung

Genau wie bei der Propagierung von Atomkraftwerken betätigen sich sogenannte „Arbeitnehmervertreter“ und gewerkschaftliche Würdenträger als Sprachrohr der Kapitalisten bei der seit einiger Zeit verschärft einsetzenden Kampagne zur Leugnung der tödlichen Risiken der chemischen Industrie.

Als Beispiel dokumentieren wir im folgenden die wichtigsten Aussätze aus einem Interview mit dem Betriebsratsvorsitzenden Weber (IG Chemie) der Bayer AG Leverkusen, abgedruckt in der Zeitschrift „Unser Werk“ vom Januar 1979.

Das „Restrisiko“ kann niemand aus der Welt schaffen“

Der Betriebsratsvorsitzende Weber wird gefragt, wie er „persönlich zu den Angriffen auf die chemische Industrie“ steht und ob er für 1979 „weitere Angriffe“ erwartet. Weber kennzeichnet die „Angriffe“ als „nicht ungefährlich“ und „seit langer Zeit zu erwarten“, sobald die Aktionen gegen Kernkraftwerke erschöpft sein würden. „Ich bin sicher, nach der chemischen Industrie werden andere Industrien folgen“.

Nicht etwa die Gefahren durch Atomkraftwerke und insbesondere der chemischen Industrie sind es, nicht etwa das gestiegene Umweltschutzwissen der Bevölkerung, was immer breitere Bevölkerungsteile veranlaßt, ihrem Protest Ausdruck zu geben — nein, da gibt es einfach andere Leute, die Putz machen wollen und denen angeblich jedes Objekt lieb ist.

Weber wird befragt zum „Abwägen umweltschutzpolitischer Interessen gegenüber wirtschaftlichen Überlegungen“, insbesondere, wenn „die Wirtschaftlichkeit nicht mehr gegeben ist, wenn die Forderungen also maßlos werden“.

Der Betriebsratsvorsitzende Weber erklärt floskelhaft, daß „Arbeitsschutz und gesundheitspolitische Aspekte immer Vorrang vor wirtschaftlichen Überlegungen“ haben, betont jedoch „überall vorhandene Restrisiko“, das kann niemand aus der Welt schaffen.“

Es ist ja bekannt, daß die Kapitalisten schon jetzt der Meinung sind, daß sie alles in ihrer Möglichkeit stehende zum Umweltschutz beigetragen haben und nur noch das Restrisiko vorhanden ist, mit dem man eben leben (oder sterben) muß.

Weber ist auch für das von den Kapitalisten geforderte „Abwägen“, er fordert die „rückhaltlose Prüfung und Anmeldung aller neuen Stoffe“, (in einem Lausangzeitprogramm) und fällt im nächsten Satz hinter die Forderungen, die auch in den Reihen der IG Chemie aufgestellt werden und denen sich in der letzten Zeit auch die Gewerkschaftspresse nicht entziehen konnte, zurück. Denn „die gleichen Tests auch für am Markt befindliche Stoffe zu fordern, ehe sie weiter produziert werden, kann nicht Ziel der IG Chemie sein.“ Es folgt das satzungsbekannte und menschenfeindliche „Argument“, „daß eine Gewerkschaft, die für die Sicherung der Arbeitsplätze eintritt, eine solche unsinnige Forderung nicht aufstellt.“ Er

wird gefragt, wie „der Arbeitnehmer Weber (er ist seit Jahren stellvertretender Betriebsrat) die Probleme“ sieht. „Wie sicher kann sich ein Mitarbeiter im Betrieb fühlen?“ Betriebsratsvorsitzender Weber: „Die deutsche Chemie und insbesondere die Bayer AG verfügt über die modernsten Anlagen, die es auf diesem Gebiet überhaupt gibt. Wer von der deutschen chemischen Industrie behauptet, ‚Seveso ist überall‘ und damit der Bevölkerung Angst machen will, (betreibt) reine Sensationsdarstellung. Ich bin sicher, daß wir den erreichten Standard ständig weiter verbessern können und habe deshalb keine Sorgen hinsichtlich der Sicherheit in den Betrieben.“

Nun, wir haben mehr als „Sorgen“, wir haben Fakten

Setzt man den Umsatz der chemischen Industrie mit der durchschnittlichen Bevölkerungsdichte in Beziehung, erhebt sich, daß die BRD nach Japan das größte Chemiepotezial auf engstem Raum hat. Die chemische Dichte des Ruhrgebietes (hier liegt auch das Werk von Bayer/Leverkusen), ist sogar doppelt so hoch wie in Japan („Seveso ist überall, die tödlichen Risiken der Chemieindustrie“, Koch/Vahrenholt, Seite 38).

Setzt man Gesamtumsatz, chemische Dichte und Umweltschutzaufwendungen miteinander in Beziehung, liegt die BRD am letzten Platz im internationalen Vergleich (ebenda S. 39).

Und nun zu einigen wenigen Fakten, die den Chemiekonzern Bayer selbst betreffen. Das „Seveso-Gift“ TCDD wurde in der BRD außer bei der Firma Boehringer nur noch in den Bayer-Werken Dormagen und Uerdingen als Nebenprodukt von Trichlorphenol produziert. Weil der Bedarf gesunken war, wurde in Dormagen im Februar 1976 die Produktion eingestellt, und nach der Katastrophe von Seveso, im August 1976, stoppte man in Uerdingen die Produktion. Bayer: „Weil Seveso sich ereignet hatte, und wir in unserem Hause keine Übersticht hatten, welche apparativen Voraussetzungen, vor allem welche verfahrenstechnischen Voraussetzungen dort (in Seveso) bestanden.“ Ein sicherheitstechnischer Vergleich indes ergibt, daß bei Bayer ähnliche Produktionsbedingungen wie im Chemiewerk in Seveso herrschten.

Brutal auch Schließung der Anlage zur Produktion von Trichlorphenol in Dormagen kommt heraus, daß Bayer die Gewerbeaufsicht nicht benachrichtigt hatte, daß bei dieser Produktion das Seveso-Gift TCDD als Nebenprodukt entsteht. Bayer antwortet auf die Frage, warum die Benachrichtigung unterlassen wurde: „Die in Dormagen genutzte Anlage zur Herstellung von Trichlorphenol stützt sich voll auf die Erfahrungen der Uerdingen Anlage ab, so daß auch das Know-how der Reaktionstechnik mit allen Sicherheitsvorkehrungen übernommen wurde“ (ebenda S. 332 und S. 62).

Auf diese Erfahrungen konnte man



sich stützen: „Im August 1976 treten nach dem Abbau und dem Neuaufbau einer Rektifizier-Kolonne, die dem Abdestillieren von Methanol bei der Trichlorphenol-Produktion dient, auf Chlorakne zurückzuführende Hautveränderungen bei den dort beschäftigten Schlossern und Chemikararbeitern auf (6 Erkrankungen)“ (ebenda S. 58).

Seveso ist überall — Panikmache??

Weitere Fakten: „6 große Abwasserablässe sind verantwortlich für die Hälfte der Gesamtbelastung des Rheines mit biologisch abbaubaren Stoffen, zugleich aber auch für einen Großteil der Verschmutzung mit schwer abbaubaren Substanzen, die die Trinkwasserversorgung von fast 20 Millionen Menschen gefährden, die

ganz oder teilweise auf das Rheinwasser angewiesen sind. 1976 zeigte sich wieder eine steigende Tendenz“. Bayer Leverkusen wird als einer der 6 Betriebe genannt (Handelsblatt, 7.6.77).

• „Der größte Umweltverschmutzer in Nordrhein-Westfalen ist Bayer/Leverkusen“ (extra-Dienst, 6.10.76, zitiert nach „Technischem Umweltschutz“).

• Bayer Brunsbüttel: Am 4.8.77 explodierte ein Rohr im gerade neugebauten Werk Brunsbüttel. Hochgiftige Gase entwichen. Ein Arbeiter starb, 9 weitere wurden zum Teil schwer verletzt (Mopo, 5.8.77).

• Bayer/Wuppertal: Am 2.8.78 wurde ein Kessel mit Phosphoroxchlorid in der Pflanzenschutzmittelproduktion undicht. Satz saure Dämpfe entwichen. 30 Betriebsangehörige suchten sich in ärztliche Be-

handlung begeben haben. Am 25.5.78 war schon einmal ein Kessel in der Pflanzenschutzmittelproduktion undicht geworden. Damals wurden 3 Arbeiter verletzt (nach „Rotter Morgen“, 11.8.78).

Wenn „Arbeitnehmervertreter“ wie der Betriebsratsvorsitzende Weber „keine Sorgen hinsichtlich der Sicherheit in den Betrieben“ äußern, bedarf es der besonderen Aufmerksamkeit von Umweltschützern und aktiven Gewerkschaften, denn auch die Propaganda von „Arbeitnehmervertretern“ dieses Schicksals hat einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Arbeiter und Angestellten dieser Betriebe.

Es ist auch Sache der Umweltschützer und aktiven Gewerkschaften, dieser Propaganda entgegenzutreten!

Chemiekommission

Zwangsterilisation von Frauen — „Arbeitsschutzmaßnahme“ der Zukunft?

Grenzenloser Zynismus spricht aus den Maßnahmen amerikanischer kapitalistischer Manager verschiedener Chemieunternehmen, in den in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen „empfehlen“, sich sterilisieren zu lassen — oder sich eine andere Arbeit zu suchen. Nur wenn die Kolleginnen den schriftlichen Nachweis ihrer Sterilität erbringen konnten oder älter als 50 Jahre alt waren, sollten sie künftig noch weiter beschäftigt werden.

Fünf Kolleginnen des amerikanischen Chemiekonzerns „American Cyanamid“ ließen sich sterilisieren, zwölf weitere Kolleginnen verzichteten auf ihren Job und nahmen Stellungen an, bei denen sie rund 50 Dollar (= ca. 100,- DM) pro Woche weniger verdienen.

„Aber es ist doch nicht richtig, daß eine Firma dich auffordern kann, so etwas zu machen. Ich habe mich sterilisieren lassen, weil ich Angst um den Job hatte und weil ich den Lohn brauche“, sagte dazu die betroffene Lola Rymet, 43-jährige Mutter von drei Kindern.

Wie der Spiegel vom 19.2.79 weiter berichtet, ist dies nicht der erste Fall, der in den USA bekanntgeworden ist. Bereits vor zwei Jahren hatten sich zwei Frauen aus Illinois sterilisieren lassen, die bei der „Allied Chemical“-Fabrik Danville, USA, arbeiteten, auch weil sie sonst ihre Arbeit verloren hätten.

Begründung in beiden Fällen: Die giftigen Substanzen, mit denen die Arbeiterinnen in Berührung kommen, seien gefährlich für Mutter und Embryo.

Den beiden Frauen bei „Allied Chemical“ wurde jedoch einige Wochen nach der Sterilisation bekannt, die Operation sei sinnlos gewesen, der bei der Produktion anfallende Fluorkohlenstoff habe nicht die befürchtete Wirkung auf Mutter und Embryo. Hochgiftiges Blei, wie es in der Farbstoffabteilung von „American Cyanamid“ anfällt, in der die sterilisierten Frauen noch arbeiten, ist erwiesenermaßen aber nicht nur für Fruchtbarkeitsstörungen, sondern auch für Krebs. „Medizinische Untersuchungen haben erwiesen, daß die gefährlichen Auswirkungen auf den männlichen Samen



Zwangsterilisierte Arbeiterinnen der Firma Cyanamid (USA)

genauso groß sind“, meint dazu der amerikanische Gewerkschaftsführer Mazzocchi.

Nachdem der Sterilisationskarnal bekannt geworden war, ordnete die amerikanische Bundesbehörde für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz den auch an, daß nach dem 1.2.1979 der Bleigehalt der Luft in Fabriken nur noch 50 statt bisher 200 Millionenstel Gramm pro Kubikmeter betragen dürfe.

An dem hier bekannt gewordenen Sterilisationskarnal wird deutlich, daß die Kapitalisten kein menschliches Opfer scheuen, wenn es um ihre Profitmaximierung geht: „Es gibt in diesem Bereich keine praktische, anwendbare Methode, um den Fötus zu schützen“, meint der Direktor der Cyanamid-Fabrik. Wenn solche starken Schutzmaßnahmen vorgeschrieben würden, „dann wäre die amerikanische Industrie pleite.“

Und Perry Gehring vom Chemiekonzern „Dow Chemical“ ergänzt zum Thema Kosten: „Die Schwierigkeiten und die Kosten des industriellen Arbeitsschutzes sollten nicht als Vorwand benutzt werden, um Frauen herauszudrängen... Wenn die Kosten für das Einhalten bestimmter Maximalwerte unverhältnismäßig stark

steigen, ist es berechtigt, Frauen aus bestimmten Jobs herauszunehmen“ (nach Spiegel, 19.2.79).

Die Chemiekapitalisten machen mit dieser extrem frauenfeindlichen Maßnahme deutlich, daß eine Veränderung der — auch für Männer — gesundheitsschädigenden Arbeitsplätze und somit ein Schutz der Frauen gar nicht Gegenstand der Überlegungen ist. Vielmehr sollen lediglich lästige, publicityschädigende, teure — aber wohl sonst unvermeidbare — Schadensersatzprozesse abgewendet werden, mit denen derzeit mehrere große Chemiekonzerne zu tun haben.

Auf zehn Millionen Dollar Schadensersatz wurden „Dow Chemical“ und „Shell Chemical Co“ von Arbeitern verklagt, deren Samen bei der Herstellung des Schädlingsbekämpfungsmittels „Dibromochloropropan“ krankhaft verändert worden war. Die Frauen zahlen mal wieder die doppelte Rechnung: ihr Körper wird im kapitalistischen Produktionsbetrieb als erster gefährdet — und wenn dies offenbar wird, darf die Frau als erste gehen — oder sich die betroffenen Körperteile entfernen lassen.

Kommision Betrieb und Gewerkschaft

Frieden bei Flottmann-Herne?

Nachdem die Belegschaft der Flottmann-Werke in Herne ihren Chef, Heitmann, gefeuert hatte (siehe AK 148), führte sich der neue Geschäftsführer Reimers, Unternehmer aus Haltern, gleich standesgemäß ein und kündigte den 172 Arbeitern fristlos, weil diese auch nach dem unfreiwilligen Abgang ihres alten Chefs „wird“ weiterarbeiteten.

Die Belegschaft enthüllte Fakten über zwielichtige Geschäfte zwischen altem und neuem Chef, die sie als offene Bedrohung ihrer Lebensgrundlage empfanden. Danach soll — die VGG-GmbH (allgemeiner Gesellschaft Heitmann) weiterhin über das Flottmann-Gelände verfügen, das Heitmann sich selbst weit unter Wert verkauft hat.

— für einen Kredit von 3,9 Mio. DM, den die VGG der Flottmann GmbH vermittelte, in 20 Jahren 18 Millionen DM zurückgezahlt werden,

— Heitmann für seinen Geschäftslebensvertrag über vier Jahre ein Restgehalt von 720.000 DM und anschließend bis an sein Lebensende eine monatliche Pension von 4.000 DM erhalten.

Außerdem sollen gerichtlichweise Ar-

beitsplätze in großem Stil vernichtet werden, und die Leistung jedes verbleibenden Arbeiters um 20 % gesenkt werden!

In dem Flugblatt der Belegschaft heißt es: „Wir nehmen uns das Recht, für die Erhaltung unserer Arbeitsplätze zu kämpfen. Die Advokaten dieser Herren pochen auf ihr Recht, um uns zum Nachgeben zu zwingen und uns einzuschüchtern. Zweimal sind wir dadurch schon betrogen worden. Deshalb können wir keine Rücksicht mehr nehmen und sind entschlossen, unsere 172 Arbeitsplätze bis zuletzt zu verteidigen.“

Die „WAZ“ meldete wenige Tage später, am 22.2., daß „Frieden“ bei Flottmann herrsche und Betriebsrat und Geschäftsführer „das Kriegsbeil begraben“. Kommentar: „Die fristlose Entlassung wirkte offenbar wie heilsamer Schock.“ Über den Inhalt der Einigung ist bis jetzt noch nichts bekannt; die Entscheidung, mit der die Flottmann-Arbeiter bisher den Angriffen auf ihre Lebensgrundlage begegneten, zeigt aber, daß es einen dauerhaften „Frieden“ bei Flottmann kaum geben wird.

Ein Genosse aus Herne

„Die Entscheidungsvollmachten des Vorstands müssen eingeschränkt werden“

Die Diskussionen in der IG Metall um die Richtung der zukünftigen Tarifpolitik und mehr innergewerkschaftlicher Demokratie nach den abgelaufenen Tarifrunden in der Stahl- und Metallindustrie halten an. Die Vertrauenskörperleitung von Opel in Bochum richtete einen scharfen Protest an den IGM-Vorstand, in dem der Verlauf der Tarifrunde und die Festsetzung der 40-Stundenwoche abgelehnt werden. Die Opel-Gewerkschaft fordert mehr innergewerkschaftliche Demokratie. „Wir wollen in unserer Organisation keine Demokratie, sondern Demokratie“.

Mittlerweile hat der Betriebsratsvorsitzende von Hoesch-Phoenix in Dortmund aus Protest gegen die Verhandlungsführung des IGM-Vorstands seinen Rücktritt aus der Verhandlungskommission erklärt. Nach wie vor versucht der IGM-Vorstand, die Proteste vor allem in der Stahlindustrie, herunterzuspielen. Mit der Verabschiedung von Protestresolutionen bei Thyssen in Hamburg und Hüttenheim, bei Mannesmann in Hückingen und in den beiden Dortmunder Hoesch-Betrieben Phoenix

und Westfalenhütte haben sich die Vertrauensleute von Betrieben zu Wort gemeldet, in denen fast 50 000 Stahlarbeiter beschäftigt sind, das entspricht etwa 20 % aller in Nordrhein-Westfalen Beschäftigten! Der Versuch des DGB-Organs „Welt der Arbeit“, diese aktiven Gewerkschaftler als „demokratisch unterentwickelte Kräfte“ zu bezeichnen (8.2.), kann sehr schnell zum Bumerang werden. Auch die großbürgerliche „FAZ“ mahnt den IGM-Vorstand zur Vorsicht. „Die Proteste von Vertrauensleuten beschränken sich, zwar bis jetzt auf zwei als Hochburgen der Radikalen bekannte Unternehmen“, jedoch müsse die IGM „Führungsqualitäten beweisen, die sie während der letzten Lohnrunde in der Stahlindustrie vermissen ließ. Sonst kann der von einer Minderheit gesteuerte Funke überspringen“ (FAZ, 21.2.).

Im Mittelpunkt der beiden Resolutionen von Thyssen in Hamburg und Mannesmann in Hückingen (die wir im letzten AK kurz erwähnten) steht die Kritik am Verlauf der diesjährigen Tarifrunde. Übereinstimmend kommen die Vertrauensleute zu dem Schluß, daß man es zwar mit der vereinigten Unternehmermacht zu tun hatte, daß aber der Vorstand der IGM durch sein Vorgehen den Kampf geschwächt hat. Dies, und die Tatsache, daß der Gewerkschaftsvorstand nahezu uneingeschränkte Vollmacht hat, veranlaßt die Vertrauensleute, ihre Forderungen aufzustellen – mehr demokratische Entscheidungen, weniger Entscheidungsvollmachten des Vorstands. Konkret werden auch personelle Konsequenzen in der IGM-Zentrale gefordert.

Wir dokumentieren die Resolutionen nachstehend.

Die DKP wirft sich für den IGM-Vorstand in die Bresche

Die von den Vertrauensleuten scharf geführte Diskussion macht insbesondere der DKP zu schaffen. Wie die Zeitung der DKP, die UZ liest, bekommt kein Bild von diesen Diskussionen, sie werden schlichtweg verschwiegen oder entstellt. Die DKP



hält zwar Kritik für berechtigt, möchte sie aber um Himmels willen nicht öffentlich und schon gar nicht konkret werden lassen. So weiß die UZ vom 24.2. zu berichten, daß zwar personelle Konsequenzen gefordert werden „doch diese Forderung, die auch im Fernsehen breit zur Geltung kam, lenkt – von den Vertrauenskörpern ohne Zweifel ungewollt – von der wirklichen vorwärtstreibenden Diskussion ab“.

Da die UZ Leser die Forderungen der fortschrittlichen Vertrauensleute gar nicht zu lesen bekommen, zitieren wir hierzu aus der Hamborner Thyssen-Resolution: „Personelle Konsequenzen zu fordern, ist ein schlichtes demokratisches Recht. Wir wehren uns entschieden dagegen, daß solche Forderungen als gewerkschaftsschädigend diffamiert werden.“

Zu denen, die diffamieren, gehört auch die DKP. Wer die Resolutionen der Vertrauensleute genau liest, wird feststellen, daß hier wirklich vorwärtstreibend diskutiert wird. Dort wird konkrete Einflussnahme der Basis gefordert und die Rechenschaftslegung desjenigen verlangt, die die kritisierte Politik zu verantworten haben. Das ist ja wohl das, was als selbstverständlich in den Gewerkschaften durchgesetzt gehört, oder will die DKP dagegen sprechen?

Traurig nimmt sich gegenüber diesen Forderungen dagegen eine Resolution aus, die die DKP in der UZ als „wirklich vorwärtstreibend“ im vollen Wortlaut zitiert. Es ist eine Resolution des Vertrauenskörpers in Thyssen-Lübbecke in Mecklenburg, in diesem komplettierten Brief (14.000 Nachahrer, in der UZ abgedruckt) ist die Gewerkschaftsvorstandsstelle von der DKP beeinflusst, der Betriebsratsvorsitzende ist Mitglied im DKP-Parteivorstand. Die Resolution der Mecklenburger Vertrauensleute bleibt in den Konsequenzen weit hinter den Entscheidungen der Vertrauensleute aus den 5 Stahlbetrie

ben zurück. Konkret wird allein eine Konferenz der örtlichen und betrieblichen Streikleitungen unter Einbeziehung der IGM-Bezirksleiter und des Vorstands gefordert. Ausdrücklich positiv wird Eugen Loderer zitiert.

„Der Kollege Eugen Loderer hat auf dem 12. ordentlichen Gewerkschaftstag erklärt, daß der Kapitalismus mit den arbeitenden Menschen nie Frieden gemacht hat und darum wir mit dem Kapitalismus nie Frieden schließen können. Der Stahlarbeiterstreik bestätigt die absolute Richtigkeit dieser Feststellung“.

Nach der Feststellung, daß eine öffentliche Diskussion um die Streikauswertung nur den Gegnern freute, heißt es bei den Mecklenburger Gewerkschaftlern weiter: „Wir halten nichts, aber auch gar nicht von einer Personaldebatte ... Offene Fragen und Probleme, die vom Verlauf und Ereignis der Streiks bestimmt sind, wollen und werden wir nicht auf dem offenen Markt diskutieren.“

Die DKP versucht krampfhaft den Eindruck zu erwecken, als gebe es die aus den verschiedenartigen Resolutionen deutlich werdenden Differenzen gar nicht. Sie will, es sich natürlich auch nicht mit den starken, kritischen Vertrauenskörpern verderben, letztlich ist sie aber auf einem Kurs, die Kritiken unterzubuttern und dem Vorstand zu schmeicheln. Schon gar nicht kann sie verhindern, daß jetzt doch auf dem offenen Markt – unter großen Leiden der Gewerkschaft diskutiert wird.

Gegenüber muß mehr noch als bisher in der Gewerkschaft diese Debatte öffentlich gemacht werden. Der Vorstand tut dies nicht, Organisationen wie die DKP auch nicht, da müssen schon die nicht revisionistischen und die fortschrittlichen Gewerkschaftler selber aktiv werden!

Kommision
Betrieb & Gewerkschaft



Resolution der Mannesmann-Vertrauensleute

Entweder die oder wir – unter dieser Losung waren wir, die Vertrauensleute von Mannesmann, Hückingen, am 28. November 1978 in einem langen, harten Arbeitskampf zur Einführung der 36-Stunden-Woche gegen. Am 24. November hatten wir kurz vor Beginn des Arbeitskampfes in einer dem Kollegen Herb überreichten Resolution noch einmal klar herausgestellt, daß es für uns in dieser Frage keine Kompromisse geben könne, zumal wir bereits selbst seit längerem für die 36-Stunden-Woche kämpfen. Am 24. November hatten wir auch die Kollegen Herb, Jensen und Loderer, daß ohne eine spürbare Umverteilung der Arbeitsplätze in den Stahlbetrieben auf mehr Köpfe in den nächsten Jahren jeder vierte von uns seinen Arbeitsplatz verlieren wird.

Gerade Kurt Herb hatte im Herbst in einer Sitzung der großen Tarifkommission von einer sich anbahnenden sozialen Katastrophe gesprochen. Der Verlauf des Arbeitskampfes hat uns schließlich in unserer Auffassung bestätigt. Mit Kapitalismuskritik die Ausbeutung, Mitbestimmungskämpfe und völlige Unmöglichkeit praktizieren ihre „hohen Belegschaftsmitglieder“ bedenkenlos auf die Straße setzen und Rücksichtlos auch gegen unsere gewerkschaftliche Organisation vorgehen, kann es keine partnerschaftliche Politik geben.

In diesem Arbeitskampf ist uns eine Lektion erteilt worden. Die Mitglieder der großen Tarifkommission, darunter die Bezirksleiter der vier Tarifbezirke im Einzelvernehmen mit den Kollegen Jensen, Mayr und Loderer haben durch Mehrheitsbeschluß mitten im Arbeitskampf das ursprüngliche Streikziel fallengelassen. Entgegen allen Beteuerungen der Kollegen Herb, Jensen und Loderer können wir nur eines feststellen: Die Zustimmung der IG Metall zu Enklaven für nur einen Teil der Belegschaften zu Urlaub, zur Festsetzung der 40-Stunden-Woche mit der fünfjährigen Laufzeit des Vertrages sind die Bedingungen dafür, daß die Kapitalisten in den nächsten Jahren die angekündigte Arbeitsplatzvernichtung ungehindert werden durchsetzen können.

Dieser Abschluß ist darüber hinaus ein unsolidarischer Akt gegenüber allen anderen Gewerkschaften des DGB, die von der großen IG Metall einen weitestgehenden Schritt für ihre eigene Tarifpolitik erhofft hatten und ihn auch nötig brauchen. Wir waren

kampfbereit bis zur letzten Minute und unser Streik begann Wirkung zu zeigen.

Wenn sich die Kollegen Herb, Jensen und Loderer in der Öffentlichkeit zu diesem Abschluß bekennen und ihn als Einseitig verkaufen wollen, dann machen sie uns unmißverständlich deutlich, daß sie schwach sind. Sie haben nicht nur eine Niederlage im Arbeitskampf zu verantworten, sondern mit ihrer Interpretation des Ergebnisses tragen sie Verwirrung in die Reihen der IG Metall ein. Die Interpretation des Ergebnisses tragen sie Verwirrung in die Reihen der Organisation und der DGB-Gewerkschaften.

Viele teilen allerdings nicht die Position der Kollegen, die von Verunsicherung. Wir stellen deshalb folgende Forderungen auf, die auch in den Anträgen der Vertrauenskörper von Hoesch-Phoenix und der Westfalenhütte zum Ausdruck gebracht werden. Kollegen Herb muß zurücktreten auf Grund seiner offensichtlichen Unfähigkeit, einen Arbeitskampf erfolgreich zu Ende zu führen. Unsere Kritik an den Kollegen Jensen, Mayr und Loderer wird erst auf dem Gewerkschaftstag Konsequenzen finden können. Wir legen aber schon heute, daß alle drei Kollegen für eine Wiederwahl unsere Stimme nicht erhalten werden. Außerdem müssen wir uns folgenden Überlegungen zuwenden:

1. Konsequenzen für die Tarifkommission: Änderung der Zusammensetzung der großen Tarifkommission (Schlüssel der Vertretung, Anteil der hauptamtlichen Funktionäre, Art der delegierenden Betriebe).

2. Öffentlichkeitsarbeit für IG-Metall-Mitglieder, namentliche Abstimmung, gebunden an das Mandat.

3. Satzungsänderung: Änderung der Bestimmungen über Mehrheit bei Umbestimmung, Umwandlung der Funktion des Bezirksleiters in ein Wahlmandat.

4. Aber damit allein machen wir noch keine konsequenter Gewerkschaftspolitik. Die Organisation muß auf die Betriebsräte Einfluß nehmen, die Durchführung folgender gewerkschaftlicher Ziele anzustreben. Wir fragen:

Wird überall mit dem Abbau von Mehrarbeit Ernst gemacht?

Werden überall die Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes bei Kündigungen wahrgenommen?

Wird überall für die Aufstockung der 1. Belegschaften an die 2. Belegschaften eingetreten?

Werden die 2. Belegschaften überprüft?

Wird versucht, die materiellen Ergebnisse des Abschusses doch noch irgendwie in ersatzplatzsichernde Maßnahmen umzuwandeln?

Wird überall versucht, möglichst vielen jungen Menschen Ausbildungsplätze zu verschaffen und dann auch für deren Übernahme in den Beruf einzutreten?

Wird in den Betrieben darüber diskutiert, wie auf Betriebsebene der Rationalisierungsschutz ausgedehnt werden kann?

5. Wird in den Betrieben darüber diskutiert, wie auf Betriebsebene der Rationalisierungsschutz ausgedehnt werden kann?

6. Wir wissen aber auch, daß selbst die weitestgehende Durchführung aller aufgeworfenen Fragen keine Maßnahmen gegen die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen ist, sondern nur ein unvollkommenes, wenn auch in vielen Einzelheiten durchaus wirksames Instrument der Verteidigung. Deshalb fragen wir danach in welche Zuspätkommen unsere tägliche Auseinandersetzung eingebunden sein muß, wenn wir nicht noch ein Leben lang immer wieder aufs neue den Strategien der Kapitalisten und ihren unermesslichen Auswirkungen hinterherlaufen sollen.

Müssen wir nicht endlich sogenannte Naturgesetzmäßigkeiten in Frage stellen? Sinkendes Einkommen, geringe Bildung, Nacharbeit, hohe Unfallraten, Krebs, Frühverrentung, Arbeitslosigkeit bis zum Umfallen, sinkende Lebenserwartung, muß das sein? Ist das unser natürliches Arbeitsleben?

Müssen wir nicht wieder wie schon eine Generation vor uns die Frage stellen, was produziert zu wem? Nutzen und daraus den Schluß ziehen, daß wir die Diskussion über die Sozialisierung der großen Industrie auf die Tagesordnung setzen?

Müssen wir nicht gegen die uneingeschränkte Verfügung der Kapitalisten über den technischen Fortschritt, Investition, Produktion, ihr Tempo, ihre Richtung, Strategien und Forderungen entwickeln, die darauf zielen, daß wir selbst Herr über die Produktion werden?

In diesem Sinne ist die Forderung nach personellen Konsequenzen ein wichtiger Schritt. Wir begreifen sie als den Beginn einer intensiven Diskussion in den Belegschaften über neue Wege und Ziele der Politik unserer Organisation. (Hervorhebungen von der Redaktion. Am 16.2.79 von 160 Vertrauensleuten einstimmig beschlossen.)

Resolution der Thyssen-Vertrauensleute, Hamburg

Daß wir unser Streikziel nicht erreicht haben, lag nicht nur an der Macht der vereinigten Unternehmer, denn unser Kampf stand bei Beendigung kurz vor dem entscheidenden Durchbruch durch die Arbeitgeberfront. Verantwortlich für die Niederlage war auch der Kurswechsel der zentralen Streikleitung mitten im Kampf. Da die Bezirksleiter laut Satzung auf Anweisung des Vorstands handeln, trifft die Verantwortung für Kurswechsel und Niederlage der Vorstand der IGM. Wir sagen hier offen, daß dieser Kurswechsel zwar eine Zustimmung durch die Mehrheit von Tarifkommissionsmitgliedern aus nichtbestreikten Betrieben gefunden hat, aber für die Streikenden selbst ein Schlag ins Gesicht war. Wir, die wir im Streik gestanden haben, wissen, daß die Entscheidung des IGM-Vorstands die 36-Stunden-Forderung fallen zu lassen, zugleich bedeutet grünes Licht für den Abbau weiterer 50 000 Arbeitsplätze in der Eisen- und Stahlindustrie.

Als Betroffene stellen wir fest, daß hier ein blases Spiel mit unserer Existenz gespielt worden ist. Das können wir auf keinen Fall hinnehmen. Durch die Niederlage ist die Kampfbereitschaft vieler Kollegen zerstört und damit die Kampfkraft unserer gewerkschaftlichen Organisation geschwächt. Da wir uns auch in Zukunft gegen die Unternehmervillkür wehren müssen, ist es notwendig zu unterbinden, daß der Wille von kampfbereiten Kollegen im Streik noch einmal so hintergangen werden kann wie wir es jetzt erleben mußten. Deshalb müssen wir folgende innergewerkschaftliche Veränderungen vornehmen:

1. Die Entscheidungsvollmachten des Vorstandes müssen eingeschränkt werden. Alle Maßnahmen des Vorstandes müssen grundsätzlich kontrollierbar sein. Z.B. muß der

Bezirksleiter zukünftig gewählt und nicht mehr vom Vorstand gestellt werden. Seine Bindung an die Vorgaben des Vorstands muß aufgehoben werden.

2. Die Zusammensetzung der Tarifkommissionen muß im Verhältnis zu den Betrieben geändert werden.

3. Die Tarifkommissionsmitglieder müssen für alle Gewerkschaftsmitglieder kontrollierbar sein. Deswegen ist Protokollpflicht einzuführen sowie namentliche Abstimmung.

4. Zukünftig muß bei einem Arbeitskampf die zentrale Streikleitung ihre Maßnahmen mit den örtlichen und betrieblichen Streikleitungen gemeinsam treffen.

Als diese Forderungen werden wir in nächster Zeit in Anträgen zum IGM-Gewerkschaftstag 1980 aufstellen.

Zusätzlich stimmen wir mit unseren Kollegen von Hoesch-Phoenix, Hoesch-Westfalenhütte, Thyssen AG Werk Hüttenheim, und Mannesmann darin überein, daß wir zukünftige Tarifpolitik mit Aussicht auf Erfolg nur führen können, wenn die Funktionslinie abgelehnt wird, die unser Vertrauen nicht mehr besitzen.

Verantwortlich für die Niederlage auf gewerkschaftlicher Seite sind unsere Meinung nach in erster Linie die Vorstandsmitglieder Loderer, Mayr und Jensen, sowie der Essener Bezirksleiter Herb, da sie den Kurswechsel im Kampf vollzogen haben.

Personelle Konsequenzen zu fordern, ist ein schlichtes demokratisches Recht.

Wir wehren uns entschieden dagegen, daß solche Forderungen als gewerkschaftsschädigend diffamiert werden.

(Hervorhebungen von der Redaktion.) Am 26.2. mit 132 anwesenden Vertrauensleuten mit 78 Ja-Stimmen angenommen.

Veranstaltungen mit Stahlarbeitern

In mehreren Städten haben nach dem Streik Veranstaltungen mit fortschrittlichen Stahlarbeitern stattgefunden. In Ulm hatten die Vertrauensleute von Kässbohrer und Telefunken Kollegen von Mannesmann eingeladen. Im Ulmer Gewerkschaftshaus setzten sich der Betriebsratsvorsitzende Knapp und der Vertrauensleute-Sprecher Stommel sehr kritisch auch mit der Politik der IGM-Führung im Streik auseinander (Knapp laut "Rote Fahne" des KABD, 4/79).

Die Abblutung von Herb und Loderer sei keine Weltanschauung. Wer das Vertrauen der Basis verspielt habe, hat kein Recht auf Führung.

In Frankfurt hatte der "Aktionskreis Leben" eingeladen. Kollegen von Klöckner Bremen, Thyssen Hamburg und Mannesmann Hückingen diskutierten unter Leitung von Jakob Moneta vor 300 Teilnehmern mit Kollegen aus Frankfurter Betrieben.

Diese Veranstaltungen scheinen uns sehr geeignet, die vielfach steckengebliebene Diskussion unter

fortschrittlichen Gewerkschaftern wieder neu zu beleben.

300 Besucher verfolgten eine Stahlarbeiterveranstaltung am 22.2. in Bremen. Eingeladen hatten die Vertrauenskörperschaften von Klöckner in Bremen und Osnabrück zusammen mit Kollegen von der Bremer Vulkanwerft und vom "Weser-Kurier". Auf dem Podium saßen die Kollegen Knapp und Stommel von Mannesmann (Betriebsratsvorsitzender und Vertrauensleute-Sprecher), Sorgel und Wallersdorf (VK-Leitung Klöckner Bremen und Hoesch Dortmund) und der Betriebsrat Bettelhäuser (Vulkan).

Es gab eine lebhaft und sehr kritische Diskussion zum Verlauf des Stahlarbeiterstreiks.

Beleuchtet war die IGM Ortsverwaltung Bremen. Sie boykottierte die Veranstaltung, da sie nicht offiziell angesprochen worden war (was wohl auch zum Scheitern dieser Veranstaltung geführt hätte).

kB/Gruppe Bremen

IGM-Vorstand reagiert auf Fälschungsverdacht



Die vom Frankfurter „Informationsdienst“ angestellte Rechnung um eine mögliche Fälschung des Urabstimmungsergebnisses in der Stahlindustrie (siehe AK 147) hat erste Reaktionen hervorgerufen. In einigen Duisburger Betrieben wird hierüber diskutiert. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „FAZ“ und die „Westfälische Rundschau“ berichteten am 22.2.79 über die sich hierum rankenden Gerüchte. Der IGM Vorstand nahm über Bezirksleiter Kurt Herb erstmals Stellung. Die durch interne Berechnungen geschätzte ungefähre Wahlbeteiligung von 84 % in Differenz zu den offiziellen 91 % der IGM ergebe sich daraus, daß viele Stahlarbeiter nicht im Betrieb, sondern an

ihrem Wohnort abgestimmt hätten (obwohl auch solche Ergebnisse in der „Informationsdienst“-Rechnung enthalten sind). Als besonderen Beweis, wie korrekt die Urabstimmung gelaufen sei, führt Herb dann an: „Das Urabstimmungsergebnis sei im übrigen unter der Aufsicht eines Abteilungsleiters der Vorstandsverwaltung in

Frankfurt ermittelt worden.“ (Westfälische Rundschau, 22.2.)

Gerade diese Feststellung (alles unter Kontrolle des Vorstandes) nährt aber erneut das Mißtrauen. Der Vorstand hat die Möglichkeit, es abzubauen. Er soll endlich das vollständige Urabstimmungsergebnis im Detail veröffentlicht. Oder gibt es da etwas zu verbergen?

Gewerkschaftsausschlüsse bei Opel: Linke werden rausgeschmissen — CDU bleibt drin

Die Untersuchungskommission der IG Metall bei Opel Bochum, die die Ausschlussanträge gegen die Kandidaten mehrerer Listen zu den Betriebsratswahlen 1978 zu beraten hatte, hat inzwischen weitere „Empfehlungen“ vorgelegt (s. auch AK 147). Die Verfahren gegen die Kandidaten der (linken) „Liste für die Belegschaftsforderungen“ waren vorgezogen worden und sind nunmehr weitgehend abgeschlossen. Insgesamt waren vierzehn Kollegen dieser Liste die bei der Wahl 25,1 Prozent der Stimmen erhalten hatte, von einem Untersuchungsverfahren betroffen. Die Kommissions-Empfehlungen sehen wie folgt aus:

- Ausschluss für drei Kollegen,
 - einmal fünf Jahre Funktionsverbot („Wiederholungstäter“),
 - zweimal zwei Jahre Funktionsverbot
 - drei Kollegen sollen eine Rüge erhalten
 - ein Verfahren soll wegen Sprachschwierigkeiten eingestellt werden
- Über diese Empfehlungen muß noch der IGM Vorstand in Frankfurt entscheiden, der die endgültigen Urteile sprechen wird. Vier Kollegen dieser Liste haben wegen Krankheit ihre Verfahren noch für den 7. März aussetzen. Zehn weitere Kollegen waren bereits anlässlich der Betriebsratswahlen 1972 und 1975 aus der IG Metall ausgeschlossen worden. „Wegen geringer Schuld“ wurde das Verfahren gegen einen IGM-Vertrauensmann eingestellt, der bei der Aufstellung der „Liste für die Belegschaftsforderungen“ anwesend war, selbst aber nicht kandidiert hatte. Die Begründungen für die unterschiedlichen Empfehlungen der Untersuchungskommission legen uns bisher nicht vor. Sicherlich erhoffen die Gewerkschaftsführer, durch differenzierte Empfehlungen Spaltung in die Liste und ihre BR-Mitglieder zu bringen.

Wie sehr die IGM-Führer gegen die linken Kollegen, die sich für eine demokratische Kandidatenaufstellung und für Persönlichkeitswahl ausgesprochen hatten, an der harten Linie festhalten, wird besonders deutlich bei einem Vergleich mit den inzwischen bekannt gewordenen Empfehlungen gegen die Kandidaten der beiden Listen, die von rechts gegen die offizielle IGM-Liste kandidiert hatten.

Liste 3 („Alternative für Arbeitnehmerinteressen“). Diese Liste war von einem BR-Mitglied inszeniert worden, der auf diesem Weg in erster Linie seinen Posten sichern wollte. Der Listenführer soll bis Ende 1980 Funktionsverbot erhalten, kann also

schon bei der nächsten Wahl 1981 wieder auf der IGM-Liste kandidieren. Weiter wurde beantragt, einmal Funktionsverbot bis Ende 1979, eine Rüge. Sechs Verfahren stehen noch aus.

Ein ganz besonderes Verfahren haben sich die Gewerkschaftsführer für die Liste 1 („Liste christlich-demokratischer Arbeitnehmer in der IG Metall“) einfallen lassen, und das hat dann auch zu ganz besonderen Ergebnissen geführt.

Diese Liste hatte ihren Wahlkampf unter dem Hauptmotto geführt: „Gegen die undemokratischen Machenschaften der SPDler die parteiunabhängig

Opel Russelsheim 28 mal 3 Jahre Funktionsverbot für IGM-Rechte

Über die Gewerkschaftsausschlussverfahren bei Opel in Russelsheim berichteten wir im ARBEITERKAMPF 147. Nachzutragen bleibt die Entscheidung des IGM-Vorstandes. Im Fall der 29 IGM-Mitglieder, die aus Angst um ihren Posten und wegen zu starker Linkstendenzen der offiziellen IGM-Liste bei den Betriebsratswahlen eine eigene Liste „Alternative 78“ aufgestellt hatten, wurden jeweils 3 Jahre Funktionsverbot verhängt. Der Vorstand folgte damit der Empfehlung der Untersuchungskommission, während die Vertrauenskörperschaft und der Ortsvorstand der IGM Russelsheim den Ausschluss der IGM-Rechten gefordert hatten.

Gegen fünf stabsnahe Gewerkschafts-Mitglieder, die eine eigene Liste gebildet hatten, wurde ein Funktionsverbot bis zum 30. Juni 1979 verhängt.

hänge. Die Einheitengewerkschaft erhalten. Sie waren unzufrieden gewesen mit ihren Listenplätzen, die sie unter der Maske der SPD-Kandidaten auf der offiziellen IGM-Liste erhalten wollten und sahen ihre bisherigen Positionen im Betriebsrat gefährdet. Dieser „Parteien-Proporz-Kampf“, der mit den Belegschaftsinteressen nicht das geringste zu tun hat, brachte den CDA-Leuten 16,6 Prozent und damit sechs Arbeiter-Sitze sowie einen Angestellten-Sitz ein.

Das Untersuchungsverfahren begann zunächst mit einem Brief an alle Beteiligten – mit dem Krefelder Bevollmächtigten Wulf Wahl als „neutralem“ Vorsitzenden, Kläger und

Beklagten sowie den von den streikenden Parteien benannten je zwei Beisitzern. Zunächst wurden die Gründe der Kandidatur erörtert, und ein Mitglied der Vertrauenskörperschaft stellte – ebenso wie in den anderen Verfahren – Ausschlussantrag gegen die drei Listenführer der Arbeiterliste und den Führer der Angestelltenliste. Nun aber weichen die Gewerkschaftsführer vom vorgesehenen Verfahrensmodus ab.

Start über den Ausschlussantrag zu beraten, verlagert sich die Kommission um eine Woche und trifft sich dann o h n e Kläger und Angeklagte. Es ist nicht im einzelnen bekannt, was hinter dem Kulissen abläuft, jedoch spricht – das Ergebnis für sich: die Untersuchungskommission empfiehlt nicht den Ausschluss, sondern lediglich zwei Jahre Funktionsverbot. Unklar bleibt dabei, ab wann diese Frist läuft. Es ist damit zu rechnen, daß sie im Zweifelsfall so daheim wird, daß die CDA-Leute, die im Betriebsrat mit den rechten IGM-Fürten blendend zusammenarbeiten, bei der nächsten Wahl schon wieder auf der IGM-Liste kandidieren können.

Zu ergänzen ist noch, daß der einzige Kandidat der Liste 4 (Türkische Liste) ein Jahr Funktionsverbot erhalten kann.

Zu allen diesen Verfahren steht die Entscheidung des IGM-Vorstandes noch aus. Doch schon aus den Empfehlungen läßt sich die eingeschlagene Taktik der Gewerkschaftsführung erkennen. Die einzigen Ausschlüsse sind gegen Kandidaten der linken Liste vorgesehen, während die rechten Listen allesamt von vornherein billig weggelassen, wobei aufgrund früherer Erfahrungen durchaus zu erwarten ist, daß die Disziplinarmassnahmen gegen Rechte im Nachhinein gänzlich aufgehoben oder entschärft werden. Die Tatsache, daß bei den Verfahren gegen die linken Opponenten ihre jeweilige Haltung zur IGM-Satzung und besonders zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen eine entscheidende Rolle gespielt hat, weist darauf hin, daß die Gewerkschaftsführer wie in der Vergangenheit politisch sehr genau zu differenzieren versuchen zwischen links-unabhängigen bzw. links-sozialdemokratischen Kollegen und tatsächlichen oder vermeintlichen „Linksextremisten“. Letztere haben unweigerlich mit dem Ausschluss zu rechnen, da sie im Sinne der Gewerkschaftsführer nicht integrierbar sind. Die Haltung zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen ist dabei die Greichfrage.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

Opel will oppositonellen Betriebsrat ausschließen

Presseerklärung

Als Prozessbevollmächtigter des Opel-Betriebsratsmitgliedes Abdul Kheder teile ich mit, daß die Adam Opel AG Werk Bochum am 2.2.1979 einen Antrag beim Arbeitsgericht Bochum gestellt hat, ihn – Abdul Kheder – aus dem Betriebsrat gemäß § 23 Betriebsverfassungsgesetz auszuschließen.

Die öffentliche Verhandlung über diesen Antrag wird am 16.3.1979 um 11.30 Uhr im Arbeitsgericht Bochum, Marienplatz 2, Zimmer 7 stattfinden.

Als Begründung für ihren Ausschlussantrag behauptet die Adam Opel AG, Abdul Kheder hätte am 21.12.1978 im Alleingang einen Aufruf an die Opel-Belegschaft verbreitet, ab 2.1.1979 trotz Anweisung der Geschäftsleitung am Schichtende die Stempeluhren nicht zu bedienen.

Was ist wirklich geschehen? Seit April 1975 brauchen die Arbeiterinnen und Arbeiter bei der Adam Opel AG aufgrund einer Betriebsvereinbarung versuchsweise nicht mehr abzustempeln am Schichtende. Mit der Begründung, zu viele Belegschaftsmitglieder hätten vorzeitig den Arbeitsplatz verlassen, wurde nunmehr von der Unternehmensleitung einseitig verfügt, ab 2.1.1979 wieder am Schichtende abzustempeln. (Das genau zu einem Zeitpunkt, zu dem bei Ford und VW das Abstempeln am Schichtende abgeschafft worden ist, vgl. dpa-Meldung vom 6.2.1979!)

Wegen dieser einseitigen Maßnahme der Geschäftsleitung fand am 20.12.1978 eine Betriebsratsitzung mit 31 von insgesamt 39 Betriebsratsmitgliedern statt. Nach ausführlicher Debatte beschloß der Betriebsrat

1. Der Geschäftsleitung wird ein Entwurf einer Betriebsvereinbarung über das generelle Wegfallen des An- und Abstempels vorgelegt.

2. Für den Fall, daß die Geschäftsleitung innerhalb der gesetzten Frist keine positive Erklärung abgibt bzw. nicht wenigstens für die Dauer der Verhandlungen ihre Anordnung zur Wiedereinführung des Abstempels aussetzt, wird an die Belegschaft ein Aufruf des Betriebsrates verteilt, auch nach dem 2.1.1979 trotz der Anordnung der Geschäftsleitung weiter nicht abzustempeln.

Dieser Aufruf wurde dann nach Fristablauf ab dem 21.12.1978 von zahlreichen Betriebsräten in der Belegschaft verteilt.

Nunmehr versucht die Adam Opel AG mit dem Ausschlussantrag gegen Abdul Kheder, ein Betriebsratsmitglied exemplarisch abzustrafen. Daß gerade Abdul Kheder der Adam Opel AG als Betriebsratsmitglied ausserst unbehagen ist, belegt u. a. die Tatsache, daß er bereits 1974 einmal als Sprecher der ausländischen Vertrauensleute und Mitglied der Vertrauenskörperschaft gekündigt worden war. Damals mußte die Adam Opel AG Abdul Kheder allerdings nach acht Monaten wieder einstellen, nachdem die Kündigung von den Arbeitsgerichten in zwei Instanzen für unwirksam erklärt worden war.

Wie in der Öffentlichkeit bekannt ist, gibt es im Opel-Betriebsrat seit Jahren harte Auseinandersetzungen und Widersprüche. So ist es auch nicht verwunderlich, daß sich die Geschäftsleitung der Adam Opel AG in ihrer Antragsschrift gegen Abdul Kheder ausgerechnet auf eine schriftliche Äußerung des Betriebsratsvor-

sitzenden G. Perschke stützt. Dieser hatte zwar an der oben genannten Betriebsratsitzung am 20.12.1978 gar nicht teilgenommen, kurz darauf aber in der Belegschaft verbreitet, der Aufruf des Betriebsrates zum Nichtabstempeln ab dem 2.1.1979 sei illegal und daher Null und Nichtig.

In der Belegschaft allerdings hat der Antrag der Adam Opel AG gegen Abdul Kheder zu großer Unruhe und Empörung geführt. Zu einer Betriebsrats-Sondersitzung über diesen Antrag am 19.2.1979 erschienen rund 50 Opel-Arbeiter, um ihren Protest gegen den Ausschlussantrag und ihre Solidarität mit Abdul Kheder zum Ausdruck zu bringen. Aufgrund dieser Empörung in der Belegschaft stellte sich der Betriebsrat dann einstimmig hinter Abdul Kheder; in seiner Resolution heißt es u. a.: „Der Antrag zur Amtsenthebung des o. g. Betriebsratsmitgliedes wird seitens des Betriebsrates als Höhepunkt einer Reihe von Versuchen der Geschäftsleitung angesehen, die Arbeit des Betriebsrates im Interesse der Belegschaft zu behindern.“

Der Betriebsrat fordert deshalb die Geschäftsleitung auf, unabhängig von der Rechtsposition und der Rechtsklärung, den Antrag beim Arbeitsgericht in Bochum sowie alle Maßreglungsfälle sofort zurückzunehmen.“ Bochum, 28.2.79

gez. Rechtsanwalt Dornieden (leicht gekürzt)

Über den Ausschluss von Abdul Kheder aus dem Betriebsrat gibt es eine Dokumentation. Sie ist erhältlich bei C. Donner, Postfach 25 02 21, 4630 Bochum.



1973 wurden in den DGB-Gewerkschaften die sog. Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefaßt, nach denen niemand der einer kommunistischen Organisation angehört oder deren Politik irgendwies unterstützt, gleichzeitig Gewerkschaftsmitglied sein kann. Auf dieser Grundlage wurde in den folgenden Jahren ein rigoroser Ausschlussverfahren praktiziert. Die Zahl der Ausschlussverfahren geht heute bereits in die Tausende – und es sind keinesfalls nur Kommunisten, die dieser Vorstandsweilke zum Opfer fallen. Es hat sich erwiesen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu einem Instrument geworden sind, mit dessen Hilfe die Gewerkschaftsführung jegliche oppositionelle (d.h. der Politik der Klassenverschönerung entgegenstehende) Aktivität zu liquidieren versucht.

Unser Buch gibt darüber eine ausführliche Analyse. Im Hauptteil werden über 100 ausgewählte Fälle aus dem Bereich der IGM, ÖTV, IG Chemie, IG Druck, HBV und GEW darunter

Handbuch in Paperback
854 Seiten
DM 22

reents-verlag, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50

berichten + + + tarifnachrichten + + + tarifnachrichten + + + tarifnachrichten

Tarifpolitik nach Stahl und Metall: Hessen weiter als Modell

Wie nicht anders zu erwarten war, haben die Tarfergebnisse der IG Metall einen nachhaltigen Einfluß auch auf die Tarifrunden der nachfolgenden Branchen. Mittlerweile liegen die Forderungen der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes, der IG Bau-Stein-Erden, der IG Druck und Papier sowie der HBV (für die Bankangestellten) vor.

Die höchste Lohnforderung stellt dabei die IG Bau mit 7,4 Prozent für die 1,1 Mio. Beschäftigten des Bauhauptgewerbes. Die IG Druck fordert 6,5 Prozent sowie eine zusätzliche Anhebung der Lohngruppen I, II und III um 3 Prozent. Ebenfalls 6,5 Prozent und 250 DM mehr Urlaubsgeld fordern die sechs Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes, unterboten werden sie noch von dem rechten "Beamtenbund", der lediglich 6 Prozent fordert und auch zum Urlaubsgeld noch nicht festgelegt hat.

Deutlicher noch als in den Jahren zuvor sind die Gewerkschaftsführun-

gen den vorbereitenden Diskussionen mit der Basis aus dem Weg gegangen. Sie rechnen offensichtlich auf weit verbreitete Resignation unter den Gewerkschaftsmitgliedern nach den beschämenden Abschlüssen in der Stahl- und Metall-Industrie. Dennoch liegen aus einer Reihe Betriebe und gewerkschaftlicher Gremien zahlreiche Berichte vor, die beweisen, daß sich die Kollegen auch in dieser Situation die Initiative nicht vollends aus der Hand nehmen lassen.

In der ÖTV steht naturgemäß – durch sehr große Gehaltsunterschiede innerhalb des Öffentlichen Dienstes – die Auseinandersetzung um die Aufstellung einer Festgeldforderung eine besondere große Rolle (siehe dazu die Lufthansa-Korrespondenz). In der Kreisverwaltung Neckar-Alb, in der sich die Vertrauensleute schon in den letzten beiden Jahren mehrheitlich für die Festgeldforderung ausgesprochen hatten, stimmten in diesem Jahr noch deutlich mehr Kollegen, nämlich 65 Prozent, für

eine Festgeldforderung von 200 DM. Der ÖTV-Vorstand hat sich über diese auch an anderen Orten erhobene Forderung aber hinweggesetzt und außerdem kundgetan, daß keinerlei Vorbereitungen auf einen Arbeitskampf getroffen werden.

IG Drupa-Chef Mahlein möchte die Lohnverhandlungen "schnell und vernünftig" hinter sich bringen. Ähnlich wie in der Stahl-Tarifrunde ist auch bei den Druckern die Lohnfrage von der Diskussion um die 35-Stunden-Woche überlagert. Dennoch unterschrieben 250 Kollegen bei Madsack in Hannover eine Resolution, in der mindestens 30 DM pro Woche bei höchstens 12 Monaten Laufzeit gefordert werden, die Vertrauensleute der Fa. Bandell fordern u.a. 200 DM Festgeld. Die gleiche Forderung befürwortete mehrheitlich die Bezirksmitgliederversammlung in Düsseldorf, entgegen den Beschwerden des anwesenden "Tanfexperten" Ferlemann.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

IG Metall-Kollegen lehnen Tarifvertrag zur Leistungsbeurteilung ab

Vor einem Jahr hat die Tarifkommission der Westberliner IG Metall mit 93 gegen 2 Stimmen einen Verhandlungsvorschlag für einen neuen Tarifvertrag zur Leistungsbeurteilung von Zeitlohnarbeitern und Angestellten beschlossen.

Nach diesem Entwurf soll für die Zeitlöhner und die Angestellten ein Punktsystem eingeführt werden, welches für die Kollegen einen versteckten Akkord bedeutet. Um diese Leistungsbeurteilung zu verhindern, haben sich IG Metall Kollegen aus 13 Westberliner Betrieben zu einer Initiative zusammengeschlossen.

Bei der Firma Borsig lehnen die Vertrauensleute schon seit zwei Jahren ein ähnliches Beurteilungssystem ab. Bei Berthold in Kreuzberg lehnten die Kollegen auf einer Gewerkschaftsmitgliederversammlung den Entwurf mit großer Mehrheit ab. Sie verabschiedeten einen entsprechenden Leserbrief an die Zeitung „Metall“.

Das Leistungsbeurteilungssystem muß vom Tisch

Nach den Vorstellungen der IG Metall-Ortsverwaltung soll zukünftig folgendermaßen beurteilt werden:

Die Zeitlöhner nach Arbeitsquantität, Arbeitsqualität, Arbeitsleistung, Arbeitsmenge und Arbeitsanforderungen. Die Angestellten nach Anwendung der Kenntnisse, Arbeitsweise, Arbeitsverhalten bei unterschiedlichen Arbeitssituationen und Zusammenarbeiten.

Es gibt entsprechende Leistungspunkte, aus der die Zulage errechnet wird.

Die individuelle Beurteilung bedeutet zunehmende Zersplitterung. Die bisher übliche Einstufung in unterschiedliche Lohn- und Gehaltsgruppen würde extrem ausgeweitet. Durch die Einführung einer Vielzahl von Unterstufen innerhalb der einzelnen Gruppen.

Der Walker wird Tür und Tor geöffnet. So kann beispielsweise ein Meister bei seinem Gehalt entscheiden, ob z.B. ein Schlosser „etwas unständlicher arbeitet“ und ob sein Arbeitspensum „mäßig ist“ (Kri-

terien aus dem Entwurf der IGM-Führer).

Die Erfahrung mit solchen Systemen zeigt außerdem, daß die Kapitalisten in Wirklichkeit die zu verteilenden Leistungspunkte nach den im Betrieb bereits gezahlten Zulagen bestimmen.

Die Beurteilung bedeutet versteckter Akkord. Nach dem Entwurf soll der Maßstab für die Vergabe von Punkten der „übliche Durchschnitt“ sein. Wie beim Akkord wird durch Ranknotizen der schlechter eingestufte Arbeiter der Durchschnitt in die Höhe getrieben.

Die Beurteilung bedeutet Zunahme der Disziplinierung. Jeder, der aufmuckt oder dem Meister widerspricht, muß negative Auswirkungen bei der nächsten Beurteilung befürchten.

Erfahrungen mit dem Leistungsbeurteilungssystem gibt es bei der KWU und bei AEG-Drontheimerstraße. Ein Betriebsrat der KWU berichtete auf der Betriebsversammlung im Dezember 1978, wie die Anfrage eines ausländischen Kollegen nach mehr Punkten beantwortet wurde: „Erst wenn Sie neben der Maschine umfallen.“

Anstatt (wie erhofft) durch Überstunden mehr Punkte zu erreichen, erhielt ein Kollege bei AEG eine schriftliche Verwarnung wegen Mindeleistung.

Die Initiative gegen den Tarifvertrag zur Leistungsbeurteilung hat eine Broschüre zu diesem Problem herausgegeben. Darin wird auf die wesentlichen Fragen und Hintergründe dieses Systems eingegangen. Sie enthält Erfahrungen aus einzelnen Betrieben und den vollen Wortlaut des Vertragsentwurfs der IG Metall. Außerdem fordert die Initiative, daß Vorschläge von Punktsystemen oder aus den Betrieben stammenden gewerkschaftlichen Überlegungen diskutiert werden bevor darüber mit den Unternehmern verhandelt wird.

Bestellt werden kann die Broschüre bei:

Fritz Kopka
Leutnerplatz 11
1000 Berlin 36

Deutsche Lufthansa:

Erstes Angebot – unannehmbar!

Bei der Deutschen Lufthansa ist in der diesjährigen Tarifrunde das erste Angebot vorgelegt worden:

– 4,6% für Einkommen bis 4500 DM
– 4,3% für Einkommen von 4501 DM bis 8500 DM und
– 4,0% für Einkommen ab 8501 DM

Von der ÖTV waren in der Abstufung gefordert 7,5% – 6,0% – 4,5%.

Zu der Forderung von 200 DM mehr Urlaubsgeld legte die Lufthansa ganze 75 DM (!) vor.

Der Unterschied zwischen Forderung und Angebot liegt damit beim Bodenpersonal bei 2,9% – beim

Flugkapitän mit einem Gehalt ab 8500 DM bei 0,3%. Ein Kollege mit 2000 DM würde dabei lediglich 92 DM mehr bekommen, ein Kapitän mit 10 000 DM aber 400 DM.

Damit erreicht die DLH wieder die gewohnte Spaltung zwischen Boden- und Cockpitpersonal. Die Hochverdienenden und zumeist was man beim Bodenpersonal nicht gerade behaupten kann.

Die reine Prozentforderung der ÖTV-Führung bewirkt natürlich diese Tendenz jedes Jahr bei der Lufthansa.

Trotz vieler Kritik und Alternativvorschläge auf ÖTV-Versammlungen stellte die ÖTV-Führung dieses Jahr wieder diese abgestufte Prozentforderung auf, die lediglich das Cockpitpersonal befriedigt.

Die ÖTV-Flugblätter sprechen von einem „völlig unzureichenden Angebot“. Es ist also schon absehbar, daß auch die „Arbeiter“ nicht weiter kommen werden und in den nächsten Wochen die einzelnen Gruppen am schlechtesten abschneiden.

ÖTV Kommission

Auf der Pressekonferenz, auf der vom Hauptvorstand und der großen Tarifkommission die Lohnforderungen bekanntgegeben wurden, hat sich Drupa-Vorsitzender Mahlein auch noch kurz zur 35-Stunden-Woche äußert. Nach „Mahleins Worten wird über die Wochenarbeitszeit aber erst in der zweiten Jahreshälfte verhandelt werden. Er sieht im Moment auch keinen Anlaß, schon jetzt mit dem Gedanken eines Arbeitskampfes anzufangen, der könnte höchstens

delt werden. Er sieht im Moment auch keinen Anlaß, schon jetzt mit dem Gedanken eines Arbeitskampfes anzufangen, der könnte höchstens am Ende stehen“ („FAZ“, 26.7.79).

Diese Aussagen unterscheiden sich aber ganz erheblich von den starken Worten, die Mahlein noch

Wochenlanges gebräutet hatte. Mahlein sprach er mehrfach von Streiks und anderen Kampfmaßnahmen, die sich unumgänglich seien. Aber diese Aussagen fielen in der Zeit des Streiks und Aussperrungen in der Stahlindustrie. Heute scheint man bei der Drupa-Führung von starken Worten nicht mehr so viel zu halten, es ist unter Gewerkschaftsmitgliedern auch ein offenes Geheimnis, daß der Hauptvorstand froh war, daß die IG Metall und nicht

viel zu halten, es ist unter Gewerkschaftsmitgliedern auch ein offenes Geheimnis, daß der Hauptvorstand froh war, daß die IG Metall und nicht die Drupa den ersten Versuch machte. Nach der Niederlage der IG Metall scheint die Drupa jetzt wohl langsam den Rückzug anzugehen.

Denn auch der 2. Vorsitzende Ferlemann erklärte zur 35-Stunden-Woche: „Man muß erst einmal sehen, was die Arbeitgeber tun.“ Und dann werde die Tarifkommission darüber entscheiden“ („FAZ“).

Anscheinend hat der 2. Vorsitzende nicht mal das eigene Zeitungsorgan gelesen, denn vor kurzem wurde dort erst vollständig der „Tabu-Katalog“ der Kapitalistenverbände abgedruckt. Und dort stand das „Angebot“ der Kapitalisten zur 35-Stunden-Woche nie. Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Warnstreik von Redakteuren

Seit Monaten ist der Lohnvertrag zwischen den Zeitschriftenverlegern und den Redakteuren nicht zustande gekommen, obwohl die Laufzeit des alten Vertrages schon am 31.12.78 ausgelaufen war. Gegen das billige Angebot von 4% Lohnsteigerung protestierten mit einem 3-tägigen Warnstreik die Redakteure des Verlages Robert Kohlhammer GmbH und des Industrieverlages Hermann in Leinfelden bei Stuttgart. Aufgerufen hatten zu diesem Warnstreik

gemeinsam die Journalistenorganisationen DJV (Deutsche Journalisten Union) und der ständisch eingetragte DJV (Deutsche Journalisten Vereinigung). So forderten die Streikenden, daß die Zeitschriftenverleger unverzüglich „an den Verhandlungstisch zurückkehren“ („LZ“, 21.2.79).

Kommission
Betrieb & Gewerkschaft

Industriemonteuere von SEL im Warnstreik

Am 14.2.79 traten ca. 900 Industriemonteuere des SEL/ITT-Fernmeldebaus in einen einständigen Warnstreik. Mit ihrem erstmaligen Streik protestierten die Kollegen gegen die Verschleppung der Manteltarifverhandlungen und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Der Manteltarifvertrag ist seit dem 31.12.76 gekündigt, und es stehen folgende Forderungen der IGM zur Verhandlung: Erhöhung des Montageschlags von 12 auf 15 Prozent. Außerdem soll die Zahlung der Fernauslösung im Tarifvertrag und

nicht wie bisher durch einzelne Betriebsvereinbarungen – geregelt werden. Auch will die IGM die Bezahlung der Wegezeit als Arbeitszeit mit vollem Stundenlohn festsetzen, sodaß die Auslösung nicht erst ab Betriebs- sondern ab dem Wohnsitz gelten soll. Bei den Verhandlungen am 14./15. Februar wollten die Arbeitgeber den Monteuren den 12-prozentigen Zuschlag streichen. Das würde für die Monteure eine Kürzung von 0,80 bis 1,40 DM pro Stunde bedeuten.

Zahlreiche Protesttelegramme aus

Streik gegen Lohnabbau bei Daimler Benz

Am 20.2.79 traten die Arbeiter des Motorenprüfstandes bei Daimler Benz, Untertürkheim in einen Streik. Es wurde ein neues Fließband mit neuer Technologie eingeführt, wodurch von 221 Kollegen 77 ihrem Arbeitsplatz verlieren, bzw. innerbetrieblich versetzt werden sollen. Für die noch verbleibenden Kollegen droht eine Abgruppierung von bis zu 2 DM pro Stunde. Ziel des Streiks ist es, diese Lohnverschlechterung zu verhindern. Ihre Forderung: Technischer Fortschritt soll nicht auf Kosten der Kollegen eingeführt werden!

Kommission
Betrieb & Gewerkschaft

Stuttgarter Montagebetrieblern gingen ein. IGM-Bezirksleiter Franz Steinkühler zu der Aktion der SEL-Kollegen: „Die gesamte Organisation steht hinter den Leuten, die ständig von ihren Familien getrennt leben und auf Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verzichten müssen. Diese Kollegen lassen wir nicht hängen.“ Große Worte von Steinkühler. Wir werden sehen... der nächste Verhandlungstermin soll voraussichtlich im März stattfinden.

Metallkommission

Deine Leiter zum Erfolg

Informationen zum IG Metall-Entwurf eines Tarifvertrages zur Leistungsbeurteilung von Zeitlöhnern und Angestellten



Leistungstarifvertrag

Titel der Westberliner Broschüre

Beiersdorf: Keine Tarifpolitik auf Betriebsversammlungen?

Einen Eindruck davon, welche geringfügigen Anlässe Kapitalisten zum Vorwand nehmen, mit der „Friedenspflicht“ zu drohen und wie kleinlaut SPD-Betriebsräte darauf reagieren, vermittelte die Januar-Betriebsversammlung bei Beiersdorf, Hamburg.

Der Sekretär der IG Chemie-Verwaltungsgstelle, Walter Holst, hielt ein (langweiliges und wenig bedeutendes) Referat zum Thema „Tarifsituation gestern und heute“, gespickt mit einigen Zitaten maßgeblicher SPD- und CDU-Politiker zur Arbeitszeitverkürzung.

Die Geschäftsleitung griff das Referat als „nicht auf eine Betriebsversammlung“ gehörend an und stellte einen „Verstoß gegen den § 74 des Betriebsverfassungsgesetzes“ fest („Betriebsfrieden“ darf nicht beeinträchtigt werden, „politische Betätigung“ ist zu unterlassen).

IG Chemie-Betriebsratsvorsitzender Max Ganschow ging ans Mikrofon und entschuldigte sich quasi: er hätte gedacht, daß die angesprochenen Themen noch zulässig seien...

So mußte es eine aus der Gewerkschaft ausgeschlossene Betriebsrätin der Betriebsgruppe ALTERNATIVE übernehmen, das Recht zu verteidigen, daß auch überbetriebliche Themen Gegenstand einer Betriebsversammlung sein könnten und damit den Angriff der Geschäftsleitung zurückzuweisen.

Auf der nachfolgenden Betriebsratsitzung zur Auswertung der Betriebsversammlung wurde die Alternative-Betriebsrätin für diesen Beitrag dann vom Vorsitzenden „gerügt“. Er wäre nicht notwendig gewesen, schließlich sei nicht der Betriebsrat angegriffen worden, sondern der Sekretär der Verwaltungsstelle; da müsse sich der Betriebsrat auch nicht verteidigen! Das ist wahrhaftig nicht viel besser als das „Argument“ eines CDU-nahen Betriebsrates der sogenannten „Unabhängigen“, der es gar „peinlich“ fand, daß die Geschäftsleitung den Betriebsrat auf die Einhaltung der „Friedenspflicht“ aufmerksam machen mußte!

Das Betriebsverfassungsgesetz gibt Betriebsräten bei der Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten wahrhaftig nur einen engen Spielraum, den einige „Arbeitnehmervertreter“ auch noch durch Selbstzensur einzugrenzen versuchen.

Das Betriebsverfassungsgesetz gibt Betriebsräten bei der Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten wahrhaftig nur einen engen Spielraum, den einige „Arbeitnehmervertreter“ auch noch durch Selbstzensur einzugrenzen versuchen.

Betriebszellenleitung Beiersdorf

Diakonisches Werk zahlt 200 000 DM Abfindung!

Im Rechtsstreit um die fristlosen Kündigungen von insgesamt 16 Mitarbeitern/innen des evangelischen Jugendgemeinschaftswerkes in Bismar/Nordsee ist nun vorerst einmal ein Schlußpunkt gesetzt worden: zwölf der im Sommer letzten Jahres entlassenen Heimerzieher/innen wird das Diakonische Werk Abfindungen von insgesamt 200 000 DM zahlen. Diese zwölf hatten mit dem Diakonischen Werk einen Vergleich geschlossen, der am 31. Januar beurkundet worden ist („Kieler Nachrichten“, 28.2.). Die anderen vier gefeuerten Mitarbeiter/innen werden erneut klagen. Diesmal vor dem Landesarbeitsgericht Kiel.

Im Juli 1978 hatte das Diakonische Werk die sechzehn fristlos entlassen, weil sie sich in einem gemeinsamen Brief an das Kieler Landjugendamt (Heimaufsichtsbehörde) über Mißstände in dem Jungenheim beklagt hatten. Erst Monate später erfuhr die Öffentlichkeit dann von „dritter Seite“, welche Mißstände gemeint waren: gehäufte Selbstmordversuche Jugendlicher, hoffnungslose Überbelassung, Einkamern von Pflegegeldern durch die Heimleitung (siehe auch AK 142). Gegen die aus-

gesprochenen Kündigungen hatten die 16 im November mit einer Klage vor dem Hamburger Arbeitsgericht in erster Instanz gewonnen (siehe AK 143). Trotzdem hatte das Diakonische Werk sich anschließend geweigert, sie weiterzubeschäftigen, und sprach prompt „ordentliche Kündigungen“ aus, während die 16 im Arbeitsgerichtssaal saßen (siehe AK 144).

Der Vergleich

Der abgeschlossene Vergleich der 12 Heimerzieher/innen mit dem Diakonischen Werk ist direkt auf Anraten ihres Anwalts, des ÖTV-Sekretärs Schröder (Brunsbüttel), zustande gekommen. Schröder hatte in direkter Absprache mit dem berichtigten ÖTV-Betriebsvorsitzenden Hans Schwalbach den anderen 4 Kollegen/innen während (!) der Verhandlung in erster Instanz den Rechtsschutz entzogen, weil sie sich weitere Rechtsanwalts zur Beratung hinzugezogen hatten, die laut ÖTV „regelmäßig K-Gruppenmitglieder (also Kommunistengruppenmitglieder) vertreten“ würden („Dithmarscher Landeszeitung“, 18.11.78). Tatsächlich wollte Schröder Bemühungen un-

terbinden, die angesetzten Mißstände im Heim im Prozeß ans Tageslicht zu fördern (siehe AK 143 und AK 144).

Vor diesem Hintergrund ist u.E. der nun abgeschlossene Vergleich zu bewerten, der solchen eventuellen Bemühungen (zumindest der 12) nun endgültig einen Riegel vorschiebt. Dabei hätten durchaus gute Chancen bestanden, eine erneute Klage gegen die nun ausgesprochenen „ordentlichen“ Kündigungen ebenso zu gewinnen, zumal das Diakonische Werk „die gleichen Gründe (wie bei der fristlosen Kündigung) genannt hatte“, die allesamt als unhaltbar und rechtswidrig vom Arbeitsgericht zurückgewiesen worden sind („KN“, 24.11.78).

Natürlich blieben auch „kämpferische“ Töne Schröders, wie etwa „per einstweiliger Verfügung die Weiterbeschäftigung sicherstellen“ zu wollen, Schall und Rauch („Dithmarscher Landeszeitung“, 18.11.). Außer Speen nichts gewesen...

Hingegen gewinnt der bevorstehende Prozeß der vier anderen Heimerzieher/innen vor dem Landesarbeitsgericht in Bismar: Ohne die Hartnäckigkeit dieser Kollegen/innen wären die Mißstände in dem Bismar Heim und die Unrecht-Praktiken des Diakonischen Werkes wohl bald in völlige Vergessenheit geraten.

Denn auch diejenigen, die ihre Hoffnung in die Heimaufsichtsbehörde und die angebliche Ehrlichkeit des Diakonischen Werkes gesetzt hatten, mußten sich enttäuscht sehen. Trotz protziger Versprechungen nach Abschluß der Untersuchungen des Landjugendamtes in dem Bismar Heim die Ergebnisse „selbstverständlich“ der Öffentlichkeit mitzuteilen („Bismar Nachrichten“, 14.11.78), hat sich bis heute – inzwischen sind mehr als drei Monate vergangen – nichts dergleichen getan.

MACHT BEKANNT, WAS
EUCH KAPUTT MACHT!

KB/Gruppe Kiel
nicht dergleichen getan.

MACHT BEKANNT, WAS
EUCH KAPUTT MACHT!

KB/Gruppe Kiel

Solidarität nicht erwünscht

Anlaßlich der Solidaritätskundgebungen der IG Metall vom 12.12.78 zur Unterstützung der ausgesperrten und streikenden Metallarbeiter im Stahlbereich hatte ein Betriebsratsmitglied der Düsseldorfer Druckerei „Niederich“ den Betrieb 2 Stunden früher verlassen, um an der Kundgebung teilzunehmen.

Die Geschäftsleitung kündigte ihm darauf fristlos, allerdings stimmte der Betriebsrat der Kündigung nicht zu, so daß der Kapitalist vors Arbeitsgericht gegangen ist.

Das Arbeitsgericht sah in „dem eigenmächtigen Ausfallenlassen von

zwei Arbeitsstunden“ einen Verstoß, konnte sich aber nur deshalb nicht zur geforderten Kündigung durchhängen, da der Kollege schon 8 Jahre in der Firma war und sein Verhalten wohl als einmalige Entgleisung zu sehen ist. Aber der Arbeitsscheiter „ließ ... klar erkennen, daß der Wiederholungsfall schwerer bewertet wurde“ (nach „Rote Fahne“ K.A.B.D. 2/79). Denn Solidarität ist nicht erwünscht.

Kommunion
Betrieb & Gewerkschaft

K.A.B.D. 2/79 K.E. 3. BÜNDNIS
nicht erwünscht

Kommunion
Betrieb & Gewerkschaft

GEW Meldungen

GEW Hamburg kontra Klose

Die vom Hamburger Senat beschlossene Neuregelung der Berufsverbotspraxis hat die Landesvertreterversammlung der Hamburger GEW vom 19.2. ausdrücklich kritisiert. In dem mit großer Mehrheit beschlossenen Antrag heißt es, daß die vom Senat verabschiedeten Grundsätze eine Praxis zulassen, die nicht wesentlich von der bisherigen abweicht. Besonders betont wird, daß die Grundsätze noch hinter den Ankündigungen-Konzeß und den Beschlüssen der SPD-Parteitage zurückfallen.

Eine positive Vermutung der Verfassungstreue für jeden Bewerber und Mitarbeiter ist nicht ausgesprochen.

Der Verfassungsschutz kann bei der Einstellung eines Bewerbers weiter beteiligt werden.

Der mehrfach herangezogene „Grundsatz der Verhältnismäßigkeit“, der inhaltlich nicht eindeutig definierbar ist, ermöglicht die jederzeitige Durchbrechung der neuen Verfahrensgrundsätze.

Eine Aufhebung der noch den alten Richtlinien ausgesprochenen Berufsverbote und eingeleiteten Verfahren ist nicht erfolgt.

Zur weiteren Arbeit gegen Berufsverbote heißt es in dem Beschluß „Die LVB fordert den Landesschiedsstand und alle Kollegen auf, jede Möglichkeit zu nutzen, damit in Hamburg sämtliche Berufsverbotsfälle neu aufgerollt werden mit dem Ziel, daß alle Berufsverbote aufgehoben werden. Die LVB appelliert deshalb dringend an den Landesschiedsstand und die Berufsverbotskommission, umgehend praktische Schritte einzuleiten, um mit allen Berufsverbotegegnern, Berufsverbotsopfern sowie mit den anderen Gewerkschaften zur Durchsetzung unserer Minimalforderungen gemeinsam den Kampf gegen Berufsverbote zu forcieren.“

.....

„Holocaust“-Diskussion maßfält Schulleiter

Einen bemerkenswerten Beitrag zur Holocaust-Diskussion lieferte der Schulleiter der Westberliner Hermann-

Hollerth-Oberschule. Eine am Schwarzen Brett der Schule ausgehängte Einladung der GEW Westberlin zu einer Veranstaltung „Holocaust – und jetzt“, zu der die Lehrer aufgefordert wurden, auch Schüler mitzubringen, verschärfte mit dem Hinweis „Das wäre großer Antisemitismus“ und „Ich halte es für unvereinbar mit den Beamtenpflichten, die dienstlichen Möglichkeiten für bestimmte Verbände zu mißbrauchen.“ Außerdem verbreitete er die Behauptung, der Schulleiter habe eine Werbung für diese Veranstaltung verboten. Die Westberliner GEW hat daraufhin in einem Offenen Brief an Schulleiter Rask die Einleitung von dienstlichen Maßnahmen gegen den Schulleiter gefordert.

.....

Unter dem Vorwand, Falschparket feststellen zu wollen, hat die Westberliner Polizei Besucher der antifaschistischen Ausstellung „Deutschland erwacht“ in der Westberliner Galerie 70 fotografiert. Die GEW Westberlin, die für diese Veranstaltung die Schirmherrschaft übernommen hat, hat gegen die Überwachung von Besuchern dieser Veranstaltung, darunter auch Schulklassen, protestiert. In ihrer Pressemeldung heißt es: „Die polizeilichen Maßnahmen sind unerträglich. Die Berliner Lehrerschaft zu verunsichern, in diese antifaschistische Ausstellung zu gehen. Die GEW Berlin fordert den Senator für Schulen auf, für die noch laufende Zeit der Ausstellung ebenfalls seine Schirmherrschaft zu erklären, um so ein Zeichen zu setzen. Die Ausstellung wird wegen starken Zuspruchs der Schulen bis zum 17.3.1979 verlängert.“

.....

Über die laxe Anwendung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse hat sich jetzt der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Blanke, beim niedersächsischen Landesvorsitzenden der GEW, Gallas, beklagt. In einem offenen Brief beschwert sich Blanke darüber, daß sich die GEW offenbar

nicht an die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB gebunden fühle, da sich auf einer Liste der GEW Betriebsgruppe des Studienseminars Cello zu den Personalratswahlen Mitglieder der KBW bzw. der DKP befänden. Auch wenn Blanke mit seiner Annahme, auch DKP Mitglieder seien unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, über Ziel hinausgeschossen ist, so bleibt doch festzustellen, daß sich die GEW-Führung den Anlaß, weswegen sie jetzt von Rechts angegriffen wird, selbst geschaffen hat. Die Übernahme des UVB des DGB in die eigene Satzung.

.....

Nordrhein-Westfalen: Mitte Februar fand im Düsseldorfer Landtag ein Hearing zur „Oberstufenreform“ statt (vgl. AK 148). Dazu wurden Eltern- und Lehrerverbände gehört, die auch alle anwesend waren – außer der GEW. Für den Landesvorstand scheint die Ausweitung der Kausurfächer an der Oberstufe und der damit verbundene höhere Leistungsdruck kein Anlaß zu sein, eine Stellungnahme dazu vor dem Parlament abzugeben.

.....

Bochum: Im Schiedsverfahren gegen drei ehemalige Mitglieder des Bochumer GEW-Ortsverbandes wurde am 12.2. entschieden. Diese Kollegen waren zunächst mit 14 anderen am 28.12.77 aus der GEW ausgeschlossen worden. Sie gingen in Revision beim Hauptausschuß, der im Oktober 78 ihre Verfahren an die Landesschiedskommission zurück verwies. Ein Kollege erhielt zwei Jahre Funktionsverbot, eine Kollegin eine Rüge und der dritte „Freispruch“. Damit sind von 17 Kollegen, denen Verstoß gegen den UVB vorgeworfen wurde, weil sie den Abdruck „K-Gruppen-freundlicher“ Texte im Bochumer GEW-Info zu verantworten hätten, elf wieder in die GEW aufgenommen worden. Sechs Kollegen sind weiterhin ausgeschlossen.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Eine gute Idee!

Dem Zentralorgan der DruPa vom 12.2.79 entnahmen wir folgende schöne Notiz: „Zum 30jährigen Jubiläum der Hamburger Abendblätter erhielt jeder Mitarbeiter im Springerkonzern eine Goldmedaille. Eine nennenswerte Zahl von Kollegen ha-

ben diese Münze einschmelzen lassen und vom Erlös von 10 DM eine Solidaritätsmarke gekauft, um die Streikkasse der IG Druck und Papier aufzubessern. Insgesamt kamen 730 DM zusammen.“ Zur Nachahmung bei ähnlichen Anlässen empfohlen.

Baas-Geschäftsleitung macht ernst:

Baas-Geschäftsleitung macht ernst: Lohnkürzung

Mit einem Brief, von dem Vorgesetzte am 17.2. an alle Kollegen verteilt, verwirklichte die Geschäftsleitung der Maschinenbaufirma Baas-Technik in Wedel (Holstein) ihr angekündigtes Vorhaben, allen Beschäftigten die überflüssigen Lohnbestandteile um durchschnittlich 20 Pfennig zu kürzen (siehe AK 148). Diesen Schritt hatten die Manager auf einer Betriebsversammlung am 31. Januar damit begründet, daß die Firma durch die „angespannte Marktlage“ und die Erhöhung der Stahlpreise betroffen sei und außerdem dringend Geld für Neuanvestitionen benötige. Die Geschäftsleitung versuchte die aufgebrachte Belegschaft damit zu beruhigen, daß eine Rückzahlung der geklauten Gelder zum Jahresende in Aussicht gestellt wurde, sollte „die wirtschaftliche Lage der Firma dies erlauben“.

Die Baas-Geschäftsleitung nutzt damit die Tatsache aus, daß die Kollegen dieser Firma sowieso schon in die jeweils niedrigste Tariflohngruppe eingestuft sind, die für die jeweilige Qualifikation im Tarifvertrag vorgesehen ist. Die Eingruppierungen liegen deutlich niedriger als in anderen vergleichbaren Firmen, wodurch die Baas-Beschäftigten bei

jeder Tariflohnsteigerung benachteiligt waren. Dieser Lohnunterschneit wurde mit einer „jederzeit anrechenbaren und widerruflichen außertariflichen Zulage“ ausgeglichen. Eben diese Zulage soll nun ab 1. März gekürzt werden.

Mit einem Überstundenverbot nach vorausgegangener Krankheit versucht die Baas-Geschäftsleitung darüberhinaus, die Kollegen von notwendigen Arztbesuchen abzuhalten und so die Krankenrate zu senken. Diese Erpressung wird von den Managern als „gesundheitspolitische Maßnahme“ bezeichnet, mit der den Kollegen angeblich eine zusätzliche Schonzeit zukommen soll.

Balanz ist der Widerstand der Belegschaft sehr schwach entwickelt. Mehrere Kollegen haben die Möglichkeit einer Klage gegen die Lohnsenkung ins Auge gefaßt. Außerdem schnell nach Verteilung des Mitteilungsbriefes der Krankenstand – trotz Überstundenkürzung gewaltig in die Höhe. Nun ja, sowas kann einem ja auch auf den Magen schlagen.

Nach einem Bericht eines Wedeler Genossen und eines Baas-Kollegen

Fundsachen

38 Stunden

Einen recht ungewöhnlichen, aber erfolgreichen Weg zur Durchsetzung der 38-Stunden-Woche wählten die 600 Beschäftigten des Zweigwerkes Zentralfabrik des belgischen Waffenkonzerns „Fabrique nationale“. Nachdem die Konzernleitung ihre Forderung abgelehnt hatte, beschlossen sie, künftig an jedem Freitag bereits um 14 Uhr statt um 16 Uhr die Arbeit zu beenden. Geschlossen gehen sie zwei Stunden früher nach Hause. Die Firma reagierte zunächst überhaupt nicht – und zählte „aus Kulanzgründen“ den vollen Lohn weiter. Dem angesichts der derzeitigen Hochkonjunktur bei der Waffenherstellung konnte und wollte man keinen Arbeitskonflikt riskieren.

Entsprechende Maßnahmen werden auch von Arbeitnehmern in anderen belgischen Industriebetrieben diskutiert.

Am falschen Platz

Bei einer Explosion in einem Chemiewerk in der Nähe von Montreal in Kanada wurden fünf Menschen getötet und einer schwer verletzt. Bei den Opfern handelte es sich um Mitglieder der Geschäftsleitung, die während eines Streiks die Tätigkeit von Arbeitern übernommen hatten, um auch während des Arbeitskampfes die Produktion aufrecht erhalten zu können (aus: „Gewerkschaftspost“ der IG Chemie vom Februar 1979).

Es gärt in Westberlins Krankenhäusern

In Westberliner Krankenhäusern gärt es. Die unsozialen „Spar“maßnahmen des SPD-Senats haben dazu geführt, daß jetzt – u.a. durch den erhöhten Krankenstand im Winter bedingt – das Personal im Dauerstreß arbeitet und die Versorgung der Patienten weitgehend nicht mehr gewährleistet ist. Die Situation ist schon so katastrophal, daß die Westberliner Bevölkerung über Zeitungsanzeigen aufgefordert wurde, „sich kurzfristig für die Pflege kranker Menschen zur Verfügung zu stellen“ („Spandauer Volksblatt“, 24.2.79).

Gegen diese Lückerversorgung in den Krankenhäusern haben Krankenschwestern, Pfleger, Ärzte und auch Putzfrauen einen Protest organisiert, der zu bislang ungeahnten Aktivitäten auf Seiten des Senats aber auch der ÖTV-Bezirksleitung geführt haben – das ist so verwunderlich nicht, denn es wackelt sehr in Westberlin.

„Jetzt aber los Ludwig die Betten werden knapp“

Anfang 1977 hatte Gesundheitssenator Pätzold (SPD) einen „Krankenhausbedarfsplan“ vorgelegt, der es in sich hatte: bis 1990 sollten 9.000 Betten gestrichen und ca. 10.000 Arbeitsplätze vernichtet werden („Einblicke“, Nr. 4, Mai 1977). Die „Hauskrankenpflege“ sollte erweitert und von „freien und gemeinnützigen Trä-

gern“ übernommen werden, damit würden die Bestrebungen, Teile des Gesundheitswesens zu Re-Privatisieren, noch verstärkt werden. Gegen diese „Spar“pläne des Senats wurde an den Krankenhäusern und an der gewerkschaftlichen Basis der Protest so laut, daß der ÖTV-Bezirksvorstand nach anfänglicher strikter Ablehnung schließlich doch den Beschluß faßte, zu einer Protestdemonstration aufzurufen. Trotz strömenden Regens kamen zwei Monate nach Bekanntwerden der Senatsbeschlüsse 5.000 Menschen – ein Zeichen für die Breite der Ablehnung der Senatspläne. Davon schienen aber beirrt zu sein die staatlichen „Spar“schweine ihren Kurs fort – bis es Ende 1978, Anfang 1979 zum Knall kam.

Patienten werden in den Krankenhäusern erst richtig krank

Was da von den Beschäftigten in den Krankenhäusern an die Öffentlichkeit gekommen ist, ist erschreckend und doch beschreibt das „nur“ den Alltag. Aus einer „Dokumentation“ des Personalrates am Urban Krankenhaus geht hervor, daß dort die gleiche Anzahl Beschäftigter rund 60% mehr Patienten als vor fünf Jahren versorgen muß. Die Folgen zeigt eine Fragebogen-Aktion des PR. Das Personal muß auf mehreren Stationen Doppelstunden machen, die freien

Tage können nicht regelmäßig genommen werden. Kollegen wurden aus Freizeit- und Fortbildung geholt. Auf vielen Stationen „bleibt nicht einmal Zeit, sich über Diagnosen und Befunde zu informieren“ („Dokumentation“ des PR am Urban Krankenhaus, S. 6). „Die Patienten werden im Durchschnitt zwischen 3.00 und 4.00 Uhr geweckt; auf Stationen mit vielen hilflosen Patienten wird mit dem Waschen schon um 2.00 Uhr angefangen.“

Auf mehreren Stationen hat das Pflegepersonal keine Zeit, ausweichend zu füttern und 14 (von 44 – Anm. AK) Stationen geben an, daß sie den Patienten nicht genug zu trinken geben können“ (ebd., S. 6). „Auf zehn Stationen sind die Beschäftigten sogar über ansteckende Krankheiten der Patienten nicht informiert.“ „Auf den operativen Abteilungen ist es üblich, den Patienten schon am Tage nach der Aufnahme zu operieren“ (ebd., S. 7). Die Mehrheit der Stationen hat „die Patientenversorgung für nicht ausreichend“ erklärt („Resolution der Personalversammlung am Urban-Krankenhaus“, die als Anzeige im „Tagesspiegel“ vom 30.1.79 erschien).

Diese verheerenden Zustände in den Krankmacher-Fabriken wurden daraufhin von allen Seiten bestätigt. Der Personalrat des Krankenhauses Wilmsdorf in einer Pressemitteilung: „Es fehle auch an Ruhe und Geduld beim Füttern der Kranken, so daß viele ... abmagern und austrocknen“ („Tagesspiegel“, 3.2.79).

Das Krankenhaus Neukölln mußte im Januar „39 Patienten mit zum Teil lebensgefährlichen Verletzungen“ ablehnen. Es gibt dort nach Aussagen eines Arztes Fälle, „wo eine Nachschwestern für 41 Patienten zuständig ist. Das da nicht mehr pariert, ist ein Wunder“ („Berliner Morgen“, 8.2.). „Selbst Operationsräume könnten nicht immer ausreichend gewäubert werden, von Hygiene könne keine Rede mehr sein“ (ebd.). In Neukölln erlitt ein Arzt einen Herzinfarkt, nachdem er acht Wochen ohne einen freien Tag arbeiten mußte.

Im Westend-Krankenhaus wurden Patienten nachts entlassen, um die Betten für Notaufnahmen frei zu bekommen. (Kritik-Faktor 1.1.1.) Bedenken schimmern in die Situation in den Kinderkrankenhäusern – dort können sich die Patienten am wenigsten wehren. Gründe dafür gebe es genug: „Hierzu nur einige Beispiele aus verschiedenen Kliniken.“

Kindern wird häufig die Nahrung durch den Schlauch in den Magen zugeführt, da Füttern zu lange dauert.

Kinder werden in Betten angebunden, da Personal für die Beaufsichtigung fehlt.

Säuglinge können wegen Arbeitsüberlastung des Personals nicht



häufig genug gewickelt werden. Hautschäden und Wundliegen sind die Folge.

- Kinder mit unterschiedlichen ansteckenden Krankheiten werden aufgrund von Stationsschließungen zusammengelegt oder ihre Betten stehen sogar auf Korridoren.

- Durch Arbeitssetze nehmen Fehler in der Versorgung kranker Kinder zu. („Offener Brief von Beschäftigten in Berliner Krankenhäusern an den Senator für Gesundheit und Umweltschutz“, der ebenfalls als Anzeige im „Tagesspiegel“ vom 20.2. gedruckt wurde).

Diese Auflistung der dramatischen Folgen der Senatsparapolitik ließe sich für alle Westberliner Krankenhäuser fortsetzen.

- Soweit dürfte das in etwa noch den Alltag in vielen Krankenhäusern der Bundesrepublik beschreiben. Das Besondere der Westberliner Situation ist aber, daß die Beschäftigten in die Öffentlichkeit gegangen sind, und das Interne für solche Enthüllungen dürfte jetzt zu Wahlkampfzeiten noch gestehen sein.

Hervorzuheben bei diesem Schritt in die Öffentlichkeit sind insbesondere die großen Anzeigen im „Tagesspiegel“ wie die „Resolution der Personalversammlung am Urban-Krankenhaus“, die von über 400 Kolleginnen unterschrieben als bezahlte Anzeige erschien (30.1.), eine „Gemeinsame Erklärung von Personalrat und Beschäftigten am Berliner Krankenhaus“, die u.a. von allen Personalern von insgesamt sieben Krankenhäusern unterschrieben war und die „Resolution“ aus dem Urban unterstützten („Tagesspiegel“ vom 16.2.) und ein „Offener Brief von Beschäftigten in Berliner Kinderkrankenhäusern“, der von über 400 hauptamtlichen Krankenschwestern, aber auch Reinigungsfrauen (!) unterschrieben war („Tagesspiegel“ vom 20.2.).

Pätzold ist Privatpatient – oder?

hatte sich schon seine Wahlkampfrede zurechtgelegt und eine Arbeitsgruppe eingeschleiert, „um mehr Menschlichkeit für Patienten und Personal ins Krankenhaus zu bringen“ („Tagesspiegel“, 10.12.78) – und dann kommt ihm so was dazwischen. Peinlich auch, daß die Leiter der Kinderkliniken, die unmittelbar nach Erscheinen des „Offenen Briefs“ aus den Kinderkrankenhäusern von der Gesundheitsverwaltung zusammengerufen waren, u.a. bestätigen mußten, „daß zumindest in einer großen städtischen Kinderklinik die Nahrungszufuhr über eine Sonde statt des aufwendigen Fütterns keine Ausnahme mehr ist“ („Tagesspiegel“, 21.2.).

Ein erster Erfolg für die Beschäftigten ist zweifellos, daß jetzt (zumindest kurzfristig) mehr Personal eingestellt wird. Für die Kinderkrankenhäuser ist für jede Station eine zusätzliche Pflegekraft bewilligt worden. Doch das ist selbst nach Aussagen des Chefs der FU-Kinderklinik „ein Tropfen auf den heißen Stein“ („Spandauer Volksblatt“, 24.2.).

Ihre harte Linie in dieser Anwesenheit hat die Gesundheitsbehörde von vornherein deutlich gemacht. Die Antwort auf den Protest ist, „daß an den Kliniken keine verheerenden Zustände herrschen“ („Tagesspiegel“, 21.1.), und langfristig wurde bei Bettenbedarf sowieso anken – d.h. Pätzold hält an seinen „Spar“maßnahmen fest. Da sich die so Behauptungen nicht halten lassen und der Protest sich trotzdem ausweitete, ist Pätzold auf einen neuen Dreh gekommen: Er warnt jetzt massiv davor, „daß Kommunisten aller Schattierungen versuchen, Patienten und Mitarbeitern in Krankenhäusern für ihre politischen Machenschaften zu mißbrauchen“ („Spandauer Volksblatt“, 27.2.).



Die Westberliner „Alternative Liste“ karikiert in ihrer Wahlzeitung Pätzolds und der SPD Wahlpolitik

ausländische Arbeiter in der BRD CSU schießt gegen das Asylrecht

Der bayerische Innenminister Gerold Tandler (CSU) teilte in einer Pressekonferenz und in einem Brief an Bundesinnenminister Baum mit, daß die bayerische Landesregierung nicht mehr bereit sei, die vereinbarte Quote von Asylbewerbern aufzunehmen (die Asylbewerber werden nach der Größe der Bundesländer prozentmäßig aufgeteilt – Bayern muß 13,8% aufnehmen).

Schon seit Anfang des Jahres werde nur noch drei bis vier Prozent Quartier gewährt. „Tandler begründete diese Haltung mit dem Vorwurf, die Bundesregierung verletze ihre Treupflicht gegenüber den Ländern, indem sie ungeprüft Tausende von „Scheinasylanten“ einreisen lasse und sie dann den Landesbehörden übergebe. ... Der Minister läßt auch das Argument der Bundesregierung nicht gelten, daß es gegen das Grundgesetz verstoße, wenn Asylbewerber schon an der Grenze abgewiesen würden und also nicht erst ein kompliziertes Rechtsverfahren eingeleitet werden müßte“ („Frankfurter Rundschau“, 22.2.79). Vorbild ist für Tandler dabei das SPD-regierte Westberlin, wo Hunderte von Pakistanern an den Grenzen abgefangen und abgeschoben wurden. „Das Ausländerrecht“, meint der bayerische Innenminister, „sollte überall so extensiv ausgelegt werden wie in Berlin.“

Dieser Bruch der Vereinbarung über die Aufnahme von Asylbewerbern durch die bayerische Landesregierung wird von der Bundesregierung sehr lasch beantwortet. Der zuständige Obmann der SPD im Innenausschuß, Hugo Brandt, meinte, „erst einmal den im vergangenen Jahr beschlossenen Gesetzesänderungen zur Beschleunigung der Asylverfahren eine Chance zu geben, anstatt sie schon umzustößen, ehe sie in Kraft sind.“ „Hugo Brandt nannte den einseitigen Vorstoß Bayerns „unfreundlich gegenüber dem Bund und den Ländern“ („Süddeutsche Zeitung“, 23.2.79).

Carl-Dieter Spranger, CSU-Bundestagsabgeordneter beklagt, daß die Grenzbehörden nicht genügend von der Möglichkeit Gebrauch machen, sogenannte „Scheinasylanten“ (Beurteilung ist in das Ermessen des jeweiligen Grenzbeamten gestellt) an der Grenze abzuweisen.

Der bayerische Ministerpräsident Georg Meißner empfahl sogar, die Grenzstellen sollten „die zentrale Behörde für Sachentscheidungen über Asylanträge werden“ („SZ“, 23.2.79). Tandler offizieller Vorstoß ist nur ein neuer Höhepunkt beim stufenweisen Abbau des Asylrechts. Im übrigen ist die Empörung bei Teilen der SPD und FDP-Innenminister Baum: „Jede Lösung des Asyl-

Mißbrauchs muß sich innerhalb der Grenzen unserer Verfassung halten“, angesichts der Asylrechtsbrüche in den von ihnen selbst regierten Bundesländern Augenwischerei. Bayerns Praxis ist seit langem bekannt. Bereits am 6.7.78 protestierte amnesty international in einer Pressemitteilung dagegen. „Im Bundesland Bayern bleibt zum Beispiel eine Praxis möglich, wonach den Ausländern und Grenzbehörden vielfältige Eingriffe und Disziplinierungsmöglichkeiten gegeben sind, um Asylsuchende rigoros wieder aus der Bundesrepublik hinauszudrängen. Dies teilweise unter Verletzung ausländergesetzlicher und bundeseinheitlicher Verwaltungsvorschriften.“

Intern sind bis jetzt Gespräche zwischen den Parteien gelaufen, in denen eine Grundgesetzänderung in Erwägung gezogen wird. Der sogenannte „Asylmißbrauch“ wird als Begründung dafür herangezogen. „Die Bundesrepublik sieht sich zunehmend und sich der Unertlichkeit wähernden Belastungen dadurch ausgesetzt, daß Ausländer etwa aus Pakistan – einreisen unter dem Vorwand, hier Asyl zu suchen, während es ihnen im milderen Falle um das bessere Leben geht, nie im schlimmsten Falle politische Streikaktionen aus dem Heimatland in die Bundesrepublik hineintragen“ („FAZ“, 21.2.79).

Vielleicht wird man sich dann des Vorschlags von CSU-Schweinöck (s.o.) erinnern, jeden x-beliebigen Grenzschilder zu zentralen Behörden für die Anerkennung von Asylanträgen zu machen. Allerdings würde man sich solch einer Grundgesetzänderung nur die bereits stattgefundenen Untergrabungen dieses Grundrechts offiziell festschreiben.

- Am 11.3.1977 wurde im Bundesrat eine Neufassung der „Verwaltungsvorschriften“ zum Ausländergesetz verabschiedet, wonach die Grenzschutzbehörden asylsuchende Ausländer ausweisen können, sofern sie einen „Rechtsmißbrauch“ feststellen können – alles in ihrem Ermessen.

- Anfang 1980 tritt ein Gesetz über die Abkürzung des Anerkennungsverfahrens in Kraft, wonach o.a. ein Widerspruch gegen die Entscheidungen der Zündorfer Anerkennungsbehörde in Zukunft nicht mehr möglich ist.

Die fortwährenden Gesetzesänderungen und die exekutiven Maßnahmen der einzelnen Bundesländer mit der Pauschalbegündung, man müsse das Asylrecht vor Mißbrauch schützen, um den echten Asylanten in Zukunft noch die notwendige Hilfe gewähren zu können, verdecken ein Problem, an dem die Bundesrepublik nicht unschuldig ist: Die Flucht aus den unterentwickelt gehaltenen und

ausgebeuteten Ländern der „Dritten Welt“ in einen Staat, der daran reich geworden ist. Die Verschärfung der Asylpraxis fällt zusammen mit einer Veränderung der Flüchtlingsstruktur. Während ... im Jahre 1966 der Anteil der Ostblockflüchtlinge gegenüber dem der anderen Flüchtlinge im Verhältnis 94 : 6 und 1971 noch 65 : 35 stand, hat sich dieses Bild total umgekehrt. Den 16,4% Flüchtlingen aus Osteuropa standen in diesem Zeitraum 83,6% Flüchtlinge aus anderen Staaten gegenüber. Erst im Jahre 1977 – und dann auch erst im zweiten Halbjahr – werden pakistanische Asylbewerber zu einem ernsteren Problem, gleichwohl entwickelt sich seit 1972 und verstärkt seit 1974 eine Rechtsprechung zum „Mißbrauch“ („FR“, 24.8.78, Artikel von a).

Ebenfalls verschärft hat sich in diesem Zeitraum die politische Situation in den Ländern der Dritten Welt. Die Zahl der politischen Flüchtlinge aus diesen Ländern ist sehr viel größer geworden. Da es sich hier durchgehend um linke Verfolgte handelt, liegt der Verdacht nahe, daß das Pakistan-„Problem“ nur als Vorwand benutzt wird, um zukünftig unter der Hand diese Flüchtlinge – möglichst schon an der Grenze – besser loswerden zu können.

Ausländerkommission

Fortsetzung von Seite 41

Die ÖTV spurtet – aber wohin?

Die ÖTV-Bezirksleitung hat bisher alle Schritte ihrer aktiven Mitglieder im Kampf gegen die „Spar“-maßnahmen hintertrieben. Ursprünglich war vereinbart, daß die ÖTV die Resolution aus dem Urban Krankenhaus und den Offenen Brief aus den Krankenhäusern drucken sollte, doch daraus wurde nichts (s. Protokoll des Gesundheitslagers vom 20.2.). Während es seitens der ÖTV hieß, die schweren Vorwürfe seien nicht zu belegen und könnten Strafanzeigen nach sich ziehen, wurden die Anschuldigungen aus den höchsten Chefetagen der Kliniken umgehend bestätigt („Radikal“, Nr. 54). Daß die ÖTV Führer gar nicht genau wußten, was überhaupt los war, zeigt ihre hektische Reaktion Ende Dezember 1978, als sie eine Umfrage unter Vertrauensleuten starteten um sich innerhalb einer Woche einen „Überblick“ zu verschaffen („Rote Fahne“, 1.3.). Inzwischen hat auch die Bezirksleitung eine große aber eher nichtssagende Anzeige im „Tagespiegel“ (25.2.) platziert (Gesundheitspolitik betrifft uns alle!). Trotz massivem Druck von der Basis, hat die Bezirksverwaltung noch keine konkreten Kampfmaßnahmen eingeleitet. Aber alle Mitglieder wurden aufgefordert, „keine Aktionen zu un-

terstützen, die nicht unter Verantwortung der ÖTV durchgeführt werden“ („Spandauer Volksblatt“, 27.2.). Obwohl auch die ÖTV-Führer in „Sorge um das Gesundheitswesen unserer Stadt“ sind („Tagespiegel“, 25.2.), haben sie schon gleich erklärt, daß sie „das Mittel des Streiks“ ablehnen („Abend“, 27.2.).

„Jetzt wehren wir uns!“

Anfang Februar haben sich über 100 KollegInnen aus rund 20 Krankenhäusern getroffen und ein gemeinsames Flugblatt für alle Krankenhäuser sowie eine Veranstaltung am 7. März in der Hasenheide beschlossen.

Diese Aktivitäten werden auch von der „Alternativen Liste“ (AL) unterstützt, die dazu geschrieben hat: „Wichtig ist jetzt, durch massive Öffentlichkeitsarbeit und noch zu überlegende Aktionen genügend Druck auf den Senat auszuüben. Entscheidend wird sein, noch vor den Wahlen verbindliche Verbesserungen durchzusetzen.“

Dabei sollte auch über Maßnahmen wie Streik gesprochen werden, obwohl das vielen sehr schwierig scheint. Denn bei einem möglichen Streik müßte noch ein Noddienst da sein, doch der momentane Betrieb im Krankenhaus ist schon jetzt nichts anderes als ein Noddienst (zitiert nach „Radikal“, Nr. 54).

Gesundheitskommission

Vom Schweigen um die Eingriffe

In der neuesten Ausgabe der linken Westberliner Medizinzeitschrift „Eingriffe“

In der neuesten Ausgabe der linken Westberliner Medizinzeitschrift „Eingriffe“ („Unbeliebte Nachrichten für Berliner Krankenhäuser“) hat eine Genossin oder ein Genosse einen Leserbrief geschrieben, den ich für unheimlich wichtig halte. Sie (er) wirft darin die Frage auf, warum in den bislang 14 erschienenen Ausgaben der Zeitschrift „Eingriffe“ so wenig über die Eingriffe berichtet wird, die an den Patienten vorgenommen werden und durch die sie zum Teil gequält, verstümmelt oder sogar getötet werden. Das sehe ich keineswegs nur als Problem der Westberliner Zeitung an, das ist in B ein generelles Problem der in den Krankmacher-Betrieben arbeitenden Linken. Wenn darüber die dringend notwendige Diskussion unter Linken, die im „Gesundheitsbereich“ arbeiten, endlich in Gang kommt, dann wären wir einen Schritt weiter. Darüber würde ich auch gerne eine Diskussion im AK haben – und wenn es wie im Leserbrief beschrieben eine Diskussion der Schweigenden darüber ist, warum sie so schweigen. Im Folgenden nun der Leserbrief:

Ein Genosse der Gesundheitskommission, der aber nicht in diesem Bereich arbeitet und von daher keine Erfahrungen präsentieren kann:

„Der Name der Zeitung [„Eingriffe“] Anm. AK] ist so vielversprechend, daß man enttäuscht ist, wenn man die bisherigen 14 Nummern durchblättert, so wenig kritischer über die Eingriffe zu lesen, die täglich im Namen der Medizin an Patienten vorgenommen werden. Man ist offensichtlich angewiesen auf den „Spiegel“, die Tagespresse oder auf Herrn Hackethal, um sich aufklären zu lassen über die Zweifelhaftheit mancher ärztlicher Verfahrenswesen oder über die Schicksale einzelner Medizin-Geschädigter, die aus Zufall – oder weil sie sich gewehrt haben – nicht anonym geblieben sind.“

In jedem Krankenhaus lauft bekanntlich etwas schief – Vorgänge, die oft nicht zu verhindern sind, weil man sie nicht verhindern konnte – sind hier nicht gemeint. Gemeint sind die medizinischen Maßnahmen, die z.T. vorsätzlich, z.T. fahrlässig einen Kranken gefährden, über die man schweigt – aus Angst oder weil man sich schon zu sehr mit der Institution identifiziert hat – die sich aber z.T. auch periodisch wiederholen können – eben weil man darüber schweigt.

Dieses Schweigen ist typisch für den immer größer werdenden Apparat „Krankenhaus“ mit einer zunehmenden Spezialisierung. Der Kranke, der aus verwaltungstechnischen Gründen eine Nummer und aus medizinischen Gründen eine Diagnose zugeteilt bekommt, wird von Fachmann zu Fachmann weitergereicht, und jeder nimmt an ihm seine diagnostischen und therapeutischen Handlungen vor. Sinn, Risiko und Belastung durch den „Eingriff“ sind vom Fachfremden oft kaum noch zu beurteilen. Auch diese Unfähigkeit zu beurteilen führt zu einem Schweigen, das noch verständlich ist im Gegensatz zu der Einstel-

lung, die nach dem Motto „eine Hand wäscht die andere“ einen den Mund

lung, die nach dem Motto „eine Hand wäscht die andere“ einen den Mund halten läßt in der Hoffnung, daß beim nächsten Mal, wenn man selbst etwas falsch gemacht hat, die anderen auch großzügig darüber hinweggehen.

Das große Schweigen führt aber dazu, daß Kranke immer mehr der medizinischen Wut ausgesetzt werden.

Und so wundert man sich, daß

„Das Leben ist wunderbar, solange man gestalten, erben, lieben kann. Wenn man das aber nicht mehr vermag, wenn man ein Körper und Seele krank ist, dann ist der Tod der einzige Trost und Ausweg.“

„Die Seele kann sich nicht frei fühlen in einem perfekten Körper.“

„Ich will es nicht, daß mein Körper häßlich, alt, fälsch, eckig und übelriechend wird.“

Dies sind einige Zitate aus dem Buch der schwedischen Journalistin Bent Hedeby „Ja zur Sterbehilfe“. Mit einem juristischen Kommentar von Rudolf Wassermann. Edition Sven Erik Bergh in der Europabuch AG, Zug 1978. Frau Hedeby wurde von einem Stockholmer Gericht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil sie einen fast völlig gelähmten Menschen (mit dessen „Einwilligung“) umgebracht hatte.

Bent Hedeby setzt sehr enge Grenzen, was für sie lebenswertes Leben ist, wenn sie ihren Dienst auf einer Pflegestation beschreibt und die Menschen als Tiere charakterisiert. Über einen Beinahepatienten urteilt sie: „Hilflos liegt er in seinem Bett wie ein großes Insekt, dem mit grauer Hand alle Beine ausgerissen wurden.“ Und weiter: „Ich, die höchstens hier und da in der Sauna einen unehelichen Körper sah, muß nun so viele furchtbare entstellte Körper ansehen.“

In Auseinandersetzung mit diesen Positionen schreibt Ernst Klee, „Bent Hedeby ganz persönliches Motiv zur Sterbehilfe entpuppt sich als Angst vor dem Alter. Häßlichwerden, Unattraktivität. Es ist die Angst, nicht mehr so zu funktionieren, wie es die Umwelt vorschreibt.“ „Sie ist ein Opfer der Wegwerfgesellschaft, die nur schöne Gebrauchsgegenstände konsumiert und veraltete Modelle auf den Müll schmeißt.“ „Gerade wer zur Sterbehilfe ja sagt, für ein menschliches Sterben eintritt, sollte nachdenken, bevor er schreibt. Soll ich alle Alten, Häßlichen, Mißgebastelten, Gebrechlichen Todesträger schlucken lassen? Was soll ich meinen Freunden sagen, die MS haben? Daß sie sich selbst aus dieser Gesellschaft

Titelbild der alternativen Zeitung „Eingriffe“. Im Bild: Gesundheits-senator Pätzold (SPD)

auch die EINGRIFFE bei dem Schweigen um die Eingriffe mitzumachen scheinen.

„...damit weniger sagen können, nie hätten nichts gewußt.“

– könnten doch ein paar Leute berichten, was unter dem Namen „klinische Forschung“ mit Patienten angestellt wird,

– wo unnötige Untersuchungen oder Operationen durchgeführt werden, wo, wann und wie Kunstfehler verursacht werden,

usw., usw.

Vielleicht kommt auch nur eine Diskussion dabei heraus – eine Diskussion der Schweigenden darüber, warum sie schweigen.“ (Aus: „Eingriffe“, Nr. 15, S. 8f.)



Arzt kontra Senat

Am 11.11.1978 fand vor dem Arbeitsgericht Krefeld ein Prozeß statt, in dem der Assistenzarzt H.B. mit der ÖTV gegen seine Entlassung aus dem Stadtkrankenhaus Rendsburg klagte. B. hatte im März 78 auf einer Personalversammlung den Personalmangel am Stadtkrankenhaus kritisiert und als Beispiel den Vorfall erwähnt, bei dem ein Patient möglicherweise deswegen verblutet war, weil er bei der personellen Minderbesetzung der Station nicht überwacht werden konnte. Was war passiert?

In der Zeit von 13-17 Uhr arbeitete auf der Urologischen Station mit ca. 22-25 Betten nur eine Pflegekraft, die mit Kaffeemaschinen beschäftigt war. In dieser Zeit fing ein frisch Operierter massiv an zu bluten. Sein Bett Nachbar konnte zwar noch die Schwester alarmieren, jedoch zu spät. Der Patient starb.

Die Situation am Krankenhaus ist zur Zeit folgende:

– Es ist regelmäßig vorgekommen, daß Schwesternschülerinnen und Krankenpfleger alleine Nachtwache machen müssen. Wegen des Ausfalls durch Urlaub, Krankheit und Fortbildung müssen die Ärzte neben dem vollen Tagdienst jede dritte Nacht Dienst leisten. Im Durchschnitt haben diese Ärzte dann eine Runden-Wache in Spitzenzeiten sind sie nur 4-10 Stunden im Monat im Krankenhaus tätig.

– Weiterhin konnte z.B. in der Röntgenabteilung der Ausfall einer Assistentin über ein Jahr nicht ersetzt werden z.B. in der Röntgenabteilung der Ausfall einer Assistentin über ein Jahr nicht

ausgeglichen werden.

Die Krankengymnastische Abteilung ist so unterbesetzt, daß die krankengymnastische Betreuung z.B. das Wochenende gar nicht stattfindet und so weiter.

Laut Stellenplan von 1975-1976 wurden 10 Planstellen abgebaut (z.B. auf 218). Jetzt beträgt der Bestand nur noch 207 Pflegekräfte.

H.B. schildert einen Teil dieser Mängel. Der Senat antwortete darauf mit B.s Kündigung zum 1.1.79. Die Kündigung war sofort auf Widerstand gestoßen. 32 Ärzte, die waren praktisch alle zu dem Zeitpunkt anwesenden Assistenzärzte, haben in einem Brief an den Senat die Rücknahme der Kündigung gefordert. Das Personal der beiden Stationen, auf denen B. gearbeitet hat, hat sich ebenfalls in einem Brief für die Rücknahme der Kündigung eingesetzt.

Wie sah es in der Gerichtsverhandlung aus?

– B. habe mit seinen Äußerungen auf einer Personalversammlung unberechtigte Kritik geübt. Bruch der ärztlichen Schweigepflicht durch diese Äußerungen. Bruch des Vertrauensverhältnisses zu den Dienstvorgesetzten, weil er seine Äußerungen angeblich zu spät und nicht auf dem Dienstwege gemacht habe.

Dagegen konnte klargestellt werden:

B. hatte seine Auffassung, daß aufgrund der personellen Minderbesetzung einer Station eine lebensgefährliche Situation bei einem Patienten zu spät erkannt worden war, unmittelbar seinem direkten Vorgesetzten mitgeteilt.

Patienten zu spät erkannt worden war, unmittelbar seinem direkten Vorgesetzten mitgeteilt.

auf der Personalversammlung hatte B. im Rahmen einer Diskussion über Personalmangel diesen Vorfall als Beispiel angeführt.

B. hat seine ärztliche Schweigepflicht gewahrt, da er trotz ausdrücklicher Aufforderungen des Personalleiters den Namen des verstorbenen Patienten nicht genannt hatte.

Das Arbeitsgericht Krefeld verteilte zwar die Auffassung, daß die Form von B.s Äußerungen etwas kritisch gewesen sei, jedoch ein Kündigungsgrund nicht vorläge. Das Gericht gab dem Senat drei Wochen Bedenkzeit, die Kündigung zurückzunehmen.

Heute arbeitet B. wieder als Assistenzarzt in Rendsburg. Der gemeinsame Widerstand des Pflegepersonals und der Ärzte gegen die Kündigung haben dazu beigetragen, daß die Kündigung zurückgenommen wurde. Interessant ist, daß vor der Gerichtsverhandlung ein gemeinsames Treffen zwischen den drei Chefsärzten, dem Bürgermeister und B. stattgefunden hat. Als Resultat wurde von Chefsärzten und Bürgermeister festgestellt, daß zwischen personeller Besetzung und Sicherheit der Patienten kein Zusammenhang besteht. Außerdem bot man B. an, die Kündigung sofort zurückzunehmen. Mit der Auflage, den Vorfall nicht weiter bekannt zu machen. Dieser Fall stellt gewissermaßen einen Präzedenzfall dafür dar, daß ein Arzt nach einer Auseinandersetzung im Krankenhaus nicht den Hut nehmen muß, sondern vor allem auch durch den Widerstand am Ort erreicht wurde, daß die Krankenhausverwaltung den Arbeitsvertrag aufrechterhalten mußte.

(aus der Medizinzeitschrift „Dr med Mähse“, Nr. 11, 25.1.79.)

(aus der Medizinzeitschrift „Dr med Mähse“, Nr. 11, 25.1.79.)

Was heißt denn hier „unwertes Leben“?

„Das Leben ist wunderbar, solange man gestalten, erben, lieben kann. Wenn man das aber nicht mehr vermag, wenn man ein Körper und Seele krank ist, dann ist der Tod der einzige Trost und Ausweg.“

„Die Seele kann sich nicht frei fühlen in einem perfekten Körper.“

„Ich will es nicht, daß mein Körper häßlich, alt, fälsch, eckig und übelriechend wird.“

Dies sind einige Zitate aus dem Buch der schwedischen Journalistin Bent Hedeby „Ja zur Sterbehilfe“. Mit einem juristischen Kommentar von Rudolf Wassermann. Edition Sven Erik Bergh in der Europabuch AG, Zug 1978. Frau Hedeby wurde von einem Stockholmer Gericht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil sie einen fast völlig gelähmten Menschen (mit dessen „Einwilligung“) umgebracht hatte.

Bent Hedeby setzt sehr enge Grenzen, was für sie lebenswertes Leben ist, wenn sie ihren Dienst auf einer Pflegestation beschreibt und die Menschen als Tiere charakterisiert. Über einen Beinahepatienten urteilt sie: „Hilflos liegt er in seinem Bett wie ein großes Insekt, dem mit grauer Hand alle Beine ausgerissen wurden.“ Und weiter: „Ich, die höchstens hier und da in der Sauna einen unehelichen Körper sah, muß nun so viele furchtbare entstellte Körper ansehen.“

In Auseinandersetzung mit diesen Positionen schreibt Ernst Klee, „Bent Hedeby ganz persönliches Motiv zur Sterbehilfe entpuppt sich als Angst vor dem Alter. Häßlichwerden, Unattraktivität. Es ist die Angst, nicht mehr so zu funktionieren, wie es die Umwelt vorschreibt.“ „Sie ist ein Opfer der Wegwerfgesellschaft, die nur schöne Gebrauchsgegenstände konsumiert und veraltete Modelle auf den Müll schmeißt.“ „Gerade wer zur Sterbehilfe ja sagt, für ein menschliches Sterben eintritt, sollte nachdenken, bevor er schreibt. Soll ich alle Alten, Häßlichen, Mißgebastelten, Gebrechlichen Todesträger schlucken lassen? Was soll ich meinen Freunden sagen, die MS haben? Daß sie sich selbst aus dieser Gesellschaft

der Nützlichen, Brauchbaren, Warenästhetischen entfernen, ohne sie mit Würde zu verlassen.“ („Die Zeit“, 26.1.79). Klee fordert, jeden Anfang zu bekämpfen, alles Nichtfunktionierende eliminieren zu wollen. können wir nur voll zustimmen.

Allerdings gibt es für Klee Ausnahmen: „Ich bin für Sterbehilfe ich bin dafür, einem Menschen einen qualvollen Tod zu ersparen. Er soll nicht an Drähten und Schläuchen hängend dahinverenden nur weil der technische Fortschritt einen Leichnam lebend erhalten kann. Ich bin nicht dafür, Leben zu erhalten, das verloren ist.“

Er zitiert den 80-jährigen Nobelpreisträger und Physiker Percy W. Bridgman, der sich wegen einer unheilbaren Krankheit selbst erschoss: „Es ist nicht anständig in unserer Gesellschaft, daß ein Mensch dies selbst erledigen muß.“

Einen schmerzschreienden Krebspatienten von seinem Leiden zu erlösen, ist nach Klee Meinung demnach die Aufgabe „unserer“ Gesellschaft.

Um es klar zu sagen: Wir lehnen Sterbehilfe in „unserer“ Gesellschaft entschieden ab! Wer soll denn die letzte Entscheidung treffen, wann Sterbehilfe gewährt wird? Sollen diejenigen Menschen, die ihr Leiden nicht mehr ertragen können, selbst entscheiden, wenn sie staatlicherseits getötet werden wollen, oder sollen wir diese Entscheidung vertrauensvoll in die Hände unserer „Götter in Weiß“ legen? Die Beispiele für ärztliche Fehlentscheidungen durch falsche Diagnosen, Pfluch (Kunstfehler) etc. sind zu zahlreich, als daß wir dieses Vertrauen hätten. Wobei man auch sagen muß, daß sog. passive Sterbehilfe sowieso schon gang und gäbe ist in unseren Krankenhäusern, wenn der berühmte Stecker herausgezogen wird. Wir wissen, daß in unserem privatwirtschaftlichen Prinzipien orientierten Gesundheitssystem nicht alles getan wird, um Leben zu retten oder Gesundheit wiederherzustellen.

Beispiele dafür, daß Menschen sterben müssen, weil zuwenig technischer und finanzieller Aufwand getrieben wird, gibt es genug – und das

ist die Regel – und nicht jene spektakulär aufgemachten Einzelfälle in den bürgerlichen Medien, mit denen man uns zeigen will, daß die hier praktizierte Humanität soweit geht, daß man die Sterbenden noch anzumutbar lange quält und am Sterben hindert! Diese Fälle lenken schlichtweg von der Realität ab. Rund 18.000 Menschen erleiden jährlich in der BRD einen Nierenleiden. Vielen von ihnen wäre bereits heute zu helfen, wenn sie allen „Fortgeschritten der Medizin“ teilnehmen könnten. Wer Glück hat, wohnt in einem Bundesland, das über mehrere der ca. 300 künstlichen Nieren verfügt, wer noch mehr Glück hat, erhält sogar einen Dauerplatz an der rettenden Maschine (nach K. Blüchel, „Die weißen Mägen“). Ein anderes Beispiel: Etwa 5-10% aller Herzpatienten sterben vor der Operation, weil bei 15.000 – 20.000 notwendigen Operationen mangels Geld und Personal nur 3.800 Menschen operiert werden können („Hamburger Morgenpost“, 19.2.79). Und diese Beispiele lassen sich beliebig fortsetzen.

Und wir wollen hier auch auf die leider wenig bekannte Tatsache hinweisen, daß im „Dritten Reich“ unter der Ideologie des „unwerten Lebens“ von den faschistischen Mördern in Weiß mindestens 100.000 „Geisteskranken“, Behinderten, Bunde usw. grausam ermordet wurden. Klee selbst spricht in seinem Buch „Psychiatrische Report“ davon, daß die Euthanasie auch nach dem Zusammenbruch Hitler-Deutschlands weitergeht. Nur werden heute die „Unproduktiven“ nicht mehr vergast, sondern man steckt sie in Heime, Anstalten, Psychiatrische Krankenhäuser usw. und läßt sie dort verkommen – und wenn es heute nur die „schmerzschreienden Krebspatienten“ sind, wer wird morgen der nächste sein, der von Sterbehilfe betroffen ist?

Wehret den Anfängen!

Nein zur Sterbehilfe!

Behindertenkommission

Leichenreste im Klinikessen

zuständige Hygiene-Institut benachrichtigt wurde.“ Konsequenzen? Fehlanzeige.

Am 5. Januar war die Klinikantine geschlossen, Grund war ein erneuter Bruch dieses Abflußrohres. „Weil wir den ersten Fall für einen zufälligen hielten.“ Um-Kanzler Schneider, sollte erst jetzt die Konstruktion („Falsches Gefälle“) ausgetauscht werden.

Seit etwa 4 Wochen ist eine auffällige Zunahme von Pilzkrankungen – insbesondere auf der Wache und Intensivstation (!) – zu beobachten, für die ohnehin sehr geschwächten Patienten eine erhebliche Gefähr-

dung. Außer vom Kanzler („Idiotisch“, „Phantasterei“, „davon ist mir nichts bekannt“), war von den zuständigen Stellen nichts zu erfahren, sie hatten „strikte Anweisung, nichts zu sagen“.

Für die Dauer der Reparatur wurde die Pathologie ausquartiert, denn „das ist ja auch für die Arbeiter nicht ungefährlich“ (Schneider) – also doch!

(Angaben nach „Göttinger Tageblatt“, 2.2., Göttinger Stadtzeitung, 2/79)

KB/Gruppe Göttingen



Nachrichten aus Schule und Hochschule



RCDS kassiert nicht umsonst

Sicherlich ist der RCDS diejenige der vom Verfassungsschutz finanziell unterstützten Organisationen, die das Geld für konkrete Handlungsebene erhalten hat. Die Palette reicht von Zulieferarbeiten (z. B. Denunziationen) bis zur Erfüllung bestimmter Aufgaben (Zerstörung der Verfaßten Studentenschaft mit Politischem Mandat).

Spitzel und Denunzianten

Mit Vorliebe denunziert der RCDS Linke durch Namensnennung in seinen Publikationen, aber nicht nur dort, sondern auch bei der Polizei:

Im Dezember '77 nannte er in einem Flugblatt „vier angeblich, leitende Störer“ von verschiedenen Lehrveranstaltungen an der Juristischen Fakultät mit vollem Namen und mit Angabe der politischen Organisation, „der sie nach seiner Meinung angeblich angehören“ („lat“, 1/78). In der Zeitung des RCDS Hannover von Mai/Juni '77 wird geschildert, wie während eines Streiks Kommunisten versuchen, eine Diskussion in einer Lehrveranstaltung zu initiieren. „Die energiegelassenen von Dr. Ruz und mir, uns endlich in Ruhe zu lassen... fanden genauso wenig Gehör. Ebenso wenig gelang es, Namen der Anwesenden zu erfahren — mit einer Ausnahme: Der erste Vorsitzende des ASiA, Hans-Bernhard Rhein, gab mir bereitwillig seine Personalien.“

1976 wurden in Hamburg zwei Studenten verurteilt, weil sie Plakate geklebt haben sollen, die zwei RCDSler — F.J. Engelke und J. Große — als Spitzel bezeichneten. Obwohl diese Tätigkeit im Prozeß nachgewiesen wurde, wertete das Gericht die Verurteilung dieser Fakten als Beleidigung. Bemerkenswert dabei ist aber, daß der RCDS nicht nur den Strafantrag stellte, sondern auch die Polizei bei ihren Ermittlungen kräftig unterstützte: „Unsere bereits gestellten Strafanträge ergänzen wir auf die jetzt festgestellten Personen... und... (Namen sind der Redaktion bekannt) von denen wir annehmen, daß sie sich mit den beteiligten Inhalten der fraglichen Plakate identifizieren.“ (Herv. durch die Red.)

Daß dies keine Einzelfälle von besonders reaktionären Mitgliedern sind, zeigt eine Anweisung aus Heidelberg: „Hinweis: Sollten Lehrveranstaltungen wieder durch Störaktionen linker Studenten sabotiert werden, dann ist es ratsam, gegen dieselben Strafantrag zu stellen wegen „NÖTIGUNG“ [kurze Schilderung des Herganges; Unterschriften von Zeugen, zu adressieren an die Staatsanwaltschaft Heidelberg] DAS IST ALLES!!! Zur Identifikation einzelner Störer liegen Bilder und Namen Kriminalisierung des ASiA — der RCDS in seinem Element

bereit bei: Tel. 0631-736494 (RCDS, PH Heidelberg).

RCDS — aktiver Einsatz für Berufsverbote

Der RCDS setzt sich aber auch offen für Berufsverbote ein. So ist sein Münchener Mitglied G. Dörz. B. stolz darauf, Dossiers über MSBler zusammenzustellen und dem VS zuzuleiten (vgl. „rote blätter“, 9/76).

„Ein Beispiel unter vielen ist dafür der Fall Hermens in Bonn. Als der Rektor der Universität sich nicht schnell genug für ein Berufsverbot engagierte, kritisierte ihn der RCDS. „Um so verständlicher ist die wankelmütige Haltung des Rektors: einmal ist Hermens verfassungsfeindlich, ein anderes Mal ist er nicht qualifiziert... Das Fazit lautet klipp und klar: Hermens ist verfassungsfeindlich und nicht qualifiziert“ („rb“, 18/74). Hermens wurde entlassen. Ein weiterer Fall 1973 wurde dem Sozialarbeiter Frieser in München eine Anstellung wegen DKP-Mitgliedschaft zunächst verweigert, es konnte dann aber eine Einstellung erzwungen werden. Damit war der RCDS nicht zufrieden: Er veröffentlichte in Pressemitteilungen und -konferenzen Material gegen den DKPler, u.a. ein von Frieser verfaßtes Flugblatt. An den Oberbürgermeister erging ein Brief mit einigen „Hinweisen“: „...Sollte das umstrittene Flugblatt sich noch nicht in ihren Händen befinden, so erlauben wir uns, Ihnen eine Kopie hiervon anbei zu übersenden. Der RCDS... hofft, daß OB Kronawitter an seiner Entscheidung (d.h. am Berufsverbot, d. Verf.) festhält“ („Extradienst“, 26/76). Oberbürgermeister erging ein Brief mit einigen „Hinweisen“: „...Sollte das umstrittene Flugblatt sich noch nicht in ihren Händen befinden, so erlauben wir uns, Ihnen eine Kopie hiervon anbei zu übersenden. Der RCDS... hofft, daß OB Kronawitter an seiner Entscheidung (d.h. am Berufsverbot, d. Verf.) festhält“ („Extradienst“, 26/76).

Stoßtrupp gegen linke Organisationen

Nicht nur einzelne sind Opfer der RCDS-Verleumdungen, auch fortschrittliche Organisationen, Gruppen und Verbände werden angegriffen. Auch hier sind verschiedene Mittel recht direkt: Denunziationen, Presse-Hetzkampagnen usw.

In Hamburg sorgte RCDSler Große zusammen mit Springer-Presse und CDU-Bürgerschaftsfraktion dafür, daß dem Bund Demokratischer Jugend die Gelder entzogen wurden.

Anfang Oktober '78 warf der RCDS auf einer von den großen Tageszeitungen wohlbesetzten Pressekonzferenz der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) vor, „in ihrer Mehrheit zu „Schaltstellen“ für extremistische Kräfte geworden zu sein“ („FR“, 4.10.78). Es sei eine drückende „Linksdrehung“ zu verzeichnen, die ESG „begünstige manchmal Anarchismus und Gewalt“ („FAZ“,

5.10.). Nachdem der RCDS früher bereits einzelne Gemeinden angriff — so bezichtigte z. B. der RCDSies Engelke durch Artikel und Leserbriefe in der Springer-Presse die ESG Hamburg und zwei Studentenpfarrer, „Hand in Hand mit Linksradierten zu arbeiten“ und sorgte damit letztlich für die Versetzung eines der beiden Pfarrer — hofft er jetzt wohl auf die Liquidierung der gesamten ESG, wie sie zur Zeit arbeitet. Er „fordert die Evangelische Kirche Deutschlands (ekd) auf, zu dieser Entwicklung deutlicher als bisher Stellung zu beziehen und einen Trennungsstrich zu jenen zu ziehen, die für die ESG-Zusammenarbeit mit Kommunisten verantwortlich seien“ („BZ“, 4.10.).

Auch ASien werden denunziert, nicht „nur“ wegen Wahrnehmung des politischen Mandats: Schließlich war es der RCDS, der die bundesweite Hetzkampagne gegen den Göttinger ASiA einleitete, indem er in einem offenen Brief den Rektor der Universität aufforderte, rechtsaufräuberische Maßnahmen gegen den ASiA zu veranlassen und selber Strafanzeige gegen den Verfasser des Buback-Artikels stellte. Im Juni '77 behauptete ein RCDSler im „Göttinger Tageblatt“ über den Uni-ASiA, dieser „hätte in der Nähe des Atomkraftwerksbaltplatzes Grohnde ein polizeisicheres Lager mit Waffen zur Bauplatzbesetzung angelegt und eine Studentenkriegsaktion gesteuert...“ („Göttinger Nachrichten“, 20.9.78). Der vom ASiA erstellte Strafantrag wurde bis zur Verjährungsfrist verschleppt.

„Keinen Unvereinbarkeitsbescheid zwischen der Mitgliedschaft im Sozialistischen Hochschulbund (SHB) und der SPD hat der RCDS gefordert“. Er „wies erneut darauf hin, daß — in Verfassungsschutzberichten der Bundesregierung — der SHB seit Jahren als linksextremistische Organisation bezeichnet wurde... Von den etwa 3000 SHB-Mitgliedern dürften etwa 1500 gleichzeitig SPD-Mitglieder sein, u.a. die Bundesvorsitzende Mechthild Jansen“ („Demokratische Blätter“, RCDS-Zeitung, 3/76).

In seiner „Volksfront-Dokumentation“ (April 77) belegt der RCDS, „daß Jusos und LHV in 32 Allgemeinen Studentenausschüssen und in den VDS feste Bündnisse mit Kommunisten eingegangen seien. Dabei sollten auch die Namen der Beteiligten aufgeführt werden, um SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr Gelegenheit zu geben, die Abgrenzungsbeschlüsse seiner Partei zu praktizieren“ („SF“, 3.4.77). Die eindeutige Sprache von Denunzianten.

Geschäft auf Gegenseitigkeit

Die Beheerung mit Informationsmaterial zwischen RCDS und Verfassungsschutz ist ab und zu auch ein Geschäft auf Gegenseitigkeit, und nicht nur finanziell. Bei Bedarf profitieren auch RCDS-Publikationen von erspielten oder auf anderen Wegen beschafften Erkenntnissen.

Mitte '77, zehn Tage nachdem Polizei und VS die Büros von ASiA und KBW, einen Buchladen und mehrere Privatwohnungen in Göttingen durchsucht und dabei einige Aktenordner geklaut hatten, tauchten Teile des Materials in der RCDS-Zeitung „rational“ wieder auf: Neben diversen anderen Informationen wurden acht Telefonnummern mit Namen und Funktionen der angeblichen Genossen/innen im KB veröffentlicht, die der RCDS nur von der Polizei oder dem VS zugespielt bekommen haben kann.

Klagen gegen das politische Mandat und Strafanzeigen

Neben Beleidigungsklagen zeigt der RCDS bekanntlich bevorzugt ASien an, die das Politische Mandat wahrnehmen und im Strik aktive Studentendemonstrationen durchführen. Daß ihm die Kommunisten für seine Praktiken nicht noch gebührend Beifall zollen, scheint ihn zu wundern: „...Das Rechtsempfinden in der Hochschule ist vielfach völlig anders als in der Gesamtgesellschaft“. Schwermereien an Hochschulgebäuden wurden als „völlig normal empfunden, Studenten, die zum Rechtsschutz Gerichte anrufen, vielfach als Denunzianten angesehen und in einigen Fällen notwendige Polizeieinsätze emotional abgelehnt“ („Welt“, 2.5.78).

Wir „gesünderem“ Rechtsempfinden rühmt sich dann auch RCDSler Engelke am 27.10.78 in der „FAZ“, daß er in Hamburg seit ca. zweieinhalb Jahren mit seinem Studienfreund Peter Glunsmann gegen die Verfaßte Studentenschaft wegen Wahrnehmung des Politischen Mandats klagt. „Von uns wurden 42 Ordnungsgeldanträge gestellt. Davon wurden in 2. Instanz 17 Verfahren mit Ordnungsgeldern in Höhe von DM 13.000 rechtskräftig abgeschlossen. 10 Stück mit einer Bestrafungssumme von DM 34.000 waren in 1. Instanz erfolgreich; das Verfahren läuft noch. 9 Anträge wurden von den Gerichten abgelehnt, 6 sind noch nicht entschieden. Eine gegen die entsprechenden Studentenschaftsfunktionäre... erstellte Anzeige wegen des Verdachts der Untreue... wird laut Auskunft der Staatsanwaltschaft... heute immer noch bearbeitet, obwohl ganze Gebirge von Beweismaterial zur Verfügung stehen.“

Zwei weitere Beispiele Ende '76: Durch Verwaltungsge-

richtsbeschlüsse waren dem ASiA der Uni Gießen aufgrund von RCDS-Klagen ca. über 25.000 DM Ordnungsgeldstrafen auferlegt worden. Gestützt auf dieses Urteil verlangte der RCDS dessen Amtsenthebung. Ende '77 war die Ordnungsgeldsumme bereits auf 40.000 DM angewachsen.

Wegen Wahrnehmung des Politischen Mandats wurde der Münsteraner ASiA 1976 zu 25.000 DM Ordnungsgeld verurteilt. „Obwohl der Juso-ASiA offiziell schon gänzlich auf das politische Mandat verzichtet, klagt der RCDS munter weiter. Bußgeldbescheide von zusammen 20.000 DM sind letztinstanzlich rechtskräftig, gegen 30 ehemalige Mitglieder des ASiA liegen zudem noch Anklagen wegen „Veruntreuung studentischer Gelder“ vor... Das OVG Münster hat dem ASiA verboten, mehr als 18.000 DM VDS-Beiträge zu zahlen. Nach Rechnung des RCDS sind das 28 Pfennige pro Student und „Immer noch viel“ („Solidarität“, 43, Jan. 78).

Diese Liste ließe sich beliebig ergänzen, zeigt aber auch so schon den durch und durch reaktionären Charakter dieser Organisation.

Eine Genossin des SSB/Hamburg

„Eine neue Ära ...“?
Jusos mauscheln mit dem RCDS

„Eine neue Ära ...“?
Jusos mauscheln mit dem RCDS

„Die Möglichkeit zum Start in eine neue Ära der Studentenpolitik“ sieht der RCDS gegeben. „Deutschlands Studenten und alle Demokraten warten auf ein baldiges Ende der Volksfrontpolitik an den Hochschulen“, meint jedenfalls der RCDS-Vorsitzende Günther Heckmann (1). Der Grund für diese euphorische Stimmung, an der Universität Düsseldorf ist es zum ersten Mal zu einer Zusammenarbeit der Jungsozialisten-Hochschulgruppe mit dem RCDS im ASiA gekommen. „Kein Wort ist davon wahr“, erklärte dagegen der ASiA-Vorsitzende Grafenberger und mit ihm die Düsseldorfer Jungsozialisten.

Nun, was hat auf jedenfall Folgendes. Bei den diesseitsigen Wahlen zum Studentenparlament erhielt die ASiA-Liste, ein Bündnis aus Jusos, Unabhängigen und einigen aktiven Sportlern, die bisher den ASiA stellte, nur noch fünf Mandate, ebenso viele der RCDS. Zusammen rechnet sechs Sitze erbeuten der MSB (1 Sitz), der SHB (2 Sitze) und die von Basisgruppen gebildete Fachschaftsliste (3 Sitze). Ohne Unterstützung war die ASiA-Liste diesem Wahlergebnis zufolge nicht mehr in der Lage, den ASiA erneut zu stellen. Obwohl sie die Möglichkeit gehabt hätte, sich mit den linken Fraktionen zu verständigen, zog sie es vor, als Minderheiten-ASiA zu kandidieren, der dann nach — mit den Stimmen des RCDS! — im Studentenparlament bestätigt wurde. Zum Präsidenten des Studentenparlaments wurde ein RCDS-Mitglied gewählt mit den Stimmen der Jusos. Fest steht ebenfalls, daß heute zum ersten Mal das Ausländer- und das Sportreferat des Düsseldorfer ASiA von Rechten besetzt wird.

Der RCDS selbstverständlich hocherfreut über diese „demokratische Zusammenarbeit“ erklärte er habe die Unterstützung der ASiA-Liste beschlossen, „da dies die einzige Möglichkeit war, einen kommunistischen ASiA zu verhindern“ (1). Den Düsseldorfer Jungsozialisten scheint das Eisen nun doch etwas zu heiß geworden zu sein. Sie streiten jegliche Absprachen mit dem RCDS ab, Grafenberger dementierte dies als „bedauerliches Wunschdenken, das bei denen schon mal durchbricht“ (1) und weist hin auf das Wahlprogramm der ASiA-Liste, in dem schon Koalitionen mit dem RCDS als auch mit dem MSB und dem SHB ausgeschlossen werden. Diese Dementis scheinen aufgrund

des vorliegenden Fakten selbst für andere Juso-Kreise, die an ihrer grundsätzlichen Ablehnung einer Bündnis mit dem RCDS festhalten, nicht glaubwürdig. Für den Arbeitskreis der Jungsozialisten-Hochschulgruppe in Bonn ist es (nach Aussagen der Bonner Geschäftsstelle) klar, daß es mindestens mündliche Absprachen zwischen Jusos und RCDS in Düsseldorf gegeben haben muß und daß die Juso-Hochschulgruppen mit derartigen Absprachen nicht zu tun haben wollen. Vermutet wird sogar, es habe vorherige Absprachen mit der Parteileitung und Gewerkschaftsführern gegeben. Der Arbeitskreis beschloß einstimmig, den Sachverhalt zu überprüfen und gegebenenfalls zu fordern, der Düsseldorfer Gruppe den Namen „Juso-HSG“ abzuverleihen.

Während die „FAZ“ ebenso begeistert wie der RCDS von einer „Sensation“ (2) spricht, bemüht sich Hartwig Suhrbier in der „Frankfurter Rundschau“, das Image der Jungsozialisten wieder aufzupolieren, wohl in dem richtigen Bewußtsein, daß ein Bündnis mit dem RCDS dem Ansehen der Jusos unter demokratischen Studenten heute sehr schaden würde. Hierbei stützt er sich nicht etwa auf vorhandene Fakten — daß die Jusos einen RCDSler zum SP-Präsidenten gemacht haben, verschweigt er gänzlich — sondern ausschließlich auf die wortreichen Dementis des oben zitierten Herrn Grafenberger, um zu dem Schluß zu kommen: „Die neue Ära befehlt der RCDS zu früh“ (1).

Mit dieser Schlussfolgerung liegt die „FR“ sicherlich erstmal richtig, die „neue Ära“ ist heute noch (!) nicht angebrochen. Daß es erklärtes Ziel der SPD ist, anglistig die „Volksfront“ durch ein sogenanntes „Bündnis der Demokraten“ zu ersetzen, sollte man allerdings nicht vergessen. In ihren Augen dürften die Düsseldorfer nur einen richtigen Schritt zu unpassender Zeit getan haben.

Gerade auf diesem Hintergrund wäre zu wünschen, daß die fortschrittlichen Kräfte innerhalb der Juso-Hochschulgruppen diesem ersten Vorstoß der Düsseldorfer Gruppe mit entsprechend scharfen Maßnahmen entgegen treten.

(1) FR, 2.7.79
(2) FAZ, 12.2.79

SSB/Hamburg

ASTA



Politik Referent Agitation Referent ASiA-Chef Demonstrations Referent

Die Diffamierung des politischen Gegners als Gangster und Verbrecher macht selbst vor dem Zeichenstift nicht halt. Aus RCDS-Reformpolitik mit Augenmaß (RCDS PH Köln, Februar 1974)

SP-Wahlen in Kiel: Mehrheit der Linken - rechter AStA bleibt im Amt

Bei den diesjährigen Studentenparlaments (StuPa) - Wahlen gelang es der rechten Koalition „Demokraten '78“ erneut, die Mehrheit im Studentenparlament und damit den AStA zu gewinnen.

Das Stimmenergebnis allerdings ist - wie schon im Vorjahr, als die Reaktionskräfte den AStA erstmals gewannen - eine deutliche Absage der Mehrheit der Kieler Studenten an die CDU-Studenten und ihre Mitläufer. Während die rechten Kandidaten im Schnitt etwa 2.200 Stimmen bekamen, brachte es das Wahlbündnis aus „Basisliste“ und Jusos im Schnitt auf über 2.500 Stimmen. Darüber hinaus wurde die Liste „Programm der Fachschaftsgruppen“ (KBW dominiert) noch etwa 1.000 und das MSB-dominierte „gewerkschaftlich orientierte“ Bündnis 850 mal gewählt. Insgesamt also eine eindeutige Mehrheit für die Linke auch bei diesen Wahlen.

Das dennoch der Rechts-AStA ein weiteres Jahr im Amt bleibt, ist vor dergründig zwei Umständen zuzuschreiben: Einmal dem besonderen Kieler Wahlrecht (personalisiertes Mehrheitswahlrecht), das bei einer Zersplitterung der Linken viele Stimmen unter den Tisch fallen läßt, zum anderen der Tatsache, daß die beiden stärksten linken Listen - Jusos und die Basisliste - keine gemeinsame Liste zustandebrachten, sondern lediglich eine Kandidatenabsprache und gegenseitige Wahlempfehlung. So belegten die Jusos erwartungsgemäß die ersten fünf Plätze im StuPa (mit über 3.300

Stimmen im Schnitt), während die Basisliste mit fünf Kandidaten knapp hinter den Rechten (ca. 300 Stimmen) liegt. Von den 11 Sitzen erlitten die Rechten so sechs Vorrang. Vorausgegangen waren Bündnisgespräche innerhalb der Linken. Zwar war jedem klar, daß ein Bündnis von MSB über Jusos und Basis bzw. Fachschaftsgruppen bis hin zum KBW kaum denkbar war, dennoch wurde zunächst versucht, das Bündnis möglichst breit zu gestalten.

Als bald dokumentierte zunächst der KBW einmal mehr seine völlige Bundnisunfähigkeit, indem er jedes Zusammengehen mit den Jusos als „Bündnis mit der Regierungspartei“ angriff, das direkt den „Expansions- und Interventionsplänen des westdeutschen Kapitals“ nütze. Ebenso mußte sich der MSB den Vorwurf gefallen lassen, zwar außerordentlich schleimig um den „Bündnispartner“ Jusos gebuhlt zu haben, aber von vornherein keinerlei Bereitschaft zu Bündnissen mit undogmatischen und Basis-Listen mitgebracht zu haben.

Nun stellen zwar weder der KBW noch der MSB an der Kieler Unimassenwirksame politische Strömungen dar. Aber sie vermögen es, dies durch eine geschickte Verwirrungstaktik teilweise zu kompensieren. Der KBW, indem er sich zur Wahl anmaßend den Namen der Fachschaftsgruppen zunutze machte, die traditionell in Kiel Zentren der linken Politik an der Uni waren. Und der MSB, der dummfisch in seiner Pro-

paganda so tat, als stelle die „GO“-Liste ein Bündnis aus MSB und Jusos dar, obwohl Jusos und Basisliste gemeinsam arbeiteten.

Insbesondere der Basisliste, die verschiedene politische Strömungen wie Spontis, undogmatische Linke, SB- und KB-Genossen umfaßt, ist es nicht gelungen, deutlich zu machen, daß in der konkreten Kieler Situation nur eine Bündnispolitik und gemeinsames Vorgehen insbesondere mit den Jusos den Rechts AStA hätte stürzen können, und daß nur die Basisliste eine solche Bündnispolitik betreiben hat. Vielen Studenten ist so die Wahlkampfkonstellation nicht klar geworden, insbesondere nicht, was hinter der Spaltung zwischen „Basisliste“ und der KBW-Listen „Programm der Fachschaftsgruppen“ steckte. Namlich die Tatsache, daß der KBW eine solche Bündnispolitik ablehnt, während die anderen politischen Strömungen aus den Fachschaftsgruppen - endlich begonnen haben, eine vom KBW unabhängige Hochschulpolitik zu entwickeln.

Dies durch eine praktische Arbeit an der Uni unter Beweis zu stellen, wird Aufgabe in den nächsten Semestern sein. So kann auch nur die große linke Mehrheit an der Uni wieder in einem linken AStA zum Tragen kommen.

Studentengruppe
KB/Gruppe Kiel

SP-Wahl-Nachrichten

Aachen. An der Technischen Hochschule können die Rechten erhebliche Stimmengewinne verbuchen. Bei einer Wahlbeteiligung von 33 % erhielten RCDS und SLH gemeinsam rund 60 % der Stimmen und stellten damit den AStA. Die Basisgruppen haben dagegen beträchtliche Verluste zu verzeichnen (etwa hundert Stimmen).
RCDS: 2318 Stimmen/11 Sitze
SLH: 2460/10
Basisgruppen: 1680/7
SHB: 750/4
LHV: 340/2
MSB: 280/1

Münster. An der Fachhochschule Münster-Stieffurt wurde der MSB-AStA abgelöst durch ein Bündnis von Basisgruppen und Jusos. Allerdings stellt der RCDS mit acht von 21 Sitzen im Studentenparlament die größte Fraktion.

Hannover. An der Tierärztlichen Hochschule gibt es zum ersten Mal

seit Jahren wieder einen linken AStA. Gestellt wird er von der „Demokratischen Initiative“, dem MSB und einer „Liste von Unabhängigen“.

Kaiserslautern. An der Universität Kaiserslautern wurden die Jusos mit einem Stimmenanteil von 42 % die stärkste Fraktion. Sie erhielten neun Sitze, vier mehr als bei den letzten Wahlen. Der RCDS bekam sechs (vorher fünf), der SHB drei und die Basisgruppe ein Mandat. Wahlbeteiligung: 17,1 %.

Mannheim. Hier fanden zwar keine SP-Wahlen statt, das Studentenparlament mußte allerdings einen neuen AStA wählen, da der alte AStA Vorstand (SLH) zurückgetreten ist. Zur Begründung gibt der SLH (!) an, eine unabhängige Studentenvertretung sei im Rahmen des baden-württembergischen Hochschulgesetzes nicht mehr möglich, sogar die Befugnis über die Verwendung des Sporttats

sein ihm entzogen worden. Den AStA bilden jetzt die Jungsozialisten und die „Aktion fortschrittlicher ASIA“ (MSB und andere).

PH Flensburg. Erfreulich sind die Ergebnisse der Studentenparlamentswahlen in Flensburg. Nachdem ein Kreis von fortschrittlichen Studenten aus mehreren Studentengruppen im Dezember eine erfolgreiche Veranstaltung mit ca. 700 Teilnehmern organisiert hatte (Thema: „Wie geht's weiter“), zeichnete sich an der PH deutlich eine Steigerung der politischen Interessen an so kandidierten erstmals wieder mehr Studenten zu den StuPa-Wahlen, davon zehn mit einem gemeinsamen basisorientierten Konzept. Acht von ihnen wurden schließlich gewählt und einige stellen jetzt gemeinsam mit drei anderen Studenten den neuen AStA. Dies ist auch deshalb ein Erfolg, weil erstmals seit Jahren die Jusos nicht mehr im AStA dominieren. Weiters die meisten Stimmen erhielten zwei Frauen aus der PH-Frauengruppe, die beide auch in den AStA gewählt wurden.

Basisgruppen diskutieren Arbeit

Basisgruppen diskutieren Arbeit in der Verfaßten Studentenschaft

Vom 16. - 17. Februar fand in Bochum ein Basisgruppenseminar statt, ein überregionales Treffen der Basisgruppenbewegung in der BRD. Den Schwerpunkt des Seminars bildete die Fortführung der im Dezember begonnenen Diskussion um die Arbeit der Basisgruppen in der Verfaßten Studentenschaft, insbesondere den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS), da in einigen Gruppen die Forderung nach einem Austritt aus den VDS laut geworden war.

Diese Gruppen sehen die Möglichkeit, in den VDS eine linke Politik zu entwickeln v.a. aufgrund der „gewerkschaftlich orientierten“ Mehrheit, die sich nicht selten machtpolitischer Mittel bedient, um ihre Vorstellung durchzusetzen, zu stark eingeschränkt ihrer Meinung nach zeichnen sich die studentischen Vertretungsorgane, allen voran die VDS, durch eine Abgehobenheit gegenüber der Basis aus.

Wie schon auf dem letzten Treffen in Darmstadt sprach sich erfreulicherweise auch in Bochum eine breite Mehrheit für eine Weiterarbeit in den VDS aus, dafür, die gegebenen politischen Möglichkeiten nicht aufzugeben, sondern offensiv auszunutzen. Eine Abgehobenheit der VDS konnte und wollte niemand bestreiten, allerdings sollte es gerade Aufgabe der Basisgruppen sein, dieser Abgehobenheit entgegenzuwirken, die Politik der VDS an den verschiedenen Hochschulen zur Diskussion zu stellen und Initiativen aus den einzelnen Hochschulen in den Dachverband hineinzutragen. Unbestritten steht die Basisgruppenfraktion heute vor dem Problem,

umfassendere politische Vorstellungen erarbeiten zu müssen. Doch steht dies keinesfalls im Widerspruch zu einer Arbeit im VDS, vielmehr müssen diese Vorstellungen auch im Zusammenhang mit der VDS-Politik entwickelt werden. Insgesamt zeichnete sich auf den letzten beiden Basisgruppenseminaren u.a. eine langsame Konsolidierung der BG-Fraktion ab.

Verwundern muß allerdings das ausgerechnet die Beteiligung der Basisgruppen aus Baden-Württemberg an diesem Treffen sehr gering war. Und das gerade angesichts der Tatsache, daß der MSB in einem internen Papier angekündigt hat, einer ganzen Reihe von BG-ASten aus Baden-Württemberg das Stimmrecht auf der VDS-Mitgliederversammlung abzusprechen (siehe AK 148). Insgesamt ist die relative Gleichgültigkeit

Polizeispitzel in Münchens Hörsälen

In München werden von der Hochschuleverwaltung für einzelne Vorlesungen, bei denen „Störungen zu befürchten seien“, Polizisten in Zivil angefordert. Ihre Aufgabe ist es, „die Urheber der Zwischenfälle zu identifizieren, um Strafverfahren gegen sie zu ermöglichen“. Bei den „Zwischenfällen“, die hier strafrechtlich verfolgt werden sollen, handelt es sich nicht etwa um „kriminelle“ Handlungen, wie Aufrufe zum Streik o.ä., sondern um kritische Stellungnahmen zu den vertretenen Lehrinhalten, denn es „werden vor allem einige als liberal (?) bekannte Professoren ständig dadurch gestört, daß linke Studenten das Wort zu bestimmten Lehrmeinungen ergreifen“. Unipräsident Lobkowicz - der es übrigens

schon immer vorzog, Konflikte mit Unterstützung der Polizei zu „lösen“, z.B. bei der im Juni 76 stattfindenden Teilnehmer einer Vollversammlung erkenntungsdienstlich behandeln - antwortete auf die Nachfrage eines Studenten: „Natürlich sitzen Polizisten in den Vorlesungen. Ich habe ein großes Interesse daran, Störungen zu erwischen und sofort aus der Uni zu werfen“.

Man erinnere sich in diesem Zusammenhang daran, daß gerade erst die Einrichtung einer Polizeistation in der Frankfurter Uni bekannt geworden ist. Wäre nachzuprüfen, ob auch an anderen Hochschulen Bemühungen stattfinden, die Zusammenarbeit mit der Polizei zu intensivieren (nach „FR“, 27.2.79).

Verzichtet der Hamburger AStA auf's Politische Mandat?

Aus dem Rundfunk (1) mußten es die Hamburger Studenten erfahren. Seit einiger Zeit steht der AStA der Universität mit der Behörde für Wissenschaft und Forschung in Verhandlungen um die Frage des politischen Mandats. Das Ergebnis ist eine gemessene Erklärung, deren Inhalt Wissenschaftssenator Sinn auszusagen bekannt gab.

„Der AStA bekräftigt seine Forderung, der Verfaßten Studentenschaft ein uneingeschränktes politisches Mandat zu gewähren. Dieser Forderung des AStA hat der Gesetzgeber nicht entsprochen. Der AStA wird deshalb im Sinne seiner Forderungen für eine Novellierung eintreten, jedoch durch sein Verhalten keinen Zweifel daran lassen, daß er die gesetzlichen Bestimmungen strikt beachten und einhalten wird.“

Im Gegenzug erklärte die Behörde für Wissenschaft und Forschung: „Sie werde die Regreßverfahren gegen ehemalige ASIA-Vorsitzende der Universität Hamburg wegen Wahrnehmung des politischen Mandats einstellen und auch keine weiteren Regreßverfahren wegen Flugblätter des ASIA bis zum 1.1.1979 einleiten.“ (2)

Senator Sinn der diese Vereinbarung auf einer Pressekonferenz als „modus vivendi“ (zeitliche Überbrückung) bezeichnete, ist nun „sehr froh“, daß dadurch „ganz klare Fronten“ entstanden seien. (1) Auf den ersten Blick hätte auch die Studentenschaft Anlaß, sehr froh zu sein darüber, daß so die Zahl von weiteren horrenden Strafgeheimen vermindert werden konnte. Spätestens beim zweiten Hinschauen entdeckt man allerdings den Haken an der Sache der ASIA hat, indem er sich in Zukunft zweifelsfrei an die gesetzlichen Bestimmungen halten will, seinen Verzicht auf Wahrnehmung des politischen Mandats bekanntzugeben.

Schon einmal hat es einen ähnlichen „modus vivendi“ gegeben, der dazu führte, daß ein ASIA das politische Mandat preisgegeben hat - vor einigen Monaten in Münster als der dortige Juso-ASIA sich mit dem RCDS vor Gericht „einigte“, auf das politische Mandat zu verzichten.

Unzählige Vollversammlungen der Hamburger Studenten haben immer wieder beschlussen, am politischen Mandat festzuhalten, haben den ASIA aufgefordert, dieses trotz der Unfälle weiterhin wahrzunehmen. Nun politisch erfahren sie durch die bürgerlichen Medien von dieser „Vereinbarung“. Keinerlei vorherige Information durch den AStA, geschweige denn eine Diskussion innerhalb der Studentenschaft. Der Grund: Die Behörden haben die Bedingung gestellt, die Gespräche erst öffentlich zu machen, wenn ein Ergebnis vorliegt.

Politisches Mandat - doch nicht verboten?

Inzwischen hat sich das studentische Vertretungsorgan (?) endlich dazu herabgelassen, wenigstens eine Presseerklärung herauszugeben, in der dieses „zeitliche Überbrückung“ (1) wiederum herausgegeben, in der dieses Ergebnis als „Erfolg in der Auseinandersetzung um das politische Mandat“ gewertet wird. „Mit dem Verzicht auf Regreßnahme ist eine wesentliche Bedrohung für studentische Vertreter im ASIA zunächst einmal beseitigt.“ Gänzlich verschwiegen wird, daß der ASIA sich darauf verpflichtet hat, „durch sein Verhalten keinen Zweifel daran (zu) lassen, daß er die gesetzlichen Bestimmungen strikt beachten und einhalten wird“. Stattdessen die Versicherung, der ASIA würde „auch in Zukunft mit der Wahrnehmung des politischen Mandats die politischen, sozialen und fachlichen Interessen der Studenten vertreten“.

Offensichtlich besteht doch hier ein Widerspruch. Wie will jemand einerseits die Gesetze einhalten und andererseits das politische Mandat wahrnehmen? So offensichtlich und unmissbar dieser Widerspruch auch sein mag, für den Hamburger ASIA besteht er nicht. In diesen (MSB-SHB-Juso-)Kreisen sieht man in der getroffenen Vereinbarung keinesfalls ein Abrücken von bestehenden Positionen der demokratischen Studentenschaft. Man sei allerdings gar nicht überrascht und habe sich schon gedacht, daß es zu „unterschiedlichen Interpretationen“ kommen werde (3). Die „Lösung“ liegt eben darin, „daß eine verfassungskonforme Auslegung des Hamburger Hochschulgesetzes (unter Berücksichtigung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung und Wissenschaftsfreiheit) die Anerkennung des politischen Mandats für die Studentenschaft zwingend notwendig macht“ (2). Von „Verfassung“ und „freier Meinungsäußerung“ ist allerdings nicht die Rede in dem bekanntgegebenen Text. Dort ist vielmehr die Rede von „gesetzlichen Bestimmungen“ - und die enthalten unzweifelhaft ein Verbot des politischen Mandats! Man kann es sogar in

diesem Text selbst nachlesen, daß der Gesetzgeber der Forderung nach einem uneingeschränkten politischen Mandat nicht entsprochen habe. In der Praxis wird sich folglich eine glasklare Alternative stellen. Entweder der ASIA hält sich an die getroffene Vereinbarung, d.h. er beachtet die Gesetze und nimmt somit das politische Mandat nicht wahr, dann gibt es auch keine Gerichtsverfahren mehr in dieser Sache - oder der ASIA hält sich nicht an die Vereinbarung, nimmt das politische Mandat trotzdem wahr, dann werden die strafrechtlichen Verfolgungen fortgeführt, vielleicht sogar die alten Regreßverfahren wieder aufgenommen.

Eine Wende im Senat?

„Nach der kleinen Kurskorrektur in der Frage der Berufsverbote deutet sich nach Ansicht des ASIA auch im Verhalten des Senats gegenüber der Studentenschaft eine Wende an“ (2). Sichtbar wird diese Wende für den ASIA an dem sieben strittigen Teilerfolg. Sicher, der Verzicht der Behörde hört sich auch erstmal sehr großartig an. Von der allgemeinen Erklärung in den Klartext übersetzt, bedeutet die Verzichtserklärung der Behörde allerdings nicht mehr und nicht weniger, als daß sie bereit ist, zwei Verfahren einzustellen, deren Ursache ungefähr drei Jahre (!) zurückliegt. Es handelt sich um die Verfahren gegen die ehemaligen ASIA-Vorsitzenden Grotz und Baumann. Ansonsten sind (fast) alle Verfahren nicht von Behörden, sondern vom RCDS eingeleitet worden. Die Behörde hatte es überhaupt nicht nötig, Anzeige zu erstatten; dies ist ihr bisher immer vom RCDS abgenommen worden, der den ASIA wegen jeder Veröffentlichung, die gegen die Hochschulgesetzgebung verstößt, vor Gericht zieht. Insofern dürfte in der Behörde kaum schwerfallen, zu versprechen, „keine weiteren Regreßverfahren wegen Flugblätter des ASIA bis zum 1.1.1979 einzuleiten“. Dies ist sozusagen schon erledigt. Zudem wird durch die Vereinbarung überhaupt nicht berührt, was mit zukünftigen Veröffentlichungen des ASIA geschieht.

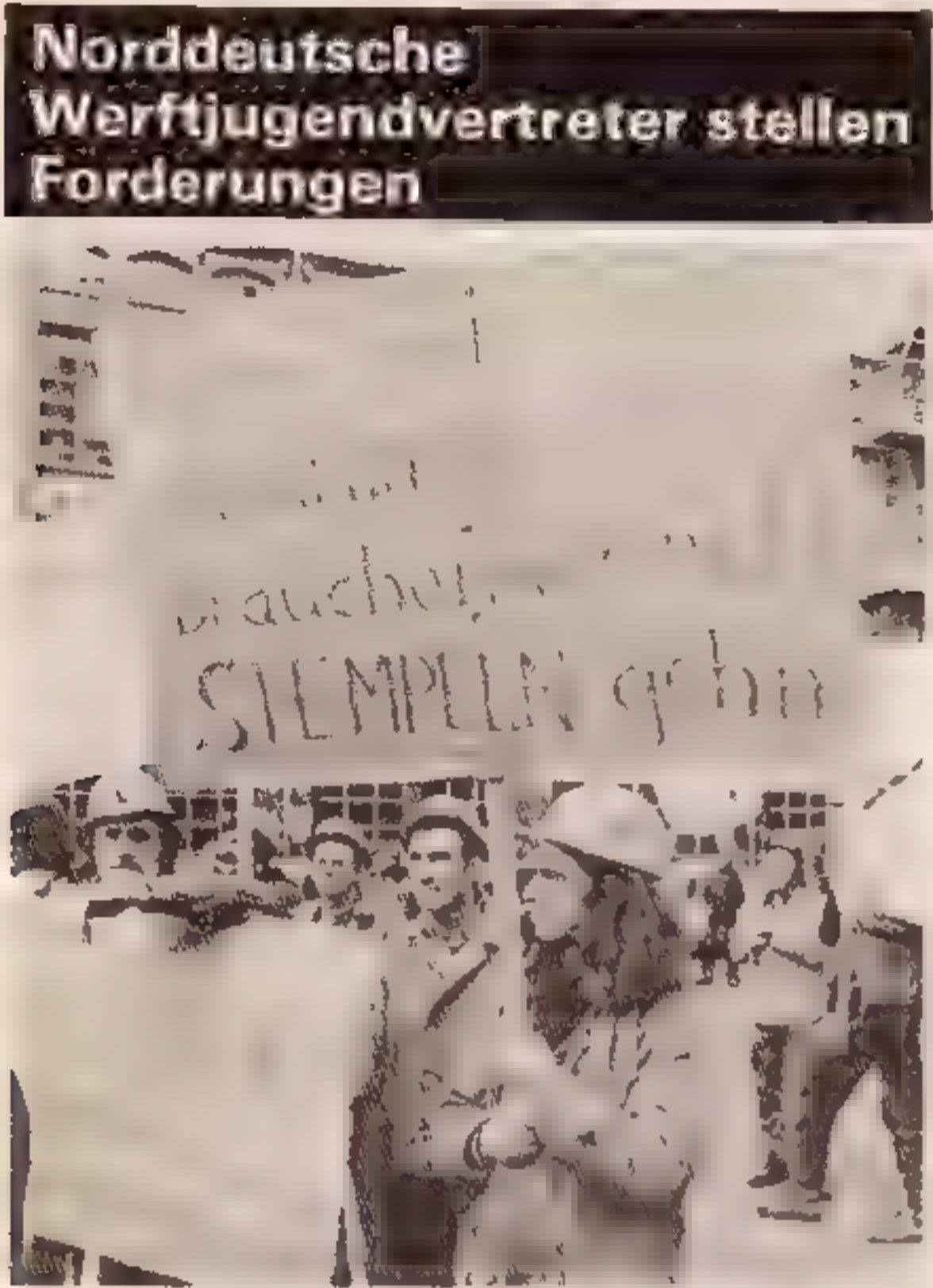
Eine Wende im Hamburger Senat? Ja sicher, während früher ganz offensichtlich Berufsverbote und Strafanzeigen geholt wurde, verlegt sich die SPD angesichts der zunehmenden „Staatsverdrossenheit“ darauf, die vorhandenen Fakten (bestehende Berufsverbote und Urteile gegen Studenten) unter einem gewaltigen Schwall scheindemokratischer Reden zu begraben. In keiner Weise ist sie dabei von ihren ursprünglichen Positionen abgerückt. Dies kommt gerade in der getroffenen Vereinbarung zur Lage, wo sie dem ASIA einen „Kompromiß“ abverlangt, mit der Wahrnehmung des politischen Mandats bis zur Novellierung (sprich: bis zum nächsten Donnerstag) zu warten, sogenannte Zugeständnisse, wie z.B. „keine Strafanzeigen mehr“ (1) und „keine Strafanzeigen mehr“ (2). Sogenannte Zugeständnisse, wie z.B. „keine Strafanzeigen mehr“ (1) und „keine Strafanzeigen mehr“ (2). Sogenannte Zugeständnisse, wie z.B. „keine Strafanzeigen mehr“ (1) und „keine Strafanzeigen mehr“ (2).

Wir würden es uns zu einfach machen, über die Schwierigkeiten, die ein ASIA unter den heutigen Bedingungen hat, einfach hinwegzusehen. Tatsächlich kann eine Anzeigenflut, die zig-tausende von Mark Strafgeheimen zur Folge hat - in Hamburg sind es inzwischen schon ungefähr 10000 Mark - ein Vertretungsorgan ruinieren und in Anbetracht des Kräfteverhältnisses wäre es sinnlos, für markigen Durchsetzungen auf zuwarten. In vielen Fällen wird es immer den heutigen Verhältnissen für Organe der Verfaßten Studentenschaft unangenehm sein. Kompromisse einzugehen. Allerdings derartige Kompromisse, die immer ein gewisses Abweichen von eigenen Positionen bedeuten, als Erfolg hochzujubeln, das kann nicht mehr anders als eine üble Täuschung der Studentenschaft bezeichnet werden. Noch dazu wurden diese „Kompromisse“ ohne Diskussion und Vorium der Studenten an irgendwelchen Behördenentscheidungen ausgemacht, was nichts anderes bedeutet, als daß eine der wichtigsten Erfahrungen der Studenterbewegung einfach ignoriert wird, nämlich, daß ein (den Verhältnissen entsprechend) optimales Ergebnis nur erzielt werden kann durch eine breite Mobilisierung und Solidarität der Studentenschaft.

Anmerkungen

- (1) NDR, Umschau am Abend, 27.2.79
- (2) Presseerklärung des ASIA vom 27.2.79
- (3) nach Aussagen einiger ASIA-Mitglieder

SSB/Hamburg



Wir veröffentlichen hier einen Brief, den Jugendvertreter norddeutscher Seeschiffwerften an den Verband Deutscher Seeschiffwerften (VDS) sandten. Von den Kapitalisten sind uns noch keine Reaktionen bekannt. Dafür hat der Betriebsrat von Blohm und Voß sich darüber aufgeregt, daß er vor der Abendung des Briefes nicht informiert wurde....

Wir Jugendvertreter verschiedener Werften Norddeutschlands sind heute am 16. Dezember in Hamburg zusammengekommen um über die Situation der Werften zu beraten und gemeinsame Standpunkte zu entwickeln. Die geplanten Entlassungen und Betriebsstillegungen betreffen alle Kollegen ob jung oder alt ob Hamburger, Kieler oder Bremer, ob Angestellter, Arbeiter oder Auszubildender Ihre Planung rationalisiert Arbeitsplätze weg und vernichtet Werften mit dem Ziel die Arbeitslosen zu erhöhen. Mit dem Ruf nach Subventionen wollen Sie mit unserer Arbeitslosen um unsere Arbeitsplätze wagnationalisieren wie z.B. neue Aggregate und Maschinen anzuschaffen, die weniger Personal brauchen.

Wir sind für den technischen Fortschritt aber er muß uns zugute kommen er muß kürzere Arbeitszeit, Harebsetzung des Rentenalters und Verlängerung des Urlaubs bringen. Wir brauchen eine qualifizierte Ausbildung an modernen Maschinen in geeigneten Räumlichkeiten mit mindestens zwei Berufsschulstagen die Woche. Jeder von uns muß die Gewißheit haben, daß er in seinem Beruf einen Arbeitsplatz nach der Lehre erhält wir brauchen eine Weiterbildung nach der Lehre, die sicher, daß wir auch im Jahr 2000 noch als Facharbeiter tätig sein können. Uns ist klar daß Ihre Interessen anders sind. Sie wollen mit weniger Aufwand viel Geld verdienen und sich dabei die neue Technik zunutze machen. Ihnen geht es um die durchnationalisierten Werften mit zum Teil kurz ausgebildeten Hilfsarbeitern und wenigen qualifizierten Facharbeitern Techniker und Ingenieuren, genau so viel Ausbildung wie notwendig für die eigene Produktion ist ihr Maßstab.

Da es um unsere Zukunft geht und wir als junge Kollegen, die das Arbeitsleben noch vor sich haben, besonders betroffen sind, werden wir uns wehren!

Wir wollen, daß wir etwas erreichen können, wenn wir gemeinsam handeln! Solidarität macht stark, das beweisen die Stahlarbeiter. Wir fordern im Interesse aller Kollegen:

1. Keine Entlassungen. Sicherung aller Arbeitsplätze auf den Werften. Übernahme aller Lehrlinge nach der Ausbildung im erlernten Beruf. 36-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalbestand. Keine Überstunden bei gleichzeitiger aktiver Lohnpolitik. Im Rahmen der Humanisierung fordern wir die totale Abschaffung von zeitabhängigen Arbeiten.
2. Subventionen dürfen nur an Betriebe gegeben werden, wenn die Arbeitsplätze erhalten und die Zahl der Lehrstellen erhöht werden. Subventionen dürfen nur als Kredite gegeben werden.
3. Erweiterung der Ausbildungskapazität auf mindestens 10 Prozent der Belegschaftsstärke. Einrichtung von betrieblichen Weiterbildungslehrgängen für Facharbeiter.
4. Verbesserung der Ausbildung, damit wir ein Fundament für unser zukünftiges Berufsleben haben. 12 Berufsschulstunden an zwei arbeitstägigen Tagen. 480 Berufsschulstunden bei Blockunterricht, nicht mehr als sechs Stunden täglich. Weg mit der Kurzausbildung - für Grundlagenberufe.
5. Empfehlung an die Tarifkommission. Angleichung der Lehrlingslöhne an den Facharbeitereinkommen. Linien Lohnhöhung für alle. Volle Fahrtgelderstattung für alle Lehrlinge.
6. Erweiterung des Zuständigkeitsbereiches der Jugendvertretungen auf alle Auszubildenden. Einheitliche Auszubildendenversammlung.

Diese Forderungen sind an Ihre Adresse gerichtet, wir hoffen, daß sie bereit sind uns zu antworten und mit uns darüber in der Öffentlichkeit zu sprechen.

Wir wollen endlich Klarheit haben, wie es weitergehen soll, denn es geht um den Lebensnerv von Tausenden Menschen und ihren Familien.

Jugendvertreter der Werke
HDW Kiel
Bremer Vulkan
Blohm & Voß
Flender-Werft
AG Weser
Seebewerft
HDW Hamburg

„kollektiv“ soll tot gemacht werden

Freiburg: Beschlagnahme wurde die Nummer 12 der Schülerzeitung „kollektiv“ (Wenzinger-Gymn.). Der Gerichtsvollzieher rückte sämtlichen Redakteuren mit einer Beschlagnahmeverfügung auf die Bude und verlangte die Herausgabe der Restexemplare. Direktor Adler hatte sich beleidigt gefühlt und offenkundig beschlossen dem „kollektiv“ mit kostspieligen Gerichtsverfahren endgültig den Garaus zu machen, nachdem er für das Schulgelände bereits ein vorläufiges Vertriebsverbot verfügt hatte (damit wurde übrigens die siebte von 12 „kollektiv“-Nummern zensuriert). Zugleich hat Adler in der „Badischen Zeitung“ Strafanzeigen für die Redakteure durch das Oberschulamt angeordnet.

Besonders getroffen sah sich Adler durch einen Artikel, in dem detailliert geschildert wurde, was er „wieder

KB / Gruppe Freiburg

„Es gibt keinen Lehrstellenmangel“!?

Mit dieser dreisten These begründet die Bundesregierung ihre Entscheidung, auch in diesem Jahr von den Unternehmen die sog. „Ausbildungsabgabe“ nicht zu erheben. Bundesbildungsminister Schmude würdigte in diesem Zusammenhang die „erheblichen Leistungen der Wirtschaft auf dem Lehrstellensektor“, die angeblich zu einem „globalen Ausgleich“ von Angebot und Nachfrage geführt hätten. Inzwischen sei „die Lücke weitgehend geschlossen“ und man könne nunmehr voller Zuversicht auf die kommenden Jahre blicken da „schon in zwei Jahren“ (Zitate nach „Welt“, 22.2.79) die Schulabgängerzahlen wieder sinken würden. Eigentlich also kein Grund zur Sorge?

Im Gegenteil! Der angebliche „Ausgleich“ auf der amtlichen Statistik kommt dadurch zustande, daß der Staat darüber entscheidet, wer als Lehrstellen-suchender gilt und wer nicht. Mit unglaublicher Arroganz werden mindestens 400.000 bis 500.000 Jugendliche als „unwillig“ oder „unfähig“ tituliert, die keinen Rechtsanspruch auf eine Lehrstelle hatten und somit auf keiner Nachfragestatistik aufgeführt werden!

Die Propagandalüge vom angeblichen „Ausgleich auf dem Lehrstellenmarkt“ soll darüber hinwegtäuschen, daß die Kapitalisten Hunderttausende von Jugendlichen von der Berufsausbildung ausgeschlossen haben, und daß sich diese Situation aufgrund des „Pöckstaus“ der vergangenen Jahre immer weiter verschärft. Der erneute Verzicht auf die „Ausbildungsabgabe“ ist für die Kapitalisten ein politischer Erfolg und die Gewißheit, mit Rückendeckung aus Bonn ihr Spielchen mit der Arbeiterjugend weiterreiben zu können.

Die CDU aktualisiert jetzt ihre Forderung, „generell von der Abgabe dieser wertlosen Abgabe abzusehen“ („Süddeutsche Zeitung“, 22.2.79). Nachdem die Ausbildungsabgabe jahrelang als die „Reform im Berufsausbildungssektor“ ausgerufen worden ist, ist Bildungsmi-Schmude inzwischen der Meinung, daß die Auseinandersetzung darum eine „unerträgliche Episode“ („Welt“, 22.2.79) gewesen sei und daß sie auch in Zukunft nicht erhoben werden soll.

Das endgültige „Aus“ der Ausbildungsabgabe bedeutet das Ende einer letzten traurigen Hoffnung der Reformisten, daß die SPD wenigstens an diesem „Reform“-Rest noch festhalten möge. Die Jungsozialisten, die SPD-„Linke“ und DGB-Funktionäre haben heute in der Tat nichts mehr, um der SPD in Sachen Berufsausbildung die Hand zu reichen.

Der „freiwillige Verzicht“ aus Bonn ist ein Schlag ins Gesicht der demokratischen Jugendverbände Jungsozialisten, Jungdemokraten, SDAJ, Naturfreundejugend, die Evangelische Jugend, der Bundesjugendring und die Gewerkschaftsjugend hatten gefordert, die Abgabe unverzüglich in Kraft zu setzen.

Die SPD betrügt die Arbeiterjugend

Das Ausbildungsplatz-Förderungsgesetz (APFVG) vom 7.9.1976 schreibt vor, daß das Angebot an Ausbildungsplätzen des jeweils vorangegangenen Jahres die Nachfrage um mindestens 12,5% übersteigen muß. Dieser „Überhang“ soll ein Mindestmaß an „Auswahlmöglichkeiten“ bieten und ein „Ausgleich“ für die ausbildungsstrukturell schwachen Gebiete sein.

Für den Fall, daß diese gesetzliche 12,5-Prozent-Klausel von den Kapitalisten nicht eingehalten wird, ist auf Initiative des damaligen FDP-Wirtschaftsministers Frenkenz zusätzlich die vage Formel mit im Gesetz aufgenommen worden, daß auf eine Ausbildungsabgabe auch dann verzichtet werden könne, wenn eine „wesentliche Verbesserung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage (...) zu erwarten ist“.

Seit drei Jahren beruft sich nun das Bundesbildungsministerium bei seiner Begründung für die Nichtanwendung des Gesetzes auf diese Formulierung. Dabei stützt sich die Regierung allein auf die Versprechen der Wirtschaft für das folgende Jahr „ausreichend“ Lehrstellen bereitzustellen. Überprüfen wir das einmal anhand der offiziellen Zahlen.

Aus den Angaben des provisorischen Berufsbildungsberichts (siehe Tabelle) geht hervor, daß nach der „Globalrechnung“ 1977 1.582 Lehr-

stellen fehlten, während es 1978 schon 4.100 waren, obwohl das APFVG einen Überhang von 12,5 Prozent vorschreibt, fehlten 1978 also Lehrstellen, d.h. die Lehrstellensituation hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht „wesentlich verbessert“ sondern verschlechtert. Rechnet man nun noch die 12,5-Prozent-Klausel hinzu, fehlten 1978 sogar offiziell 78.576 Lehrstellen. D.h. die Regierung hat 1978 mit ihrer Entscheidung gegen die Ausbildungsabgabe formal gegen ihr eigenes Gesetz verstoßen. Die Bundesregierung ist also offenbar zu allem Möglichen bereit, um untertänigst die „erheblichen Leistungen der Wirtschaft“ (Schmude) zu würdigen. Da nun auch in diesem Jahr die Jugendlichen auf das „Wohlwollen“ der Kapitalisten vertröstet werden, sei hier noch ein kurzer Rückblick erlaubt.

Im ersten Berichtsjahr 1977 nach Inkrafttreten des APFVG drohte der „Bildungsexperte“ Rolf Radatz vom Deutschen Industrie- und Handelstag der Regierung: „Wenn die Umlage kommt, sinkt die Zahl der Ausbildungsplätze“. Zudem wurde versprochen, „rund 100.000 Lehrstellen mehr als im Vorjahr bereitzustellen“. Gerührt von soviel „Integrität“ mochte Ex-Bildungsminister Rohde „im Interesse der Jugendlichen ein solches Angebot nicht abknigern“.

Ausbildungsplatzbilanz zum 30. 9. 1978				
	1977	1978	Veränderung	in %
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	558 351	602 063	+	7,8
Industrie und Handel	265 449	288 209	+	8,6
Handwerk	208 343	219 614	+	6,4
Öffentlicher Dienst	18 917	20 870	+	10,1
Landwirtschaft	17 709	20 495	+	17,9
Sonstige	30 210	32 875	+	9,1
Unversorgte Bewerber um Ausbildungsplätze	27 013	26 382	-	1,0
Unbesetzte Ausbildungsplätze	25 451	22 282	-	12,5
Gesamtangebot an Ausbildungsplätzen	583 802	624 345	+	6,9
Gesamtnachfrage nach Ausbildungsplätzen	585 384	628 445	+	7,4

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin

Obwohl die Kapitalisten ihr Versprechen nicht einhielten und nur rund 70.000 zusätzliche Plätze meldeten, war der Bildungsminister zufrieden.

1978 hielten die Kapitalisten es für „wenig sinnvoll, Zahlen zu nennen“, und begnügten sich mit der Ankündigung: „Wir werden auch 1978 alles in unseren Kräften stehende tun“. Auf die Forderung des Wirtschaftsstassekretärs Gruner, „mit konkreten Zahlen überzukommen“, wurde gar nicht erst reagiert. (Zitate nach „Spiegel“, 23.1.78). Gruner bot an, „freiwillig“ auch in diesem Jahr auf die Abgabe zu verzichten, wenn etwa 70.000 zusätzliche Lehrstellen angeboten werden. Letztlich waren es dann knapp über 40.000 Lehrstellen, die Abgabe wurde natürlich nicht erhoben.

Schmude 1979: („Handelsblatt“ vom 22.2.79) „Es liegt jetzt an der Wirtschaft, ihre Zusage durch eine erhebliche Steigerung zu lösen“ - der gleiche Schmus... Das Bundesinstitut für berufliche Bildung rechnet offiziell mit einer weiteren Steigerung der Bewerberzahlen um 28.000 gegenüber 1978. Gleichzeitig rechnet das Institut „aufgrund der durch Umfragen ermittelten Planung der Betriebe“ schon jetzt mit einem „Rückgang des Angebotes für 1979“ (zitiert nach „EW“ Zeitung der GdW, 2/79).

Wohlgemerkt: Das Bundesinstitut hat sich auf Grundlage seines Jahresberichtes mehrheitlich gegen die Erhebung der Ausbildungsabgabe ausgesprochen - aber man nimmt es halt nicht mehr so genau.

Wer eine Lehrstelle sucht und beanspruchen darf, bestimmen wir

Wer in diesem Staat eine Chance auf eine Lehrstelle erhalten soll,

formuliert Handwerkspräsident Paul Schnitker: „Auch 1979 wird das Handwerk jedem Jugendlichen, der eine Handwerksausbildung wünscht, die Fähigkeiten dafür mitbringt und bereit ist, nicht nur einen der sechs Modeberufe zu erlernen, eine Lehrstelle bieten können“ („HB“, 21.2.79).

Ein dynamischer, sportlicher Typ mit gutem, am besten höherem Schulabschluß, soll für den Schrott gerade richtig sein, den die Handwerkskapitalisten heute als „Lehrstelle“ ausgeben dürfen.

Den Vorwurf, daß die Handwerkskapitalisten verstärkt in zukunftlosen Berufen „ausbilden“ (siehe dazu auch AK 147), streift Schnitker nicht einmal ab.

Schließlich sei man sich „einig gewesen, daß nicht nur aus arbeitsmarktpolitischen Gründen, sondern auch aus erzieherischen (!) und rein humanitären (!) Gründen eine Ausbildung besser als gar keine sei“ (ebenda).

Nun zu den Jugendlichen, die nach Meinung von Staat und Kapitalisten „ungeeignet“ sein sollen. Von den jährlich 100.000 Hauptschulabgängern und zahlreiche von der Schulbank weg arbeitslos, andere fangen irgendwo als Hilfsarbeiter an oder sie werden kurzzeitig in den Sonderformen des Berufsgrundbildungsjahres und den diversen „be-

rufsvorbereitenden Maßnahmen“ untergebracht (1978 waren dies 70.223). Diese staatlich geförderten „Lehrgänge“ werden in der Öffentlichkeit als „Stärkhilfe“ und „Chance für die Schlechten“ gepriesen. Andererseits weigert sich der Staat, diese Jugendlichen in die Nachfragestatistik mit aufzunehmen, weil „es sich dabei eben nicht (!) um Lehrstellenbewerber, sondern um potentielle Jungarbeiter handelt“ („Welt“, 22.2.79).

Im September 78 waren es noch 26.382 unversorgte Jugendliche, die es noch nicht aufgegeben hatten, sich beim Arbeitsamt offiziell als Lehrstellensuchende einzutragen zu lassen. Sie wären sicherlich heilfroh wenigstens in diesem Jahr etwas finden zu können. Auch diese Gruppe von Jugendlichen erscheint dieses Jahr nicht mehr auf der offiziellen Nachfragestatistik. Dies gilt natürlich für alle erfolglosen Bewerber der Vorjahre ebenso.

Von den „Unversorgten“ des letzten Jahres waren bezeichnenderweise 60% Mädchen und Frauen. Von ihnen hatten allein 90% einen Haupt-, Real- oder Oberschulabschluß. Wo bleiben die übrigen Schulabbrecher, die längst die Hoffnung auf eine Lehrstelle aufgegeben haben? Allen durch Addition der beiden erst genannten Gruppen ergibt sich ein neuer Nachfragebedarf, der um 96.605 über den offiziellen Zahlen liegt. Rechnet man die Vorschrift eines 12,5 prozentigen Überhangs dazu, muß man diese Zahl verdoppeln, hinzugezogen die letztgenannten Gruppen (Jungarbeiter/innen, Frauen, die in den Haushalt zurückgekehrt sind usw.) kann man getrost diese Zahl wiederum verdoppeln.

Für das kommende Jahr müßten also mindestens 400.000 bis 500.000 zusätzliche Lehrstellen bereitgestellt werden, das Berufsbildungsinstitut prophezeit aber schon jetzt einen Rückgang des bestehenden Angebots!

Lehrlingsgruppe KB/Gruppe Hamburg

Schleswig-Holstein:

Schülerbewegung vor neuem Anfang

Vom 2. bis 4.2. nahmen etwa 100 Delegierte und Gäste an einem Seminar der Landesschülervertretung der Gymnasien teil. Neben den Arbeitsgruppen, die schulspezifische Themen beinhalten, fand die AG-Mädchenunterdrückung ein so breites Interesse, daß sie gesondert stattfand. Doch zunächst einmal zur laienigen Schule.

AG-Studienstufe (StuStu)

Die jetzt in allen Bundesländern eingeführte „reformierte Oberstufe“ des Gymnasiums wird immer wieder von den Schülern diskutiert, allerdings nur im Rahmen der „eigenen“ Schule. Beim Zusammentragen der Informationen aus 20 Schulen zu 18 Tagesordnungspunkten stellte sich heraus, daß die Bedingungen, unter denen die Schüler lernen sollen, sehr unterschiedlich sind. Das hängt schon mit der Organisation des Kurs-systems an und endet mit der Bereitstellung von Freizeitmöglichkeiten. Besonderer Unmut herrscht aber darüber, daß die Studienstufen alljährlich geändert und verschärft werden. Angeprangert wurde die geplante Einführung von Aufnahmeprüfungen an der Uni. Ebenso wurde die geplante Zusammenlegung von Oberstufen abgelehnt.

Durchschat wurde auch das Manöver des Kumi Braun, der einen Fragebogen an alle Schulen schickte, um die nächste Rechtsverordnung für die StuStu planmäßiger vorzubereiten und Protesten mit einer „Beteiligung“ der Schüler zu beantworten.

nöher des Kumi Braun, der einen Fragebogen an alle Schulen schickte, um die nächste Rechtsverordnung für die StuStu planmäßiger vorzubereiten und Protesten mit einer „Beteiligung“ der Schüler zu beantworten.

AG-Schülervertretungen (SZ)

Neben dem notwendigen Erfahrungsaustausch über Inhalt, Form, Druckmöglichkeiten u. ä. wurde die Schülervertretungszensur, auch unter dem Aspekt des neuen Schulgesetzes, behandelt.

Diskutiert wurde ferner die Forderung nach Finanzmitteln vom Schulträger aufzustellen und die Antworten der Behörden zu sammeln, um sie im nahenden Wahlkampf zu verwenden.

Die dringend nötige Zusammenarbeit der SZ soll auf einem Seminar näher erörtert werden, das im März stattfinden soll.

AG-Schulgesetz und Landtagswahl

In dieser AG zeigte sich, daß Schülern der Wahlrappel nicht egal ist. Die Landesschülervertretung wurde aufgefordert, ein Flugblatt herauszugeben, welches detailliert aufzeigen soll, daß alle Parteien im Landtag nicht die Interessen und Forderungen der Schüler vertreten. Zu weit würde es führen, die vielen Forderungen der AG's Alternatives Schulsystem, Kreis-SV-Arbeit und LSV-SV-Schule darzulegen.

Das Thema Mädchenunterdrückung, was schon im 1. Plenum heftig diskutiert wurde, interessierte fast alle Teilnehmer des Seminars, so daß zwei AG's gebildet werden mußten, in denen die vielfältigsten Aspekte des Themas berührt wurden. Da die Mehrheit der Mädchen der Meinung

diskutiert wurde, interessierte fast alle Teilnehmer des Seminars, so daß zwei AG's gebildet werden mußten, in denen die vielfältigsten Aspekte des Themas berührt wurden. Da die Mehrheit der Mädchen der Meinung

war, daß auch die Jungen mit diesem Thema konfrontiert werden sollten und das auch schon in der AG, durften die Jungen teilnehmen, was viele auch taten.

In der 1. AG wurde von einem Mädchen und einem Jungen vertreten, daß Mädchen nicht unterdrückt seien, weil sie ja schließlich die gleichen Chancen hätten. Dies rief bei den anderen großen Ärger hervor und es wurde dann anhand vieler Beispiele aufgezeigt, wie Mädchen und Frauen unterdrückt werden und daß dies nicht an den Mädchen und Frauen selbst liegt, sondern daß dies gesellschaftlich bedingt ist.

In der 2. AG wurden nicht nur die gesellschaftlichen Ursachen herausgearbeitet, sondern es wurden auch Themen wie Kindererziehung, Wohngemeinschaften, Beziehungen und die Geschichte der Frauenbewegung angesprochen. Die Frage, ob auch die Unterdrückung von den Jungen ausgeht, wurde am Ende von fast allen bejaht und die Forderung nach einem Mädchenseminar aufgestellt. Das Plenum stimmte dem zu, allerdings sollten auch Jungen an dem Seminar teilnehmen dürfen. Aber es wurde auch von den Mädchen gefordert, daß sie auf dem Seminar allein über ihre Unterdrückung sprechen können, um dann hinterher mit den Jungen darüber zu diskutieren.

Diese Ergebnisse des Seminars zeigen, daß die Schülerbewegung in Schleswig-Holstein voll da ist.

Jugendzelle/KB/Gruppe Kiel

Diese Ergebnisse des Seminars zeigen, daß die Schülerbewegung in Schleswig-Holstein voll da ist.

Jugendzelle/KB/Gruppe Kiel

Schulstreik illegalisiert

Westberliner: „Ein Streikrecht, auch für einen guten Zweck, besteht in der Schule nicht. Mit diesem Urteil gegen die Eltern von Schülern der Schöneberger Finow-Grundschule brachte das Amtsgericht Tiergarten die Westberliner Schulwelt wieder in Ordnung.“

Vorgeschichte des Prozesses war ein einseitiger Schulstreik von Schülern und Eltern gegen geplante Klassenzusammenlegungen im Jahr 1976. Die Schulbehörde reagierte damals mit Bußgeldbescheiden gegen die betroffenen Eltern (die Eltern sollten je 30,- DM plus Verfahrenskosten zahlen) wegen „Verstoßes gegen das Schulgesetz“.

Auf den Widerspruch einiger Eltern hin wurden die Eltern im April 1977 jedoch vom Amtsrichter Rautenberg freigesprochen, denn „die Pflicht zu regelmäßigem Schulbesuch aus dem Schulgesetz (lasse) auch Ausnahmen zu.“ Dieses Urteil wurde allerdings vom 4. Bußgeldsenat des Westberliner Kammergerichts wieder aufgehoben, da das Schulgesetz eine „ständige ununterbrochene Teilnahme“ am Unterricht verlange.

In zweiter Instanz wurden die betroffenen Eltern schließlich zu je 10,- DM Bußgeld und zur Übernahme der Verfahrenskosten verurteilt (die Anwalts- und Gerichtskosten machten für die Eltern mehrere 1000 DM aus!). Beachtenswert an diesem Prozeß sind aber insbesondere das Plädoyer des Anklagevertreters sowie die Argumentation des verantwortlichen Richters.

Der Anklagevertreter betonte nachdrücklich, daß die Eltern ausschließlich (!) in Sorge um das Wohl ihrer Kinder gehandelt hätten, und er betonte die herzlose und zynische Haltung der Schulbürokraten, die jedes pädagogische Argument achselzuckend vom Tisch wischen. Aber es gibt ja nun einen § 9.2 im Schulgesetz, und deshalb müßte er auch angewendet werden.

Ähnlich die Argumentation des verhandlungsführenden Richters: Den Eltern sei in der damaligen Situation Aufregung und Ohnmacht zuzubilligen gewesen, ebenso, daß das Schulkomitee unter Stadtrat Bürger (CDU) pädagogische Maßnahmen unter den besonderen Umständen unterlassen habe. Allerdings hätten sich die Eltern bewußt über behördliche Warungen hinweggesetzt. Die wahrhaft salomonische Urteilsbegründung des Richters: Die Behörde habe die pädagogische Seite nicht beachtet (wofür hierzulande aber niemand belangt wird), die Eltern hätten die rechtliche Seite nicht beachtet (was staatlicherseits unter keinen Umständen geduldet werden darf).

Protest gegen dieses demokratieförmliche Urteil wurde von der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz erhoben. Die AL solidarisierte sich mit den Betroffenen und beteiligte sich mit 100,- DM an den Prozeßkosten.

(Informationen nach „Tagespiegel“ vom 30.1.79 und Presseerklärung der Alternativen Liste)

Ein Westberliner Genosse

Laßt euch nicht veräppeln von den Behördenseppeln

Hamburg. Dies war eine der beliebtesten Personen auf der Demonstration der Schülerkammer am 13.1. Die Demo richtete sich gegen den neuen Zeugnisreißer und war mit ca. 1300 Schülern wieder die erste Schülerdemo in Hamburg seit der Schulstreikbewegung vor zwei Jahren. Der Zeugnis-Erlass nicht drastische Verschärfungen vor. So wird faktisch ein Numerus Clausus an allgemeinbildenden Schulen nach der 6. Klasse eingeführt. Das Recht der Schüler auf Nachschreiben von Klassenarbeiten wird abgeschafft (siehe AK 148).

Neben Forderungen wie z.B. „Schüler fordern mit Gebrüll – Zeugnisreißer auf den Müll“ wurden auch Parolen gegen die Einführung des Kursystems an berufsbildenden Schulen gerufen. Gegen das Kurs-

system hatte es schon vor kurzem Streiks und Demonstrationen der Berufsschüler gegeben.

Insgesamt war die Demo also ein großer Erfolg, und man kann nur hoffen, daß sich dieser neue Anfang nach den Ferien weiterentwickelt. An einer Schule (Gymnasium Hohenzolmring) war die Demo mit einer gelungenen Aktion vorbereitet worden. Hier zogen Schüler mit einem Sarg durchs Geblüde, um die Beerdigung der „Chancengleichheit“ zu zelebrieren. Vor dem Zimmer des Schulleiters, der es leider an der notwendigen Pöbelkeit fehlen ließ, schwall die „Trauergemeinde“ auf über 300 Leute an. Anschließend beschloß der Schülerrat einen Aktionstag nach den Ferien.

Ein Genosse vom Hohenzolmring

Prügeln in Bayern – „Gewohnheitsrecht“

Freigesprochen hat das Memminger Amtsgericht einen Lehrer, der einen einjährigen Schüler im Unterricht an den Haaren und am Ohr gezogen und noch zweimal kräftig geohrfeigt hatte. Der Richter befand, der wegen Körperverletzung angeklagte Erzieher könne sich bei der „maßvollen Züchtigung“ (?) auf das „Gewohnheitsrecht“ berufen. Der Lehrer konnte sich nicht mehr erinnern, wieviele Ohrfeigen er ausgeteilt hatte, der Rektor der Schule räumte als Zeuge ein, der Erzieher habe schon des Öfteren auf diese Weise seine Schüler „gezüchtigt“. Am Tage nach dem Vorfall hatte der Lehrer gleich zwei weitere Schüler „gewischt“.

Der Lehrer war bereits vom Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 1800 Mark verurteilt worden. Auf seine Beschwerde hin hob das Bayerische Oberste Landesgericht das Urteil auf und verwies den Fall zur erneuten Verhandlung an einen anderen Memminger Amtsrichter. Die Richter am Bayerischen Obersten Landesgericht begründeten ihren Beschluß mit dem Hinweis auf eine Entscheidung des Bundesgerichtshofes aus dem Jahre 1957, wo Lehrern an Volksschulen ein „Gewohnheitsrecht“ zubilligt wird, wenn sie „maßvoll züchtigen“. Aus der Begründung der bayerischen obersten Richter: „Gewohnheitsrecht setzt voraus, daß sich eine Gewohnheit durch langjährige Übung äußerlich bestätigt“. Je mehr also geschlagen wird, desto mehr haben die Lehrer ein „Recht“ darauf!

Den Hinweis auf die allgemeine Schulordnung aus dem Jahre 1973, in der den Lehrern das Schlagen ausdrücklich untersagt wird, ließ das Gericht nicht gelten, weil es sich dabei nicht um ein Gesetz handle, sondern lediglich um eine Verordnung des Kultusministeriums. Der Kommentar der „Nürnberger Nachrichten“ vom 16.2.79 trifft den Nagel auf den Kopf: „Der Spruch aus Memmingen kommt gerade recht, um die schönen

Reden, die bisher zum Jahr des Kindes zelebriert wurden, als das zu entlarven, was sie sind: Heuchelei. Dieses Urteil zeigt glasklar, daß die Erwachsenenwelt, allen vorgegebenen Beteuerungen zum Trotz, nicht einmal bereit ist, das aufzugeben, was nun wirklich nicht ihr Verdienst ist: Ihre Vormachtposition nämlich aufgrund von körperlicher und zumindestens eingebildeter geistiger Überlegenheit. Formaljuristisch ist der Spruch des Memminger Richters nicht angreifbar. Für die Realität aber bedeutet er nicht nur die Zementierung der herrschenden Meinung, daß man Kinder züchtigen darf.

... Nach einer Umfrage unter 1049 repräsentativ ausgewählten Schülerinnen und Schülern zwischen sechs und 15 Jahren, die das Deutsche Jugendinstitut in München 1978 veranstaltete, haben in Bayern 53 % der Befragten schon einmal Bekanntheit mit einem schlagenden Pädagogen gemacht. Von Konsequenzen aus der Veröffentlichung dieser Zahlen ist nichts bekannt. Soll das Urteil die Antwort sein?

Von Seiten der SPD und FDP kam Kritik an diesem Urteil. Sie kündigten eine genauere Überprüfung und notfalls einen Antrag auf Gesetzesänderung an.

Ministerialrat Dr. Dünninger aus dem Kultusministerium gab allerdings in einem Interview auf die Frage nach einer gesetzlichen Initiative, die einwandfrei rechtliche Grundsätze festlegt, kund: „Dessen bedarf es nicht mehr. Der Tatbestand, daß in Bayern die körperliche Züchtigung an den Schulen unzulässig ist, ist durch Rechtsverordnung geregelt. Im übrigen sollte man nun nicht in den Fehler verfallen anzunehmen, in Bayern dürfen Lehrer Schüler schlagen. Ich stelle dazu fest: An bayerischen Schulen wird nicht geschlagen.“

KB/Gruppe Nürnberg

Protest gegen neugestaltete Oberstufe

Frankfurt. Aufgrund der von der Mehrheit als untragbar empfundenen Situation an der Helmholtschule beantragten die Schüler eine Vollversammlung. Diese VV wurde von Schulleiter Thiel nicht bewilligt.

Die Schüler protestierten jedoch gegen eine solche Beschränkung ihrer Rechte. So sah sich Thiel doch gezwungen, die VV zu genehmigen. Auf der VV diskutierten die Schüler, was sie gegen die Zustände an der Schule machen könnten. Es wurden z.B. nur je ein Musik- und Kunst-Kurs angeboten, und wer hier nicht das Glück hat, durch Auslösung reinkommen, kann diese Fächer nicht belegen und muß etwa in einen Literaturkurs reingehen, ob es ihm paßt oder nicht. Ähnlich ist es auch mit den naturwissenschaftlichen Fächern. Der Chemie-Leistungskurs findet in einem Kellerraum statt und ist von 21 Leuten belegt, obwohl für einen Leistungskurs maximal 16 Schüler vorgesehen sind.

Dies hat zur Konsequenz, daß keine Experimente gemacht werden, und der Unterricht monoton nach Lehrbuch durchgezogen wird. Trotz allem Geschwafel von Gleichberechtigung und Chancengleichheit wird daran deutlich, daß nur der Bildung be-

kommt, der aufgrund seiner Schichtzugehörigkeit dazu ausersehen ist und zusätzlich noch eine glückliche Hand beim Lose-Ziehen hat.

Daher wurde auf der VV von einigen geäußert, daß diese Zustände nicht nur an dieser Schule auftreten, sondern durch die Verschärfungen der Neugestalteten Gymnasialen Oberstufe (NGO) hervorgerufen und diese Zustände seien auch nur durch die Aufhebung der NGO zu beseitigen. Eine Information aller Schulen sei notwendig, um eine breite Solidarität zu erreichen, um gemeinsam gegen die NGO vorzugehen. Gegebenenfalls sei ein Schulstreik anzustreben. Hier hatte nun Thiel seine Chance gesehen, die VV doch noch zu verbieten. Derartig radikale Äußerungen seien unzulässig, und die VV sei hiermit beendet. Darauf organisierten die Schüler eine Veranstaltung mit Lehrern, Eltern und Schülern, um die Situation an der Schule breiter bekannt zu machen und zu überlegen, wie man dagegen vorgehen kann. Hier wurde eine Resolution an die Herren Regierungspräsidenten und Kultusminister verabschiedet, in der es u.a. heißt:

„Die Entwicklung des Kurs-systems in den letzten Jahren hat

überwiegend Verschlechterungen mit sich gebracht. Von den angekündigten Möglichkeiten der Wahl der Fächer nach Neigung und Interessen der Schüler ist nicht viel übrig geblieben. Die mehrmaligen Änderungen der Abiturprüfungsordnung (1974, 1976, 1977) bewirken durchweg eine Verschärfung des Leistungsdruckes. Die Versammelten fordern daher mit allem Nachdruck:

- ausreichende Einstellung von Lehrern, insbesondere in Kunst, Englisch, Sport, Bio und Chemie
 - kein Kurs über 20 Schüler, Naturwissenschaften 16 Schüler
 - keine Zuteilung und Auslösung von Schülern
 - keine Lehrerbeförderung an fremde Schulen
 - Erweiterung des Kursangebots
 - Rücknahme des Gesetzes und der Verordnung der NGO
- Wir fordern Sie auf, diese Forderungen zu erfüllen und sich binnen drei Wochen dazu zu äußern.“
- Diese Resolution wurde mit drei Gegenstimmen verabschiedet. Diese kamen aus der Ecke des SPD-nahen Stadtschülerrates, der die NGO für soooooo fortschrittlich hält ...

Schülergruppe KB Frankfurt

Remmers will Modellschule amputieren

Der Konflikt um den Hannoverschen Schulversuch Glocksee spitzt sich weiter zu: Der weit über Hannover hinaus bekannte Modellschule, in der Kinder engagiert und ohne Schulstreik in Selbstbestimmung lernen sollen, werden gemäß eines Erlasses des CDU-Kultusministers Remmers die Klassen 5 und 6 genommen. Die „Gründe“ für diesen aufsehenerregenden Schritt hören sich folgendermaßen an (nach „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ vom 7.2.): Die Integrierte Gesamtschule Linden, die die Glocksee-Kinder ab Klasse 7 aufnehmen will, verlangt, daß für diese Schüler bereits in den zwei vorangehenden Jahrgängen pro Klasse je zwei Plätze freigehalten werden müßten (damit die betreffenden IGS-Klassen nicht in der 7. Klasse noch voller werden). Das aber hätte nach Rechnung des Ministers zu Folge, daß für die Schüler der Glocksee noch mehr Lehrerstunden zur Verfügung stehen würden als ohnehin schon. „Eine derartige Bevorzugung der Glocksee-Schüler, die sich über dem überproportional aus Akademiker-Kindern zusammensetzen, ist gegenüber anderen Schulen weder zu begründen noch zu verantworten“, so Herr Remmers.

In der ARD-Diskussion am 28.2. „Glocksee – ein Experiment“ machte der Herr Kultusminister, dessen Anliegen es neuerdings zu sein scheint, Akademiker-Kinder nicht zu bevorzugen (ein für die CDU be-

kenswerter Aspekt!), auch einen mühen Versuch, seine unpopuläre Maßnahme pädagogisch zu begründen: Die Glocksee dürfe „schließlich kein Schonraum sein“, denn die Folgen wären möglicherweise „Aggressionssteigerungen, wenn die Kinder dann in eine andere Schule kommen“. Außerdem könnten die Schüler ja auch bereits nach der 4. Klasse eine IGS besuchen.

Remmers machte nicht nur in der Fernsehdiskussion, sondern insgesamt im Glocksee-Konflikt eine schlechte Figur, sind doch alle Argumente sowie eine „Welle von Solidarität“ (HAZ am 6.2.) auf der Seite der angegriffenen Schule. Dem Herrn Minister, der immer wieder darauf hinweist, daß er ja schließlich erst kürzlich der Glocksee die Genehmigung zur Einrichtung einer Ganztagschule gegeben habe – nämlich mit dem gleichen Erlaß, der ihr auf der anderen Seite zwei Klassen nehmen will –, wird von Eltern-Vertretern vorgeworfen, mit seinem Erlaß „grob vermessenswidrig“ zu handeln. Als der Erlaß über Remmers' Schreibtisch ging, hatte noch nicht ein einziger der sechs Jahrgänge den Schulversuch komplett durchlaufen, d.h., es liegen noch keinerlei Erkenntnisse vor, die die 5. und 6. Glocksee-Klassen als negativ oder auch nur fragwürdig erscheinen lassen könnten.

Außerst fragwürdig mutet dagegen das Verhalten des Ministeriums an, daß nach der Herausgabe des Erlasses

(Juli 78!) weder einen Elternvertreter noch Prof. Negt, den Leiter der wissenschaftlichen Begleitung der Glocksee-Schule, zu einem Gespräch empfangen hat. In der Fernsehdiskussion stellten Negt und eine Elternvertreterin noch einmal deutlich heraus, daß die Glocksee im Gegensatz zu herkömmlichen Schulen eine nicht abnehmende Lernmotivation bei den Schülern erreicht hat, und daß dieses positive Ergebnis sowie das pädagogische Konzept der Schule nicht durch eine Beschneidung aufs Spiel gesetzt werden dürfen.

Die breite Solidaritätskampagne nicht nur in Hannover gibt ihnen Recht. Lasten mit rund 6000 gesammelten Unterschriften konnten dem Ministerium Anfang Februar vorgelegt werden. „Pädagogische Experten aus der Bundesrepublik erklärten sich mit der Schule ebenso solidarisch wie Fachleute aus den USA, Dänemark, Italien, den Niederlanden und Österreich“ („HAZ“, 6.2.). Und auch aus Kreisen der SPD gibt es Unterstützung. Der Landtagsabgeordnete und Ex-Kultusminister Marenholz vertritt als Rechtsanwalt die Glocksee-Eltern bei ihrer Klage. Auch der Stadtschülerrat Hannover hat Einspruch gegen den Erlaß des Ministeriums eingelegt.

Bleibt zu hoffen (und alles dafür zu tun!), daß Herr Remmers mit seinen Amputations-Plänen nicht durchkommt. KB/Gruppe Hannover

Frankreich **KÄMPFE DER STAATLICHEN
EIN NEUER MAIER**

* 300 Stahlarbeiter aus Longwy demonstrieren auf den Champs-Élysées in Paris, nachdem Sie drei Stunden lang den Eiffelturm besetzt hatten.

Der Generalkstreik der Stahlarbeiter am 16. Februar war ein Erfolg in der Mobilisierung. in Fos, Roubaix und Sedan wurden die Stahlarbeiter von der Polizei angegriffen. Vorläufiger Höhepunkt der Aktionen der Stahlarbeiter, die immer mehr zum Kristallisationspunkt der sozialen Kämpfe werden, war die Besetzung der Fernstation von Longwy

Am 21.2. abends besetzten ca. 50 maskierte CFDT-Gewerkschafter die Fernsehstation von Longwy, die für ca. 70.000 Fernsehzuschauer der Umgebung sendet. Vor dem Treffen der Gewerkschaftsführungen mit Industrieminister Giraud am 23.2. wollten sie ihren Forderungen Nachdruck verleihen und zwangen die Fernsehleute, Bilder und Parolen zur Stahlkrise auszustrahlen. In der Nacht vom 23./24. 2 räumten "Gendarmes mobiles" (= mobile Polizeitruppe) die besetzte Fernsehstation und beschlagnahmten das Filmmaterial der Arbeiter. Noch während der Nacht alarmierten die Besetzer die Bewohner Longwys durch die Sirenen der Fabriken, Lautsprecherwagen fuhren durch die Stadt und verbreiteten die Nachrichten von der Kämpfungs.

Anschließend besetzten die Arbeiter die Büros der Stahlunternehmungen Steins, und vereinzelt auch Molotow-Cocktails geworfen

Am 9.2. schitzten Stahlarbeiter im Norden im Konzern Unions in Denain einen Diktator fest und machten ihn dann auf den Weg nach Paris, 2.000 versuchten den großen Flughafen von Roissy (nördlich von Paris) zu besetzen. Die CRS griffen mit großer Brutalität ein, bekamen jedoch den Zorn und die Frischwutheißheit der Stahlarbeiter sehr nachhaltig zu spüren. Ein CFTU-Delegierter berichtete: „Sowie die Jungs darin gingen die Einfahrt zum Flughafen zu blockieren, sind sie mit Granaten angegriffen worden. Dann haben erst CFTU-Delegierte berichtet: „Sowie die Jungs darin gingen die Einfahrt zum Flughafen zu blockieren, sind sie mit Granaten angegriffen worden. Dann haben erst weithundert, dann drei- und vierhundert von uns zurückgeschlagen mit Stöcken, Schleudern, Steinen, abgewandten Stellschrauben, mit allem, was man unter die Finger kam. Im Flugzeugschuppen hatten wir aus Traktoren, Elektrokarren und Koffern errichteten Artillerie; es gab gewaltige Zweikämpfe von Mann zu Mann.“ Die CRS sind verurteilt worden. Ein Polizeikommissar wurde in einem

Und aus anderer CFDT-Delegierter: "... werden Schleudern in Fokete zu hundert hergestellt; unmöglich, in der ganzen Fabrik ein Kugellager aufzutreiben. Die Jungs stellen Schlagstöcke aus Stahl her und rüsten sich mit Gasmasken aus. Als die CRS zum ersten Mal in Densin angegriffen haben bei der Aktion beim Finanzamt, waren wir nicht bewaffnet" ("Libération", 14.2.79).

Neben der Besetzung öffentlicher Gebäude und der Blockade von Straßen und Schienen ist die Einschließung von leitenden Angestellten zum weit verbreiteten Kampfmittel geworden. Am 21. 2. wurden drei Direktoren sogar in einem vornehmen Restaurant nahe Longwy von Stahlarbeitern bejagt. In Forges de Blagny schlossen 50 Frauen von entlassungsbedrohten Stahlarbeitern Direktor und Buerger sozial ein.

Der Generalstreik war eine wichtige Etappe in der Mobilisierung der Stahlarbeiter: im Norden, im Valenciennois und in Lothringen wurde er nahezu 100 % befolgt. Es gab starke Demonstrationen u.a. 20 000 in Lille und 40 000 (die Zahlen schwanken bis 80 000) in Valenciennes. In Sedan, Roubaix und Fos-sur-Mer (bei Marseille) griffen CRS die Stahlarbeiter an. In Fos räumten CRS brutal eine Straßenbrennkade.

Die heftigsten Kämpfe, wie sie für Metz und Longwy erwartet wurden, fanden jedoch in Sedan statt, das in der Mitte zwischen Lothringen und dem Stahlrevier im Norden liegt. Die mehr als 40 000 Demonstranten waren die Belagerung der Stadt durch

der Mitte zwischen Lohr und dem Stollreiter im Norden fast mehr als 40.000 Demonstranten an die Belagerung der Stadt durch zwei Kompanien CRS aus Rems als Provokation an, ließen sich jedoch nicht davon abhalten, die Polizeiwache, das Finanzamt und das Parteibüro der gaullistischen UDR anzugreifen. Im Finanzamt wurden zahlreiche Akten geklaut und in einem Freudenfeuer angezündet, ein ebensolches fand vor dem UDR Büro aus gaullistischem Propagandamaterial statt. Kleine Gruppen verteidig-

In Longwy beschlagnahmten Trupps von Stahlbreitern bereits in der Nacht zum 16. 2. Baufahrzeuge und LKW's, um die Straßenhockern vorzubereiten. Besondere Aufmerksamkeit widmeten sie zwei großen Supermärkten außerhalb der Stadt, von denen bekannt war, daß sie ihre Angestellten zur Arbeit zwingen. Der Zugang wurde durch Ketten ineinander geschobener Einkaufswagen, mit Müllkippen und Schlacken aus LKW's nachhalig versperrt.

In den Aktionen, die die Stahlwerke seit Ende letzten Jahres mit wachsender Entschlossenheit durchgeführt haben, haben sich militante Kerne herausgebildet, die heute gut ausgerüstet zu Demonstrationen kommen. Auch über diese Gruppen hinaus war der Unmut über eine erneute zerrüttete und örtlich begrenzte Aktion wie die vom 16.2. groß (in Paris hatten CGT und CFDT am 16.2. nichts organisiert). Aktionen wie die von Roissy und Sedan zeigen, daß in Einzelfällen den Gewerkschaftsführungen die Kontrolle entgleitet. Die militantesten Kräfte befinden sich an der Basis der CFDT, während die CGT bei ihren

nelle Kampfformen ihre Mitglieder noch weitgehend hinter sich hat. Obwohl die CGT sich insgesamt zu recht wortradikalen Tönen genügt, möchte sie die Flughafen-Blockade in Rouen verhindern. Zur Besetzung der Fernverkehrsstation von Longwy erklärte der PC-Bürgermeister Pollet: "Unkontrollierte Gruppen versuchen, die öffentliche Meinung aufzustacheln. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen" ("Le Monde", 25.2). Als CGT-Funktionäre am 16.2 in Longwy mit ihrem Wagen eine Straßensperre passieren wollten, ließen die CFDT-Statthalter sie nicht durch. Auf empörte Fragen, welche CFDT-Einheit er denn repräsentiere, antwortete ein Arbeiter: "Die Autonomen von Paris" ("L'Encelle", 16.2).

CFDT-Funktionäre ließen sich nicht durch Auf empörte Fragen, welche CFDT-Einheit er denn repräsentiere, antwortete ein Arbeiter: "Die Autonomen von Paris" ("L'Encelle", 16.2).

Bisher unterscheiden sich die Vorschläge der Gewerkschaftszentralen zur Fortführung des Kampfes: die CGT orientiert auf eine Demonstration am 1. März in Paris sowie auf einen bereits länger diskutierten Marsch der Stuhlarbeiter auf Paris Ende März. Die CFDT schlägt einen nationalen Generalstreik am 10. März vor.

Die Lahmung der Arbeiterbewegung nach der Wahlniederlage der ehemals „Vereinigten Linken“ (März '78), die bisher nur durch Streiks, die überwiegend von ausländischen Arbeitern getragen wurden (Renault, Sommer '78), durchbrochen worden war, ist nun endgültig vorbei. Seit den Aktionen der Stahlarbeiter und den spontanen Rebellionen von Caen und St. Nazaire (vgl. AK 147) entläßt sich der Zorn der Arbeiter häufiger in direkten Aktionen. In allen Ecken Frankreichs finden zur Zeit keine Streiks statt, in denen harte Kampfformen praktiziert werden. Stattdessen treten erneut sehr hier die Merkmale der Arbeiterbewegung nach dem Streik der Petroleumarbeiter von Lyon, die Besetzung des Verwaltungsgebäudes von Bihorel (Vorort von Rouen), ein sechswochiger Streik von Arbeitern der I.K.W. Fabrik Kiwin Rouen, der trotz Zerschlagungsversuchen durch die Polizei weitergeführt wurde, eine Fabrikbesetzung in Romagny-le-Sec (deux Saint Denis) wo 62 Arbeiter seit Januar ihre Fabrik gegen Entlassungen besetzt halten, die Gewerkschaft von den leitenden Angestellten einer Brauerei von Sedan sowie die dreiwöchige Besetzung des Schlachthofes von Le Mans.

LC MARS

Frankreich-Kommission

Nachdem der spanische Außenminister Marcelino Oreja Mitte Januar in Paris seinem französischen Amtskollegen die "Balle" vorgetragen hatte, aus Spanien nach Frankreich geflohenen, politisch aktiven Basken kein politisches Asyl mehr zu gewähren, hat die französische Regierung prompt reagiert. Oreja hatte Pöncet zur Erleichterung seines schmutzigen Geschäfts gleich eine Liste mit dem Namen von 120 baskischen Flüchtlingen, die der ETA angehören sollen und die sogleich in Frankreich leben, mitgeliefert.

In der Nacht vom 29./30. Januar land in Bayonne, im französischen Baskenland, eine Nacht- und Nebelaktion der französischen Polizei gegen politische Flüchtlinge aus dem spanischen Baskenland statt. Ein Gesetz zur "Legitimierung" der Polizeiktion war vorher geschaffen worden, kein politischer Flüchtling aus Spanien erhält mehr in Frankreich Asylrecht. Als Folge dieser Aktion erhielten 14 spanische Flüchtlinge sofort Aufenthaltsverbot für das Gebiet des französischen Baskenlandes. Sie wurden in die französischen Alpen zwangsdeportiert, wurden dort in einem Hotel untergebracht und müssen auch zwei Mal täglich schriftlich bei der Polizei melden. Sieben weitere Flüchtlinge wurden nach Spanien abgeschoben, sie hatten keinerlei Möglichkeit, sich juristisch gegen das Abschiebungsverfahren zu wehren. Für etwaige Fluchtversuche wurde angedroht, daß alle spanischen politischen Flüchtlinge sofort nach Spanien abgeschoben würden. Wie man solche „Fluchtversuche“ schafft

Das neue Gesetz zwischen der französischen und der spanischen Regierung ist ein Freibrief zum Menschenhandel, der der Menschenrechtskonvention völlig zuwiderläuft. Die linke und demokratische Öffentlichkeit hat entsprechend mit Protest reagiert: Anfang Februar demonstrierten in Bayonne 3000 Menschen in Valensole (französisches Baskenland) bei einem Solidaritätskommitee gebildet worden, dem Mitglieder der örtlichen CFDT, der OCL und der Gruppe Autonome Okzitaner angehören. In einem Aufruf fordern sie die Bevölkerung auf, sofort zu handeln, da das Leben der spanischen politischen Flüchtlinge von französischer und spanischer Seite her bedroht ist. Die 14 in den französischen Alpen verbannten spanischen Basken haben inzwischen durch einen enttägten Hungerstreik ihre Forderung nach freiem Aufenthalt in Frankreich nachdrücklich klargestellt. Daraufhin hat ihnen der örtliche Bürgermeister (PS) zugesichert, daß sie im französischen Baskenland bleiben dürfen, gleichzeitig hat er aber einen Raum für eine Pressekonferenz verweigert. Die Aufenthaltsgewährung wurde wenig später auch wieder eingeschränkt: am 5. März müssen die 14 spanischen Basken in einen kleinen Ort in die französischen Pyrenäen umziehen.

Frankreich-Kommission

Neben den Aktionen der Stahlarbeiter ist es in den letzten Wochen in Frankreich auch in anderen Regionen zu Streiks und Demonstrationen gekommen. Diese Aktionen zeichnen sich durch eine sehr breite Beteiligung der Arbeiter und der Bevölkerung aus. Ähnlich wie zu Beginn der Kampfaktionen der Stahlarbeiter stehen sie allerdings noch unter der Führung der revisionistischen und reformistischen Gewerkschaftsführer von CGT und CFDT. Das Beispiel der Stahlarbeiter zeigt aber, daß sich dies im Verlauf der Kämpfe ändern kann. Von Seiten der Regierung und der Kapitalisten werden selbst geringere sozialpolitische Zugeständnisse rundherum abgelehnt. Premierminister Barre hat noch einmal mit aller Deutlichkeit erklärt, daß es von einer Stabilität – sprich Spar- und Arbeitslosigkeitspolitik – keinen Millimeter abweichen will. „Die Arbeitslosigkeit ist eine variable Größe, die von der Gesundheit der Unternehmen und ihrer Fähigkeit zu zahlen, also zu produzieren und zu investieren, abhängt, alles andere ist sozialistisches Geschwätz“ (zit.

Einen weiteren Höhepunkt gab es in St-Etienne, wo zu einer regionalen Demonstration am 20. 2. 50.000 Menschen kamen, und insgesamt 100.000 Arbeiter sich an begrenzten Streikaktionen im gesamten Departement beteiligten.

Neben den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter muß aber unbedingt noch der wachsende Protest der Bauern gegen die Agrarpolitik der EG und den geplanten Beitritt von Spanien, Griechenland und Portugal erwähnt werden. Auch hier kommt es täglich zu einzelnen Protestaktionen der Bauern, die aber naturgemäß noch weitaus mehr zersplittert sind als die Arbeiteraktionen.

KB/Gruppe Göttingen

England

Streiks gehen weiter!

Wie im letzten ARBEITERKAMPF berichtet, rollt z. Zt. die breiteste Streikwelle seit 1926 über England. Sie richtet sich in erster Linie gegen die 5%-Lohnleitlinie der Callaghan-Regierung. Diese vereinbarte vor vierzehn Tagen ein sogenanntes Konkordat mit der Gewerkschaftsführung, eine nach dem Modell der BRD aufgebaute konzertierte Aktion.

Inhalt des Konkordats sind Absprachen über „zulässige“ Lohnerhöhungen und gleichzeitige „teilweise“ Einschränkung der Gewerkschaften, wie Aufhebung des Streikrechts für einige Berufe des öffentlichen Dienstes, Streikpostengesetze, sowie Einführung geheimer Abstimmungen in den Gewerkschaften vor Streiks.

Es läßt sich absehen, daß die Streiks in mehreren Bereichen z. Zt. weitergeführt werden, bzw. sich noch ausdehnen (siehe unten). Angesichts der breiten Kampfbereitschaft hätte man erwarten können, daß die Führungen der Gewerkschaften versuchen, sich an die Spitze zu setzen, um zu erreichen, daß ihnen die Bewegung nicht aus den Händen gleitet. Ganz offensichtlich legen es die Gewerkschaftsführer aber im Gegenteil darauf an, durch provokatorische Angebote an die Kapitalisten (Konkordat) und Zustimmung zu Abschlüssen, die weit unter den Forderungen liegen (Bergarbeiter) — also durch offenen Verrat — Resignation zu verbreiten und die Kampfbereitschaft der Arbeiter zu lähmen. Die Strategie der Labour-Regierung läuft offensichtlich darauf hinaus, die spontanen ökonomischen Kämpfe durch einen harten Kurs zu Fall zu bringen.

Die Labour-Regierung nimmt damit bewußt in Kauf, mal wieder als sozialdemokratische Regierung in der englischen Arbeiterklasse abzuwählen und den Weg für einen Wahlzug der Konservativen freizumachen. Nach einer ausführlichen Übersicht im letzten ARBEITERKAMPF beschränken wir uns hier auf die drei wichtigsten Auseinandersetzungen der letzten vierzehn Tage.

Aktionen der Beamten

Die 300.000 Beamten streikten am 23.2. für 24 Stunden in ganz Großbritannien. Wie schon vorher bei den Arbeitern im öffentlichen Dienst wurden auch hier die Aktionen mit Schwerpunktstreiks fortgesetzt.

Etwa 1300 Beamte in Schlüsselpositionen setzten z. Zt. wichtige Abteilungen der Regierungsmaschinerie außer Kraft. So streikten die Beschäftigten der Chiffrierdienste der Geheimdienste, der Computer in der Fernmeldezentrale der Regierung, der geheimes Material aufarbeitet, wurde abgeschaltet. Auch der Computer für Subventionen an Industrie und Landwirtschaft sowie der Computer, der die Zahlungen für die Rüstungsindustrie berechnet, wurde abgestellt. Die Streikenden wollen sich jetzt schon Lohnerhöhungen von bis zu 30 % sichern, obwohl ihre Tarifabkommen erst am 1. April auslaufen (Hamburger Abendblatt, 26.2.79). Die Chancen stehen eben besser, wenn alle zu gleicher Zeit die Regierung beunruhigen. Die Pläne für diesen Streik wurden von den Gewerkschaften CPSSA und SCPS — die mehr als eine Viertel Million Beamte hinter sich haben — seit mehreren Monaten vorbereitet. CPSSA-Generalsekretär Ken Thomas: „Der Streik wird vom normalen Bürger nicht gespürt werden, aber er wird die Schatzkammer (Finanzministerium) nachts wachhalten“ (TG, 26.2.79). Dieser Streik ist als Ausweitung des in die sechste Woche gehenden Streiks der Arbeiter des öffentlichen Dienstes anzusehen, die sich z. Zt. gerade in Abstimmungen über die Annahme eines 11 % Kompromisses befinden. Ihre Forderungen lauten 60 Pfund pro 35-Stunden-Woche, das entspricht Lohnerhöhungen von bis zu 40 %.

Bergarbeiter

In der Nacht zum 28.2. akzeptierten die Gewerkschaftsführer der Miner

das lausige Angebot der Kohlebehörde von 9 % Lohnerhöhungen. Wenn die Bergarbeiter in der nächsten Woche sich in Abstimmungen für dieses Angebot aussprechen, bedeutet das durchschnittliche Erhöhungen von nur 6,46 Pfund, die Forderung der Miners lag bei Lohnerhöhungen von 31,46 Pfund bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung auf die 35-Stunden-Woche (etwa 4 %).

Das Exekutiv-Komitee der Gewerkschaft stimmte mit 15 zu 10 Stimmen für diesen Verrat an den Arbeitern! Joe Gormley, der rechte Präsident der Bergarbeitergewerkschaft, sprach sich außerdem für eine engere Zusammenarbeit mit der staatlichen Kohlebehörde aus, um „die kostenträchtigen Arbeitsunterbrechungen durch lokale Streikaktionen zu unterbinden“.

Die Kohlebehörde spielte in den Verhandlungen insbesondere auf verschiedene Minen an, die ihrer Meinung nach nicht mehr profitträchtig arbeiten. Durch Schließung von diesen — etwa 40 Minen — würden etwa 38.000 Arbeitsplätze verloren gehen (TG, 28.2.79).

British Leyland

In dieser Auseinandersetzung ging es nicht um Lohnerhöhungen, sondern hier kämpfen die Arbeiter dagegen, daß der im letzten Jahr abgeschlossene Tarifvertrag und die darin enthaltene Bindung des Lohns an die Leistung (Produktivitätsabkommen) vom Kapitalisten angewendet wird. Im Verlauf dieses Konfliktes hatten die Arbeiter der Longbridge-Niederlassung auf einer Massenversammlung, an der 10.000 Arbeiter teilnahmen, sofortige Streikaktionen beschlossen.

Unter dem Druck der Abstimmungen in den anderen Niederlassungen der Firma kehrten die 19.000 Arbeiter von Longbridge wieder an ihre Arbeitsplätze zurück (SW, 17.2.79).

England-Kommission

Schweden

Wirtschaftszweig - Rüstungsriese

Schweden gehört zu den sechs größten Waffenverkäufern der westlichen Welt. Während sich der Waffenexport Schwedens von Jahr zu Jahr vermindert, steigt der eigene Waffenexport. Im vergangenen Jahr stieg der Export von Rüstungsmaterial im Vergleich zum davor liegenden Jahr um 35 Prozent. Die vom Handelsministerium ausgetragten Exportlizenzen zeigten eine Rekordsumme von 1,1 Milliarden skr. Zu berücksichtigen ist, daß in diese Summe der Verkauf schwedischer Waffen, die über Lizenzen in anderen Staaten hergestellt werden, nicht eingegangen ist. Somit dürften die aus Waffenverkäufen von schwedischen Konzernen erzielten Einnahmen weit über den offiziellen Angaben liegen.

Nach Angaben des Handelsministeriums ist Westeuropa mit 63 Prozent der größte Abnehmer schwedischer Waffen, es folgt der Ferner Osten mit 20 bis 25 Prozent und dann die USA, der Rest verteilt sich auf verschiedene Länder der Welt.

Als neue Waffenkäufer traten kürzlich Japan und Tunesien auf. Japan kaufte für 30-40 Millionen skr das „Granatengewehr Carl Gustav“ mit zugehöriger Munition aus der schwedischen staatlichen Waffenschmiede H-V. Nach Aussagen der Betriebsleitung hat sich der Auftragseingang aus dem Exportmarkt 1977/78 auf 231 Millionen skr verdoppelt. Während die schwedischen Behörden es bisher abgelehnt hatten, das Flugzeug „Viggen“ an Tunesien zu liefern, aufgrund des offensiven Charakters dieses Flugzeugs, erhielt nun die staatliche Genehmigung, sogenanntes defensives Rüstungsmaterial, nämlich mobile Radaranlagen, an Tunesien zu liefern. Außerdem werden zwischen der schwedischen Firma Datasaab und der tunesischen Regierung Verhandlungen über die Lieferung von zivilmilitärischen Flugleitungssystemen geführt. Wert des Projektes: ca. 140 Millionen skr.

Lin weiterer schwedischer Waffenproduzent Bofors mußte aufgrund der revolutionären Entwicklung im Iran die Lieferung von chemischen Mitteln zur Herstellung von Sprengmitteln und Munition einstellen. Weiterhin mußte der Bau einer „chemischen Fabrik“ in einer der größten iranischen Anlage zur Waffenproduktion auf Eis gelegt werden.

Anlage zur Waffenproduktion auf Eis gelegt werden

Skandinavienkommission

Skandinavienkommission

Hafenarbeitervorband bleibt eigenständig

Hans Ericsson, der Vorsitzende der schwedischen Gewerkschaft Transport im Verband LO, hat vor kurzem dem Hafenarbeitervorband eine Rückkehr in die Gesamtgewerkschaft angeboten.

Der Hafenarbeitervorband wurde 1972 nach einem Massenausschluß der Hafenarbeiter aus dem gewerkschaftlichen Dachverband LO gegründet (wir berichteten hierüber in der Internationalen Nr. 7). Der Hafenarbeitervorband vertritt in fast allen schwedischen Hafenstädten — außer in Malmö — die Mehrzahl der organisierten Hafenarbeiter. Er stellte sich z. B. gegen die Parole der „solidarischen Lohnpolitik“ der sozialdemokratischen LO-Führung, die für die relativ gut verdienenden Hafenarbeiter einen dauernden Lohnverzicht bedeuten würde. Als Tarifpartner wurde der Verband nie offiziell anerkannt, seine Verträge sind nur durch

die Kampfmaßnahmen der Mitglieder durchsetzbar.

Bisher hatte die Gewerkschaft Transport von den Hafenarbeitern verlangt, daß sie bei einer Rückkehr in die Gesamtgewerkschaft Transport integriert werden sollten. Diese Forderung wurde nun zurückgenommen. Außer, daß der Hafenarbeitervorband als eigenständige Abteilung weiterbestehen könnte, wurde die Übernahme der Hauptämter des Verbandes in ein Angestelltenverhältnis angeboten. Die Leitung des Verbandes lehnte eine Rückkehr in die Gewerkschaft Transport ab und wies darauf hin, daß dies wohl keine Entscheidung ist, über die sie allein entscheiden könnte. Dies sei allein Sache eines Kongresses und einer Mitgliederbefragung (nach: Internationalen 6/79).

Skandinavienkommission

Norwegischer Staatsschutz

Wie aus einer Gerichtsdokumentation hervorgeht, sind über 250.000 Personen in den Archiven der norwegischen Staatsschutzorgane registriert. Mindestens 7500 Personen werden ständig überwacht. Die Überwachungszentrale arbeitet mit mindestens 60 Tonbandgeräten, mit denen sie Telefongespräche aufnimmt.

Diese und eine Unmenge weiterer Fakten wurden kürzlich einem Gericht in Oslo als Beweismaterial vorgelegt. Angeklagte im Prozeß sind zwei Journalisten, die fünf Jahre lang Material über den norwegischen Staatsschutz gesammelt und dieses Material der Zeitung Ny Tid (Socialistisk Venstreparti) zur Verfügung gestellt hatten. In dem Material befindet sich auch eine fast vollständige Namensliste der Beamten der Staatsschutzorgane.

Es gibt in Norwegen drei Staatsschutzbehörden:

1. Die Überwachungsbehörde mit 262 Ganzzustellern und mehreren hundert Spitzeln. Die Überwachungsbehörde „lebt“ bei Bedarf auch Beamte

u.a. der Kriminal- und Ausländerpolizei aus.

2. Der militärische Nachrichtendienst mit 600 fest angestellten Leuten, der auch mit Reserveoffizieren arbeitet, die Spitzeldienste auf ihren zivilen Arbeitsplätzen leisten.

3. Der militärische Sicherheitsdienst. Im Nordkommando der Nato in Oslo befindet sich ein Verzeichnis über norwegische Staatsbürger, die als „Sicherheitsrisiko“ gelten. Es ist dokumentarisch belegt, daß legale politische Aktivitäten bespitzelt werden, daß der Staatsschutz mit „der Wirtschaft“ eng zusammenarbeitet und daß Bewerber z.B. bei der Firma Norsk Hydro vom Staatsschutz durchleuchtet werden.

Die drei Staatsschutzorgane werden von einem regelmäßig tagenden Ausschuß koordiniert, in dem auch Offiziere aus dem Oberkommando des Militärs sitzen. (Nach „Information“ vom 20.2.79).

Skandinavienkommission

Belgien

Faschismus, Rassismus

Faschismus, Rassismus, Apartheid — nein!

Belgien. Mit 2.000 Teilnehmern wurde die Demonstration der Antifaschistischen Front (AAF) am 3. Februar ein voller Erfolg.

In der AAF arbeiten die Organisationen der revolutionären Linken, viele Basisinitiativen, Teile der örtlichen Sozialdemokratie, Gewerkschaftsabteilungen sowie gelegentlich auch die Revisionisten relativ fest und kontinuierlich zusammen. Viele Demonstrationsteilnehmer hatten sich auf Auseinandersetzungen mit den gerade in Antwerpen besonders dreist auftretenden faschistischen Gruppen vorbereitet und Helme mitgebracht.

Die Demonstration war der Höhepunkt einer dreitägigen Veranstaltungsreihe mit Filmen, Ausstellungen usw., mit der auf die zunehmend gefährlicher werdenden Aktivitäten rechtsradikaler Gruppen aufmerksam gemacht sowie der rassistische Hetze dieser Gruppen entgegengetreten werden sollte. Unter dem Eindruck der gegenwärtigen Krisensituation stößt diese Hetze in Teilen der Bevölkerung durchaus auf Resonanz — das zeigt z. B. der Umstand, daß der Kandidat des rechtsradikalen „Vlaams Blok“ bei den Wahlen im Dezember mit der Parole „Gastarbeiter raus“ über 60.000 Stimmen und einen Parlamentssitz ergattern konnte.

Am Tag vor der Demonstration waren in einem linken Buchladen und im Gewerkschaftshaus selbstgebastelte Bomben entdeckt worden. Damit hat sich erneut gezeigt, daß die Aktivitäten faschistischer Gruppen in Belgien über das Stadium des Parolen-Schmierens weit hinaus sind. Eine — unvollständige — Übersicht der schwersten Anschläge der letzten Zeit bestätigt das.

Die „Front de la Jeunesse“ verübte im Mai 1978 einen Anschlag auf die angolanische Botschaft in Brüssel.

Mit zwei Molotow-Cocktails wurde ebenfalls im Mai versucht, den Buchladen „Le Militant“ in Brüssel in Brand zu setzen. Im September wurde der Buchla-

den der „Amade“ in Antwerpen in Brand gesteckt, über dem Laden wohnten mehrere Leute, der Brand konnte gerade noch rechtzeitig gelöscht werden.

In Gent wurden im November die Scheiben mehrerer türkischer Cafés beschossen.

Am 15. Dezember verübten zwei VMO-Mitglieder (VMO = „Vlaams Militanten Orde“) einen Mordanschlag auf einen tschechischen Fußballspieler in Lokeren. Der Anschlag galt dem polnischen Nationalspieler Lubanski, der gegenwärtig in Lokeren spielt. Er war als Rache für die Verurteilung eines belgischen „Fluchthelfers“ in Polen gedacht. Der letzte Fall macht deutlich, daß die Faschisten sich darauf verlassen können, nicht oder nur halbherzig verfolgt und belangt zu werden, weil sie in Teilen des Staatsapparats, besonders in der „Ryks-wacht“, erhebliche Sympathien genießen. So konnten die beiden namentlich bekannten VMO-Mitglieder nach dem Anschlag unbehelligt eine Pressekonferenz durchführen!

Sie sind bis heute nicht gefaßt, obwohl sie sich des Öfteren in dem weithin als Faschistentreff bekannten Lokal „Odal“, das dem VMO-Chef Erikson gehört, aufhielten (nach „BPA Bulletin“, 9.2.79).

Übrigens: Die VMO verfügt über beste Beziehungen zur terroristischen Nazi-Szene in der BRD, u.a. zur Hamburger Hanse-Bande (siehe u.a. „Spiegel“ vom 15.4.78).

Die Notwendigkeit vermärkter antifaschistischer Aktivitäten regte sich bereits eine Woche nach der oben erwähnten Antwerpener Demonstration. Unbehelligt von Polizei und Gegendemonstranten führten 200 uniformierte Mitglieder von VMO und anderen faschistischen Gruppen sowie der westdeutschen NPD (!) in einem Antwerpener Villenvorort eine Demonstration unter der Losung „Gastarbeiter nach Hause“ durch. Drei Teilnehmer, darunter ein NPD-Mitglied, waren vor der Demonstration wegen illegalen Waffenbesitzes festgenommen worden („BPA Bulletin“, 16.2.79).

Belgien-Kommission



Uniformierte VMO-Faschisten auf ihrer Demonstration am 10.2.79 im Antwerpener Vorort Schilde

Türkei

Kriegsrecht um weitere zwei Monate verlängert

Am 26.2.79 hat das türkische Parlament auf Antrag der Regierung Ecevit das Kriegsrecht, das nach dem faschistischen Massaker in Karamanmaraş über 13 Provinzen der Türkei verhängt wurde, um weitere zwei Monate verlängert.

Von den anwesenden Abgeordneten stimmten 337 für und 225 gegen den Antrag der Regierung. Neben der sozialdemokratischen Regierungspartei CHP stimmten die Abgeordneten der MHP (Nationalistische Bewegungspartei, Vorsitzender ist der Hitler-Fan A. Türke) und der MSP (Nationale Islamische Heilspartei) für die Kriegsverlängerung, während die AP (Gerechtigkeitspartei, Vorsitzender S. Demirel) gegen den Antrag stimmte.

In seiner Begründung für den Regierungsantrag erklärte Ecevit, daß nach Verhängung des Kriegsrechts der Terror zwar nicht gestoppt werden konnte, aber merklich zurückgegangen ist. Außerdem sei das Ziel erreicht worden, die demokratischen Grundrechte nicht anzutasten, damit hätte die Türkei in der Welt Anerkennung gefunden. Die Regierung hat das Ziel, den Terror durch die Beibehaltung des Kriegsrechts zu beenden. Ausdrücklich betonte Ecevit, daß es im Kriegsrecht keine Differenzierung zwischen Terror von rechts und links gibt. Eine Ausdehnung des Kriegsrechts auf weitere Provinzen lehnte Ecevit ab, um die Kraft des Militärs nicht zu zersplittern (1).

Hierbei forderte in seiner Rede den Rücktritt der Regierung, da sie dem Terror ohnmächtig gegenüber-

steht. Es sei nicht Aufgabe des Militärs, die Unfähigkeit der Regierung zu überdecken. Deswegen stimmt die AP gegen die Kriegsverlängerung. Die MHP stimmte zwar für die Verlängerung, forderte aber eine Verschärfung in der Anwendung. Die „faschistische“ Anwendung schütze die Kommunisten, die zum Machtkampf um die Türkei angetreten seien. Deswegen müsse das Kriegsrecht auf weitere Provinzen ausgedehnt und linke Zeitungen überall verboten werden, nicht nur in den 13 Provinzen. Die MHP stimmte der Verlängerung zu, weil die Generale selber überlegen werden, wer den Terror verursacht und künftig schärfer vorgehen werden („Miliyet“, 27.2.79).

Verschärfung der Repression gegen die Linke

Obwohl für jedermann sichtbar ist, daß der Terror in der Türkei von den Kilerbanden der „Grauen Wölfe“ unter Führung von A. Türke (MHP-Vorsitzender) ausgeht, und die Faschisten mit der Verhängung des Kriegsrechts ein wichtiges Etappenziel in ihrer Bürgerkriegsstrategie erreicht haben, spricht Ecevit immer noch vom Kampf, der gegen den Terror von „rechts und links“ geführt werden müsse. Daß selbst diese Verdrehung der politischen Wirklichkeit in der Türkei von Ecevit „vergessen“ wurde, zeigen die Maßnahmen, die sich mittlerweile nur noch einseitig gegen die Linke richten.

28 linke Zeitungen, darunter die der einflussreichsten revolutionären Organisationen wurden in den 13

Provinzen verboten. Rechte Hetzblätter dürfen natürlich weiter erscheinen.

Die Ecevit-Regierung hat ein neues Gesetzespaket zur Bekämpfung der „Anarchie“ vorgelegt. Neben einer Erweiterung der Kompetenzen der Polizei (jederzeitige Ausweiskontrolle, das Recht, Demonstrationen bei vermuteter „Gefahr um acht Tage zu verschieben usw.) sollen die Gehälter der Offiziere erhöht und durch neue Dienstgrade die Aufstiegsmöglichkeiten verbessert werden.

Weiter soll es künftig verboten sein, bei der Polizei politisch aktiv zu sein. Dies richtet sich direkt gegen die fortschrittliche Polizistenvereinsigung POL-DEF, deren Zerschlagung damit erreicht werden soll.

303 Teilnehmer einer Demonstration, die in Bursa (Nachbarprovinz von Istanbul) gegen den o. g. Gesetzesentwurf stattfand, wurden bei der Rückfahrt nach Istanbul verhaftet, einen Tag später wurden in Istanbul wiederum 280 Studenten vorläufig festgenommen. Die Studenten hatten, wie in vierzehn anderen Provinzen, aus Anlaß des siebten Todestages von Ulas Bardakci (ein Revolutionär, der 1972 während der Militärdiktatur von Miltars ermordet wurde) demonstriert und Gedenkfeste abgehalten.

Die Zentrale des fortschrittlichen Lehrerverbandes TÖB-DEF wurde am 22.2. durchsucht und verbotene linke Zeitungen und Bücher beschlagnahmt. Der Vorsitzende G. Gazoglu und weitere Vorstandsmitglieder wurden vorläufig festgenommen. Die-

se Aktion gegen TÖB-DEF muß als weiterer Schritt in Richtung auf das von Ecevit seit längerem geforderte Verbot von TÖB-DEF angesehen werden („Miliyet“, 20./2. 27./23. Februar).

Sucht man nach Maßnahmen vergleichbarer Art, die sich gegen Faschisten richteten, so sucht man vergebens. Die rechten Schlupfwinkel oder Vereine bleiben nahezu unangestastet.

Die Faschisten ändern ihre Taktik

Bis zum Massaker in Karamanmaraş haben die Faschisten permanent den Terror gegen „Jedermann“ gesteigert, um die Bevölkerung in dauernder Spannung zu halten und ein Eingreifen der Armee zu provozieren. Seit Karamanmaraş sind die Faschisten, zumindest in den unter Kriegsrecht stehenden Provinzen, wieder verstärkt zu gezielten Terroraktionen übergegangen. Vor allem Professoren und Intellektuelle Linke

Studenten und Arbeiter werden angegriffen oder mit Briefen bedroht. Ein herausragender Fall ist die kaltblutige Ermordung des Chefredakteurs der Tageszeitung „Miliyet“, Apdi Ipekci, am 1.2.79. Ipekci war auf dem Nachhauseweg im Foierabzweckverkehr in einen Stau geraten. Ein Faschist ging ganz ruhig an das Auto, feuerte fünfmal und konnte unerkannt untertauchen. An Ipekci sollte wohl demonstriert werden, daß die Faschisten zuschlagen können, wo und wann sie wollen, und sollte als Warnung speziell an die intellektuellen verstanden werden.

Hinzu kommt noch, daß die Faschisten in den unter Kriegsrecht stehenden Provinzen häufig die Armee als Verbündeten haben. In Karamanmaraş haben die Armeeeinheiten direkt auf Seiten der Faschisten gekämpft und sind deren Anweisungen gefolgt, als die Verteidigungsstellungen der Antifaschisten angegriffen wurden.

Griechenland-Türkei-Kommission



Opfer des Massakers in Karamanmaraş

Spanien

Wahlen: UCD wieder stärkste Partei in Spanien

In Spanien wurde am 1. März zum zweitenmal nach Francos Tod ein neues Parlament gewählt. Diese Neuwahlen wurden beschlossen, nachdem die neue Verfassung in Kraft getreten war. Die Wahlbeteiligung lag bei etwa 67 % der 27 Mio. Wahlberechtigten. Zum erstenmal waren auch die 18-jährigen wahlberechtigt. Das ungefähre Wahlergebnis (Stand vom 2.3.79) sieht wie folgt aus:

Die Regierungspartei UCD hat die Stimmen vom Juni 77 halten können (1977: 34,4%). Auch diesmal liegt das Ergebnis zwischen 34% und 35%. Der erneute Wahlsieg der UCD widerspricht allen Meinungsumfragen. Er verstärkt die konservative antidemokratische Entwicklung in Spanien. Die sozialdemokratische PSOE erhielt etwa 30% der Stimmen. Auch dies entspricht ihrem Wahlergebnis von 1977 (29,5%). Der PSOE war ein Wahlsieg über die UCD vorausgesagt worden. Die eurorevisionistische PCE, die 1977 etwa 9% bekam, steigerte sich diesmal auf fast 11%.

Das Wahlergebnis der „Reform“-Falangisten um Fraga Iribarne, Aznar und Osorio „Coalicion Democratica“ bekam nur 5% der Stimmen während die 77 von Fraga betriebene „Alianza Popular“ noch 9% der Stimmen gewann. Die militanten Faschisten um „Fuerza Nueva“, die als „Union Nacional“ kandidierten, bekamen 2%.

Bedeutend besser als bei den Wahlen 77 schnitten die revolutionären Kräfte im Baskenland ab. Dies ist die Antwort des baskischen Volkes auf die wieder verschärfte Repression.

Es liegen uns derzeit keine genauen Zahlen über die Wahlergebnisse der revolutionären Linken vor.

Charakteristisch für diese Wahlen waren wieder zahlreiche „Unregelmäßigkeiten“. Alfonso Goerri, führendes Mitglied der PSOE, hielt es für wahrscheinlich, daß sich die UCD einige hunderttausend Stimmen er-

schlichen hat, da der Wählerzensus noch viele Tote enthalte, die „Briefwahl“ machen könnten. Die hunderttausende von spanischen Emigranten hingegen (überwiegend Linkswähler) erhielten in der Mehrheit keine Möglichkeit zum Wählen. Das Wahlgesetz selber, das schon 77 auf Kritik der reformistischen und linken Parteien stieß, verfälscht das Wahlergebnis erheblich, die ländlichen Provinzen (bevolkerungsarm und eher rechtswahlend) erhalten dieselbe Zahl von Abgeordneten wie die Großstädte (große Bevölkerungsdichte und eher links wahlend), was zu einer Unterrepräsentation der reformistischen und linken Parteien im Parlament führt. Die eben stattgefunden Wahl vom 1. März verändert das politische Kräfteverhältnis nur unerheblich. Die Tatsache, daß die PSOE nicht, wie nach den letzten Umfrageergebnissen erwartet, stärkste Partei geworden ist, die Eurorevisionisten hingegen einen gewissen Stimmengewinn verbuchen konnten, wird in bürgerlichen Kommentaren dahingehend interpretiert, daß von der PSOE statt einem Eintritt in die Regierung eher die Rolle einer starken Opposition erwartet wird. Kurier am 11. März 79: Felipe Gonzalez soll den lange gehegten Plan einer Koalitionsregierung mit der rechten UCD nach diesem Wahlergebnis zu den Akten gelegt haben. Die UCD selbst hat ihre Absicht mitgeteilt, ohne Koalition weiterzuziehen.

Die drei Parteien UCD, PSOE und PCE waren in den vergangenen zwei Jahren in allen wesentlichen politischen Fragen immer enger zusammengerückt, z.B. in der Frage der Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Krise, zuletzt hatten sie gemeinsam Front gegen den Terrorismus gemacht (sogar gegen die ETA), in deren Windschatten neue Gesetze zur inneren Sicherheit nach westdeutschem Vorbild erlassen wurden. Selbst wenn es jetzt also weiterhin zu einer UCD-Allein-

regierung kommen sollte, kann sich die se Partei einer überaus „konstruktiven“ Opposition gewiß sein. Die Wahl vom 1. März ist Kronender Abschluß einer Entwicklung in Spanien, in der alle revolutionären bzw. radikaldemokratischen Tendenzen, jede Entwicklung in Richtung auf eine tatsächliche Veränderung der Machtstrukturen sehr schnell abgewürgt wurden. Dies Experiment konnte der spanischen Oligarchie nur durch die tatkräftige Unterstützung durch die BRD gelingen, deren sozialdemokratische Partei durch die massive ideologische und finanzielle Aufpöplung ihrer Schwesterpartei PSOE einen stabilen Integrationsfaktor schuf. Ohne diese (und andere) Interventionen der SPD (und CDU) sähe die politische Landschaft in Spanien heute anders aus.

UCD

Die Regierungspartei UCD ist ein reines Zweckbündnis ehemaliger Mitläufer und sogar führender Leute des Franco-Regimes (Regierungschef Suarez war unter Franco Minister des „Movimiento“, der falangistischen Einheitsbewegung), die sich rechtzeitig auf den „demokratischen Wandel“ umstellten: eine Partei ohne politische Vergangenheit, deren Bildung deshalb nötig wurde, weil die christdemokratischen Gruppierungen nicht die Anerkennung und damit die finanzielle Unterstützung der CDI fanden, die sie waren zu unklar. Eine der beiden christdemokratischen Parteien (Izquierda Democratica) um Ruiz Gimenez, die sich am 14.1.79 auf die Finanzmittel waren entschloß.

Die UCD unterhält die besten Beziehungen zu den Schlüsselpersonen des alten Regimes, die sich derzeit mehr im Hintergrund halten. Die UCD-Regierung unterhält auch die besten Kontakte zur Bundesregierung in allen Fragen der inneren „Ordnung“ und „Sicherheit“. Zuletzt sollen sogar

westdeutsche „Anti-Terror-Spezialisten“ direkt im Baskenland im Einsatz gewesen sein und zur Verhaftung zahlreicher ETA-Genossen beigetragen haben (Newsweek nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.2.79). Die UCD-Regierung hat mit stiller Duldung der reformistischen Parteien zu einer neuen Repressionswelle gegen das kämpfende baskische Volk angesetzt, die nach Meinung vieler linker Basken schlimmere Zustände als unter Franco geschaffen hat (Folter an ETA-Gefangenen, hunderte von Verhaftungen...).

PSOE

Die „Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens“ bereitet sich seit geraumer Zeit auf die Übernahme der Staatsgeschäfte vor. Durch Streichung sozialistischer und marxistischer Forderungen aus ihrem Programm durch umfangreiche und gnadenlose Säuberungen der eigenen Reihen von jeder Opposition gegen die Gonzalez-Linie durch ihre endgültige Weigerung, auch nur die geringsten Schritte gemeinsam mit der PCE zu tun, hat sich die PSOE inzwischen zu einer Partei nach westdeutschem SPD-Vorbild gemauert. Die Verbindung der PSOE zur SPD wurde sogar zum Wahlkampfthema. Santiago Carrillo, PCE-Generalsekretär, beschuldigte Gonzalez auf Wahlveranstaltungen, eine sozialdemokratische Politik zu machen (das ist in Spanien noch ein Schimpfwort!) die in Bonn diktiert werde. „Wenn das so weitergeht werden diese Wahlen von den deutschen Banken entschieden“, sagte Carrillo in Madrid (El Pais, 9.2.79). Auch die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ widmete dem „Deutschlandbild“ des Spanier einige Aufmerksamkeit. „Daß man sich einiges davon verspricht, die Bundesrepublik als aherrückendes Beispiel im Wahlkampf zu benutzen, macht deutlich, wie sehr sich das Deutschland-Bild der Spanier geändert hat. Die Bundesrepublik erscheint in manchen Zeitungen schon fast als faschistische Diktatur (...). Die Bundesrepublik Deutschland spielt jedenfalls eine - im Verhältnis zu anderen europäischen Ländern - beachtliche Rolle im spanischen Wahlkampf und hauptsächlich eine negative. Die Bundesrepublik erscheint als Argument im Kampf gegen die „Spanische Sozialistische Arbeiterpartei“ (PSOE), die von allen spanischen Parteien die engsten Beziehungen zu einer deutschen Partei, zur SPD, unterhält und deren Wiederaufbau nach vier Jahrzehnten harter Verfolgung (die

PSOE besteht keinerlei Widerstandsarbeit unter Franco - AK) von deutschen Sozialdemokraten mit Rat und Tat unterstützt wurde“ (FAZ, 27.2.79).

Felipe Gonzalez sah sich genötigt, diese Zusammenhänge abzustreiten und das Gegenteil zu behaupten.

„Die SPD hat nie versucht, den politischen Kurs unserer Partei mitzubestimmen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß irgendjemand die Unabhängigkeit unserer Partei so respektieren könnte, wie Brandt es tut, der sich so diskret verhält, daß er im Gegensatz zu anderen ausländischen Parteiführern uns nicht einmal Rat schläge gibt - abgesehen davon, daß ihm unsere Partei sicher gut gefällt“ (FAZ, 27.2.79). Da ist die Navitill wohl doch etwas dick aufgetragen.

PCE

Die spanischen Eurorevisionisten, die sich mit UCD und PSOE auf die Politik des Konsens eingelassen haben, angeblich um „Freiheit und Demokratie“ auf breiter Grundlage zu erreichen, hatten im Wahlkampf wenig Alternativen zu bieten. Sie empfahlen die Stimmabgabe für die eigene Partei mit der hauptsächlichsten Begründung, die PSOE vor einem sozialdemokratischen Kurs zu bewahren, sie empfahlen sich also als eine Art Juso-Opposition außerhalb der PSOE.

„Das Vorhandensein einer bedeutenden parlamentarischen kommunistischen Minderheit würde die Einheitstendenzen (gemeint ist die Einheit von Sozialisten und Kommunisten - AK) und die linken Tendenzen innerhalb der PSOE stärken, sich nicht von dem sozialdemokratischen Druck unterliegen zu lassen“ (Santiago Carrillo in einem Beitrag in El Pais, 8.2.79). Im übrigen kritisierte Carrillo die PSOE, daß sie sich nicht schon nach den Wahlen vom Juni 77 mit in die Regierungsverantwortung begeben habe. Besonders diese Position der PCE verdeutlicht, wieweit sie sich in das bestehende Machtgefüge eingeordnet hat, sie tritt nur noch für eine „starke Regierung“ ein, eine Regierung mit möglichst breiter Integrationskraft, was politisch eine Unterordnung unter die UCD-Politik bedeutet.

Zum Wahlkampf der revolutionären Linken, insbesondere im Baskenland, werden wir im nächsten AK ausführlicher Stellung nehmen, wenn uns genauere Angaben hierzu vorliegen.

Spanien-Kommission



afrika

Idi Amins Thron wackelt

In dem vom Amin-Regime provozierten Grenzkrieg gegen das benachbarte Tansania, der seit Oktober letzten Jahres andauert, ist offenbar eine dramatische Wende eingetreten.

Große Teile der regulären ugandischen Streitkräfte haben sich gegen die Militärdiktatur erhoben, und kämpfen gemeinsam mit tansanischen Truppen gegen Söldner- und paramilitärische Einheiten Amins, die noch Widerstand leisten (Tagesschau, 28.2. „International Herald Tribune“, 1.3.). 80 Familienmitglieder des Diktators sollen nach Libyen ausgeflohen sein, über den Verbleib Amins gibt es widersprüchliche Meldungen („FR“, 1.3., „SZ“, 1.3.).

Die südugandische Garnisonsstadt Mbarara ist von den aufständischen Truppen erobert worden bereits Anfang letzter Woche kontrollierten die Rebellen die Provinzhauptstadt Masaka, 110 km südlich der Hauptstadt Kampala („SZ“, 27.2.).

Die Armee — ein Zentrum des Widerstands

Schon seit längerer Zeit hatte sich innerhalb der ugandischen Armee, einst wesentlicher Stützpunkt der Militärdiktatur, eine breite Opposition gegen die Wirtschafts- und Innenpolitik Amins entwickelt.

Im letzten August hatte Amin den Finanzminister Ali und den Handelsminister Noah Mohammed entlassen, die beide von hohen Offizieren der Armee unterstützt wurden.

Amin dürfte auch bei dem Mordanschlag auf General Adrial seine Finger im Spiel gehabt haben, der sich für demokratische Strukturen und eine bessere Besoldung der Truppe eingesetzt hatte. Adrial wurde seines Postens als Verteidigungsminister enthoben, im November letzten Jahres sollen 200 meuternde Adrial-Anhänger erschossen worden sein („Tanzania Sunday News“, 5.11.78).

„SZ“, 23.79, „Herald Tribune“, 1.3.79)

Die Invasion nach Tansania im Oktober vergangenen Jahres führte zu einer weiteren Eskalierung des Protestes bis hin zum Putschversuch einer Gruppe hoher Offiziere Anfang Februar.

So berichtete die mosambikanische „Tempo“ in ihrer Ausgabe vom Februar 79, daß einige Offiziere der ugandischen Armee unter Führung von General Gowon und Brigadekommandeur Malyamungu vergeblich versucht hätten, Amin zu stürzen und es gleichzeitig in mehreren Kasernen des Landes Truppenaufstände gegeben habe.

Interessant an der Sache ist, daß Gowon und Malyamungu bislang zu den engsten Vertrauten Idi Amins zählten und die einzigen sind, die sich am Putsch Amins 1971 beteiligt und seine Säuberungspolitik überlebt haben.

Erst als Amin Ende letzten Jahres den Befehl für eine zweite Invasion Tansanias gab, verzweigten Gowon und Malyamungu mit Hinweis auf die Unzufriedenheit und reduzierte Einsatzfähigkeit der Truppen die Gefolgschaft. Unterstützt wurden sie dabei von großen Teilen des Verteidigungsministeriums, so daß die Operation schließlich abgeblasen werden mußte („New African“, 2/79).

In der ständigen Angst, die Armee könnte ihm eines Tages völlig aus den Händen gleiten, hatte Amin 1973 ihre Entfaltung angeordnet und ein zuverlässiges Elitekorps aus 3.000 sudanesischen Söldnern aufgebaut, das sogenannte „Simba-Battalion“.

Die Opposition formiert sich

Es gibt erste Hinweise auf spontane Widerstandsaktionen ugandischer Bauern, die sich z.B. weigern, Baumwolle anzubauen oder Agrarprodukte an die städtischen Händler zu verkaufen.

Seit kurzem ruft die SUM = SAVE UGANDA MOVEMENT (Bewegung zur Rettung Ugandas) in Flugblättern die Bevölkerung zum Sturz Amins auf. „Wir sind entschlossen, einen dauerhaften Frieden in unserem Teil der Welt herzustellen, indem wir Amin stürzen“ („Tanzania Daily News“, 11.2.).

Die SUM hatte sich Mitte Februar zu mehreren Bombenanschlägen auf das zentrale Strom- und Wasserversorgungsnetz der Hauptstadt Kampala bekannt, die Stärke der Guerillatruppen der SUM wird mit 1.500 Mann angegeben („TDN“, 7.2.).

Die SUM hat es sich nach den bisher vorliegenden Informationen in erster Linie zum Ziel gesetzt, der Terrorherrschaft Idi Amins ein Ende zu setzen. Welche oppositionellen Strömungen sich in ihr zusammengefounden haben, wie groß ihre Verankerung in der ugandischen Bevölkerung ist und welche weiteren politischen Zielvorstellungen die SUM verfolgt, läßt sich um Augenblick noch nicht sagen.

Die Invasion nach Tansania — ein Schuß, der nach hinten losging

Der Zusammenbruch der ugandischen Militärdiktatur ist wesentlich durch den Angriffskrieg gegen das benachbarte Tansania beschleunigt worden. Entgegen den Hoffnungen Amins ist es nicht gelungen, den dringenden innenpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten ein Ventil zu verschaffen, noch das anti-imperialistische Tansania und damit den Befreiungskampf im südlichen Afrika insgesamt entscheidend zu treffen.

Bleibt zu hoffen, daß damit der afrikanische Kontinent endlich von der imperialistischen Diktatur befreit worden ist.

Afrika-Kommission

Chinesen wollen VR Angola diplomatisch anerkennen

Nach einer uns erst jetzt vorliegenden Meldung von Radio Luanda ist China nunmehr gewillt, diplomatische Beziehungen zur VR Angola aufzunehmen: „Das politische Büro der MPLA-Arbeiterpartei befaßte sich auf einer Routinesitzung am 5. Januar 1979 mit internationalen Problemen, besonders mit den Problemen Namibias, Zimbabwes, Kambodschas und Chinas. In Bezug auf die Volksrepublik China hat das politische Büro beschlossen, das Angebot einer Zusammenarbeit anzunehmen, das China erbeten hat, um mit Hilfe von Delegationen aus beiden Ländern den Weg für die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit der Volksrepublik Angola zu ebnen“ („Monitor Dienst“, 22.1.79).

Nun kann man mit einiger Sicherheit annehmen, daß die aktuelle chinesische Aggression gegen Vietnam die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VR Angola nicht gerade beschleunigen wird. Nichtsdestoweniger wird hier eine spektakuläre Entwicklung eingeleitet. Zunächst ist festzuhalten, daß offensichtlich die Initiative zur Herstellung „normaler“ Beziehungen von China ausgegangen ist, von dem Staat also, der während des zweiten angolanischen Befreiungskampfes 1975 den Aggressor Zaire unterstützt und die faschistischen Banden der FNLA/UNITA als „gleichberechtigte Befreiungsbewegungen“ behandelte. Wenngleich sich die Chinesen in der Folgezeit hüteten, die MPLA namentlich anzugreifen, so kolportierten sie die primitivsten Gerücheln über die „sowjetisch-kubanischen Besatzer“, die international verbreitet wurden. Die reale Gegnerschaft zur MPLA wurde darüber hinaus an der breiten propagandistischen Intervention der gegen die

geartete „Kolonie des Sozialimperialismus“ darstellt, wie die monotone chinesische Propaganda jahrelang behauptete.

Nicht ohne Reiz erscheint diese Entwicklung besonders dann, wenn man sich die hanebüchenen Positionen vergegenwärtigt, die die biesigen Nachbar und Vervollkommer der chinesischen Weltpolitik stets zur VR Angola bezogen haben.

Während des zweiten angolanischen Befreiungskampfes propagierten sie bekanntlich scheinheil die „Einheit“ der revolutionären MPLA mit den faschistischen Banden der FNLA/UNITA, was damals die aktuelle Parole des Imperialismus und der afrikanischen Reaktion gegen die MPLA war. Im konkreten wurde ausschließlich die MPLA angegriffen, die aufgrund der sowjetischen Waffenlieferungen sich der Sowjetunion „auf Gedeih und Verderb in die Hand liefern mußte“ („KVZ“, 46/75), wie der KBW messerscharf schloßfolierte (der gleichzeitig die Unterstützung der UNITA durch die faschistische RSA mit keinem einzigen Wort für erwähnenswert hielt). Die absurde These dieser Kreise, daß durch die Annahme sowjetischer Hilfe eine revolutionäre Befreiungsbewegung sich gleichsam ohne Nacht in eine „faschistische Marionette“ verwandeln würde, führte zu einer der widerlichsten Hetzkampagnen gegen die MPLA zur Jahreswende 1976/77: „Die Henkersarbeit für die Sozialimperialisten“ besorgten die „Fremdenlegionen der Sowjetunion“ (die Kubaner), deren Aufgabe sei, die „MPLA-Armee zu einer faschistischen Elitearmee“ zu verwandeln, „in der nur noch die verhetzten Elemente sind“ („Kollektive Fahne der „KPD“ v. 17.11.76). Und: „Da die nationale und soziale Demagogie der MPLA-Führung immer brüchiger wird“, „greift sie immer mehr zu faschistischem Terror gegen die Arbeiterklasse“ (ebenda). Besonders beliebt waren Schauerromane über die unkontrollierte „Terrorherrschaft“ der „russischen Besatzer“ im Lande, für die die MPLA, so konnte man nach dieser Lektüre meinen, nichts weiteres als ein willkommenes und willfähriges Feigenblatt war. „Geführt von einem sowjetischen Generalstab, der beziehungsweise nicht der angolanischen Regierung untersteht (11), („RF“, 22/76). Die Afrika-Gruppe des KBW in Heidelberg nennt sogar Namen: „Kuranow Todor, russischer Schatten von Ika Carreira, Staatssekretär im Ministerium für Verteidigung der VR Angola ist ein Beweis, daß die Entscheidungsmacht des Militärs nicht der FAPLA (militärischer Flügel der MPLA) sondern den Sowjets und den Kubanern gehört.“ Ähnlich überzeugend wie die „KVZ“ (18.11.76) des KBW: „Wer in dieser (angolanischen) Armee den Befehlstab schwingen soll und wessen Zwecken sie dienen soll, ersieht man daran, daß am Jahrestag ein russischer Zerstörer in Luanda einlaufen sollte.“ Der Freundschaftsvertrag zwischen der VR Angola und der UdSSR schließlich war für „KPD“ und KBW der letzte Beweis, „Angola in einen Satelliten der sozialimperialistischen Supermacht und in einen Stützpunkt gegen das Unabhängigkeitsstreben der anderen Völker und Länder zu verwandeln“ („KVZ“, 21.10.76).

Die „KPD“ schließlich behauptete schlicht, bei der MPLA-Führung handle es sich um eine „Marionettenchique Moskaus“, die eigenhändig von Breschnew „zusammengesetzt“ wurde, „um seine Weltherrschaftspläne voranzutreiben“.

Wir haben diesen reaktionären Unsinn noch einmal etwas ausführlicher dargestellt, weil spätestens heute für jedermann sichtbar ist, daß diese „Analysen“ mit dem geschichtlichen Entwicklungsgang in Angola absolut nichts gemein haben. Die Nachbeter der chinesischen Außenpolitik reden zwar lauthals vom „Ring der Supermächte“ sind aber nicht einmal bereit, ihre eigene Theorie konsequent zu Ende zu denken. Gerade die Rivalität zwischen den Großmächten

Fortsetzung nächste Seite

Politische Wende in der VR Kongo

Am 5.2.79 gab der bisherige Staatspräsident der Volksrepublik Kongo, General Yombi Opango, seinen Rücktritt bekannt.

Gleichzeitig wurde die Auflösung des regierenden Militärkomitees und die Übertragung aller Machtbefugnisse an das Zentralkomitee der Kongoleseischen Arbeiter-Partei (PCT) angekündigt. Nach einer mehrstündigen Sitzung des ZK der PCT wurde der Leiter der Politischen Polizei, Oberst Nguesso, zum neuen Staatspräsidenten ernannt („Le Monde“, 7.2.). Darüber hinaus ernannte das ZK ein vierköpfiges Präsidium, das mit der Vorbereitung eines außerordentlichen Parteikongresses der PCT am 26.3. beauftragt wurde („Tanzania Daily News“, 7.2.).

Opango, der seit der Ermordung seines Vorgängers Nguabi im März 1977 Vorsitzender des Militärkomitees war, geniet vermutlich wegen seiner engen Anlehnung an den imperialistischen Westen und seines entsprechenden innenpolitischen Kurses unter Beschuß der Parteilinken und fortschrittlicher Kreise innerhalb der Armee.

Bis Anfang 1977 verfolgte die VR Kongo unter Führung Nguabis in der Außenpolitik im wesentlichen eine antiimperialistische Linie (Unterstützung der Sahauris, gute Beziehungen zur PAIGC, Frelimo und MPLA).

Die sofortige Machtübernahme Opangos direkt nach der Ermordung seines Vorgängers führte sowohl in der Außen- als auch in der Innenpolitik des Landes zu einer deutlichen Öffnung nach Rechts.

Der erste Auslandsbesuch des Generals galt Frankreich, dessen Franc-Währungszone er überschwerlich lobte. Opango hoffierte auch das zarische Mobuto-Regime und leitete nach elfjähriger Pause die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum US-Imperialismus ein.

Neben dieser pro-westlichen außenpolitischen Orientierung ist die Regierungszeit Opangos andererseits durch eine bedrohliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage gekennzeichnet. Die Handelsbilanz ist defizitär, es gibt eine Inflationsrate von 90 Prozent, der Bau von 500



Oberst Nguesso

Wohnungen in der Hauptstadt Brazzaville wird gar mit Geldern des südafrikanischen Rassistensystems finanziert („Jeune-Afrique“, 21.2.79).

Ein Großteil der Zahlungsmittel muß aus dem Ausland (vor allem aus Frankreich) importiert werden, obwohl die VR Kongo über relativ günstige eigene Anbaubedingungen verfügt.

Oberst Nguesso — ein Mann der Linken?

Die „Afrique-Asie“ vom 19.2.79 sieht in Nguesso einen Repräsentanten des linken Flügels innerhalb der PCT, der hauptsächlich von den Organen der Volksmacht und fortschrittlichen Kreisen der Armee unterstützt wird. Opango wird demnach in erster Linie vorgeworfen, eine Politik der Konzessionen an den Imperialismus im inneren betrieben zu haben. Er habe

außerdem versucht, den Einfluß der Massenorganisationen und die Entwicklung der Volksmacht mit repressiven Mitteln zurückzudrängen und gegen zahlreiche Attentatsversuche auf Oberst Nguesso nichts unternommen.

Auch die „Le Monde“ (7.2.) vermutet hinter der Ernennung Nguessos zum neuen Staatspräsidenten und der Auflösung des Militärkomitees eine Stärkung der kongoleseischen Linken.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist allerdings aufgrund der dürftigen Informationen eine endgültige politische Einschätzung der letzten Ereignisse äußerst schwierig. Der Parteikongreß der PCT Ende März und die nächsten politischen Aktivitäten der neuen Regierung werden hoffentlich größere Klarheit in dieser Frage bringen.

Afrika-Kommission



lateinamerika

Nicaragua: Neue Oppositionsfront gegründet

Zwar ist Nicaragua derzeit aus den Schlagzeilen verschwunden, das heißt aber nicht, daß der Widerstand des Volkes beendet wäre. Vielmehr kämpfen Einheiten der FSLN in zahlreichen dezentralen Aktionen gegen die Nationalgarde Somozas und auch gegen die Söldnertruppen aus E. Salvador und Honduras. Ende Februar kam es zu heftigen Gefechten in Masaya und Yali (FR, 28.2.79). Die massive Repression der Somozadiktatur wird fortgesetzt.

In Leon wurden 5 Studenten von der Nationalgarde in einer Kirche (1) niedergemetzelt, wo aus ihrem Protest gegen die Diktatur zum Ausdruck gebracht hatten (SZ, 19.2.79).

Verwüstungen und Massaker werden weiter in Dörfern auf dem Lande und den Berggebieten durchgeführt. Verschiedene Regionen, um vor anderen das Gebiet zwischen Esteli und Leon wurden kürzlich aus der Luft bombardiert (nach MPL boletín informativo No. 2.79).

Die FSLN und die MPU (Bewegung der Volkseinheit, ein Zusammenschluß aller fortschrittlichen Kräfte) legen zur Zeit großen Wert auf die militärische Stärkung der Volksbewegung und ihrer Organisationen. In einem Aufruf hat die MPU bzw. verschiedene Jugendorganisationen, zur Entwicklung des Selbstschutzes und der Zivilverteidigung aufgefordert, um im Falle weiterer Bombardierungen oder auch einer möglichen offenen Intervention durch die USA oder den imperialistischen Verteidigungspunkt (Condor) besser vorbereitet zu sein als bei den Kämpfen im September '78.

Aufgerufen wird zur Organisation von Volkskomitees und zivilen Verteidigungskomitees, die u.a. folgende Aufgaben wahrnehmen sollen:

Einrichtung von Luftschutzkellern in den Häusern

Organisation einer möglichen Evakuierung von Kindern und alten Menschen, Anlegen von Vorräten an Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten und Organisation eines entsprechenden Verteilens

Jedes Haus soll für erste Hilfe ausgestattet sein, Komitees mit Ärzten, Krankenschwestern etc. müssen gebildet werden.

Vorbereitung für Barrikaden

Anlegen von Material etc.

Nicht nur in militärischer, sondern ebenso in politischer Hinsicht bereiten die Volkskräfte den endgültigen Sturz Somozas vor. Die „Vermittlung“, d.h. die Verhandlungen der USA mit Somoza für eine „friedliche“ Ablösung Somozas, wird von den Massen abgelehnt und als Manöver des Imperialismus durchschaut. Der Imperialismus will mit seinem Vermittlungsversuch die Opposition zersplittern und die revolutionären Kräfte isolieren. Was er damit nur geschafft hat, ist die weitere Entlarvung der FAO (breite Oppositionsfront) und derjenigen bürgerlichen Kräfte, die für einen Somozismus ohne Somoza eintreten (nach einer Erklärung der FSLN Proletarische Tendenz, Januar 79).

Um den Widerspruch zwischen diesen Kräften der Opposition, die zur Zusammenkunft bereit sind, und den Volkskräften zuzuspitzen, wurde vor kurzem die Patriotische Nationale Front (FNP) gebildet, die alle Kräfte zusammenschließt, die konsequent gegen die Somozadiktatur, gegen die politische und militärische Intervention des Imperialismus eintreten. Darunter sind auch Kräfte der bürgerlichen Opposition, die sich nicht mit den Revolutionären und der MPU identifizieren können aber an-

dererseits die Verhandlungsbereitschaft der FAO ablehnen.

Die FNP hat einen antidiplomatischen, nationalen und antimperialistischen Charakter und soll die demokratischen Forderungen des Volkes zusammenfassen. Als derzeitige Hauptaufgabe wird angegeben, Strukturen einer alternativen Macht zu entwickeln, die in der Lage ist, den Somozismus zu ersetzen. Die in der Lage ist, z.B. die imperialistische Lösung des Plebiszits zurückzuweisen und dabei gleichzeitig die Autonomie und den entscheidenden Einfluß der Massenbewegung zu garantieren (nach „Información Chilena“ 10.1.79, eine unabhängige linke Zeitung).

Zur Verstärkung der Auslandssolidarität gehen FSLN und MPU jetzt regelmäßige Informationschriften ins Ausland heraus. Ende letzten Jahres hatte eine Delegation der MPU auf Einladung des demokratischen Weltjugendverbandes eine Reise durch 10 europäische Länder und Kuba gemacht, mit dem Ergebnis, daß für die ersten Monate dieses Jahres eine Weltkonferenz der Solidariät mit Nicaragua geplant ist, die auf jeden Fall in Lateinamerika, wahrscheinlich Mexiko oder Venezuela, stattfinden soll. Internationale Jugend-, Gewerkschafts- und Studentenorganisationen haben sich ebenso wie die zahlreichen Nicaragua-Solidaritätskomitees in Europa und Lateinamerika für diese Konferenz ausgesprochen.

Die Imperialisten suchen undessen weiter nach einer „Lösung“. Nachdem sich Somoza so halbstündig gezeigt hat, daß keiner der „Vermittlungsvorschläge“ der USA von ihm akzeptiert wurde, hatten die USA Anfang Februar die Einstellung ihrer Militärlieferungen und die Auflösung ihrer Militärmission in Nicaragua ange-



Kämpfer der FSLN

kündigt (vgl. AK 148). Zur Zeit befindet sich der US-Botschafter Nicaraguas zu Gesprächen in Washington, seine Rückkehr nach Nicaragua ist ungewiß (SZ 28.2.79).

Wenn der Imperialismus der Somozadiktatur Somoza bedroht, die Unterstützung entzogen hat, dann einzig und allein, weil die als Instrument zur Beherrschung unseres Landes nicht mehr wirksam ist und ersetzt werden muß“ (Erklärung der FSLN Proletarische Tendenz, Januar 79).

Somoza gibt immer noch nicht auf. Er hat jetzt vorgeschlagen, daß sein ältester Sohn seine Nachfolge antreten könnte, wenn das Volk dies wünscht (FR, 28.2.79).

Was das Volk tatsächlich wünscht, sagte Victor Tirado Lopez (Leitungsmitglied der FSLN): „Wir haben stets gegen Somoza und den Somozismus gekämpft und solange dieses Ziel nicht erreicht ist, geht unser Kampf weiter. Eine Vermittlung und ein uns auferlegte Volksabstimmung mit Somoza zu akzeptieren, würde in der Tat bedeuten, daß wir uns noch mit den Politikern vom alten Schlag belasteten. Stattdessen wollen wir allen Vermittlungsbemühungen ein Ende setzen und vor allem der US-Regierung klar machen, daß wir unsere Probleme selbst lösen können“ (Monitor-Dienst 8.2.79).

Lateinamerikakommunisten

Peru: Gespräch mit Javier Diez, 2. Teil

Im ersten Teil des Gesprächs, das wir in AK 148 veröffentlichten, nahm der Genosse Javier zum Streik vom Januar 79, dessen Hintergründen und Bedingungen Stellung, außerdem zu den aktuellen Aufgaben der Linken und einigen wesentlichen Widersprüchen zwischen den revolutionären Organisationen. Der vorliegende 2. Teil geht auf die Differenzen und die Zusammenarbeit der Linken in der Verfassungsgebenden Versammlung und die Entwicklung in der Gewerkschaftsbewegung ein.

AK: Wie wirkt sich der Anspruch der Linken Organisationen nach stärkerer Zusammenarbeit und Vereinheitlichung in der konkreten politischen Arbeit, z.B. in der Verfassungsgebenden Versammlung aus?

J.: In vielen Kommissionen arbeiten die verschiedenen linken Kräfte einheitlich zusammen, reichen gemeinsame Anträge ein, initiieren Massenmobilisierungen etc. Es gibt aber eine wichtige Differenz innerhalb der Linken in der Verfassungsgebenden Versammlung.

Die Reformisten haben zum Ziel, die neue Verfassung einige kleine Reformen einzubringen, einen politischen Spielraum unter Beibehaltung der bürgerlichen Herrschaft für sich zu schaffen. Die revolutionäre Linke hat zum Ziel, nachzuweisen, daß der parlamentarische Weg und die neue Verfassung die Probleme des Volkes nicht lösen können, daß beide auch nicht demokratisch sind und nur in zweiter Hinsicht hat sie zum Ziel, auch diese oder jene Änderung in die Verfassung einzubringen. Die Reformisten bringen die Forderungen des Volkes in die Versammlung ein, damit diese die Regierung um eine Lösung der Probleme bittet. Die APRA und die PPC haben

gesagt, daß die Verfassungsgebende Versammlung die erste Macht des Staates, daß sie souverän und demokratisch ist, wobei die Versammlung in Wirklichkeit eine Institution ist, die der Militärdiktatur die Schuhe putzt. Für uns geht es darum, dies nachzuweisen, indem wir zeigen, daß die Versammlung sich weigert, die Probleme des Volkes zu lösen und der Militärdiktatur freies Spiel läßt.

Aber auch innerhalb der revolutionären Linken gibt es Widersprüche in Bezug auf die Aufgaben der Versammlung. Teile der FOCEP forderten, daß die Versammlung die Macht im Staate übernehmen, daß sie praktisch die Regierung der stellen müsse. Die Mehrheit der UDP wollte dagegen die Versammlung lediglich als Tribune für Enthaltungen und zur Anklage gegen die Regierung benutzen. Es sollten keine Gesetzesentwürfe eingebracht werden und umso weniger sollte die Versammlung die Macht übernehmen. Eine Minderheit der UDP darunter Vanguardia Revolucionaria forderte, daß Gesetzesentwürfe in die Versammlung eingebracht werden, daß die Versammlung auch Gesetze verabschiedet. Gesetze die die Probleme des Volkes lösen. Vanguardia Revolucionaria schlug außerdem vor, daß die Versammlung der Militärregierung die Anerkennung entzieht und die Volksorganisationen aufruft, eine provisorische Regierung zu bilden. Die Differenz zwischen FOCEP und der UDP-Minderheit bestand also darin, ob eine neue Regierung innerhalb der Versammlung oder außerhalb angesiedelt sein sollte. Gemeinsam war, daß wir die Versammlung als eine Institution aufsaßen, die gegen die Diktatur aufzutreten sollte,

um nachzuweisen, daß APRA und PPC die Diktatur stützen und tragen obwohl sie in ihrem Wahlkampf versprochen haben, die Diktatur zu beenden.

AK: Sind nicht Teile der FOCEP so weit gegangen, daß sie nicht nur die Machtübernahme durch die Versammlung gefordert, sondern auch gleich Hugo Blanco zum Präsidenten aufgestellt haben?

J.: Nicht die FOCEP, sondern nur eine Partei innerhalb der FOCEP die PST (in der H. Blanco Mitglied war) hatte die Aufstellung Hugo Blancos zum Präsidenten gefordert. Ihm hat dazu geführt, daß Hugo Blanco aus der PST ausgetreten ist und eine neue Partei gegründet hat, die PRT. Dort haben sich einige kleine trotzkistische Parteien angeschlossen.

In der Praxis ist es so gewesen, daß die Mehrheit der UDP unserem Vorschlag, Gesetzesentwürfe einzubringen und die Konfrontation der Versammlung gegen die Diktatur voranzutreiben, gefolgt ist.

Die Fraktionen der revolutionären Linken haben dann gleich Beginn der Versammlung den sogenannten Roten Antrag eingebracht, wesentliche Forderungen:

Weg mit der Militärregierung, Nationalisierung der Banken, Nichtanerkennung der Auslandsschulden, Übergabe des Bodens an die Bauern. Wir haben dann weiterhin immer wieder versucht, in der Praxis den magischen Charakter der Aussagen von APRA und PPC nachzuweisen, zu zeigen, daß sie tatsächlich die Militärregierung nicht beiseite rufen wollen. Ein Beispiel: Wir haben einen Gesetzesentwurf eingebracht, der die Wiedereinstellung aller entlassenen Ar-

beter anordnete. Wir wußten, daß die Versammlung nicht befugt ist, Gesetze zu erlassen, und daß die rechte Mehrheit (APRA und PPC) den Entwurf zurückweisen würde. Wir haben dann im ganzen Land Massenversammlungen zu diesem Gesetzesentwurf organisiert. Wir haben den Entwurf überall diskutiert, abgestimmt lassen und Unterschriften dafür gesammelt.

Wir haben dann den Entwurf mit den Unterschriften erneut in die Versammlung eingebracht, die rechte Mehrheit hat ihn erwartungsgemäß abgelehnt und wir sind wieder zu den Massen gegangen und haben ihnen gesagt, den Entwurf, den wir unterschrieben haben, hat die Mehrheit der Versammlung zurückgewiesen. Die einzige Möglichkeit ist, mit diesen reaktionären Parteien aufzubrechen und eine wirklich souveräne und demokratische Versammlung zu erkämpfen.

Diese Taktik wird jedoch nicht von allen Organisationen begriffen. Einige Organisationen, wie z.B. PCR, „cuzco obrera“, eine Abspaltung von UR, aber auch Mitglied der UDP („cuzco obrera“) nach dem Namen ihrer Zeitung meinen, daß man die Illusionen ins bürgerliche Parlament schafft und daß die Forderung, die Versammlung solle der Regierung die Anerkennung entziehen, Illusionen über APRA und PPC verbreiten würde. Wir meinen, es ist umgekehrt, daß die Massen nicht durch Reden, sondern durch Erfahrung lernen, daß wir mit dieser Taktik gerade Illusionen in die APRA und PPC zerstören, wenn wir ihre Unterstützung für die Militärdiktatur nachweisen.

Ergebnis dieses Widerspruchs war, daß nicht alle Organisationen sich an

der Mobilisierung beteiligt haben.

Wir arbeiten darauf hin, daß die Linke sich an den Präsidentschaftswahlen 1980 beteiligt und daß sie einen gemeinsamen Kandidaten aufstellt, der in den Massen Gewicht und Einfluß hat, und das ist ohne Zweifel Hugo Blanco, ob es uns gefällt oder nicht. Hugo Blanco ist dabei ein sehr pragmatischer unorthodoxer Trotzkist. Er hat z.B. vor den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung lange gezögert, bis er sich schließlich doch für die FOCEP und nicht für die UDP entschieden hat. Wir haben zu ihm viele Widersprüche, aber auch viele Gemeinsamkeiten, z.B. die Unterstützung der Verteidigungsfronten (vgl. AK 148), die Entwicklung des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern. Ausserdem ist Hugo Blanco Leitungsmitglied des Bauernverbandes CCP, in dem wir (Vanguardia) die Mehrheit stellen, und wir arbeiten dort sehr gut mit ihm zusammen. Für ihn als Persönlichkeit haben wir große Achtung und wir blicken - nebenbei auch auf gemeinsame Gefängnisserfahrungen zurück.

Am 1. April 1960 hatte zu „Che's Zeiten“, Anfang der 60er Jahre als Bauernführer in bewaffneten Kämpfen in einem sehr großen Gebiet die Übernahme des Bodens und die Errichtung freier Bauernrepubliken erkämpft. Er hat dann nach Zerschlagung dieser Kämpfe viele Jahre im Gefängnis oder im Exil verbracht und hat erst vor wenigen Jahren im Rahmen des Wahlkampfes zur Verfassungsgebenden Versammlung nach Peru zurückkehren können, wo er von den Massen mit Begeisterung empfangen wurde. Hugo Blanco ist so etwas wie eine Symbolfigur der peruanischen Revolution.

Bahman Nirumand berichtet aus Iran

Bahman Nirumand ist Anfang Januar nach langjährigem Exil nach Teheran zurückgekehrt. Wir haben mit ihm folgendes Telefoninterview gemacht.

F: Bazargan hat mit dem Rücktritt gedroht, welches sind die Gründe?

A: Bazargan hat vorgestern ein längeres Interview gegeben. Er hat einige Kritik geübt an den bestehenden Zuständen, an den Komitees, die unter der Regie des Hauptquartiers von Khomeiny arbeiten. Letztendlich hat er darüber gesagt, daß die Befugnisse der Regierung, die eigentlich die Ordnungsmacht im Staat sein muß, eigentlich nicht ganz klar sind, daß es im Grunde zwei Mächte im Staat gibt. Die eine Macht geht von Ayatollah Khomeiny aus, und die andere Macht ist die Regierung. Dadurch überschneiden sich die Machtbefugnisse. Die islamischen Komitees des Ayatollah Khomeiny arbeiten ziemlich selbstständig und haben die Kontrolle über viele Bereiche der Gesellschaft übernommen. Jetzt ist ein Kompromiß gefunden worden. Man versucht diese Komitees unter die Kontrolle der Regierung zu bringen. Aber wie diese Auseinandersetzungen und Differenzen ausgehen, weiß man noch nicht.

F: In diesem Zusammenhang wurde berichtet, daß es nach der Rede Ba-

zargan im Rundfunk Schießereien zwischen rivalisierenden Oppositionsgruppen in Teheran gegeben haben soll. Was hat es damit auf sich?

A: Schießereien gibt es fast jede Nacht und zwar meistens zwischen früheren Mitgliedern der Geheimorganisation SAVAK, die bewaffnet durch die Stadt ziehen und versuchen Unruhe zu stiften, und den Ordnungskräften des islamischen Komitees.

F: Im Rundfunk wird immer wieder gefordert, die Soldaten sollen in die Kasernen zurückkehren. Ist das ein Hinweis darauf, daß es noch immer nicht gelungen ist, die Armee wieder aufzubauen?

A: Ein Punkt der Auseinandersetzung zwischen den revolutionären Kräften und denjenigen, die jetzt versuchen Ordnung zu schaffen, ist die Situation in der Armee. Die Linke ist dafür, daß die gesamte Struktur der Armee zerschlagen wird, denn das ist eine Struktur, die von den Imperialisten aufgebaut worden ist. Es nützt nichts, wenn man einige Generale absetzt und andere dafür einsetzt, sondern die gesamte Struktur der Armee, die Hierarchie der Armee muß abgeschafft werden. Dazu sind die Regierung und auch Khomeiny nicht bereit. Viele Soldaten, Unteroffiziere und untere Ränge der Armee sind dafür, daß die Armee von unten aus organisiert wird, daß die Kommandeure der Armee gewählt und nicht von der Regierung bestimmt werden. Sie haben Soldatenräte gebildet. Dieser Teil der Armee hat verschiedene Erklärungen herausgegeben, in denen es heißt, daß sie nicht bereit sind, zurückzukehren, solange dieses Prinzip der Wählbarkeit und Abwählbarkeit der Kommandeure und Offiziere nicht von der Regierung akzeptiert worden ist. Diese Kräfte der Armee sind natürlich die Progressiven, die sehr eng mit den Linken zusammenarbeiten.

F: Die Volksmodjahedin und die Volksfedayin sollen sich enger zusammengeschlossen haben.

A: Gewisse Forderungen haben bei den Organisationen gemeinsam aufgestellt. Es gibt außerdem eine Art informelle Zusammenarbeit zwischen ihnen, vor allem im Bereich der Demokratisierung der Gesellschaft.

F: Auf diese Fragen legen die beiden Organisationen derzeit den Schwerpunkt ihrer Arbeit?

A: Ja.

F: Aber sie behalten die Waffen?

A: Die Waffen, das ist ein weiteres Problem gewesen. Der bewaffnete Kampf, den die Volksfedayin begonnen haben - die Volksmodjahedin und andere Kräfte sind ihnen natürlich gefolgt - hat drei Tage gedauert. Danach hat die Regierung und auch das Hauptquartier von Khomeiny gefordert, daß die Waffen zurück-

gegeben werden. Die Volksfedayin und auch die Volksmodjahedin haben sich geweigert, das zu tun, und es war auch richtig so. Denn noch ist die Kontroverse nicht aufgelöst, und noch brauchen wir sehr dringend diese bewaffneten Kräfte. Auch darüber gibt es weiterhin Diskussionen und Auseinandersetzungen, und die Forderung, daß die Waffen zurückgegeben werden, wird immer wieder durch Rundfunk und Fernsehen bekanntgegeben. Aber ich glaube nicht, daß die Volksfedayin dazu bereit waren.

F: Eine Woche nach dem Aufstand berichteten die Medien hier, daß Khomeiny die erste Bewährungsprobe bestanden hätte, die Arbeiter, und auch die Ölarbeiter zu 90 % seien an die Arbeit zurückgekehrt.

A: Es hatte den Anschein als ob alle wieder zur Arbeit gegangen sind. Aber selbst wenn alle Arbeitern und Angestellten hätten arbeiten wollen, wäre es nicht möglich gewesen, denn die Räder stehen vor allem in der Industrie still. Um diese wieder in Gang zu setzen, bedarf es vieler Investitionen, einer eingehenden Neuorganisation und vor allem Zeit. Auf keinen Fall ist es so, daß alle Fabriken wieder arbeiten und alle Arbeiter beschäftigt sind. Das gilt auch für andere Bereiche. Vor zwei Wochen waren es vor allem die Geschäfte, die wieder geöffnet hatten.

Außerdem gibt es in der Ölindustrie, und nicht nur in der Ölindustrie, sondern in der gesamten Industrie und Verwaltung, dasselbe Problem wie in der Armee. Eine ziemlich breite Masse in den industriellen und Verwaltungsbereichen will die Leistungen der Betriebe und Verwaltungen selbst wählen. Dieses Prinzip der Demokratisierung der Gesellschaft von unten wird nicht nur von den Marxisten und Sozialisten gefordert, sondern auch von vielen Demokraten. Es ist ein wichtiges Problem unserer Gesellschaft geworden.

F: Damit setzen sich doch diese Arbeiter und Angestellten in direktem Widerspruch zu der Regierung Bazargans, der diese Form der Demokratie in einem Interview mit der „Le Monde“ ganz klar abgelehnt hat.

A: Das stimmt schon. Insofern ist das ein Widerspruch und der Kampf darum ist noch nicht ausgestanden. Denn die Kräfte, die diese breite Demokratisierung fordern, sind schon ziemlich stark. Bazargan und die anderen Regierenden wollen nur, daß in gewissen Bereichen der Gesellschaft dieses Prinzip durchgesetzt wird, z.B. an den Universitäten, also in den Bereichen, die nicht direkt zur Exekutive gehören und die nicht eine so wichtige Rolle in der Industrie spielen, d.h. in den Nebenbereichen der Gesellschaft. Die Regierung ist zu gewissen Kompromissen bereit, und es sind auch gewisse Schritte in diese

Richtung unternommen worden, aber an den entscheidenden Stellen läßt die Regierung nicht mit sich reden.

F: Welchen Weg gedenkt die Linke in dieser Situation einzuschlagen?

A: Die Linke versucht auf jeden Fall, diese Kräfte zu organisieren, und es gibt sehr viele Versuche, auf Grundlage der gewählten Räte Organisationen zu schaffen, die schon über den engen Rahmen einer Fabrik, eines Ministeriums, einer Schule oder eines Ministeriums hinausgehen. Man versucht, eine Art Rätemacht zu schaffen und propagiert dieses Prinzip überall in dieser Richtung und schon einige Erfolge zu verzeichnen. Die Volksfedayin beispielsweise haben schon einige Erfolge zu verzeichnen. Die Volksfedayin beispielsweise haben hierbei sehr viel Erfolg gehabt. Sie haben Arbeiter verschiedener Fabriken zu gemeinsamen Sitzungen eingeladen. Auf diesen Sitzungen sind Beschlüsse gefaßt worden, die dieses Prinzip für die Arbeiter konkretisieren. Auch die gesamten Ingenieure Teherans, die dieses Prinzip in ihren Arbeitsbereichen verfechten, haben Versammlungen durchgeführt. Es gibt sehr viele derartige Beispiele.

Wir befinden uns in einem Übergangsstadium. Die Revolution hat zwei große Schritte gemacht. Die Monarchie ist abgeschafft und die Armee geschwächt worden. Einige Mitglieder der SAVAK und frühere Gauner sind verhaftet worden. Das ist der erste Schritt, der natürlich ein großer und bedeutender Schritt ist. Der zweite Schritt, der meiner Ansicht nach nicht weniger bedeutend ist, ist der Prozeß der Demokratisierung. Er hat im Laufe der letzten ein-

einhalb Jahre immer mehr Anhänger gefunden, weil die Bevölkerung sich ständig mit diesen Problemen auseinandersetzen mußte und der Kampf gegen die Diktatur nicht, nur die Spitze, sondern alle Bereiche der Gesellschaft erfaßt hat. Dieser Demokratisierungsprozeß der sich jetzt in den Anfängen befindet und noch weiter fortgeführt werden kann, ist im Grunde der Inhalt unserer Revolution. Die Frage ist derzeit, ob die neuen Regierenden und Herrscher die sich dazu zu stellen werden oder nicht. Wenn sie sich nicht dazu bereit sind, dann fürchte ich, daß schon in aller nächster Zukunft gewisse Auseinandersetzungen folgen werden.

F: Die Regierung Bazargan hat angekündigt, die Ölexporte schon in der nächsten Woche wieder aufzunehmen. Ursprünglich hatten doch die Ölarbeiter beschlossen, die Produktion erst dann wieder aufzunehmen, wenn eine demokratisch gewählte Regierung im Amt ist.

A: Ich habe das Gefühl, daß die Regierung sich noch nicht im klaren ist, wieviel Öl exportiert werden soll und zu welchen Bedingungen. Die Regierung braucht natürlich Geld. Das kann im Augenblick - zumindest solange nicht eine selbstständige Industrie aufgebaut ist - nur aus den Öleinnahmen kommen.

Die Regierung befindet sich in einem Dilemma. Auf der einen Seite

Fortsetzung nächste Seite

nahost



Die Gefängnisse sind offen



Der US-Botschafter W. Sullivan (Mitte) wurde von Guerillas in Gefangenschaft genommen.

Fortsetzung von Seite 53

stehen die demokratischen, antimonarchistischen Forderungen. Die Regierung hat selbst in der ersten Rede Barzags dargelegt, daß wir selbstständig über das Öl verfügen, daß wir den Preis und die Menge die wir exportieren, selbst bestimmen wollen. Auf der anderen Seite muß das Geld herbeigeschafft werden. Es gibt im Augenblick fast drei Millionen Arbeitslose, die unterstützt werden müssen, außerdem müssen dringend einige Investitionen, vor allem in der Landwirtschaft, durchgeführt werden. All das kostet viel Geld und dazu muß Öl exportiert werden. In diesem Dilemma befindet sich die Regierung. Wie sie sich entscheidet, weiß man immer noch nicht.

F.: Was sagen denn die Ölarbeiter?

A.: Die Ölarbeiter haben erstens dieselben demokratischen Forderungen, wie die anderen Arbeiter und Angestellten auch. Sie selbst wollen über die Produktion bestimmen und ihre Vorgesetzten wählen. Sie fordern, daß die Arbeiterräte von der Regierung akzeptiert werden. Sie wollen Mitbestimmung, aber nicht im bünderepublikanischen Sinn, sondern im wirklich demokratischen Sinn. Sie fordern außerdem, sowohl an der Regierung als auch an der konstituierenden Versammlung beteiligt zu werden, weil sie entschieden mit zum Sturz des Schah-Regimes beigetragen und sich an der Revolution beteiligt haben. Und das geht der Regierung gegen den Strich, und insoweit gibt es da auch Auseinandersetzungen. Sie werden im Augenblick nicht so scharf geführt, weil man einen Schlag der Konterrevolution befürchtet. Auch für die Linken stellt sich das Problem, wie weit sie mit ihrer Kritik gehen können. Die Konterrevolution ist uns allen im Nacken. Es ist ja noch nicht alles geschafft. Die Imperialisten sind noch nicht so ganz außer Landes, und es besteht immer noch die Gefahr einer Intervention. Deshalb will man natürlich alles verhindern, was die Position der Regierung und der jetzigen Führer schwächt. Auf der anderen Seite will man nicht zulassen, daß undemokratische Schritte folgen und das Alte langsam in einer anderen Version wieder aufgebaut wird.

F.: Als drittes Problem Barzags wird angegeben, er habe gegen den Separatismus zu kämpfen. Das bezieht sich meist auf die Kurden.

A.: Die Kurden sind gut organisiert. Was sie fordern ist auf keinen Fall eine Trennung von Iran. Aber sie fordern ihre kulturelle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Selbstständigkeit. Sie wollen ihre Autonomie haben, nicht in dem Sinne daß sie ihr Gebiet von Iran trennen, sondern in dem Sinne daß sie in einer Föderation Teil der Gesellschaft sind. Das gleiche gilt für die Aserbaidschaner im Norden und abgeschwächt für die Belutschen im Osten Irans.

F.: Weshalb wendet sich die Regierung Barzags gegen solche Forderungen?

A.: Weshalb wendet sich die Regierung Barzags gegen solche Forderungen?

A.: Die Regierung fürchtet eine sowjetische Einflußnahme in diesen Gebieten, da es von Seiten der Sowjetunion immer Versuche gab, solche separatistischen Bewegungen zu unterstützen und den Separatismus zu

fördern. Auch geht das Demokratieverständnis der Regierung Barzags nicht so weit, daß die Autonomieforderungen der Nationalitäten begriffen und akzeptiert werden. Die Linken unterstützen die Forderungen dieser Völker voll.

F.: Die Regierung Barzags hat für die nächste Zeit ein Referendum über die zukünftige Staatsform angekündigt. Große Teile sollen damit nicht einverstanden sein.

A.: Bezüglich des Referendums gibt es ganz scharfe Auseinandersetzungen. Man wollte zunächst die Frage stellen, Monarchie oder islamische Republik. Natürlich ist nahezu das gesamte Volk gegen die Monarchie. Deshalb ist die Fragestellung unsinnig, denn wenn man gegen die Monarchie ist, heißt es noch lange nicht, daß man für eine islamische Republik ist. Viele Leute, und vor allem die Linken, fordern, daß die Frage nach der Art der Republik gestellt werden sollte und nicht Monarchie oder islamische Republik. Außerdem hat bisher das Schah-Regime geherrscht und Zeit, politische Propaganda zu betreiben. Parteien zu bilden und das Volk über die Art der Republik und über die Art der Regierung, die gefordert werden soll, aufzuklären hat es noch nicht gegeben. Man braucht mindestens zwei bis drei Monate Zeit, um tatsächlich die eigenen Ansichten propagieren zu können. Dann kann man von einer demokratischen Wahl sprechen. Wenn man jetzt von vorneherein sagt, Monarchie oder islamische Republik, dann finde ich das undemokratisch. Es sind natürlich viele Leute unzufrieden darüber, daß so gefragt werden soll. Ayatollah Khomeini hat in seiner letzten Ansprache in Qom gesagt, nein, so werde diese Frage nicht gestellt, sondern die Frage werde lauten, islamische Republik ja oder nein. Auch das ist eine undemokratische Fragestellung. Hinzu kommt noch, daß niemand genau weiß, wie diese islamische Republik aussehen soll. Es gibt verschiedene Erklärungen seitens der reaktionären Führer, die sich zum Teil widersprechen. Man weiß also nichts Genaues über diese islamische Republik. In dieser Situation so schnell diese Frage zu stellen, widerspricht den Errungenschaften der Revolution, nämlich der Abschaffung der Diktatur und der Forderung nach weitestgehender Demokratie.

F.: Der Termin für das Referendum soll auch einer Meldung der „Neuen Zürcher Zeitung“ schon für den 30.3. festgesetzt sein, und zwar mit dieser undemokratischen Fragestellung: islamische Republik ja oder nein. Halten die fortschrittlichen und linken Kräfte die Möglichkeit, dies zu verhindern?

A.: Wenn diese Meldung stimmt, dann ist die Linke nicht in der Lage, diese Wahl zu verhindern, denn die reaktionären Kräfte werden stärker als die Linken sein. Aber weil die Punkte über die die Auseinandersetzungen lauten in der Bevölkerung überhaupt nicht klar sind, ist hierher keine Einheit in der Bevölkerung. Nur die reaktionäre Elite Einheit hat.

A.: Eine Einheit in der Negation des Bestehenden. Nur die Regierung und die Gewerkschaft haben bisher Gelegenheit gehabt, ihre Positionen darzustellen. Die Linke, die Demokraten und all die Kräfte, die sich nicht als Anhänger einer islamischen Republik verstehen, nicht. Und insofern haben sie auch weniger Anhänger. Würde

man die Auseinandersetzungen zulassen, würde man mehr Zeit geben, dann bin ich davon überzeugt, daß die Linke schon die Chance hätte, wenigstens als eine politisch starke Kraft aufzutreten.

F.: Haben sich schon weitere politische Kräfte herausgebildet?

A.: Übermorgen soll die Erinnerung an Mossadegh geweckt werden. Man geht zur Grabstätte. Hunderttausende werden erwartet. Das ist ein Versuch der linken Kräfte innerhalb der Nationalfront, all die Demokraten, liberalen und progressiven Kräfte auf Grund bestimmter demokratischer Forderungen zusammenzufassen. Dadurch wird sich eine neue Nationalfront organisieren, zu der alle, die gegen Sandjani und die früheren und jetzigen Führer der Nationalfront Stellung bezogen haben, gehören werden. Diese Kräfte konnten in der letzten Zeit sehr an Boden gewinnen und ihren Einfluß in der Bevölkerung verstärken. Die alte Nationalfront hat sich praktisch bereits aufgelöst. Die linken Kräfte wollen übermorgen eine gemeinsame Erklärung herausgeben und eine sogenannte revolutionäre Nationalfront gründen. Das ist natürlich nicht zu verwechseln mit den Bestrebungen der linken Kräfte, sich zu vereinen. Auf Grund bestimmter demokratischer Forderungen. Diese Versuche sind sehr viel weiter als vor zwei, drei Wochen, es gab viele Verhandlungen, und es wurden viele Kompromisse geschlossen, um endlich einmal so eine linke Front auf die Beine zu stellen, zu der auch die progressivsten Kräfte gehören. Bisher ist halbwegs ein demokratisches Programm zusammengestellt worden, das vor allem die Interessen der Werktätigen berücksichtigt.

F.: Auf der Kundgebung der Volksfedayin am 23.2. wurde in der verabschiedeten Resolution auch die Forderung nach vollständiger Gleichberechtigung der Frau erhoben. Gibt es inzwischen schon eigene Organisationen der Frauen?

A.: Es ist erstaunlich, was da in kürzester Zeit entstanden ist. Es gibt zahlreiche Versuche der Gründung von Frauenorganisationen, die z.T. auch die spezifischen Probleme der Frauen behandeln. Es gibt jetzt ein Bestreben, all diese kleineren Organisationen zu vereinheitlichen. Das ist sehr rasch vor sich gegangen. Auch verschiedene Organisationen versuchen jetzt, diesen Aspekt der Revolution herauszuarbeiten und für die Frauen die Rechte zu erkämpfen, die sie von der Revolution erwarten.

F.: Sind über die Forderung nach der Gleichberechtigung der Frau konkrete Forderungen erhoben worden? Schließlich hatten die Frauen unter dem Schah-Regime praktisch keinerlei Rechte.

A.: Folgende Forderungen wurden bisher von den Frauen erhoben:

Gleicher Lohn für alle
Gründung von Komitees in den Arbeitsstätten
gleiche Chancen für Frauen
gleiche Chancen für Frauen bei der Ausübung
Arbeitschutzgesetz für Frauen
besonders während der Schwangerschaft
Schwangerschaftsurlaub
Gemeinschaftseinrichtungen für im Haus anfallende Arbeiten
Wir danken dir für das Gespräch



Am Freitag, dem 23.2.1979 fand in der Teheraner Universität eine Kundgebung statt, die von der Guerillaorganisation "Fedayin des iranischen Volkes" initiiert worden war. Auf dieser Kundgebung, an der (nach Angabe des ZDF) 150.000 teilnahmen, haben die Fedayin nach Analyse der neuesten politischen Entwicklung in Iran folgende Resolution vorgelegt, die von den Teilnehmern angenommen wurde:

1. Das Ziel der Befreiungsrevolution im Iran ist die völlige Beseitigung der politischen, ökonomischen, militärischen und kulturellen Vorherrschaft des Imperialismus und des von ihm abhängigen iranischen Regimes. Ohne die totale Ausmerzung der imperialistischen Herrschaft wird der Sieg des Volkes halbherzig und provisorisch sein. Nach Beendigung der revolutionären Zustände wird der Imperialismus durch den Wiederaufbau der Armee und des Verwaltungsapparats des alten Regimes seine Vorherrschaft wieder ausbreiten.

2. Alle Klassen und Schichten des Volkes, die mit ihren geschlossenen Reihen die Revolution ermöglicht haben, müssen sich an der Leitung der gesellschaftlichen Prozesse beteiligen können. Die Verwaltung der Gesellschaft durch das ganze Volk kann ohne die Bildung der Räte in Fabriken, Produktionsbetrieben, Ämtern und Kasernen nicht verwirklicht werden. Die Arbeiter als Hauptträger der Revolution, müssen durch die Bildung von Arbeiterräten die Kontrolle über die Fabriken und Produktionsbetriebe in die Hand nehmen. Die fortschrittlichsten Arbeiter wie die Arbeiter in der Ölindustrie und in den Traktoren- und Maschinenwerken in Teheran, haben bereits ihre Räte gebildet. Der einzige Weg zur Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der Fabriken und Produktionsstätten, ist die Übertragung der Kontrolle der Betriebe in die Hand von Arbeiterräten.

3. Die iranischen Bauern, die einen großen Teil der Bevölkerung ausmachen, gehören zu den ärmsten und fleißigsten Teil unseres Volkes. Die landwirtschaftlichen Aktiengesellschaften, Ackerbauindustrien und ähnliche Einrichtungen müssen sofort den Bauern überlassen werden. Die Ländereien, die das alte Regime den Bauern gepachtet hat, müssen ihnen ohne Bedingungen zurückgegeben werden. Wir sind für eine wirkliche und demokratische Landreform. Die Ländereien, die von den Spekulanten, Wucherern, Banken und anderen Institutionen des alten korrupten Regimes eingekauft wurden und müssen sofort zwischen den ärmsten Bauern unterteilt werden. Die Ackerbau- und Handwerksbetriebe, die in den Händen von Kapitalisten und Verwaltern liegen, müssen sofort in die Hände der Bauern übergeben werden. Unsere Bauern müssen die alten zur Wahrung der Interessen des Regimes geschaffenen Ämter ersetzen. Die aktive Beteiligung der Bauern bei der Selbstbestimmung ihres Schicksals und der Weiterführung der Geschichte des Landes ist ohne die Bildung der Bauernräte nicht denkbar.

4. Die Armee und der riesige Verwaltungsapparat, die die Säulen des alten, vom Imperialismus abhängigen Regimes bilden, müssen aufgelöst werden. An ihre Stelle muß eine neue Volksarmee und neue Organe der Verwaltung auf der Basis von Verhältnissen entstehen, geschaffen werden, die die Interessen des Volkes und der Revolution widerspiegeln. Die Armee muß die Aufgabe der Verteidigung der Revolution und der Befreiung der Revolution von imperialistischen Anforderungen und von imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung der Bevölkerung übernehmen. Die Organisation, der Aufbau und der Inhalt der neuen Armee müssen die Interessen des Volkes widerspiegeln und zur Befreiung des Landes beitragen.

5. Die Volksarmee muß aus den an der Revolution aktiv beteiligten Jugendlichen und den in der Revolution aktiv beteiligten Jugendlichen bestehen. Die Volksarmee muß aus den an der Revolution aktiv beteiligten Kräften gebildet werden. Sie muß in Zusammenarbeit mit den Soldaten, Unteroffizieren und Luftwaffenkadetten, die durch ihren Anschluß an die Reihen des Volkes und ihre aktive Beteiligung an der Revolution ihre patriotische Einstellung unter Beweis stellen, entstehen. Die Räte der Soldaten, Unteroffiziere und Kadetten müssen die Führung der Armee aus ihren eigenen Reihen wählen dürfen.

6. Die neuen Verwaltungsmuster müssen entsprechend den neuen Verhältnissen der iranischen Gesellschaft aufgebaut werden. Ihre Aufsicht muß den Beamtenräten überlassen werden. Diese Räte werden die Führungskräfte und die Verantwortlichen der Ämter wählen und deren Arbeit kontrollieren. Die Universitäten und alle Bildungsinstitutionen müssen durch die von Dozenten, Studenten, Lehrern, Schülern und Angestellten gebildeten Räte geleitet werden. Die neue Kultur und Ausbildungsplanung muß mit der aktiven Beteiligung eben dieser Räte entworfen und durchgeführt werden.

7. Die Kreativität des Menschen entsteht durch das Zusammentreffen verschiedener Ideen und Meinungen. Alle Individuen, Kräfte und Organisationen innerhalb des Volkes müssen das Recht besitzen, ihre Meinung und Ideologie frei äußern und propagieren zu dürfen. In dem zukünftigen Iran muß die Freiheit aller religiösen, philosophischen und politischen Strömungen gewährleistet sein. Die Zensur muß in jeglicher Hinsicht und für immer beseitigt werden. Die Ausübung der Zensur unter weichen Umständen und Vorwänden in welcher Weise und von welcher Persönlichkeit auch immer – kann nicht akzeptiert werden. Wir warnen ausdrücklich: Wenn wir die Zensur nicht im Keim ersticken, wird diese heimtückische Krankheit ihren unheilvollen Schatten rasch über alle Bereiche ausbreiten. Daß diese Krankheit die Revolution vernichtet, die Kreativität des Menschen tötet und das größte Hindernis für die Weiterentwicklung des Denkens ist, hat die Geschichte mehrfach bewiesen.

8. Die vergangenen reaktionären Regime haben die Frauen, die die Hälfte der gesellschaftlichen Kraft darstellen, in einer unwürdigen Weise unterdrückt. Die Frauen und Männer müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen die gleichen Rechte besitzen. Jegliche, gegen dieses Prinzip gerichtete Gesetze und Anordnungen sind sofort zu annullieren.

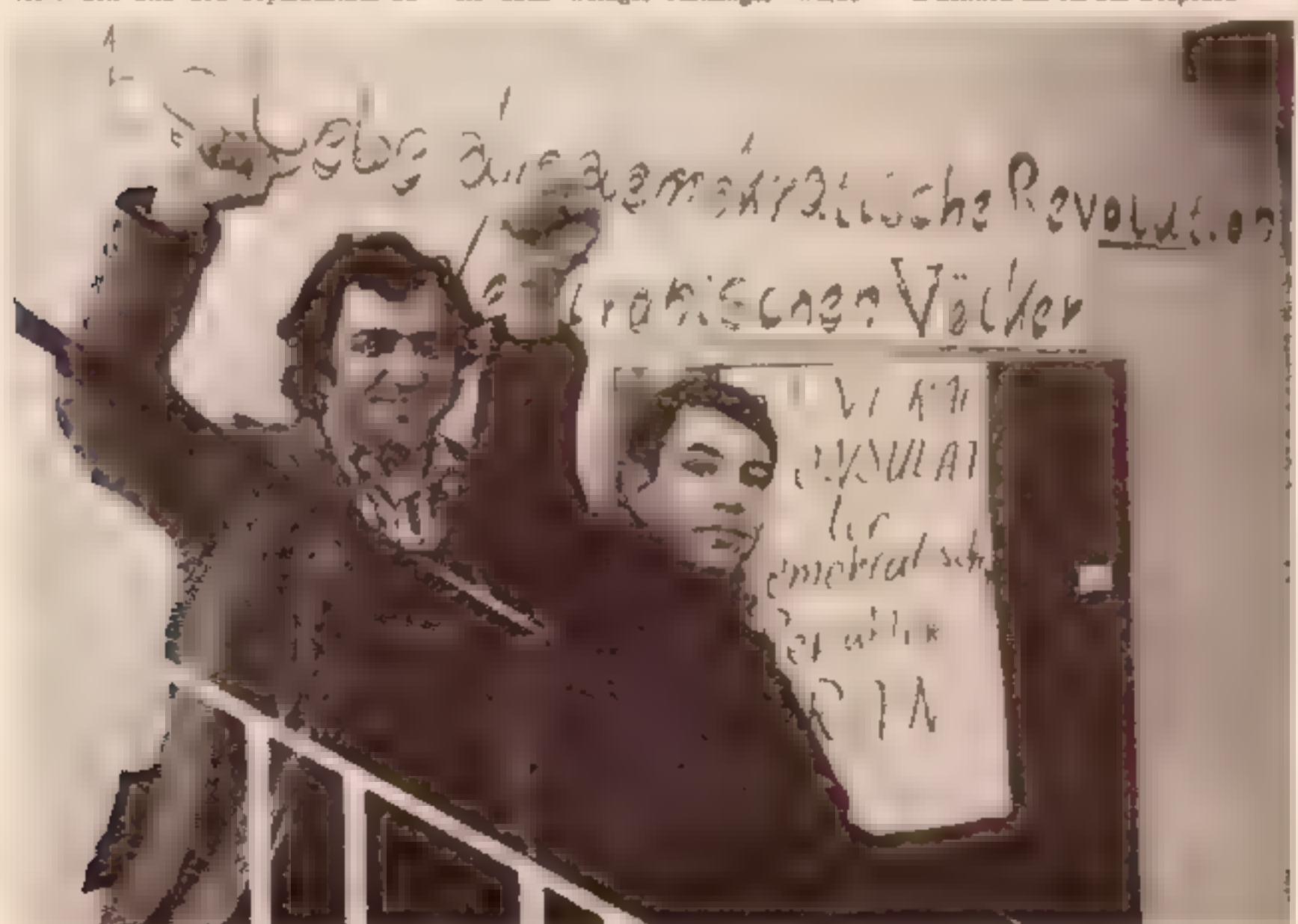
9. Die Rechte der iranischen Völker in der Wahl der privaten und gesellschaftlichen Lebensweise, der kulturellen und völkischen Freiheiten müssen anerkannt werden. In einem freien demokratischen Iran müssen die Menschen ihre eigene Religion und Kultur ausüben und ihre eigene Sprache ungehindert sprechen dürfen. Die Anerkennung der der iranischen Völker zustehenden Rechte wird die Einheit und Einigkeit der Menschen in unserem Lande wahren. Sie wird die Ursachen für Zwietracht beseitigen.

Es lebe die Einheit der unterdrückten iranischen Völker!

Hoch lebe die blutige Fahne der Revolution!

Guerillaorganisation "Fedayin des iranischen Volkes"
Teheran, den 23.2.1979

verbreitet durch ISV Westberlin, Mitglied der GSNL



Nach dem erfolgreichen Aufstand der iranischen Massen vollzogen auch im Ausland die antifaschistischen Iraner die notwendigen Veränderungen in den Konsulaten und Botschaften ihres Landes. Wie hier in München wurden die Missionen „besetzt“ und umgetauft.

asien

Kampuchea —

zwei Monate nach der Befreiung

Begleitet vom chinesischen Aggressionskrieg gegen Vietnam und den täglichen Siegesmeldungen des gestürzten Pol-Pot-Regimes, beginnt das kampucheanische Volk damit, ein neues Leben im Lande aufzubauen.

Insmer noch gibt es neue Entdeckungen über Verbrechen, die in den letzten drei Jahren von der Pol-Pot-Clique verübt wurden.

In der „Kommune“ Tho Chu wurden Massengräber entdeckt, in denen rund 1000 Tote lagen. „Sie hatten die Zwangsarbeit nicht überstanden, waren aus Mangel an medizinischer Versorgung gestorben oder einfach erschlagen worden“ („Die Neue“, 24.2.79).

„106 buddhistische Bonzen der Pagode in Vat Svay in der kambodschanischen Provinz Siem Reap sollen von Roten Khmer“ (gemeint ist die Pol-Pot-Clique — Anm. AK) „mit Hacken und Beilen erschlagen worden sein, berichtete die kambodschanische Nachrichtenagentur SPK“ („SZ“, 23.2.79).

„Nur vier Bonzen haben nach dem Bericht das Massaker oder die Zwangsarbeit unter den Roten Khmer überlebt. Inzwischen sei die Pagode wieder hergerichtet worden“ (ebenda).

Insgesamt wird es wohl noch länger dauern, bis sich das Leben in der VR Kampuchea normalisiert hat. „In den Dörfern findet Feldarbeit noch

kaum statt. Viele Menschen kehren zurück in ihre traditionellen Wohnorte und sind dann vorrangig damit beschäftigt, die Häuser wieder in Stand zu setzen. (...) Die Rückkehr in die Städte wird sich dagegen versögern. In Phnom Penh wird zur Zeit das Elektrizitätsnetz und die Wasserversorgung wiederhergestellt. Die Krankenhäuser sollen auf Anweisung der Regierung in Kürze wieder eröffnet werden. Hier sind allerdings nicht nur die Gebäude zu reparieren, es fehlen Medikamente und vor allem Ärzte. In allen Wohnorten werden jetzt Komitees gebildet, die den Konsolidierungsprozeß tragen sollen“ („Die Neue“, 24.2.79).

In der No Un Gummifabrik in einem Vorort von Phnom Penh, dem größten Gummifabrikunternehmen Kampucheas, wurde Anfang Februar von den Arbeitern eine Selbstschutzeinheit gegründet. „Die Arbeiter haben die Fabrik gereinigt und versuchen die Montagegerätschaft so bald wie möglich wieder in Betrieb zu nehmen“ („SPK“, 12.2.79).

Freundschaftsvertrag zwischen Vietnam und Kampuchea

Am 16. Februar besuchte eine vietnamesische Delegation mit Premierminister Pham Van Dong an der Spitze Phnom Penh. Leiter der Delegation

„Möge die militante Solidarität zwischen den Völkern Kampuchas und Vietnams ewig dauern!“ wurde ein Freundschaftsvertrag zwischen beiden Ländern abgeschlossen.

Im Geiste der militanten Freundschaft heißt es im Artikel IV des Vertrags zum Problem der Grenze zwischen beiden Ländern, das es für das Pol-Pot-Regime ständig als Vorwand für seine Provokationen gegen Vietnam genommen worden war. „Die beiden Seiten verpflichten sich, alle Differenzen, die in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern auftauchen mögen, durch friedliche Verhandlungen zu lösen. Die beiden Seiten werden in Verhandlungen einreten, um einen Vertrag über den Verlauf der nationalen Grenze zwischen den beiden Ländern auf der Basis der gegenwärtigen Grenzlinie abzuschließen, mit der Entscheidung, die gegenwärtige Grenze in eine Grenze des dauernden Friedens und der Freundschaft zwischen den beiden Ländern zu verwandeln“ (Vietnamesische Nachrichtenagentur VNA, 18.2.79). Während betont wird, „Beide Seiten respektieren vollständig die gegenseitige Unabhängigkeit und souveräne Linie“, wird gleichzeitig großer Wert auf die lange bestehende Tradition militanter Solidarität und brüderlicher Freundschaft zwischen den Völkern Kampuchas, Laos und Vietnam gelegt.



China warter gegen die VR Kampuchea

Während die chinesische Führung sich ja schon vor einiger Zeit vorwiegend von der Politik des Pol-Pot-Regimes distanziert hatte, werden dessen in Kampuchea versprengte Haufen weiter über den Weg durch Thailand mit chinesischen Waffen versorgt. An der politischen Front wird neben der Ausübung der UNO daran gearbeitet, ein möglichst breites Bündnis gegen die Befreiungsfront Kampuchea (FUNKSN) zu

sammeln. Nachdem Siha-nouk in dieser Richtung schon wertvolle Dienste geleistet hat, sind die Überreste des Pol-Pot-Regimes jetzt sogar „zur Zusammenarbeit mit den Anhängern des alten Regimes unter Lon Nol bereit, das sie selbst gestürzt hatten“. Sie werden aufgerufen, „nach Kambodscha zurückzukehren, um sich einer breiten patriotischen und demokratischen antivietsamen Front anzuschließen und den Feind zu vertreiben“ („SZ“, 22.2.79).

Asien-Australien-Kommission

„Tauwetter“ in

Der zeitliche Zusammenhang zwischen der US-Reise Deng Xiaopings und den Gesprächen zwischen der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik (KDVR) und Südkorea dürfte wohl kein reiner Zufall sein. Im Januar hatte der südkoreanische Diktator Park Chung Hee „Nordkorea zu Gesprächen über alle, beide Seiten



Alljährlicher „Kampftag gegen den US-Imperialismus“. Auch am 26. Juni 1978 waren wieder über 200.000 Koreaner in Pjöngjang unter Parolen wie „Nieder mit den US-imperialistischen Aggressoren, dem geschworenen Feind des koreanischen Volkes!“ auf der Straße.



„Truppenabzug“ nach US-Art (Aus „Women of Korea“ 4/78)

betreffende Fragen eingeladen. Auf seiner ersten Pressekonferenz in diesem Jahr erklärte Park, seine Regierung sei bereit, zu jedem Zeitpunkt, an jedem Ort und auf jeder Ebene zu verhandeln, die Nordkorea vorschläge“ („SZ“, 20.1.79).

Auf diesen Vorschlag hat die Führung der KDVR dann sehr schnell mit einem konkreten Angebot geantwortet. Darin heißt es unter anderem: „Wir halten uns weiterhin strikt an die Prinzipien der nationalen Wiedervereinigung, namentlich, das Land unabhängig wiederzueineigen, ohne sich auf äußere Kräfte oder deren Einmischung zu verlassen, das Problem der Wiedervereinigung friedlich, ohne Rückkehr zu den Waffen zu lösen und eine große nationale Einheit zu erreichen, die Differenzen in Ideologie, Idee oder System überwindet und jede mögliche Anstrengung zu unternehmen, sie in die Praxis umzusetzen“ („Pyongyang Times“, 3.2.79). Als einseitige Vorleistung hat die KDVR ab 1. Februar alle Propaganda, die „zu Konfrontation und Antagonismus zwischen Nord und Süd anzureichen könnte“ eingestellt. Die südkoreanische Seite betreibt diese Propaganda natürlich weiterhin.

Gleichzeitig wurde der Text der Erklärung aus der KDVR über Tokyo an zahlreiche Organisationen, Parteien und Einzelpersonen in Südkorea verschickt.

1972 hatten sich der Süden und der Norden im Kommuniqué vom 4. Juli schon einmal zu gemeinsamen Gesprächen bereitgestellt, die aber bereits 1973 wieder abgebrochen wurden. Im Gegensatz zu damals enthält der diesjährige Vorschlag der KDVR „Nicht die Forderung nach vorübergehender Abschaffung der Antikommunistengesetze und der Notstandsverordnungen sowie Entlassung der politischen Häftlinge im Süden“ („FAZ“, 25.1.79).

Am 17. Februar fand dann bereits das „erste Treffen hochrangiger Vertreter beider Seiten seit 1973“ („SZ“, 20.2.79) in der Waffenstillstands-Stadt Panmunjom statt. Die KDVR hat gefordert, daß bei dem geplanten Dialog „alle gesellschaftlich relevanten Kräfte — vor allem also die südkoreanische Opposition“ miteinbezogen wird, ebenso die Organisationen der (oppositionellen) Auslandskoreaner. Dagegen will das Park-Regime „von Regierung zu Regierung verhandeln“ (ebenda).

Das nächste Treffen zur Vorbereitung dieses Dialogs soll am 7. März stattfinden.

Die US-Imperialisten rüsten weiter auf

Die Gründe für die Wiederaufnahme der Gespräche gerade jetzt haben sicherlich wenig mit günstigen Verhältnissen in Korea selbst zu tun. Anstatt des von Carter bei Amtsantritt versprochenen Truppenabzugs ist jetzt definitiv klar, daß die Truppen bleiben und darüberhinaus verfolgen die USA zur Zeit eine Strategie der weiteren Aufrüstung Südkoreas. Unter dem fadenheiligen Vorwand, „daß die Stärke der nordkoreanischen Streitkräfte größer ist als bislang angenommen“ („SZ“, 5.1.79), (nämlich angeblich 440.000 gegenüber 560.000 in Südkorea) wurde die „Reduzierung der (US-Boden-) Truppen gestoppt, um auf dem Hintergrund der Normalisierung mit China (1), der neuen Friedensvorschläge Seoul und Pjöngjangs und der Geheimdienstinformationen über die Stärke der nordkoreanischen Truppen neue Überlegungen anzustellen“ („SZ“, 12.2.79).

Korea?

Wie es mit dem „Friedenswillen“ der UN-Imperialisten bestellt ist, zeigt die Aktion von 1. bis 17. März dieses Jahres ein gemeinsames Manöver mit der südkoreanischen Marinepatrouille durchzuführen, an dem 140.000 Soldaten teilnehmen sollen, darunter „ein Kampfbataillon der auf Hawaii stationierten 25. US-Division und ein Raketenbataillon mit Kampfbomben des Typs F-111“ („SZ“, 23.2.79).

Bereits im Dezember war ein gemeinsames amerikanisch-südkoreanisches Militärkommando gebildet worden, „ein weiterer Schritt beim Abzug amerikanischer Bodentruppen aus Südkorea“, wie die „Frankfurter Rundschau“ (7.11.79) zynisch meldete.

Ebenfalls im Zusammenhang mit dem „Truppenabzug“ baut das südkoreanische Regime „stetig eine eigene Rüstungsindustrie auf und wird bereits im nächsten Jahr selbst Kampfflugzeuge herstellen. Bis 1982 soll die 635.000 Mann starke Armee modernisiert werden. Flugzeuge, Raketen und andere Waffen für mehr als eine Milliarde Dollar sind allein 1978 von den USA nach Südkorea gebracht worden, darunter auch „Phantom“-Kampfbomber“ („Neues Deutschland“, 14.11.78). Der Rundfunksender der „Revolutionären Partei für die Wiedervereinigung“ berichtete über massive Waffenlieferungen der US-Imperialisten, insbesondere über den Plan, „Kernwaffen der US-Streitkräfte und Lance-Raketen, die in der Lage sind, sie zu transportieren, an die Park-Chung-Hee-Clique zu übergeben“ („Stimme der RWP“, 7.2.79). Dieser Sender, der angeblich in Südkorea stehen soll, in Wirklichkeit aber wohl in der KDVR stationiert ist, bringt übrigens auch seit dem 1. Februar weiterhin reichlich Propaganda gegen das südkoreanische Regime, was zu diesem scharfen Protest geführt hat, obwohl sie selbst ihre Hetze gegen die KDVR natürlich nicht eingestellt haben.

KDVR auf „China-Kurs“?

Die KDVR hat in der Vergangenheit einen relativ unabhängigen Kurs zwischen den großen Blöcken SU und China gefahren. Das hat sich allerdings Anfang dieses Jahres parallel mit dem sich anbahnenden Bündnis zwischen den USA und China einseitig zugunsten der chinesischen Revisionisten geändert. Der Beschluß der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen der VR China und den USA wurde als „Widerspiegelung des Trends der Zeit“ begrüßt.

Ebenso wie China verurteilt die KDVR Vietnam wegen seiner „bewaffneten Intervention, um die revolutionäre Macht Kampuchea (1) zu stürzen, aus dem einzigen Grund, daß es nicht mit ihrer Politik und ihrem Arbeitsstil einverstanden ist“ („Rodong Sinmun“, 13.1.79). Über die ständigen Grenzprovokationen Kampucheas fand sich allerdings kein Wort in dieser Stellungnahme.

Während sozialistische Revolutionäre die Schneekatastrophe in Nordamerika im Zentralorgan „Rodong Sinmun“ zu finden waren, nicht man vergeblich nach einer Notiz über die chinesische Aggression in Vietnam — in ihrer Politik gegenüber den Ländern der „Dritten Welt“ unterhält die KDVR ähnlich wie die VR China gute Beziehungen zu so reaktionären Regimes wie Mobutu in Zaire oder dem Schah des Iran bis zu dessen Sturz (allerdings wurde inzwischen auch die Regierung Bagdad anerkannt).

Andererseits geht die KDVR in ihrer Außenpolitik von einer reichlich anderen Ausgangslage als das chinesische Regime aus. Während China nach der Devise verfährt, die UdSSR ist der Hauptfeind und ihre Feinde sind meine Freunde, unterhält die KDVR sehr gute Beziehungen zu den von ihr als sozialistisch bezeichneten revisionistischen Ländern der RGW, ebenso wie zu den (euro-) revisionistischen Parteien Westeuropas und Japans.

Die guten Beziehungen zu reaktionären Regimes der „Dritten Welt“ bedeuten auch keinesfalls eine Übernahme der Deng-Chen „3-Welten-Theorie“.

In bestimmten Konflikten zwischen Ländern der „Dritten Welt“ bezieht die KDVR durchaus Stellung für die fortschrittlichen Kräfte. So unterstützt sie den Widerstand des chinesischen Volkes gegen die Pinochet-Gorillas, unterhält gute Beziehungen zum MIR und zur PFLP. Als einziges Land außerhalb Afrikas erkennt die KDVR die Demokratische Arabische Republik Sahara an und hat deswegen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Mauretanien hinhängen müssen.

Inwiefern man sich hier allerdings Illusionen macht, gerade angesichts der militärischen Aufrüstung Südkoreas, wird die Zukunft zeigen.

In diesen Fragen unterscheidet sie sich durchaus wohltuend von der chinesischen Außenpolitik. Andererseits ist aber nicht zu verkennen, daß die immer engeren Zusammenarbeit der VR China und der US-Imperialisten in Asien eine konkrete Bedrohung für die Zukunft Koreas darstellt. In diesem Zusammenhang kann die Bereitschaft der KDVR zu Gesprächen mit Südkorea als Versuch verstanden werden, einer „Lösung“ der Korea-Frage hinter dem Rücken des koreanischen Volkes zuzukommen.

Asien-Australien-Kommission

Der japanische Militarismus - eine ernste Gefahr für die Völker Asiens

Im letzten ARBEITERKAMPF wurden die Remilitarisierungsbestrebungen, die gigantische Aufrüstung des japanischen Imperialismus untersucht. In zweitem Teil dieses Artikels soll darauf eingegangen werden, in welchem Umfang der japanische Imperialismus schon wieder in das imperialistische Militärsystem integriert ist, in welchem Umfang die Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus und besonders auch mit dem BRD-Imperialismus entwickelt wird.

Japan - USA

Ohne daß ein festes Bündnissystem besteht (z.B. vergleichbar der NATO), besteht zwischen den japanischen SDF („Selbstverteidigungs-Streitkräfte“) und der US-Armee eine weitestgehende Kooperation. Spätestens seit der Bildung eines militärischen Konsultationsorgans (FCS) zwischen den USA und Japan am 29.8.1975 werden die amerikanischen Militärkräfte in Japan und die SDF als eine Kraft behandelt. Für eventuelle gemeinsame Militäreinsätze wurden Koordinationsstellen eingerichtet, die letztendlich im US-Pazifik-Kommando (CINCPAC) zusammenlaufen. Sämtliche SDF-Stützpunkte, Leitzentralen etc. und darüber hinaus direkt mit den Kommandos der US-Basen verbunden. Sämtliche „Informations“ werden gemeinsam ausgewertet und es werden koordinierte Einsatzpläne sowohl für die SDF als auch die US-Truppen erarbeitet (nach „AMPO“, 2/76). Am deutlichsten wird die Zusammenarbeit an der Frage Südkorea. Borella 1969 wurde in einer gemeinsamen Erklärung von Nixon und Sato festgelegt, daß „die Sicherheit Südkoreas unentbehrlich für die Sicherheit Japans“ sei („AMPO“, 2/76). Konkret hat Japan militärische Offensivaufgaben (!) in einem eventuellen Korea-Konflikt übernehmen. Nach Angaben der „AMPO“ (einer in Asien angelegenen antikomunistischen Zeitschrift) soll die japanische SDF im Kriegsfall vor allem die koreanische Halbinsel inobere und blockieren, um möglichen Bodentruppen etc. den Rücken frei zu halten. Weiterhin soll weitgehend die logistische Unterstützung in der Hand der SDF liegen („AMPO“, 2/76). Entsprechend sind japanische Militärkräfte postiert: die japanische Luftwaffe überwacht den gesamten Luftraum vor der koreanischen Halbinsel, vor der chinesischen Küste bis zu Taiwan. Die Seestreitkräfte sind ebenfalls hauptsächlich in Richtung Korea und China ausgerichtet („AMPO“, 2/76). Diese bereits seit ca. 1969 bestehenden Absprachen sind letztes Jahr erneut festgelegt worden. So „sollten die japanischen Verteidigungsstreitkräfte Verteidigungsoperationen in Japan und der umgebenden Luft- und Meeresräume durchführen, während die US-Streitkräfte für offensive Operationen eingesetzt werden“ („Japan Times“, 26.11.78). So wurde es in den im November 1978 zwischen USA und Japan neu festgelegten „Richtlinien für die militärische Verteidigungsarbeit“ festgestellt. Die Richtlinien sprechen eine deutliche Sprache: „Verhinderung einer Aggression, eines bewaffneten Angriffs auf Japan und eines Ausbruchs ernsthafter Situationen in Ostasien außerhalb Japans...“ ist das Ziel („Japan Times“, 26.11.78). Dies heißt nichts anderes, als

daß die bereits seit langem bestehenden Übernahmefunktionen der Sicherungsaufgaben durch die SDF institutionalisiert wird, daß Japan in Zukunft seine eigene „Vorwärtsverteidigung“ auf den gesamten ostasiatischen Raum auszudehnen gedenkt, also nicht nur Korea als „unentbehrlich für Japans Sicherheit“ gesehen wird. Natürlich verfolgen die japanischen Imperialisten auch eigene Ziele, die über die „gemeinsamen Sicherungsaufgaben“ hinausgehen. An diesen Fragen scheint sich insbesondere eine intensive Zusammenarbeit zwischen der BRD und Japan zu entwickeln.

BRD - Japan: „Die alte Achse soll wieder aufgebaut werden“

Mitte letzten Jahres besuchte Japans Kriegsminister Kanemaru erstmals seit Ende des 2. Weltkrieges das NATO-Hauptquartier und die BRD. Den Gesprächen mit Kriegsminister Apel und verschiedenen europäischen NATO-Größen folgten sofort konkrete Kooperationen.

A. Technologische Zusammenarbeit in Fragen der Waffenproduktion zwischen Japan und den europäischen Mitgliedsstaaten der NATO. Konkret wird Datenmaterial über Nike-Herkules-Raketen ausgetauscht, wird Japan Rüstungsmaterial (besonders Raketen) aus der NATO einkaufen und die Anpassung der Waffensysteme wird avisiert („Japan Times“, 31.12.78). Die Orientierung dieser technologischen Rüstungszusammenarbeit gab das japanische Verteidigungsministerium kurz vor Kanemarus Besuch in der BRD an: „1. daß Japan danach streben wird, die fortgeschrittenste militärische Technologie in der Welt zu besitzen, 2. daß dieses Ziel Japans Verhandlungsposition gegenüber den USA verbessern wird, 3. daß Vorbereitungen getroffen werden sollen, um die fortgeschrittenen militärischen Technologien der USA Programme in der Rüstungsproduktion zu nutzen“ („AMPO“, 3/78).

B. Die antikomunistische japanische Zeitung „New Asia News“ enthielt nach Kanemarus Besuch bei Hans Apel, daß es besonders auch um die gemeinsame Atomwaffenproduktion zwischen BRD und Japan geht. „Wort (in Bonn, Red.) erreichte er ein Abkommen mit Westdeutschland über die Entwicklung von Informationsaustausch, gemeinsamer Forschung und Entwicklung von fortgeschrittenen Atomwaffen-Technologie“ („NAN“, 30.6.78). Offiziell nennt sich dies ein „Abkommen zur Zusammenarbeit in der Entwicklung von Schnellen Brut-Reaktoren mit der westdeutschen Atomenergievereinigung“ (gemeint ist offensichtlich das Bundesforschungsministerium, Red.). („NAN“, 30.6.78). Einbezogen sind allerdings ebenfalls die Fragen der Wiederaufbereitung. Beides sind für beide Staaten unentbehrliche Voraussetzungen für eine schnelle und unabhängige Atomwaffenproduktion.

Das Ausmaß der Zusammenarbeit BRD - Japan, die Ernsthaftigkeit mit der diese Achse als Block der emporkommenden imperialistischen Staaten betrieben wird, wird auch daran deutlich, daß Japan offenbar das gesamte Führungssystem der Bundeswehr kopieren will. So hat Japan „großes Interesse an der inneren Führung der Bundeswehr“ bekundet

(„JfA“, 9/78). „Beeindruckt hatten besonders unsere Bemühungen auf dem Gebiet der politischen Bildung“, meint ein gewisser Prof. Jacobson aus dem Beirat für Innere Führung. Noch deutlicher wird's an anderer Stelle: „Wie kann man über den militärtechnischen Auftrag hinaus die Soldaten motivieren? Gibt es eine politische Perspektive? Der Gesichtspunkt, wie schützen unser Land vor möglichen Angriffen, reicht nicht mehr aus. Auch in Japan begreift man mehr und mehr das ernstzunehmende Problem der Solidarität der Demokraten“ (!) Überdies beginnt man einzusehen, daß, nachdem sich die Amerikaner aus Asien zurückgezogen haben, von den Japanern ein verstärktes Engagement auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik erwartet wird. Dabei spielt die Frage der Gesellschaftsordnung eine zunehmende Rolle.“

Nichts anderes heißt dies, als daß Japan das Modell der inneren Führung zur ideologischen Ausrichtung der SDF für aggressive, expansionistische Aufgaben („Engagement auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik“ „Solidarität der Demokraten“) einsetzen will - und offenbar der Meinung ist, daß die Bundeswehr das Problem der politischen Motivierung für solche Aufgaben bestens gelöst hat!

In Ansätzen zeigt sich hier die Entwicklung einer gemeinsamen Kriegsvorbereitung. Angefangen bei Waffenanpassung, Waffenentwicklung, Atomwaffenproduktion bis hin zur ideologischen Vorbereitung von Armee und Bevölkerung.

In Ansätzen zeigt sich hier die Entwicklung einer gemeinsamen Kriegsvorbereitung. Angefangen bei Waffenanpassung, Waffenentwicklung, Atomwaffenproduktion bis hin zur ideologischen Vorbereitung von Armee und Bevölkerung.

Die folgende Einschätzung der chinesischen Genossen von 1971 trifft zweifellos auf beide Staaten und insbesondere auf eine Zusammenarbeit zwischen ihnen zu:

Mit aller Kraft haben die japanischen Reaktionen viele Jahre hinfortschreiten des Imperialismus betrieben... Im Ringen um Einflußsphären wird das japanische Monopolkapital zweifellos seine kolonialen Interessen mit Waffengewalt verteidigen. Eine Wirtschaftsmacht wird bestimmt zu einer Militärmacht, und wirtschaftliche Expansion führt unbestritten zu militärischer Expansion. Es ist ein unumgängliches Entwicklungsgesetz des japanischen Militarismus.

Gegenwärtig beschleunigen die japanischen Reaktionen ihr Tempo bei Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Sie vergrößern ihre Marine und Luftwaffe in großem Umfang, verstärken ihre Stützkräfte und bauen die sogenannte offensive Verteidigung aus. Alle diese Tatsachen beweisen, daß der japanische Militarismus ein gefährliches Aggressions- und Kriegspotential geworden ist, das die Völker verschiedener asiatischer Länder bedroht“ (so die chinesische Armeezeitung „Renmin Ribao“, K. „Peking-Rundschau“ Nr. 39/28.9.1971).

Was störtzeit erst in Ansätzen sichtbar war und von den chinesischen Kommunisten völlig richtig bewertet und auf mittlere Sicht eingeschätzt wurde, ist heute voll entfaltete Realität. Nieder mit dem japanischen Militarismus! Schluß mit der Zusammenarbeit zwischen BRD- und japanischen Imperialisten!

Asien/Australien Kommission

US-Imperialisten wittern Morgenluft

Ein weiterer Faktor, der die Lage in Südostasien verschärft, ist die Drohung der US-Imperialisten, mit eigenen Truppen dort wieder einzugreifen. So erklärte Carter bei einem Besuch des thailändischen Regierungschefs Kriangsak, die USA fühlten sich „der Aufrechterhaltung der Integrität, der Freiheit (!) und der Sicherheit Thailands im höchsten Maße verpflichtet“ („SZ“, 8.2.79). Und da Carter solche Verpflichtungen ja auch einzuhalten pflegt, wenn es sich nicht gerade um Wiederaufbauhilfe in Vietnam handelt, will er sich „um die Zustimmung des Kongresses für die Übergabe von amerikanischen Waffen im Wert von 11,3 Millionen Dollar an Bangkok bemühen, die seit dem Vietnam-Krieg in Thailand lagern. Dies würde die für 1979 bereits zugesagte Militärhilfe von 30 Millionen Dollar bedeutend erhöhen“ („FAZ“, 8.2.79).

Thailand war schon zu Zeiten des Vietnam-Kriegs Basis des US-Imperialismus für dessen Aggression. Auch

nach der Befreiung Indochinas 1975 kam es zwischen Thailand und Kampuchea, bzw. Laos immer wieder zu Grenzgefechten. Um diesen Unruheherd ständig in Gang zu halten, wurden von thailändischer Seite die geächteten Reaktionen in Flüchtlingslagern an den Grenzen zu Kampuchea und Laos angespornt. Offiziell hält sich das thailändische Regime allerdings aus den Auseinandersetzungen heraus. So spielte denn Kriangsak auch den Biedermann, als Carter drohte, „im Falle einer Invasion ausländischer Truppen in Thailand wollen die Vereinigten Staaten nicht tatenlos zusehen, sondern, definitiv eingreifen“ („SZ“, 9.2.79), und betonte, „er habe sich nicht um die Verpflichtung der Vereinigten Staaten bemüht, im Falle eines Konflikts aktiv durch die Entsendung von Truppen einzugreifen“ (ebenda). So hat Kriangsak auch schnell die von Sihanouk ausgeplauderten Einzelheiten über den Nachschub der Pol-Pot-Armee in Kampuchea

dementiert. Sihanouk hatte in seiner launigen Art erzählt, was Deng ihm bei seinem USA-Besuch erzählt hatte, nämlich, „daß Thailand ihm die Benutzung gewisser kleiner Häfen und Binnenstraßen für den Transport chinesischer Lieferungen an die kambodschianischen Guerilleros zugesagt hat“ („FAZ“, 10.2.79). Die Dementis klingen unsso unglaubhafter, da Thailand sich aus dem Konflikt keineswegs herausgehalten hat. So flog ein Hubschrauber der thailändischen Armee am 11. Januar „über die Grenze, holte Ieng Sary aus dem direkt dahinter liegenden Städtchen Poipet und brachte ihn zum Bangkok-Flughafen, von wo der Führer der Roten Khmer unverzüglich nach Peking flog“ („FAZ“, 20.1.79). Kurz nach der Befreiung Kampuchea war ein „großes Kontingent von Chinesen und Nordkoreanern (...) über Thailand in seine Heimat zurückgekehrt“ („FR“, 11.1.79).

Asien/Australien Kommission

Leserbrief

zur Stellungnahme des LG zur chinesischen Aggression in Vietnam

Bei der Diskussion um die Stellungnahme können wir die Einschätzung unter dem Abschnitt „Aggression nach außen als Ventil der inneren Probleme“ nicht teilen. Wir meinen, daß die Politik der chinesischen Führung im Gegensatz zu der Einschätzung steht. Hätte die chinesische Führung ein Interesse, „mit (der) Aggression nach außen die inneren Widersprüche abzuschwächen und sich damit auch eine Erklärung für wirtschaftliche Probleme zu verschaffen“, so wäre es doch logisch, wenn die chinesische Führung jetzt ein Propagandafeuer auf die Bevölkerung abschüßte. Aber das ist nicht der Fall. Eine im Fernsehen gezeigte Original-Nachrichtensendung aus China machte u.a. deutlich, was als wichtige Informationen betrachtet werden. Der Einmarsch chinesischer Truppen gehörte nicht dazu. Diese Haltung zieht sich scheinbar durch die gesamte Berichterstattung. Die Aggression gegen Vietnam findet nur am Rande Erwähnung.

Aber was will man die Aggression gegen Vietnam zur Abschwächung der inneren Widersprüche benutzen, wenn sie nicht ins Bewußtsein der Bevölkerung gerückt wird?

F. KB Kassel

Antwort der AK Redaktion

Der Hinweis auf die Behandlung der Kriegshandlungen im chinesischen Fernsehen ist überhaupt nicht stichhaltig. Dies schon deshalb, weil bisher praktisch nur die „neue Bourgeoisie“ überhaupt das Fernsehprogramm regelmäßig verfolgen kann. Auf deren Interessen ist daher auch das Programm zugeschnitten. Richtig scheint, wenn die bisherigen bürgerlichen Meldungen zutreffen, daß in China über den konkreten Kriegsverlauf sehr wenig berichtet wird. Das hängt aber vor allem mit der für die chinesischen Machthaber nicht unbedingt schmeichelfhaften Entwicklung dieses Militärabenteuers zusammen. Auf der anderen Seite scheint es doch so, daß die chinesischen Massenmedien (Radio, Zeitungen) recht „bürgerlich“ vom Kampfesgeschehen berichten, z.B. mit breiten Darstellungen einzelner „Heldentaten“, mit Gelobnissen für Produktionssteigerungen („Ales für die Front“) und ähnlichem. Hinzu kommt, daß es auch bei diesem Krieg eben nicht um eine Frage einiger Tage handelt, sondern um ein langfristig angelegtes Vorhaben. Entsprechend dürfte sich auch die Propaganda entwickeln.

Kurzmeldungen

US-Botschafter in Afghanistan erschossen

Am 14.2.79 wurde der US-Botschafter in Afghanistan, Adolph Duba, bei einer Teilnahme an einem schwachen Dubs war, nach Darstellung der US-Botschaft, von „drei Angehörigen der achttausend Minderheit des Landes entführt worden, die sich mit ihrer Geisel in einem Hotel in der Innenstadt verschanzten und von der prosovjetschen Regierung die Freilassung von mehreren Mullahs verlangten, die vor kurzem verhaftet worden sind“ („FR“, 15.2.79). Die afghanische Regierung lehnte Verhandlungen mit den Entführern ab und „ließ offenbar das Hotel von Polizisten stürmen“ („FR“, 15.2.79).

Diesen Vorfall nahm die US-Regierung zum Vorwand, um die Wirtschaftshilfe für Afghanistan (1979 14,9 Mio. US-Dollar) drastisch zu kürzen („FR“, 24.2.79). Der US-Pressesprecher erklärte, die Entscheidung sei durch diesen Vorfall beschleunigt worden, „nachdem die zuvor schon wegen der Verletzung der Menschenrechte“ (!) in dem jetzt prosovjetschen asiatischen Staat erwogen worden sei“ („FR“, 24.2.79).

Die Menschenrechte werden natürlich angeblich überall dort gerade verletzt, wo es dem US-Imperialismus in den Kram paßt.

Landreform und Widerstand in Afghanistan

10 Monate nach Machtübernahme des „linken“ Militärregimes in Afghanistan brechen Widersprüche zwischen reaktionären Kräften und der neuen Macht offen auf. Anlaß ist offenbar u.a. die Durchführung der verprochenen Landreform. Zum 14. Jahrestag der Gründung der PDPA (Volksdemokratische Partei Afghanistan) am 1.1.1979 wurde über Dekret Nr. 8 die sofortige Durchführung der Landreform eingeleitet.

Die Landreform sieht eine rigorose Umverteilung vor. Vor dem Umsturz hatten 85% der Landbesitzer nur 26% der gesamten Anbaufläche zur Bewirtschaftung, während 2,5% der Landbesitzer über 50% des Bodens besaßen. Im Dekret Nr. 8 wird die Höchstgrenze des bewässerten, anbaufähigen Bodens auf 30 Jertis (entspricht ca. 6 ha) festgelegt. „Alle jene Landbesitzer, die mehr als 30 Jertis erstklassigen Landes besitzen, sind verpflichtet, ihr überschüssiges Land an die verantwortlichen Behörden zu geben“ („SWB“, 22.1.79). Entsprechend wurden beispielsweise in der Helmand-Provinz schon im Dezember 1978 300 Landstücke an Kleinbauern und besitzlose Landarbeiterfamilien übergeben. 296 Kleinbauernfamilien wurden in der Provinz Farah mit Land versorgt („SWB“, 22.1.79). Das Land wird ohne Pacht

oder Kosten an die Familien verteilt und offenbar der Grundbesitzern auch enteignet. Abgepaßt!

Urgen der Versuch, die Landreform zu verhindern, sowie öffentliche Meinung gegen die politische Kurs- und Machtkämpfe hat sich in den letzten Monaten reaktionärer Widerstand entwickelt. Besonders in der nord-östlichen an Pakistan angrenzenden Provinz Kunar soll es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Kräften der reaktionären Verbände „Jamiat-e-Islami“ und „Hizb-e-Islami“ und afghanischen Militärsoldaten gekommen sein („SWB“, 19.1.79). Nach Aussagen der Jamiat-e-Islami will diese in den entfernten, schwer zugänglichen Provinzen gegen das „kommunistische Regime in Afghanistan“ einen „Guerillakrieg“ führen. Die Regierung bestreitet zwar offiziell solche Auseinandersetzungen - hat aber gleichzeitig für die Regionen Arif, Shomash und Chalas in der Provinz Kunar ein Einreiseverbot für Ausländer erlassen („SWB“, 19.1.79).

Die reaktionären Kräfte erhalten offenbar massive Unterstützung aus Pakistan. Der „Guardian“ berichtet von kompletten Ausbildungslagern in Pakistan („Guardian“, 31.1.79).

Massenmord an der Grenze Burma/ Bangla Desh

Die Massenvertreibung burmesischer modernischer Minderheiten nach Bangla Desh durch Burmas Zentralregierung führt immer mehr zu einem Massensterben in den Flüchtlingslagern.

Nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Flüchtlingsfragen leben mindestens 200.000 Menschen in den völlig unzureichenden Lagern in Bangla Desh. Hunger und Seuchen haben nach UN-Angaben bereits zu mindestens 10.000 Toden geführt, davon sind 6739 Kinder („NZZ“, 29.1.79). „Nach Darstellung des Sprechers mehrten sich wegen einer Massenepidemie vor allem in den letzten Wochen die Todesfälle. Zu einer noch schlimmeren Situation könnte es kommen, wenn, wie befürchtet, eine Typhusepidemie ausbricht“ („NZZ“, 29.1.79).

Immer deutlicher wird aber auch der Hintergrund des Flüchtlingselends. Die Flüchtlinge selbst warfen bereits seit langem den burmesischen Behörden brutale Unterdrückung und Verfolgung vor, es wurde von regelrechten militärischen Feldzügen der burmesischen Armee gesprochen („Japan Times“, 3.1.79). Burma selbst hat jetzt zugegeben, daß es darum ging, den Minderheiten die burmesische Nationalität (und die damit verbundenen Rechte) abzuerkennen und sie als „illegale Einwanderer“ zu deklarieren („Japan Times“, 3.1.79).

Asien/Australien-Kommission

VR China - DR Vietnam: So sehens's die anderen

DKP

Daß die DKP gegen die chinesische Aggression auftritt und die großartige Gelegenheit ausgiebig zur Hetze gegen „Maoismus“ und „Chao-ten“ ausnützt, hat wohl niemanden überrascht.

Eine besonders wilde Schoten aus der DKP-Presse seien hier stellvertretend erwähnt.

In der „UZ“ vom 23.2. plauderte DKP-Schriftsteller Peter Schütt über eine Reise, die er 1973 durch Nordvietnam machte. U.a. weiß er zu berichten, sowjetische Waffenlieferungen seien damals auf dem Weg durch China „unbrauchbar gemacht oder mit chinesischer Aufschrift versehen“ worden.

In der „UZ“ vom 2.2. hingegen heißt es: „Daß China damals „den Transport sowjetischer Waffen auf dem Landweg nach Vietnam“ unter-
sagte“.

Schriftsteller Peter Weiss, der durch zunehmende Revi-Nähe stetig immer mehr auf den Hund zu kommen scheint, behauptet in der „UZ“ vom 22.2. gar: „Bereits Mitte der 60er Jahre“ habe die chinesische Regierung mit „feindseligen Handlungen“ gegen Vietnam begonnen, indem sie in ihrem Streben nach einer Hegemonie über Südostasien, den Widerstandskampf Vietnams gegen den Angriffskrieg der USA einzuschränken versuchte.“

In der „UZ“ vom 23.2. wird die „alle Geschichte wieder aufgeschoben, daß 1953 (!) in einem chinesischen Schulatlas eine historische (!) Landkarte abgedruckt war, die den früheren Einflusssbereich Chinas zeigte.“ Überschrift: „Chinesische Landkarten verraten Pekings Großmachtansprüche“. In demselben Artikel wird behauptet, Mao habe 1965 auf einer Sitzung des Politbüros der KP Chinas erklärt: „Wir müssen unbedingt Südostasien einschließlich Südvietnam, Thailand, Burma, Malaysia und Singapur bekommen“. Ob sich diesen Mist die „UZ“-Redakteure selbst ausgedacht haben, oder ob es aus der damaligen Bülly-Papagei irgendeiner pro-imperialistischen „Schulstunde“ bzw. des CIA-Mats bleibt offen.

In der „UZ“ vom 23.2. weiß der schon zitierte Peter Schütt zu berichten, daß (bei seiner Reise 1973) die Zerstörungen in Nordvietnam umso größer waren, je näher man der chinesischen Grenze kam. Daraus folgert Schütt messerscharf: Die US-Bomber mußten bei ihren Angriffen höchstwahrscheinlich „chinesisches Gebiet überfliegen“, „also“ seien die Bombenangriffe „ohne die stillschweigende Duldung, ohne die Rückendeckung Chinas“ nicht möglich gewesen!

Ein Meisterstück von „Bündnispolitik“ leistete sich die DKP mit der von ihr dominierten Initiative „Rettet die Rundfunkfreiheit im WDR“. Während diese Initiative sich bisher noch mit einigem Erfolg als parteipolitisch unabhängig darstellte, wurde ihr jetzt von der DKP eine Stellungnahme im strengen Revi-Jargon diktiert. In der Stellungnahme der Initiative heißt es dann: „Es sei erforderlich, daß der WDR in Bericht erstattung und Kommentierung die so Zusammenhänge (die DKP-Einschätzung!) darstellt und berücksichtigt, und daß seine Mitarbeiter in den Programminhalten deutlich machen, daß nur eine klare Abgrenzung der Bundesregierung an die Pekinger Adresse und nur eine eindeutige Verurteilung der chinesischen Aggression durch die NATO-Staaten den Weltfrieden zu sichern vermag“ („UZ“, 24.2.).

SPD-Linke

Die „UZ“ erwähnt folgende Ge-
derungen der SPD, die sich öffent-
lich gegen die chinesische Aggres-
sion ausgesprochen haben:

Die „Falken“ in Bielefeld, die ge-
meinsam mit der DKP u.a. zu einer Kundgebung aufrufen.

Die Juso-Gruppe Aachen West, die
zugleich forderte, „daß die Bun-
desregierung das Vorgehen der VR
China öffentlich und eindeutig
verurteilt“.

Die „Falken“, Bezirk Ostwestfa-
len Lippe.

Die Unterbezirksvorsitzenden der
Falken und Jusos von Hagen.
- Außerdem riefen die Göttinger
Jusos gemeinsam mit SB und KFB
(KB-Studenten) zu einer Kundge-
bung auf, was in der „UZ“ selbst
verständlich nicht erwähnt wurde.

- In Bremen betätigte sich der Ju-
so-Unterbezirk Bremen-West an
einem Solidaritäts-Komitee und einer
Demonstration gemeinsam u. a. mit
der DKP.

Ansonsten scheint die Auflistung der
„UZ“ durchaus vollständig zu sein.
Örtliche Diskussionen ergaben, daß
bei den „Falken“ und Jusos ähn-
lich auch bei den Jungdemokraten
meist keine vereinheitlichten Stand-
punkte zu den Vorgängen in Indo-
china bestehen.

Die insgesamt außerhalb von DKP
und KB (den die DKP aber sowieso
nicht zur Kenntnis nimmt) mehr
als magere Resonanz hundert der
„UZ“ freilich nicht daran, in der ge-
wohnten Tarzan-Pose zu trompeten.
„Die Welle der Solidarität mit
dem Volk von Vietnam ging in der
Bundesrepublik auch am Wochenende
weiter.“ („UZ“, 26.2.)

„KPD“, MLD und KBW

■ den Vaterlandsverteidigern
ist, wie nicht anders zu erwarten,
die Zustimmung zur chinesischen Ag-
gression total. Die MLD meint zu-
dem: „Aus den Reaktionen Wa-
shingtons und der EG spricht der
Geist der Beschwichtigung und des
faulen Kompromittierens.“ („Neue
Welt“, 20.2.)

Die „KPD“ war offenbar frühzeit-
ig von der chinesischen Führung
über die bevorstehende Aggression
informiert worden. Am 8.2. erklär-
te „KPD“-Spitzenfunktionär Horhe-
mann auf einer Veranstaltung in
Frankfurt, er halte einen Angriff
Chinas auf Vietnam „für denkbar“.
„Für denkbar“ halte er, daß China
dann vorübergehend einer etwa 25

Völker der Welt, die nicht nach ihrer
Pfeife tanzen, von einer künftigen
Supermacht China zu erwarten hät-
ten.“ („RM“, 23.2.). Ja, und von
„gründlicher Ausbeutung und sozial-
faschistischer Unterdrückung“ in
China war in der Stellungnahme auch
die Rede.

Besonders erfreulich ist der Sinnes-
wandel der KPD/ML, der sich inner-
halb einer Woche vollzog. War die
KPD/ML zunächst nur bereit, zwar
gegen China, aber nicht für Viet-
nam Stellung zu nehmen (gemäß der
Supermächte-Theorie Vietnam =
Vasall Moskaus), konnte man im
„Roten Morgen“ vom 23.2. ganz neue
Töne hören: „Das heroische vietna-
mesische Volk“ habe „die fortschrit-
tlichen Kräfte in der ganzen Welt“
auf seiner Seite. „Unsere Sympathie
und Solidarität gehört dem tapferen
vietnamesischen Volk... Es ist unser
Wille und unsere Hoffnung, daß es
dem heldenhaften vietnamesischen
Volk gelingen möge, die brutale
Aggression Chinas zurückzuschlagen“.

KABD

Der KABD „verurteilt“ recht lau-
warm den „Einmarsch chinesischer
Truppen nach Vietnam“, „da für die-
sen Schritt keinerlei zwingende Grün-
de vorliegen“. Seine größte Sorge
jedoch geht anscheinend in andere
Richtung: „Gleichzeitig warnen wir
davor, einseitig China zu verurtei-
len“. Schuld sei nämlich auch Viet-

„Die Politik dieser Chauvinisten ist
ebenso skrupellos wie wahnsinnig
und ausichtslos“.

Kritisiert werden vom „Arbeiter-
bund“ allerdings auch die Revisio-
nisten, denen es darum gehe, „die
Spaltung im sozialistischen Lager zu
vertiefen“. Der „Arbeiterbund“ geht
also davon aus, daß ein solches „so-
zialistisches Lager“ (wenn auch heute
leider gespalten) noch existiert.

Positiv zu vermerken ist die Er-
klärung des „Arbeiterbunds“, daß
„alle fortschrittlichen Menschen zur
Solidarität mit dem vietnamesischen
Volk mobilisiert werden, eine breite
Front zur Hilfe für Vietnam unge-
achtet politischer und ideologischer
Differenzen in anderen Fragen ge-
schaffen werden muß“ (ebenda).

GIM

Die „was tun“ vom 22.2. erschien
mit der Überschrift „chinesische
Truppen raus aus Vietnam“. Ebenso
erfreulich wie erstaunlich ist, daß die
GIM in ihrer Stellungnahme auf alle
sonst üblichen Querschläger gegen die
„sozialistische Bürokratie“ Vietnams
verzichtete und eindeutig gegen die
chinesische Aggression Stellung
nahm. Diese Aggression wird in den
Zusammenhang gestellt, daß in China
eine „verknöcherte Bürokratenkaste“
an der Macht sei, die „sich prinzipiell
in nichts mehr von der Sowjetbüro-
kratie“ unterscheidet. Diese chine-
sische Bürokratie habe „ihre gesamte
Außenpolitik darauf ausgerichtet,
mit dem Imperialismus zu einem Ar-

Organisation POCH schreibt in ihrer
Zeitung vom 22.2. unter der Übers-
chrift „Solidarität mit Vietnam“:
„Dieser Angriff auf Vietnam ist
durch nichts zu entschuldigen und
wirft ein bezeichnendes Licht auf die
chinesische Haltung in Kampuchea.
Wenn heute von verschiedener Seite
versucht wird, die chinesische Ag-
gression auf eine Art und Weise
auf den Sturz des Pol-Pot-Re-
gimes, so wird dabei wesentlich un-
terschieden, daß China schon im letz-
ten Jahr eine konsequente Nadel-
stichpolitik gegen Vietnam verfolgt
hat... Offensichtlich wollte sich
China nicht mit einem unabhängigen
Vietnam von großem revolutionären
Prestige abfinden. Die seit Ende 1977
einsetzenden militärischen Provoka-
tionen Pol Pots gegen Vietnam lie-
gen in einer Linie mit der nun erfol-
genden Aggression größtmäßigen Ausmaßes.“

VSSTÖ (Österreich)

Der Verband Sozialistischer Stu-
dentInnen Österreichs (VSSTÖ), Sektion
Salzburg, bekundete in seiner Zei-
tung „Sozialistische Nachrichten“
(1/79) Sympathien mit der Soli-
dantät. „Der Einmarsch vietname-
sischer Truppen in Kambodscha (und
der scheint allein durch die konven-
tionelle Kriegsführung der „Eroberer“
bewiesen) läßt sich auch durch die
Grausamkeiten der Regierung Pol Pot
nicht rechtfertigen“. Also kann es für
den VSSTÖ „Parteilnahme... weder
für Eroberungsfeldzug noch für ein
inhumanes Regime geben“. Solida-
rität ist der VSSTÖ jedoch „nach
unmenschlichen Regime gegen... son-
dern ist der VSSTÖ jedoch „nach
wie vor... mit den Völkern in Kam-
bodscha, Laos und Vietnam, die nach
wie vor unsere Unterstützung brau-
chen“.

Italien

Die „Direktion“ der PCI erklärte,
„daß die sofortige Einstellung der
Kämpfe und der Rückzug der chine-
sischen Truppen auf die Grenzen ih-
res Landes notwendige Voraussetzung
sind, um zu einer Lösung der
Meinungsverschiedenheiten und zur
Wiederherstellung des Friedens zu ge-
langen“. Der chineisch-vietnamesi-
sche Konflikt sei vor dem Hinter-
grund einer Entwicklung zu sehen,
die die „Entspannungspolitik“ be-
sorgniserregend gefährde und das Ri-
siko einer „Katastrophe“ vergrößere.
Die PCI ruft alle „demokratischen
Kräfte“ Italiens sowie alle „demokra-
tischen, sozialistischen und kommuni-
stischen Kräfte“ der Welt auf
für den Rückzug der chinesischen
Truppen und für „Frieden und Ent-
spannung“ einzutreten. (nach „Il
manifesto“, 21.2.79).

Die linken Tageszeitungen „Il
Manifesto“ und „Lotta Continua“
(nicht identisch mit der inzwischen
weitgehend zerfallenen früheren
kommunistischen Organisation glei-
chen Namens), die die „vietnamesi-
sche Invasion“ in Kambodscha verur-
teilten, sind bezeichnenderweise
nicht bereit, zumindest mit derselben
Schärfe auch die chinesische Aggres-
sion gegen Vietnam zu kritisieren.
Beide beschränken sich auf neutrale
Berichterstattung und allgemeine phi-
losophische Betrachtungen über
Großmächte, sozialistische Außenpo-
litik u.ä.

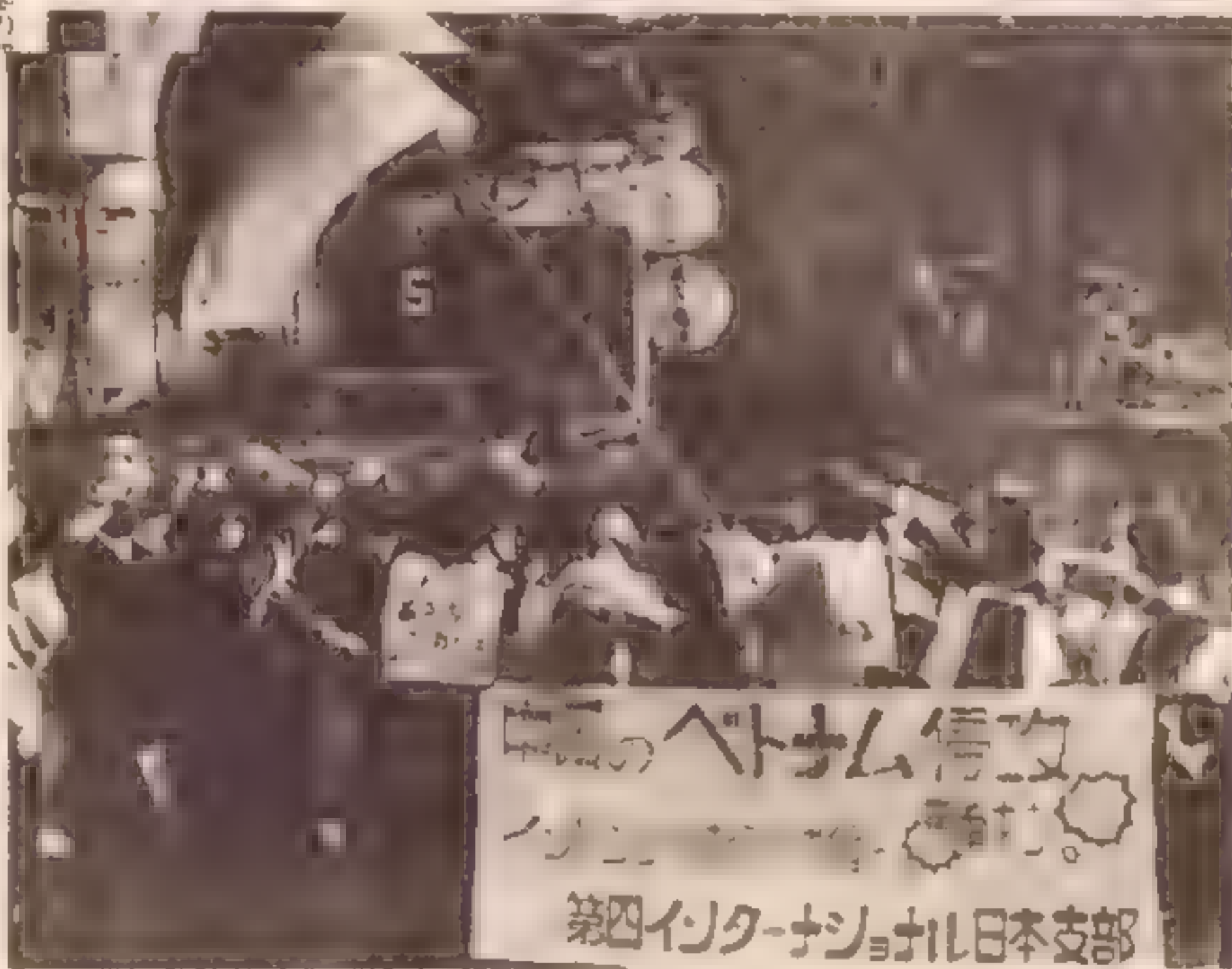
Besonders profiliert sich dabei
„Lotta Continua“. Beispielsweise in-
dem sie am 21.2. dem französischen
Anti-Kommunisten Glückmann zwei
Seiten zur Frage der vietnamesischen
Flüchtlinge einräumt. Oder indem sie
eine Kampagne „gegen den Krieg
überhaupt“ zu eröffnen versucht -
verbunden mit der Aufforderung, die
Linke müsse ihre bisherigen Auffas-
sungen zu diesem Thema endgültig
revidieren.

OCT (Frankreich)

Die OCT brachte auf der Titelsei-
te ihrer Zeitung „l'Étincelle“ vom
23.2. die Parolen: „Rückzug der
chinesischen Truppen aus Vietnam.
Selbstbestimmungsrecht der Völker“.
In der „Étincelle“ wird zwar die
„konterrevolutionäre Politik der neu-
en chinesischen Führung“ kritisiert
und die chinesische Führung sogar
als Hauptverantwortlicher für die
Konflikte in Südostasien bezeichnet.
Andererseits wirft die OCT Viet-
nam aber immer noch vor, es habe
in Kambodscha militärisch interve-
niert und trage somit eine Mitverant-
wortung.

Ganz konsequent schließt daher
in der „Étincelle“ an die Forderung
„Sofortiger Rückzug der chinesischen
Truppen vom vietnamesischen Ge-
biet“ auch die Forderung an: „Rück-
zug der vietnamesischen Truppen
vom kambodschanischen Gebiet“.

Fortsetzung nächste Seite



Genoss(innen) der japanischen „Sektion der 4. Internationale“ demonstrieren mit der vietnamesischen Flagge am 19.2. vor der chinesischen Botschaft in Tokio. Auf dem Transparent fordern sie: „Verurteilt die Invasion Vietnams durch China! Verteidigt die Revolution Indochina!“

km breiten Streifen an der Grenze
besetzen würde. Und am 15.2.,
einen Tag vor Beginn der Aggres-
sion, erschien die „Rote Fahne“ mit
einem Leitartikel „Krieg Vietnam -
China?“ auf der Titelseite. Dieser
Leitartikel endete: „Die chinesische
Seite hat immer wieder klargestellt,
daß ihre Geduld ihre Grenzen habe.
Diese Grenzen sind offensichtlich er-
reicht.“

Wenn man das nicht für Zufall
oder Heilheiterie hält, doutet dieser
Vorgang darauf hin, daß die chine-
sischen Machthaber nunmehr sys-
tematischer Gebrauch von ihren aus-
ländischen Agenturen wie „KPD“,
PCP/ML u.ä. machen wollen.

KPD/ML

Die KPD/ML, die noch vor gar
nicht so langer Zeit verhassten Chi-
nas Flut mit dem Imperialismus
als „revolutionäre Außenpolitik“ ver-
teidigte, reagierte sehr scharf auf die
chinesische Aggression: „China betet
zum Weltkrieg“ lautete die Schlag-
zeile des „Roten Morgen“ am 23.2.
Zwar bekamen auch die „soziet-
schen Sozialimperialisten“ als Betrei-
ber von „Intrigen und Komplotten“
in Indochina einen kleinen Seiten-
hieb ab, jedoch: „Besonders die chine-
sische Führung war es, die den
kambodschanisch-vietnamesischen
Konflikt entzündete und die mit bet-
spiellosem Druck und Erpressung ge-
gen Vietnam vorging und sich offen
in dessen Angelegenheiten einmisch-
te.“ „Was sich hier zeigt, ist, was die

nam, „das Kampuchea brutal über-
fallen hat“, sowie selbstverständlich
die Sowjetunion. Zwar meint der
KABD: „Chinas Führung ist von
Großmachtdenken getrieben, will
nun mit den großen Mächten in ka-
pitalistischer Manier mitpokern...
Wenn er nicht gelingt, die Restla-
nation in China zu verhindern, dann
wird China unweigerlich auf dem
Weg der Sowjetunion weitergehen
und ebenfalls eine sozialimperialisti-
sche Politik betreiben.“ („Rote Fah-
ne“ des KABD, 24.2.) Andererseits
stellt der KABD aber offensichtlich
Vietnam und China auf eine Stufe
und ist von daher nicht zu Solidari-
tatsaktionen bereit.

Arbeiterbund

Der „Arbeiterbund“ München
ward, wie bereits zu vermuten war,
durch die Ereignisse immer mehr da-
zu gedrängt, sein bisheriges total
unlogisches Bekenntnis zu „China“
(Der „Arbeiterbund“ lehnt sich an-
sonsten in allen wesentlichen Fragen
ong an die DKP an!) aufzugeben. Er
„verurteilt auf Schärfe“ die chine-
sische Aggression. „Die Solidarität
der Kommunisten und aller fried-
liebenden Menschen gehört dem hel-
denhaften Volk von Vietnam“. In
China sünden „bürgerliche Kräfte“
an der Spitze des Partei- und Staats-
apparats. Diese Kräfte betreiben
widerlichsten Großmachtschauvi-
nismus“ und „schamlosen Verrat am
proletarischen Internationalismus“.

rangement zu kommen.“ Es sei an-
zunehmen, daß sich Deng auf seinen
Reisen in die USA und nach Japan
bereits „das stillschweigende Einver-
ständnis des Imperialismus“ für die
Aggression gegen Vietnam geholt
habe. „Wir behaupten, daß die Pe-
kinger Bürokratie mit ihrer Invasion
in Vietnam gegenüber dem Imperia-
lismus einen bisher unerreichten
„Vertrauensbeweis“ liefern wollte“
und zwar „im Austausch gegen massi-
ve imperialistische Kredite und Wirt-
schaftshilfen für die geplanten Mo-
dernisierungen“.

SAG

Die Sozialistische Arbeitergruppe
SAG fordert in ihrer Zeitung „SAZ“
(21.2.): „China raus aus Vietnam“!
Der US-Imperialismus habe ein be-
sonderes Interesse an diesem Krieg,
denn „China soll nun den amerikani-
schen Einfluß in diesem Teil der Erde
sichern helfen“ China wolle „bewei-
sen, daß seine Armee ein wirksamer
Ordnungsfaktor zur Wahrung westli-
cher Interessen in Indochina ist“.

Die SAG fordert allerdings auch
den „Rückzug der vietnamesischen
Truppen aus Kampuchea“, denn:
„Wir verurteilen den Überfall Chinas
auf Vietnam auf das Schärfste
ebenso protestieren wir gegen die an-
dauernde militärische Besetzung
Kampuchees durch Vietnam“.

POCH (Schweiz)

Die Schweizer kommunistische

Fortsetzung

Japan

Die Revolutionäre Kommunistische Liga ist die japanische „Sektion der 4. Internationale“ (Trotzkisten). Die „4. Internationale“ hat in Japan stärkeren Einfluß bekommen durch ihren erklärten Verzicht auf Sekterismus und auf Gewaltanwendung zwischen linken Organisationen, sowie durch den Sanrizuka-Kampf, speziell durch die Besetzung des Nanta-Kontrolltums am 26.3.78. Sie gibt die Zeitung „Sekai Kakumai“ („Weltrevolution“) heraus, die wöchentlich mit einer Auflage von 8.000 erscheint.

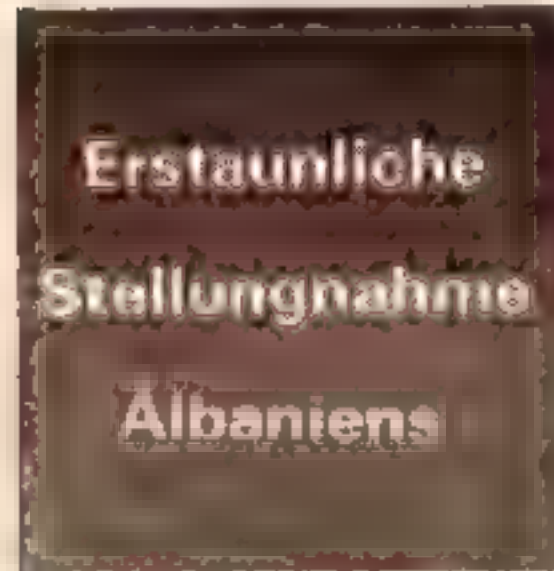
In einer Sondernummer der „Sekai Kakumai“ („Weltrevolution“) vom 19.2.79 wird gefordert: „China soll unverzüglich seinen Angriff auf Vietnam beenden!“. Im Text heißt es: „Die diesmalige militärische „Bestrafung“ Vietnams durch China ist ein Verbrechen gegen die vietnamesische Revolution und die mit ihr verbundene Indochinesische Revolution sowie gegen das Vorankommen der Weltrevolution und nicht anders als ein Vorgehen, das dem Feind, dem Imperialismus und den reaktionären Systemen klar nützt“. Andererseits: „Sollte in der jetzigen Situation die Sowjetunion einen militärischen Schlag auf China zur Verteidigung Vietnams vor der chinesischen Invasion durchführen, wäre das eine Verdrehung des Kampfes der Bauern- und Arbeiterkräfte der ganzen Welt gegen die „antihegemonistische“ Politik der chinesischen Führung. Dagegen müßte die japanische Arbeiterklasse protestieren.“

Ausgehend von den Forderungen des vietnamesischen Staates und Volkes muß jede Hilfeleistung unter deren Kontrolle stehen und bedingungslos sein.“

In einer Erklärung des Zentralkomitees der KP Japans (JCP) wird die sofortige Beendigung der chinesischen Invasion, der unverzügliche Abzug aller chinesischen Truppen aus Vietnam und die Lösung aller Probleme einschließlich des Grenzkonfliktes zwischen China und Vietnam auf dem Wege der Verhandlung gefordert. Chinas Angriff auf Vietnam wird als ein aggressiver hegemonistischer Akt verurteilt.



Die Partei der Arbeit Albaniens erklärte zur chinesischen Aggression u. a.: „Mit seinem brutalen und heimtückischen Angriff auf Vietnam hat das revisionistische China in der selben Weise gehandelt wie die Sowjetunion 1968 gegenüber der Tschechoslowakei, und die chinesi-



Die Partei der Arbeit Albaniens erklärte zur chinesischen Aggression u. a.: „Mit seinem brutalen und heimtückischen Angriff auf Vietnam hat das revisionistische China in der selben Weise gehandelt wie die Sowjetunion 1968 gegenüber der Tschechoslowakei, und die chinesi-

Die Peking-Chefs haben ihre Verkleidung abgeworfen. Sie haben nicht bis zum Jahre 2000 gewartet, bis die ihre „Modernisierungen“ beendet und China in eine Großmacht verwandelt haben, die der Sowjetunion und den USA ebenbürtig und fähig sein würde, mit ihnen um die Welt Herrschaft zu konkurrieren. Ihre imperialistischen Träume, ihr Großmachtwahn und ihre kriegshetzerische Ideologie hat ihre Augen verdunkelt und ihr Urteilsvermögen behindert.“

Scheint dies noch der inzwischen gewohnte albanische Normalton zu sein, verblüfft doch folgende Passage: „Man muß sich jedoch die Frage stellen, warum die chinesischen Imperialisten angeblich das Recht haben, die barbarische faschistische Gruppe von Pol Pot zu verteidigen, und Vietnam nicht berechtigt sein soll, den Revolutionären und dem Volk von Kambodscha zu helfen, ein freies, unabhängiges und souveränes Land aufzubauen. Die vietnamesische Regierung hat offiziell und öffentlich die chinesischen Behauptungen bestritten, wonach sie angeblich plane, eine Indochinesische Föderation zu errichten. Sie hat erklärt, Vietnam wünsche, daß die Völker dieser Region frei in Freundschaft und jedes in seinem eigenen Land unabhängig leben sollten.“ („Zeri i Popullit“ Zentralorgan der PdAA, 21.2. zu teilt nach „Monitor-Dienst“, 23.2.)

China kann auch großzügig sein: Macao bleibt portugiesisch!

Am 8. Februar gaben China und Portugal die unmittelbar bevorstehende Aufnahme diplomatischer Beziehungen bekannt.

Vorausgegangen waren Monate lang intensive Verhandlungen, bei denen es in erster Linie um das Problem Macao ging.

Macao ist die letzte portugiesische Kolonie und liegt in China, gegenüber der britischen Kolonie Hongkong.

Dieser Anachronismus erklärt sich zunächst ganz oberflächlich daraus, daß China zur Zeit der portugiesischen Entkolonialisierung, die von den provisorischen Regierungen unter Vasco Goncalves nach dem 25. April vorgenommen wurde, sich hartnäckig weigerte, mit Portugal überhaupt Verhandlungen zu führen, da die Regierung „sozialfaschistisch“ sei. Die portugiesische Regierung hat-

te damals mehrfach die bedingungslose Rückgabe Macaos an China angeboten.

Gleich nach dem Rechtsspruch vom 25. November 1975 zeigte sich China höchst interessiert an Kontakten zur neuen portugiesischen Regierung, aber die Verhandlungen kamen offenbar erst unter der extrem rechten jetzigen Regierung Mota Pinto zu richtig in Gang. Es scheint, daß dies auch daran liegt, daß diese Regierung als erste nachfaschistische Regierung Portugals ein wirkliches Interesse bekundete Macao als Kolonie zu behalten.

Das jetzt geschlossene Abkommen schreibt denn auch ausdrücklich fest, daß sich am Status quo in Macao nichts ändert.

Die Regierung Mota Pinto will den vorgeschobenen Handelsstützpunkt Macao als Aktivposten in die Ver-

handlungen zum Eintritt Portugals in die EG einbringen.

So beharrte Mota Pinto darauf, Macao solle erst mit der VR China vereinigt werden, wenn „die Bevölkerung dafür reif“ sei und dies „wünsche“. Chinas Regierung hat dies schließlich akzeptiert. Die Gründe hierfür sind leicht zu erraten. Erstens wickelt China einen großen Teil seines Außenhandels über Macao ab, und zwar über Banken und Außenhandelsfirmen, die perfekt dem kapitalistischen Weltmarkt angepaßt sind und sich auch an internationalen Spekulationsgeschäften beteiligen, zweitens möchte China in Hinblick auf den Status von Hongkong, wo exakt dasselbe, nur in noch größerem Maßstab läuft, unter Beweis stellen, daß an den gegebenen Zuständen nichts geändert werden soll.

So wird denn auch seit Jahren in Macao munter investiert. Textilfabriken entstanden, inzwischen wird davon gesprochen, daß auch auf dem Werftsektor investiert werden solle. Das Kapital stammt von Auslandschinesen aus Malaysia, Singapur und Hongkong; die Arbeiter liefert die VR China, die dafür bereitwillig ihre Grenzen öffnet, um chinesische Arbeiter – für chinesische Löhne, versteht sich – nach Macao pendeln zu lassen.

Ebenso sind die Grenzen offen, um westlichen Touristen, die zahlreich die Spielhöllen Macaos besuchen, Ausflüge in die VR China zu ermöglichen. Die Spielbanken werden von einem Hongkonger Chinesen kontrolliert, der als Gewährsmann der VR China gilt.

Portugal-Kommission



Mit einer Fackel Brandverletzungen im Gesicht beigebracht.

Daß eine jahrelang systematisch von oben geschürte faschistische Mentalität nicht von einem Tag auf den anderen verschwindet, zeigt das Verhalten einiger DKPler bei der von der DKP organisierten zentralen Vietnam-Demonstration in Düsseldorf am 21.2.

KB-Genoss(innen), die sich der Demonstration anschließen wollten und dabei die Stellungnahme des LG verteidigen sowie den AK verkaufen wollten, wurden von einigen DKPlern gleich mit wütendem Getöse empfangen: „Was wollt ihr denn hier?“, „Auf einmal seid ihr umgeschwenkt!...“ Ein Trupp von DKPlern, darunter mindestens zwei als „Ordner“ kenntlich, griffen Genoss(innen) an und versuchten, ihnen Flugblätter und AKs wegzureißen. Ein DKPler wollte einen Stapel AKs mit seiner Fackel anzünden und versengte dabei einem unserer Genossen die Hand und die Jarke.

Später, während der Demonstration, wurde eine Gruppe von KB-Genoss(innen) von den gleichen DKPlern überfallen, Flugblätter und AKs flogen durch die Gegend. Ein Genosse wurde mit einer Fackel bearbeitet, während umstehende DKPler begeistert grollten: „Ja genau, immer rein in den Sack!“ Die Kleidung unseres Genossen wurde dabei versengt. Schließlich wurde einer Genossin eine brennende Fackel so ins Gesicht geschlagen, daß sie Brandverletzungen erlitt. Der Täter konnte ermittelt werden. Es ist der 2. Vorsitzende des DKP-Kreisvorstands Essen, Horst Dieter Paukutat, Essen-Stolz, Freisenbruchstr. 38.

Den Tatsachen ist nicht mehr viel hinzuzufügen. Nur dies: Wir fordern vom DKP-Partei-Vorstand eine Prüfung dieser Übergriffe. Wir fordern eine Stellungnahme des DKP-Partei-Vorstands, die sich klar von diesen Übergriffen distanziert. Wir fordern disziplinarische Maßnahmen gegen die an diesen Übergriffen beteiligten DKPler, von denen wir die meisten anhand unserer Fotos identifizieren können.

Wenn der DKP-Partei-Vorstand diesen Forderungen nicht nachkommt, wird man annehmen müssen, daß er solche Praktiken billigt, wenn nicht sogar ausdrücklich ermuntert.

Das „Gefahren für Indochina“-... Die militärischen Auseinandersetzungen zwischen dem inzwischen gestürzten Pol-Pot-Regime in Kambodscha und den vietnamesischen Streitkräften gefährden den nachkapitalistischen Aufbau in Indochina. Vietnam scheint sich in einen neuen Krieg zu verstricken, dessen Folgen für die Völker Südostasiens und das vietnamesische Volk nicht absehbar sind. Die Ent-

später, während der Demonstration, wurde eine Gruppe von KB-Genoss(innen) von den gleichen DKPlern überfallen, Flugblätter und AKs flogen durch die Gegend. Ein Genosse wurde mit einer Fackel bearbeitet, während umstehende DKPler begeistert grollten: „Ja genau, immer rein in den Sack!“ Die Kleidung unseres Genossen wurde dabei versengt. Schließlich wurde einer Genossin eine brennende Fackel so ins Gesicht geschlagen, daß sie Brandverletzungen erlitt. Der Täter konnte ermittelt werden. Es ist der 2. Vorsitzende des DKP-Kreisvorstands Essen, Horst Dieter Paukutat, Essen-Stolz, Freisenbruchstr. 38.

Den Tatsachen ist nicht mehr viel hinzuzufügen. Nur dies: Wir fordern vom DKP-Partei-Vorstand eine Prüfung dieser Übergriffe. Wir fordern eine Stellungnahme des DKP-Partei-Vorstands, die sich klar von diesen Übergriffen distanziert. Wir fordern disziplinarische Maßnahmen gegen die an diesen Übergriffen beteiligten DKPler, von denen wir die meisten anhand unserer Fotos identifizieren können.

Wenn der DKP-Partei-Vorstand diesen Forderungen nicht nachkommt, wird man annehmen müssen, daß er solche Praktiken billigt, wenn nicht sogar ausdrücklich ermuntert.

Das Wort hat jetzt der DKP-Partei-Vorstand!

Sozialistisches Büro [SB] zu Kambodscha

Andreas Büro schreibt in einem Artikel „Gefahren für Indochina“: „Die militärischen Auseinandersetzungen zwischen dem inzwischen gestürzten Pol-Pot-Regime in Kambodscha und den vietnamesischen Streitkräften gefährden den nachkapitalistischen Aufbau in Indochina. Vietnam scheint sich in einen neuen Krieg zu verstricken, dessen Folgen für die Völker Südostasiens und das vietnamesische Volk nicht absehbar sind. Die Ent-

eskaliert worden ist, um dortige innergesellschaftliche Spannungen zu überdecken ...“ Schließlich konnte Hanoi nicht mehr hoffen, „eine Normalisierung der Beziehungen etwa durch Verhandlungen über den Grenzverlauf zu erreichen. Vielmehr mußte es mit einer langen Konfrontation rechnen, die durch zunehmende Einbeziehung von UdSSR und China immer weniger lösbar werden mußte.“

Für die Zukunft ist Büro eher pessimistisch. Auf der einen Seite ist die neue kambodschanische Regierung „vor allem durch die massive Unterstützung Vietnams an die Macht gekommen, was Abhängigkeit zu Hanoi einschließt.“ Aufgrund des „Guerrilla-Krieges“ der Pol-Pot-Leute werden sie „weitere vietnamesische Hilfe benötigen.“ „Selbständigkeit wird deshalb schwierig sein und der Spielraum klein sein.“ Andererseits wandelt auch Hanoi auf schmalen Grund, denn nur „wenn es durch Wort und Tat unmißverständlich deutlich macht, daß es keine vietnamesische Vorherrschaft über Kambodscha anstrebt“ kann es über so dringend erforderlichen Frieden in Indochina erreichen.“ (alte Zitate aus der Februar-Ausgabe des „Links“). Diese Stellungnahme läßt mehr Fragen offen, als sie beantwortet.



Nach der Invasion chinesischer Truppen in die SR Vietnam hat es in der BRD verschiedene Solidaritätsaktionen für das vietnamesische Volk gegeben. Bereits im letzten „AK“ berichteten wir von der vom KB initiierten Protestdemonstration vor der chinesischen Botschaft in Bonn.

Im folgenden ein kurzer Überblick über weitere Aktionen Bremen: Am 22. Februar demonstrierten ca. 400 Menschen in Bremen gegen die chinesische Aggression in Vietnam. Die Demo, die von der DKP initiiert worden war, stand unter den Parolen „Hände weg von Vietnam“ und „Chinesen raus aus Vietnam“. Sie wurde unterstützt von Juso-Schülergruppen, einem Juso-Unterbezirk, der DFG/VK, der DFU, der VVN und Vertretern mehrerer Ausländer-Organisationen.

Auch die Bremer KB-Gruppe hatte mit eigenem Flugblatt zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen. Ebenso wie aus der „unabhängigen Linken“ beteiligten sich jedoch nur wenige KB-Genossen selbst an der Demonstration, was darauf schließen läßt, daß die Bedeutung einer sofortigen und vorbehaltlosen aktiven Solidarität mit dem nach 30-jährigem Befreiungskrieg nun erneut heimgesuchten Vietnam noch nicht gesehen wird.

urteilt wird. Die drei Gruppen vereinbarten für den 15.3. ein zentrales Teach-In.

Bielefeld. Wie in anderen Städten der BRD, so hatte auch in Bielefeld der Gründungsausschuß der „deutsch-vietnamesischen Freundschaftsgesellschaft“ zu einer Kundgebung gegen die chinesische „Strafaktion“ aufgerufen. Dem Aufruf hatten sich eine ganze Reihe von Organisationen angeschlossen, auch solche, die nicht im direkten Umfeld der DKP liegen, wie etwa SJD-Falken und SB.

Die Kundgebung, die etwa 300 (laut Lokalpresse: 500) Teilnehmer hatte, verlief, im Gegensatz zur Kundgebung in Düsseldorf, in einer eher „toleranten“ Atmosphäre. Das zentrale Flugblatt des KB fand Interesse und regen Absatz, ja sogar KVV-Verkäufer wurden „geduldet“.

Die Reden des Vertreters der „Freundschaftsgesellschaft“ Hans Hubenzer (der gleichzeitig im Bundesvorstand der DFG/VK ist), des Bezirksvorsitzenden der Falken und des ASIA-Vertreters (MSB) hielten sich im Bereich des durchaus akzeptablen und glitten nie in eine allge-



300 - 500 Menschen demonstrierten in Bielefeld gegen die chinesische selbst an der Demonstration, was darauf schließen läßt, daß die Bedeutung einer sofortigen und vorbehaltlosen aktiven Solidarität mit dem nach 30-jährigem Befreiungskrieg nun erneut heimgesuchten Vietnam noch nicht gesehen wird.

Freundschaftsgesellschaft Hans Hubenzer (der gleichzeitig im Bundesvorstand der DFG/VK ist), des Bezirksvorsitzenden der Falken und des ASIA-Vertreters (MSB) hielten sich im Bereich des durchaus akzeptablen und glitten nie in eine allge-



300 - 500 Menschen demonstrierten in Bielefeld gegen die chinesische Aggression.

Eine neue Erscheinung war im Verhalten der DKPler feststellbar: abgesehen von einigen traditionellen Schlägern aus den Reihen des MSB wurde es wertvoll gebilligt, daß wir uns mit Mao-Bildern an der Demonstration beteiligten. Mit einzelnen DKPlern kamen sogar recht gute Gespräche zustande.

Hannover. Zu einer von der DKP, DKP-nähestehenden Kräften, dem SHB und der „Freundschaftsgesellschaft BRD-SR Vietnam“ vorbereiteten Demonstration kamen 300 Personen. Der KB/Gruppe Hannover hatte ebenfalls zu dieser Aktion aufgerufen. Auf der Abschlusskundgebung sprach der „FR“ Redakteur E. Spoor, der Mitglied der Freundschaftsgesellschaft ist. Die Hannoveraner Genossen berichteten, daß es ohne Anämie möglich war, Flugblätter zu verteilen und den AK zu verkaufen.

Göttingen. In Göttingen hatten DKP und MSB am 22.2. zu einer Kundgebung aufgerufen. Es kamen etwa 100 Menschen. DKP-Stadtrat Neubauer konnte sich die üblichen Liebes auf die „Maoisten“ nicht verkneifen. Die JUSO-Hochschulgruppe, das SB und der KHB hatten zur Kundgebung ein gemeinsames Flugblatt verteilt in dem die chinesische Aggression ver-

meine Abrechnung mit dem „Maomus an sich“ ab.

In allen Beiträgen war von der vorherigen Absprache des chinesischen Vorgehens mit dem US-Imperialismus die Rede und von der Gefahr eines 3. Weltkrieges.

In der Woche vor der Kundgebung geschah noch etwas Bemerkenswertes. Ein führender Genosse des MSB in Bielefeld trat an uns heran und fragte, ob der KB das gemeinsame Aufrufflugblatt aller Organisationen zur Kundgebung mitunterzeichnen wolle.

Nach eingehender Prüfung des Aufrufflugblattes und Diskussion in der Ortsgruppe sagten wir zu.

Schon am Nachmittag wurde uns jedoch mitgeteilt, daß man den KB doch nicht als Unterzeichner mit unter das Flugblatt nehmen könne. Seither sind uns mindestens 3 Variationen des Grundes bekannt. Der Ablehnungsgrund bewegt sich, so konnten wir nach verschiedenen Rückfragen unsererseits feststellen, zwischen allgemeinem Verstoß der DKP und der DFG/VK bis hin zu der Weigerung der „deutsch-vietnamesischen Freundschaftsgesellschaft“, mit dem KB zusammenzuarbeiten, weil die Aktion des KB gegen die chinesische Botschaft der Vietnam-Solidarität geschadet habe und die Parole „SIEG IM VOLKS KRIEG“ von ihnen nicht geleutet werden könne.

Karl Heinz Roth

Moral, Gehirnwäsche und Verrat

Gehirnwäsche und Verrat Horst Mahler und der „Neue lange Marsch“

Genau so stark, wie wir jetzt die Öffentlichkeitsfahndung und die gezielte Einsparungsaktion vorantreiben müssen, müssen wir eine Dissolidarisierungskampagne gegen die ganz erhebliche Unterstützer- oder jedenfalls Sympathisantenzone der RAF und der anderen in Gang bringen... Ich glaube, daß es entscheidend wichtig ist, geradezu eine Kampagne zur Dissolidarisierung dieser Szene in den nächsten Wochen - jeder auf seine Weise und auf seiner Ebene - vorzutragen. Dies gilt es meiner Meinung nach neben den polizeilichen Aktionen jetzt und in der nächsten Zeit vor allem zu tun, und zwar immer wieder neu.

(Werner Maihofer, Rede am 14. April 1977 vor dem Innen- und Rechtsausschuß des Bundestages)

„Gefordert werden muß von allen offenen und versteckten Sympathisanten der Terroristen“ der kompromißlose Abbruch aller Beziehungen und die Einstellung jeglicher Hilfestellungen, damit die Grenze zwischen der... Linken und pseudopolitischen elitären Banden für jeden sichtbar und merkbar unüberschreitbar wird... Die Systematische politische Isolierung der Terroristen ist erforderlich und möglich.“

(Peter Brandt, in: Zeitung für eine Neue Linke, 2(29), Oktober 1977, S.8)

„Falls einige die Realität nicht mehr wahrnehmen können, dürfen wir auch nicht davor zurückschrecken, sie abzublocken und zu bekämpfen, auch wenn dadurch alle Freundschaften und Solidaritäten in die Brüche gehen.“

(Tilman Fichter und Siegwald Lönnendonker, in: Langer Marsch, Nr. 40/41, Januar 1979, S.16)

Als mir beim Durcharbeiten des Mahler-Briefs klar wurde, was mit dem Verfasser geschehen war, machte ich mich auf die Suche nach denen, die sich zu seinen neuen „Gedankenschöpfungen“ aufgeschwungen haben. Denn jeder, der Renegatenliteratur und Texte von braun-washing-Opfern kritisch gelesen hat, weiß, daß es falsch wäre, sie unmittelbar mit den Gedanken ihrer Schreiber gleichzusetzen. Wir kennen das Problem zur Genüge aus der modernen deutschen Arbeiterbewegung, wobei es nicht immer so leicht ist wie im Fall Mahler, den Renegaten aus freien Stücken und das Opfer der Gehirnwäsche auseinanderzuhalten. Bei den Isolationsgefolgerten Hülsen der stalinistischen Schauprozesse ist die Sache einfach. Komplizierter wird es beispielsweise im Fall Wehner; Wehner hat sich in seinen „Notizen“ vom stalinistischen Denunziantentum zugunsten der Sozialdemokratie gelogget, ohne beim Überlegen seiner subjektiven Verantwortung an den „einfachen Menschen“ Weicherts (Anm. 1) sehr glaubwürdig zu wirken. Derlei Schicksale gibt es in der westdeutschen Machtelite zu Tausenden. Die Integration der Arbeiterbewegung in den spätkapitalistischen Machtstaat ist mit dem Zerbrechen des Identitätskerns von tausenden linker Gewerkschafts- und Parteibeamten einhergegangen, ohne daß sich bei deren nachfolgendem „sozialen Aufstieg“ etwas in ihrer Gestik oder ihrem sprachlichen Stil gewandelt hätte. Wieviel besser haben es in dieser Beziehung jene jungen Nazi-Technokraten... Wieviel besser haben es in dieser Beziehung jene jungen Nazi-Technokraten...

Die Gehirnwäsche hat also bei Mahler nicht die tiefsten Persönlichkeits- und Denkstrukturen ausgelöscht, sondern sie nur mit einer neuen Oberfläche bedeckt. Es handelt sich um eine Art Filterzone, durch die alles, was aus den subjektiven Verhaltensweisen kommt, in eine von Mahler nicht mehr kontrollierbare Richtung gelenkt wird. Was er schreibt, ist unverkennbar in Wortwahl, im häufigen Gebrauch des Passivs und in der assoziativen Argumentationsweise mit samt ihren pseudologischen Sprüngen authentische mahlersche Diktion. Insofern ist das, was Mahler von sich mitteilt, „echt“. Es ist aber gleichzeitig „umgedreht“. Wir werden sehen, wie weit die Gedankenführung Mahlers nichts anderes als eine dem Isolationsbedingungen „Läuterungsprozeß“ aufgepfropfte „neue“ Kommunikationszone darstellt, die von Staatsschutz, Justiz-Rechtsanwälten und vor allem dem Herausgeberkreis der in Westberlin erscheinenden Zeitschrift „Neuer Langer Marsch“ (Anm. 2) beherrscht wird.

Ohne nur zunächst über die Bedeutung klar zu sein, blieb ich immer wieder an dem ausgeübten Fichter-Lönnendonker Zitat aus dem „Langen Marsch“ hängen, das der „Spiegel“ beim Abdruck des Briefs weggelassen hatte. (Anm. 3) In diesem Zitat-Doppel war der aktuelle Stand der Dissolidarisierung mit dem Untergrund aus der „legal-neomarxistischen“ Szene zusammengefaßt. Wissend um die Bedeutung von Zitaten in braun-washing-

Texten, beschaffte ich mir den „Neuen Langen Marsch“ von der Nummer an, aus der Mahler zitiert hatte. Ich habe nicht schlecht gestaunt, was für „linke“ Publizistik mir da seit dem Herbst 1977 entgegen war. Es fing offensichtlich damit an, daß einige Politikwissenschaftler des Westberliner Otto-Suhr-Instituts (OSI) beschlossen, anläßlich der Schleyer Entführung einen Zusatz-Krisenstab von „links“ aufzumachen. Inwieweit dies nur der aktuelle Anlaß war, um im Sinn der bedeutungsschweren Ankündigung Maihofers vor dem Innen- und Rechtsausschuß des Bundestags vom April 1977, in Sachen „antiterroristisch“ Dissolidarisierung sei eine Menge in Gang gekommen, in Aktion zu treten, werden wir wahrscheinlich erst in ein paar Jahren beurteilen können. (Anm. 4) Wie dem auch sei. Während unseres mehr als hoffte, die Entführer würden so oder so von ihrem ausreichend gedemütigten Opfer ablassen und mit seiner Ablieferung in Bonn einen folgenreichen moralischen Sieg erringen, empfahlen die Redakteure der „Zeitung für eine Neue Linke“ dem Bonner Hauptkrisenstab mehrheitlich, hart zu bleiben. Die Mehrheit der Redaktion ist gegen den Austausch. Wir sind nun wirklich keine Sympathisanten Schleyers. Diese Überzeugung ist unabhängig von der Person Schleyers. Es ist eine politische Konsequenz des Eintretens gegen den Terrorismus.“ (Anm. 5)

Diese Sätze sind ein Skandal. Die politische Konsequenz der Redaktion...

Diese Sätze sind ein Skandal. Die politische Konsequenz der Redaktion... über deren eigene Geschichte noch zu reden sein wird, bestand darin, sich über-terroristisch zu verhalten. Sie setzten aufs politische Prinzip des „Landgraf bleibe hart“ und damit ihrerseits auf die Tötung Schleyers, weil sie sie für ihren politischen, von „Person(en) unabhängigen“ Kalkül benötigte. Diesen Kalkül spricht die Redaktionsmehrheit in den fünf Punkten ihres Editorials zum Oktoberheft 1977 natürlich nicht direkt aus, aber er ist überall zwischen den Zeilen lesbar. Der Nichtaustausch würde zur Tötung der Geisel Schleyer führen. Das wäre wiederum Vorbedingung dafür, um die Entführer und mit ihnen den gesamten Untergrund zu isolieren, für Jagd und Abschluß freizugeben.

Versuchen wir, vom Standpunkt revolutionärer Moral zu rekonstruieren, auf welche schwerwiegenden Fehler seitens der Entführer die Redaktion mehrheitlich setzte, als sie sich in die Startlöcher ihrer Entsoudarisierungskampagne begab. Wer einen Menschen als Geisel zur Freilassung politischer Gefangener benutzt und im Fall des Mißerfolgs im Machtpoker tötet, isoliert sich von den Massen. Er löscht ein Leben aus, das er sich bewußt und planvoll unterworfen hat, um ein zeitweiliges Faustpfand gegen die Staatsmacht in die Hand zu bekommen. Er überschreitet unwiderruflich die Grenze des legitimen Widerstands im Akt des Tötens, auch dann, wenn das Opfer ein besonders verhaßter Repräsentant von Ausbeutung und Unterdrückung ist. Denn von diesem Augenblick an hat er den Zusammenhang mit allen sozialen Utopien von einer befreiten Gesellschaft ohne Gefängnisse und ohne Staat zerrissen, die die zu befreienden Isolationsgefangenen

mit den übrigen Erniedrigten und Beleidigten dieser Gesellschaft verbinden. Er hat selbst menschliches Leben nach den Kriterien staatlicher Machtpolitik ausgelöscht. Die Gesehtötung steht im Gegensatz aller sozialrevolutionären Hoffnungen, einschließlicher ihrer notwendig gewaltsamen Aspekte, ja selbst des Akts unverhüllter Rache an den Menschenhändlern im Moment des Aufstands. Eine soziale Gruppe, die Geseln in der Konsequenz der Anpassung an die menschenfeindliche Logik staatlichen Machtpokers umbringt, erniedrigt und schwächt den gesamten Widerstand, in dessen Rahmen sie sich bewegt. Sie erzeugt nur noch ein undefinierbares Grauen, hinter dem das Warten auf die befreite soziale Existenz verschwindet, weil sie die Gewalt aus dem Bedingungs Zusammenhang revolutionärer Moral herausgerissen hat. Diese Gewalt ist von der Menschenfeindschaft kapitalistisch-staatlicher Gewalttätigkeit nicht mehr unterscheidbar. Sie hat der letzteren sogar eine demonstrative Sichtbarkeit „vor- aus“. Warum hat die Staatsbürokratie mit dem Absolutismus wohl das Besorgnis müßiger gesellschaftlicher Minderheiten so wissenschaftlich-bürokratisch perfektioniert und unsichtbar zugleich gemacht? Warum läßt sie sich beim Töten unangepaßter „Asozialer“ und „Psychiatrischer“ Jahre, ja Jahrzehnte Zeit? Warum läßt sie das laulose Sterben in den Landeskrankenhäusern, Altenheimen und Zuchthäusern sich so weit dem Lebensrhythmus angleichen? Warum lebt eine ganze Medienindustrie davon, den abrupten Tod von jährlich 17 000 Verkehrsoptern und von 6.000 Fabrikarbeitern als unabwendbaren Schicksalsschlag der Trauerarbeit zu überantworten? Warum wird der Tod in den Intensivabteilungen der Krankenhäuser zu einer Angelegenheit von technologischen Apparaturen? Warum gibt es ganze Stäbe von Linguistern, die die fortschreitende Umweltzerstörung demagogisch an die alltäglichen sozialen Sicherheitsbedürfnisse anpassen („Entsorgungsanlagen“ statt Atommülldeponien), usw.? — Das ist die eine Seite der Geiselötung. Sie hat mit uns selbst zu tun. Sie ist nichts anderes als eine Entgessung unserer eigenen Gewaltbedürfnisse, die sich mit zunehmender Unterdrückung und Ohnmacht immer mehr aufstauen und sich von unseren Hoffnungen auf befreite soziale Individualität zu lösen drohen. Sie zeigt, daß wir alle die solidarische Diskussion über den Zusammenhang von sozialrevolutionärer Utopie und Gewalt vernachlässigt haben, indem sich die meisten von uns mehr und mehr dem realistischen Widerstand der Wahl vernachlässigt haben, indem sich die meisten von uns mehr und mehr dem praktischen Widerstand gegen die Restauration des Modells Deutschland entzogen. Mit dieser Gesehtötung haben wir darüber hinaus einmal mehr vor den Ausgebeuteten und Beleidigten dieser Gesellschaft verloren. Denn wir haben die Massen erneut an diejenigen gebunden, die ihre Lebensbedürfnisse auf ungeheuer raffinierte Art auslaugen und zerstören. Das Grauen vor der Gesehtötung wird zu einem weiteren Verknüpfungselement mit dem besser kalkulierbaren und weniger sichtbaren Terrorismus des „Rechtsstaats“ und öffnet dem Denunziantentum Tür und Tor.

Damit wird zugleich der Gegenpol sichtbar. Wer die Geisel modelldemisch unabhängig von „ihrer“ Person“ nicht austauschen lassen will, wie die OSI Postologen, setzt auf ihren Tod, um seinerseits die staatlich-terroristische Vernichtung der Entführer legitimieren zu können. Er liefert einen Teil von uns, ein Produkt unserer Fehler, an die staatliche „Ausmerze“ aus. Er wird zum Teil des staatlichen Gewaltmonopols, das er aus dem Inneren der Linken heraus preist und lobt. Er vertritt mit den „Terroristen“ sich selbst, indem er den mehr denn je zu leistenden Diskussionsprozeß über die Dimensionen der Gewalt für eine gesellschaftliche Erneuerung an die Todfeinde alles selbstbestimmten sozialen Lebens verkauft. Es ist unglaublich, aber wahr! Im ganzen Editorial gibt es keinen Anflug von Appell an die Gesehtötung. Schleyer freizulassen, keine Drohung des zum Präzedenzfall weiteren Solidarität zu machen (die es freilich nie gegeben hat). Der „linke“ Zusatz-Krisenstab des „Langen Marschs“ war weit davon entfernt, sich derart zu äußern. Nein, er argumentierte abstrakt-machtstaatlich wie

die Schmidt und Co.. Auch er nahm den toten Schleyer in Kauf, die schöne Leiche zum Vorzeigen, um endlich loslegen zu können. Auch sein „Eintreten gegen den Terrorismus“ zielte nur darauf, die Entführer in die nächste Eskalationsstufe hineinzutreiben, um die Fäden zur gemeinsamen Massenrevolte der sechziger Jahre vollends zu kappen. Die Entführer haben auch diesen makabren selbsternannten Krisenstab bestätigt, indem sie sich genau auf seinem Niveau versacklichten Machtdenkens weiterbewegten. Sie haben prompt mit Hilfe arabischer Untergrundgruppen das Terrain der Geiselnahme ausgeweitet und den Unter- und Klassen mit Mogadischu auch noch gezeigt, daß sie sie in ihrem Kampf gegen modelldemische Staatsgewalt als ein Problem der statistischen Normalverteilung betrachteten. Die Geiselnahme wurde zum reinen Zufall. Warum mußte ihr gerade mit diesem Charterflugzeug von eurem Mallorca Urlaub zurückkehren, warum habt ihr nicht einen Tag gewartet, warum macht ihr überhaupt auf Mallorca Urlaub? Die Redaktionsmehrheit des „Langen Marschs“, die sich ja vor keiner politischen Konsequenz ihres „Eintretens gegen den Terrorismus“ scheut, konnte einmal mehr aufatmen. Vielleicht hatte sie schon länger auf eine günstige Gelegenheit zur Einbeziehung in die Zone staatlich legitimer Gewalttätigkeit gewartet. Wer weiß, was sie heute treiben würde, wenn es kein „Eintreten gegen den Terrorismus“ zu absolvieren gäbe. Das Terrain war zentralis-sondier, die Aufgabe klar: den Terroristen das Handwerk aus der Linken heraus zu legen: „Drehen wir den Spieß um! Nutzen wir den Einfluß der Linken in der BRD (!) — vielleicht ist dies die letzte Möglichkeit — politisch dem Terrorismus entgegenzutreten, mit allen Kräften gemeinsam, die hierzu bereit sind.“ (Anm. 6)

So folgt, was auf die skandalöse Gleichsetzung mit dem Machtdenken der Schmidt und Co. kommen muß, die — offene Aufforderung zum Verrat. Wer es nicht glauben will, möge es im Original nachlesen. Den Spieß umdrehen, um „mit allen Kräften gemeinsam, die hierzu bereit sind“, „dem Terrorismus entgegenzutreten“. Dies ist eine offene Abbedingung der Redaktion einer Zeitschrift der „Neuen Linken“ an den Staatsschutz. Das Adjektiv „politisch“ ist hier ganz eindeutig zu verstehen: Die Redaktionsmehrheit des „Langen Marschs“ erklärte in diesem Editorial ihre Bereitschaft sich zum Teil eines sozial-technokratischen Programms der „Terroristenvernichtung“ zu machen. Voll identisch mit dem Machtdenken der Konfrontationsgruppe Entführerkrisenstab, blieb ihnen nur die Wahl zwischen diesen und dem Staat. Sie bekannten auch gleich in aller Offenherzigkeit, daß es ihnen dabei darum ging, ihren eigenen Einfluß auf die Sozialkolonne der westdeutschen Unter- und Klassen zu retten. Sie stimmten also für den Staat in einer Lage, wo es aufgrund ihrer eigenen sozialen Situation als „linke“ Akademiker eines Politik-Instituts und der dazugehörigen Ideologie keine „Wirkungsmöglichkeiten“ mehr gab, weil diese angeblich „in der gegenseitigen Eskalation von Terrorismus und staatlicher Gewalt“ (Anm. 7) in Frage gestellt waren. Sie wollten endlich den Sympathisantenvorwurf los- und als politischer Machtfaktor anerkannt werden (vgl. die Punkte zwei bis vier des Editorials). Sie hofften also auf ein Überleben im Rahmen einer sozialtechnisch manipulierten Fortschrittswelt, die sich dem staatlichen Gewaltmonopol bedingungslos unterworfen hat. Das ganze geht auf den alten Merksatz hinaus: Solange es Gewalt von unten gibt, stellen wir unsere Fortschrittspredigten ein und marschieren mit dem Staat, und die Radikalskis ausgelöscht, werden wir wieder von Sozialismus reden. Dieser Merksatz ist uns aus der deutschen Sozialgeschichte wohl bekannt. Selbst neutrale Beobachter haben seit hundert Jahren dieses staatssozialistische Philistertum immer wieder höhnisch gebremst. Das rollt back der Berufverbotsdrohung hat auch die Funktion, das intellektuelle Potential der Linken für die Teilnahme an eben diesem roll back zu veranlassen.

Daß derartige Kundmachungen seitens einer „linken“ Zeitschrift den „Läuterungsprozeß“ isolationsgeschädigter Gefangener beschleunigen, ist

Eine Artikelserie
Der erste Teil erschien im ARBEITERKAMPF Nr. 148 S.56/57

keine Frage. Wir sehen das ganz deutlich im Fall Mahlers. Mahler in u.B. - te aufpassen, sobald klar war, daß die Redaktionsmehrheit des „Langen Marschs“, überdies alte Genossen aus APO-Zeiten ihr Oktober-Editorial als Startschuß für eine systematische Zerstörung aller Tendenzen innerhalb der Linken betrachtete, die sich ihr Recht auf Widerstand gegen die systematische Zerstörung ihrer Hoffnungen durch den Staat nicht nehmen lassen wollten. Seit dieser Oktoberausgabe setzte ein wahres Trommelfeuer ein, um tabula rasa zu machen. Tilman Fichter und Siegwald Lönnendonker nahmen erstmals in ihrem Artikel „Nihilistischer Terror, links einkettiert“ (Anm. 8) die Sympathisantenzone aufs Korn. Sie beschriebten Herbert Marcuse, daß er „anscheinend weder Denkweise noch Zielsetzung der Desperadogruppen“ kenne, ja daß er ihnen durch eine unverschämte Gleichsetzung von Helmut Schmidt und NS-Regime Vorschub leistete. Am Ende dieses ersten Rundumschlags steht dann der Satz, den Mahler in der Folgezeit bis zum Erbrechen paraphrasieren sollte: „Durch eine eindeutige politische Stellungnahme müssen wir verhindern, daß eine dritte Generation von Verzweifelten heraufwächst.“ (Anm. 9) Manfred Scharrer zufolge war es alleinige Schuld der „Terroristen“, daß „30 Jahre nach dem Faschismus die wirklichen Verantwortlichen für die großen Verbrechen dieses Jahrhunderts ihre christlichen, demokratischen, sozialdemokratischen und sozialistischen Gegner als Vertreter der Unmenschlichkeit und Unfreiheit zu bezeichnen wagen.“ (Anm. 10) Aus diesen Stellungnahmen, die für eine Menge widerlicher Verdrehungen der wahren und politischen Wirklichkeit in diesem Land stehen, ergibt sich die zwingende Schlußfolgerung, daß wir längst in einem sozialistischen Paradies leben würden, wenn der politische Untergrund nur darauf verzichtet hätte zu verweigern und in den Untergrund zu gehen. Peter Brandt wurde noch detaillierter. Er erklärte kurzerhand die vergangenen Hungerstreiks der 129 Gefangenen zu „kalkulierten Maßnahmen psychologischer Kampfführung“ — auch diese Behauptung Mahlers wurde also zuerst im „Langen Marsch“ aufgestellt, als ob der auch nur die geringste Ahnung von den Überlebenszwängen in der Kleingruppenisolation hätte! Dann forderte Brandt eine äußerliche Ausgrenzung der Untergrundgruppen und die Beschränkung linker Solidaritätszuwendung auf antiterroristische Betriebsunfälle, um dann zu schreiben, daß eine „systematische politische Isolierung der Terroristen“ einzuweisen werden müsse (Anm. 11). Nach dem Tod von Baader, Enssin und Raspe in Stammheim zieht Dirk Müller den Ensslin-Verteidiger Heldmann der „Beihilfe zu zukünftigem Mord oder Selbstmord“, weil er es gewagt hatte, gegen die Selbstmordthese konkrete Bedenken anzumelden. (Anm. 12) Als sich daraufhin Erich Fried in einem Leserbrief energisch gegen diesen Zynismus zur Wehr setzte und als erster konstatierte, daß es bei Müller und zwei weiteren Autoren (Anm. 13) schon fast uninteressant geworden sei, ob sie bezahlte Provokateure seien oder nicht (Anm. 14), setzte Müller Friede Argumentation mit „Goebbels Haftreden“ und „stalinistischer Denunziation“ gleich! (Anm. 15) Einen undogmatischen Linken, dazu noch freiwillig Emigrieren und Juden, als Nazi-Stalinsten zu denunzieren, bloß weil er v e r b a l gegen diese antiterroristische Suada von „links“ poltert ist eine Ungeheuerlichkeit. Allein das sollte ausreichen, um der „Langer Marsch“-Redaktion so schnell wie möglich das Handwerk zu legen.

So geht es nun seit einem Jahr. Nummer für Nummer, weiter. Ich vermag nicht abzuschätzen, wie breit in der Linken die Resonanz auf die Dissolidarisierungskampagne der Peter Brandt, Tilman Fichter, Siegwald Lönnendonker, Bernd Rabehl, Dirk Müller, Manfred Scharrer usw. gewesen ist, die im „Neuen Langen Marsch“ bis heute ungebrochen anhält. Wenn nicht alles täuscht, hat die geheime Staatsschutzpolizei ihren Vorschlag für eine Dissolidarisierungskampagne auf der inneren Linie der Linken mehr als dankend registriert.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 60

Bernd Rabehl, prominentestes Redaktions-Mitglied des „Langes Marschs“ hat schon vor einem Jahr an einer ersten internationalen Terrorismuskonferenz auf westdeutschem Boden teilgenommen (Anm. 16) und sich im wohlwollend kritischen Licht der Antiterror-Spezialisten Laqueur (Haupttheoretiker der internationalen counter-insurgency), Horchem (Chef des Hamburger Landesamts für Verfassungsschutz) und Schneider (Polizeipräsident München) gesonnt. Die Verdammung der RAF-Thesen vom „neuen Faschismus in der BRD“, laut Rabehls Konferenzrede nur eine nachträgliche Legitimierung von „Typen“, die „Schritte unternehmen, die sie eigentlich gar nicht machen wollten“ (Anm. 17), ist diesen und anderen Herren Konferenzteilnehmern sicher gut bekommen. Wir wissen nicht, wie Dr. Rabehl dafür honoriert worden ist. Ich möchte aber schon jetzt in aller Offenheit sagen: Ein solcher „Antiterrorismus“ ist dreckiger Verrat. Was ihn besonders widerlich macht, ist seine „linke“ Aufmachung, seine Verbindung mit einer hysterischen Dauerkampagne, die auf Entsolidarisierung aus der Linken heraus abzielt. Er geht auf das bewußte Zerstören von sozial-revolutionärer Identität, er manipuliert kaltschnäuzig, wie der Fall Mahler zeigt, Opfer von Gehirnwäsche. Eine genaue Entsprechung des politischen Zwecks der Isolationshaft, vorgetragen von außen. Wer das tatenslos mit ansieht, gibt alle Hoffnungen auf, die ihn mit der sozialen Revolte der sechziger Jahre verbinden. Wir sollten derartige ehrbare Staatsschutzsozialisten nunmehr ihrerseits ernsthaft boykottieren und ins Abseits stellen. Ihrer traurigen Karriere schaden wir ohnedies nicht mehr.

Mittlerweile hat sich die Reaktion dieses selbsternannten Staatsschutzorgans der Linken zu mehr als nur einer „politischen“ Bekämpfung des „Terrorismus“ durchgerechnet. In der Januarnummer 1979 fordern Fichter und Lönendonker in einem namentlich gezeichneten Artikel inzwischen die persönliche Denunziation aller, die die angeblich von RAF, „Autonomen“ und Propagandisten der „neuen Arbeiterklasse“ gleichermaßen (!) vertretene These vom „Neuen Faschismus“ für richtig halten und „auch nur mit dem Gedanken daran spielen“, „mit terroristischen Gruppen“ zusammenzuarbeiten (Anm. 18). Was das in der Praxis bedeutet, hört man hin und wieder aus Westberlin. Die „Langer Marsch“-Redakteure sind dabei, im Umkreis ihrer akademischen Karrieren McCarthy-Methoden gegen alle die aufzuziehen, die die Auseinandersetzung um den Klassenwiderstand auch außerhalb der integrierten Arbeiterbewegung in wissenschaftlichen Forschungsprojekten fortsetzen wollen. Ihr Motto sagt alles: „Stahlarbeiterstreiks an Rhein und Ruhr haben eben nichts mit dem revolutionären Volkskrieg der Vietnamesen gegen die Truppen der USA oder mit dem Aufstand der schiitischen Muallah im Iran zu tun“ (Anm. 19). Sie dürfen nicht damit zu tun haben, weil die Herren Staatsschutzsozialisten es so wollen. Die Vertrauensleute der Stahlkonzerne dürfen nicht darüber diskutieren, wie sie beim nächsten Mal die Gewerkschaftsbürokratie aufs Kreuz legen können, denn dann sind sie schon im terroristischen Abseits und kriegen es mit Fichter und Rabehl zu tun.

Damit ist die Wanderung unserer Staatsschutzsozialisten vom „Neuen Langer Marsch“ durch den Enddarm an die Schaltzentren der herrschenden Macht an einem entscheidenden Wendepunkt angekommen. Sie verstehen sich endgültig als intellektuelle Präzeptoren einer „autändigen“ und waffenlos-ohnmächtigen Arbeiterbewegung. Alle, die ihre sozialdemokratisch-staatsschützlerische Reifung nicht mitvollziehen wollen oder können, sind zu „Terroristen“ verkommen. Das Elend einer solchen intellektuellen „Linken“ werde ich im nächsten Artikel erörtern. Ihre Entwicklung ist nicht ganz bedeutungslos, denn es handelt sich beim Kern der Redaktion im wesentlichen um die zweite Garitur des Westberliner SDS zwischen 1966 und 1968/69. Wer sie länger kennt, stellt sich fast not least die Frage, ob ihr seit 1977 während antiterroristischer Ausbruch überhaupt neu ist. Soweit ich sehe, muß die ganze Geschichte der APO gegen diese Art von Staatsschutzsozialisten erst noch geschrieben werden. Ich erinnere mich, daß sie schon 1967/68, lange vor dem Attentat, Rudi Dutschke in stiller Eintracht mit inzwischen zur SEW übergelaufenen Genossen kaisstellten, denn er war zum Idol des jugendlichen und gewalttätigen Massenprotests von ganz weit unten geworden. Diese „Sozialisten“ haben schon damals den wissenschaftlich-sozialistisch garnierten Herrschaftsanspruch der Studien-

tenbewegung gegen den jugendlichen „Mob“ durchgesetzt. Sie haben schon damals die Legenden einer geschlagenen Arbeiterbewegung als Machtmittel gegen die Unordnung und den sozialen Aufstand der Leistungsverweigerer in der Jugend zu mobilisieren versucht. Der Weg vom falschen Mythos zum Staatsschutz ist in den vergangenen Jahren sicher nicht nur von diesen Westberliner „Neuen Linken“ entdeckt worden. Aber sie haben, soweit ich weiß, besonders ausdauernd nach unten getreten und, soweit sie konnten, alle Ansätze zum untergründig-subversiven Widerstand gegen die 1968/69 ablaufende Unterdrückungswelle bekämpft. Was sie heute von früher unterscheidet, ist vielleicht nur die Tatsache, daß sie jetzt darauf verzichten, ihre elitär-sozialdemokratische Verachtung gegenüber allen Leidenden, Verfolgten und Verzweiften revolutions-theoretisch zu verpacken. Ulrike Meinhof hat mir 1971 gesagt, daß die Entstehung der ersten Untergrundgruppen gerade in Westberlin auch eine Reaktion auf die abgrundtiefe moralische Verkommenheit eben dieser intellektuellen „Sozialisten“ war.

Und nun sind diese Förderer eines stubenreinen „Langer-Marsch“-Sozialismus dabei, Horst Mahler, den inzwischen reuigen Sänder wider ihre gelehrt Geschwätzigkeit, heimzuholen. Mahler hat in seinem Brief vom 2.12.1978 ihre gesamte, seit 1977 verfaßte antiterroristische Publizistik in sich aufgesogen und in seine eigene Sprache umgegossen. Alles, aber auch alles, was Mahler nunmehr antiterroristische Gedankenführung ausmacht, ist im Jahr zuvor von den Fichter, Müller, Rabehl usw. vorgeformuliert worden. Die Übereinstimmungen gehen bei Mahler an vielen Stellen bis zum paraphrasierenden Zitat. Die einzige Leistung, die er, das Produkt von brain washing, den Produzenten von Verrat voraus hat, ist die Wendung gegen P.P. Zahl.

Wirklich, das antiterroristische Bündnis „Neuer Langer Marsch“ — Mahler ist eine bittere Sache. Aber die kalte Wut überkam mich erst, als ich anhand des Artikels „Mahler contra Zahl“ (Anm. 20) mitbekam, was die antiterroristischen Kathederaspiranten des „Langer Marsch“ nun wieder aus ihrem Mahler machen. Der Dezemberbrief Mahlers stammt immerhin von einem Mann, der jetzt acht Jahre gesessen hat, davon dreieinhalb in Isolationshaft. Er ist auch ein Hülfschrei: der Hülfschrei eines Zerbrochenen, der den Fichter und Rabehl vielleicht nur deshalb nach dem Maul redet, damit sie ihm ein wenig menschliche Zuwendung zukommen lassen. Und was haben die daraus gemacht? Sie haben zunächst einmal nachgezogen und ihrerseits noch einmal P.P. Zahl in die Pfanne gehauen („Hier ist an Peter Paul Zahl die Frage zu richten, warum er sich denn immer wieder vor einer eindeutigen Verurteilung des Terrorismus drückt“, Anm. 21). Dann weisen sie Horst Mahler mit eisiger Kälte nach, daß er, ein „frischgebackener deutscher Idealist“, mit ihrer eignen wissenschaftlich-staatsschutzsozialistischen Welt nichts zu tun habe. Denn sie wissen aufgrund ihrer tiefen Einsichten in die aktuelle Beziehung von Widerstand und Gefangenschaft, daß Mahlers Appell an eine breite gefängnisinterne Bewegung zur „Selbstläuterung“ durch „Willenskraft“ „zum Scheitern verurteilt“ sei. Warum wohl? Nicht etwa wegen der Absurdität, Gefangene auf Massenbasis zur Selbstzerstörung ihrer letzten Identitätsreste zu veranlassen, das schaffen die Haftbedingungen schon alleine. Nein, für derartiges fehlt in den Knästen der Intellektuellen so sehr eigene Disziplin- und Wissensstandard, wie ihn ein Mahler, ja sogar Zahl — da sei Gnade vor Recht — und vor allem die Herren „Langer Marsch“-Redakteure selber aufzuweisen haben: „Weit häufiger als einen ehemaligen freischaffenden Rechtsanwalt oder eine Redakteurin findet man in den Zellen den verkrachten Abiturienten, den arbeitslosen Jungarbeiter, der aus der Provinz in die Großstadt gekommen ist, der seine vernünftige Angst bei Kommandounternehmen nur dadurch betäubte, daß er jahrelang auf der Nadel war, der jetzt Entzugerscheinungen hat, der nie in einer intakten Zweierbeziehung, sondern in herumschweifenden Wohngemeinschaften gelebt hat, d.h. der auch noch psychische Entzugerscheinungen hat, wenn er nicht permanent Musik hört und mit anderen kommunizieren kann. Oder die antipolitisierten Idealisten, die ohne politische und praktische Erfahrung glauben, erstmals durchzublicken, und die maßlos enttäuscht sind, wenn ihre teilweise durchaus richtigen Einsichten nicht unmittelbar zur Veränderung der Welt führen. Horst Mahler muß ebenso wie Peter-Paul Zahl zur Kenntnis nehmen, daß Leute mit ihren intellektuellen und politischen Interessen und Erfahrungen in der Terroristenszene Ausnahmen waren und sind.“ (Anm. 22)

Trotz aller Wut: Es ist bestaunenswert, was die Westberliner Antiterroristen alles aus dem Sack herauslassen. In Anlehnung an die ersten Ergebnisse staatlicher Terrorismusforschung haben sie ihr Weltbild, das bislang vom Kampf gegen ihresgleichen bestimmt war, gewandelt. Wahrscheinlich zum letztenmal. Ausnahmen bestätigen nur noch die Regel: Die Welt der Linken besteht nur noch aus „linksinstruktuellen“ Sozialtechniken und terroristischen Gestrandeten, Asozialen, Herumschweifern ohne feste Zweierbeziehung. Die Länge des Zitats ist in jeder Beziehung gerechtfertigt, denn nun wissen wir endlich, welche Gesellschaftsschichten für Fichter/Lönendonker terroristisch sind. So wechseln die Namen, die die Sozial- und Unterdrückungstechniken nach unten zu vergeben haben: Früher waren es anarchistische Wüstköpfe, Mob und Janagel, in der NS-Zeit heißen sie Arbeitsscheue und Asoziale, heute tragen sie einen Ehrennamen, den die „Langer Marsch“-Redaktion ein knappes Jahr zuvor nur für RAF und 2. Juni zu vergeben hatte. Welcher anständig-modelldeutsche Sozialist will schon etwas mit „verkrachten Abiturienten“, „arbeitslosen Jungarbeitern“, „herumschweifenden Wohngemeinschaften“ zu tun haben! Pflü Deibel, meinen Fichter und Rabehl, wenn ihr wüßtet, was wir schon früher alles gegen die dreckigen herumschweifenden Haschschellen gedreht haben!

Und was hat der „Lange Marsch“ dem „geäulerten“ Mahler zu sagen? Solange er sitzt, mag er sich, typischer Intellektueller, ruhig als „Idealist“ durchschlagen. Wenn er draußen sein wird, wird er derlei Unsinn nicht mehr nötig haben. Aber, lieber Freund Mahler, du solltest nicht von dir auf die übrigen einsitzenden Asozialen-Terroristen schließen und deine Läuterungspropaganda sein lassen. Du mußt „zur Kenntnis nehmen, daß Leute mit“ deinen „intellektuellen und politischen Interessen und Erfahrungen in der Terroristenszene Ausnahmen waren“. Du gehörst zu unsreins, nicht zum subproletarischen Terroristenpack. Aber bitte, mein Freund, tritt uns nicht zu nah. In unseren Kreisen ist hofliche Distanz untereinander zu wahren. Die Konkurrenz ist groß. Unseren Kontakt mit dir mußt du ganz nüchtern-politisch betrachten. Du mußt wissen, daß wir, ehrbare Sozialisten, uns immer strikt gegen menschliche Regungen und Gefühle verhalten haben.

Lumpen und Verräter haben keine Moral.

Im nächsten Artikel:
Die Intellektuellen: Verantwortung und revolutionäre Moral

Anmerkungen:

Anmerkungen:

- (1) Vgl. Herbert Wehner: Notizen, vervielf. Ms. (1946), Schlußpassage.
- (2) Die Redaktion des „Langer Marsch“ hat sich 1977 gespalten. Die Ausgaben der hier zitierten Redaktionsgruppe erschienen zunächst unter dem Titel „Zeitung für eine Neue Linke — der Langer Marsch geht weiter“, dann ab Dezember 1977 als „Neuer Langer Marsch“. Ab Nr. 40/41 heißt die Zeitschrift wieder wie vor den Nummern 28 „Langer Marsch“. Wir kürzen alle Ausgaben im Text als NLM ab.
- (3) Vgl. Mahler Brief vom 2.12.78, S.2.
- (4) Das Dokument, auf das ich mich beziehe, ist inzwischen teilweise abgedruckt in: Autonomie, Materialien gegen die Fabrikgesellschaft Jg. 1978, H.12, S.120.
- (5) NLM, Nr. 2 (29), Oktober 1977, Editorial, S.2.
- (6) ebenda.
- (7) ebenda.
- (8) ebenda, S.3.
- (9) ebenda.
- (10) Manfred Scharrer: „Wasstempender des Terror“, in ebenda, S.7.
- (11) Peter Brand: Was nun? in: ebenda, S.8.
- (12) Dirk Müller: Legenden auf Sand, in: NLM, Nr.3(30), November 1977, S.5. Diese Verurteilung zielt allerdings nicht nur auf Heldmann, sondern auf alle, die die offizielle Selbstmordversion in Frage stellten. Das wurde dann als Forderung nach einer „rationalen Diskussion“ der Vorfälle von Stammheim ausgegeben. Das gerade veröffentlichte Ergebnis der internationalen Untersuchungskommission wird zweifellos ebenfalls unter das folgende Verdikt Müllers fallen: „Wir halten es für Beihilfe zu zukünftigem Mord oder Selbstmord, wenn durch irrationale Legendenbildung weitere zurecht an dieser Gesellschaft verzweifelte Genossen in den Sog der Terrorismus geraten.“
- (13) Neben dem erwähnten Artikel Dirk Müllers hatte Erich Fried auch den Aufsatz von Adam Szell und Thomas Fischer: Über Totengräber, NLM 3(30), S. 8-8, auf Korn genommen.
- (14) Vgl. Erich Fried: Über politische Leichenschändung, in: NLM, Nr. 32, Januar 1978, S.20. „Müller, der wenn er ein bezahelter Provokateur wäre, auch nicht besser argumentieren könnte als er es bisher unbezahlt und ehrlich, aber verbohrt, vernagelt und unverändert hier tut, ebenso wie die „Totengräber“, Autoren, stimmt offenbar im Grunde dem Ausspruch eines deutschen Bundesministers zu: „Wer in Stammheim von Mord redet, der legitimiert neue Terrorakte“. Dabei ist ein solcher Ausspruch nur als Einschüchterungswort eindrucksvoll,

nicht als Tatsachenfeststellung.“

(15) Dirk Müller: Antwort 2, ebenda, S.23. „Zunächst lassen wir den durch den Antifaschisten Fried wieder zu Ehren gelangten Begriff der „Ergüsse“ in unserem Ohr klingen, den — soweit sprachhistorisch geschult — sich ebenso rasch wie ungen an Goebbels Halbtönen gegen Literaten erinnert. Stehen die „Ergüsse“ noch im Wörterbuch des Unmenschen, so hat Goebbels dem Begriff des „Literaten“ den Todesstoß versetzt. Aber Fried ist nicht einseitig, nicht nur faschistischer Denkfaktor bedient er sich in seinem literarischen Kampf, auch stalinistische Denkfaktoren sind ihm billig genug.“ (1)

(16) Das Protokoll der Konferenz wurde inzwischen veröffentlicht: Terrorismus in der demokratischen Gesellschaft, Protokoll Nr. 60 des Bergedorfer Gesprächskreises, Hamburg 1978. Im übrigen fangen auch „linke“ Verlage an, in das antiterroristische Geschäft einzusteigen. Vgl. beispielsweise Walter Laqueur (Hrsg.): Zeugnisse politischer Gewalt, Dokumente zur Geschichte des Terrorismus, Kronberg: Athenäum, 1978; sowie Manfred Funke (Hrsg.): Terrorismus, Untersuchungen zur Struktur und Strategie revolutionärer Gewaltpolitik, Kronberg: Athenäum, 1977.

(17) Zitiert nach NLM, Nr. 37, Oktober 1978, S.24, wo Tilman Fichter mit Verweis auf eben dieses Rabehl-Zitat den NLM vom Vorwurf der Verfassungsschutzpropaganda reinzuwaschen sucht! Vgl. dazu den Auslöser-Artikel in der „Roten Fahne“ der KPD, Nr.39, vom 27.9.1978.

(18) Tilman Fichter, Siegmund Lönendonker: Mahler contra Zahl, in: NLM, Nr. 40/41, S. 16: „Alle Genossen und Genossen, die heute irgendjemand kennen, von dem sie annehmen, daß er mit terroristischen Gruppen zusammenarbeitet oder auch nur mit dem Gedanken daran spielt, dürfen sich diesen gegenüber unter keinen Umständen opportunistisch verhalten, sondern müssen sie dauernd mit der Realität der bundesrepublikanischen Gesellschaft konfrontieren. Und das heißt: die Bundesrepublik ist kein faschistisches Land, es herrscht weder der alte noch ein „neuer“ Faschismus. Die These, die bereits 1970 von den ersten RAF-Ideologen vertreten wurde und die heute von den Autonomen und Propagandisten der „neuen Arbeiterklasse“ wieder hervorgehoben wird, daß es eine reformistische und eine faschistische Variante des Imperialismus gäbe, war damals falsch und sie ist es heute.“

(19) ebenda, S.16

(20) Vgl. Fußnote 18. Der Artikel beginnt S.14 ff.

(21) ebenda, S.14. Gleichzeitig wird Zahl in die Reihe derer gerückt, die eigentlich die nächste Terroristengeneration großziehen: „es ermutigt jeder Brief aus dem Kessel, der nicht eindeutig Stellung bezieht und sich vor dieser politischen Verantwortung drückt, mit ziemlicher Sicherheit die nächste Generation von Bombenwerfern und Killern weiterzumachen.“ (S.14)

(22) ebenda, S.18

EDITORIAL

1. Die Kette der Terroranschläge reißt nicht ab. Hanns Martin Schleyer, Vorsitzender der Deutschen Arbeitgeberverbände, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, ist in den Händen des Kommando „Siegfried Hausner“.

Die Mehrheit der Redaktion ist gegen den Austausch. Wir sind nun wirklich keine Sympathisanten Schleyers. Diese Überzeugung ist unabhängig von der Person Schleyers. Es ist eine politische Konsequenz des Eintretens gegen den Terrorismus.

2. Wir haben in den letzten Jahren in der Haltung eines Fernsehzuschauers verharret. Vor uns entwickelte sich das Schauspiel des individuellen Terrors. Wir äußerten immer wieder unsere ablehnende Haltung. Meistens ohne Konsequenz. Wir wissen: dieses System mit seiner alltäglichen Gewalt, seinen fehlenden moralischen und sozialen Werten produziert diese Vorstellung: Gewalt schafft Gewalt. Aber wir können nicht weiter vor der Glotze sitzen bleiben. Es ist unsere Zukunft, es sind unsere Wirkungsmöglichkeiten, die in der gegenseitigen Eskalation von Terrorismus und staatlicher Gewalt zerstört werden. Wir müssen einen klaren Trennungsstrich zwischen uns und den Terroristen ziehen.

Viele von uns haben z.B. politisch nicht begriffen, was sich in und im Umkreis der Antifolterkomitees entwickelte. Dort wurde auf der Grundlage: „In der BRD herrscht der Faschismus“, eine neue Generation von verzweiften Desperados sozialisiert. Schon droht die Reaktion auf die anhaltenden terroristischen Aktionen Grundelemente des bestehenden bürgerlichen Rechtsstaates zu zerstören. Noch hält der Damm, aber nicht dank unseres Vermögens. Es ist vor allem dem Einsatz von Teilen der SPD, FDP, Gewerkschaften und demokratischen Persönlichkeiten zu verdanken, die sich in den letzten Tagen überraschend gegen die Wiedereinführung der Todesstrafe, gegen Folter und den Einsatz der Bundeswehr öffentlich ausgesprochen haben. Lange haben wir uns die Köpfe über die „FDGO“ zerstritten und rätekommunistische Utopien gewälzt. Diese bürgerliche Republik wurde der Bevölkerung in den drei Westzonen beschert. Weder ist sie Resultat eines Kampfes der Bourgeoisie (wie in England 1648 oder in Frankreich 1789) noch hat die Arbeiterbewegung und das Volk sie erkämpft (wie die Resistencia in Frankreich und die antifaschistische Befreiungsbewegung in Italien.) Vielleicht ist deshalb auch die Neue Linke so achselzuckend an ihr vorbeigegangen. Nur wenige Persönlichkeiten (wie unter anderen Heinrich Böll, Gollwitzer, Heinrich Albertz oder Heinz Brandt) verkörpern eine Einheit von Humanismus, Freiheit und Sozialismus. Viele der herrschenden Schicht entstammen selbst einer national-konservativen oder national-sozialistischen Tradition, wie sollten sie einer Jugend humanistische und demokratische Werte vermitteln?

Es geht für uns nicht um die FdGO oder die Verfassung an sich, es geht um demokratische Rechte und Wirkungsmöglichkeiten. Wenn wir den Terrorismus — so weit dies heute überhaupt noch möglich ist — zerstören wollen, müssen wir unsere Haltung verändern, müssen uns der Verantwortung bewußt werden, zur Isolierung terroristischer Gruppen beizutragen.

4. Die Reaktion versucht heute ein Begriff von Sympathisant und Sympathisantenfeld zu schaffen, der die Gefahr in sich birgt, den Terrorismus eher zu fördern und zu mystifizieren, als zu bewältigen. Der Kampf gegen den Terrorismus ist nur ein Vehikel und dient zum Angriff auf breite Kreise der Intelligenz und der demokratischen und sozialistischen Bewegung. Zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands sind die herrschenden Kräfte mit der Tatsache konfrontiert, daß ein Großteil der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Jugend sozialistischen Vorstellungen aufgeschlossen gegenübersteht. Dieser existierende Einfluß — vor allem in Hochschul- und Erziehungsbereich, — die Infrastruktur der Linken (Verlage, Buchläden, Zeitungen, Organisationen) soll zerschlagen werden. Überall entsteht ein Klima der Zensur und Selbstzensur (in Redaktionen, Massenmedien, Theatern, Film und Kulturbereich). Die Staatstreue soll zur Selbstzensur verinnerlicht werden. Uns soll die politische Luft zum Atmen genommen werden.

5. 1922 aus Anlaß der Ermordung Walter Rathenaus durch faschistische militaristische Kreise (Organisation Consul) demonstrierten Sozialdemokraten, Unabhängige Sozialdemokraten, Kommunisten, Zentrumsleute und Gewerkschaften (obwohl ein Teil, vor allem des Kleinbürgertums dem Terrorismus aufgeschlossen gegenüberstand) gemeinsam gegen diesen Terroranschlag und die drohende Zerstörung der, gerade geschaffenen und schwachen Republik.

Haben wir heute weniger Grund entschieden in der Ablehnung des Terrorismus aufzutreten.

Es genügt nicht, Erklärungen abzugeben, die dann — wie in den letzten Wochen — als ungläubwüßig und opportunistisch hingestellt werden. Drehen wir den Spieß um! Nutzen wir den Einfluß der Linken in der BRD — vielleicht ist dies die letzte Möglichkeit — politisch dem Terrorismus entgegenzutreten, mit allen Kräften gemeinsam, die hierzu bereit sind.

Redaktion des Langer Marsches
aus: Zeitung für eine Neue Linke, 2 (29), Oktober 1977

Der Artikel, den die nicht drucken will

ROTEFAHNE

Wochenzeitung
10. Jg. / Nr. 7 10.2.1979 1,- DM

Wochenzeitung
10. Jg. / Nr. 7 10.2.1979 1,- DM

Wochenzeitung
10. Jg. / Nr. 7 10.2.1979 1,- DM

Dies ist der zweite Teil eines Artikels, der ursprünglich für den am 6.10.78 zwischen Vertretern des KB und der "KPD" vereinbarten Artikeltausch geschrieben wurde. Thema des Artikels ist das "Kräfteverhältnis in Europa und in der Welt". Nachdem die "KPD" am 7.2.79 einseitig diese Vereinbarung aufkündigte, haben wir im AK 148 mit dem Abdruck dieses Artikels begonnen. Im ersten Teil des Artikels wurde der Stellenwert des Themas und die Methodik unserer Untersuchung erläutert. Außerdem wurde anhand bürgerlicher Vergleiche über die Rüstungsausgaben der NATO und des Warschauer Paktes nachgewiesen, daß schon auf dieser Basis die berüchtigte Überlegenheit der Sowjetunion in den Bereich der Märchen und Legenden gehört.

"...Bei den Atomwaffen gleichgezogen?"

Die "Rote Fahne" behauptet am 14.12.77 (und anderweitig), die Sowjetunion sei "bei den Atomwaffen mit der NATO gleichgezogen". Das entspricht den gängigen Thesen der Nato-Militärs; so behauptete etwa der damalige Generalsekretär der Bundeswehr, General Wüst: "Bei den strategischen Nuklearwaffen ist heute das Kräfteverhältnis zwischen der Sowjetunion und den USA nach jahrelanger Überlegenheit der Vereinigten Staaten nahezu ausgeglichen". (zit. nach "Welt", 16.8.78).

Eine spezielle Sicht der Dinge hat freilich die "Peking Rundschau" (Nr. 1/1979). Dort wird behauptet: "1966 betrug die Zahl der sowjetischen strategischen Offensiv-Kernwaffen nur 29% derjenigen der USA. 1972 war der Gleichstand erreicht." Seither habe die Sowjetunion einen wachsenden Vorsprung gewonnen! "Die sowjetische zahlenmäßige Überlegenheit über die USA bei den strategischen Kernwaffen stieg von 0,3 Prozent 1973 auf über 18 Prozent 1975". Woher diese Zahlen stammen, verrät die PR nicht.

Wenn wir uns nun wieder etwas seriöseren Angaben zu, selbstverständlich im Rahmen bürgerlicher Zahlenvergleiche und Statistiken.

lich im Rahmen bürgerlicher Zahlenvergleiche und Statistiken.

Zu den rühmten Warnern vor der russischen Bedrohung gehört das CDU/CSU-nahe "Deutschland-Magazin". Dieses veröffentlichte in seiner Nummer 4/1976 einen umfassenden Vergleich über das Kräfteverhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion. Das "Deutschland-Magazin" stützte sich dabei auf die Zahlen des International Institute for Strategic Studies London, der meistzitierten Quelle der NATO-Militärs.

Dieser Vergleich ergab folgendes Bild: 420 strategische Bomber der USA stehen 140 der Sowjetunion gegenüber. 20.000 taktische Atomraketen der USA stehen 15.000 der Sowjetunion gegenüber. Die Gesamtzahl strategischer Raketen plus Bomber ist dieser Quelle zufolge ungefähr ausgeglichen: 2310 der USA zu 2343 der Sowjetunion. Sehr deutlich ist jedoch das Übergewicht der USA bei den Sprengköpfen für strategische Raketen: 8000 gegenüber 2600 der Sowjetunion!

Eine neuere Übersicht des Londoner Instituts vom Herbst 1978 zeigt ähnliche Relationen. Bezeichnend ist, in welcher Weise diese

Übersicht teilweise in der bürgerlichen Presse manipuliert wurde. So meldete die "Hamburger Morgenpost" (SPD-nah) am 1.9.78 unter der irreführenden Überschrift "Osten stärker als die NATO": "Im neuesten Bericht stellt das Institut fest, 5600 Atomträgerwaffen der Ostens stünden nur 3600 der USA gegenüber". Genauso berichtete u.a. der Westberliner "Tagesspiegel" (1.9.78). Beide Zeitungen verschweigen, was z.B. "Neue Zürcher Zeitung" und "Welt" (beide 2.9.78) korrekt melden: Daß laut Angaben des Londoner Instituts die Sowjetunion zwar über mehr Träger verfügt, daß aber die USA eine erheblich größere Zahl von Sprengköpfen haben (Träger mit Mehrfach-Sprengköpfen). Danach könnten die Trägersysteme der USA über 11.000 Sprengköpfe transportieren, die der Sowjetunion hingegen "nur" 4.500! (NZZ, 2.9.78). Die "Welt" nannte noch etwas günstigere Zahlen für die USA: 11.330 Sprengköpfe der USA gegenüber 3.824 der Sowjetunion! ("Welt", 2.9.78). Da beide Zeitungen dieselbe Statistik benutzen, hält wohl einer der Redakteure einen Rechenfehler beim Zusammenzählen gemacht.

Bei den Langstreckenbomben gibt die Übersicht des Londoner Instituts vom Herbst 1978 gleich-

geringere Zielgenauigkeit auszuweisen.

Entscheidend ist allerdings, darüber sind sich alle bürgerlichen "Militär-Experten" einig, nicht die Summe der Sprengkraft, sondern die Zahl der zu erreichenden Ziele (Bei den USA weit mehr als doppelt so viele wie bei der Sowjetunion!) und die Fähigkeit zum "Zweiten Schlag" - also die Fähigkeit, auf einen atomaren Angriff des Gegners noch mit einem Gegenschlag zu reagieren. Dies hängt also damit zusammen, wie weit eine Seite in der Lage sein könnte, bereits beim ersten Schlag die strategischen Atomwaffen der anderen Seite auszuschalten. Am stärksten gefährdet sind dabei die örtlich festen Interkontinental-Raketen (ICBM), weniger gefährdet sind Atomwaffen, die von strategischen Bomben oder von U-Booten auch aus Ziel gebracht werden können.

Auch unter diesem Aspekt ist das qualitative Übergewicht der USA enorm. Wie Dieter S. Lutz schreibt, entfallen für die Sowjetunion 69% ihrer Sprengköpfe auf ICBM; bei den USA jedoch nur 18,5%! ("Vorwärts", 16.11.78). Überdies planen die USA, auch diese verbleibenden 19% beweglich zu machen, z.B. in Tunnelsystemen ständig herumzufahren.

zwischen USA und Sowjetunion bei den Atomwaffen zu sprechen. Tatsächlich ist der Vorsprung der USA enorm und von der Sowjetunion nicht einzuholen. So machte beispielsweise der Forschungschef des US-Rüstungsministeriums, William Perry, folgende interessante Ausführung: Gegen die Cruise-Missile sei die Sowjetunion derzeit "hilflos". Nach Perrys Schätzung brauchen die Sowjets von 1985 an (dann soll die Cruise-Missile einsatzbereit sein; andere Angaben nennen 1982 - Ann. AK) noch mindestens drei Jahre und mindestens fünfzig Milliarden Dollar, um ein wirksames Luftabwehrsystem zu entwickeln! ("Welt", 16.11.78).

Wie soll die Sowjetunion bei diesem Wettlauf zwischen Hase und Igel jemals den Vorsprung erreichen, den ihr die Vaterlandsverteidiger beharrlich andichten möchten?

Droht ein Blitzkrieg in Mitteleuropa?

Die Hypothese eines sowjetischen "Blitzkriegs" in Mitteleuropa ist das bei weitem wirkungsvollste Instrument jeder Propaganda für Aufstörung und Vaterlandsverteidigung. Obwohl diese Hypothese selbst von profilierten "Falken" wie dem ehemaligen NATO-Oberbefehlshaber

kaum durchschaubar, zusammengebastelt wird, zeigt folgende Meldung: "Den 28 NATO-Divisionen stehen 58 Divisionen des Warschauer Paktes gegenüber" (Bild, 19.1.79). Dabei werden NATO-Divisionen mit WP-Divisionen verglichen, obwohl letztere erheblich kleiner sind.

Angesichts der Beschreibungen einer "erdrückenden Überlegenheit" des WP in Mitteleuropa und angesichts der oft zu lesenden Spielereien mit der Zahl von Divisionen mag es verblüffen, daß das Verhältnis bei den Bodentruppen in Mitteleuropa im allgemeinen ungefähr mit 1,2 : 1 zugunsten des WP angegeben wird - beispielsweise 1,2 Mio. gegen 1 Mio. ("Bild", 18.12.75) oder 1,1 Mio. gegen 921.000 ("Tagesspiegel", 10.12.77) u.ä.

Daß dies keine "erdrückende Überlegenheit" für einen "Blitzkriegsvorstoß" ist, ist wohl eindeutig. Zudem müssen noch folgende Vorbehalte gemacht werden:

+ Verglichen werden unter der Bezeichnung Mitteleuropa stets BRD und Benelux-Staaten (=320.000 qkm) einerseits, DDR, Polen und CSSR (=550.000 qkm) andererseits. Der Vergleichsraum des WP ist erheblich größer und tiefer als der der NATO; entsprechend müssen dort auch mehr Truppen stationiert sein, wenn ein Gleichgewicht bestehen soll.

+ Der Zahlenvergleich berücksichtigt nicht, wieviel die sowjetischen Truppen z.B. in der CSSR im Kriegsfall überhaupt verfügbar wären, die dort als Besatzungstruppen stationiert sind.

+ Der Zahlenvergleich berücksichtigt nicht die schnell mobilisierbaren Reserven der Bundeswehr. Angesichts der tiefstehenden Vorurteile über die riesige sowjetische Militärmaschine ist auch ein umfassender Vergleich von Interesse:

Die Gesamtstärke der NATO-Truppen (einschl. Frankreich) wurde 1975 mit 5,21 Mio. angegeben; die Gesamtstärke des Warschauer Paktes hingegen mit 4,60 Mio. ("stern", 23/1975). Von den Truppen des Warschauer Paktes sind zudem mindestens 1 Mio. an den asiatischen Grenzen der Sowjetunion gebunden.

Etwas andere Zahlen nannte kürzlich der rechte Gewerkschaftsführer Horst Niggemeyer in der "Welt der Arbeit": 6 Mio. Soldaten des WP stünden 4,9 Mio. der NATO gegenüber. Horst Niggemeyer ist der "Welt der Arbeit": 4 Mio. Soldaten des WP stünden 4,9 Mio. der NATO gegenüber (WdA, 14.9.78). Diese Angabe, für die Niggemeyer im besten vaterländischen Stil keine Quelle angibt, scheint sogar nach bürgerlichen Maßstäben reichlich hoch. Aber selbst wenn man Niggemeiers Zahlen für korrekt hält, deuten sie keineswegs auf eine "erdrückende Überlegenheit" des WP hin. Da mit der von der NATO behaupteten Überlegenheit des WP bei den Bodentruppen in Mitteleuropa von 1,2 : 1 wenig "Blitzkriegs"-Furcht zu motivieren ist, bleibt als Hauptargument die angebliche zahlenmäßige Überlegenheit des WP bei den Panzern. Die "Rote Fahne" beispielsweise nannte für Mitteleuropa ein Verhältnis von 19.000 zu 6.500 (RF, 19.4.78). Ungefähr ist das die heute gängige Beschreibung der NATO-Militärs. Das Zahlenverhältnis 3 : 1, einmal als wahr angenommen, läßt die erheblichen qualitativen Unterschiede zwischen den verschiedenen Panzertypen völlig außer acht. Bei den sowjetischen Truppen ist der Anteil überalterter Typen, die den NATO-Panzern in jeder Hinsicht unterlegen sind, groß, während bei den modernsten Typen ein ungefähr zahlenmäßiger Gleichstand zu herrschen scheint. Les Aspin, Mitglied des Militärausschusses des US-Parlaments, schrieb im Oktober 1977: "Die Einführung des Panzer vom Typ T-72 (Der modernste sowjetische Panzer. Laut "Welt" vom 10.11.77 sollen damals rund 1000 Panzer dieses Typs vhd. gewesen sein - Ann. AK) hat im Westen zu Alarmrufen geführt. Aber die Polen, Tschechen und Ostdeutschen haben keine T-72 - ja noch kaum das Vorgängermodell T-52. Ihre Truppen müssen sich fast gänzlich mit den viel älteren Modellen T-54 und T-55 begnügen. In Polen und in der DDR sind sogar noch T-34 anzutreffen, deren Produktion schon im 2. Weltkrieg anhielt." ("Analyse, DPA", Okt. 77).

+ Nur 6 Tage werde der nächste Krieg in Europa dauern, dann werde die NATO "überannt" sein. ("Bild", 20.10.75).

+ Nur 2 Tage würde "der Ostblock" brauchen, um die BRD zu "überrennen" und über den Rhein vorzudringen. ("Bild", 16.3.76).

+ "Bevor die NATO überhaupt mobilisieren kann, stehen die Russen schon am Rhein (nach 72 Stunden)" ("Bild", 24.1.77).

+ "Die Sowjetunion könnte Europa in weniger als zwei Tagen unter ihre militärische Kontrolle bringen". ("Welt", 14.3.77).

Im Chor der Mahner darf auch die Stimme der "KPD" nicht fehlen, die alle Rekorde bricht: Die Sowjetunion könne "mit ihren riesigen Panzerarmeen... aus dem Stand heraus innerhalb weniger Stunden bis Frankreich vorstoßen". ("Rote Fahne", 1.2.78).

Mahnungen wie diese haben natürlich immer einen bestimmten Zweck: Sie verbinden sich mit Klagen über den mangelnden "westlichen Verteidigungswillen" und mit Appellen für verstärkte Rüstungsanstrengungen.

Die Hypothese des sowjetischen "Blitzkriegs" in Mitteleuropa beschwört das Bild einer riesenhaft überlegenen "russischen" Militärmaschine. Sie knüpft damit gerade hierzulande an alte, relativ leicht im Sinne des deutschen Imperialismus mobilisierbare Ängste an. In der Presse der "KPD" klingen diese Beschreibungen besonders furchterregend: "hohe Überlegenheit" (RF, 14.12.77); "erdrückende Überlegenheit" (RF, 1.2.78); "gewaltige Überlegenheit" (RF, 5.4.78); "hundertfache Überlegenheit" (RF, 12.4.78 - eine Spitzenleistung in der einschlägigen Publizistik!)

Wie allen Tatsachen zum Trotz diese "drückende militärische Überlegenheit in Mitteleuropa" ("Bild", 19.1.79) mit primitivsten Mitteln, aber für die Masse der Bevölkerung

Neue Lügen der "KPD"

Nachdem sie nach vier Monaten Hinhaltetaktik Anfang Februar endgültig den zwischen ihr und dem KB am 6.10.78 vereinbarten Artikel-Austausch platzen ließ, täuscht die "KPD" ihren Anhängern jetzt neue Lügen auf: Sie bietet uns "nach wie vor" einen Artikel austausch an und sie erwartet "einen neuen Vorschlag" vom KB. ("Rote Fahne", 1.3.).

Um die Leser des AK nicht noch einmal mit einer ausführlichen Widerlegung der "KPD"-Lügen langweilen zu müssen, verweisen wir auf den entsprechenden Artikel in AK 148.

Hinzufügen ist: Die "KPD" hat unseren Vorschlag auf dem Tisch (vgl. ebenfalls AK 148). Nämlich Abdruck eines "KPD"-Artikels zu Kambodja im AK (das war von der "KPD" vorgeschlagen worden), falls im Gegenzug ein gleichlanger Artikel des KB zur innenpolitischen Entwicklung Chinas in der "Rote Fahne" veröffentlicht werden kann.

Zu diesem Angebot hat die "KPD" bisher nicht Stellung genommen. Sie scheint, wenn man ihre neuen Zappeleien zum Thema Artikel-Austausch in der "Rote Fahne" vom 1.3. liest, wohl auch gar nicht die Absicht zu haben, sich zu diesem Vorschlag zu äußern. Vielleicht gefällt ihr das von uns angegebene Thema nicht? Schließlich war bisher in der "Rote Fahne" kein Wort zu lesen über die riesigen "Rückermattungen" an Chinas alte Kapitalisten, über die Verfolgungswelle gegen Aktivisten der Kulturrevolution, über Demonstrationen Jugendlicher in Shanghai usw.

Falls es sich die "KPD" doch noch überlegen sollte: Unser Angebot gilt natürlich immer noch. Und unsere Adresse ist der "KPD" ja bekannt.

falls ähnliche Relationen wie schon 1976: 432 der USA gegenüber 135

falls ähnliche Relationen wie schon 1976: 432 der USA gegenüber 135

Diese Vergleiche zeigen, daß die USA erheblich mehr Ziele mit Atomwaffen angreifen könnten als die Sowjetunion, nämlich mehr als doppelt so viel - und zwar, wie auch betont wird, mit erheblich größerer Zielgenauigkeit als die Sowjetunion! Dieter S. Lutz (Stellvertretender Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik) spricht sogar davon, daß die USA auf dem Gebiet der Atomwaffen ein "dreifaches qualitatives Übergewicht" gegenüber der Sowjetunion haben ("Vorwärts", 16.11.78; "Frankfurter Rundschau", 26.11.78).

Die sowjetischen Atomwaffen haben zwar, so wird jedenfalls allgemein in bürgerlichen Vergleichen behauptet, eine "bedeutend höhere Explosivkraft als die amerikanischen" ("Welt", 2.9.78). Dieter S. Lutz nennt konkrete Zahlen (allerdings ohne Quellenverweis): 8500 Megatonnen der Sowjetunion gegenüber 5500 der USA ("Vorwärts", 16.11.78). Die Sowjetunion muß mehr Sprengkraft als die USA in ihre Atom-Sprengköpfe "packen", um deren

Bei den strategischen Bomben haben die USA, wie wir sehen, ein

Bei den strategischen Bomben haben die USA, wie wir sehen, ein Übergewicht von mehr als 3 : 1. Bei den U-Boot-gestützten Sprengköpfen verfügen die USA über 5.540, die Sowjetunion nur über 1.015, also ein Verhältnis von 5 : 1! ("Le Monde", 29.11.78, zit. nach "Unidade Popular", Organ der PCP/ML, vom 21.12.78).

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch folgende Meldung der "Bild" (12.2.79): Zwei US-U-Boote vom Typ "Poseidon" seien in der Lage, mit ihren Atomraketen "alle sowjetischen Städte über 100.000 Einwohner ... zu vernichten". Jedes U-Boot habe 224 Atom-Sprengköpfe an Bord. Insgesamt haben die USA 31 U-Boote dieses Typs! Inades, der "Fortschritt" ist inzwischen sogar schon einen Schritt weiter: Die neuesten US-U-Boote des Typs "Trident", von denen das erste 1978 fertiggestellt wurde, haben 24 Raketen mit jeweils 24 Sprengköpfen an Bord - zusammen je 576 mögliche Ziele für jedes einzelne dieser U-Boote. Jeder Sprengkopf hat die zweieinhalbfache Stärke der Hiroshima-Bombe. Die Raketen haben eine Reichweite von 11.000 km. ("Spiegel", Nr. 13/1975).

Zu ergänzen ist, daß das Kräfteverhältnis sich immer noch weiter zugunsten der USA verschiebt, da diese in der Fähigkeit, immer mehr Sprengköpfe mit einem Träger abzuschießen, einen großen qualitativen Vorsprung vor der Sowjetunion haben.

Erwähnenswert ist auch der Vorsprung der USA auf dem Gebiet der Cruise-Missile - jene sehr treffsichere und weitreichende Rakete, die vom Flugzeug aus ins Ziel gebracht werden kann. Zur Verdeutlichung dieses Vorsprungs: Die USA wollen zu nächst 170 ihrer strategischen Bomber mit Cruise-Missiles ausstatten, und zwar zu fünf dieser Waffen je Flugzeug, zusammen also weitere 2040 Atom-Sprengköpfe der USA! ("Welt", 15.10.78).

Vergessen sei auch nicht die Neutronenbombe, mit der die USA ebenfalls einen beträchtlichen Vorsprung haben!

Dies alles zusammengekommen zeigt schon, daß es handbäuch ist, vom einem angefahren Gleichstand



Mit moderner Ausrüstung und Entschlossenheit gegen den Feind aus dem Osten

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 62

waffnung, Panzerung und Schnelligkeit weit höher eingeschätzt als der sowjetische T-62, der moderne Standardpanzer der Warschauer-Pakt-Armeen. Zudem ist aus jeder dritte Ost-Panzer in Zentraleuropa ein T-62 - insgesamt nicht mehr, als die Bundeswehr vom Typ Leopard hat." („Spiegel" 34/1976)

Inzwischen wird der nächste Panzertyp der Bundeswehr produziert, der Leopard II. 1.800 Stück davon sollen gebaut werden. Selbst dem noch in der Entwicklung befindlichen nächsten Panzertyp der Sowjetunion, dem T-80, soll der Leopard II überlegen sein. („Welt", 14.11.77) Daß der Leopard II dem derzeit modernsten sowjetischen Panzer, dem T-72, „in allen wesentlichen Belangen überlegen" sei, gilt ohnehin als sicher. („Welt", 10.11.77). Zugleich arbeiten auch die USA an dem, wie sie behaupten, „besten Panzer der Welt", dem XM-1. Der XM-1 soll nach Meinung der US-Stellen sogar dem Leopard II überlegen sein - was von den BRD-Militärs und Rüstungskapitalisten selbstverständlich bestritten wird. 3300 Stück sollen zwischen 1980 und 1990 vom XM-1 gebaut werden (FAZ, 16.11.76).

Diese Fakten zeigen, daß q u a l i t ä t l i v von einer „drückenden Überlegenheit" des Warschauer Paktes bei den Panzern keine Rede sein kann. Ein weiteres wesentliches Argument kommt aber noch hinzu, was die Frage eines sowjetischen „Blitzkriegs" in Mitteleuropa angeht: die hochentwickelten Panzerabwehr-Waffen der NATO! Allein von der modernsten Panzerabwehr-Rakete Milan sollen für die Bundeswehr 30.000 Stück produziert werden. Zu erwähnen sind z.B. auch die Panzerabwehr-Hubschrauber der Bundeswehr. Es wird angenommen, daß sie im Kampf gegen einen Panzer 10mal („BamS", 19.6.77) bis 15mal („Welt", 5.5.77) überlegen sind.

Als „Panzerkiller" preist die bürgerliche Presse auch die Kampfflugzeuge vom Typ „Thunderbolt". Ihr Geschütz verschießt „Granaten von einer bisher für unmöglich gehaltenen Durchdringungskraft"; außerdem ist die „Thunderbolt" mit gelenkten Flugbomben („Maverick") ausgerüstet, „die schon im Vietnam-Krieg manche Panzerschlacht zugunsten der Israelis entschieden". Mehr als 300 Flugzeuge dieses Typs wollen die USA bis 1982 in Europa stationiert haben. Es wird kalkuliert, daß die „Thunderbolt" „per Einsatz bis zu 15 Kampfpfeiler und gepanzerte Fahrzeuge vernichten könnte" (Zitate und Angaben aus „Welt", 27.1.79).

Spätestens der israelisch-ägyptische Krieg von 1973 hat die Schwäche des Panzers gegenüber den modernen Panzerabwehr-Waffen klar demonstriert. Von dieser Überlegenheit gehen auch alle NATO-Militärs aus. Trotzdem wird unverfroren das Bild der unaufhaltsam anrollenden sowjetischen Panzer-Walze immer noch in der Kriegspropaganda eingesetzt, da es - gewiß mit Recht - für besonders psychologisch wirksam gehalten wird.

Wenn trotzdem gelegentlich auch Scharfmacher unter den NATO-Militärs

legenheit" - wenn schon keine reale, dann wenigstens eine demnächst „drohende" - hat in den letzten Jahren zugenommen. Dieses Gezeter wird systematisch vor allem stets dann gesteigert, wenn es neue Großprojekte der Militärs politisch durchzuboxen gilt:

- Als 1974/75 über den Ausbau des US-Superstützpunktes Diego Garcia (Indischer Ozean) diskutiert wurde, gab es eine Flut von Märchen über sowjetische Stützpunkte am Indischen Ozean, phantastische Zahlen über die „rote Flotte" etc.pp.

- Im Vorfeld der konkreten Beschlußfassung über riesige Ausgaben für das NATO-Frühwarnsystem AWACS blühten die Legenden vom sowjetischen „Blitzkrieg", dessen Vorbereitungen die NATO angeblich nicht rechtzeitig erkennen könne - jedenfalls nicht ohne AWACS.

- Heute, wo die BRD-Militärs erneut den alten Plan aufwärmen, an Atom-Raketen heranzukommen, mit denen sie selbst direkt die Sowjetunion bedrohen können (Die in der BRD stationierten rund 7000 (sieben Tausend!!) taktischen Atom-Sprengköpfe haben eine geringere Reichweite, wird eine absurde Kampagne um eine „sowjetische Überlegenheit im Mittelstrecken-Bereich" inszeniert.

Die Machthaber Chinas und ihre internationale „Fünfte Kolonne" (hierzu: MLD, „KPD" und KBW) flankieren auf ihre Art die Kampagne der aggressivsten, rüstungseifrigsten NATO-Militärs, indem sie:

- selbst wahre Rekorde bei Überreibungen der „sowjetischen Überlegenheit" setzen;

- jeden bürgerlichen Politiker, der sich dieser Kampagne auch nur geringfügig widersetzt (wie in jüngster Zeit z.B. Herbert Wehner) als „pro-sowjetischen Entspannungsfanatiker" brandmarken;

- andererseits die aggressivsten, rüstungseifrigsten NATO-Militärs mit Papp-Orden wie „wachsam", „realistisch", „weltweit" dekorieren;

- in schreiendem Widerspruch zu den Realitäten das Märchen von der „Beschäftigungs-Politik des Westens" pflegen, während in Wirklichkeit die NATO in den letzten Jahren ihre Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen erheblich verstärkt hat.

Störend in der ideologischen Konstruktion von Gruppen wie der „KPD" war bisher der Widerspruch, der sich daraus ergab, daß der US-Imperialismus zwar als einer der beiden „Supermächte" zu den „Hauptfeinden" zählte, andererseits aber eng mit dem BRD-Imperialismus verbunden und verbunden ist, dessen Kriegsvorbereitungen Gruppen wie die „KPD" vehement unterstützten. Das heißt, der BRD-Imperialismus würde - dieser Konstruktion zufolge - einerseits einen „gerechten" Krieg führen, indem er sich gegen die Sowjetunion „verteidigt"; zugleich wäre

andererseits ein solcher Krieg aber auch „ungerecht", indem der BRD-Imperialismus ihn höchstwahrscheinlich von der Seite einer „Supermacht" führen würde. Derselbe Widerspruch in der Frage der Aufrüstung: Zwar konnte die „KPD" schon bisher offen die Aufrüstung der BRD und der anderen imperialistischen Länder Westeuropas propagieren, mußte aber andererseits die Aufrüstung der USA (als „Supermacht") genau genommen ablehnen, obwohl sich diese Problematik im Rahmen der NATO gar nicht voneinander trennen läßt.

Aus diesem peinlichen Dilemma wurde Pekings „Fünfte Kolonne" nun offiziell durch Deng Hsiao-ping erlöst, der sich in den USA für ein Bündnis unter Einschluss des US-Imperialismus gegen den „Eisbären", d.h. die Sowjetunion, aussprach. Die „KPD" hat dankbar das neue Stichwort aufgeführt und notiert: „Angesichts der Situation in der Welt... ist die von China in der letzten Zeit immer wieder vorgeschlagene Zusammenarbeit (Eigentlich sprach Deng sogar vom „Zusammenschluß" - Ann.MK) ... mit Westeuropa, Japan und den USA zur „Zählung des Polarkreis" eine Sache, deren Sinn und Notwendigkeit auf der Hand liegt". („Rote Fahne", 22.2.79, S.13). Und während es früher immerhin noch hieß, die Abrüstung müsse „bei den Supermächten beginnen", fordert die „KPD" nunmehr ohne Umschweife: „Die Abrüstung muß heute bei der Sowjetunion beginnen!" (ebenda).

Soll heißen, die ohnehin militärisch weit unterlegene Sowjetunion soll gefälligst auch noch mit der Abrüstung „beginnen", d.h. einseitige Abrüstungsschritte vornehmen! Andernfalls ist das für die „KPD" ein neuer Beweis für die Notwendigkeit gesteigerter NATO-Kriegsrüstung.

Es konnte in diesem Artikel aus Platzgründen auf eine Reihe von Fragen (beispielsweise das Kräfteverhältnis zwischen den Kriegsflootten) nicht eingegangen werden. Die beiden dargelegten Punkte - Situation bei den Atomwaffen und „konventionelle Überlegenheit" der Sowjetunion in Mitteleuropa - sind allerdings die Hauptpunkte der vaterländischen Argumentation.

Die dargestellten Fakten - dargestellt anhand bürgerlicher Angaben wohlgeneriert! - sind so eindeutig, daß augenfällig klar wird, warum die „KPD" gerade auf diesem Gebiet die Tatsachen scheut wie der Teufel das Weihwasser. Ihr gesamtes ideologisches Gebäude, vom „Hauptfeind Sozialimperialismus" bis zum „Zusammenschluß" mit dem US-Imperialismus, baut auf Lügen und Manipulationen auf.

Es ist daher logisch, daß der „KPD"-Vorstand gerade an diesem Punkt den zunächst von ihm selbst vorgeschlagenen Artikelaustausch platzen ließ.

Unser Angebot gilt allerdings nach wie vor: Sollte die „KPD" sich doch noch dazu durchringen, diesen Artikel in der „Roten Fahne" nachzudrucken, kann sie selbstverständlich eine Gegenstellungnahme in gleicher Länge im AK veröffentlichen.

Zum Tode Edvard Kardeljs und zu einigen Fragen der jugoslawischen Innenpolitik

Am 10. Februar starb das führende Mitglied des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ), Edvard Kardelj. Er galt seit langem als einer der engsten Mitarbeiter Titos.

Kardelj gehörte schon vor dem antisowjetischen Befreiungskrieg gegen die deutschen und italienischen Faschisten - 1941 bis 1945 - zur kommunistischen Partei Jugoslawiens, die 1952 in BdKJ umbenannt wurde.

Seit 1941 gehörte er zum engsten Führungsstab der KPJ bzw. des BdKJ. Eine entscheidende Rolle spielte Kardelj beim Bruch Jugoslawiens mit der Sowjetunion 1948.

Jugoslawien warf der Sowjetunion Einmischungsversuche in seine Innen- und Außenpolitik vor; die Sowjetunion beschuldigte Jugoslawien des Trotzkismus, des Verleumdung der Roten Armee, des Verrats an den Imperialismus u.a.m.

Kardelj - als „Chefideologe" des BdKJ - erarbeitete in den folgenden Jahren die theoretischen Grundlagen des „Systems der Selbstverwaltungssozialismus". Dieses „Selbstverwaltungssystem" gibt den einzelnen Betrieben weitestgehende Autonomie; die Löhne der Arbeiter sind abhängig vom Gewinn ihres Betriebes. Diese Autonomie geht so weit, daß nach offizieller Eingeständnis die Konkurrenz jugoslawischer Betriebe untereinander im Ausland zu einem schwerwiegenden Problem der jugoslawischen Ökonomie geworden ist. Heute kämpft die jugoslawische Wirtschaftspolitik gegen Arbeitslosigkeit und gegen den „Druck der Inflation" - so Tito auf dem Kongreß der Gewerkschaften im November letzten Jahres. Jugoslawien ist besonders gegenüber der EG stark verschuldet.

„Die Länder der Europäischen Gemeinschaft waren in dieser Zeit (1977/78 - d.V.) mit 70% an dem Defizit des jugoslawischen Außenhandels beteiligt".

Die Einführung des „Selbstverwaltungssystems" ging einher mit der Erlassung, private Betriebe zu eröffnen, Lohnabhängige einzustellen (1953), der Freiheit des Handels mit Grund und Boden sowie landwirtschaftlichen Waren, Steuerbegünstigungen für Privatkapital (1956), dem Recht, Anlagevermögen von staatlichen Wirtschaftsorganisationen zu erwerben und schließlich (1963) gar der Verankerung des Rechtes auf Privatkapital in der Verfassung.

Auch in der Landwirtschaft wurde Erreichte rückgängig gemacht. Die Anzahl der Genossenschaften, die 1950 noch immerhin ca. 6000 betrug, sank bis 1960 auf 147 (laut „Polemik über die Generallinie" der KP Chinas).

Die Folge war eine verschärfte Klassendifferenzierung auf dem Lande, zu Lasten der Kleinbauern. Viele von ihnen können nur durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft existieren und leben sehr ärmlich. Auf der anderen Seite steht die Herausbildung großbürgerlicher Elemente, die sich

durch Pacht, industrielle Kleinproduktion und Ankauf von Arbeitskräften bereichern.

Diese wenigen Fakten mögen genügen, um aufzuzeigen, daß der Weg, den Jugoslawien nach dem Bruch mit der Sowjetunion einschlug, kein unabhängiger Weg zum Sozialismus und auch nicht - wie von linken Sozialdemokraten manchmal noch zu hören - die Alternative zum bürokratischen Modell der Sowjetunion ist, sondern eine Restauration des Kapitalismus, die zur wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Imperialismus führt.

Bestandteil dieser Entwicklung war die Verfolgung der Kommunisten, die sich diesem Kurs widersetzen. „Allein von 1948 bis 1952 wurden über 200 000 Parteimitglieder, die Hälfte aller ursprünglichen Mitglieder, aus der Partei ausgestoßen. Mit der Beschuldigung, „Kontinuum-Elemente" zu sein, wurde in Jugoslawien eine große Zahl von Marxisten-Leninisten, von Revolutionären unter den Kadern und unter der Bevölkerung in den Kerker geworfen und ermordet. Die Zahl der verhafteten und eingekerkerten Kommunisten und aktiven Revolutionären allein belief sich auf mehr als 30 000" („Polemik...", S. 194).

Bis heute wurden in mehreren „Säuberungswellen" (1971 in Kroatien, 1972 in Serbien u.a.m.) Oppositionelle aus der Partei und aus Staatsfunktionen entfernt, oppositionelle Kommunisten in der Kampagne gegen die illegale KP zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. (Vergl. u.a. AK 129).

Seit dem Herbst 78 läuft wieder eine großangelegte Kampagne gegen „bourgeoise Nationalisten", „Kontinuum-Elemente" (d.h. oppositionelle Kommunisten), „liberalistische Tendenzen", „Stalinisten" usw., die begleitet ist von ständigen Warnungen, die Opposition sei dabei, eine gemeinsame Front aufzubauen, um Jugoslawien nach dem Tode Titos ins Chaos zu stürzen. Dabei werden bedenkenlos Ustascha-Faschisten mit oppositionellen Kommunisten in einen Topf geworfen.

Kardelj, der in Worten einen „Interessenspluralismus" im „Selbstverwaltungssystem" befürwortete, hat sich unseres Wissens niemals gegen die Verfolgung demokratischer Oppositioneller gewandt.

Die Liebe der bürgerlichen Presse die ihm vor allem als persönliches Verdienst den Bruch mit Moskau nachrühmt, ist Kardelj jedenfalls sicher: Von der „Welt" als Kronprinz tituliert, von der „Süddeutschen" als letzter bedeutender kommunistischer Theoretiker gefeiert, von Carter als „stolzer Fürsprecher der Unabhängigkeit" seines Landes geehrt, von den chinesischen Machthabern wegen seines Beitrages zur „Verteidigung der Unabhängigkeit und Souveränität Jugoslawiens" gelobt -

deren Seite steht die Herausbildung großbürgerlicher Elemente, die sich

Unabhängigkeit und Souveränität Jugoslawiens" gelobt...

„Nicht der Westen, sondern der Osten liegt zurück"

Eine kalte Dusche für alle Vaterlandvesteiger besteht immer wieder in der Konfrontation mit den Tatsachen. So schrieb z.B. der „Spiegel" (11.12.78) unter der Überschrift „Rüstung - Neues Bild":

„Erste Ermittlungen von Rüstungsexperten, bei denen die Qualität mit der Quantität verrechnet worden ist, zeigen ein völlig neues Bild vom Rüstungsgefälle: Nicht der Westen, sondern der Osten liegt zurück."

Schreckensmeldungen wie die der amerikanischen Senatoren Nunn und Bartlett, die dem Warschauer Pakt vertrauen, er könne „innerhalb weniger Tage in Europa eine verheerende Invasion beginnen", erwiesen sich bereits als unhaltbar. Zum „Blitzkrieg" nämlich, so belegt der US-Rüstungsexperte Fred Kaplan in einer Studie über das Kräfteverhältnis in Mitteleuropa, sind die Sowjets gar nicht fähig.

So ist ein Großteil der in Mitteleuropa stationierten 21.000 Panzer des Warschauer Paktes (gegenüber 7.000 der Nato) veraltet oder nicht einsatzbereit. Außerdem wurde die westliche Panzerreserve von 2.500 Kampfpanzern im offiziellen Ost-West-Vergleich gar nicht berücksichtigt.

Von den 70 Warschauer-Pakt-Divisionen im Zentralabschnitt Europas sind nur 30 zu drei Viertel einsatzbereit, der Rest

hat nur die Hälfte der Sollstärke. Das Gerät ist veraltet, viele Waffen fehlen völlig.

Bei der Luftwaffe sieht es nicht viel besser aus: Der Osten hat mehr Kampfflugzeuge für reine Verteidigungseinsätze anstatt für Angriffsoperationen ausgerüstet, wenn auch die Offensivkraft der Warschauer-Pakt-Luftstreitkräfte ständig zunimmt - wie auch die der Nato.

Ladekapazität und Manövrierfähigkeit der Nato-Flugzeuge und Zielgenauigkeit sowie Elektronik der Waffen sind aber denen des Warschauer Paktes weit überlegen. Die West-Besatzungen sind erheblich besser ausgebildet.

Rechnet der Westen dann noch die französischen Kampfflugzeuge, die für Europa bestimmten US-Reserven und die Bomber und Abfangjäger der 6. Flotte im Mittelmeer hinzu, ergibt sich sogar ein numerischer Gleichstand zwischen Ost und West: 3.500 Pakt-Flugzeuge gegenüber 3.200 NATO-Jets.

Trotz des rapiden Aufbaus der sowjetischen Bomberverbände ist die Nato auch auf diesem Sektor dem Warschauer Pakt qualitativ weit überlegen: Die Westpiloten können nach Schätzungen des US-Kongresses mehr Einsätze fliegen als ihre sowjetischen Kollegen und bis zu siebenmal mehr Bomben ins Ziel befördern.

Aus der Welt des »realen Sozialismus«

Sowjetunion

Der sowjetische Regimekritiker Roy Medwedjew will für den Obersten Sowjet kandidieren. Entsprechend dem sowjetischen Recht, nach dem die verschiedensten gesellschaftlichen Organisationen Kandidaten nominieren können, hat sich Medwedjew von einer „gesellschaftlichen Organisation" - Wahlen 79" als Kandidat aufstellen lassen. In der UdSSR wird, ohne daß dies rechtlich verbindlich wäre, i.d.R. für einen Deputiertenplatz auch nur ein Kandidat aufgestellt, der beispielsweise von den Gewerkschaften oder entsprechenden Organisationen nominiert und unterstützt wird und sich vor der Wahl in Wahlversammlungen den Wünschen und Forderungen der Wähler stellt. So sind für die jetzt zu besetzenden 1.500 Deputierten des Obersten Sowjet offiziell auch nur 1.500 Kandidaten aufgestellt - zu denen nun Medwedjew sowie die als religiöse „Dissidentin" bekannte Ljudmila Agapowa hinzukommen („FAZ", 6.2.79).

In der Sowjetunion sind drei Männer hingerichtet worden. Sie waren wegen eines Bombenanschlags auf die Moskauer U-Bahn im Januar 1977 zum Tode verurteilt worden. Über diesen Anschlag war seinerzeit, wie in der Sowjetunion üblich, nicht berichtet

worden; erst jetzt wurde mitgeteilt, daß er sieben Todesopfer gefordert habe.

Nach dem Bombenanschlag hatten sich führende Oppositionelle von der Tat distanziert, aber die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der sowjetische Geheimdienst KGB mit dem Anschlag in Verbindung stünde und daß damit ein Schlag gegen die Opposition geführt werden sollte.

Von den jetzt Verteilten ist offensichtlich nur einer, der Armenier Sadikjan, als „Dissident" in Erscheinung getreten; nach Angaben Andrej Sacharows soll er für die nationale Eigenständigkeit Armeniens eingetreten sein. Sacharow hatte an Staats- und Parteichef Breschnew appelliert, das Verfahren gegen die drei wieder aufzunehmen, da es Zeugen dafür gebe, daß Sadikjan während des Anschlags nicht in Moskau gewesen sei („SZ", 1.2.; „FR", 1.2.; „FR", 10.2.; „FAZ", 10.2.; „SZ", 10.2.79).

60Krimtataren sind in Moskau festgenommen worden. Sie hatten sich beim ZK der KPdSU über den Verbleib einer Petition erkundigen wollen, die eine Woche vorher eingereicht worden war.

Das Problem der Krimtataren gehört zu den brennendsten National-

Fortsetzung nächste Seite

Das Märchen von der „sowjetischen Überlegenheit" ist Teil der imperialistischen Kriegsvorbereitungen

Das Gezeter in den bürgerlichen Medien über eine „sowjetische Über-

Fortsetzung von Seite 63

(Ärztproblemen der UdSSR. Während des 2. Weltkrieges war das ganz Volk der Krimtataren unter dem Vorwurf der Kollaboration mit den Nazis nach Usbekistan in Mittelasien umgesiedelt worden. Der Vorwurf der Kollaboration war 1967 offiziell zurückgenommen worden, eine Rückkehr auf die Krim wurde den Tataren jedoch nicht gestattet, mit Ausnahme von etwa 2.000 Familien.

Seither richten die Krimtataren regelmäßig Petitionen mit manchmal bis zu 60.000 Unterschriften an den Obersten Sowjet und andere Organe; die Gesuche werden i.a. jedoch nicht beantwortet. Eine öffentliche Diskussion über dieses Nationalitätenproblem findet, wie über Nationalitätenprobleme überhaupt, in der UdSSR ohnehin nicht statt.

Einer der Wortführer der Krimtataren, der vor zwei Jahren aus einem Arbeitslager entlassene Mustafa Dshemilew, hat inzwischen einen Ausreiseartrag in die USA gestellt, da er seit seiner Entlassung „von der Polizei behelligt“ werde.

Wenige Tage später wurde er festgenommen, da er versucht habe, Taschkent (Hauptstadt Usbekistans) ohne Erlaubnis zu verlassen („FR“, 2.2.; „SZ“, 2.2.; „SZ“, 9.2.; „FAZ“, 12.2.79).

...

Tschechoslowakei

Der Sieg der österreichischen Kernkraftgegner im Kampf gegen das AKW Zwentendorf wird durch die tschechoslowakischen „Realsozialisten“ gefährdet. Ende November hatte die Charta 77 in ihrem Dokument 22 von den von tschechoslowakischen AKWs ausgehenden Gefahren gewarnt und schwere AKW-Unfälle in der CSSR bekanntgegeben. Das gesamte Material liegt noch nicht in deutscher Sprache vor — in einer Kurzfassung wird darauf hingewiesen, daß mit diesem Dokument eine neue Praxis eingeführt werde, „die darin besteht, daß die Chartasprecher Dokumente herausgeben, die als Grundlage für Diskussionen in der (tschechoslowakischen, Red.) Öffentlichkeit und in Institutionen über bestimmte Probleme dienen sollen“ („Osteuropa-Info“ 33). Der Beginn also der tschechoslowakischen Anti-AKW-Bewegung?

Die Reaktion der „realsozialistischen“ Regierung jedenfalls war eindeutig: Tote — wie in dem Chartadokument behauptet — habe es bei Reaktorpannen nicht gegeben („FR“, 2.12.78) und die zahlreichen geplanten AKWs in der CSSR sollen gebaut werden. Bevorzugter Standort: Südmähren, nicht weit entfernt von Wien. Die Einsprüche des bauerndes in der Rolle des AKW-Gegners aufzutretenden österreichischen Bundeskanzlers Kreisky bei einem Arbeitsgespräch in Mähren im Januar 1979 blieben erfolglos. „Argumente“ für die grenznahen mährischen AKW: Hier befänden sich die einzigen noch genügend großen Wasserreserven für die Kühlsysteme der Kraftwerke. Der Norden der CSSR sei ökologisch durch Wärmekraftwerke zu stark belastet („FR“, 30.1.79). Neben dem schon bestehenden AKW werden bald zwei weitere AKWs in Südmähren errichtet. Ein Modellfall für die internationale Solidarität der AKW-Gegner?

...

Anfang Februar wurden drei neue Sprecher der Charta 77 bestimmt: Der zur Zeit als Heizer arbeitende Computerfachmann Václav Benda, der ehemalige Journalist Jiri Dienstbier und die Übersetzerin Denize Tomínová („FAZ“, 12.2.79). Schon seit längerem gilt in der Charta für die Funktionsträger das Rotationssystem, um keine Spezialisten zu züchten. Der Wechsel der Sprecher war außerdem notwendig geworden durch die Verurteilung des Sprechers Jaroslav Sabata (Mitunterzeichner der Erklärung tschechoslowakischer Oppositioneller gegen die Berufsverbote in der BRD) zu neun Monaten „verschärfte Haft“ wegen „Beleidigung der Staatsmacht“. Sabata war auf dem Wege zum Treffen mit polnischen Oppositionellen verhaftet und von einem tschechoslowakischen Polizisten geprügelt worden. Dabei hatte sich Sabata gewehrt. Außer den neun Monaten drohen Sabata weitere 13 Monate Reststrafe, die noch von seiner Verurteilung als „Organisator der sozialistischen Opposition“ im Jahre 1972 herrühren. Kommissarisch und mit beispielhaftem persönlichen Mut hatte Václav Havel trotz übelster Repression die Sprecherfunktion Sabatas wahrgenommen („FR“, 6.1.79; „Spiegel“ 1/2/79), bis Anfang Februar die Sprecher der Charta 77 neu bestimmt wurden.

RGW-Kommission

Demonstrationen in China

Wie in AK 148 bereits kurz berichtet, kam es in Shanghai Anfang Februar zu militanten Demonstrationen Jugendlicher. Inzwischen liegen uns dazu offizielle Berichte aus China vor, die ein wesentlich detaillierteres Bild der Auseinandersetzungen geben.

Hintergrund der jetzigen Konflikte — nicht nur in Shanghai, sondern anscheinend in vielen Städten Chinas — ist die sogenannte „Verschückung Jugendlicher mit Schulbildung aufs Land“, die seit der Kulturrevolution in großem Umfang vorgenommen worden war. In ganz China machen diese Jugendlichen heute noch nach offiziellen Angaben rund 10 Millionen aus, davon mehr als Hunderttausend allein aus Shanghai.

Viele dieser Jugendlichen sind auf dem Lande nicht heimisch geworden, sind mit ihren Lebensbedingungen unzufrieden und wollen in die Städte zurück, wo aber nur ein kleiner Teil von ihnen reguläre Arbeitsplätze erhalten kann. Die Situation verschärfte sich anlässlich des „Frühlingsfestes“ (in diesem Jahr am 28. Januar), des wichtigsten chinesischen Festes, das traditionell als großes Familienfest gefeiert wird. Viele Jugendliche, die in ihre Heimatstädte gekommen waren, um mit ihren Verwandten zu feiern, weigerten sich nach dem Fest, aufs Land zurückzukehren. Mit Wandzeitungen, Spruchbändern, Hungerstreiks, Demonstrationen und militanten Aktionen forderten sie, in den Städten Arbeitsplätze zugewiesen zu bekommen.

Militante Schienen-Besetzung

Besonderes Aufsehen machte eine 12-stündige Schienenbesetzung auf dem Shanghai Bahnhof am 5./6. Februar, durch die der Bahnverkehr lahmgelegt wurde. Radio Shanghai stellte diesen Vorfall folgendermaßen dar: „Am Nachmittag des 5. Februar setzte oder stellte sich eine Gruppe junger Leute auf die Schienen-Kreuzung an der ... Straße, in der Nähe des Shanghai Bahnhofs. Einige kletterten sogar auf die Züge, die auf den Schienen standen und lockten damit eine große Menge Zuschauer an ... Die Folge war, daß der Bahnverkehr von Shanghai nach Nanking und Handschau völlig lahmgelegt war...“ Über Lautsprecher seien die Demonstranten und Zuschauer zum Verlassen der Schienen aufgefordert worden; daraufhin hätten einige Demonstranten den Lautsprecher zu zerstören versucht.

Am frühen Morgen des 6. Februar traf eine Anweisung des Staatsrates (d.h. der Regierung !!) an die Demonstranten zum Verlassen der Schienen ein, die über Lautsprecher verbreitet wurde. „... Einige Jugendliche verließen die Schienen-Kreuzung, nachdem sie die Aufforderung des Staatsrates gehört hatten, aber andere blieben. Einige hetzten die verbleibenden Jugendlichen auf, indem sie sagten: „Daß der Staatsrat diesen Vorfall zur Kenntnis genommen hat, zeigt, daß wir einen Sieg errungen haben. Je ernster der Vorfall wird,

umso größere Aufmerksamkeit muß der Staatsrat ihm widmen ...“

Um die Sympathie der (in den Zügen und im Bahnhof wartenden) Passagiere zu gewinnen, sprachen die Handvoll Jugendlichen, die die Züge gestoppt hatten, durch Lautsprecher und verbreiteten provokatorische Propaganda unter den Passagieren. Nach wiederholten Überzeugungsversuchen der Leiter und Beschäftigten des Eisenbahn-Büros gingen die meisten der auf den Schienen sitzenden Jugendlichen am frühen Morgen des 6. Februar weg. Aber eine Handvoll von ihnen blieb immer noch. Daher waren die Behörden für Öffentliche Sicherheit gezwungen, Polizisten in Zivil und Feuerwehrleute hinzuschicken ... Diese versuchten erneut, die verbliebenen Jugendlichen zum Abziehen zu bewegen. Daraufhin gingen noch mehr von ihnen. Die Übrigen jedoch beschimpften die Zivilpolizisten und griffen sie mit Steinen und Flüssen an. Mit Unterstützung der Massen hatte die Polizei keine andere Wahl, als eine kleine Handvoll Leute, die immer noch Unruhe stifteten, festzunehmen und ins Polizei-Präsidium zu schaffen.

Fast alle Festgenommenen hätten dort „ihre Fehler zugegeben“ und seien daraufhin entlassen worden. Nur zwei Demonstranten seien noch in Haft. Beide seien keine „auf Land geschickten Jugendlichen“, sondern Shanghai Arbeiter. Der eine sei vorbestraft, der andere habe während der Kulturrevolution „verbrecherische Aktivitäten“ begangen (Radio Shanghai, 11.2.; nach SWB, 12.2.).

Grund für die auffallend detaillierte, wenn auch etwas verspätete offizielle Darstellung des Vorfalls ist offenbar das Auftauchen zahlreicher Wandzeitungen, in denen gegen die „blutige Unterdrückung der Massen“ protestiert wurde und eine Aufklärung des Polizei-Einsatzes am Bahnhof gefordert wurde. (Einleitung des zitierten Berichts von Radio Shanghai).

Weitere „Zwischenfälle“ in Shanghai und anderen Städten werden weniger ausführlich erwähnt. Aus diesen Berichten geht hervor, jugendliche Demonstranten hätten in Shanghai auch „Regierungsorganisationen belästigt“, „den Verkehr auf belebten Hauptstraßen lahmgelegt“, „öffentliches Eigentum beschädigt“ (Radio Shanghai, 7.2.; nach SWB, 10.2.). Am 8.2. berichtete Radio Shanghai: „... Einige Leute hielten in den letzten paar Tagen spontane Demonstrationen und Zusammenrottungen in Shanghai ab. Eine Zusammenrottung vor dem Rathaus zog eine besonders große Menge von Zuschauern an. Eine Handvoll Leute ging sogar soweit, daß sie auf die Straßenbahnen kletterten, um die Stromzufuhr abzuschneiden“. Dadurch sei der Verkehr auf mehreren Hauptstraßen der Shanghai City lahmgelegt worden. „Eine gewisse Anzahl schlechter Elemente benutzte diese Gelegenheit, um Unruhen anzuzetteln ...“ (nach SWB, 12.2.). Über „Zwischenfälle“ etwas anderer Art berichtete Radio Shanghai am 9.2.:

„Es hat kürzlich einige gesellschaftliche Phänomene gegeben, die unsere Aufmerksamkeit auf sich gelenkt haben. Auf den Straßen verkaufen einige Leute öffentlich unanständige Fotos; einige junge Männer haben ihr Haar blond gefärbt und in Dauerwellen gelegt, so spazieren und flirten sie in effeminierter („weibischer“) Manier herum ... Einige Fotostudios stellen Bilder von Frauen mit nacktem Busen aus, um Kunden anzulocken. Die Massen sind über diese Phänomene sehr unglücklich und haben sie heftig kritisiert“ (nach SWB, 9.2.).

Sicher gehören auch diese „Phänomene“ zu den Widersprüchen, die durch die galoppierende Restauration kapitalistischer Verhältnisse in China hervorgerufen und verschärft werden.

Demonstrationen in anderen Städten...

Eine relativ große Zahl von meist allerdings nicht sehr detaillierten Meldungen zeigt, daß die Demonstrationen in Shanghai keine Ausnahme, sondern eher eine typische Erscheinung waren:

- Auf dem Bahnhof von Nanchang kamen über 100 „aufs Land verschickte Jugendliche“ aus der Provinz Yunnan (Südchina) zusammen. Diese hätten sich jedoch vom Parteikomitee des Eisenbahnbüros Nanchang überzeugen lassen, aufs Land zurückzukehren. „Sie übten freiwillige Selbstkritik und erklärten, daß sie nie wieder an Aktivitäten teilnehmen würden, die nicht im Interesse von Stabilität und Einheit sind“. (Nachrichtenagentur „Hsinhua“, 12.2.; nach SWB, 15.2.).

- In Wuhan (Provinz Hopei) wurden vom Land in die Stadt zurückgekehrte Jugendliche für die Stadtreinigung verpflichtet. Ihr durchschnittliches Einkommen liegt mit monatlich 26 Yuan unter dem ungelerten Arbeit. „So haben sie sich aus Müdigkeit in Leute verwandelt, die sich selbst ernähren können“. („Hsinhua“, 12.2.; nach SWB, 15.2.).

- In der Provinz Liaoning (Nordchina) gab das „Provinzbüro für Jugendliche mit Schulbildung“ am 12.1. eine Anordnung an alle unkontrolliert in die Städte zurückgekehrten Jugendlichen heraus, sich wieder aufs Land zu begeben. (Provinz-Radio, 16.2.; nach SWB, 24.2.).

- Das Arbeitsamt der Stadt Chongqing (Provinz Szechuan) hat ebenfalls Probleme: „... Gewisse abnorme Situationen in Zusammenhang mit der Behandlung von Besuchern sind kürzlich aufgetreten. Beispielsweise machen Leute „kollektive Besuche“ (Go-Ins), wobei mehrere Dutzend oder sogar über 100 Leute teilnehmen. Sie kümmern sich nicht um Anordnungen und Hinweise. Sie umzingeln das Personal, greifen es an und schleppen es weg ... Sie haben sogar die Leitungsorgane gestürmt und leitende Personen umzingelt und angegriffen. Dadurch wurde der normale Arbeitsablauf gestört und Stabilität und Einheit ernsthaft beeinträchtigt ...“ Konkret erwähnt wird ein dergleicher Zwischenfall am 12.2. (Pro-

vinz-Radio, 16.2.; nach SWB, 20.2.). - Radio Tientsin (Großstadt in Nordchina) berichtete am 14.2. von einem „Zwischenfall“, „bei dem ein paar Leute die soziale Ordnung im Gebiet des Volks-Bazars in der ... Straße in der City störten“; dieser Zwischenfall habe sich am 7. und 8.2. ereignet (nach SWB, 20.2.).

- Landarbeiter aus der Provinz Hopei, die mit ihren Arbeitsverträgen unzufrieden waren, unternahmen ein Go-In beim Stadtpartei-Komitee und bei der zuständigen Behörde in der Provinzhauptstadt Wuhan. Sie wurden „mobiliert“, an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren. Ein Teil von ihnen war damit zunächst nicht zufrieden und blieb in Wuhan. Inzwischen sollen aber auch diese „ihre Fehler eingesehen“ und ihre „unberechtigten wirtschaftlichen Forderungen“ fallengelassen haben (Provinz-Radio, 17.2.; nach SWB, 20.2.).

„Die Schuldigen streng bestrafen ...“

In allen Kommentaren wird immer wieder betont, daß diejenigen, die „die öffentliche Ordnung stören“, den Straßenverkehr lahmlegen usw., „entsprechend dem Gesetz streng gestraft“ werden würden. Dennoch scheint es den Berichten nach so, als ob bisher kaum Verhaftungen vorgenommen wurden; Man gibt sich vorerst damit zufrieden, die Personalien aller „Unruhestifter“ zu registrieren und sie freizulassen, wenn sie „ihre Fehler zugegeben“ haben. Sollten sie dann allerdings nochmals „auffallen“, dürfen sie weit weniger billig davonkommen. Dies ist, wie gesagt, der Eindruck, den die offiziellen Berichte vermitteln. Tatsächlich enthalten die Berichte (abgesehen von dem zitierten Bericht über die Schienen-Besetzung in Shanghai, wo Wandzeitungs-„Gerüchten“ entgegengetreten werden sollte) keine konkreten Angaben über die Zahl der Verhafteten, und im Einzelfall wird kaum zu prüfen sein, wo ein von seinen aufs Land zurückgeschafften Freunden vermißter Jugendlicher abgeblieben ist.

Eine ernste Warnung an die Demonstranten ist darin zu sehen, daß in einigen offiziellen Kommentaren ausdrücklich Parallelen zu den militanten Aktionen der Kulturrevolution gezogen werden.

Ein Kommentar von Radio Shanghai beispielsweise erinnerte am 14.2. daran, daß auch Wang Hung-wen (Mitglied der „Viererbände“) seine politische Karriere begonnen habe, indem er im November 1966 „mit Selnesgleichen“ eine Schienenblockade in Shanghai organisierte! (nach SWB, 16.2.).

Der Ernst dieser Warnung wird durch die anhaltende Verfolgungswelle gegen Aktivisten der Kulturrevolution unterstrichen:

— Am 15.2. wurden in der Provinz Kiangsu die „Konterrevolutionäre“ Hua Lin-sen und Kang Da-ming verhaftet. Hua Lin-sen war vor der Kulturrevolution Maschinenarbeiter und wurde dann stellvertretender Vorsitzender des Stadtparteikomitees von Suzhou und Vorsitzender der Gewerkschaften der Provinz. Vorgeworfen wird ihm „konterrevolutionäre Machtergreifung“ und „Aufhetzung und Unterstützung bewaffneter Kämpfe“. Kang Da-ming wird vorgeworfen, er sei hauptverantwortlich dafür, daß (wahrscheinlich während der Kulturrevolution) ein Funktionär „zu Tode verfolgt“ wurde (Provinz-Radio, 16.2.; nach „SWB“, 23.2.).

— Wie bereits im AK 148 gemeldet, haben die chinesischen Machthaber erstmals offiziell die Vollstreckung von Todesurteilen an Aktivisten der Kulturrevolution melden lassen. Der Bericht dazu im AK 148, der sich auf den „Tagesspiegel“ vom 2.2. bezog, war allerdings ungenau: Nicht drei, sondern vier ehemalige Rotgardisten wurden hingerichtet. Zwei andere Todesurteile wurden („zur Bewährung“) ausgesetzt — sie können nach zweijähriger Zwangsarbeit bei „guter Führung“ in lebenslange Haft umgewandelt werden. Zwei weitere Angeklagte wurden zu lebenslanger Haft verurteilt (Radio Peking, 1.2.; nach „SWB“, 17.2.).



Während der Kulturrevolution. „Rote Garden“ unternehmen „Junge Märsche zum Erfahrungsaustausch“.